

Peter Förster

Junge Ostdeutsche auf der Suche nach
der Freiheit

Eine systemübergreifende
Längsschnittstudie zum politischen
Mentalitätswandel vor und nach der
Wende

Erschienen 2002 im Verlag Leske +
Budrich (Opladen)

ISBN: 3-8100-3452-5



Diese Datei enthält das komplette Buch in Manuskriptform.
Seitenzahlen sind nicht enthalten bzw. stimmen mit der gedruckten Form nicht überein.
Das Layout dieser Datei (insbesondere Tabellen und Abbildungen) entspricht nicht der
gedruckten Form.
Tippfehler u. ä. können enthalten sein. Textabweichungen zur gedruckten Form sind möglich.

Die Verwendung ist ausschließlich zur privaten Nutzung im Sinne des Urheberrechts und
anderen Gesetzen zum Schutz geistigen Eigentums gestattet. Vervielfältigung, Weitergabe,
Veränderung etc. sind nicht gestattet.

© ® 2006 Alle Rechte vorbehalten.
Die Urheberrechte liegen vollständig bei Prof. Dr. Peter Förster

Kontakt:
Prof. Dr. Peter Förster
Forschungsstelle Sozialanalysen
Schweizerbogen 11
04289 Leipzig
Tel.: 0341 8781548
Fax: 0341 3191072
Email: prof.foerster@gmx.de

URL dieser Datei (01.08.2006): <http://www.wiedervereinigung.de/sls/PDF/buch2002.pdf>

Peter Förster

Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit

Eine Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende

Widmung auf erster Seite:

Dieses Buch widme ich Franka, Grit, Enrico, Steffen und allen anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Sächsischen Längsschnittstudie als Ausdruck meines herzlichen Dankes für ihre langjährige engagierte Mitarbeit an unserem gemeinsamen Werk. Jeder und jedem einzelnen drücke ich alle Daumen für eine glückliche, menschenwürdige und friedliche Zukunft.
Peter Förster, Leipzig

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort

1. Informationen zur Sächsischen Längsschnittstudie

2. Ein Blick zurück

3. Ja zur Wende und zur deutschen Einheit

3.1. „Es wurde höchste Zeit mit der friedlichen Revolution“

3.2. Wachsende Zustimmung zur deutschen Einheit

3.3. Ambivalente Beurteilung der Vereinigungsfolgen

4. Skepsis und Kritik gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem

4.1. Unzufriedenheit mit dem Gesellschaftssystem überwiegt

4.2. Anhaltende Distanz gegenüber den demokratischen Parteien

4.3. Systemvergleich

4.4. Gemischte Gefühle gegenüber westlicher Lebensart

4.5. Sollen die Ostdeutschen wieder auf die Straße gehen?

4.6. Gesellschaftliche Entwicklung seit der Wende: Fortschritt oder Rückschritt?

4.7. Ohne Arbeit keine Freiheit!

4.8. Immer mehr finden sich in der neuen Gesellschaft zurecht

4.9. Jetziges Gesellschaftssystem – einziges Zukunftsmodell?

5. Schon Bundesbürger, aber noch DDR-Bürger

6. Viele glauben an sozialistische Ideale, zweifeln aber an ihrer Verwirklichung

7. Gesellschaftliche Krisen dämpfen persönliche Zukunftszuversicht

8. Lebensorientierungen im Wandel

9. Trotz bisher unbekannter Ängste: Das Leben ist schön!

9.1. Allgemeine Lebenszufriedenheit

9.2. Bedrohungsgefühle durch Zeitereignisse

9.3. Psychosoziale Belastungen

9.4. Psychosomatische Beschwerden

9.5. „Das Leben ist schön!“

10. Einflussfaktoren des politischen Mentalitätswandels

- 10.1. Persönliche Erfahrungen der Panelmitglieder mit dem jetzigen Gesellschaftssystem
- 10.2 Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation
 - 10.2.1 Alltagserfahrungen in der DDR
 - 10.2.2 Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation in der DDR
- 10.3 Bildungseinflüsse

11. Exkurs I: Ausländerfeindlichkeit – Erbe der DDR-Sozialisation?

12. Exkurs II:

Uta Schlegel: Weibliche Entscheidungszwänge und politische Distanz

13. Zusammenfassung und Ausblick

Literatur

Postscriptum: Keine Zukunft in Ostdeutschland?! Neueste Ergebnisse der 15. Untersuchungswelle vom Januar 2002

Vorwort

Die Literatur zur Thematik politische Wende in der DDR und deutsche Einheit ist mittlerweile nahezu unüberschaubar geworden. So umfasste der Datenbestand der größten Literaturdatenbank hierzu (www.wiedervereinigung.de) bereits im September 1999 über 17.800 Nachweise (vgl. Berth 1999: 175), die laut mündlicher Mitteilung von Hendrik Berth inzwischen auf 36.000 Nachweise angestiegen sind (Stand März 2002). In dieser Zahl sind noch nicht die rund 6000 Bücher zur Thematik enthalten, die Berth und Brähler in ihrer Bibliographie „Zehn Jahre deutsche Einheit“ aufgelistet haben (vgl. Berth/Brähler 2000). Damit gehören Wende und Vereinigung zweifellos zu den am besten dokumentierten Ereignissen in der jüngsten deutschen Geschichte.

Dennoch wollen wir dieser Fülle an Daten und Erkenntnissen mit diesem Band weitere wissenschaftliche Informationen hinzufügen, und zwar aus der einzigartigen Perspektive einer systemübergreifenden Längsschnittstudie, eines sozialwissenschaftlichen Forschungsansatzes, der zu Recht als „Königsweg“ angesehen, aber leider kaum praktiziert wird.

Die vorliegende Publikation berichtet über die interessantesten und wichtigsten Ergebnisse der „Sächsischen Längsschnittstudie“, die man heute als Glücksfall sozialwissenschaftlicher Forschung bezeichnen kann. Sie gehört zwar nicht zu den großen, deutschlandweiten Jugendstudien wie etwa die Shellstudie „Jugend 2000“, sagt aber trotzdem sehr viel über Jugendentwicklung in Deutschland Ost aus, und zwar infolge von zwei Besonderheiten ihrer Anlage:

Die erste Besonderheit: Es handelt sich, wie ihr Name schon sagt, um eine *Längsschnittstudie*. Die TeilnehmerInnen wurden zu den interessierenden Themen nicht nur einmal befragt, sondern viele Male. Auf diese Weise konnten bei den einbezogenen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen über Momentaufnahmen hinaus bemerkenswerte *Veränderungsprozesse ihrer Mentalität und Lebenslagen* über einen längeren Zeitraum hinweg dokumentiert werden. Schon das hat heute Seltenheitswert.

Die zweite Besonderheit macht zugleich die Einzigartigkeit der Untersuchung aus: *Die ersten drei Befragungswellen wurden bereits vor der Wende, in den Jahren 1987 bis (Frühjahr) 1989 durchgeführt*. Sie widerspiegeln damals deutlich die Endzeit der DDR im Denken und Fühlen der Panelmitglieder, den Rückgang ihrer sozialistischen Überzeugungen. Schon im Frühjahr 1990 konnten die Befragungen dann mit einem hinreichend großen Teil der Jugendlichen fortgesetzt werden, vorläufig bis Sommer 2000 in bisher 11 Untersuchungswellen. Damit ist diese Untersuchung wohl die einzige in (Ost-) Deutschland, die auf relevante Daten

vor dem Systemwechsel zurückgreifen kann. Auch aus anderen ehemaligen sozialistischen Ländern ist uns keine ähnliche Studie bekannt.

Schon aus dieser Anlage ergab und ergibt sich die einmalige Möglichkeit, Auswirkungen des „Sozialen Experiments“ deutsche Einheit auf den politischen Mentalitätswandel dieser Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen zu erforschen. Hinzu kommt, dass wir es bei ihnen mit einer für Langzeitanalysen des politischen Mentalitätswandels sehr interessanten Altersgruppe zu tun haben: Zur Wendezeit waren sie bereits 16/17 Jahre alt, hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit mindestens ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR, mehr oder weniger nachhaltig, geprägt worden. Zugleich waren bzw. sind sie noch jung genug, um sich nach den Zusammenbruch des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des jetzigen Gesellschaftssystems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen.

Die Studie widerspiegelt damit exemplarisch die massiven mentalen Brüche und Konflikte, die es seit dem Untergang der DDR bei vielen Ostdeutschen gegeben hat, noch immer gibt und vermutlich noch lange geben wird.

Die Ergebnisse sind nach unserer Überzeugung sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus politischer Sicht interessant und relevant. Aus wissenschaftlicher Sicht, weil erstmals anhand der Daten einer identischen Population Einstellungsveränderungen über lange Zeiträume hinweg dargestellt werden, z.B. im Hinblick auf die persönliche Haltung zur Wende im Herbst 1989 und zur deutsch-deutschen Vereinigung, zur Zufriedenheit mit der neuen Gesellschaft, insbesondere mit dem politischen System, der Demokratie und der Wirtschaftsordnung. Aussagekräftig sind auch die über viele Jahre hinweg vorliegenden Zeitreihen zur Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik, zu den Bindungen an die verschiedenen Parteien, zum Glauben an sozialistische Ideale, zum Selbstverständnis als Linker oder Rechter, zur Zuversicht in Bezug auf die eigene Zukunft und die der Gesellschaft usw. Diese Prozessverläufe stellen sich sehr unterschiedlich und teilweise widersprüchlich dar, sie reichen vom kontinuierlichen Anstieg der Zustimmung zur deutschen Einheit bis zum steilen Absturz der Bereitschaft zur politischen Aktivität oder der Zukunftszuversicht für Ostdeutschland.

Aus wissenschaftlicher Sicht dürften die Ergebnisse auch deshalb interessant sein, weil neue Erkenntnisse zu den Folgen der Sozialisation in der DDR auf die heutigen politischen Einstellungen dargestellt werden. Wirken die damaligen Überzeugungen (z.B. vom „Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab“) bzw. die damals angeeigneten politischen Kenntnisse (z.B. zur Ausbeutung im Kapitalismus) noch heute nach oder sind sie mit der untergegangenen DDR für immer verschwunden? Wie beurteilen z. B. die Panelmitglieder, die damals die Note 1 im Fach Staatsbürgerkunde hatten, heute die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland? Ist die damalige Erziehung tatsächlich als Ursache für heutige Ausländerfeindlichkeit bei ostdeutschen Jugendlichen zu betrachten? Sind Langzeitwirkungen früherer intensiver Westsenderrezeption nachweisbar? Das sind nur einige der Fragestellungen, denen in diesem Zusammenhang nachgegangen wird.

Aber auch aus politischer Sicht sind die Ergebnisse interessant. So wird sehr deutlich, wie dringend notwendig es ist, insbesondere den jungen Leuten wieder eine Perspektive im Osten zu geben. Rund jedes fünfte Panelmitglied ist bereits in den Westteil abgewandert, weitere sitzen auf den Koffern, weil sie im Osten keine Zukunft für sich erkennen! Für die Politik könnte auch die Kritik informativ sein, die diese jungen Ostdeutschen bei ihrer Suche nach der Freiheit am jetzigen Gesellschaftssystem üben bis hin zu ihrer ziemlich einheitlichen Auffassung, dass dieses System für sie nicht das „Ende der Geschichte“ darstellt.

Und viele Ergebnisse sind einfach deshalb interessant, weil sie anhand von langjährigen Zeitreihen zeigen, wie zufrieden diese jungen Ostdeutsche mit ihrem Leben sind, wie ihre psychische Befindlichkeit ist, welche Lebensziele sie haben, ob sie heiraten und Kinder haben wollen usw.

Bei allen diesen und weiteren Fragestellungen waren wir bemüht, nicht phänomenologisch bei den Ergebnissen stehen zu bleiben, sondern zu wesentlichen Einflussfaktoren vorzudringen. Die Massenarbeitslosigkeit im Osten, mit der bis 2000 schon 58 % der Panelmitglieder persönlich konfrontiert wurden, hat dabei besonderes Gewicht. Der Darstellung wesentlicher Faktoren ist ein gesondertes, umfangreiches Kapitel vorbehalten.

Die Studie wäre nicht zu dem geworden, was sie heute darstellt, wenn sie nicht die Unterstützung vieler Personen bzw. Institutionen gefunden hätte. Ihnen möchte ich hiermit von ganzem Herzen danken.

Das gilt zuallererst für die TeilnehmerInnen der Studie, die mit ihrem Engagement über viele Jahre hinweg, vor allem in der Zeit nach der Wende, überhaupt erst die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass die Untersuchung am Leben erhalten werden und fortgesetzt werden konnte. Durch persönliche Kontakte mit vielen TeilnehmerInnen per Brief, Telefon, in jüngster Zeit auch per e-Mail weiß ich, dass die meisten heute natürlich ganz andere Sorgen haben, als rechtzeitig die Fragebögen zu beantworten und zurückzuschicken. Um so mehr freue ich mich darüber, dass die Bereitschaft groß ist, noch einige Zeit mitzuarbeiten. Nicht wenige Panelmitglieder betrachten die Studie inzwischen als „unsere Studie“.

Mein besonderer Dank gilt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), welche die Studie mehrere Jahre im Rahmen ihres Forschungsschwerpunktes „Kindheit und Jugend in Deutschland vor und nach der Vereinigung - Entwicklungsbedingungen und Lebenslagen im Wandel“ gefördert hat, und der Friedrich-Ebert-Stiftung, welche die für die Durchführung der 13. und 14. Welle notwendigen Sachmittel zur Verfügung stellte.

Bedanken möchte ich mich bei Prof. Dr. Walter Friedrich, der die Studie als Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung und nach 1990 als Geschäftsführer der Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig über viele Jahre hinweg gefördert hat, und bei Prof. Dr. Rolf Ludwig, der großen Anteil an der Bewältigung ihrer statistischen Aufbereitung hat. Mein herzlicher Dank gilt Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg (Frankfurt/Main), der die Entwicklung der Studie von der Wende an nicht nur mit Interesse verfolgt, sondern auch mit Rat und noch mehr mit hilfreichen Taten unterstützt hat.

In guter Erinnerung habe ich die enge wissenschaftliche und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Dr. Gerhard Eißner und Dr. Günter Hemling in den Jahren vor der Wende, in denen die Grundlagen für die spätere Weiterführung der Studie gelegt wurden.

Bedanken möchte ich mich bei Dr. Uta Schlegel, die es übernommen hat, einen Blick auf die bei den Ergebnissen auftretenden Geschlechtsunterschiede zu werfen und in einem gesonderten Exkurs zu hinterfragen.

Ganz besonders bedanke ich mich bei meiner Frau Doris für ihre jahrelange aktive und uneigennützigste Mitarbeit, die insbesondere in den akuten Phasen der Organisation der Studien Ausmaße eines „Full-Time-Jobs“ annimmt, und für ihr Verständnis dafür, dass andere gemeinsame Lebensinhalte immer wieder in die Zukunft verschoben wurden. Ohne sie hätte es keine Fortsetzung der Studie nach der Wende gegeben.

Schließlich danke ich dem Verlag Leske+Budrich herzlich dafür, die Ergebnisse unserer Untersuchung einem breiten Leserkreis zugänglich zu machen.

Peter Förster

Leipzig, im Januar 2002

1. Informationen zur Sächsischen Längsschnittstudie

Zunächst möchten wir den Leser etwas genauer mit der Studie bekannt machen, über deren wichtigste Ergebnisse in diesem Band berichtet wird.

Die folgende Übersicht informiert über einige relevante Merkmale der Population:

> In die erste Phase der Untersuchung zwischen 1987 und Frühjahr 1989 waren über 1281 Schülerinnen und Schüler aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen der genannten Regionen an, die streng nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Population war DDR-repräsentativ. Die Schülerinnen und Schüler gehörten den Geburtsjahrgängen 1972/73 an. Sie haben die zehnklassige polytechnische Oberschule als letzter Jahrgang vollständig durchlaufen, ein Merkmal, das sie auch für die Analyse von Langzeitwirkungen des sozialistischen Bildungssystems prädestiniert. Organisatoren der Studie waren Wissenschaftler der Universität Leipzig, der Pädagogischen Hochschule Zwickau und des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ), das die Studie auch methodisch und rechentechnisch betreute.

Im Mittelpunkt der Forschung stand damals die langfristige Analyse der Veränderungen der Lebensorientierungen der Schüler, ihrer Zukunftserwartungen, ihrer Lerneinstellung und Lernmotivation, ihres Medienverhaltens (einschließlich Westmedien) sowie ihrer politischen Grundeinstellungen, insbesondere der Bindung an die DDR und an das sozialistische Gesellschaftssystem. Breiten Raum nahmen auch Analysen zur Orientierung auf das Kollektiv ein.

In der 10. Klasse (im Frühjahr 1989) wurde die auf drei Jahre konzipierte Studie wie vorgesehen beendet. Die SchülerInnen wurden jedoch gefragt, wer freiwillig nach dem (unmittelbar bevorstehenden) Schulabschluss bereit wäre, künftig weiter an ähnlichen wissenschaftlichen Befragungen teilzunehmen. Eine entsprechende Bereitschaftserklärung (Name und damalige Adresse) unterschrieben 587 SchülerInnen von insgesamt 1281, die an dieser abschließenden Befragung teilgenommen hatten. Der Gegenstand dieser geplanten Untersuchungen stand damals noch nicht fest.

> Unmittelbar nach der Wende wurden die nun 16/17-jährigen Jugendlichen in die mittlerweile angelaufenen Untersuchungen des (damals noch existierenden) ZIJ zum politischen Mentalitätswandel im Vorfeld der Vereinigung und unmittelbar danach einbezogen. Dabei handelte es sich faktisch um einen *Neubeginn* der Studie mit (wendebedingt) überwiegend neuen Inhalten und Fragestellungen, jedoch mit dem einzigartigen Fundus der zuvor erhobenen Daten. Insofern kann zugleich von *Weiterführung* gesprochen werden.

Diese Weiterführung bot bzw. bietet zwei einmalige Vorteile:

Zum einen kann personenbezogen auf die umfangreichen Daten dieser Jugendlichen aus der Zeit vor der Wende zurückgegriffen werden, darunter zu ihren damaligen politischen Orientierungen, ihren Lebenszielen, ihrer Zukunftszuversicht und zur Westsenderrezeption. Dadurch ist es möglich, die heutigen politischen Einstellungen auf dem Hintergrund der damaligen Systembindungen bzw. der damaligen Medienrezeption zu betrachten und so deren tatsächlichen Langzeitwirkungen bis in die Gegenwart hinein zu analysieren. Auch die damaligen Daten zu Lernmotivation, Lernverhalten und Lernergebnissen (die Noten wichtiger Fächer wurden erfasst) sind heute als Hintergrundinformationen über vorhandene Ressourcen der Panelmitglieder zur Gegenwartsbewältigung sehr wichtig.

Zum anderen werden wichtige Indikatoren/Items aus der Vorwendezeit *im Wortlaut fortgeschrieben*, vor allem zu zentralen Lebenszielen (wie z.B. zur aktiven Teilnahme am politischen Leben, zum lebenslangen Lernen, zum Stellenwert der Arbeit und einer gesunden Lebensführung) und - was sich heute als besonders informativ erweist - zur gesellschaftlichen und persönlichen Zukunftszuversicht als „Seismographen“ gesellschaftlicher Prozesse (13. Shellstudie 2000). Zu diesen Gegenständen liegen inzwischen bemerkenswerte Trenddaten zwischen 1987 und 2000 vor.

> Im Laufe der ersten Befragungen nach der Wende musste allerdings festgestellt werden, dass sich diese Population derer, die weiter mitarbeiten wollten, durch Wohnortwechsel mit oder ohne die Eltern (meist in Richtung Westen) wendebedingt von 587 auf 485 TeilnehmerInnen verringert hatte. Die Befragungsunterlagen eines Teiles der Panelmitglieder kamen z.T. mehrmals mit dem Vermerk „Unbekannt verzogen“ zurück; Bemühungen, die neuen Adressen zu ermitteln, scheiterten damals leider vor allem aus finanziellen und technischen Gründen. Inzwischen konnte ein Teil von ihnen wieder einbezogen werden.

An dieser Zahl der potenziellen Teilnehmer gemessen betrug die Beteiligungsquote an der jüngsten, 14. Welle somit 82 %: von 485 potenziellen Teilnehmern beteiligten sich tatsächlich 398. Selbst auf die Zahl aller ursprünglich zur Mitarbeit bereiten Panelmitglieder bezogen (also einschließlich derer, die nicht mehr auffindbar waren/sind), würde die Teilnehmerquote 68 % betragen und damit nach allgemeinem Konsens immer noch groß genug sein.

> Für die Beurteilung der Populationen nach der Wende ist weiter wesentlich, dass sie hinsichtlich ihrer früheren politischen Orientierungen der ursprünglichen Gesamtpopulation der 3. Welle entsprechen. Die folgende Tabelle belegt das exemplarisch für die vor der Wende am schärfsten differenzierende politische Grundeinstellung, die Identifikation mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung:

Tabelle 1.1: Vergleich der früheren Identifikation mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung bei den Teilnehmern der 14. Welle 2000 und den Nichtteilnehmern (d.h. aller restlicher früherer Teilnehmer der Studie).
 Bezug: Daten vom Frühjahr 1989 (3. Welle).
 Ausprägung des Lebensziels: „Die marxistisch-leninistische Weltanschauung vertreten.“
 Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	3	4	5	n	X
Teilnehmer 14. Welle	10	29	29	15	17	386	3,02
Nichtteilnehmer	8	25	31	18	18	887	3,12

P Chiq = .355 ns
 P t = .148 ns

Zwischen Teilnehmern und Nichtteilnehmern der 14. Welle bestehen keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Prozentverteilungen (siehe P Chiq) und der Mittelwerte (Pt). Weitere Vergleiche des politischen Profils führen zu ähnlichen Ergebnissen (z.B. in Bezug auf die politische Identifikation mit der DDR). Bei den TeilnehmerInnen handelt es sich nicht um eine politische Selektivpopulation.

Keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich ihres politischen Profils bestehen weiterhin zwischen den Teilgruppen derer, die ursprünglich teilnehmen wollten, und denen, die tatsächlich teilgenommen haben. Wir belegen das anhand des bereits erwähnten Indikators zur Ausprägung der Identifikation mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung:

Tabelle 1.2: Vergleich der früheren Identifikation mit dem ML bei den Teilnehmern der 14. Welle 2000 und bei denen, die ursprünglich teilnehmen wollten, dies jedoch nicht taten
 Bezug: Daten vom Frühjahr 1989 (3. Welle).
 Lebensziel: "Die marxistisch-leninistische Weltanschauung vertreten."
 Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	3	4	5	n	X
Teilnehmer 14. Welle	10	29	29	15	17	386	3,02
Nichtteilnehmer, obwohl 1989 zugesagt	11	31	29	16	13	186	2,87

P Chiq = .635 ns

P t = .185 ns

Auch diese beiden Teilgruppen unterscheiden sich statistisch betrachtet nicht.

Punktuell mögliche Vergleiche mit eigenen repräsentativen Jugendstudien (gemeint sind die DDR-repräsentativen Umfragen des ZIJ 1989/1990 sowie nachfolgende repräsentative Analysen der Forschungsstelle Sozialanalysen bei der Jugend in Sachsen 1992 und 1994) lassen eine sehr gute Übereinstimmung der Ergebnisse erkennen. Exemplarisch belegen wir das mit dem Vergleich wesentlicher Ergebnisse der 4. Welle dieser Studie vom Mai 1990 mit denen der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M 4 vom April 1990. Bei den Daten der repräsentativen Umfrage stützen wir uns auf die Angaben der 15- bis 25-Jährigen:

Tabelle 1.3: Vergleich von Ergebnissen der 4. Welle der Längsschnittstudie und der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M 4 des ZIJ.

		Einstellung zur deutschen Einheit					
		Ich bin...					
		1 sehr dafür	2 eher dafür als dagegen				
		3 eher dagegen als dafür	4 sehr dagegen				
		1	2	3	4	X	n
M 4		43	35	17	5	1,83	226
Längsschnittstudie		37	36	18	9	1,99	276

(P = .219 ns)

		Ich fühle mich ...					
		1 ja, vollkommen		2 ja, etwas schon			
		3 nein, eigentlich nicht		4 nein, absolut nicht			
		<i>als Deutscher</i>					
		1	2	3	4	X	n
M 4		59	32	7	2	1,52	224
Längsschnittstudie		57	34	6	3	1,55	276

(P = .674; ns)

		<i>als DDR-Bürger</i>					
		1	2	3	4	X	n
M 4		53	31	8	8	1,72	224
Längsschnittstudie		49	36	10	5	1,71	275

(P = .388; ns)

Erkennbar ist, dass die Daten statistisch gesehen übereinstimmen. Weitere Beispiele könnten angeführt werden.

> Im Mittelpunkt der Untersuchungen in der zweiten Phase seit der Wende bzw. der Vereinigung stehen zwei inhaltliche Schwerpunkte:

a) Die wissenschaftliche Begleitung des Weges der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, insbesondere Analyse und Dokumentation des politischen Mentalitätswandels seit der Wende und der Vereinigung, als Folge der Transformation Ostdeutschlands. Die generelle Forschungsfrage war und ist, ob bzw. inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in dem neuen Gesellschaftssystem auch eine politische Identifikation mit diesem System entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen. Wir vermuten, dass dabei von entscheidender Bedeutung sein wird, ob die in die Untersuchung einbezogenen jungen Frauen und Männer mit Unterstützung der Gesellschaft jene Bedingungen vorfinden, die ihre berufliche Entfaltung fördern, frei von alltäglicher Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bzw. den des Lebenspartners.

Dabei geht es insbesondere um folgende Untersuchungsgegenstände in ihren wechselseitigen Zusammenhängen:

- Politische Grundeinstellungen wie Einstellung zur deutschen Einheit, zum neuen Gesellschaftssystem, zu den politischen Parteien; Bereitschaft zur politischen Partizipation, Identifikation mit sozialistischen Idealen, Selbstverständnis als Linker oder Rechter;
- Kollektive Identitäten (Zugehörigkeitsgefühl als Bürger der Bundesrepublik, als Bürger der ehemaligen DDR, als Deutscher, Ostdeutscher, Sachse, Europäer);
- Lebensorientierungen (Lebensziele), gesellschaftliche und persönliche Zukunftszuversicht;
- Befindlichkeiten (Lebenszufriedenheit, Bedrohungserleben, psychosomatische Beschwerden, psychosoziale Belastungen);
- Häufigkeit bzw. Dauer, Erleben und Verarbeiten von Arbeitslosigkeit und ihrer materiellen, psychischen und gesundheitlichen Folgen;
- Veränderung der Lebensformen und der persönlichen Lebensverhältnisse;
- Migrationsverhalten (Realisierte bzw. geplante Abwanderung in die alten Bundesländer bzw. in das Ausland).

Diese Aspekte waren nicht alle gleichermaßen von Anfang an Forschungsgegenstände, sondern wurden sukzessiv eingeführt. Das war in den ersten Befragungen ab 1990 auch ein Problem des zumutbaren Umfangs des Fragebogens.

b) Die Analyse von Langzeitwirkungen früherer Bindungen an das sozialistische System und von Langzeitwirkungen der Rezeption westlicher Sender auf die Herausbildung einer politi-

schen Identifikation mit dem jetzigen Gesellschaftssystem. Die Studie kann dabei auf Daten aus der Zeit vor der Wende zurückgreifen.

Insgesamt gesehen bilden die bisher gewonnenen Daten eine zuverlässige Grundlage für die Beurteilung des politischen Mentalitätswandels bei der einbezogenen Altersgruppe seit 1987. Die Studie bereichert damit die Transformationsforschung in (Ost-) Deutschland auf spezifische Weise, zumal der Transformationsprozess - insbesondere auf mentaler Ebene - bei weitem nicht abgeschlossen ist und in der Zukunft auch unerwartete Entwicklungen denkbar sind.

Damit der Leser sich ein möglichst detailliertes Bild von den TeilnehmerInnen dieser Untersuchung machen kann, sollen noch einige wesentliche Aspekte ihrer demographischen bzw. sozialen Zusammensetzung angeführt werden.

Partnerbeziehungen

Seit 1992 - die TeilnehmerInnen waren damals im Durchschnitt 19,5 Jahre alt - haben wir ihre Partnerbeziehungen erfasst, die sich in den folgenden Jahren stark verändert haben:

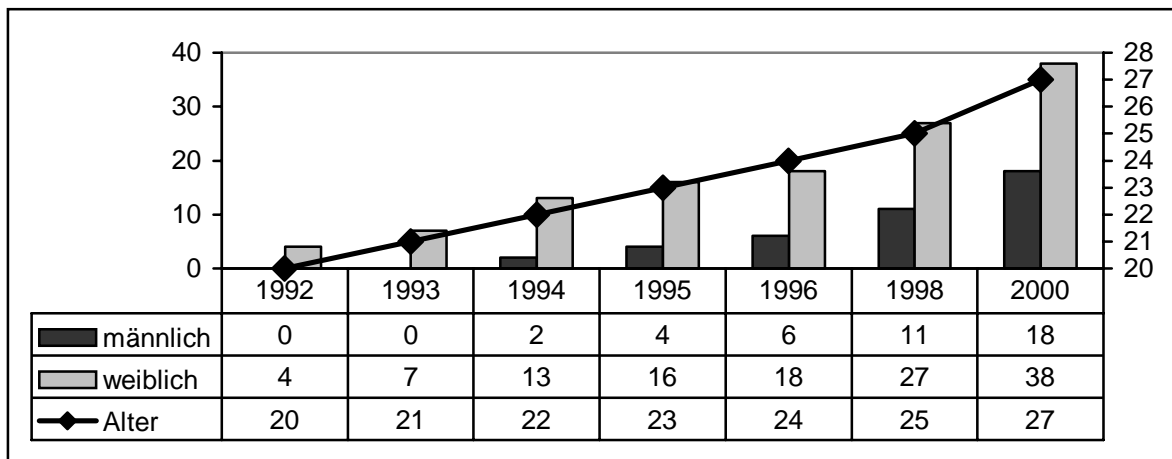
Tabelle 1.4: Partnerbeziehungen der TeilnehmerInnen im Trend 1992 bis 2000, differenziert nach den Geschlechtergruppen

		1 ledig, ohne feste Partnerbindung 2 ledig, mit fester Partnerbindung 3 in Lebensgemeinschaft lebend 4 verheiratet 5 geschieden (ab 1998 erfragt)					
Jahr	Durchschnittsalter	1	2	3	4	5	(2,3,4)
<i>männlich</i>							
1992	19,5	65	32	3	0	-	(35)
1993	20,5	59	38	3	0	-	(41)
1994	21,5	56	36	6	2	-	(44)
1995	22,5	48	40	8	4	-	(52)
1996	23,5	43	40	11	6	-	(57)
1998	25,1	37	37	15	11	0	(63)
2000	27,2	30	38	14	18	0	(70)
<i>weiblich</i>							
1992		33	56	7	4	-	(67)
1993		23	62	8	7	-	(77)
1994		21	51	15	13	-	(79)
1995		17	45	22	16	-	(83)
1996		22	41	19	18	-	(78)
1998		18	33	21	27	1	(82)
2000		12	28	20	38	2	(88)

Diese Zeitreihe ist auch über das Thema dieses Bandes hinaus interessant, z.B. unter dem Aspekt des Zusammenhanges von Alter, Geschlecht und Partnerfindung. So ist z.B. in der letzten Spalte ablesbar, dass der Anteil der Panelmitglieder, die in einer festen Partnerschaft leben, erwartungsgemäß kontinuierlich zugenommen hat. (Für 1998 und 2000 sind die Angaben nicht ganz exakt, da anzunehmen ist, dass die geschiedenen TeilnehmerInnen ebenfalls wieder in einer festen Partnerschaft leben.)

Informativ ist der verhaltene Anstieg des Anteils der verheirateten Panelmitglieder:

Abbildung 1.1: Anteil der verheirateten Panelmitglieder im Trend 1992 bis 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert (Altersangabe für das jeweilige Jahr gerundet)



Im Jahr 2000 waren - im Durchschnitt 27,2 Jahre alt - 38 % der weiblichen Panelmitglieder gegenüber 18 % der männlichen verheiratet. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Deutschen generell immer später heiraten. Das Durchschnittsalter der Erstverheirateten ist in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gestiegen: In Westdeutschland stieg das Durchschnittsalter der Männer bei der ersten Eheschließung von 25,7 Jahren 1977 auf 30,4 Jahre 1997, der Frauen von 22,9 Jahren 1977 auf 27,9 Jahre 1997. In Ostdeutschland/Ostberlin erhöhte sich das entsprechende Durchschnittsalter der Männer von 23,8 Jahren 1977 auf 29,3 Jahre 1997, der Frauen von 21,9 Jahre 1977 auf 27 Jahre 1997. Mitte der 70er Jahre war in der DDR etwa ein Drittel der 18- bis 25jährigen und über zwei Drittel der 24- bis 25jährigen Jugendlichen verheiratet.

Noch Ende der 80er Jahre ist im Osten Deutschlands deutlich häufiger geheiratet worden als im Westen. Der Wandel der Situation ist erst mit dem „demographischen Stoppverhalten“ 1990/91 eingetreten. Seitdem ist die Heiratsneigung bei einem verhaltenen Wiederanstiegstrend auf einem außerordentlich niedrigen Niveau verblieben (vgl. BIB-Mitteilungen 1/2000: 18).

Deutlich angestiegen ist im Untersuchungszeitraum der Anteil derer, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben: in der Gesamtgruppe von 6 % 1992 auf 17 % 2000 (männlich 14 %, weiblich 20 %). Das entspricht etwa dem Durchschnittswert in Ostdeutschland/Ostberlin: Hier lebte 2000 etwa jedes achte Paar (12 %) ohne Trauschein zusammen.

Seit 1992 werden die TeilnehmerInnen darüber hinaus auch gefragt, ob sie überhaupt die Absicht zu haben, zu heiraten:

Tabelle 1.5: Heiratsabsicht der Panelmitglieder im Trend zwischen 1992 und 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert

Jahr	Alter	Anteil Verheirateter	Heiratsabsicht besteht	Heiratsabsicht besteht nicht	weiß nicht
<i>männlich</i>					
1992	19,5	0	44	17	39
1993	20,5	0	48	12	40
1996	23,5	6	49	15	30
1998	25,1	11	55	9	25
2000	27,2	18	44	12	26
<i>weiblich</i>					
1992		4	53	18	25
1993		7	54	16	23
1996		18	46	14	22

1998	27	36	12	25
2000	38	30	10	22

Die Zahlen von 2000 zeigen, dass über die bereits verheirateten Panelmitglieder hinaus noch ein bedeutender Teil von ihnen wahrscheinlich heiraten wird. Addiert man die Quoten der Verheirateten und derer, die das beabsichtigen, dann wollen 62 % der männlichen bzw. 68 % der weiblichen Panelmitglieder in einer Ehe leben. Diese Anteile sind seit 1992 angestiegen, wobei offen bleibt, inwieweit dies ein Alterseffekt ist oder Widerspiegelung verbesserter Lebensbedingungen, insbesondere Wohnbedingungen. Vermutlich ist beides der Fall. Nur für 12 % der jungen Männer bzw. 10 % der jungen Frauen scheint 2000 festzustehen, dass sie nicht heiraten werden. Interessant ist, dass dieser Anteil bei den jungen Frauen unserer Population seit 1992 kontinuierlich abgenommen hat.

Zahl der Kinder, Kinderwunsch

Auch bei der Zahl der Kinder unserer TeilnehmerInnen ist eine retrospektive Betrachtung sehr interessant. Erwartungsgemäß ist diese Zahl seit 1992 gestiegen, bei den jungen Frauen deutlicher als bei den jungen Männern:

Tabelle 1.6: Zahl der Kinder im Trend 1992 bis 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert

Jahr	Alter	kein Kind	ein Kind	zwei und mehr Kinder	X
<i>männlich</i>					
1992	19,5	98	2	0	0,02
1993	20,5	98	1	1	0,03
1995	22,5	95	5	0	0,05
1996	23,5	94	6	0	0,06
1998	25,1	88	11	1	0,14
2000	27,2	77	16	7	0,29
<i>weiblich</i>					
1992		97	3	0	0,03
1993		94	6	0	0,06
1995		87	12	1	0,13
1996		82	16	2	0,20
1998		71	23	6	0,35
2000		51	39	10	0,59

Im Jahr 2000 - bei einem Durchschnittsalter von 27,2 Jahren - haben 23 % der jungen Männer und 49 % der jungen Frauen selbst Kinder.

Nur geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen und auch zwischen den Messpunkten zeigt dagegen die Entwicklung des Kinderwunsches. Dieser ist in den Jahren zwischen 1992 und 2000 nahezu gleich geblieben, d.h. nicht angestiegen. Wir können uns deshalb auf die Daten von 1992 und 2000 beschränken:

Tabelle 1.7: Zahl der gewünschten Kinder, nach Geschlechtergruppen differenziert

Jahr	Alter	kein Kind	ein Kind	zwei Kinder	drei und mehr K.	X
<i>männlich</i>						
1992	19,5	9	29	55	7	1,64
2000	27,2	11	24	58	7	1,63
<i>weiblich</i>						
1992		4	27	60	9	1,80
2000		5	31	58	6	1,65

89 % der jungen Männer bzw. 95 % der jungen Frauen wünschen sich 2000 ein oder mehr Kinder, im Durchschnitt 1,64 Kinder. Zu DDR-Zeiten wünschten sich die Jugendlichen im Durchschnitt zwei Kinder.

Sowohl die tatsächliche als auch die gewünschte Kinderzahl hängt natürlich stark vom Familienstatus ab:

Tabelle 1.8: Tatsächliche und gewünschte Kinderzahl 2000, differenziert nach dem Familienstatus
Anzahl der Kinder:

	kein	ein	zwei	drei	vier und mehr	X
<i>Tatsächliche Zahl</i>						
verheiratet	28	55	16	1	0	0,90
Lebensgemeinschaft	57	34	9	0	0	0,52
ledig, mit Bindung	81	16	3	0	0	0,23
ledig, ohne Bindung	94	3	3	0	0	0,07
<i>Gewünschte Zahl</i>						
verheiratet	2	22	66	9	1	1,85
Lebensgemeinschaft	5	25	61	6	3	1,79
ledig, mit Bindung	11	36	48	4	1	1,48
ledig, ohne Bindung	13	25	60	2	0	1,52

Die tatsächliche Kinderzahl ist bei den verheirateten Panelmitgliedern verständlicherweise signifikant höher als bei den nicht verheirateten, auch im Vergleich mit den in einer Lebensgemeinschaft lebenden Paaren. Von Ersteren haben bereits 72 % Kinder, von Letzteren 43 %. In Bezug auf die gewünschte Kinderzahl spielt der Familienstatus eine viel geringere Rolle: Panelmitglieder, die verheiratet sind, nennen eine fast identische durchschnittliche Wunschkinderzahl wie jene, die eine nichteheliche Lebensgemeinschaft vorziehen. Diesen beiden Gruppen gegenüber ist die gewünschte Kinderzahl der ledigen TeilnehmerInnen signifikant niedriger.

Etwas ausführlicher wollen wir noch einmal auf die alleinerziehenden Panelmitglieder zurückkommen. Das Alleinerziehen ist in Deutschland bekanntlich weit verbreitet: Mehr als 1,8 Millionen Alleinerziehende mit über 2,6 Millionen Kindern unter 18 Jahren leben gegenwärtig in Deutschland. Das Alleinerziehen hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten von einer sozialen Randerscheinung zu einer weit verbreiteten Lebensform entwickelt. Etwa 15 % aller Familien in Deutschland sind Einelternfamilien, 85 % aller Alleinerziehenden sind Frauen (vgl. BIB-Mitteilungen 3/2000: 28).

Im Jahr 2000 sind 16 % aller Panelmitglieder Alleinerziehende, 12 % der männlichen bzw. 20 % der weiblichen. Damit ist mit 67 % die Mehrzahl von ihnen weiblich. Fast die Hälfte der Alleinerziehenden (45 %) lebt mit einem Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zusammen, 39 % haben einen festen Partner, 16 % leben ohne Partner bzw. sind geschieden. Alleinerziehende unterscheiden sich in verschiedenen Merkmalen von allen übrigen Panelmitgliedern, wir führen einige wesentliche und signifikante an:

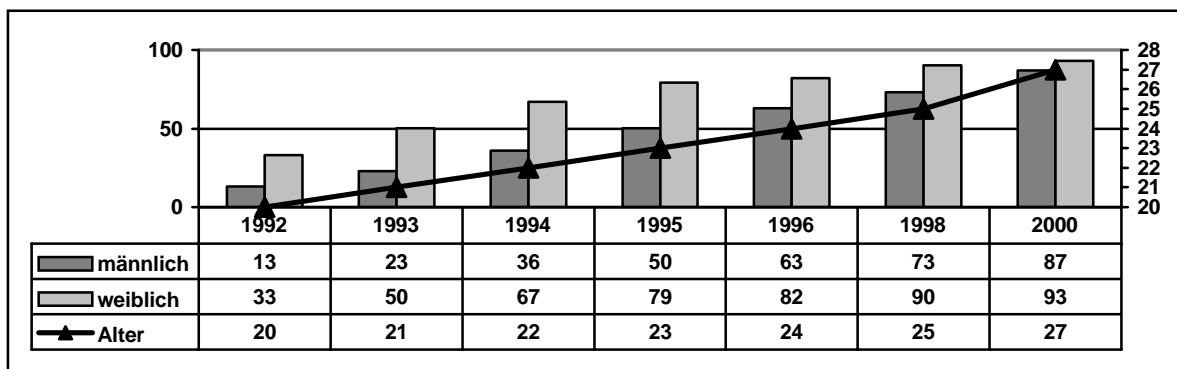
- Erhebliche Unterschiede bestehen im Hinblick auf die aktuelle wirtschaftliche Situation: Eine Verbesserung gegenüber den letzten zwei Jahren stellen nur 40 % fest (übrige: 59 %);
- 74 % von ihnen waren bereits einmal (27 %) oder sogar mehrmals (47 %!) arbeitslos (übrige: 55 %);
- 48 % äußern Angst vor (erneuter) Arbeitslosigkeit (übrige: 32 %);
- Nur 64 % meinen, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben (übrige: 84 %);

- 44 % schätzen ein, dass es seit der Vereinigung mehr positive als negative Veränderungen in ihrem Leben gab (übrige: 63 %);
 - 75 % von ihnen kommen mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht (übrige 87 %)
 - Zukunftsangst äußern 30 % (übrige: 20 %);
 - Trotz dieser angedeuteten Probleme und obwohl sie überdurchschnittlich viele Kinder haben wünschen sie sich mehr Kinder: im Durchschnitt 1,84 (übrige 1,60);
 - Keine Unterschiede bestehen hinsichtlich der leistungsorientierten Lebensziele; sie äußern dagegen häufiger einschränkungslos das Ziel, ein glückliches Ehe- und Familienleben zu führen: 87 % (übrige: 69 %) bzw. eigene Kinder großzuziehen 80 % (übrige: 50 %).
- Alles in allem lassen diese Angaben, insbesondere jene zur beruflichen Situation, auf eine vergleichsweise ungünstigere, konfliktreichere Lebenssituation schließen.

Wohnsituation

Nahezu alle Panelmitglieder (2000: 90 %) sind inzwischen aus dem Elternhaus ausgezogen, verfügen über eigenen Wohnraum. Dieser Anteil ist seit 1993 mit zunehmendem Alter der TeilnehmerInnen von Jahr zu Jahr erheblich größer geworden:

Abbildung 1.2: Anteile der Panelmitglieder, die nicht mehr im Elternhaus wohnen, im Trend 1992 bis 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert (Altersangaben gerundet)



Wie erkennbar ist, haben zu jedem Messpunkt von den jungen Frauen jeweils erheblich mehr das Elternhaus verlassen als von den jungen Männern - der Zusammenhang zu den unterschiedlichen Partnerbindungen ist evident.

Leider haben wir nicht gesondert erfasst, wie viele Panelmitglieder nach einem Auszug aus dem Elternhaus kurz- oder langfristig wieder in die elterliche Wohnung zurückgekehrt sind. Dennoch lässt sich von den Längsschnittkorrelationen her abschätzen, dass dies nur einen sehr kleinen Teil betrifft.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, wie oft die Panelmitglieder seit der Wende umgezogen sind:

Tabelle 1.9: Anzahl der Umzüge seit der Wende bis zum Jahr 2000

	Null	einmal	zweimal	dreimal	viermal	fünfmal und häufiger	X
Gesamtgruppe	8	26	25	18	11	12	2,44
männlich	11	29	24	18	12	6	2,17
weiblich	6	24	25	19	11	15	2,68
lebt im Osten	10	30	25	18	8	9	2,00
lebt im Westen	0	8	24	22	25	21	3,53

Zwar stehen uns keine Vergleichsdaten zur Verfügung, doch sprechen diese Angaben für eine beträchtliche Mobilität der TeilnehmerInnen, insbesondere der jungen Frauen bzw. derer, die in den alten Bundesländern leben. Von Letzteren ist immerhin knapp die Hälfte (46 %) häufiger als viermal umgezogen. Der „Umzugsrekord“ steht gegenwärtig bei je neun Umzügen von zwei jungen Frauen, die im Westen leben. Für die Organisation der Studie brachten diese häufigen Veränderungen des Wohnortes erhebliche Schwierigkeiten mit sich, die zeitweise ihre Weiterführung ernsthaft in Frage stellten. So kamen z.B. nach dem Versand der Fragebögen zur 14. Welle im Frühjahr 2000 rund 100 Briefe mit dem Vermerk „Unbekannt verzogen“ zurück! Nur in wenigen Fällen hatten die Postboten freundlicherweise die neue Adresse vermerkt. Selbst Briefe, deren Adressaten zwei Häuser weiter gezogen waren oder im demselben Haus wohnten, aber nach Eheschließung unter anderem Namen, kamen zurück, dazu mitunter erst nach zwei Wochen! In allen diesen Fällen mussten die aktuellen Adressen durch aufwändige Anrufe bei den Eltern dieser Panelmitglieder, bei ehemaligen Klassenkameraden, Hausbewohnern oder Hausverwaltungen, letztlich mit Hilfe der Einwohnermeldeämter recherchiert werden. Vor allem die meist noch erreichbaren Eltern (wenngleich oft inzwischen ebenfalls umgezogen) waren fast ausnahmslos sehr hilfsbereit. Ohne ihre dankenswerte Unterstützung wäre mit Sicherheit der Kontakt zu vielen TeilnehmerInnen längst abgebrochen. Aus der hohen „Umzugsfreudigkeit“ erklärt sich auch, warum selbst in der jüngsten Zeit nicht jedes Panelmitglied an allen Wellen teilgenommen hat. In zahlreichen Fällen konnten die Recherchen zur Klärung der aktuellen Adressen nicht bis zum Rücksendetermin der jeweiligen Untersuchung abgeschlossen werden.

Abwanderung in den Westen bzw. ins Ausland

Die Ende 1989 sich sprunghaft verstärkende Ost-West-Wanderung machte auch um die TeilnehmerInnen unserer Studie keinen Bogen. Wie erwähnt, war ein großer Teil der Panelmitglieder in der Wendezeit abgewandert. Und schon bei den ersten Befragungen nach der Wende wurde anhand der Antworten der hier gebliebenen TeilnehmerInnen auch klar, dass der Exodus in Richtung West noch nicht beendet war:

Tabelle 1.10: Verbleibs- bzw. Migrationsabsichten der Panelmitglieder zwischen 1990 und 2000
 „Werden Sie weiterhin in einem der ostdeutschen Bundesländer leben?“
 1 Ich werde auf jeden Fall hier bleiben.
 2 Ich werde wahrscheinlich hier bleiben.
 3 Ich werde wahrscheinlich in eines der alten Bundesländer übersiedeln.
 4 Ich werde auf jeden Fall in eines der alten Bundesländer übersiedeln.
 5 Ich lebe (zur Zeit) in einem der alten Bundesländer. (ab1995)
 6 Ich lebe (zur Zeit) im Ausland. (ab 1998)

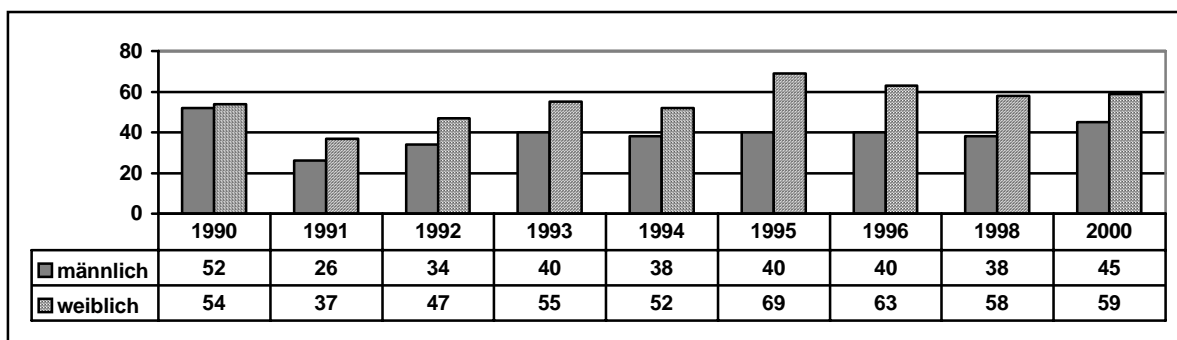
Jahr	1	2	(1+2)	3	4	(5)	(6)
1990	53	41	(94)	4	2	-	-
1991	33	51	(84)	14	2	-	-
1992	41	49	(90)	9	1	-	-
1993	49	44	(93)	3	4	-	-
1994	46	46	(92)	2	6	-	-
1995	56	42	(98)	2	0	(12)	-
1996	53	43	(96)	4	0	(12)	-
1998	49	46	(95)	4	1	(15)	(2)
2000	52	43	(95)	5	0	(16)	(2)

Anmerkung: Alle Prozentwerte zwischen 1990 und 2000 beziehen sich nur auf die im Osten lebenden Panelmitglieder, ergeben also 100 %. Ab 1995 bzw. 1998 werden in Klammer zusätzlich die Prozentquoten derer genannt, die zum Zeitpunkt der Befragung im Westen (5) bzw. im Ausland (6) lebten.

Vor allem 1991 und 1992 gaben verhältnismäßig viele der verbliebenen Panelmitglieder an, in den Westen gehen zu wollen. Hinzu kommt, dass in diesen zwei Jahren die Anteile derer am geringsten waren, die auf jeden Fall im Osten bleiben wollten. Das stimmt mit dem tatsächlichen Wanderungsgeschehen in dieser Zeit überein. Vornehmlich 1991 und 1992 wurden starke Wanderungsströme in Richtung Westen registriert. Für unsere Population ist besonders wesentlich, dass bei den 18- bis unter 25-Jährigen 1991 mit rund 39 je 1000 Personen der gegenüber den anderen Altersgruppen höchste relative Wanderungsverlust eintrat (vgl. BIB-Mitteilungen 2/2001: 14 f.).

Bei den Geschlechtergruppen fällt auf, dass die jungen Frauen fast durchgängig signifikant oder zumindest tendenziell häufiger als die jungen Männer auf jeden Fall im Osten bleiben wollen:

Abbildung 1.3: Anteil der Panelmitglieder, die auf jeden Fall im Osten bleiben wollten, im Trend 1990 – 2000, nach Geschlechtergruppen differenziert



Erwartungsgemäß besteht ein Zusammenhang zu den bestehenden Partnerbindungen: Je fester (formal betrachtet) zum jeweiligen Zeitpunkt die Partnerbindungen sind, um so stärker ist die Absicht, zu bleiben. Wir haben weiter oben bereits gesehen, dass von den jungen Frauen häufiger bzw. früher solche festeren Bindungen eingegangen wurden als von den jungen Männern.

Auf einen weiteren, schwerwiegenderen Zusammenhang soll schon hier hingewiesen werden: Abwanderungsabsichten äußerten und äußern vor allem jene Panelmitglieder, die nicht die Hoffnung haben, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben. Wir kommen darauf noch ausführlicher zurück.

Im Jahr 2000 leben immerhin 16 % der Panelmitglieder in den alten Bundesländern, 2 % im Ausland (Italien, Schweiz, Australien, Neuseeland, Großbritannien). Wir nennen an dieser Stelle einige Besonderheiten ihrer demographischen bzw. sozialen Situation und ihrer politischen Einstellungen:

- Das Geschlechterverhältnis ist völlig ausgeglichen: 49 % der abgewanderten Panelmitglieder sind männlich, entsprechend 51 % weiblich;
- mit 46 % hat fast die Hälfte von ihnen (zeitweise) studiert, von den hier Gebliebenen dagegen nur 30 %;
- Arbeitslosigkeit hat sie bisher tendenziell weniger häufig getroffen als ihre Altersgefährten im Osten (49 % gegenüber 61 %), ihre Arbeitsplätze halten sie häufiger für völlig oder ziemlich sicher (90 % gegenüber 78 %), sie haben weniger häufig Angst vor (erneuter) Arbeitslosigkeit (16 % gegenüber 39 %); 76 % von ihnen sind zuversichtlich, ihre beruflichen Pläne verwirklichen zu können (übrige 63 %);
- sie sind deutlich häufiger optimistisch in Bezug auf ihre persönliche Zukunft (61 % gegenüber 32 %), sind aber noch weniger zuversichtlich, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben: ein Prozent gegenüber 23 %!

- sie sind wie die hier verbliebenen TeilnehmerInnen mehrheitlich unzufrieden mit dem politischen System und mit der Wirtschaftsordnung, fühlen sich nur etwas häufiger bereits uneingeschränkt als Bundesbürger (47 % zu 33 %; sign.).

Auf diese und weitere Unterschiede kommen wir an verschiedenen Stellen zurück.

Wie aus der Tabelle 1.10 auch hervorgeht, ist die Abwanderung in die alten Bundesländer keineswegs beendet. Im Jahr 2000 sitzen 5 % der im Osten lebenden Panelmitglieder (8 % der männlichen, 2 % der weiblichen) auf den Koffern, um wahrscheinlich umzusiedeln. Wie aus verbalen Angaben und persönlichen Kontakten hervorgeht, geschieht das in jüngerer Zeit fast ausnahmslos unfreiwillig, auf Druck der Verhältnisse, d.h. infolge fehlender Arbeitsplätze im Osten. Häufig sind ganze Familien mit Kindern davon betroffen, denen die Umsiedlung in den Westen sehr schwer fällt.

Tätigkeitsstatus

Die jeweilige Tätigkeit der Panelmitglieder zum Untersuchungszeitpunkt wurde mit einem verhältnismäßig einfachen Modell verfolgt, das dennoch erhebliche Veränderungen ab 1990 widerspiegelt:

Tabelle 1.11: Tätigkeitsstatus der Panelmitglieder zwischen Frühjahr 1990 und 2000 im Trend (Gesamtgruppe)
„Was sind Sie gegenwärtig?“

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1990	68*)	18	13	0	0	-	-	-	-	-	1
1992	32	3	26	10	14	1	3	3	1	7	0
1993	9	0	24	15	24	3	9	2	1	8	5
1994	8	0	28	19	22	3	6	3	0	6	5
1995	3	0	27	20	25	5	4	2	1	6	7
1996	1	0	20	22	27	7	0	2	3	11	7
1998	1	0	16	23	30	10	0	1	5	7	7
2000	1	0	5	25	42	11	0	0	6	5	5

*) mit bzw. ohne Abiturausbildung

Die Angaben der Tabelle 1.11 widerspiegeln den jeweiligen Status für die Gesamtgruppe. Bei den Studenten ist zu berücksichtigen, dass die Eintragung „Student“ nicht in jedem Fall mit einem abgeschlossenen Studium identisch ist (dazu liegt bisher keine Information vor; s. Kapitel 10.).

Zwischen den Geschlechtergruppen bestehen erhebliche Unterschiede, die wir hier nur anhand der Statuspositionen 1990 und 2000 darstellen wollen:

Tabelle 1.12: Tätigkeitsstatus der Panelmitglieder im Frühjahr 1990 und 2000, nach Geschlechtergruppen differenziert
„Was sind Sie gegenwärtig?“

1 Lehrling	2 EOS-Schüler
3 Student	4 Arbeiter
5 Angestellter	6 Hausfrau/-mann, Erziehungsurlaub
7 Wehrdienstleistender	8 Zivildienstleistender

	9 Selbstständiger 11 etwas anderes			10 arbeitslos							
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<i>männlich</i>											
1990	80	17	2	0	0	-	-	-	-	-	1
2000	0	0	9	43	28	1	0	1	9	2	7
<i>weiblich</i>											
1990	60	19	20	1	0	-	-	-	-	-	0
2000	1	0	2	9	54	21	-	-	2	7	4

Während die Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen im Jahr 1990, zu Beginn der Berufsbiographie unserer Panelmitglieder noch nicht so groß waren (abgesehen von einem geringeren Anteil Lehrlinge bei den jungen Frauen, dafür höheren Anteil an Fachschulstudenten), fallen sie im Jahr 2000 geradezu ins Auge. Sie betreffen insbesondere den Anteil an Erwerbstätigen und deren Zusammensetzung: Von den jungen Männern sind 80 % erwerbstätig bei einem höheren Anteil an Arbeitern (43 %), von den jungen Frauen 65 % mit einem höheren Anteil an Angestellten (54 %). Auffällig ist auch, dass sich von den jungen Männern 9 % selbstständig gemacht haben, während dieser Anteil bei den jungen Frauen nur 2 % beträgt. Hinzu kommt, dass 21 % der jungen Frauen zu Hause sind, meist im Erziehungsurlaub.

Eine andere Betrachtungsweise ist, den Entwicklungsweg der verschiedenen Teilgruppen über den gesamten Zeitraum hinweg zu untersuchen. Wir können das hier aus Platzgründen nur andeuten. Betrachten wir dazu exemplarisch zeitlich gerafft den Entwicklungsweg der großen Gruppe derer, die 1990 Lehrlinge waren:

Tabelle 1.13: Veränderung des beruflichen Status der Panelmitglieder, die 1990 Lehrlinge waren

	1 Lehrling 2 EOS-Schüler 3 Student 4 Arbeiter 5 Angestellter 6 Hausfrau/-mann, Erziehungsurlaub 7 Wehrdienstleistender 8 Zivildienstleistender 9 Selbstständiger 10 arbeitslos 11 etwas anderes										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1994	9	0	16	25	27	1	4	1	0	11	6
1996	0	0	11	32	24	6	1	1	5	13	7
1998	1	0	8	31	28	11	1	1	4	8	7
2000	1	0	4	31	44	7	0	0	3	5	5

Im Jahr 2000 ist die überwiegende Mehrheit (75 %) dieser ehemaligen Lehrlinge erwerbstätig, 7 % sind Hausfrau oder im Erziehungsurlaub (weiblich: 13 %), 5 % sind arbeitslos (weiblich: 8 %), 4 % sind Student, 3 % haben sich selbstständig gemacht, ein Prozent ist noch Lehrling, 5 % sind etwas anderes. Eine Analyse des Einflusses des spezifischen Verlaufes der individuellen Berufsbiographien und der damit verbundenen Lebenslagen bzw. Milieus auf den Mentalitätswandel steht im Rahmen unserer Studie noch aus.

Über die verhältnismäßig groben Angaben des beruflichen Status beschrieben die Panelmitglieder ihre jeweilige Tätigkeit etwas differenzierter (z.B. Berufsbezeichnung, Studienrichtung, Studienjahr); wir können hier nicht ausführlicher darauf eingehen.

Im Jahr 1998 gaben die Panelmitglieder zurückblickend an, ob sie die beruflichen Pläne, die sie in der Schulzeit hatten, verändern mussten. Immerhin 38 % mussten sie völlig verändern,

35 % etwas, nur bei 27 % waren keine Veränderungen nötig. Das ist insofern wesentlich, weil deutliche Einflüsse auf die berufliche Zukunftszuversicht erkennbar sind; wir kommen darauf zurück.

Ihre berufliche Ausbildung haben im Jahr 2000 89 % abgeschlossen, von den weiblichen Mitgliedern tendenziell mehr als von den männlichen (92 % gegenüber 85 %). Nur 3 % haben keinen Berufsabschluss geplant.

Zur Organisation der Studie und zur Aussagekraft der Ergebnisse

In der Zeit vor der Wende fanden die Untersuchungen als schriftliche Befragungen im Klassenverband statt. Sie wurden ausschließlich von geschulten Mitarbeitern der erwähnten wissenschaftlichen Einrichtungen durchgeführt, Lehrer oder andere Amtspersonen waren nicht anwesend. In der zweiten Phase der Studie ab 1990 erfolgen die Befragungen aller ein bis zwei Jahre ebenfalls schriftlich, jetzt auf postalischem Wege.

Obwohl es bei Längsschnittstudien nicht um repräsentative Aussagen zu bestimmten Merkmalen geht, sondern um Prozessanalysen zu deren Entwicklung und Determination in einer identischen Population, unter bestimmten Bedingungen und in einem bestimmten Zeitraum, lassen die erwähnten Übereinstimmungen mit Repräsentativstudien nach der Wende auf eine hohe Aussagekraft der Daten unserer Längsschnittstudie schließen. Die Ergebnisse unserer Studie können mit hoher Wahrscheinlichkeit für ostdeutsche Jugendliche dieser Altersgruppe verallgemeinert werden, ähnliche Relationen sind auch in den benachbarten (insbesondere höheren) Altersgruppen zu erwarten. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht unterstellt. Wie Vergleiche mit neueren repräsentativen Untersuchungen belegen (insbesondere mit den jüngsten Shell-Studien), widerspiegelt die Studie grundsätzlich die Situation vieler junger Ostdeutscher auf ihrem Weg in das vereinte Deutschland.

Institutioneller Träger der Studie nach der Wende war bis 1998 die Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig; der Autor ist Forschungsleiter seit 1987 (vor der Wende in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Universität Leipzig und der PH Zwickau). Von 1994 bis Januar 1998 wurde die Studie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Die für die Durchführung der 13. und 14. Welle erforderlichen Sachmittel wurden von der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Verfügung gestellt. Sowohl der Deutschen Forschungsgemeinschaft als auch der Friedrich-Ebert-Stiftung sei an dieser Stelle ausdrücklich für die Unterstützung gedankt. Seit Anfang 1998 führt der Autor die Studie ehrenamtlich weiter.

Abschließend zu den Merkmalen der Population sollen noch die exakten Teilnehmerzahlen der Wellen/Etappen nach der Wende angegeben werden:

4. Welle: Mai 1990, N = 276

5. Welle: Dezember 1990, N = 86

Diese Welle fand im Rahmen und mit dem Fragebogen der letzten bevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfrage M 9 des ZIJ statt. Wegen der unmittelbar bevorstehenden Schließung und Abwicklung des Instituts konnte aus Zeitgründen nur eine per Zufall ausgewählte Teilpopulation einbezogen werden. Die Daten dieser Welle werden nur in wenigen ausgewiesenen Fällen verwendet.

6. Welle: Juli 1991, N = 220

7. Welle: März 1992, N = 224

Diese Welle wurde im Rahmen und mit dem Fragebogen (Kurzfassung) der „Jugendstudie 92“ der Forschungsstelle Sozialanalysen in Sachsen durchgeführt.

8. Welle: Dezember 1992, N = 170

Vor allem bei der 6., 7. und 8. Welle machte sich die Abwanderung von Panelmitgliedern in den Westen bzw. ihr Auszug aus dem Elternhaus stark bemerkbar. Zu diesem Zeitpunkt bestanden infolge der sehr schwierigen Arbeitsbedingungen des Autors (nach Auflösung des ZIJ Arbeitslosigkeit, Tätigkeit auf ABM-Basis) faktisch keine Möglichkeiten, die veränderten Anschriften der Jugendlichen zu recherchieren. Die 6. Welle 1991 konnte nur mit Unterstützung des Leipziger Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung realisiert werden.

9. Welle: Dezember 1993, N = 232

10. Welle: Dezember 1994, N = 259

11. Welle: Dezember 1995, N = 316

12. Welle: Dezember 1996, N = 355

13. Welle: April bis September 1998 (vor den Bundestagswahlen), N = 368

14. Welle: Juni bis August 2000, N = 398

Besonders bei den ersten Wellen nach der Wende machte ein Teil der Panelmitglieder noch von der angebotenen Möglichkeit der anonymen Beteiligung Gebrauch, was zu Ausfällen bei der Zuordnung der Daten und damit bei den Längsschnittkorrelationen führt (nicht bei den Querschnittsanalysen). Dennoch sind die Populationen selbst für differenzierte Auswertungen groß genug.

Die inhaltliche Aufbereitung und Auswertung der Etappen nach der Wende ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Das betrifft insbesondere die qualitativen Daten in Form von teilweise sehr ausführlichen Antworten der TeilnehmerInnen auf zahlreiche offene Fragen sowie von zusätzlichen Erlebnisberichten und Briefen. Die von Anfang an praktizierte Verbindung von quantitativer und qualitativer Analyse ist eine Besonderheit der Studie.

Insgesamt wurden seit 1987 für jedes Panelmitglied 1519 Einzelinformationen erhoben (ohne Indices u.ä.).

Notwendige Erläuterungen zur statistischen Auswertung

Die Studie steht methodologisch und methodisch in der Tradition der jahrzehntelangen Längsschnittforschung des Zentralinstituts für Jugendforschung. Das schließt auch die Anwendung einiger der im ZIJ entwickelten Längsschnittkoeffizienten zur statistischen Auswertung solcher Studien ein. Es handelt sich um Koeffizienten, welche die Anteile der sich zwischen den Erhebungswellen verändernden bzw. nicht verändernden Analysepersonen (Apn) wiedergeben, ohne die Größe der Veränderungen auf der Antwortskala zu berücksichtigen:

POP = prozentualer Anteil der Apn, die sich positiv verändert haben, wobei die niedrigeren Skalenplätze als die positiveren definiert sind;

NEP = prozentualer Anteil der Apn, die sich negativ verändert haben;

KOP = prozentualer Anteil der Apn, die sich nicht verändert haben.

Mit dem Vorzeichentest wird geprüft, ob der Unterschied zwischen den positiven und den negativen Veränderungen statistisch signifikant ist (in den Tabellen kursiv hervorgehoben).

Ausführlichere Erläuterungen zu diesen und weiteren speziellen Längsschnittkoeffizienten findet der Leser bei Ludwig 1997: 391; Friedrich/Müller 1989: 32 ff.

Außerdem werden folgende Abkürzungen verwendet:

X = Mittelwert

V = Vergleich der jeweils angegebenen Welle ; die Koeffizienten beziehen sich auf diese Wellen (Beispiel V 96:98 = Vergleich der 12. Welle 1996 und der 13. Welle 1998).

r = Maßkorrelationskoeffizient

CC = Korrigierter Kontingenzkoeffizient

P = Überschreitungswahrscheinlichkeit

Diese statistischen Werte werden in den Tabellen nur insoweit angeführt, als sie vom Sachverhalt her unbedingt notwendig sind.

Grundlage für die Berechnung von r bzw. P sind stets die Originalskalen, auch wenn diese in den Tabellen verkürzt dargestellt werden.

Prozentdifferenzen, aus denen Aussagen über Trends bzw. Unterschiede zwischen Subgruppen abgeleitet werden, wurden auf statistische Signifikanz geprüft ($\alpha = 0.05$).

Die im Folgenden dargestellten Trends beziehen sich jeweils nur auf die Panelmitglieder, die sich an der letzten, der 14. Welle 2000 beteiligt haben. Für sie wurden die teilweise bis 1987 zurückreichenden Zeitreihen komplett neu berechnet. Damit ist sichergestellt, dass es sich (auch bei unterschiedlicher Größe der Populationen) um vergleichbare Daten *identischer Personen* handelt. Aus diesen Neuberechnungen ergeben sich mitunter unwesentliche Abweichungen gegenüber den Prozentverteilungen früher veröffentlichter Ergebnisse.

Die Zahlenangaben in den Tabellen und Abbildungen sind (wenn nicht anders angegeben) Prozentwerte; im Tabellenkopf wird das nicht gesondert erwähnt. Die Abkürzung Ap bedeutet Antwortposition eines vorgegebenen Antwortmodells (AM).

Abschließend bitten wir den Leser um Verständnis für die große Zahl von Tabellen und Abbildungen. Ein Untersuchungszeitraum von mitunter 13 Jahren, oft 8 bis 10 Jahren, bringt zwar viele Vorteile für die Analyse mit sich. Die Kehrseite sind Probleme bei der Darstellung der Ergebnisse, die nur mit Hilfe von Tabellen und Abbildungen erfolgen kann.

Bei der Wertung der Ergebnisse halten wir uns weitgehend zurück. Der Leser soll und wird sich anhand der häufig eindeutigen, für sich sprechenden Trends eine eigene Meinung bilden.

2. Ein Blick zurück

Ein entscheidender Vorzug unserer Studie besteht darin, dass sie Daten über das Denken und Verhalten der Panelmitglieder aus der Zeit vor der Wende einschließt, die per Computerprogramm mit ihren heutigen Einstellungen und Urteilen über die Vergangenheit und die Gegenwart in Beziehung gesetzt werden können. Diese wissenschaftlich sehr effektive Möglichkeit der Analyse bieten nur Längsschnittstudien.

Im begrenzten Rahmen dieses Buches können wir nur auf einen Teil der damals erhobenen Daten eingehen. Wir konzentrieren uns dabei auf die gravierenden Veränderungen im politischen Bewusstsein der Panelmitglieder.

Die ersten drei Jahre der Studie fielen mit der Endzeit der DDR zusammen. Die bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und (Frühjahr) 1989 erhobenen Daten widerspiegeln den in diesem Zeitraum bei der DDR-Jugend generell beobachteten massiven Rückgang des politischen Bewusstseins, der an anderer Stelle ausführlicher dargestellt wird (vgl. Förster 1999: 70 ff.). Exemplarisch belegen wir das für einige politische „Grundüberzeugungen“, deren Herausbildung erklärtes Ziel sozialistischer Erziehung war:

- > „Der Marxismus-Leninismus gibt mir auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort“.
- > „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischem Vaterland eng verbunden“.
- > „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge“.
- > „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft“.

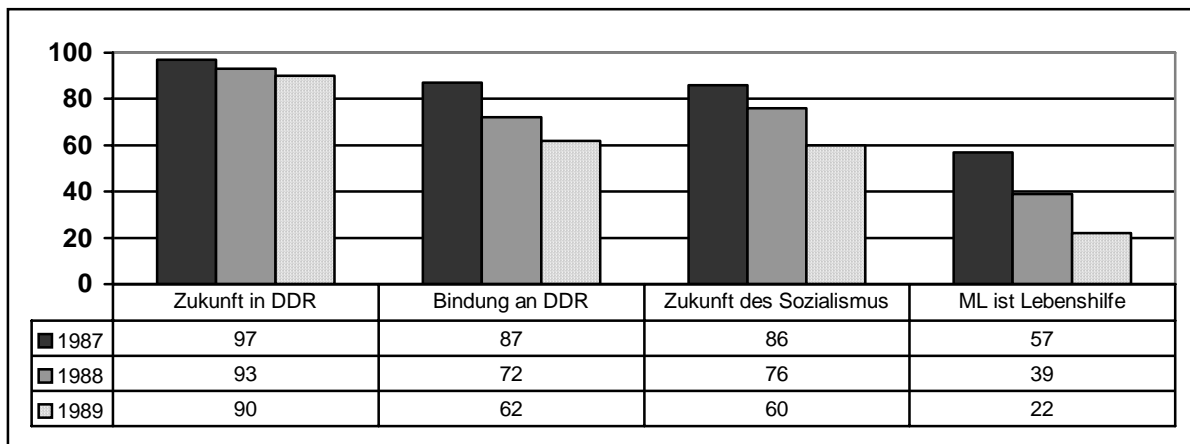
Tabelle 2.1: Veränderungen der Ausprägung ausgewählter politischer Grundeinstellungen zwischen 1987 und 1989 (1. und 3. Welle); Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder, die an allen drei Befragungen teilgenommen hatten (N= 1018)

Jahr	Davon bin ich überzeugt					V	POP	KOP	NEP
	1	2	3	4	5				
<i>„Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“</i>									
1987	77	20	3	0	0	-	-	-	-
1988	64	29	5	2	0	87/88	10	65	25
1989	57	33	7	2	1	87/89	9	61	30
<i>„Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“</i>									
1987	50	36	11	3	0	-	-	-	-
1988	39	37	16	5	3	87/88	19	44	37
1989	28	32	24	12	4	87/89	12	36	52
<i>„Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.“</i>									
1987	43	44	10	2	1	-	-	-	-
1988	28	44	20	6	2	87/88	13	47	40
1989	19	43	25	9	4	87/89	9	37	54
<i>„Der Marxismus-Leninismus gibt mir auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort.“</i>									
1987	14	43	28	8	7	-	-	-	-
1988	6	33	30	16	15	87/88	16	38	46
1989	3	19	30	23	25	87/89	9	27	64

Diese Angaben beziehen sich auf die damalige Gesamtpopulation der Panelmitglieder vor der Wende, die mit geringen Abweichungen auch für die jeweiligen Teilpopulationen der TeilnehmerInnen nach der Wende zutreffen.

Wir stellen diese interessanten Trends noch einmal graphisch dar:

Abbildung 2.1: Veränderung ausgewählter politischer Grundeinstellungen bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und 1989 (Anteile sehr starker und starker Zustimmungen; Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder, die an allen drei Befragungen teilgenommen hatten; N = 1018)



Die Trends sind eindeutig: Die politische Identifikation mit der DDR, der Glaube an den Sieg des Sozialismus zerfielen in dieser Zeit mehr und mehr. Ein „Nullpunkt“ war allerdings selbst kurz vor der Wende nicht erreicht. Die Einstellung zum Marxismus-Leninismus war schon zu Beginn der Studie 1987 sehr schwach entwickelt, seine uneingeschränkt positive Bewertung als Lebenshilfe ging 1989 tatsächlich gegen Null. Generell setzte dieses Absinken der Akzeptanz des Marxismus-Leninismus aber schon in den 70er Jahren ein, verstärkte sich massiv in den 80er Jahren. Der Widerspruch zwischen den dogmatischen Lehrsetzen des „ML“, dazu realitätsfern und scholastisch vermittelt, und den eigenen Lebenserfahrungen der Jugendlichen wurde zunehmend größer. Das spiegelte sich bei unseren Panelmitgliedern damals auch in einem deutlichen Rückgang des Interesses am Schulungssystem der FDJ wider. Vor allem an diesem Forschungsgegenstand wurde schon damals der entscheidende Einfluss der eigenen Erfahrungen auf die Bewertung des Gesellschaftssystems und der politischen Rhetorik sichtbar.

Ablesbar ist aber auch: Das Vertrauen darauf, in der DDR eine „gesicherte Zukunft“ zu haben, blieb faktisch bis kurz vor der Wende erhalten. Im Frühjahr 1989 glaubten noch immer 90 % an eine gesicherte Zukunft in der DDR, darunter 57 % ohne Einschränkung. Selbst jene Panelmitglieder, die sich von der DDR politisch distanzieren, gingen mehrheitlich davon aus, dass sie ihnen eine gesicherte Zukunft bietet. Ein völliger Zusammenbruch des von ihnen zunehmend kritisch bewerteten Staates wurde auch von ihnen nicht erwartet.

An dieser Stelle sei eingefügt, dass bei der vorangegangenen Längsschnittstudie 1983 bis 1985 (ebenfalls bei älteren Schülern zwischen ihrem 14. und 16. Lebensjahr durchgeführt) im Hinblick auf die politischen Grundeinstellungen faktisch keine oder viel geringere Regressionen auftraten. Dieser zeithistorische Vergleich ist ein Beleg dafür, dass der in der Endzeit der DDR aufgetretene Abbau des „sozialistischen Bewusstseins“ in erster Linie auf den gravierenden Einfluss der gesellschaftlichen Situation zurückzuführen ist, nicht aber auf das Alter der Jugendlichen.

Die erwähnte Zuversicht in eine gesicherte Zukunft in der DDR hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, war kein ideologisches Bekenntnis zur DDR. Ein wesentlicher Hintergrund dafür war, dass zu diesem Zeitpunkt für faktisch alle von ihnen (97 %) fest stand, wie

es nach der zu Ende gehenden Schulzeit weiter geht. Bis auf wenige Ausnahmen hatten alle Absolventen ihren Platz an der folgenden Erweiterten Oberschule oder ihre Lehrstelle sicher bzw. wussten, dass sie ein Fachschulstudium beginnen oder eine Arbeit im Betrieb aufnehmen werden. Belege dafür sind in den Antworten der damaligen Panelmitglieder auf eine im Frühjahr 1989 gestellte offene Frage (d.h. ohne Antwortvorgaben) danach zu finden, „Was an der DDR gefällt bzw. nicht gefällt.“ Diese auch aus der Sicht heutiger Reaktionen bemerkenswerten Ergebnisse sollen hier dokumentiert werden. Wir stützen uns dabei auf die Angaben von 1.100 Panelmitgliedern.

Zunächst zu den Ergebnissen des ersten Teiles der Frage, d.h. danach, „was an der DDR besonders gefällt“. Sie wurde von 987 Befragten gleich 90 % beantwortet. Von ihnen wurden insgesamt 2.186 einzelne Angaben gemacht, das waren im Durchschnitt 2,2 Angaben pro Befragungsteilnehmer.

Tabelle 2.2: Anteil verschiedener Lebens- bzw. Erfahrungsbereiche, die den Teilnehmern der Studie im Frühjahr 1989 „an der DDR besonders gefielen“, an der Gesamtzahl der Nennungen (2186 Nennungen = 100 %)

<u>Lebens- /Erfahrungsbereich</u>	<u>Anteil in %</u>
Die gesicherte berufliche Perspektive	22,0
Die soziale Sicherheit und Geborgenheit	18,7
Sichere Zukunft allgemein	12,3
Die Friedenspolitik der DDR	7,4
Die besondere Förderung der Jugend	6,6
Die Wohnungspolitik hinsichtlich der Vergabe und der Mietpreise	6,1
Stabile Preise für Grundnahrungsmittel	4,1
Leichte Verbesserungen der Reismöglichkeiten	3,3
Das kulturelle Angebot	2,2
Die Förderung des Sports	1,6
Sonstiges	15,7

Einige typische Angaben im Wortlaut:

> Gesicherte berufliche Perspektive:

- „Dass jeder eine Lehrstelle bekommt und der spätere Beruf gesichert ist.“
- „Man hat seinen Beruf sicher, ich fühle mich geborgen.“
- „Dass es ein Recht auf Arbeit und Erholung gibt.“
- „Ich brauche keine Angst zu haben, mal arbeitslos zu werden.“
- „Beste Aussichten auf einen Arbeitsplatz.“
- „Dass es in der DDR keine Arbeitslosigkeit gibt.“

> Soziale Sicherheit und Geborgenheit

- „Die soziale Unterstützung, die jeder bekommt.“
- „Die vielfältigen Stützungen durch den Staat.“
- „Kostenloser Arztbesuch bzw. Krankenhausaufenthalt.“
- „Das Gefühl der Geborgenheit.“
- „Gute soziale Errungenschaften.“
- „Keine Armut und Obdachlosigkeit.“
- „Soziale Sicherheit für alle.“
- „Kinderfreundlicher Staat.“
- „Ich fühle mich hier wohl.“

> Sichere Zukunft allgemein

- „Ich habe eine gesicherte Zukunft und brauche keine Angst zu haben, mal auf der Straße zu landen.“

„Gesicherter Arbeitsplatz = gesicherte Zukunft.“

„Ich weiß nicht genau, was mir gefällt oder nicht. Aber ich fühle mich in der DDR wohl und sicher und das ist für mich die Hauptsache.“

Über die Hälfte der Nennungen (53 %) entfielen auf die Erwartung einer gesicherten persönlichen Zukunft in der DDR.

Diese positiven Urteile über bestimmte Seiten der DDR gingen mit einer kritischen Bewertung anderer Aspekte einher. Das geht aus den Ergebnissen des zweiten Teils der Frage hervor, d.h. danach, „was an der DDR nicht gefällt“. Sie wurde von 96 % der Befragten beantwortet, die insgesamt 2993 einzelne Angaben machten. Das waren im Durchschnitt 2,8 Angaben pro Teilnehmer, deutlich mehr als bei der Frage zu den positiven Seiten der DDR. Offensichtlich überwogen die negativen Erfahrungen und Urteile, hatten die Befragten dazu mehr zu sagen.

Tabelle 2.3: Anteil verschiedener Lebens- bzw. Erfahrungsbereiche, die den Panelmitgliedern im Frühjahr 1989 „an der DDR nicht gefielen“, an der Gesamtzahl der Nennungen (2993 Nennungen = 100 %)

<u>Lebens-/Erfahrungsbereich</u>	<u>Anteil in Prozent</u>
Das schlechte Angebot an Waren und Dienstleistungen	35,5
Die Politik der Partei- und Staatsführung der DDR	25,1
<i>darunter u. a.:</i>	
Ablehnung einer nicht dem Volke dienenden Innenpolitik	7,2
Unzufriedenheit mit den eingeschränkten Reismöglichkeiten	10,7
Beschränkungen der Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit	3,7
Die Mauer	1,3
Die Ablehnung der Politik Gorbatschows durch die SED	1,1
Die Vernachlässigung des Umweltschutzes	5,5
Zu wenige Jugendklubs, zu wenige Veranstaltungen für die Jugend	4,8
Allgemeine Missstände in der Wirtschaft	3,7
Die schlechten Straßenverhältnisse	3,6
Zu lange Wartezeiten auf PKW, zu hohe PKW-Preise	3,2
Die Wohnungspolitik hinsichtlich der Wartezeiten und der Erhaltung der Bausubstanz	2,9
Die in der DDR lebenden Ausländer, Ausländerpolitik der DDR	2,8
Ungerechte Unterschiede zwischen Stadt und Land hinsichtlich Versorgung und Baugeschehen	2,2
Notwendigkeit von persönlichen Beziehungen bei der Alltagsgestaltung	1,9
Die Schule (Schulsystem, Unterricht, zeitliche Gestaltung)	1,6
Sonstiges	7,2

Die kritischen Aussagen der damaligen Panelmitglieder konzentrieren sich vor allem auf zwei Bereiche: Die Versorgungslage im weitesten Sinne (einschließlich Dienstleistungen) und die Politik der „Partei- und Staatsführung“ gegenüber der Bevölkerung des Landes.

Rund 36 % der Äußerungen beschäftigten sich mit der permanenten Versorgungskrise auf allen Gebieten, die im Frühjahr 1989 katastrophale Ausmaße angenommen hatte. Besonders häufig wurden von den 16-Jährigen die seit Jahren bestehenden Defizite im Bereich der Jugendmode kritisiert, aber auch die Preise in den Delikat- und Exquisit-Läden. Unverständnis wurden von vielen jungen Leuten über die (gewohnt) mangelhafte Versorgung mit Obst- und Südfrüchten sowie mit bestimmten Ersatzteilen geübt (z.B. für Fahrräder und Mopeds).

Rund 25 % der Äußerungen enthielten eine zum Teil sehr deutliche Kritik am autoritären Machtssystem der SED-Führung, das zu dieser Zeit bereits in einer tiefen Krise steckte und wenige Monate später zusammenbrach. Hauptsächlich zielte die Kritik der Jugendlichen auf eine realitätsferne, dogmatische und unehrliche Innenpolitik, auf die restriktive Handhabung des Reiseverkehrs in den Westen und auf die Beschränkung der Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit. Von einem Teil der Befragten kamen kritische Aussagen zur Mauer sowie zur ablehnenden Haltung der SED-Spitze gegenüber der Politik Gorbatschows.

Hervorzuheben ist, dass es schon damals Äußerungen der TeilnehmerInnen gegen die in der DDR lebenden Ausländer gab: 84 Aussagen gleich 2,5 % richteten sich mehr oder weniger gegen Ausländer bzw. gegen die Ausländerpolitik der DDR.

Bemerkenswert ist die Offenheit, mit der die Befragten gerade zu den „heißen Eisen“ der Politik Stellung nahmen. Das spricht auch für Ihre Überzeugung, dass ihre Angaben streng vertraulich behandelt werden und ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken dienen.

Wir führen zu einigen Bereichen wieder einige typische Angaben der Befragten an:

> Das schlechte Angebot an Waren und Dienstleistungen

„Dass man beim Einkauf nicht das bekommt, was man will. Zu wenig Obst, Bananen, Apfelsinen.“

„Ungenügende Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse (Es gibt: Rot- und Weißkohl!!!).“

„Jugendmode ist viel zu teuer.“

„Die derzeitige Versorgungslage in der DDR.“

„Dass es in den Läden nichts zu kaufen gibt, und wenn es was gibt, dann nur unterm Ladentisch und durch Beziehungen.“

„Dass man nach vielen Sachen erst lange laufen muss, bevor man sie bekommt.“

> Ablehnung der Innenpolitik

„Dass wir die Probleme, die wir im Staat haben, nicht versuchen zu lösen, sondern sie immer schlimmer machen, und nach außen so tun, als sei alles vollkommen.“

„Pseudodemokratie, Personenkult, politisch-ideologisches Stagnationsdenken, Selbstzufriedenheit, Selbstverherrlichung, politische Arroganz gegenüber anderen sozialistischen Staaten.“

„Schmalzreden von Politikern in unserem Land, die nur das Positive ansprechen, keine öffentliche Meinungsfreiheit.“

„Keine klaren Antworten auf politische Fragen – Ausreden.“

„Die Politik in unserem Land. Denn solange die alten Politiker die Regierung bilden, ändert sich nicht viel. Es müssen junge Leute mit einer anderen Weltanschauung in die Regierung.“

„Immer die gleiche Partei an der Macht, Einparteiensystem. Es müssten mehr Parteien zugelassen werden.“

> Unzufriedenheit mit den Reisemöglichkeiten

„Man kann zu wenig ins kapitalistische Ausland reisen.“

„Die Reisefreiheit gefällt mir absolut nicht. Wir sind ein Staat, der der UNO angehört. Aber in der UNO sind 150 Staaten und wir aber nur in 8 Länder reisen und auch das nur, wenn man die nötige Knete hat. Man müsste doch auch in das kapitalistische Ausland fahren dürfen. Wenn die Grenzen zur BRD und Westberlin offen wären, dann würden auch nicht so viele drüben bleiben.“

> Beschränkung der Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit

„Es fehlt die politische Meinungsfreiheit.“

„Dass man sich nicht über Probleme im Sozialismus frei äußern kann.“

„Dass Leute schief angesehen werden, nur weil sie an die wahren Christenlehren glauben.“

> Ablehnung der Politik Gorbatschows

„Wir machen keine offene Politik. Die ganzen Jahre haben wir uns an der UdSSR orientiert, jetzt wo man in der UdSSR beginnt, offen zu sein, Perestroika zu machen, sondern wir uns ab. Es ist alles so verkrampft, keine Offenheit über Probleme.“

„Dass man sich nicht voll dem Reformkurs der UdSSR anschließt.“

> Ausländerpolitik

„Viele Ausländer in der DDR.“

„Die übertriebene Ausländerpolitik (Ausländerwahlrecht, die Unterstützung von allen möglichen Ländern).“

Von den meisten Panelmitgliedern wurden sowohl positive als auch negative Aspekte genannt. Neben Angaben zur sozialen Sicherheit oder zur gesicherten beruflichen Perspektive standen sehr häufig Notizen zur kritischen Versorgungslage, zur verlogenen Innenpolitik oder zur nichtexistenten Reisefreiheit – Ausdruck der widersprüchlichen gesellschaftlichen Realität.

Der Rückgang der politischen Identifikation mit der DDR und die zunehmende Ablehnung des Marxismus-Leninismus ging im Untersuchungszeitraum mit einem massiven Abbau der Wehrbereitschaft einher, insbesondere der Bereitschaft zur Verteidigung der DDR. Das äußerte sich bei den männlichen Jugendlichen auch darin, dass der Anteil derer, die zu einem über den Grundwehrdienst hinausgehenden Wehrdienst bereit waren, von 36 % in der 8. Klasse auf 31 % in der 9. Klasse und 30 % in der 10. Klasse zurückging. Das lag erheblich unter der staatlichen Zielstellung für diesen Jahrgang, die auf die Gewinnung von 40 % orientierte.

Mit dem Verfall der politischen Grundeinstellungen vollzog sich auch eine zunehmende Abkehr von der Freien Deutschen Jugend (FDJ), der einzigen zugelassenen Jugendorganisation. Zwar waren mit 96 % schon seit der 8. Klasse fast alle SchülerInnen Mitglied der FDJ (rund jeder/jede zweite hatte eine Funktion in ihr), die Akzeptanz ihrer politischen Ziele ging jedoch von Jahr zu Jahr zurück:

Tabelle 2.4: Einstellung zur FDJ im Trend 1987 bis 1989 (damalige Gesamtgruppe der Panelmitglieder)
Das trifft zu 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Ich bin stolz, Mitglied der FDJ zu sein.“</i>						
1987	27	40	(67)	20	7	6
1988	17	32	(49)	26	14	11
1989	10	27	(37)	31	17	15

Diese Abwendung der Jugend von der FDJ hatte allerdings schon Ende der 70er Jahre eingesetzt. Die der FDJ aufgezwungene Funktion, als „aktiver Helfer und Kampfesreserve“ der Partei zu wirken und unter ihrer Führung „standhafte Kämpfer für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft zu erziehen, die im Geiste des Marxismus-Leninismus handeln“ (Statut der FDJ, 1976), stieß bei den Mitgliedern mehr und mehr auf Ablehnung. Auch in den Untersuchungsklassen dieser Studie vergrößerte sich der Widerspruch zwischen den realen Bedürfnissen und Interessen der Jugendlichen auf der einen Seite und den verordneten Zielen und Inhalten des Organisationslebens auf der anderen Seite. Der zunehmend zentralistisch-diktatorische Leitungs- und Arbeitsstil engte Initiative und Eigenverantwortung immer mehr ein, wies den Mitgliedern nur noch die Rolle von Statisten zu. Die den FDJ-Gruppen von der Zentrale in Berlin vorgesetzten Programme und Orientierungen hatten in den Untersuchungsklassen zur Folge, dass das Engagement der Jugendlichen in der FDJ weiter erheblich nachließ. Der geringe Spielraum für eigene Ideen und Vorschläge für die Gestaltung des Gruppenlebens, das sich ausbreitende Gefühl, überhaupt nicht gefragt und gebraucht zu werden, erstickte jegliche Aktivität und verringerte die Bindung an die FDJ und damit auch ihren politischen Einfluss.

Wie tief der Graben zwischen der Jugend und der FDJ (und damit der Politik der SED) war, lässt sich auch aus den Antworten der Untersuchungsteilnehmer auf eine 1989 gestellte offene Frage ablesen, die den folgenden Wortlaut hatte:

„Die FDJ hat sich vorgenommen, die Interessen der Jugend noch besser zu vertreten. Was müsste sie Ihrer Meinung nach tun, damit dieses Ziel erreicht wird? Was erwarten Sie persönlich in dieser Hinsicht von der FDJ?“ Wir führen einige typische Antworten an:

„Erst einmal die Jugend nach ihrer Meinung fragen, damit sie selbst Vorschläge machen können. Nicht so uninteressante Veranstaltungen, wo sowieso alle desinteressiert hinkommen oder gar keiner kommt. Von den Vorsitzenden der FDJ kann man nichts erwarten. Sie glauben immer alles zu wissen und zu können, dabei können sie gar nichts. Da sitzen so 40-Jährige und die sollen wissen, was die Jugend interessiert... Der Staat weiß ja immer alles besser, und das wird ihm schon noch zum Verhängnis werden.“

„Uns nicht so viel vorschreiben...Eine Rundfrage machen, um die Interessen der Jugendlichen zu berücksichtigen.“

„Nicht mehr so viel Prüfungen wie z.B. diese Abzeichenprüfungen; nicht mehr so viele Vorschriften wie z.B. FDJ-Auftrag DDR 40.“

Viele Schüler antworteten mit lapidaren Feststellungen wie „Interessiert mich nicht“, „ist mir egal“, „weiß ich nicht“, die darauf schließen ließen, dass die Mehrheit der Jugendlichen die FDJ abgeschrieben hatte, nichts mehr von ihr erwartete.

Diese und weitere quantitative und qualitative Daten aus den Untersuchungen vor der Wende stimmen mit den Forschungsergebnissen des ZIJ zur politischen Bewusstseinsentwicklung der DDR-Jugend völlig überein. Die seit Mitte der 80er Jahre sichtbaren regressiven Tendenzen gingen geradezu in einem Verfall der Identifikation mit den sozialistischen Werten über - subjektive Widerspiegelung der sich weiter zuspitzenden politischen Krisensituation, in welche die SED-Spitze das Land geführt hatte. Der Zusammenbruch der politischen Identifikation mit dem „Sozialismus in den Farben der DDR“ führte schließlich zur Finalkrise, zur politischen Wende. Betont sei allerdings, dass diese Veränderungen für die Endzeit der DDR charakteristisch waren, keinesfalls für den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR. Das würde eine unzulässige Verallgemeinerung, eine finalistische Geschichtsbetrachtung bedeuten. Forschungsergebnisse des ZIJ ab 1966 (dem Jahr seiner Gründung) belegen z.B., dass Mitte der 70er Jahre die Mehrheit der Jugendlichen sich mit der DDR und dem sozialistischen System insgesamt identifizierte. Bis zu diesem Zeitpunkt zeigten die Kurven der Bewusstseinstrends

eindeutig nach oben (ausführlicher zu den Bewusstseinstrends seit Mitte der 70er Jahre siehe Förster 1999: 78 ff.)

Die oben dargestellten Ergebnisse lassen aber zugleich auch erkennen, dass bei den Panelmitgliedern trotz ihrer zunehmenden politischen Distanz gegenüber der DDR und dem Sozialismus ein weitgehender Konsens darüber bestand, in diesem Land eine gesicherte Zukunft zu haben. Wie die Untersuchungen nach der Wende belegen, wirken diese sozialen Erfahrungen der damals 16/17-Jährigen mit der DDR bis in die Gegenwart nach, widerspiegeln sich im Systemvergleich DDR - heutige BRD und bilden den Kern einer noch immer bestehenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR. Insofern sind die vor der Wende gewonnenen Daten sehr aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen der Panelmitglieder auf das gegenwärtige Gesellschaftssystem. Wie noch belegt wird, ist aber auch die zu DDR-Zeiten erlangte politische Sozialisation nicht völlig wirkungslos geblieben.

Der kurze Rückblick auf die politische Bewusstseinsentwicklung vor der Wende wäre unvollständig ohne die Berücksichtigung des enormen Einflusses bundesdeutscher elektronischer Massenmedien. Von Anfang an (in den Studien des ZIJ seit Mitte der 60er Jahre nachweisbar) und in einem ständig zunehmenden Maße waren die elektronischen Westmedien Bestandteil des Lebensalltages der DDR, forcierten sie den wachsenden Widerspruch zwischen Erziehung und Propaganda einerseits und persönlich erfahrener sozialistischer Realität andererseits. Auf diese Weise trugen sie langfristig, über Jahrzehnte hinweg mit zur Erosion der Identifikation mit der DDR und dem Sozialismus bei.

Dabei darf der Einfluss der Westmedien nicht vereinfacht betrachtet werden, etwa als monokausale, lineare Beziehung. Hier lagen vielmehr sehr komplexe Wechselwirkungen mit der politischen Bewusstseinsentwicklung vor: Jugendliche, die der DDR mehr oder weniger ablehnend gegenüberstanden, nutzten die bestehenden Möglichkeiten der Rezeption westlicher Sender häufiger und intensiver als jene, die sich mit der DDR identifizierten. Dadurch wurden sie in ihrer kritischen Haltung bestärkt (Rückkopplungseffekt); zugleich nahm ihre Bereitschaft weiter ab, Informationen der DDR-Medien aufzunehmen und zu akzeptieren sowie an den Formen der „politischen Massenarbeit“ der SED und der FDJ teilzunehmen. Diese wechselseitigen Beziehungen wurden stark von den persönlichen Erfahrungen der Jugendlichen beeinflusst, z.B. davon, dass die Berichterstattung der DDR-Medien immer weniger mit dem erlebten DDR-Alltag übereinstimmte.

Rezeptionshäufigkeit und Einfluss der Westmedien wurden im Rahmen der 2. und 3. Welle dieser Studie untersucht. Die Tabelle 2.5 dokumentiert die Ergebnisse im Hinblick auf die politische Information:

Tabelle 2.5: Nutzung von Sendern/Sendungen für die politische Information (Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder)

„Wie oft nutzen Sie die folgenden Sendungen, um sich über das politische Geschehen zu informieren?“

Das nutze ich

1 (nahezu) täglich

2 mehrmals in der Woche

3 einmal in der Woche

4 seltener

5 nie

1

2

(1+2)

3

4

5

Sendungen des DDR-Rundfunks

1987	10	30	(40)	17	30	13
1988	8	25	(33)	15	32	20
1989 (Frühjahr)	8	21	(29)	14	34	23

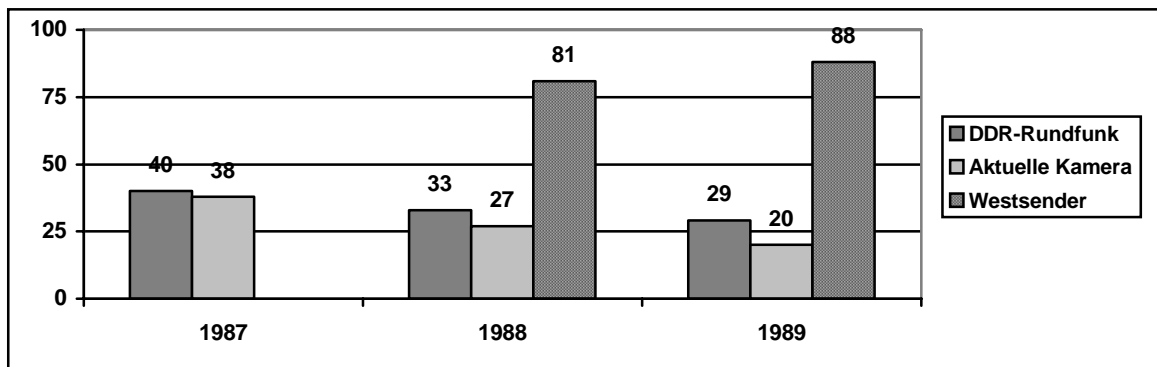
Die „Aktuelle Kamera“

1987	9	29	(38)	18	32	12
1988	4	23	(27)	15	37	21
1989	3	17	(20)	12	39	29

Sendungen des Rundfunks oder Fernsehens der BRD/Westberlins

1988	49	32	(81)	7	9	3
1989	54	34	(88)	4	7	1

Abbildung 2.2: Prozentquoten der TeilnehmerInnen, die DDR - Sender bzw. Westsender häufig (täglich oder mehrmals in der Woche) für ihre politische Information nutzten (damalige Gesamtgruppe)



Erkennbar ist, dass in der Endzeit der DDR die „Westsender“ von den Panelmitgliedern weit- aus häufiger als die DDR-Sender für die Rezeption politischer Informationen genutzt wurden. Die Relationen zwischen der Nutzung der DDR- und Westsender wurde durch eine Kopplung ermittelt:

Tabelle 2.6: Nutzung der DDR- und Westsender für die politische Information, übergreifende Betrachtung (damalige Gesamtpopulation)

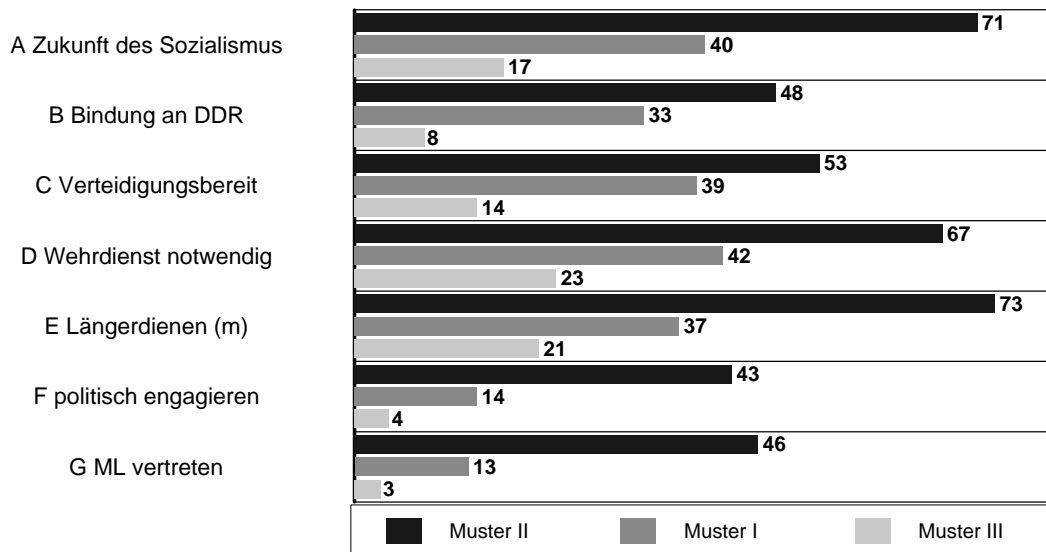
Rezeptionsmuster	Häufigkeit der Nutzung		Anteil in Prozent	
	DDR-Sender	Westsender	1988	1989
I	häufig	häufig	35	33
II	häufig	selten	10	6
III	selten	häufig	46	55
IV	selten	selten	9	6

Erläuterung: Zuvor waren die Angaben zum DDR-Rundfunk und zur „Aktuellen Kamera“ unter dem Oberbe- griff „DDR-Sender“ zusammengefasst worden. „häufig“ bedeutet (nahezu) täglich oder mehrmals in der Woche; „selten“ bedeutet einmal in der Woche oder seltener oder nie. Die Westsender wurden 1987 nicht erfasst.

Diese Angaben sprechen für sich. Die politischen Informationen der DDR-Sender wurden von einer großen Mehrheit der Panelmitglieder abgelehnt, typisch war die häufige und selektive Rezeption der Westsender, deren Häufigkeit zwischen 1988 und 1989 noch zugenommen hatte. Ihr Einfluss im Sinne ihres Verfassungsauftrages, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in den Sendungen zu beachten, war schon damals außerordentlich stark und ist noch heute, über 10 Jahre später, nachweisbar. Dabei muss in Rechnung gestellt werden, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Westsenderrezeption und dem Vorhandensein persönlicher Kontakte zu Verwandten und/oder Bekannten in der Bundesrepublik bestand (in dieser Studie nicht erforscht; vgl. Förster 1999: 128).

Die folgende Abbildung informiert über einige ausgewählte Zusammenhänge zwischen den erwähnten Rezeptionsmustern und politischen Einstellungen, die stets in ihrer Wechselwir- kung zu sehen sind:

Abbildung 2.3: Politische Einstellungen der Panelmitglieder 1989, differenziert nach dem Rezeptionsmuster (Gesamtgruppe)



Erläuterungen:

A: „Dem Sozialismus gehört die Zukunft...“ (Ap 1)

B: „Ich fühle mich eng mit der DDR ...verbunden.“ (Ap 1)

C: „Ich bin bereit, die DDR mit allen meinen Kräften zu verteidigen.“ (Ap 1)

D: „Es ist notwendig, dass jeder männliche junge DDR-Bürger seinen Wehrdienst leistet.“ (Ap 1)

E: Form des geplanten Wehrdienstes: Längere Dienstzeit über Grundwehrdienst hinaus

F: Lebensziel: „Aktiv am politischen Leben teilnehmen.“ (Ap 1)

G: Lebensziel: „Die marxistisch-leninistische Weltanschauung vertreten.“ (Ap 1)

Der enge Zusammenhang ist deutlich erkennbar. So äußern von den Panelmitgliedern mit dem Rezeptionsmuster II (häufig DDR-Sender, selten Westsender) erheblich häufiger uneingeschränkte Verbundenheit mit der DDR (siehe B) als jene mit dem Muster III (selten DDR-Sender, häufig Westsender).

Interessant ist auch, dass der Glaube an das im Fach Staatsbürgerkunde vermittelte Wissen um so geringer war, je häufiger die Panelmitglieder Westsender empfangen: Von den TeilnehmerInnen, die 1989 täglich Westsender empfangen, gaben 1998 25 % rückblickend an, damals daran geglaubt zu haben, was in diesem Fach gelehrt wurde; von jenen dagegen, die nur selten oder nie Westsender empfangen, bestätigten das immerhin 40 %. Westsenderempfang konterkarierte deutlich die Bemühungen des Staatsbürgerkundeunterrichts um die Vermittlung sozialistischen Bewusstseins.

Die erwähnte hohe Übereinstimmung der Ergebnisse dieser Studie vor der Wende mit denen des ZIJ zur politischen Bewusstseinsentwicklung der DDR-Jugend generell bestärkt uns übrigens in der Überzeugung, dass auch die nach 1990 gewonnenen Daten die Realität richtig widerspiegeln.

3. Ja zur Wende und zur deutschen Einheit

Zu den interessantesten und aussagekräftigsten Ergebnissen dieser Studie gehören die Trends der Einstellungen zur politischen Wende und zur deutschen Einheit - d.h. zu den Ereignissen, die das Leben der DDR-Bevölkerung und damit auch der TeilnehmerInnen von Grund auf veränderten. Mit der Dokumentation der Reaktionen der Panelmitglieder auf die Wende und die anstehende Vereinigung begann im Frühjahr 1990 die zweite Phase unserer Studie. Zunächst muss an dieser Stelle ausdrücklich auf eine Besonderheit der Untersuchungssituation aufmerksam gemacht werden, die für die Beurteilung der Ergebnisse wichtig ist. Erwähnt wurde, dass die TeilnehmerInnen der Studie im Frühjahr 1989 die 10. Klasse der allgemeinbildenden Oberschule absolvierten und danach auf unterschiedliche Weise ihren Weg zum künftigen Beruf bzw. zum Studium begannen. Daraus ergab sich, dass sie in der Wendezeit gleichzeitig Aufgaben zu bewältigen hatten, die mit diesem „Weg ins Leben“ im Zusammenhang standen, als auch Probleme und Konflikte, die sich für sie aus dem unerwarteten Zusammenbruch der DDR ergaben. Die von dieser spezifischen Konstellation hervorgerufenen ungewohnten Verunsicherungen und Ängste (insbesondere angesichts einer plötzlich unklaren beruflichen Perspektive), sowie vielfach auftretender Identitätskrisen führten bei sehr vielen Panelmitgliedern zu einer ungewöhnlichen Häufung von kritischen Lebensereignissen, nicht selten zu einem Schock.

3.1 „Es wurde höchste Zeit mit der friedlichen Revolution“

Wie die umfangreichen qualitativen Ergebnisse der ersten Befragung nach der Wende im Frühjahr 1990 zeigten, wurde diese politische Zäsur von der Mehrheit der Teilnehmer dennoch positiv bewertet. Das geht anschaulich aus den Antworten auf eine offene Frage hervor, die den Abschluss des Fragebogens der 4. Welle bildete:

„Die DDR befindet sich seit Herbst 1989 in einem gesellschaftlichen Umbruch, der das Leben jeden Bürgers stark beeinflusst und viele Fragen aufwirft. Welche Fragen und Probleme bewegen Sie in diesem Zusammenhang? Bitte schreiben Sie dazu Ihre Überlegungen auf!“

Wir zitieren ausführlich einige typische Äußerungen im Wortlaut, widerspiegeln sie doch authentisch und anschaulich das Denken und Fühlen vieler in einer aufregenden Zeit, die, wie spätere Ergebnisse belegen, noch lange nachwirken sollte:

„Es wurde höchste Zeit mit der friedlichen Revolution.“(m)

„Ich bin froh darüber, dass wir uns in einem politischen Umbruch befinden. Denn wie bisher hatte es nicht weitergehen können.“(m)

„Es war die einzige Überlebenschance für die DDR.“(w)

„Es ist sehr gut, dass ein Volk sich seine Freiheit und sein Selbstbestimmungsrecht ohne Waffengewalt erkämpft hat.“(m)

Zahlreiche TeilnehmerInnen ließen aber zugleich auch erkennen, dass sie zunächst erhebliche Schwierigkeiten hatten, die Wende zu begreifen und zu verarbeiten:

„Im Herbst 1989 machte mir der Umbruch in der DDR sehr zu schaffen, denn ich wusste nicht so recht, welcher Meinung ich mich anschließen sollte. Inzwischen habe ich mir eine eigene Meinung gebildet... So konnte es nicht weitergehen!!! Soviel Betrügereien, die bis heute aufgedeckt wurden, darf es einfach nicht noch einmal geben.“(m)

„Zuerst wusste ich nicht, was ich von alledem halten sollte. Doch so langsam habe ich mich hereingefunden. Dabei stellen sich mir Fragen über Fragen. Meine anfängliche Empörung über den furchtbaren Zustand, in dem sich die DDR befand, schlug in Traurigkeit und Nachdenklichkeit um. Wie viele Menschen haben unter dem Stalinismus gelitten, sind daran zer-

brochen oder sogar ermordet worden... Ist (war) das das Anliegen des Kommunismus? Doch es gab Menschen, die den Mut hatten, laut zu sagen, was sie dachten. Auf diese DDR-Bürger bin ich stolz. Stolz, auf die friedliche Revolution, die friedlichste, die es je gab.“ (w)

„Dieser Umsturz hat mich einige Zeit in große Gewissenskonflikte gebracht. Ich hatte nämlich ganz fest an unsere Gesellschaft geglaubt und habe bis jetzt auch deren Ideale nicht vergessen, wie so viele andere Menschen.“ (w)

„Manchmal sitze ich zu Hause und denke über die politische Situation sehr stark nach. Der Umbruch war eine harte Zeit. Für alle. Meine Eltern waren völlig am Ende, und ich hatte Probleme auf Arbeit, mit denen ich meine Eltern nicht noch belasten wollte. Ich habe oft heimlich geweint und alles in mich reingefressen.“ (w)

„... habe ich Schwierigkeiten mit dem gesamten Umdenkungsprozess. Wir haben die ganze Zeit alles aus der Sicht des Sozialismus beleuchtet und von heute auf morgen ist alles anders herum.“ (w)

In einer ganzen Reihe von Aussagen wurde aber auch Enttäuschung über den Verlauf der Wende deutlich:

„Die großen Demonstrationen im Herbst 89 - ein wundervolles Gefühl, inmitten von Menschen zu stehen, die alle dasselbe erreichen möchten. Solidarität zwischen den Reihen - da steckte Kraft dahinter. Doch als die ersten dachten, es sei geschafft, driftete alles auseinander. Die ‚Helden‘ blieben verständlicherweise zu Hause, Neofaschisten marschierten auf, viele blieben später daheim. Warum? Die Leute werden wieder passiv, denken erneut: Es ist sowieso nichts zu ändern! Ich halte die friedliche Revolution nicht für gescheitert, aber sie wurde nicht zu Ende geführt. Kaum haben wir den aufrechten Gang gelernt, lassen wir uns erneut verschaukeln. Wir Deutschen stürzen uns von einem Extrem ins andere!“ (m)

„Ich bin... ernsthaft enttäuscht. Denen, die uns regierten und denen, die es bald werden, bringe ich Misstrauen und Enttäuschung entgegen. Wem darf man jetzt noch trauen? Wen soll man wählen? Wer ist denn noch ehrlich daran interessiert, etwas fürs Volk zu tun? (w)

„Außerdem stört es mich, dass Vereinigungen wie das Bündnis 90 so gut wie gar nichts mehr zu sagen haben, obwohl ihre Gruppen erst etwas bewegt haben. Sie haben die Veränderungen erst möglich gemacht. Die CDU, die sowieso vorbelastet ist, hat sich erst später eingeschaltet, als es nicht mehr gefährlich war, ‚Revolutionär‘ zu sein, sie haben nur profitiert von der ganzen Sache, für den Kapitalismus. Außerdem finde ich es unmöglich, dass solche Parteien soviel Unterstützung vom Westen haben.“ (w)

Die Urteile über die Wende wurden stark von den Erfahrungen beeinflusst, welche die Teilnehmer beim Übergang in das Berufsleben gemacht hatten. Werfen wir dazu zunächst einen Blick auf die folgende Tabelle. In ihr werden die Angaben der Teilnehmer zu ihren Plänen vom Frühjahr 1989 (3. Welle) nach dem Schulabschluss mit ihren Angaben vom Mai 1990 (4. Welle) über ihre tatsächliche Tätigkeit zu diesem Zeitpunkt verglichen:

Tabelle 3.1: Vergleich von geplanter und tatsächlicher Tätigkeit nach Abschluss der 10. Klasse (Spalten a) und b): Spaltenprozent)

Tätigkeit/Einrichtung	a) geplant im Frühjahr 89	b) Realität im Frühjahr 90	c) Übereinstimmung in Prozent
Berufsausbildung ohne Abitur	52	58	93
Berufsausbildung mit Abitur	13	11	78
Erweiterte Oberschule (EOS)	17	17	78
Fachschul-/Ingenieurstudium	13	13	75
Arbeiter/Teilfacharbeiterausbildung	5	1	10

100 %

100 %

88 %

Bei der übergroßen Mehrheit - insgesamt gesehen waren es 88 % - stimmten Absichten und Realität überein, schien alles in den schon lange geplanten Bahnen zu verlaufen. Am größten war die Übereinstimmung bei den Lehrlingen ohne Abiturausbildung: Von denen, die in der 10. Klasse angaben, im Herbst eine Berufsausbildung ohne Abitur zu beginnen (und fast ausnahmslos ihre Lehrstelle sicher hatten), waren im Frühjahr 1990 tatsächlich 93 % Lehrlinge. Rein äußerlich betrachtet schien also bei den meisten „alles seinen Gang zu gehen.“ Noch war den Schulabsolventen das in der DDR-Verfassung enthaltene Recht auf eine Ausbildung und auf Arbeit garantiert, allerdings häufig unter Zurückstellung der Rechte auf eine freie, selbstbestimmte Wahl von Ausbildungsplatz und Beruf.

Betrachten wir die Ergebnisse vom Frühjahr 1990 jedoch etwas genauer, dann zeigt sich, dass die damals rund 17-jährigen TeilnehmerInnen bereits mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, die sich aus den vielfältigen gesellschaftlichen Umbrüchen nach der Wende ergaben. Sehr anschaulich geht das aus ihren Antworten auf die folgende offene Frage hervor:

„Seit Ihrem Abschluss der POS ist nun ein dreiviertel Jahr vergangen. Wenn Sie an diese Zeit denken: Wie ist Ihnen eigentlich der Übergang von der Schule in die jetzige Tätigkeit gelungen? Womit sind Sie zufrieden, womit nicht? Mit welchen Problemen oder Schwierigkeiten haben Sie sich auseinandersetzen? Gab es gar ernsthafte Konflikte? Bitte beschreiben Sie Ihre jetzige Situation mit den positiven und negativen Seiten so ausführlich, wie Sie möchten!“

Die Bitte, „ausführlich“ Stellung zu nehmen, wurde sehr ernst genommen. Fast alle Teilnehmer nutzten die im Fragebogen zur Verfügung stehende Seite vollständig aus, einige fügten sogar noch mehrere Seiten hinzu, offensichtlich froh darüber, sich ihre Probleme vom Herzen schreiben zu können. Diese Notizen sind noch heute lesenswert. Die Antworten ließen sich in ihrem Kern zu drei Gruppen zusammenfassen; die folgende Tabelle informiert über die Häufigkeit dieser Gruppen:

Tabelle 3.2: Urteile über das Gelingen des Übergangs von der Schule in die neue Tätigkeit (Klassifikation von Antworten auf eine entsprechende offene Frage)

Kategorien:

- 1 Nach Anfangsschwierigkeiten gut gelungen.
- 2 Gut gelungen, aber es treten zunehmend Probleme und Schwierigkeiten auf.
- 3 Nicht gelungen, es gibt viele ernste Probleme.

	Antworthäufigkeit in Prozent:		
	1	2	3
Gesamtgruppe	36	47	17
Lehrlinge ohne Abitur	35	50	15
Lehrlinge mit Abitur	45	34	21
Studenten	45	18	37
EOS-Schüler	34	59	7

Nur 36 % der TeilnehmerInnen ließen in den Antworten erkennen, dass ihnen der Übergang nach Anfangsschwierigkeiten gut gelungen war. Die Mehrheit hatte dagegen mit Schwierigkeiten zu kämpfen: 47 % hatten den Übergang zwar zunächst gut geschafft, sahen sich aber zunehmend Problemen gegenüber; weitere 17 % hatten ihn nicht geschafft und waren mit ernstesten Problemen konfrontiert.

Greifen wir die größte Gruppe, die Lehrlinge ohne Abiturausbildung heraus: Von ihnen hatte ein Drittel ihrer Einschätzung nach den Übergang gut geschafft. Einige von ihnen nannten zwar bestimmte Anfangsschwierigkeiten wie z.B. die Umstellung auf eine neue soziale Umwelt, die Gewöhnung an ein völlig verändertes Tagesregime, das Zurechtkommen mit einem zum Teil geringen Lehrlingsentgelt. Dennoch überwog bei ihnen die Zuversicht, „alles in den Griff zu bekommen.“

Immerhin genau die Hälfte der Lehrlinge ohne Abiturausbildung gab zu erkennen, dass sie sich nach einem gelungenen Übergang zunehmend mit Problemen herumschlagen mussten. Fast alle von ihnen artikulierten die Sorge, ja teilweise die Angst, die begonnene Lehre nicht abschließen zu können oder nach Lehrabschluss keine Arbeit zu bekommen. Dazu einige charakteristische Äußerungen:

„Ich habe sehr große Angst davor, dass ich nach dem Schließen meines Betriebes arbeitslos auf der Straße stehe... Wer stellt schon einen Facharbeiter ein, der eben erst seinen Abschluss in der Tasche hat und noch keine berufliche Erfahrung besitzt.“ (w)

„Der Übergang ist mir sehr gut gelungen... Ich habe Angst vor der Zukunft, dass ich meine Arbeitsstelle verliere und nirgends Arbeit finde. Ich habe überhaupt Angst vor dieser ganzen Politik, man weiß gar nicht, wie es weitergehen soll.“ (w)

„... hört man jetzt, dass wir vielleicht sogar drei Jahre lernen müssen und dann auch noch nach dem Lehrplan der BRD. Aber man kann doch das 1. Lehrjahr nicht einfach im Winde verwehen lassen... Man weiß nicht mehr, wem man glauben soll. Einer sagt hüh, der andere hott.“ (w)

Häufig wird erwähnt, dass Lehrpläne und Lehrbücher fehlen, dass „manche Lehrer mit veralteten Methoden arbeiten“, „manchmal gar nicht richtig wissen, was sie uns erzählen sollen.“ Oft wird nach dem Sinn und Nutzen solcher Fächer gefragt wie Staatsbürgerkunde, Russisch, Betriebsökonomie, Sozialistisches Recht: „Wozu brauchen wir das noch?“ Viele kritische Äußerungen gab es zur fehlenden Verbindung von praktischer und theoretischer Ausbildung, zum Lehrlingsentgelt, zur Situation in einigen Lehrlingswohnheimen.

Bei 17 % der Lehrlinge ohne Abitur ließen die Aussagen auf ernste Konflikte schließen, meist im Zusammenhang mit bereits feststehender Arbeitslosigkeit oder als Folge eines notwendigen Neubeginns der Ausbildung, teilweise auch infolge der politischen Situation:

„Durch die Wende wird die Lehre noch schwerer. Alles geht drunter und drüber, man weiß nicht mehr, woran man ist. Die größte Sorge macht mir, dass ich höchstwahrscheinlich nach der Lehre arbeitslos werde.“ (m)

„Wahrscheinlich muss ich umlernen, weil ich keinen Arbeitsplatz bekommen werde. Ich habe irgendwie schon Angst vor der Zukunft. Man weiß nicht, was wird. Ich fühle mich nicht mehr geborgen.“ (w)

„Aufgrund mangelnder Lehrstellen wurde ich in die EDV (Elektronische Datenverarbeitung - P.F.) abgeschoben, wodurch ich jetzt einen Beruf erlerne, der mich absolut nicht interessiert. Zur Zeit ist mir alles egal und ich bin nicht die einzige, der es so geht.“ (w)

„Zur Zeit komme ich auch politisch überhaupt nicht mehr klar. Ich habe Angst!“ (m)

Die SchülerInnen der EOS hatten den Übergang mehrheitlich gut bewältigt, allerdings häufig nach zum Teil erheblichen Anfangsschwierigkeiten, insbesondere mit den weitaus höheren Leistungsanforderungen. Viele kritisierten, in der POS ungenügend auf diese Anforderungen vorbereitet worden zu sein. Zahlreiche Schüler reflektierten Schwierigkeiten mit dem politischen Umbruch, weil „was gestern richtig war, heute widerrufen wird.“ Einige Schüler registrierten „starke politische Unruhe an der Schule“, „Streit zwischen den Lehrern“, „altes Denken im Unterricht“, sogar vom „reinsten Chaos infolge der politischen Situation“ war die Re-

de. Nicht wenige kreideten ihren Lehrern an, sie mit ihren vielen politischen Fragen allein zu lassen, „keine kompetenten Ansprechpartner“ zu sein. „Die politische Unsicherheit der Lehrer wirkt sich zum Nachteil der Schüler und des Unterrichts aus.“ Von der Gesellschaft wurde erwartet, „uns in der Übergangszeit nicht gleich ins kalte Wasser zu werfen. Wir haben es ja schließlich nie gelernt, was freie Marktwirtschaft bedeutet.“

Bei einem großen Teil der EOS-SchülerInnen klang zu diesem Zeitpunkt auch schon die Sorge um den künftigen Studien- und Arbeitsplatz an. Häufig wurde gefragt: „Was ist unser Abitur überhaupt noch wert?“, „Lohnt es sich eigentlich zu studieren?“, „Ich denke, dass unser Jahrgang kräftig betrogen wurde. Alte Bildung - neue Studienanforderungen. Man braucht schon eine gehörige Portion Optimismus, sich nicht fallen zu lassen.“

Bei den Studenten unter den Teilnehmern handelte es sich zu diesem Zeitpunkt fast ausnahmslos um weibliche Studenten von medizinischen und pädagogischen Fachschulen. Von ihnen hatte die knappe Hälfte den Übergang gut bewältigt, wenige berichteten von zunehmenden Schwierigkeiten. Verhältnismäßig viele beschrieben einen misslungenen Start und zunehmende Schwierigkeiten. Als Gründe wurden wie bei den EOS-Schülern häufig die ungewohnten hohen Leistungsanforderungen genannt, vielfach auch die Bevormundung und Gängelung durch die Lehrer: „Was besonders auffällt ist, dass wir Studenten wie Kinder behandelt werden.“ Vor allem von den Studenten pädagogischer Fachschulen (darunter besonders der Richtung Krippenpädagogik) wurde die bange Frage nach der Zukunft des Berufes gestellt:

„Was wird aus dem Beruf der Krippenerzieherin? Hat es noch Sinn, das Studium zu beenden?... In manchen Städten schließt man nun schon Krippen und in Zwickau bzw. Plauen sagt man den Studenten, dass es kaum noch Sinn habe. Warum sagt man uns nicht die Wahrheit?“
(w)

Solche pessimistischen Auffassungen wurden von den Studentinnen medizinischer Fachschulen nur sehr selten geäußert. Einige schrieben: „Mein Beruf wird immer gebraucht.“; „Krankenschwestern wird es immer geben, mein Beruf ist ja ziemlich krisenfest.“

Alles in allem: der Schritt von der Schule ins Leben schien bei den meisten rein formal betrachtet gelungen. Fast alle Teilnehmer konnten ihre Vorhaben verwirklichen, ihre Lehre bzw. ihr Studium beginnen oder zur EOS überwechseln. Aber schon zeichnete sich bei sehr vielen ab, dass die Wende nicht spurlos an ihnen vorübergehen wird, ernste Probleme, ja Brüche eintreten werden, die Neuorientierungen in beruflicher Hinsicht erforderlich machen. Ein kleiner Teil der Jugendlichen war bereits damals mit den Auswirkungen der Umstrukturierungsprozesse konfrontiert, hatte schmerzhaft Erfahrungen und Enttäuschungen hinnehmen müssen. Typisch dafür sind die Erinnerungen einer Teilnehmerin, die sie 1993 rückschauend in einem Bericht über „Erlebnisse und Veränderungen seit dem Schulabschluss“ u.a. niederschrieb:

„Veränderungen? Oh ja, die hat es in den letzten Jahren in meinem Leben zur Genüge gegeben. Ganz abgesehen davon, dass ich einen ganz anderen Beruf erlernen wollte, begann ich nach Schulabschluss eine Lehre als Wirtschaftskauffrau. Das erste Lehrjahr verlief sehr sozialistisch... Das zweite Lehrjahr war die reinste Katastrophe. Im ersten Halbjahr hatten wir keine Schulbücher und auch keine richtigen Lehrpläne. So versuchten alle Lehrer, das Beste daraus zu machen. Aber das brachte nicht viel. Letzten Endes mussten wir den gesamten Lehrstoff, zu dessen Ziel man eigentlich nach 3 Jahren gelangen sollte, in 1 ¼ Jahren in uns reinpauken. Allerdings ist da so mancher, ich eingeschlossen, auf der Strecke geblieben. Glücklicherweise kann man nach westdeutschen Regeln eine Prüfung ja dreimal machen. Ich habe zwar nur zweimal gebraucht, aber es fiel mir doch ganz schön schwer.“

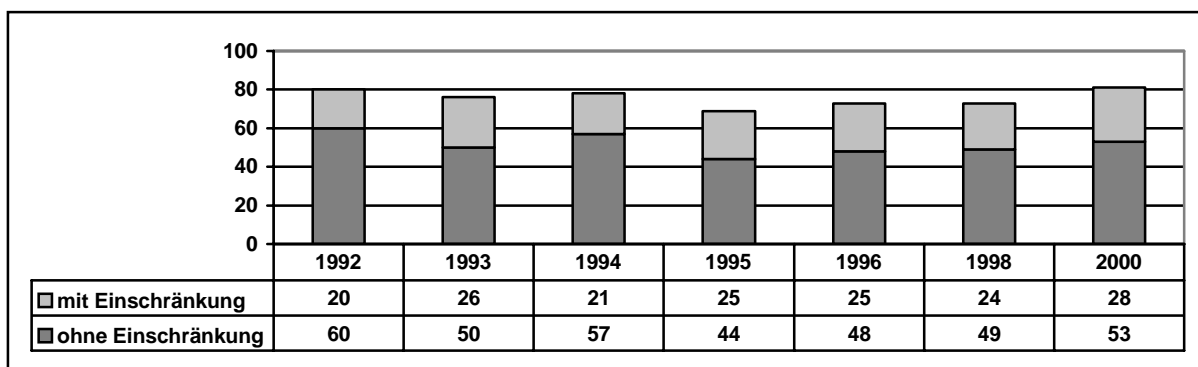
Dennoch überwogen eindeutig die Bejahung der Wende und der Optimismus, die Probleme zu lösen.

In den folgenden Jahren ist die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer bei ihrer grundsätzlichen Bejahung der Wende geblieben, die meisten sogar ohne Einschränkung:

Tabelle 3.3: Einstellung zur Wende 1989 im Trend 1992 bis 2000
 „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Jahr	1	2	(1+2)	3	4+5	X	V	POP	KOP	NEP
1992	60	20	(80)	17	3	1,6	-	-	-	-
1993	50	26	(76)	14	10	1,9	92:93	16	51	33
1994	57	21	(78)	16	6	1,7	93:94	29	58	13
1995	44	25	(69)	22	9	2,0	94:95	13	57	30
1996	48	25	(73)	19	8	1,9	95:96	25	55	20
1998	49	24	(73)	18	9	1,9	96:98	22	59	19
2000	53	28	(81)	13	6	1,7	98:00	25	61	14

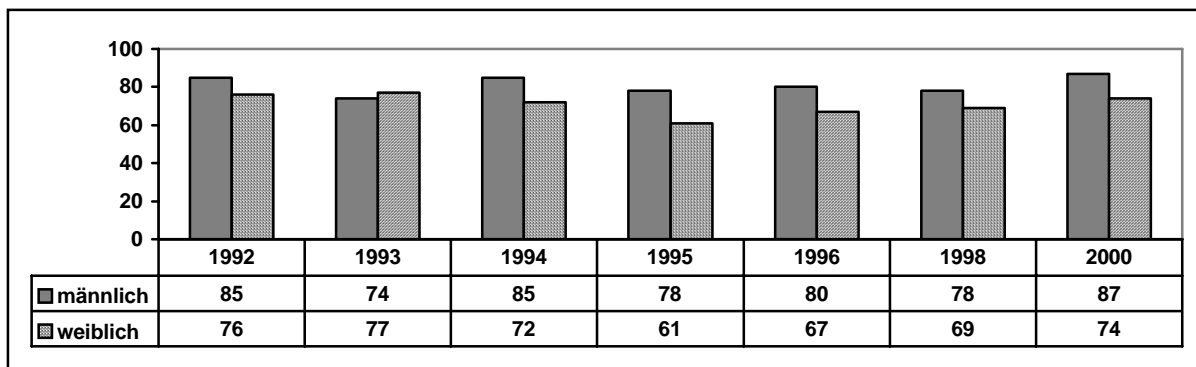
Abbildung 3.1: Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser bzw. eingeschränkter Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2000



Diese Daten belegen, dass nur eine Minderheit die früheren politischen Verhältnisse zurückwünscht. Im Jahr 2000 betraf das lediglich 6 %. Die zusätzlich angeführten, nur bei Längsschnittstudien berechenbaren Koeffizienten verweisen allerdings auf einen erheblichen Anteil von Panelmitgliedern, deren Urteile sich von Welle zu Welle mehr oder weniger stark verändert, d. h. positiviert (POP) bzw. negativiert (NEP) haben. Das ist eine wichtige Information, ein Indiz dafür, dass ein großer Teil dieser jungen Leute noch nach einem Standpunkt sucht. Diese Suche kann durchaus auch Revisionen bisheriger Urteile in negativer Richtung einschließen, wie das zwischen 1992 und 1998 (vor allem zwischen 1994 und 1995) zu beobachten war, zweifellos im Kontext mit der zunehmenden Unzufriedenheit mit dem politischen System. Für den Zeitraum zwischen 1998 und 2000 wird eine signifikante Positivierung ausgewiesen, die im Zusammenhang mit einem leichten Zuwachs an Zufriedenheit mit dem politischen System steht.

Eine differenzierte Betrachtung der Geschlechtergruppen lässt außerdem deutliche Unterschiede der Urteile zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmern erkennen:

Abbildung 3.2: Anteil zustimmender Einstellungen zur Wende im Trend 1992 bis 2000, nach Geschlechtergruppen getrennt (die AP 1 und 2 wurden zusammengefasst):



Die weiblichen Teilnehmer bejahen die Wende fast durchgängig signifikant weniger häufig als ihre männlichen Altersgefährten. Auf diese bemerkenswerte Erscheinung werden wir im Folgenden noch bei sehr vielen politischen Einstellungen treffen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die aus zahlreichen Ergebnissen dieser Studie ablesbare Tatsache, dass die jungen Frauen teilweise erheblich stärker von den negativen Folgen der gesellschaftlichen Veränderungen betroffen waren und sind als die jungen Männer. Symptomatisch dafür ist die deutlich längere Zeitdauer eigener Arbeitslosigkeit mit ihren vielschichtigen Folgen. Wir gehen noch näher darauf ein.

3.2. Wachsende Zustimmung zur deutschen Einheit

Vom Frühjahr 1990 an (4.Welle) wurde auch die Einstellung zur deutschen Einheit erfasst, die zu diesem Zeitpunkt noch bevorstand, das Denken und Fühlen der TeilnehmerInnen wie der DDR-Bevölkerung insgesamt jedoch sehr stark beeinflusste. Mit dem Ausgang der Volkskammerwahlen im März 1990 hatte der „Zug der deutschen Einheit“ bekanntlich erheblich an Geschwindigkeit gewonnen, offen war nur noch der Zeitpunkt dieses historischen Ereignisses. Die Spannweite der Prognosen reichte im Frühjahr 1990 von zwei Monaten (Z. Brzezinski, Berater des Ex-Präsidenten Carter) bis zu vier oder fünf Jahren (Ex-Bundeskanzler H. Schmidt).

Im Rahmen der erwähnten offenen Frage der 4. Welle 1990 zum gesellschaftlichen Umbruch äußerten sich fast alle TeilnehmerInnen auch zur anstehenden deutschen Einheit. Diese damaligen Überlegungen sind auch über ein Jahrzehnt später noch sehr informativ. Charakteristisch für die überwiegende Mehrheit der Aussagen war ihre stark ausgeprägte Ambivalenz: positive und negative Wertungen und Erwartungen, Hoffnungen und Sorgen, ja Ängste standen nebeneinander. Die angekündigte und am 1. Juli verwirklichte Währungsunion, die „Brücke für die Vereinigung“, der wochenlang Spekulationen vorausgingen, hatte wesentlich dazu beigetragen. Einige markante Beispiele dafür aus den Eintragungen im Fragebogen der 4. Welle vom Mai 1990:

„Es gibt viele Fragen, die ich mir stelle. Zum Beispiel, was wird, wenn die Wiedervereinigung da ist. Wird es bald in zunehmendem Maße Drogen, Gewalt und Verbrechen geben? Werden wir mit dem neuen Geld und der Wirtschaft zurechtkommen? Es wird sicher mehr Arbeitslose geben, die dann vielleicht auf der Straße landen. Ich habe irgendwie Angst vor der Zukunft und wiederum bin ich froh über die Wiedervereinigung und die Währungsunion. Ich bin noch ziemlich verwirrt, um mir jetzt eine richtige Meinung zu bilden. Immer wieder erfährt man etwas Neues. Ich hoffe, dass alles gut wird und dass man nicht bereuen muss.“
(w)

„Ich bin sehr froh, dass sich vieles verändert... Aber ich habe auch ein wenig Angst vor der Vereinigung.“ (w)

„Obwohl man weiß, dass sich wahrscheinlich alles zum Besseren ändert, hat man einige gemischte Gefühle, denn das Unbekannte, Ungewisse kommt auf einen zu.“ (w)

Ausschließlich zustimmende Äußerungen wie diese (meist von männlichen Teilnehmern geäußert) gab es nur wenige:

„Ich habe keine Angst vor der deutschen Einheit, bin mit den Regelungen der Währungsunion zufrieden.“ (m)

„Ich bin sehr froh über diesen Umbruch und hoffe, dass es so bald wie möglich zur deutschen Einheit kommt.“ (m)

„Ich weiß, dass im Westen auch nicht alles Gold ist, was glänzt, aber ich weiß, dass es die bessere Gesellschaftsordnung ist.“ (m)

Wesentlich häufiger wurden (insbesondere von weiblichen Teilnehmern) demgegenüber Auffassungen gegen die Vereinigung geäußert, zum Teil in sehr drastischen Formulierungen, aus denen oft die Angst vor den Folgen der Einheit sprach:

„Was im Herbst 89 begann, war toll. Was jetzt geschieht, macht mir Angst. Ich bin gegen die Vereinigung zum jetzigen Zeitpunkt.“ (w)

„Ich bin auch nicht für die Wiedervereinigung... Den Menschen muss es doch genügen, dass die Grenzen offen sind und man überallhin fahren kann, wenn man das Geld hat.“ (w)

„Ich frage mich, wieso die Leute so dumm sind. Ich bin für keine Wiedervereinigung, weil ich einfach Angst um unser Leben habe. Wer weiß, wie viele in zwei Jahren auf der Straße sitzen, weil immer wieder was Neues erfunden wird, das die Menschen arbeitslos macht... Kein Wunder, wenn die Leute immer aggressiver und nervöser werden bei soviel Angst ums Leben.“ (w)

Die Ablehnung der Vereinigung war häufig von dem Zweifel durchzogen, ob die versprochenen und erhofften Verbesserungen auch tatsächlich eintreten werden:

„Ich bezweifle sehr stark, dass die D-Mark uns den Wohlstand bringt, nach dem die meisten so lauthals geschrieen haben.“ (m)

„Ich finde, die DDR-Bürger müssen aufpassen, dass sie nicht vor die Hunde gehen... Wir haben uns doch nicht von Honecker verabschiedet, um jetzt mit anzusehen, wie sich ein Herr Kohl u.a. das einstecken, was sich früher Erich genommen hat. Einige wenige werden ein besseres Leben führen, aber ein Großteil der Bürger wird sehr bald merken, dass sich für ihn nicht viel in positiver Richtung ändert. Ich sehe für die Zukunft schwarz.“ (m)

„Ich frage mich, ob die herbeigesehnte EINHEIT wirklich so gut ist. Wir als junge Menschen vielleicht noch eine Chance, in der kapitalistischen Gesellschaft Fuß zu fassen. Aber viele werden dann vielleicht schlechter leben als vorher... Ich setze keine Hoffnung in das zukünftige Deutschland.“ (m)

Vielfach wurde befürchtet, dass die DDR der BRD „einverleibt“ wird, ihre Bürger zu „Bürgern zweiter Klasse“ werden:

„Ich habe insofern Angst vor einer Wiedervereinigung, da wir - die DDR-Bürger - doch immer die 'Ossis' bleiben und so behandelt werden.“ (m)

„Als DDR-Bürger sind und bleiben wir ja doch nur Deutsche 2. Klasse.“ (w)

„Wir als 'Brüder und Schwestern' im Osten sind unnötiger Ballast für die Bundis und man wird es uns ewig zu spüren geben.“ (w)

Aus vielen Notizen sprach die Sorge um den Erhalt der „wirklichen Errungenschaften“ der DDR:

„Aber nicht alles, was es in der DDR gibt, ist schlecht. Man sollte die guten sozialen Dinge übernehmen wie z.B. das Babyjahr, die Krankenversicherung, die Kinderkrippen und Kindergärten usw. Es muss vieles geändert werden, aber es spricht nicht alles gegen die DDR.“ (w)

„Inzwischen ist mir klar geworden, dass es die DDR als eigenständigen, souveränen Staat bald nicht mehr geben wird. Das bedauere ich, da die DDR doch viele soziale Errungenschaften hat. Die Wende war zwar notwendig, doch der Zukunft hätte man auch andere Weichen stellen können.“ (m)

Mehrere Befragte betonen, dass sie sich nach wie vor als DDR-Bürger fühlen:

„Ich kann mich nicht daran gewöhnen, dass es in 2 Jahren keine DDR mehr geben wird, sondern nur noch ein Deutschland. Die DDR ist immer noch meine Heimat.“ (w)

„Ich war 17 ½ Jahre lang ein DDR-Bürger und will es auch bleiben! Ich stehe zu der DDR!“ (w)

Nicht wenige Befragte befürchteten die Verbreitung von Drogen, die Ausbreitung von Aids, die Zunahme der Kriminalität:

„Angst habe ich vor der schlagartigen Ausbreitung von Aids. Unsere Öffnung ist dafür ein guter Boden, auch für Prostitution und Drogen.“ (w)

„...dass natürlich der Gebrauch von Drogen bei uns Jugendlichen stark zunimmt. Deshalb müssen wir den Jugendlichen etwas bieten, damit wir gar nicht erst in Versuchung geraten.“ (w)

„Dann die anderen Gefahren, die noch auf uns zukommen, z.B. Rauschgift und die Kriminalität. Dies wurde bei uns bis jetzt nicht groß bemerkt. In der Bundesrepublik sieht es da schon ganz anders aus.“ (w)

„... kommt bei mir die Frage auf, ob ich mich als Mädchen abends noch allein auf die Straße getrauen kann.“ (w)

Kritisch setzen sich zahlreiche Befragte mit der wirtschaftlichen Situation im Vorfeld der Währungsunion und dem „Konsumdenken“ der DDR-Bürger auseinander:

„... finde ich, es gibt ein zu großes Hin und Her mit der Währungsunion. Jede Zeitung berichtet jeden zweiten Tag etwas anderes. Man weiß schon nicht mehr, was man glauben soll.“ (w)

„Weiterhin kann ich nicht verstehen, wieso es z.B. nur noch teure West-Wurst gibt, wir brauchen uns doch nicht zu wundern, wenn unsere Betriebe pleite gehen und Schweine massenhaft geschlachtet und dann weggeschmissen werden. Oder warum gibt es im Osten nahe von Westdeutschland nur noch teure Coca-Cola, Pepsi-Cola, Büchsenbier und keine Ost-Limo oder Cola?“ (w)

„Ich denke, dass die Bundesrepublik uns kaputt machen will, d.h. sie kauft viele Betriebe und Geschäfte auf und verkauft bzw. produziert ihre Sachen zu hohen Preisen. Wir sind das Billigland der BRD geworden. Darüber mache ich mir sehr viele Gedanken.“ (w)

„Beschämend fand ich das Benehmen der Bürger unseres Landes im ach so ‘Goldenen Westen’, und auch jetzt frage ich mich jedesmal, warum heucheln und kriechen sie so ganz ohne Würde vor die Marktschreier aus dem Westen, ob diese nun Kiwis, Teppiche oder Parteien anbieten?“ (m)

Viele Jugendliche äußerten Befürchtungen vor der sich schon abzeichnenden Zunahme von Rechtsextremismus und Neofaschismus:

„Besondere Überlegungen sollte man den Rechtsradikalen widmen. Es müssen endlich gesetzliche Beschlüsse her, damit die braune Pest nicht aus ihrem dreckigen Loch hervorkriechen kann.“ (m)

„Eins ist mir klar: Deutschland hat 5 Jahre und die Leute schreien wieder nach einem starken Mann... Den Rest kann man sich denken: Weltkrieg Nr. III“ (m)

„Ich frage mich auch, wie in einem künftigen Deutschland mit Neonazis umgegangen wird. Wird man sie bekämpfen oder wie bisher einfach tolerieren, so dass sie sich formieren und zu allerletzt auch noch in die Regierung gewählt werden?“ (w)

Sehr viele TeilnehmerInnen - selbst von den Befürwortern der Einheit - brachten zum Ausdruck, dass ihnen das Tempo der Vereinigung zu schnell ist:

„Ich finde es durchaus positiv, dass unser Lebensstandard erhöht werden soll. Trotzdem finden ich das Tempo, mit dem das vor sich geht, erschreckend schnell. Es werden sich viele Fehler einschleichen, die man später sicher bereut.“ (w)

„Was die Wiedervereinigung betrifft, denke ich, dass man sie nicht überstürzen sollte. Viele Menschen wollen es gar nicht so schnell, wie ein paar wenige in führenden Ämtern es sich vorstellen.“ (w)

„Ich denke, dass der Übergang zu schnell und unüberlegt verläuft. Wo bleibt die soziale Sicherheit?“ (w)

Häufig wurde Skepsis gegenüber der neuen gesellschaftlichen Ordnung geäußert:

„Aber sollten wir nicht doch etwas Skepsis gegenüber dem imperialistischen System aufbringen? Wie oft hat es doch bewiesen, dass es nicht so vollkommen ist, wie es immer tut. Aber das wird die Zukunft noch zeigen.“ (w)

„Die verblendeten Menschen wählten die CDU und erhoffen sich über Nacht ein Wunder. Das Wunder - der Kapitalismus bringt aber eine Reihe negativer Dinge mit sich.“ (w)

Mehrere Jugendliche äußerten sich zur Idee des Sozialismus:

„Soll der Sozialismus (ich meine die Ideale), den wir in der alten DDR nie hatten, falsch und nichtig gewesen sein?“ (w)

„Ich finde, wir hätten ruhig eine DDR bleiben können, denn Sozialismus ist von seinen Grundlagen her nicht verfehlt, er muss nur anders aufgezogen werden.“ (m)

„Die Idee des Sozialismus war toll, aber die Menschen sind dafür nicht geeignet. Jeder ist eben doch sich selbst der Nächste.“ (m)

Sehr häufig wurde eine Bestrafung der ehemaligen „Partei- und Staatsführung“ gefordert:

„Ich mache mir auch Gedanken darüber, was aus unserer ehemaligen Führung wird, ob man sie verurteilt oder die alten Männer aus ethischen Gründen verschont. Sicher ist das eine sehr schwierige Entscheidung.“ (w)

„Wieso werden die SED-Bonzen nicht abgeurteilt? Krank? Aber regieren konnten sie? Ich finde, hier geht die Demokratie zu weit. Ich bin weder links- noch rechtsradikal, aber ich finde, die Rumänen haben es richtig gemacht.“ (m)

Völlig kontrovers waren die zahlreichen Äußerungen zur PDS:

„Wenn ich 18 wäre, hätte ich eindeutig PDS gewählt. Die hätte die Vereinigung niemals so schnell gewollt.“ (m)

„Ich selbst bin überzeugter PDS-Anhänger, da mir die soziale Sicherheit wichtiger ist als die schnelle D-Mark. Ich hoffe, dass diese Partei ihre jetzige Position verstärken und ausbauen kann.“ (m)

„Außerdem bin ich für ein Verbot der PDS. Da kann mir einer sagen, was er will, es ist dieselbe Partei wie die SED! ... Ich muss ehrlich sagen, ich bin für eine Art Rache!“ (m)

In einer Reihe von Stellungnahmen wurde über die Schwierigkeiten bei der Umstellung von einer stark reglementierten auf eine selbstbestimmte Lebensgestaltung reflektiert bzw. wurden Zweifel geäußert, ob man den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen gerecht werden kann:

„Sein Leben jetzt selbst gestalten müssen. Bisher wurde alles vorgekaut. Nun liegt alles an einem selbst. Das ist eine große Umstellung.“ (w)

„Wir wurden ganz anders erzogen, haben vieles leicht gemacht bekommen. Im kapitalistischen System muss man sich durchsetzen können. Das wird vielen zum Verhängnis werden.“ (w)

„Ob der normale DDR-Bürger im BRD-Alltag bestehen kann? Ich bezweifle das ganz stark, das Clevere und die Redegewandtheit fehlen uns.“ (w)

„Eine Hauptfrage für mich ist, wie ich mich in die neue Gesellschaft einleben werde und ob ich mich in ihr behaupten kann.“ (m)

Einige Befragte beschreiben in bemerkenswerter Weise ihre Suche nach einer neuen Identität:

„Ich stehe zu den Dingen meiner Vergangenheit, wie Mitgliedschaft in der FDJ oder meine politischen Aktivitäten. Ich habe auch durch sie an Erfahrungen gewonnen. So entsteht für mich ein Konflikt auf der Suche nach meiner Einstellung zur deutschen Vereinigung und bei der Bearbeitung unseres bisherigen Lebens.“ (w)

Mehrfach wurde von weiblichen Teilnehmern die Frage gestellt, ob es denn richtig sei, sich Kinder anzuschaffen:

„Kann man eigentlich noch Kinder in die Welt setzen?“ (w)

„Ich möchte einmal Kinder bekommen, aber kann ich es vor meinem Gewissen verantworten, sie in diese Welt zu setzen, wo man nicht weiß, was wird? Sie könnten mir ja später einmal Vorwürfe machen. Auf diese Frage finde ich keine Antwort, ich werde mich noch oft damit quälen müssen.“ (w)

Ein ziemlich großer Teil der Befragten - meist Mädchen - artikuliert Resignation und Angst vor der Zukunft oder vor möglicher Arbeitslosigkeit:

„...jedoch glaube ich, früher hatte ich noch eine sichere Zukunft, jetzt nicht mehr.“ (w)
 „Dieses Ohnmächtigsein gegenüber der neuen Gesellschaftsordnung und den neuen Gegebenheiten taucht jetzt öfter auf.“ (w)
 „Das Problem mit der Arbeitslosigkeit hätte ich mir nie träumen lassen.“ (w)
 „Mit diesem Umbruch verbindet sich in mir auch die Angst, später keinen Arbeitsplatz zu bekommen.“ (w)
 „Hat sich jemand bei uns vor einem Jahr mit 17 Jahren Sorgen um seine Zukunft gemacht?“ (w)

Aus zahlreichen Aussagen ging hervor, dass sich die Jugendlichen Sorgen um ihre Eltern bzw. die ältere Generation überhaupt machen:

„Meine berufliche Zukunft macht mir keine Sorgen. Da habe ich schon eher Angst um die Arbeitsstellen meiner Familie.“ (m)
 „Mich bewegt auch die Zukunft meiner Eltern und Geschwister. Was würde werden, wenn sie eines Tages arbeitslos werden?“ (m)

Nur von sehr wenigen Teilnehmern wurde damals ausdrücklich betont, keine Probleme zu sehen und mit der Entwicklung völlig zufrieden zu sein. Das waren fast durchweg Jugendliche, die an anderer Stelle zu erkennen gaben, dass sie sich keine Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen:

„Mich bewegen eigentlich ... keine direkten Fragen. Ich warte ab und lasse alles auf mich zukommen.“ (w)
 „Die Entwicklung stellt sich für mich fast durchweg positiv dar.“ (m)
 „Probleme habe ich eigentlich keine. Ich sehe die Zukunft mit offenen Augen. Wer einmal A sagt, muss auch B sagen.“ (m)

Einige Aussagen verdienen wegen ihrer Originalität festgehalten zu werden:

„Bei unserer Schule hat sich der Fürst gemeldet. Er will sie wiederhaben! Doch bitte erst, wenn ich meine Ausbildung hinter mir habe!“ (w)
 „Sicherlich muss unsere Geschichtsschreibung korrigiert werden, aber die der BRD auch. Ich glaube aber nicht, dass die das machen werden. Wir können aber unseren Kindern nicht plötzlich das Gegenteil von dem erzählen, was wir selber gelernt haben!“ (m)

Auffällig ist, dass die Fragen und Probleme sehr häufig von einer „Wir-Position“ aus genannt wurden: „unser Land“, „unsere Zukunft“, „unsere Bürger“, „unsere Kinder“, „was wird aus uns werden?“, „wir werden es schaffen!“ usw. - unverkennbar Ausdruck eines verbreiteten Wir-Bewusstseins, eines Solidargefühls, das sich in der akuten Wendezeit noch zu verstärken schien.

(Ausführlicher hierzu siehe Förster 1992: 32 ff.)

Dieses sehr widersprüchliche Erleben der gesellschaftlichen Entwicklung zwischen Wende und Vereinigung und ihre Sorgen widerspiegelten sich auch sehr deutlich in den Erwartungen der TeilnehmerInnen hinsichtlich einiger Erscheinungen in der nächsten Zukunft:

Tabelle 3.4: Erwartungen bestimmter Erscheinungen in der Zukunft (Mai 1990)
 „Inwieweit erwarten Sie in der Zukunft folgende Erscheinungen?“
 Das wird...
 1 deutlich zunehmen
 2

3 sich nicht ändern
4
5 deutlich abnehmen

	1	2	(1+2)	3	4	5
Suchtmittelkonsum	72	22	(94)	4	1	1
Leistungsstress	69	21	(90)	9	1	0
Rücksichtsloses Konkurrenzdenken	64	28	(92)	5	2	1
Ausländerfeindlichkeit	60	24	(84)	12	3	1
Neonazistische Tendenzen	58	30	(88)	9	1	2
Soziale Ungerechtigkeit	35	36	(71)	15	9	5

Allen aufgeführten Erscheinungen wird zugeschrieben, dass sie - mehr oder weniger deutlich - künftig häufiger auftreten werden. Die seit der Wende gesammelten Erfahrungen haben offensichtlich dazu geführt, ein solches eher pessimistisches Zukunftsbild zu formen, das die individuelle Zukunftszuversicht, aber auch die Haltung zur bevorstehenden Vereinigung stark gedämpft hat, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Das gilt vor allem für die mehrheitlich verbreitete Annahme, dass soziale Ungerechtigkeit künftig zunehmen wird. Je stärker diese Erwartung bei den Panelmitgliedern war, desto zurückhaltender votierten sie für die Einheit ($r = .29$; $P = .000$). Das Pro und Contra der Panelmitglieder zur deutschen Einheit hatte offenbar sehr viel mit ihrer Sorge um soziale Gerechtigkeit zu tun.

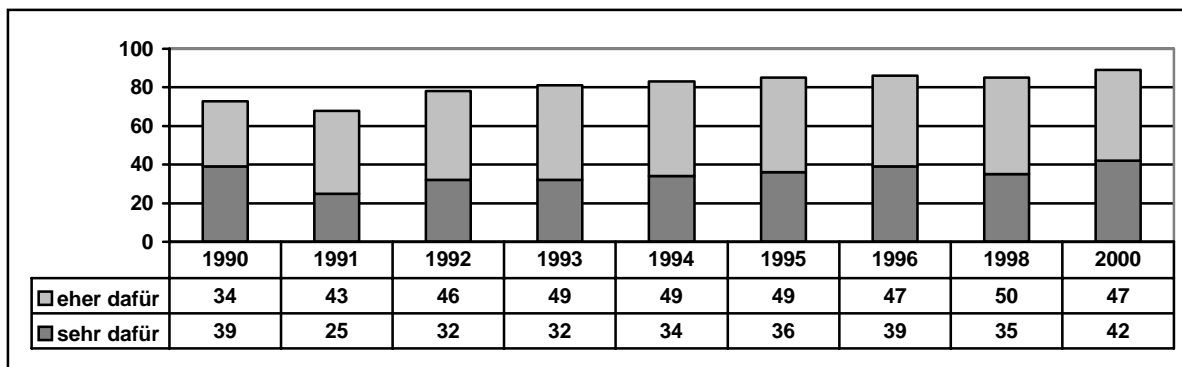
Trotz der geschilderten ambivalenten Haltung der TeilnehmerInnen zur deutschen Einheit, vieler aktuell bedingter Sorgen und Ängste befürworteten die meisten von ihnen schon im Frühjahr 1990 die anstehende Vereinigung. In den folgenden Jahren war eine fast kontinuierlich wachsende Zustimmung zu beobachten. Betrachten wir dazu die folgende Tabelle:

Tabelle 3.5: Grundeinstellung zur deutschen Einheit 1990 - 2000
„Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“
1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	X	V	POP	KOP	NEP
1990 (Mai)	39	34	(73)	18	9	2,0	-	-	-	-
1991	25	43	(68)	23	9	2,2	90:91	20	50	30
1992	32	46	(78)	19	3	1,9	91:92	23	66	11
1993	32	49	(81)	17	2	1,9	92:93	15	77	8
1994	34	49	(83)	15	2	1,8	93:94	16	71	13
1995	36	49	(85)	14	1	1,8	94:95	10	79	11
1996	39	47	(86)	12	2	1,8	95:96	14	74	12
1998	35	50	(85)	12	3	1,8	96:98	11	75	14
2000	42	47	(89)	11	0	1,7	98:00	20	70	10

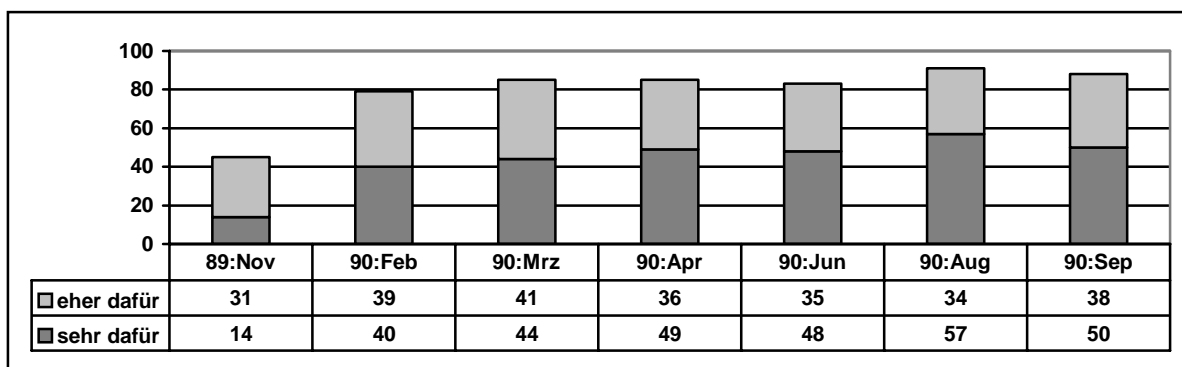
Nach dem vollzogenen Beitritt der DDR zur BRD (ab 1991) wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie *heute* antworten?“

Abbildung 3.3: Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 – 2000. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zustimmung



Dieser Trend gehört zu den interessantesten und zugleich bedeutsamsten Ergebnissen unserer Studie. An dieser Stelle jedoch zunächst eine notwendige Anmerkung zu den Ausgangsdaten vom Mai 1990: Leider stehen uns in dieser Studie keine Daten für die unmittelbare Wendezeit zur Verfügung, die erste Befragung fand im Frühjahr 1990 statt. Wie die DDR-repräsentativen Meinungsumfragen des ZIJ jedoch eindeutig belegen, standen sich im November 1989 Befürworter und Gegner noch etwa gleich stark gegenüber, von einer massenhaften Forderung nach dem Beitritt zur Bundesrepublik war zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede:

Abbildung 3.4: Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend zwischen November 1989 und September 1990. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zustimmung (DDR-Bevölkerung ab 15 Jahre)



Quelle: Meinungsumfragen des ZIJ M 1 bis M 8

Auch bei den 15 – 24-jährigen Jugendlichen (und das trifft mit hoher Wahrscheinlichkeit auch für die TeilnehmerInnen unserer Studie zu) bestand zu diesem Zeitpunkt eine Pattsituation, sogar mit einem leichten Übergewicht der Einheitsgegner (eher oder sehr dagegen 55 %, entsprechend eher oder sehr dafür 45 %; vgl. Förster 1999: 170). Zu einem geradezu sprunghaften Anstieg des Anteils der Befürworter der Vereinigung kam es erst zwischen Ende 1989 und Februar 1990, Ausdruck der sich enorm zuspitzenden wirtschaftlichen und politischen Situation in der DDR und der stark wachsenden Hoffnungen der jungen wie der älteren Bürger, durch die Vereinigung schneller zu Wohlstand und Freiheit zu gelangen. Stark gefördert wurde der Wunsch nach der deutschen Einheit auch von dem sofort nach Öffnung der Grenzen einsetzenden Reiseverkehr in Richtung Westen. Schon bis Ende November 1989 hatten rund zwei Drittel der DDR-Bürger die neuen Reisemöglichkeiten genutzt, am häufigsten die 15- bis 44-jährigen (vgl. Förster 1999: 172). Vor allem für die jüngsten Altersgruppen war es die erste direkte Begegnung mit „dem Westen“, die bei vielen von ihnen die Bejahung der Vereinigung stimulierte. Qualitative Ergebnisse unserer Studie bestätigen die tief greifenden Auswirkungen dieser ersten Kontakte. So schrieb eine Teilnehmerin der Studie unmittelbar nach einem Besuch in Bayreuth folgende Notizen in ihr Tagebuch, die wir hier nahezu voll-

ständig abdrucken, weil sie sehr anschaulich wiedergeben, was viele (junge und ältere) DDR-Bürger damals empfanden:

„Der schönste Tag meines Lebens. Die Fahrt in den anderen Teil Deutschlands.

Meine Eltern entschlossen sich am Freitag, 10.11.89, einen 'Ausflug` in die BRD zu machen, denn das vorläufige Reisegesetz ermöglichte ja allen Bürgern der DDR mit dem Personalausweis und dem Visum auszureisen. Es war natürlich eine wahnsinnige Überraschung für mich, und ich konnte das noch nicht richtig wahrhaben und fassen. Nachdem ich mein Visum auf der Polizei geholt hatte (wo massenhaft Leute standen), ging die Packerei daheim los. Verpflegung wurde eingepackt, denn wir wollten die Nacht durchfahren. 19.30 Uhr war es dann soweit, unsere Fahrt in eine andere Welt startete. 1 ½ Stunden fuhren wir mit dem Auto bis ins Grenzgebiet. Dort begann der 16 km lange Stau aus Trabis, Ladas und anderen DDR-Autos. Alle Schichten der DDR-Bevölkerung nutzten die Chance, in den Westen zu fahren. Es ging schleppend vorwärts und bis zum 1. Grenzposten dauerte der Stau 4 Stunden Wartezeit an. Es war schon allein ein Erlebnis, diesen Stau mitzumachen. Autos so weit das Auge reichen konnte. Als wir durch die DDR-Grenzstelle durch waren, dauerte es noch eine ½ Stunde, bis wir endlich durch die Grenzpostenstelle der BRD fuhren. Das Gefühl, was ich da hatte, in dem Augenblick, als wir die Grenze durchfuhren, kann ich nicht beschreiben. Ich hatte Tränen in den Augen und sie kullerten über meine Wangen. Hätte ich mir das je träumen lassen, 1989 in den Westen zu fahren. Ich konnte es nicht wahrhaben und meine Tränen fanden kein Ende. BRD – d.h. herrliche Straßen, herrliche Städte – mein erster Eindruck. Leider hatten wir nicht viel von dem Bayrischen Wald, da es stockdunkel war. Wir fuhren bis Bayreuth, eine Stadt in Bayern. Nein, ich konnte es nicht fassen, da war alles das, was man immer nur im Fernsehen sah. DDR-Bürger grüßten sich auf den Straßen durch die Fenster des Autos. 'Sei begrüßt in Bayern!' oder 'Willkommen in Deutschland!' Jeder hatte Freudentränen in den Augen. Es war irre, fremde Leute grüßten sich wie uralte Bekannte.

Wir fuhren dann mit unserem Trabi auf einen Parkplatz in Bayreuth, um erst einmal ein paar Stunden zu schlafen. Es war mittlerweile 1.30 Uhr. Wir machten es uns zu Dritt im Auto 'bequem`... Es war natürlich für mich unmöglich in diesem Augenblick einzuschlafen, wo man doch eben eine 'neue` Welt betreten hatte...

5.00 Uhr erwachten wir aus dem Schlummern und ich konnte dies alles immer noch nicht fassen... Ringsherum standen Autos aus der DDR, die alle die Nacht in Bayreuth verbrachten und sich auf 'Bayreuth am Tag` vorbereiteten. 6.30 Uhr gings los. Wir begrüßen den ersten Bayreuther (ein Tankstellenwart) mit einem Sträußchen Blumen und er wünschte uns viel Glück und Spaß in B. Er war sehr gerührt und auch mir ging es tief ins Herz. Doch nun hieß es auf zum Rathaus und Erkundigungen einzuholen. Auf dem Weg zum Rathaus kamen immer mehr DDR-Bürger dazu, die Innenstadt glich einer Völkerwanderung der DDR. Leute, Leute über Leute. Einige Leute hatten sich bei einem Polizisten erkundigt, wo es das Begrüßungsgeld gibt und so strömten mit einem Mal 100-derte Menschen los zum Rathaus II. Die Leute rannten und jeder wollte der erste dort sein. Ehrlich, ich schämte mich richtig für all die anderen. Wie arme Bettler rannten alle los und waren gierig auf die 100 DM. Klar, wer wollte schon gerne auf das Geld verzichten, schließlich brauchte man es ja auch, wie hätte man es sonst ausgehalten bei den Geschäften. Trotz dieses Gefühls wollten wir natürlich auch nicht gerade die Letzten sein und gingen zügig mit. Die Kleinstadt Bayreuth war natürlich auf einen solchen Ansturm von DDR-Bürgern nicht vorbereitet, und somit brach das totale Chaos aus. Menschen schubsten und drängelten um den Eingang des Rathauses. Keiner hatte die Massen mehr unter Kontrolle. Alles lief drunter und drüber. Nach 1 ½ Stunden kamen die ersten Informationen, dass man nur mit Anträgen die Formulare für das Geld bekommt. Sofort stürmten alle zu der Verteilung der Anträge. Das Chaos wuchs und viele wurden unruhig und auch wütend. Als ich endlich auch ein paar Anträge ergattert hatte, ging es zu den Schaltern der Formulare. Nach 2 Stunden quetschender und erstickender Hitze und Enge hatten

wir endlich unser 'ROSA FORMULAR' erhalten und nun war der schlimmste Teil überstanden. Ich war total fertig und knülle vom langen warten und stehen. Wie die Leute auf ihr Geld scharf waren! Wahnsinn. Dass man da nicht etwas Stolz und Ehre hat und sich ordentlich bei dem Gedränge benimmt. Das kann ich nicht begreifen...

Als wir dann endlich unsere lange erwarteten 100 DM mal 3 hatten, mussten wir erst mal eine kleine Verschnaufpause einlegen. Das Rote Kreuz gab Kuchen und heißen Tee aus. Das tat dem leeren Magen echt gut. Lange hielten wir uns jedoch nicht auf, denn unsere Zeit war knapp.

Danach gings los in Richtung Stadt. Bayreuth ist ein herrliches Städtchen, wunderschön und vor allem sehr sauber. Als wir dann die ersten Geschäfte erreichten, kam ich aus dem Staunen nicht mehr raus. Wahnsinn, das Angebot dort. Ich hatte sofort Kopfschmerzen, weil alles so sehr blendete. Das konnte man sich nicht vorstellen, wenn man es nicht alles mit eigenen Augen gesehen hat. Und erst die Kaufhäuser und Supermärkte. Einfach Wahnsinn. Ich konnte gar nicht alles mit einmal aufnehmen und wahrhaben. Das Angebot war so groß, dass man echt nicht wusste, was man kaufen soll. Ich konnte mir nichts kaufen, weil ich dermaßen betroffen war, und was sollte ich mir denn von 100 DM kaufen. Ich hatte mich dann entschlossen, mir meinen größten Wunsch zu erfüllen und habe mir einen Kassettenrecorder gekauft. Als er mir gehörte, kullerten ein paar Tränen über meine Wangen, denn hätte ich mir das je träumen lassen. Wahnsinn. Naja, was solls, das ist halt eine ganz andere Welt dort drüben.

Nach einem faszinierenden, einmaligen Bummel durch alle Kaufhäuser beendeten wir unseren Einkauf. Wir waren auf dem Weg zu unserem Trabi, verliefen uns aber... Wir versuchten, uns ein wenig durchzufragen und die Bayreuther Leute merkten, dass wir DDR-Bürger waren. Sie luden uns spontan auf der Straße zu einem Glas Sekt ein und kamen mit uns ins Gespräch. Ein Ehepaar ... lud uns noch zu einer Tasse Kaffee bei sich ein. Nach einigem Zögern sagten wir zu... So stiegen wir also in den Mercedes ein und fuhren zu Familie U. Ein herrliches Häuschen stand vor uns... und auch die Wohnung war ganz toll eingerichtet... Wir kamen mit ihnen ins Gespräch und unterhielten uns über die Ereignisse, die sich überstürzten und über die Zukunft. Wir tranken zusammen Kaffee, aßen Kuchen und waren alle glücklich über die Grenzregelung. Nach 2 schönen Stunden zusammen brachen wir auf... Nach einer herzlichen Verabschiedung... ging es in die DDR, nach Leipzig zurück. Diese Erinnerungen werden ewig bei mir hängen bleiben. Dieser Tag war wie eine Wiedergeburt, und als wir nach zweistündigem Stau wieder in die DDR einfuhren, kullerten mir noch mal die Tränen, die Freudentränen über die Wangen. Niemals werde ich diese Stunden vergessen.“

(Franka J., Leipzig)

Allerdings war sehr vielen TeilnehmerInnen im Frühjahr das Tempo der Vereinigung zu schnell. Das ging schon aus den oben erwähnten Meinungsäußerungen hervor und wird durch die Ergebnisse einer speziellen Frage bestätigt:

Tabelle 3.6: Beurteilung des Tempos der Vereinigung (Mai 1990)
 „Was meinen Sie zum Tempo, in dem die Vereinigung vor sich geht?“
 1 zu langsam
 2 zu schnell
 3 gerade richtig
 0 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3	0
Gesamtgruppe	8	49	31	12
männlich	10	43	37	10
weiblich	7	53	26	14

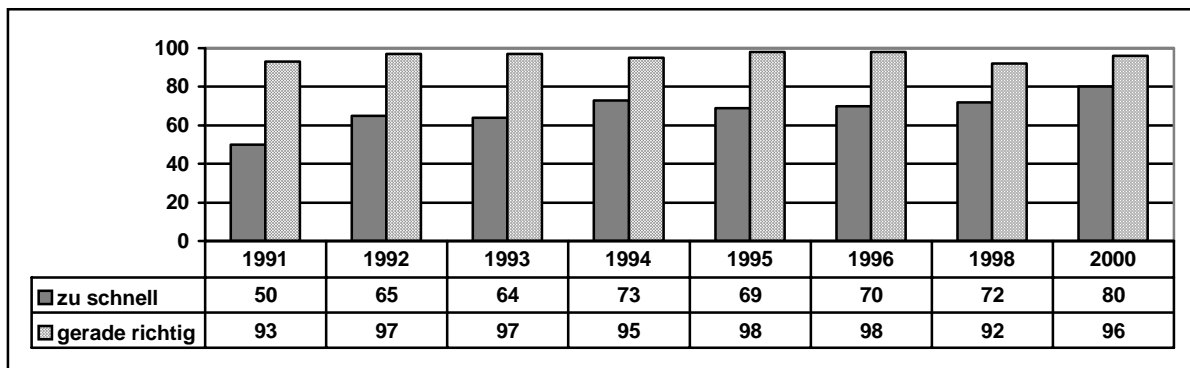
Einstellung zur Vereinigung

sehr/eher dafür	9	38	40	13
sehr/eher dagegen	3	83	3	11

Die TeilnehmerInnen reagierten auf diese Frage wie die Jugendlichen und die Bevölkerung der Noch-DDR im Frühjahr 1990 generell: Rund der Hälfte war das Vereinigungstempo zu schnell (insbesondere den weiblichen Panelmitgliedern), einem Drittel war es gerade recht, nur eine Minderheit hätte es gern noch schneller gehabt. Selbst von den Jugendlichen, die sich für eine Vereinigung aussprachen, meinten 38 %, dass alles zu schnell vor sich geht. Und von jenen, die sich einschränkungslos als Bürger der von der SED-Herrschaft befreiten DDR fühlten, äußerten sich sogar rund zwei Drittel negativ zum Vereinigungstempo. Aus den bevölkerungsrepräsentativen Umfragen des ZIJ ging übrigens hervor, dass als erwünschter Vereinigungstermin im April 1990 nur 40 % der Jugendlichen (Gesamtbevölkerung 41 %) und im Juni sogar nur 34 % (42 %) einen Termin bis Ende 1990 vor Augen hatten, die Mehrheit hielt einen späteren Zeitpunkt für wünschenswert. Auch diese Ergebnisse machen deutlich, dass die bevorstehende Selbstauflösung der DDR damals von den meisten Jugendlichen zwar grundsätzlich bejaht, von vielen aber als überhastet erlebt wurde, als ein Ereignis, dem man mit sehr gemischten Gefühlen entgegensah.

Bemerkenswert ist, dass die damals von vielen Teilnehmern vertretene Auffassung, das Vereinigungstempo sei zu schnell, bis in die Gegenwart nachwirkt. Wir vergleichen dazu den Trend der Bejahung der Einheit jener, denen es zu schnell ging, und derer, die das Tempo richtig fanden (die beiden anderen Subgruppen sind für einen Vergleich zu klein):

Abbildung 3.5: Anteil der die Einheit bejahenden Panelmitglieder im Trend 1991 bis 2000, differenziert nach der Beurteilung des Tempos der Vereinigung im Jahr 1990



Zu allen Untersuchungszeitpunkten (selbst noch im Jahr 2000) sprechen sich TeilnehmerInnen, denen das Vereinigungstempo im Frühjahr 1990 zu schnell vorkam, signifikant weitaus weniger häufig für die Einheit aus als jene, die das damalige Tempo richtig fanden. Hinzu kommt, dass bei Ersteren die Anteile der eingeschränkten Zustimmung überwiegen („eher dafür als dagegen“), bei Letzteren dagegen die Anteile der einschränkungslosen Zustimmung („sehr dafür“). Diese Erscheinung ist auch insofern bemerkenswert, weil sie unsere These stützt, dass die damalige gesellschaftliche Umbruchsituation auch bei den verhältnismäßig jungen TeilnehmerInnen der Studie tiefe psychische Spuren hinterlassen hat, die auch viele Jahre später ihr Denken und Verhalten noch erkennbar beeinflussen. 1994 schrieb z.B. ein Teilnehmer rückblickend:

„Zur Wiedervereinigung möchte ich noch sagen, dass das Ganze mir viel zu schnell ging. Doch man musste den Grund der Wirtschaft akzeptieren, dass diese eindeutige Verhältnisse und Gesetze für das ehemalige Ostdeutschland brauchte. Die Westwirtschaft boomte aufgrund der neuen ostdeutschen Absatzmärkte, und Ex-DDR-Betrieben ging es jetzt aus verschiedensten Gründen an den Kragen. So langsam schlich sich nun eine gewisse Ernüchte-

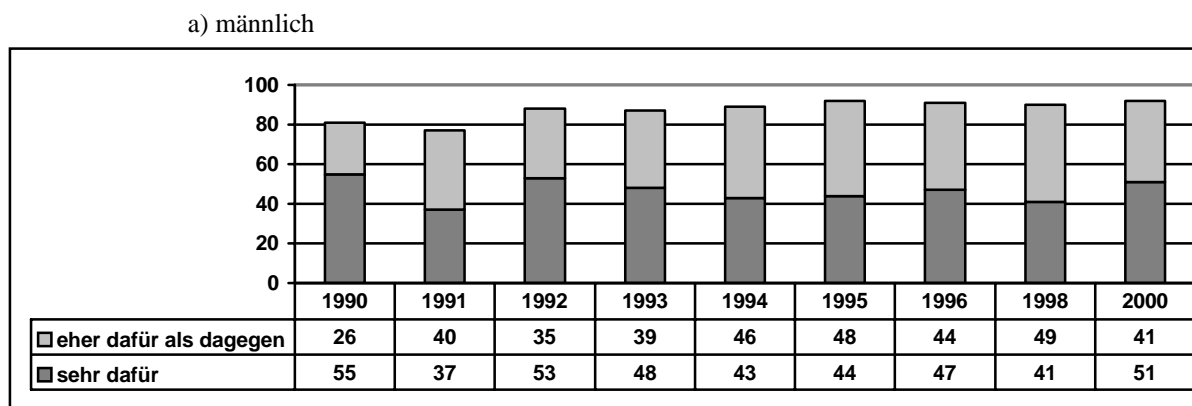
rung ein. Ich spürte es relativ schnell. Mein Vater verlor seinen Job und ich bekam mein Lehrlingsentgelt vom Arbeitsamt.“

Zurück zu dem in Tabelle 3.5 dargestellten Trend. Ablesbar ist, dass sich der Anteil der Einheitsbefürworter zwischen Mai 1990 und Sommer 2000, d.h. mit wachsendem zeitlichen Abstand und mit zunehmendem Alter deutlich erhöht hat, wenn auch meist mit der Einschränkung „eher dafür als dagegen“. Nach einem kurzzeitigen Rückgang des Anteils der Befürworter im Frühjahr 1991 (insbesondere derer ohne Einschränkung) ist dieser Anteil ab 1992 fast kontinuierlich auf 89 % im Jahr 2000 angestiegen, die Quote der Gegner sank dagegen deutlich auf 11 % ab. Aus den angeführten Längsschnittkoeffizienten geht außerdem hervor, dass der Anteil der Panelmitglieder mit konstanten Einstellungen (KOP) auf etwa drei Viertel der Panelmitglieder angestiegen ist. Dieser vergleichsweise hohe Anteil (er ist z.B. wesentlich höher als bei der Einstellung zur politischen Wende) lässt darauf schließen, dass die meisten von ihnen eine verhältnismäßig stabile, überwiegend bejahende Haltung zur deutschen Einheit einnehmen.

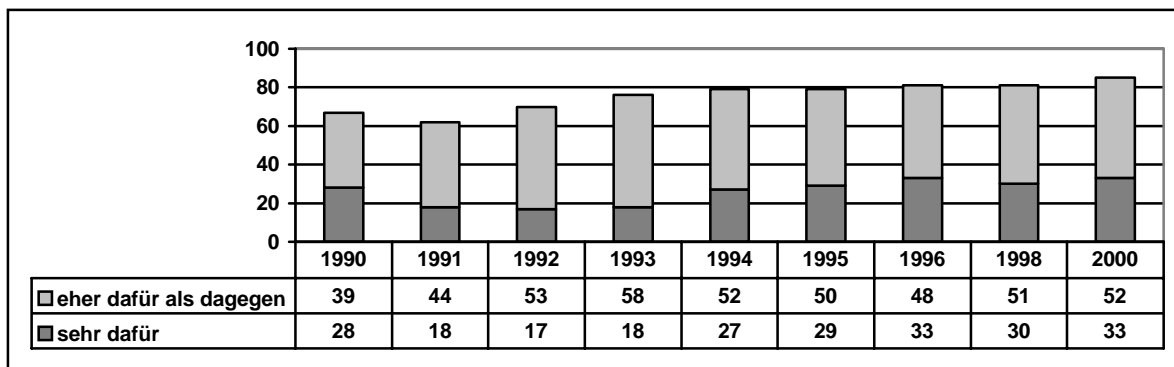
Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die - von einer Minderheit abgesehen - nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung, vielfach (wenn auch meist unfreiwillig) auch für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Diese steht bei den verbalen Angaben über die positiven Seiten der Vereinigung von Anfang an klar an erster Stelle, allerdings fast ausnahmslos durch die so oder ähnlich formulierte Einschränkung ergänzt wie „Reisen ist nur möglich, wenn man auch das nötige `Kleingeld` hat, sprich eine Arbeit besitzt und Geld verdienen kann.“

Die nach den Geschlechtergruppen differenzierten Zeitreihen lassen jedoch eine weitere, sehr bedeutsame Tendenz erkennen:

Abbildung 3.6: Anteil zustimmender Einstellungen zur deutschen Einheit 1990 bis 2000, nach Geschlechtergruppen differenziert



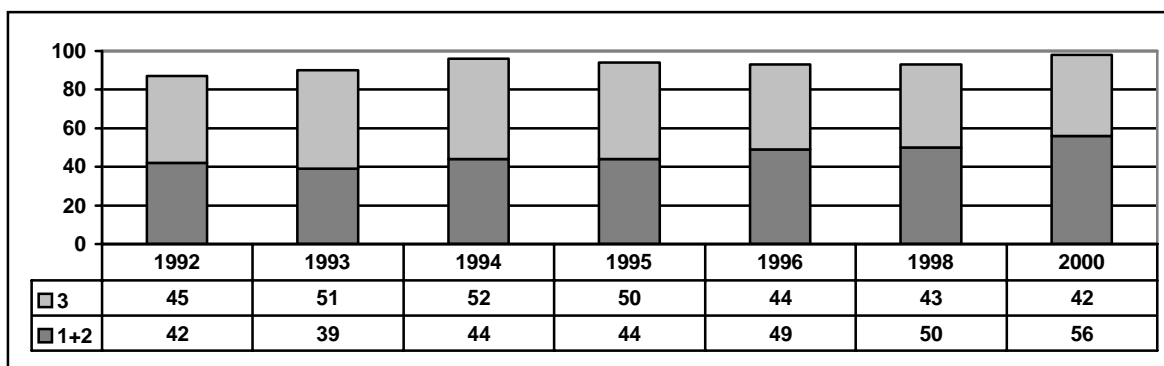
b) weiblich



Wie schon bei der Einstellung zur politischen Wende plädieren die weiblichen Panelmitglieder zu fast allen Untersuchungszeitpunkten statistisch signifikant und praktisch relevant zurückhaltender für die deutsche Einheit als die männlichen. Wie aus den Abbildungen ablesbar ist, stehen sie ihr durchgängig erheblich weniger häufig einschränkungslos gegenüber als ihre männlichen Altersgefährten. Außerdem sprechen sie sich etwa doppelt so häufig dagegen aus. Das trifft selbst noch im Jahr 2000 zu: sehr oder eher dagegen sind nur 8 % der jungen Männer, aber 15 % der jungen Frauen. Wie schon angedeutet, haben diese bemerkenswerten Unterschiede mit der stärkeren Betroffenheit der jungen Frauen durch negative Vereinigungsfolgen zu tun, auf die wir zurückkommen.

Die eher pragmatische Grundeinstellung zur deutschen Einheit ist nicht identisch mit der emotionalen Beziehung zu ihr. Diese wurde seit 1992 mit einer Fragestellung erfasst, die auf das Empfinden von Freude über die vollzogene Einheit zielt:

Abbildung 3.7: Ausprägung der Freude über die vollzogene Einheit im Trend 1992 bis 2000



Fragetext: „Freuen Sie sich, dass die deutsche Einheit hergestellt ist?“
 1 sehr stark 2 stark 3 teils-teils 4 kaum 5 überhaupt nicht

Zwar ist insgesamt gesehen ein leichter positiver Trend erkennbar (Ap 1+2), zugleich fällt der hohe Anteil von Panelmitgliedern ins Auge, die sich für die Mittelposition „teils-teils“ (3) entscheiden, Widerspiegelung sehr widersprüchlicher Alltagserfahrungen.

3.3. Ambivalente Beurteilung der Vereinigungsfolgen

Trotz der mehrheitlichen Bejahung der Vereinigung wurden und werden ihre Folgen für Ostdeutschland sehr widersprüchlich beurteilt. Das zeichnete sich bereits im Frühjahr 1991 ab. Wie der Trend der Zustimmung zur deutschen Einheit und weitere, insbesondere qualitative Ergebnisse belegen, kam es in diesem Jahr zu einem Rückgang vor allem der einschränkungslosen Befürwortung, Widerspiegelung einer verbreiteten Enttäuschung über die Realität der Vereinigung. Wachsende Sorgen und Ängste entstanden insbesondere angesichts der sich in

Ostdeutschland ausbreitenden Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich im Durchschnitt von 433 000 im zweiten Halbjahr 1990 auf 912 800 im Jahr 1991 mehr als verdoppelt, die Arbeitslosenquote stieg von 4,9 % auf 10,3 %, eine grundlegende Verbesserung der Situation war schon damals nicht in Sicht. Hinzu kamen die Verunsicherungen infolge explodierender Kriminalität und Gewalt in Ostdeutschland.

Die sehr widersprüchliche Sicht der TeilnehmerInnen auf die ersten Monate der deutschen Einheit geht anschaulich aus ihren Antworten auf eine offene Frage nach den positiven bzw. negativen Veränderungen in dieser Zeit hervor. Wir fragten im Rahmen der 6. Welle im Frühjahr 1991:

„Das Leben der jungen Leute im Osten Deutschlands hat sich seit der Vereinigung stark verändert. Bitte notieren Sie Ihre Gedanken zu folgenden zwei Fragen:

a) Welche Veränderungen empfinden Sie für sich persönlich als besonders wertvoll?

b) Und welche dieser Veränderungen macht Ihnen persönlich zu schaffen? Womit kommen Sie nicht zurecht?“

Vorab ein kurzer statistischer Überblick:

Insgesamt wurden zu beiden Fragen je 218 Fragebögen ausgewertet. Zur Frage a) zu den als persönlich *positiv* bewerteten Veränderungen äußerten sich 92 % der Teilnehmer. Von diesen (als 100 % genommenen) meinten rund 11 %, dass sie keine positiven Veränderungen sehen; die anderen 89 % machten insgesamt 456 Angaben zu ihrer Meinung nach positiven Veränderungen, das sind durchschnittlich 2,5 Angaben. Zur Frage b) zu den als *negativ* bewerteten Veränderungen äußerten sich 87 %. Von ihnen (gleich 100 % gesetzt) erklärten rund 6 %, keine negativen Veränderungen zu sehen; die anderen 94 % notierten insgesamt 633 Angaben zu negativ erlebten Veränderungen, im Durchschnitt 3,6 Angaben.

Schon aus diesen Relationen geht hervor, dass negative Angaben deutlich überwogen. Von allen 1089 Nennungen trugen 58 % ein positives, 42 % ein negatives Vorzeichen. Von der überwiegenden Mehrheit wurden sowohl positive als auch negative Wertungen getroffen.

Alle Angaben wurden ihrem Inhalt nach entsprechenden Kategorien zugeordnet und ausgezählt, um eine quantitative Analyse vornehmen zu können.

Zunächst zu den positiv erlebten Veränderungen. Die folgende Tabelle gibt an, wie groß der prozentuale Anteil der Jugendlichen ist, die zu den verschiedenen Kategorien Angaben gemacht haben. Die Bezugsgröße ist jeweils die Gesamtgruppe derer, die sich zur Frage a) geäußert haben. Da Mehrfachnennungen auftreten, ergibt die Summe mehr als 100 %. Als unterste Grenze nennen wir nur jene Inhalte/Kategorien, die von wenigstens drei Prozent angeführt wurden.

Tabelle 3.7: Anteil der Befragten, die zu verschiedenen Inhalten positiver Veränderungen Angaben gemacht haben (Mehrfachnennungen)

Inhalte	Anteil in Prozent
Die neuen Reisemöglichkeiten	50,0
Die persönliche Freiheit (Meinungs-, Wahl- und Glaubensfreiheit)	45,5
Das Warenangebot	28,0
Verbesserungen in Beruf/Ausbildung	19,0
Die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten	16,0
Finanzielle Aspekte	9,5
Verbesserte Freizeitmöglichkeiten	5,5
Existenz einer Leistungsgesellschaft	4,5
Höheres Lebensniveau	4,0
Persönliche Kontakte zu Verwandten/Jugendlichen in Westdeutschland	3,0
Keine positiven Veränderungen	10,5

Wie aus der Tabelle ablesbar ist, dominierte unter den als positiv erlebten Veränderungen die neugewonnene *persönliche Freiheit* in ihren unterschiedlichen Dimensionen und Aspekten. Eine Spitzenstellung nahm dabei die *Reisefreiheit* ein (meist als „neue Reisemöglichkeiten“

bezeichnet), die außerdem von zahlreichen Teilnehmern an erster Stelle genannt und häufig mit überschwänglichen Formulierungen gewürdigt wurde. Aus vielen Angaben ging die Freude darüber hervor, sich nun nicht mehr „so eingesperrt zu fühlen“, endlich die Welt, Land und Leute, ihre Kultur und Mentalität kennen lernen zu können. Zahlreiche TeilnehmerInnen haben diese neuen Möglichkeiten bereits ausgiebig genutzt, viele beschreiben ihre Eindrücke.

Fast ebenso häufig wurden weitere *Freiheitsrechte wie Meinungsfreiheit, Wahl-, Gewissens- und Glaubensfreiheit genannt*. Eine besonders große Bedeutung messen die Befragten der Meinungsfreiheit zu, vor allem im Hinblick auf die eigene freie Meinungsäußerung.

Als wertvolle Veränderungen wurde von einem großen Teil der Panelmitglieder das nunmehr *vorhandene Warenangebot* genannt. Erwähnt wurden in diesem Zusammenhang vor allem Gegenstände, die junge Leute besonders interessieren wie Unterhaltungselektronik, modische Kleidung. z.T. auch Möbel, Autos u.a. Sehr oft wurde hinzugefügt, dass jetzt keine Laufereien mehr nötig sind, um bestimmte Waren zu erhalten, es keine Wartezeiten mehr gibt. Häufig wurde allerdings auch angemerkt, dass man nicht über das Geld verfügt, um sich alle Wünsche erfüllen zu können.

Von knapp 20 % der TeilnehmerInnen wurden *Verbesserungen in der Ausbildung bzw. im Beruf* angeführt, die sich meist auf die Möglichkeit des Kennenlernens und der Nutzung moderner Technik (insbesondere Computertechnik) beziehen, auf die Vielseitigkeit der Ausbildung und die verbesserten Chancen beruflicher Karriere. Viele Befragte nannten als positive Veränderung, dass es jetzt eine größere Auswahl an Berufen bzw. Studienrichtungen gibt und außerdem mehrere Bewerbungen möglich sind.

16 % der Panelmitglieder erwähnten die *Möglichkeit persönlicher Entfaltung und Selbstbestimmung*, das Bestehen der Chance, „selbst etwas aus sich zu machen“, sich zu verwirklichen. In diesen Zusammenhang äußerte sich ein Teil der Jugendlichen kritisch über frühere negative Erfahrungen der Bevormundung und Fremdbestimmung. Aus verschiedenen Angaben ging zugleich hervor, dass die Chance selbstbestimmter Lebensgestaltung auch Probleme und Risiken in sich birgt, nicht ohne Schwierigkeiten zu verwirklichen ist.

Rund 10 % der Befragten führten als positive Veränderungen *finanzielle Aspekte* an. Meistens wurde festgestellt, dass die D-Mark eine gute, stabile Währung sei, mit der „man etwas anfangen kann“. Von einzelnen Jugendlichen wurde angegeben bzw. erhofft, dass nun bessere Verdienstmöglichkeiten bestehen würden.

Als Beispiele *verbesserter Freizeitmöglichkeiten* wurden vor allem „tolle, große Diskos“, Fitnesseinrichtungen und Spielcasinos genannt. Grundtenor der wenigen Angaben zum Bestehen einer *Leistungsgesellschaft* war die Erwartung, dass Leistung jetzt erwartet, aber auch anerkannt und belohnt wird. Die Angaben zum *höheren Lebensniveau* zielten fast ausschließlich darauf ab, dass dieses jetzt unter bestimmten Bedingungen (sicherer Arbeitsplatz, hohes Einkommen) erreicht werden kann. Einige wenige Befragte erwähnten die *engeren persönlichen Kontakte* zu Verwandten bzw. anderen Jugendlichen im westlichen Teil Deutschlands als wertvolle Veränderungen.

Aus der Fülle der Angaben haben wir zu den genannten Schwerpunkten einige typische ausgewählt, die jeweils für mehrere, in dieselbe Richtung gehende Formulierungen stehen. Sehr anschaulich gestatten sie einen informativen, noch heute interessanten Einblick in das Denken junger Leute über die Vereinigung zum damaligen Zeitpunkt.

Reisemöglichkeiten

„Die Reisemöglichkeiten finde ich einfach toll, man fühlt sich nicht mehr so eingesperrt.“ (w)

„Für mich ist es positiv, dass ich meinen Urlaub jetzt dort verbringen kann, wovon man bis jetzt nur träumen konnte. Mit der D-Mark in der Tasche fühlt man sich nicht mehr als Bettler im Ausland.“ (m)

„Als erstes muss ja die Reisefreiheit kommen. Ich habe sie schon reichlich genutzt, durch einen Großteil Westeuropas bin ich mit und ohne Eltern getourt.“ (w)

„Mein Gesichtsfeld erweiterte sich, da ich die Reisemöglichkeit nutzen konnte. So konnte ich Italien und Großbritannien Besuche abstatten und mich dort hautnah mit Traditionen, Problemen, Mentalität der Leute vertraut machen, die Landschaften bestaunen. Das alles ganz nah zu erleben, bringt natürlich viel mehr als Bücherwissen... Auf diesen Reisen lernte ich Gleichaltrige aus dem Westen Deutschlands kennen, Freundschaften entwickelten sich.“ (w)

Persönliche Freiheit

„Mehr Freiheit, man braucht nicht mehr zu überlegen, was man sagen darf, z.B. über die Staatsführung; mit der Teilnahme an den Wahlen kann man seine Stimme der Partei geben, die einem am besten erscheint, nicht nur der SED wie vorher.“ (w)

„Meine größte Freude ist, dass ich nun meine Meinung sagen darf, ohne nach einem sozialistischen Maßstab beurteilt zu werden. Ich freue mich, dass nun alle, die gläubig sind, ihren Glauben offen bekennen dürfen.“ (w)

„Wertvoll ist für mich z.B. die freie Meinungsäußerung, die auch bei uns in der Schule zu spüren ist, z.B. durch den Schülerrat, der bei bestimmten Dingen mitreden kann.“ (w)

Warenangebot

„Wir können modische Kleidung kaufen, die uns gefällt.“ (w)

„Die Konsummöglichkeiten (Klamotten, Elektrik, Lebensmittel, Autos) sind natürlich völlig neue Dimensionen, auch wenn dies nicht das Wichtigste im Leben sein sollte.“ (m)

„Außerdem kann man sich mit Geld, soweit es vorhanden ist, alles was das Herz begehrt, kaufen.“ (w)

„Jeder kann kaufen, was er will, keine Hetzjagd mehr nach bestimmten Artikeln.“ (w)

Persönliche Entfaltungsmöglichkeiten, Selbstbestimmung

„Mehr Möglichkeiten, meine Zukunft selbst zu gestalten.“ (m)

„Jeder Mensch kann seinen eigenen Stil in Sachen Mode, Einrichtung, Weltanschauung finden.“ (w)

„Man kann jetzt endlich seine Persönlichkeit darstellen, seinen Neigungen nachgehen. Ich kann MICH realisieren!“ (w)

„Ich fühle mich freier und weiß, dass es an einem selbst liegt, wie man durchs Leben kommt und das finde ich gut.“ (w)

Verbesserungen in Beruf bzw. Ausbildung

„vielseitigere Ausbildungsmöglichkeiten.“ (w)

„dass man sich seit der Vereinigung mit zeitgemäßer Technik (Arbeit am Computer) ausrüsten lassen kann. So erhält man die Chance, schneller und gezielter als bisher Aufgaben zu lösen.“ (m)

„Der berufliche Werdegang wird an die 1. Stelle gesetzt. Es gibt Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf, freie Entfaltung und schöpferisches Tätigsein.“ (w)

Finanzielle Aspekte

„Ich habe ordentliches Geld in den Händen.“ (m)

„Ich verdiene wesentlich mehr Geld als zu DDR-Zeiten und kann vor allem etwas damit anfangen (Auslandsreisen, Einrichtung meines Zimmers und Erfüllung anderer persönlicher Wünsche).“ (m)

„Jeder kann durch Flexibilität, Clevernis, Intelligenz und manchmal auch durch Rücksichtslosigkeit viel Geld verdienen und sich ein schönes Leben machen. Leute, die das nicht können, landen in der Gosse oder bleiben ewig arm. Das ist eine Freiheit, die jeder selbst erkennen und nutzen muss.“ (m)

Mehrere Befragte äußerten sich über einzelne Inhalte hinaus über den Einigungsprozess als Ganzes:

„Gesamtdeutschland. Dass die deutsche Nation sich nun wieder vereinen kann, dass sich Menschen wiedersehen, denen das 40 Jahre unmöglich gemacht wurde.“ (m)

„Ich habe das Glück gehabt, die Zeit mitzuerleben.“ (m)

„Ich bin froh, den Einigungsprozess mitzuerleben, da das ein besonderes historisches Ereignis ist.“ (w)

Damit wenden wir uns den Angaben der Befragten zu den ihrer Meinung *negativen Veränderungen* zu. Wir stellen auch dazu das Ergebnis der Auszählung voran:

Tabelle 3.8: Anteil der Befragten, die zu den verschiedenen Inhalten negativer Veränderungen Angaben gemacht haben (Mehrfachnennungen)

Inhalte	Anteil in Prozent
Arbeitslosigkeit und ihre Folgen	37,6
Verteuerung des Lebens	30,7
Kriminalität und Gewalt	30,2
Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit	27,0
Finanzielle Situation, Steuererhöhungen	24,9
Ellenbogengesellschaft	24,3
Bürokratie, neue Gesetze und Vorschriften	21,7
Politik der Regierung bzw. der Parteien	18,5
Soziale Unsicherheit	18,5
Schwierigkeiten mit der Ausbildung	14,8
Auftreten der Westdeutschen	10,6
Macht des Geldes, Verschwendung von Geld, Korruption	9,5
Art und Weise der Vereinigung	9,0
Zerstörung der Umwelt	7,9
Zukunftsangst, Orientierungslosigkeit	5,3
Straßenzustand, Straßenverkehr	4,2
Alkohol, Drogen	4,2
Werbung, Sensationspresse	4,2
Existenz „alter Seilschaften“	3,7
Keine negativen Veränderungen	5,8

Als negative Veränderungen wurden von sehr vielen Befragten *wirtschaftliche und soziale Aspekte des Alltags* genannt, die in der Tabelle in die Kategorien Arbeitslosigkeit, Verteuerung des Lebens, finanzielle Situation und soziale Unsicherheit untergliedert wurden. Nahezu alle TeilnehmerInnen haben eine oder mehrere Angaben dazu gemacht, was auf das hohe Gewicht der wirtschaftlichen Misere in Ostdeutschland und ihrer sozialen Folgen für die Bewertung des Einigungsprozesses schließen lässt.

Besonders häufig (von rund 38 % der Befragten, die diesen Teil der Frage beantwortet hatten bzw. von einem Drittel aller TeilnehmerInnen) wurde die *Lage auf dem Arbeitsmarkt*, die zunehmende Arbeitslosigkeit und die ausbreitende Angst vor eigener Betroffenheit als negative Veränderungen genannt, dazu meist an erster Stelle.

Einen hohen Stellenwert in den negativ erlebten Veränderungen nahm die *Verteuerung des Lebens* ein. Von zahlreichen Jugendlichen wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sie über keine oder nur geringe Einkünfte verfügen. Kritisch wird oft angemerkt, dass die Preise im Osten für viele Dinge höher sind als im Westen.

Eine große Rolle spielten *Kriminalität und Gewalt*, die insbesondere bei den weiblichen Teilnehmern stark zur Verunsicherung und zur Ausbreitung von Ängsten beitragen. Zahlreiche Mädchen, aber auch einzelne Jungen befürchteten, selbst Opfer von Gewalt zu werden. Sehr häufig wurde festgestellt, sich vor allem abends nicht mehr allein auf die Straße zu wagen.

Häufig wurde darüber reflektiert, dass Kriminalität und Gewalt gegenüber früher stark zugenommen haben.

Stark beunruhigt zeigten sich viele Befragte über Erscheinungen des *Rechtsextremismus und der Ausländerfeindlichkeit*, auch in ihrem Freundeskreis. Zahlreiche Jugendliche meinten, dass die Ursachen dafür in den unsicheren Verhältnissen zu suchen sind. Ein kleiner Teil der Befragten ließ erkennen, dass sie selbst Ausländern ablehnend oder sogar feindlich gegenüberstehen.

Zahlreiche negative Reflexionen gibt es über die *finanzielle Situation*, vor allem über den Widerspruch zwischen dem gewachsenen Warenangebot einerseits und den begrenzten eigenen finanziellen Möglichkeiten andererseits. Häufig wurde auf die Ungleichheit der Einkommen im Osten im Vergleich mit dem Westen hingewiesen, der als ungerecht erlebt wird.

Rund jeder vierte Befragte betrachtete das Entstehen einer „*Ellenbogengesellschaft*“ als Veränderung, die sie belastet, mit der sie nicht zurecht kommen. Mit großer Sorge wurde registriert, dass sich Egoismus und soziale Kälte zwischen den Menschen ausbreiten, Solidarität und Menschlichkeit verloren gehen.

Erstaunlich häufig wurden negative Erfahrungen mit den Behörden, mit der „*Bürokratie*“ angeführt, vielfach durch konkrete eigene Erlebnisse ergänzt. Nicht wenige junge Leute äußerten, dass sie erhebliche Schwierigkeiten mit neuen Vorschriften und Gesetzen haben, dass sie diese vielfach als „sinnlos“ und „belastend“ empfinden. Manche meinen, dass die Bürokratie gegenüber früher stark zugenommen habe.

Ziemlich viele Nennungen beinhalten Vorbehalte, Kritik oder Ablehnung gegenüber dem *politischen System*. Häufig wird Enttäuschung über nicht eingehaltene Wahlversprechungen zum Ausdruck gebracht. Viele Befragte lassen erkennen, dass sie kein Vertrauen zur Regierung und zu den Parteien haben.

Viele TeilnehmerInnen artikulieren ihre Sorgen wegen zunehmender *sozialer Unsicherheit*. Die Rede ist von beginnender Armut und Obdachlosigkeit, von sich vergrößernden Abständen zwischen Arm und Reich, von sozialem Abstieg - Erscheinungen, die es früher nicht gegeben habe.

Rund 15 % der Befragten erwähnen *Schwierigkeiten in der Ausbildung* als negative Folgeerscheinungen der Vereinigung. Dabei geht es vor allem um die Art und Weise, wie manche Betriebe jetzt mit ihren Lehrlingen umspringen, um mangelhafte Arbeitsbedingungen, fehlendes Unterrichtsmaterial, Pannen in der Organisation der Ausbildung. Mehrmals werden zunehmender Leistungsstress und Prüfungsangst genannt; einige schreiben, dass sie infolge der Wende bzw. der Vereinigung umlernen mussten bzw. dass ihre Lehrzeit länger als ursprünglich geplant dauert.

Rund 10 % der Befragten macht das *Auftreten westdeutscher Bürger* im Osten zu schaffen. Ihr Verhalten wird häufig als „arrogant“ und „überheblich“ bezeichnet, ihnen wird Unverständnis für die Lage im Osten zugeschrieben und der Versuch, die Ostdeutschen „über den Tisch zu ziehen.“

Ebenfalls rund 10 % artikulieren ihre Sorge darüber, dass *materielle Interessen* überhand nehmen, sich alles nur noch um Geld dreht, menschliche Werte viel zu kurz kommen. Mehrmals wird in diesem Zusammenhang das Wort zitiert „Geld regiert die Welt!“, das nun wohl auch im Osten gelten wird. Kritisiert wird die immense Verschwendung von Geld, z.B. im Golfkrieg.

Fast 10 % merken schließlich an, dass sie mit der *Art und Weise des Vereinigungsprozesses* nicht zurecht kommen. Aus den Formulierungen geht meist hervor, dass die Jugendlichen diesen Prozess als „Vereinnahmung“ durch Westdeutschland ansehen. Viele Befragte nehmen außerdem Anstoß daran, dass Bewährtes und Erhaltenswertes der DDR nicht in das neue, vereinte Deutschland übernommen wird. Zahlreiche Befragte meinen, dass der Einigungsprozess viel zu schnell geht.

Bei den Angaben zur *Zerstörung der Umwelt* dominiert die Sorge um die künftigen Umweltbedingungen der eigenen Kinder; oft wird das Problem der wachsenden Müllberge genannt. Einige Befragte formulieren ausdrücklich, dass sie *starke Angst* haben, einer sehr ungewissen Zukunft entgegenzugehen; große Angst haben, abzurutschen, Drogen oder Alkohol zu verfallen, kriminell zu werden. Einzelne Befragte schreiben, kein Ziel mehr zu haben.

Wir führen wieder typische Aussagen an:

Arbeitslosigkeit und ihre Folgen

„Die Arbeitsmarktsituation ist alarmierend. Das Schlimmste ist, dass man nicht merkt, dass es in absehbarer Zeit besser wird. Es macht mir zu schaffen, für Ostdeutschland kein Vorankommen zu sehen.“ (m)

„Zu schaffen macht mir natürlich... die Arbeitslosigkeit. Ich werde damit nicht fertig, dass so viele Betriebe schließen müssen. Es braucht sich doch keiner zu wundern, wenn die meisten Leute in den westlichen Teil Deutschlands gehen, um arbeiten zu können und ein lebenswertes Leben zu leben.“ (w)

„Am meisten betroffen von der Arbeitslosigkeit sind wir Lehrlinge. Wir haben es schwer, nach unserer Lehre im Betrieb eine Arbeitsstelle zu bekommen... Meiner Meinung nach braucht das alles nicht zu sein. Es gibt genügend Arbeit, aber es ist einfach kein Geld da.“ (w)

„Die Arbeitslosigkeit. Man lebt ständig in der Angst, wann es einem selbst so geht.“ (w)

Verteuerung des Lebens

„Die verteuerten Postgebühren, Bahnfahrtkosten ohne zusätzlichen Komfort, eher das Gegenteil.“ (w)

„Lebenshaltungskosten enorm gestiegen!“ (w)

„Als weniger schön empfinde ich, dass vieles teurer verkauft wird als im Westteil. Die Mieten, Energiepreise und das Wassergeld werden erhöht, aber das Geld, was die Westbürger für die gleiche Arbeit bekommen, haben wir nicht.“ (w)

Sehr häufig werden außerdem Verteuerungen genannt bei: Fahrschule, Grundnahrungsmittel, Medikamente (Pille!), Kinderkleidung, Bücher, Zeitschriften.

Kriminalität und Gewalt

„Was ist mit der Freiheit, wenn man sich abends nicht mal auf die Straße trauen kann?“ (w)

„Viele sind nach der Vereinigung arbeitslos geworden, kein Wunder, wenn die Kriminalität immer mehr steigt.“ (w)

„Angesichts der zunehmenden Kriminalität, Aggressivität und Gewalt habe ich Angst, dass ich einmal ein Opfer sein könnte.“ (w)

Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit

„Der aufkommende und immer mehr zunehmende Rechtsradikalismus macht mich sehr betroffen. Er ist auch Ausdruck für soziale Spannungen, Zukunftslosigkeit im Osten.“ (m)

„Als störend empfinde ich die Zunahme der Neonazis, ich merke es bei unserer Clique. Viele laufen jetzt mit fast Glatze und Bomberjacke rum und schreien 'Heil Hitler'. Das bewegt mich schon. (m)

„Mir machen auch diese Neonazis zu schaffen. Die gab es vereinzelt auch zu DDR-Zeiten, aber durch die Vereinigung werden sie immer stärker und gewalttätiger.“ (w)

„Ausländer würde ich ausweisen, weil diese Wohnungen und Arbeitsplätze deutscher Menschen wegnehmen.“ (m)

Finanzielle Situation

„Das Geld ist nicht da, um sich kaufen zu können, was einem gefällt.“ (w)

„Kein gleicher Lohn wie im Westen.“ (m)

„Dass Abiturienten nun überhaupt kein Geld mehr bekommen, ist eine negative Veränderung.“ (w)

Zahlreiche Studenten und EOS-Schüler stellen fest, dass sie für ihre Eltern eine mehr oder weniger starke finanzielle Belastung darstellen.

Ellenbogengesellschaft

„Es enttäuscht mich, sehen zu müssen, wie der Ellenbogen mehr und mehr an Gewicht gewinnt, wo einst Solidarität gewesen ist.“ (m)

„Am meisten stört mich aber, dass sich die Ellenbogengesellschaft immer mehr ausbreitet... Echte Freunde, Kameradschaft werden seltener, Egoismus, Geiz u.ä. breiten sich aus.“ (m)

„Die gegenseitige Rücksichtnahme der Menschen lässt sehr stark nach. Jeder denkt nur noch an sich und seine Zukunft.“ (w)

Bürokratie, neue Gesetze

„Mich beängstigt die starke Zunahme der Bürokratie in meinem Leben. Überall werden vollkommen neue, für mich teilweise unverständliche bürokratische Hürden aufgebaut.“ (m)

„Die kompromisslose Übernahme aller bundesdeutschen Gesetze und Bräuche. Erhaltenswertes und Gutes wird einfach mit vernichtet.“ (m)

„Mich stören die ewigen Behördengänge und der Schreibkram mit den Krankenheften sowie den Steuerkarten etc. In der DDR war in der Beziehung vieles einfacher.“ (w)

Auftreten der Parteien und der Politiker

„Und die Parteien, die doch nicht halten, was sie versprechen, da sind sie doch alle gleich.“ (w)

„Man wurde von den Politikern nur belogen... Ich kann ja nichts ändern, die machen sowieso, was sie wollen.“ (w)

„Auftreten sämtlicher etablierter Parteien mit falschen Versprechungen (VerKOHLung der gesamten Bevölkerung.“ (w)

„Im Moment habe ich zu keiner Partei oder Bewegung bzw. Politiker Vertrauen. Ich finde, es ist egal, ob man CDU, SPD, FDP oder sonstwas wählt, da ändert sich überhaupt nichts.“ (m)

„Egal, welche der etablierten Parteien an der Macht wären - die Ungerechtigkeit würde nicht enden, das Geld würde die Moral bestimmen.“ (w)

Soziale Unsicherheit

„Sozialer Abstieg vieler Menschen im Osten.“ (w)

„Der Abstand zwischen Arm und Reich wird immer größer, die soziale Unsicherheit nimmt zu.“ (w)

„Das Elend in vielen Familien.“ (w)

„Der Verlust der sozialen Sicherheit.“ (w)

Schwierigkeiten in der Ausbildung

„Dass die Betriebe glauben, sie könnten mit den Azubis machen, was sie wollen, macht mich sehr wütend!“ (m)

„Dank der Vereinigung habe ich meinen Beruf (Lehre) wechseln müssen.“ (m)

„Dass die Arbeitsbedingungen an unserer Berufsschule unter aller Würde sind und wir keinerlei brauchbares Unterrichtsmaterial besitzen...Dass wir ein Jahr Zeit haben, das zu lernen, wozu Azubis in westdeutschen Bundesländern 3 Jahre Zeit haben.“ (m)

Auftreten der Westdeutschen

„Die arrogante, egoistische Art und Weise der ‚Wessis‘ belastet mich.“ (m)
„Nur über das blöde Gehabe der ‚Wessis‘ könnte ich mich aufregen. Das geht wirklich manchmal zu weit.“ (w)
„Arrogante ‚Wessis‘, die denken, sie wären im Osten die Könige.“ (w)
„Die ‚Wessis‘ nehmen uns total aus und wir müssen es uns gefallen lassen.“ (w)

Macht des Geldes, Verschwendung von Geld

„... in einer Gesellschaftsordnung zu leben, in der Geld regiert und der Mensch an zweiter Stelle steht.“ (m)
„Ich habe Angst davor, dass nur noch Materielles zählt und wir die menschlichen Ideale verlieren.“ (w)
„Diese vielen Steuern für unnütze Dinge wie Krieg spielen am Golf.“ (m)

Art und Weise der Vereinigung

„Es konnte in der ehemaligen DDR nicht so weitergehen wie bisher, aber wieso gleich eine Vereinigung? Wir hätten es auch alleine geschafft, ohne den ‚Goldenen Westen‘.“ (w)
„Mir gefällt nicht, dass die Errungenschaften, die es auf jeden Fall auch bei uns gab, nicht erhalten werden. Es wird soviel wie nur möglich dem westlichen ‚Vorbild‘ nachgeahmt und nicht aus den Fehlern, die auch im Westen gemacht werden, gelernt.“ (w)

Für die überwiegende Mehrheit der Befragten (rund 85 %) ist charakteristisch, dass sowohl positive als auch negative Veränderungen angeführt werden, Ausdruck der Widersprüchlichkeit ihrer Erfahrungen und eines Lebensgefühls, das sich zwischen Zuversicht und Angst, Freude und Enttäuschung bewegt. Diese Verflochtenheit positiver und negativer Veränderungen wird von mehreren Panelmitgliedern der Studie ausdrücklich angemerkt:

„Direkt teilen kann man die Veränderungen nicht, sie existieren auf positiver und negativer Basis.“ (w)
„Durch die Vereinigung...hat sich vieles zum Positiven, aber auch zum Negativen verändert.“ (m)

Besonders häufig stehen positive Wertungen zur Reisefreiheit neben negativen zur Arbeitslosigkeit:

„...freue ich mich, meine langjährige Brieffreundin in Australien besuchen zu können...Mir macht die wahnsinnig große Arbeitslosigkeit zu schaffen.“ (w)

Häufig kommt es vor, dass positive Wertungen wieder relativiert werden. Das betrifft vor allem die Reisefreiheit und das Warenangebot, mehrmals auch die politische Freiheit und die Möglichkeit selbstbestimmter Lebensgestaltung:

„Die von allen so gelobte Reisemöglichkeit kann ich zwecks Mangel an Geld nur begrenzt in Anspruch nehmen.“ (w)
„Hohes Warenangebot, was mir aber mit wenig Verdienst nichts nutzt.“ (m)
„Es gibt jetzt viel zu kaufen, man kann sich privatisieren, man kann weit reisen, wir haben freie Marktwirtschaft. Ich glaube aber, das müssen wir teuer bezahlen. Kindergartenplätze und Schulen werden teurer, Steuern sind wahnsinnig hoch. Ich glaube, kein Mensch weiß so richtig, wie man unser Land wieder aufbauen kann.“ (w)
„Man kann sich nun politisch äußern, ohne etwas zu riskieren. Natürlich muss man trotzdem noch vorsichtig sein, vor allem wenn man linksgerichtet ist.“ (w)
„Die Selbstständigkeit ist ein Vorteil, aber auch sehr ungewohnt (eventuell kein Zurechtkommen.“ (w)

„Man kann zwar sein Leben allein aufbauen, aber wenn man das nicht schafft, was dann??“
(w)

Von den Befragten, die meinen, es würde keine positiven Veränderungen geben (11 %), fügten einige dieser Feststellung noch einen Kommentar hinzu:

„Keine! Ich sehe für mich und die Jugend überhaupt keine wertvollen Veränderungen. Würde man das Wertvolle und Nicht-Wertvolle wiegen, so würde das Nicht-Wertvolle schwerer sein!“ (w)

„Für mich ist nichts besonders wertvoll. Es ist eher schlimmer als vorher. Überall muss man zahlen!“ (w)

„Einen Vorteil hat die Vereinigung doch für mich gebracht: Ich darf jetzt den Trabbi meiner Eltern fahren!“ (w)

„Das einzig Notierenswerte wäre, dass ich nicht fünf Jahre auf eine Fahrschulanmeldung warten musste!“ (w)

„Bloß, dass ich meinen Freund kennen gelernt habe nach der Wiedervereinigung, aber die Entfernung macht uns ganz schön zu schaffen.“ (w)

Auch von denen, die angaben, dass sie keine negativen Veränderungen sehen (6 %), kommentierten das einige mit Formulierungen wie:

„Ich lasse alles auf mich zukommen.“ (w)

„Ich komme mit den Veränderungen gut zurecht.“ (w)

„Die Veränderungen machen mir eigentlich kaum zu schaffen... Im großen und ganzen hat sich mein Leben nur zum Positiven verändert.“ (m)

Erwähnenswert sind einige Angaben, in denen explizit von einem beginnenden Prozess der Anpassung an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse die Rede ist:

„Ich glaube, ich werde mich anpassen, ich bin doch jung.“ (w)

„Ich habe mich sehr schnell an die veränderten Bedingungen im Osten angepasst.“ (m)

„Ich habe eigentlich keine Probleme mit der Anpassung, außer dass man sich jetzt um alles selbst kümmern muss und nichts mehr vorgeschrieben bekommt.“ (w)

Aus mehreren Stellungnahmen der Befragten geht hervor, dass diese Jugendlichen das neue Gesellschaftssystem stark ablehnen, meist verbunden mit der Äußerung von Enttäuschung über den Verlust ihrer Ideale und Hoffnungen:

„Aber was mir zu schaffen macht, dass die BRD genau so viel Dreck am Stecken hat wie unsere ehemaligen Politiker. Nur, dass sie dies mit mehr Geld und mehr Instinkt vertuschen können.“ (w)

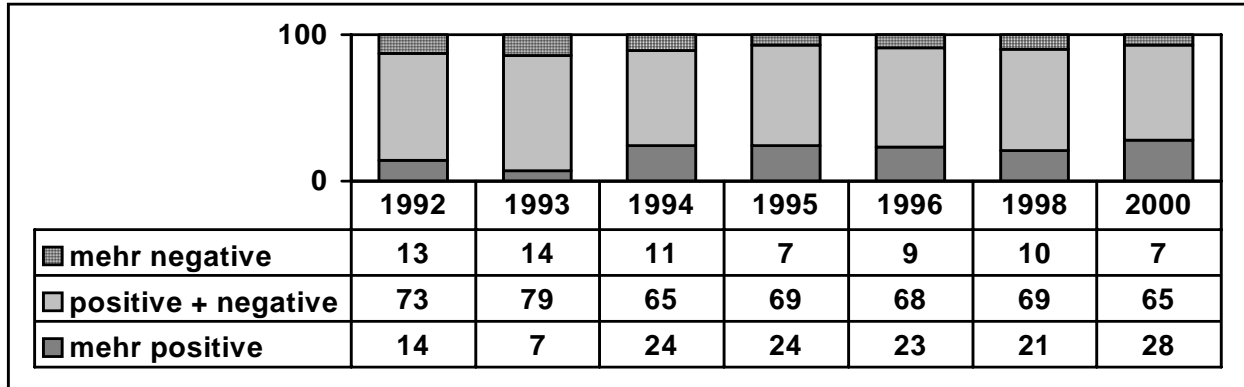
„Meine Heimat war die DDR. Wir wurden doch nur vereinnahmt. Ich fühle mich nicht als Bundesbürger und kann mich mit der BRD nicht identifizieren. Ich habe an meinen Staat geglaubt. Das alles ist eingestürzt. Unser System hat versagt, aber das bestehende kapitalistische System kann die globalen Fragen auch nicht lösen. Es ist aber keine echte Alternative da. Unsere ganzen Ideale wurden über den Haufen geschmissen. Woran soll ich glauben?“
(w)

„Ich denke, dass die Menschen in der DDR einen Rückschritt in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung gemacht haben, da sich die Masse von materiellen Möglichkeiten leiten ließ.“ (m)

Alles in allem deutete sich zu diesem Zeitpunkt (Frühjahr 1991) eine gewisse Polarisierung der Einstellungen zum vereinten Deutschland, insbesondere zum neuen Gesellschaftssystem an, die jedoch nur Minderheiten betraf. Bei der überwiegenden Mehrheit mischen sich noch zustimmende und ablehnende Einstellungen, scheint die weitere Entwicklung in die eine oder andere Richtung noch offen zu sein.

Diese Ambivalenz ist auch in den folgenden Jahren zu beobachten:

Abbildung 3.8: Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung im Trend 1992 - 2000



Fragetext: „Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?“

Insgesamt gesehen gab es in Ostdeutschland

- 1 mehr positive Veränderungen
- 2 sowohl positive als auch negative
- 3 mehr negative Veränderungen

Die überwiegende Mehrheit reflektiert seit 1992 für Ostdeutschland sowohl positive als auch negative Veränderungen, von den weiblichen Panelmitgliedern durchweg mehr als von den männlichen (2000: 70 % gegenüber 60 %). Bemerkenswert ist aber auch, dass seit 1994 häufiger überwiegend positive Veränderungen festgestellt werden, überwiegend negative Veränderungen dagegen tendenziell seltener. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Trend in den nächsten Jahren anhält, was auf ein Umdenken in der Beurteilung der Vereinigungsfolgen hindeuten könnte.

Trotz der mehrheitlichen Bejahung der Einheit wird ihre Verwirklichung immer weiter in die Zukunft verlagert. Das geht aus zwei offenen Fragen (ohne Antwortvorgaben) danach hervor, wie lange es wohl dauern wird, bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen bzw. bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind. Die folgende Tabelle informiert über die Mittelwerte der Gesamtgruppen der Teilnehmer der 12., 13. und 14. Welle sowie über die prognostizierten Jahre (vom jeweiligen Zeitpunkt aus betrachtet):

Tabelle 3.9: Zeitliche Vorstellungen von der Verwirklichung der wirtschaftlichen bzw. der inneren Einheit „Wie lange wird es dauern ...
a) bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen?
b) bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind?“

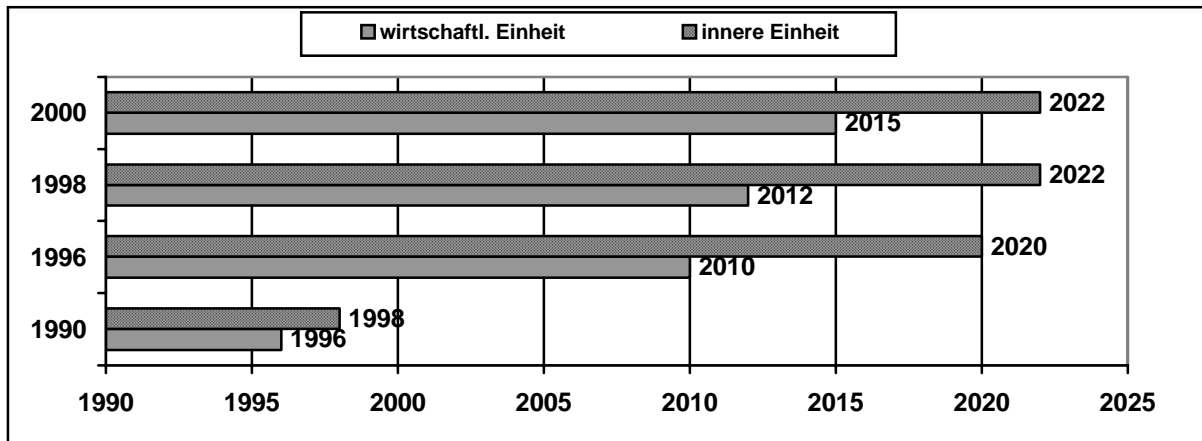
<u>Befragungsjahr</u>	<u>Mittelwert</u>	<u>prognostiziertes Jahr (gerundet)</u>
<u>a) wirtschaftliche Einheit</u>		
1990*)	6,2	1996
1996	14,3	2010
1998	13,7	2012
2000	14,7	2015

b) innere Einheit

1990*)	8,2	1998
1996	23,5	2020
1998	24,4	2022
2000	21,8	2022

*) Die Daten von 1990 stammen nicht aus dieser Studie, sondern aus einer DDR-repräsentativen Umfrage des ZIJ vom September 1990, berechnet für die Altersgruppe der 18 - bis 24-Jährigen.

Abbildung 3.9: Prognostizierte Jahre für die Herstellung der wirtschaftlichen bzw. inneren Einheit zu den vier Befragungszeitpunkten zwischen 1990 und 2000



Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2000 davon aus, dass es noch 14,7 Jahre dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sind (das wäre im Jahr 2015). Im September 1990, kurz vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage für die Altersgruppe der 18 - 24-Jährigen ein Durchschnittswert von nur 6,2 Jahren (DDR-Bevölkerung insgesamt: 6,1 Jahre) berechnet (das wäre 1996 gewesen!).

Noch wesentlich mehr Zeit wird den Vorstellungen der Panelmitglieder zufolge vergehen, bis die Ostdeutschen und Westdeutschen zu einer „richtigen Gemeinschaft“ zusammengewachsen sind: im Durchschnitt 21,8 Jahre (d. h. im Jahre 2022). 1990 wurde hierzu ein Mittelwert von nur 8,2 Jahren ermittelt (d. h. 1998!).

Der Zeithorizont des Zusammenwachsens beider Landesteile hat sich demnach seit der Vereinigung gravierend vergrößert. Das belegen auch zahlreiche qualitative Daten, u.a. die Reflexionen der Panelmitglieder zu der 1994 (10. Welle) gestellten offenen Frage, ob ihren Erfahrungen zufolge die von Willy Brandt unmittelbar nach der Öffnung der Mauer formulierte Prognose zutrifft: „jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ Die meisten bejahten zwar diese Frage, fügten jedoch gleich hinzu, dass dieses Zusammenwachsen noch sehr lange dauern wird. Typisch war diese Antwort eines damals 22jährigen Studenten:

„Nach dem kurzzeitigen Zusammengehörigkeitsgefühl (‘Brüder und Schwestern’) direkt nach der Wende ist meiner Meinung die Distanz von Ost und West wieder gewachsen. Das Problem sehe ich vor allem einerseits bei der Finanzierung der Einheit (höhere Kosten für die westdeutschen Bürger) und andererseits in der wachsenden Frustration bei den ostdeutschen Bürgern (steigende Arbeitslosigkeit, Ungleichbehandlung bei Zahlung von Löhnen zwischen Ost und West bei gleichen steigenden Lebenskosten). Allerdings gebe ich dem Zusammenwachsen auf jeden Fall eine Chance - jedoch glaube ich, dass das noch ein bis zwei Generationen dauert.“

In dieselbe Richtung weisen die 1996, 1998 und 2000 gewonnenen Ergebnisse, denen zufolge sehr konstant 56 % bzw. 57 % der Panelmitglieder zwischen Ostdeutschen und Westdeut-

schen mehr Trennendes sehen, nur die knappe Hälfte reflektiert mehr Gemeinsamkeiten. Die zeitlichen Vorstellungen beider Gruppen hinsichtlich des Zusammenwachsens unterscheiden sich gravierend: Für diejenigen, die mehr Trennendes sehen, wird das noch rund 25 Jahre dauern, für jene, die mehr Gemeinsamkeiten registrieren, „nur“ rund 18 Jahre.

Die genannten zeitlichen Vorstellungen sind durchaus keine Zahlenspielereien, sondern haben erhebliche Konsequenzen für das Denken und Verhalten der Panelmitglieder, von ihrer Zufriedenheit mit der jetzigen Gesellschaftsordnung bis hin zu ihren Migrationsabsichten. So verringert sich z.B. mit zunehmender vermuteter Dauer der wirtschaftlichen Einheit deutlich der Anteil derer, die auf jeden Fall in den neuen Ländern bleiben wollen.

4. Skepsis und Kritik gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem

Zahlreiche Ergebnisse unserer Studie lassen den eindeutigen Schluss zu, dass die Bejahung der deutschen Einheit nicht gleichbedeutend ist mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch ein reichliches Jahrzehnt nach dem Systemwechsel mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet.

4.1. Unzufriedenheit mit dem Gesellschaftssystem überwiegt

Die nach wie vor kritische Sicht auf das heutige gesellschaftliche Umfeld äußert sich sehr deutlich in der überwiegend geringen Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Gesellschaftssystems, die im Rahmen unserer Studie seit mehreren Jahren untersucht werden. Die folgende Tabelle informiert über die im Jahr 2000 gewonnenen Ergebnisse:

Tabelle 4.1: Zufriedenheit mit der Gesellschaft, 14. Welle 2000
 „Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?“
 1 sehr zufrieden 2 zufrieden
 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4	X
mit der Außenpolitik	4	49	(53)	34	13	2,5
mit der Demokratie	3	43	(46)	43	11	2,6
mit der Wirtschaftsordnung	2	37	(39)	50	11	2,7
mit der Militärpolitik	3	35	(38)	40	22	2,8
mit dem politischen System in der BR Deutschland	1	27	(28)	52	20	2,9
mit der Familienpolitik	0	25	(25)	47	28	3,0
mit der Gesundheitspolitik	1	22	(23)	47	30	3,0
mit der Sozialpolitik	1	17	(18)	53	29	3,1
mit der Jugendpolitik	0	10	(10)	52	38	3,3
mit der Lohnpolitik in Ostdeutschland	0	9	(9)	30	61!	3,5

Mit einer Ausnahme überwiegt eindeutig geringe Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit. Verhältnismäßig günstig fällt noch die Beurteilung der Außenpolitik aus, mit der die reichliche Hälfte der Teilnehmer sehr zufrieden (4 %) oder zufrieden (49 %) ist. Knapp die Hälfte (46 %) ist mit der Demokratie mehr oder weniger stark zufrieden, nur ein reichliches Drittel (39 %) mit der jetzigen Wirtschaftsordnung.

Mit den anderen Aspekten ist maximal rund ein Drittel oder noch weniger zufrieden. Das betrifft in besonderem Maße die Zufriedenheit mit dem politischen System. Noch geringer ist allerdings die Zufriedenheit mit der Sozialpolitik, der Jugendpolitik und der Lohnpolitik im Osten. Bei Letzterer ist mit 61 % der Anteil derer am höchsten, die völlig unzufrieden sind. Das verweist auf die Brisanz der Lohnsituation und die hohe Aktualität der Diskussion um eine Lohnangleichung an den Westteil. In den verbalen Angaben der Teilnehmer zu den positiven bzw. negativen Folgen der Vereinigung wird im Jahr 2000 häufiger und drängender als in den vorhergehenden Jahren gefragt, „wie lange diese ungerechte Behandlung wohl noch dauern wird“.

Ein interessantes Detail zur schwachen Zufriedenheit mit der Militärpolitik: Sie steht in einem engen Zusammenhang mit der umstrittenen Beteiligung Deutschlands am Nato-Einsatz gegen Jugoslawien, der nur von 39 % aller Teilnehmer zugestimmt wird, von den weiblichen Teilnehmern sogar nur von 27 %:

Tabelle 4.2: Einstellung zum Regierungskurs im Kosovo-Konflikt Anfang 1999

„Die Beteiligung der Bundeswehr an den Luftangriffen der Nato auf Jugoslawien war richtig.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

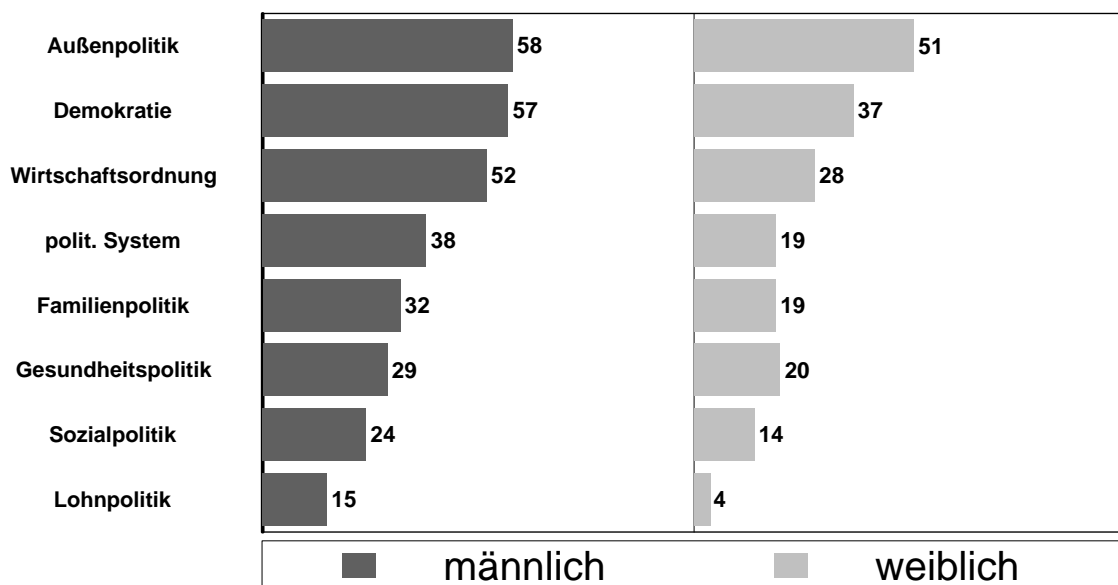
	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	18	21	(39)	24	16	21
männlich	28	26	(54)	14	12	20
weiblich	10	17	(27)	32	19	22

Diese Zahlen stimmen gut mit den Ergebnissen damaliger repräsentativer Bevölkerungsumfragen überein, denen zufolge im Osten sich 41 % der Bürger für eine Beteiligung der Bundeswehr an den Bombardements aussprachen (gegenüber 70 % in Westdeutschland; stern Nr. 16/1999 vom 15. 4. 1999).

Von denen, die mit der Beteiligung an den Luftangriffen einverstanden waren, sind immerhin 51 % generell mit der deutschen Militärpolitik zufrieden; von jenen dagegen, die sich dagegen aussprechen, nur 27 %! Ähnliche Relationen bestehen auch im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Außenpolitik und mit dem politischen System. Es steht außer Zweifel, dass diese militärischen Aktivitäten bei vielen Teilnehmern ihre ohnehin geringe Zufriedenheit mit dem Gesellschaftssystem weiter gedämpft haben.

Wie in allen vorhergehenden Jahren äußern die jungen Frauen teilweise erheblich geringere Zufriedenheit als die jungen Männer (außer zur Militärpolitik und zur Jugendpolitik):

Abbildung 4.1: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Gesellschaftssystems 2000, nach Geschlechtergruppen differenziert (zusammengefasste Antwortpositionen sehr zufrieden und zufrieden)



Besonders markant sind die (signifikanten) Unterschiede im Hinblick auf die Wirtschaftsordnung, die von den jungen Frauen noch immer überwiegend kritisch betrachtet wird. Ähnlich groß sind aber auch die Unterschiede hinsichtlich Demokratie, politischem System und Familienpolitik. Die zahlreichen kritischen Notizen zur Familienpolitik kommen überwiegend von den jungen Frauen:

„Die sozialen Zustände finde ich überhaupt nicht in Ordnung. Ich bin seit Mai 2000 Mutter und musste feststellen, es werden zwar vom Staat Kinder gewünscht, jedoch die Unterstützungen von Staat oder Ämtern sind einfach nur ein Witz. Kein Wunder, dass die Kinderzahlen zurückgehen!“ (w)

„Die wichtigste Erfahrung vor allem im letzten Jahr war für mich, das Gefühl von Existenzängsten kennen zulernen... Warum muss man sich als Frau die Familienplanung so genau überlegen?“ (w)

„Jedes Kind ab 3 Jahren hat einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Wieso werden Plätze gestrichen? Der Bedarf ist da, die Wartezeiten der Einrichtungen sehr lang. Viele hochqualifizierte junge Leute wollen nach der Elternzeit wieder arbeiten gehen. Warum werden... einem solche Steine in den Weg gelegt? Keine flexiblen Arbeitszeiten, zu wenig Krippenplätze / Möglichkeiten der Betreuung der kleineren Kinder unter Drei. Warum ist Deutschland so ein kinderunfreundliches Land?“ (w)

Deutlich sind die Geschlechterunterschiede auch in bezug auf die Lohnpolitik, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau.

Erwartungsgemäß stehen die verschiedenen Aspekte untereinander in mehr oder weniger engen, durchweg hoch signifikanten Zusammenhängen. Besonders auffällig ist der Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung einerseits und dem politischen System bzw. der Demokratie andererseits. Wir belegen das exemplarisch anhand der bivariaten Verteilungen der Daten für die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung einerseits und dem politischen System andererseits:

Tabelle 4.3: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung einerseits und dem politischen System andererseits 2000

Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung	Zufriedenheit mit dem politischen System			
	sehr zufrieden	zufrieden	weniger zufrieden	unzufrieden
sehr zufrieden/zufrieden	3	54	35	8
weniger zufrieden	0	11	72	17
unzufrieden	0	0	23	77

(N= 391; r = .58; P = .000)

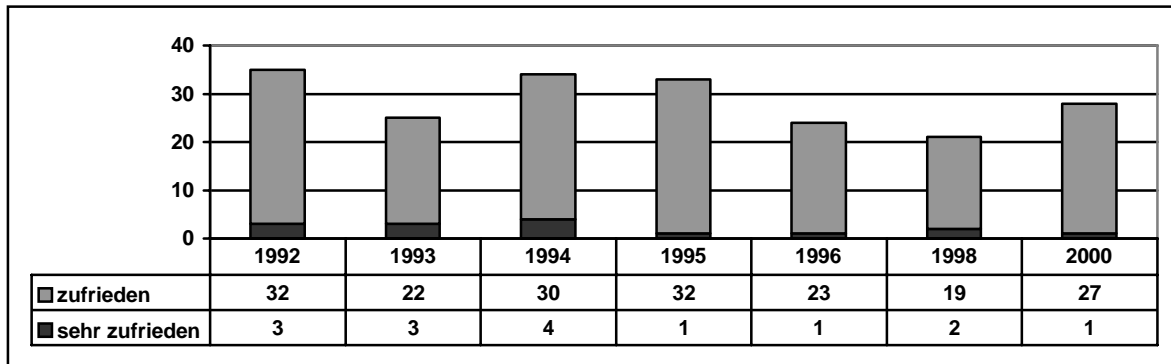
Wir erkennen: Je höher die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung, desto stärker auch die Zufriedenheit mit dem politischen System. Sehr ähnlich sind auch die Verteilungen in Bezug auf die Demokratie. Wir haben es hier mit einer aus vielen Untersuchungen gut bekannten Erscheinung zu tun: Dem Zusammenhang von wirtschaftlicher Effektivität und politischer Legitimität. Für das Gebiet der alten Bundesrepublik galt und gilt wohl noch heute, dass die Kombination von wirtschaftlichem Wohlstand und Prosperität für viele, bei gleichzeitiger Stabilität und dem Ausbau der demokratischen Institutionen das Erfolgsrezept der hohen Systemakzeptanz und der Loyalität gegenüber der demokratischen Staatsform darstellt (vgl. Weidenfeld 1991: 140). Dieser Zusammenhang schließt aber zugleich ein, dass fehlender wirtschaftlicher Wohlstand bei den Bürgern Zweifel an der Legitimität des politischen Systems hervorrufen und stärken.

Zu vielen Aspekten liegen langjährige Trends vor, so z.B. zur Zufriedenheit mit dem politischen System, einem der aussagekräftigsten und trennschärfsten Kriterien der Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem:

Tabelle 4.4: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 2000
 „Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland?“
 1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

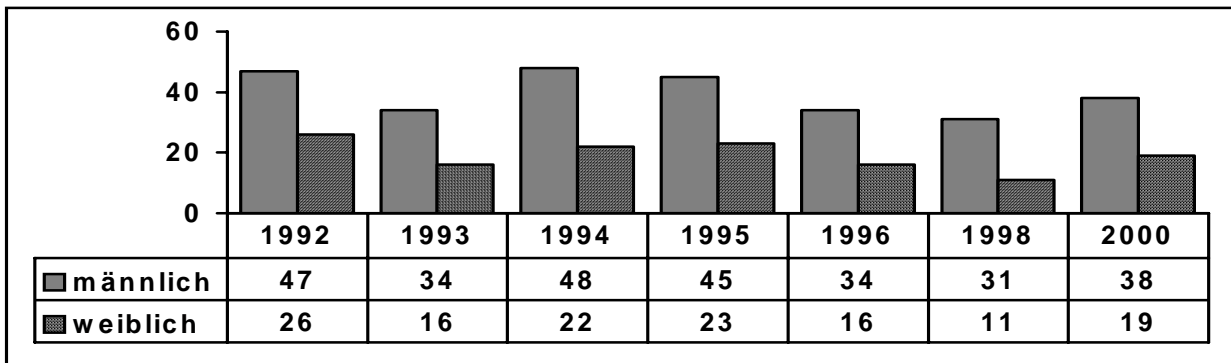
Jahr	1	2	3	4	X	V	POP	KOP	NEP
1992	3	32	47	18	2,8	-	-	-	-
1993	3	22	50	25	3,0	92:93	11	65	24
1994	4	30	51	15	2,8	93:94	30	58	12
1995	1	32	51	16	2,8	94:95	14	66	20
1996	1	23	51	25	3,0	95:96	12	62	26
1998	2	19	53	26	3,0	96:98	17	65	18
2000	1	27	52	20	2,9	98:00	27	58	15

Abbildung 4.2: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 - 2000. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zufriedenheit



Der Anteil systemzufriedener Panelmitglieder geht zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, die wenigsten davon sind sehr zufrieden (2000: ein Prozent, Maximum 1994 mit 4 %). Zwischen 1994 und 1998 war sogar ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen, der nachweislich in einem engen Zusammenhang mit dem Rückgang des Vertrauens zu den Unionsparteien CDU/CSU stand. Offensichtlich führte dieser Vertrauensverlust in diesem Zeitraum bei sehr vielen Teilnehmern zu einem generellen Vertrauensverlust gegenüber der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere dem politischen System. Wir kommen darauf zurück. Zwar dominiert auch im Jahr 2000 nach wie vor mehr oder weniger starke Unzufriedenheit, es deutet sich jedoch eine leicht positive Tendenz an (signifikant). Die nächsten Untersuchungen werden zeigen, ob sich eine Trendwende durchsetzt. Eine entscheidende Voraussetzung dafür wäre ein deutlich wachsender Zuwachs an Zufriedenheit mit dem wirtschaftlichen „output“ der Gesellschaft. Ein Blick auf die Längsschnittkoeffizienten zeigt darüber hinaus, dass die Veränderungen zwischen den Wellen größer sind als insbesondere bei der Einstellung zur deutschen Einheit. Auch in Bezug auf das politische System hält die Standpunktbildung offensichtlich an. Eine Teilnehmerin der Studie beschreibt das treffend mit dem Satz: „Ich bin noch dabei, das neue System zu testen.“

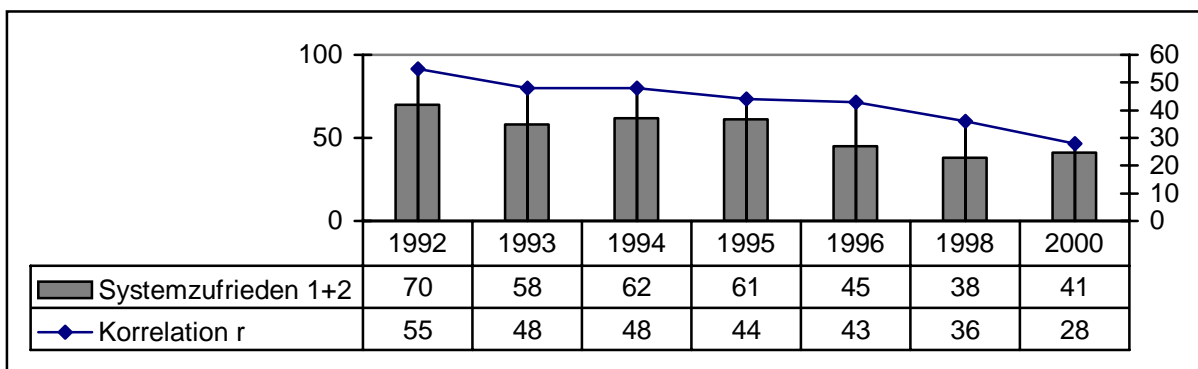
Abbildung 4.3: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert. Zusammengefasste Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zufriedenheit.



Der nach den Geschlechtergruppen differenzierte Trend lässt erkennen, dass die weiblichen Panelmitglieder mit dem politischen System über den gesamten Zeitraum hinweg erheblich weniger zufrieden sind als ihre männlichen Altersgefährten (die Unterschiede sind durchweg hoch signifikant). 81 % von ihnen sind 2000 mehr oder weniger unzufrieden - deutlicher kann die überaus kritische Sicht dieser jungen Frauen auf das jetzige Gesellschaftssystem kaum zum Ausdruck kommen!

Bevor wir auf weitere Trends eingehen, kommen wir noch einmal auf die Aussage zurück, dass die Zustimmung zur deutschen Einheit nicht identisch ist mit einer Identifikation mit dem politischen System. Das wird sehr deutlich, wenn wir den Zusammenhang beider Einstellungen im Trend zwischen 1992 und 2000 anhand der Korrelationskoeffizienten untersuchen:

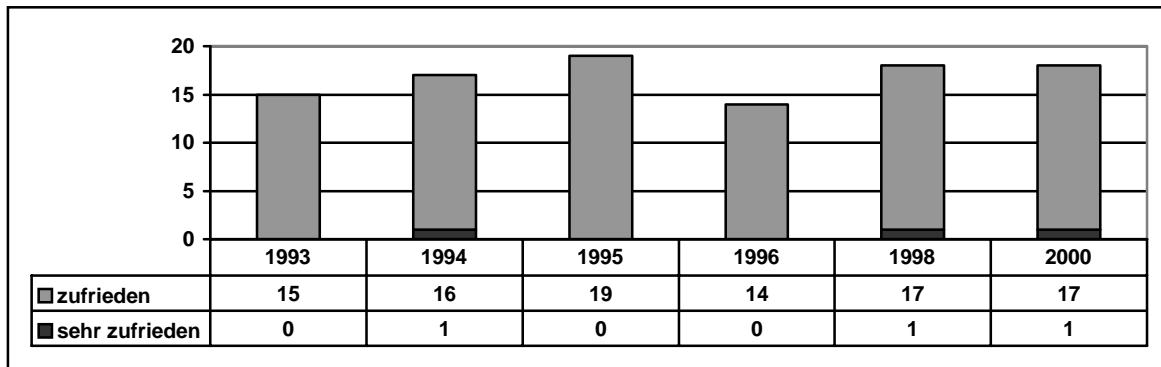
Abbildung 4.4: Anteil der Panelmitglieder, die mit dem politischen System sehr zufrieden oder zufrieden sind (Ap 1+2) bei denen, die der deutschen Einheit uneingeschränkt zustimmen, sowie Größe des Zusammenhangs (r) zwischen Zustimmung zu Einheit und Systemzufriedenheit im Trend 1992 bis 2000



Die Tabelle vermittelt zwei interessante Informationen: Zum einen ist ablesbar, dass selbst uneingeschränkte Zustimmung zur deutschen Einheit nicht zugleich auch Systemzufriedenheit einschließt. 1992 war das zwar noch bei 70 % der Fall, ging danach jedoch deutlich zurück (2000: 41 %). Zum anderen ist anhand der für jede Welle berechneten Korrelationskoeffizienten r (alle hoch signifikant) erkennbar, dass der Zusammenhang beider Einstellungen 1992 noch ziemlich eng war ($r = .55$), danach aber kontinuierlich immer lockerer wurde. Die Haltung zur deutschen Einheit stellt heute in weitaus geringerem Maße als noch Anfang der 90er Jahre ein Politikum dar.

Damit wenden wir uns nochmals den Trends zu. Zu denken gibt, dass der Anteil der mit der Sozialpolitik mehr oder weniger stark zufriedenen Panelmitglieder im gesamten Zeitraum 1993 bis 2000 nur zwischen 15 % und 19 % schwankte, wobei die Quote der sehr zufriedenen über ein Prozent nicht hinausging:

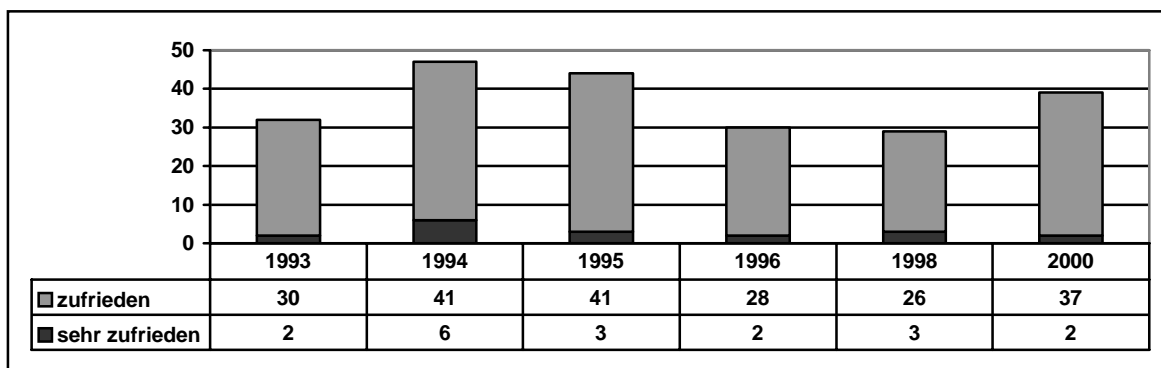
Abbildung 4.5: Zufriedenheit mit der Sozialpolitik im Trend 1993 – 2000. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zufriedenheit.



Auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 blieb die Zufriedenheitsquote unverändert.

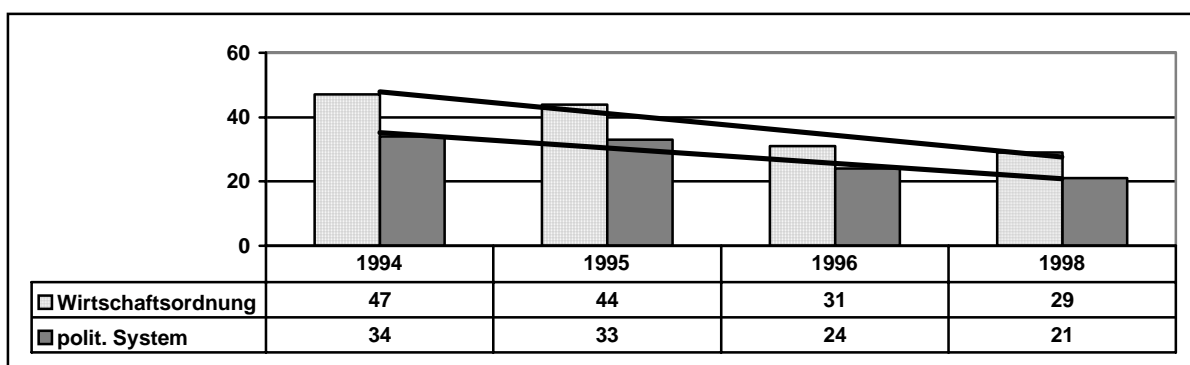
Besonders interessant ist der seit 1993 vorliegende Trend zur Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung:

Abbildung 4.6: Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend 1993 – 2000. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zufriedenheit.



Zunächst ist erkennbar, dass der Prozentanteil der mehr oder weniger stark zufriedenen Panelmitglieder zu keinem Zeitpunkt die 50 %-Marke überschritten hat. Darüber hinaus fällt der starke Abwärtstrend der Zufriedenheit zwischen 1994 und 1998 von 47 % auf 29 % auf, der im Jahr 2000 gestoppt scheint. Auf einen ähnlichen Abwärtstrend waren wir bereits im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem politischen System gestoßen, wir stellen beide Trends noch einmal direkt nebeneinander:

Abbildung 4.7: Trend der Zufriedenheit mit dem politischen System bzw. mit der jetzigen Wirtschaftsordnung zwischen 1994 und 1998, im Zusammenhang betrachtet



Schon optisch finden wir im Zeitverlauf den oben bereits erwähnten Zusammenhang bestätigt, dass die - jetzt umgekehrt formuliert - Zufriedenheit mit dem politischen System um so geringer ausfällt, je schwächer die Zufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem ist. Regressionsanalysen bestätigen diesen Zusammenhang, wir können hier aus Platzgründen nicht näher darauf eingehen. Die Anlage unserer Untersuchung als Längsschnittstudie lässt es außerdem zu, diese interessante und zugleich brisante Aussage mit Hilfe bedingter Längsschnittkorrelationen zu prüfen. Wir vergleichen dazu die tatsächlich erfolgten Veränderungen der Zufriedenheit mit dem politischen System bei zwei Subgruppen: a) bei der kleinen Gruppe jener, deren Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung in diesem Zeitraum zugenommen hat, und b) bei der größeren Gruppe jener, deren Zufriedenheit abgenommen hat:

Tabelle 4.5: Längsschnittanalyse der Veränderung der Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 1994 und 1998, differenziert nach der Veränderung der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung in diesem Zeitraum

Jahr	1	2	3	4	X	POP	KOP	NEP
<i>a) bei Zunahme der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung (n=30)</i>								
1994	0	20	57	23	3,03	-	-	-
1998	3	30	60	7	2,70	40	50	10
<i>b) bei Rückgang der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung(n=94)</i>								
1994	4	39	46	11	2,63	-	-	-
1998	0	13	52	35	3,22	5	35	60

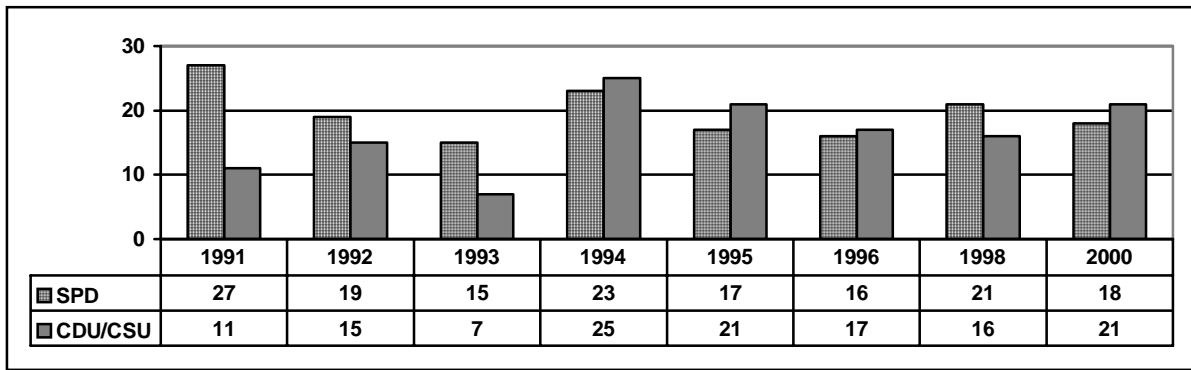
Die diametral entgegengesetzten Veränderungen in diesem Zeitraum sind nicht zu übersehen: Ein Zuwachs an Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung ging mit einem signifikanten Zuwachs an Zufriedenheit mit dem politischen System einher, ein Rückgang der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung (für einen großen Teil der Panelmitglieder charakteristisch) dagegen mit einem signifikanten Abbau. Für die künftige Entwicklung der Systemzufriedenheit hieß das 1998, dass eine positive Entwicklung nur unter der Bedingung einer wieder zunehmenden Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung eintreten würde - was dann im Jahr 2000 offensichtlich auch eingetreten ist. Dabei ist die wirtschaftliche Entwicklung natürlich nicht der einzige Einflussfaktor, aber ein sehr gewichtiger. Die Prognose liegt auf der Hand: Ob die Zufriedenheit der Panelmitglieder mit dem politischen System anwachsen wird, hängt in bedeutendem Maße davon ab, ob und inwieweit ihre Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung zunimmt.

4.2. Anhaltende Distanz gegenüber den demokratischen Parteien

Für die kritische Grundhaltung der meisten Panelmitglieder gegenüber dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem gibt es viele weitere Belege. Sie widerspiegelt sich sehr klar in einer anhaltenden Distanz gegenüber den demokratischen Parteien.

Von 1991 an (6. Welle) wurde untersucht, inwieweit die Panelmitglieder Vertrauen zu den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD haben, ab 1992 wurden vier weitere Parteien einbezogen: Bündnis 90/Grüne, PDS, FDP und Republikaner. Aus den Trends geht hervor: Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner der demokratischen Parteien ein Drittel der TeilnehmerInnen, sie liegen meist weit darunter. Wir belegen das zunächst für die Unionsparteien CDU/CSU und für die SPD:

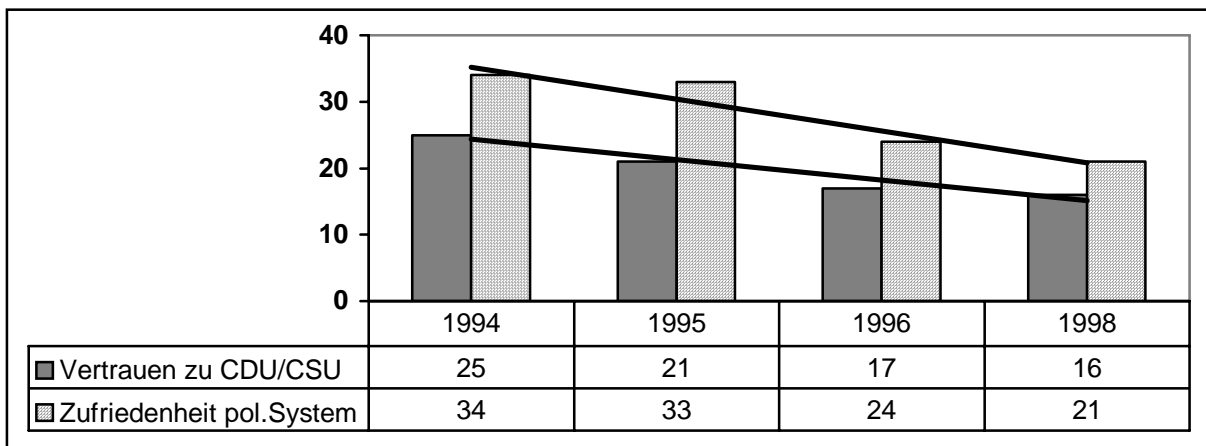
Abbildung 4.8: Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2000 (Ap1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

Bemerkenswert ist der deutliche Rückgang des Vertrauens zu CDU/CSU zwischen 1994 und 1998: Äußerten 1994 noch 25 % der Panelmitglieder sehr großes oder großes Vertrauen, sank dieser Anteil bis 1998 kontinuierlich und signifikant auf 16 % ab. Der leichte Anstieg im Jahr 2000 ist weiteren Daten zufolge vermutlich eher Ausdruck von Enttäuschung gegenüber der SPD. Der erwähnte Vertrauensverlust gegenüber den Unionsparteien ging interessanterweise mit einem ebenfalls klaren Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum einher. Es besteht kein Zweifel: Aus der Vertrauenskrise gegenüber CDU/CSU entwickelte sich bei den TeilnehmerInnen eine Vertrauenskrise gegenüber dem gesamten politischen System. Wir stellen beide Trends noch einmal gegenüber:

Abbildung 4.9: Entwicklung des Vertrauens gegenüber CDU/CSU und der Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 1994 und 1998, im Zusammenhang betrachtet (die Ap 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)



Fragetexte: Inwieweit haben Sie Vertrauen zur CDU/CSU?
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt kein

Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System?
 1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Auch multiple Regressionsanalysen lassen darauf schließen, dass der Rückgang der Systemzufriedenheit in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in einem engen Zusammenhang mit dem Vertrauensverlust gegenüber CDU/CSU steht. Die Ausprägung des Vertrauens gegenüber den anderen demokratischen Parteien spielt keine oder nur eine äußerst geringe Rolle. 1998 z.B.

beeinflusst faktisch allein das (geringe) Vertrauen der Panelmitglieder zu CDU/CSU ihre (schwache) Zufriedenheit mit dem politischen System.

Eine bedingte Längsschnittkorrelation bestätigt den Zusammenhang in Bezug auf CDU/CSU:

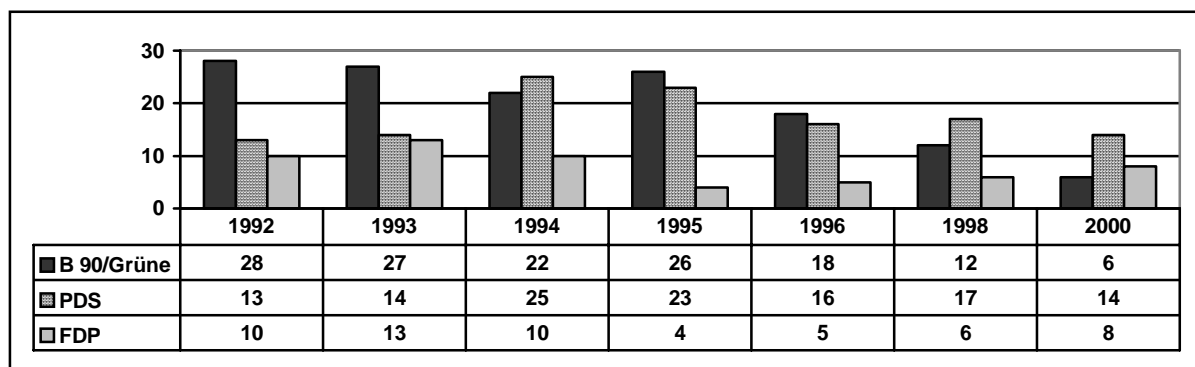
Tabelle 4.6: Längsschnittanalyse der Veränderung der Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 1994 und 1998, differenziert nach der Veränderung des Vertrauens gegenüber CDU/CSU in diesem Zeitraum

Jahr	1	2	3	4	X	POP	KOP	NEP
<i>a) bei Zunahme des Vertrauens mit CDU/CSU (n = 29)</i>								
1994	3	24	59	14	2,83	-	-	-
1998	0	28	65	7	2,79	21	62	17
<i>b) bei Rückgang des Vertrauens mit CDU/CSU (n = 67)</i>								
1994	5	51	40	4	2,45	-	-	-
1998	2	22	57	19	2,94	4	48	48

Ein Rückgang des Vertrauens zu CDU/CSU führte zu einem erheblichen Abbau der Systemzufriedenheit, eine (viel seltenere) Zunahme hatte dagegen keinen Einfluss.

Auch den anderen demokratischen Parteien ist es in den 90er Jahren nicht gelungen, das Vertrauen größerer Teile der Panelmitglieder zu gewinnen:

Abbildung 4.10: Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber PDS, FDP und Bündnis 90/Grüne im Trend 1992 bis 2000 (Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

Auffällig sind insbesondere der steile Abfall der Vertrauensquoten gegenüber Bündnis 90/Grüne seit Mitte der 90er Jahre sowie der Anstieg des Vertrauens zur PDS bis Mitte der 90er Jahre und der sich anschließende Rückgang.

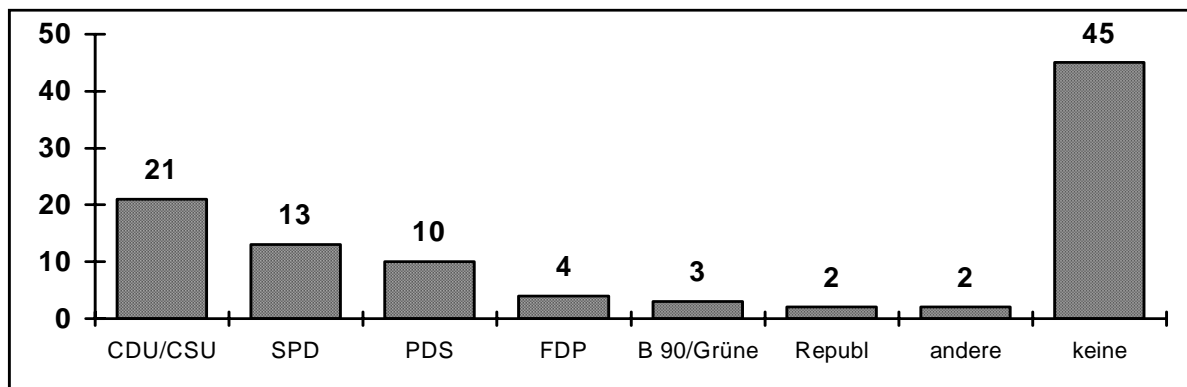
Die sehr schwache Vertrauensbasis der Parteien insgesamt bei den Teilnehmern kommt bei einer übergreifenden Betrachtung (bei der die Republikaner unberücksichtigt bleiben) noch deutlicher zum Ausdruck: Es zeigt sich, dass im Jahr 2000 54 % von ihnen zu keiner der demokratischen Parteien Vertrauen haben! Diese Tatsache hat gravierende Konsequenzen für ihre Zufriedenheit mit dem politischen System und der Demokratie: Teilnehmer, die Vertrauen zu einer oder mehreren demokratischen Parteien gefunden haben, sind weitaus zufriedener als jene, die keiner Partei vertrauen: 42 % gegenüber 15 %! Anders formuliert:

Die verbreitete Unzufriedenheit der Panelmitglieder mit dem politischen System (ähnlich: mit der Demokratie), mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in starkem Maße

auf die schwache Vertrauensbasis der demokratischen Parteien zurück. Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht in Sicht. Im Gegenteil: seit 1994 hat der Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der demokratischen Parteien Vertrauen haben, kontinuierlich von 34 % auf 54 % zugenommen!

In dieselbe Richtung weisen die Angaben der TeilnehmerInnen dazu, von welcher Partei sie ihre Interessen am besten vertreten sehen:

Abbildung 4.11: „Von welcher Partei fühlen Sie sich am besten vertreten?“ Prozentanteile der Parteien 2000



Fast die Hälfte der Panelmitglieder (45 %) fühlt sich 2000 - wie in den Jahren zuvor (vom Wahljahr 1994 abgesehen) von keiner der aufgeführten Parteien am besten vertreten - eine 10 Jahre nach der Vereinigung wohl bedenkenswerte Erscheinung. Mit 21 % wird trotz ihrer Spendenaffäre überraschend am häufigsten CDU/CSU genannt, gefolgt von der SPD mit 13 % und der PDS mit 10 %. Die Prozentquoten der übrigen Parteien sind unerheblich: FDP 4 %, B 90/Grüne 3 Prozent, Republikaner und andere zusammengefasst 4 % (bei „andere Partei“ wurde meist NPD eingetragen). Der erwähnte Absturz der Vertrauensquoten gegenüber Bündnis 90/Grüne findet seine Entsprechung in der Tatsache, dass der Anteil derer, die diese Partei als ihre Interessenvertreter präferierten, von 16 % 1993 auf nur noch 3 % im Jahr 2000 sank.

Damit steht im Zusammenhang, dass erst bei einem kleinen Teil von ihnen längerfristige Bindungen an die Parteien erkennbar sind: Auf die Frage, von welcher Partei sie sich am besten vertreten fühlen, nannten im Jahr 2000 nur 27 % wieder die Partei, für die sie sich schon 1998 entschieden hatten. Gehen wir bis in das Jahr 1993 zurück, dann verringert sich dieser Anteil sogar auf 17 %.

4.3. Systemvergleich

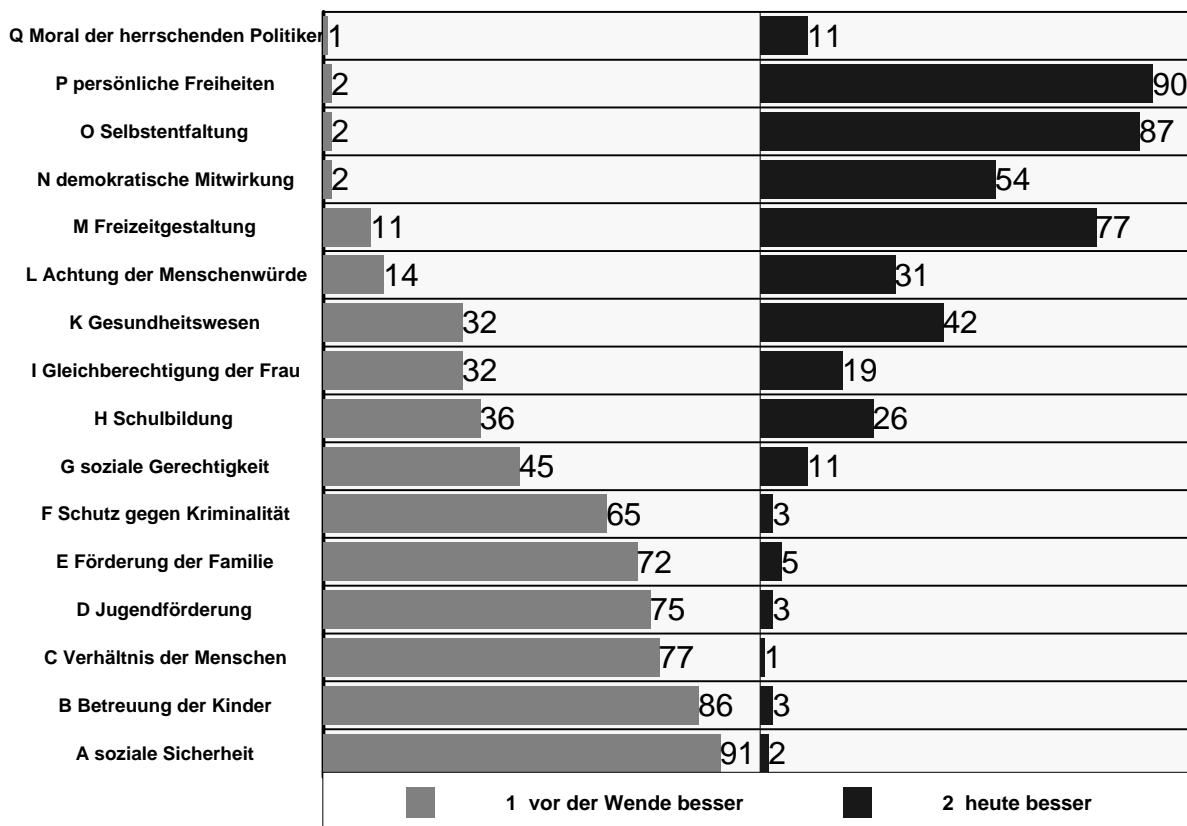
Da anzunehmen ist, dass in die Urteile über das heutige Gesellschaftssystem auch bei den verhältnismäßig jungen TeilnehmerInnen unserer Studie stets Urteile über das frühere System der DDR mit einfließen, wurden sie seit mehreren Jahren gebeten, anhand einer speziellen Fragenbatterie einen Systemvergleich zu ausgewählten Aspekten vorzunehmen. Wir stellen eine Gesamtübersicht voran:

Tabelle 4.7: Systemvergleich 2000
 „Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation *damals* in der DDR vor der Wende und *heute* in Ostdeutschland.“
 Auf diesem Gebiet
 1 war es vor der Wende besser
 2 ist es heute besser
 3 gibt es kaum einen Unterschied
 0 Das kann ich nicht beurteilen.

	1	2	3	0
Soziale Sicherheit	91	2	4	3
Betreuung der Kinder	86	3	8	3
Verhältnis der Menschen untereinander	77	1	19	3
Jugendförderung	75	3	11	11
Förderung der Familie	72	5	12	11
Schutz gegen Kriminalität	65	3	21	11
Soziale Gerechtigkeit	45	11	30	14
Schulbildung	36	26	19	19
Berufsausbildung	34	33	18	15
Gleichberechtigung der Frau	32	19	34	15
Gesundheitswesen/medizinische Betreuung	32	42	19	7
Achtung der Menschenwürde	14	31	36	19
Möglichkeiten der Freizeitgestaltung	11	77	12	0
Durchschaubarkeit des politischen Systems	6	20	54	20
demokratische Mitwirkung	2	54	22	22
persönliche Freiheiten	2	90	5	3
Möglichkeiten der Selbstentfaltung	2	87	8	3
Moral der herrschenden Politiker	1	11	66	22

Wir stellen die Relationen der Antwortpositionen „vor der Wende besser“ und „heute besser“ noch einmal grafisch gegenüber:

Abbildung 4.12: Systemvergleich 2000. Nur Ap „vor der Wende besser“ und „heute besser“.



Wie erkennbar ist, geben die Panelmitglieder sehr differenzierte Urteile ab. Generell wird sichtbar, dass die DDR-Verhältnisse auf sozialem Gebiet noch immer gut abschneiden: Bei

sechs der 18 Gebiete meinen sie mehrheitlich, dass es vor der Wende besser gewesen wäre in Bezug auf: soziale Sicherheit (91 %), Betreuung der Kinder (86 %), Verhältnis der Menschen untereinander (77 %), Jugendförderung (75 %), Förderung der Familie (72 %), Schutz gegenüber Kriminalität (65 %). Ein mehr oder weniger großer Vorsprung der früheren gegenüber der jetzigen Situation ist auch ablesbar in Bezug auf die soziale Gerechtigkeit (45 %). Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen eindeutig positive Erinnerungen überwiegen; wir kommen auf sie zurück. Ein mehr oder weniger großer Vorsprung der früheren gegenüber der jetzigen Situation ist auch ablesbar im Hinblick auf die Schulbildung (36 %) und die Gleichberechtigung der Frau (32 %).

Ihnen stehen vier Gebiete gegenüber, bei denen die Panelmitglieder mehrheitlich der heutigen Situation den Vorzug geben: die persönlichen Freiheiten (90 %), die Möglichkeiten der Selbstentfaltung (87 %), die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung (77 %) und die demokratische Mitwirkung (54 %). Ein Vorsprung der heutigen Situation besteht außerdem im Hinblick auf die Achtung der Menschenwürde (31 %); noch mehr (36 %) sind allerdings der Meinung, dass es kaum einen Unterschied gegenüber der Zeit vor der Wende gibt, ein eher kritisches Urteil über die Gegenwart.

Noch kritischer fällt allerdings das Urteil über die Moral der herrschenden Politiker aus: Zwar weicht 2000 rund ein Viertel der TeilnehmerInnen einer Stellungnahme Urteil aus, mit 66 % sieht der größte Teil jedoch keinen Unterschied zwischen früher und heute und nur 11% präferieren die jetzige Situation. Ähnliches gilt für die Durchschaubarkeit des politischen Systems. Korrelationen belegen, dass die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem in bedeutendem Maße durch die das System vertretenden Politiker vermittelt wird, auf die ein großer Teil der Panelmitglieder nicht gut zu sprechen ist. Bei den zahlreichen verbalen Aussagen der Panelmitglieder über die Politiker fällt auf, dass diese ausschließlich in negativen Zusammenhängen erwähnt werden. Wir führen einige typische Aussagen aus den letzten beiden Wellen an:

„Die Politiker ignorieren, genau wie zu DDR-Zeiten, oftmals die Meinung des Volkes.“ (m)

„Bei politischen Entscheidungen (z.B. Euro) wird das Volk nicht gefragt, den Politikern fehlt der Bezug zum ‚gemeinen Bürger‘“ (w)

„Politiker sind genau wie früher nur bestrebt, eigene Interessen durchzusetzen und sich materiell zu bereichern.“ (m)

„Allerdings verkommen wir zu einer Scheindemokratie, in der man zwar wählen darf, jedoch nur machtlose Politiker, die längst Sklaven der Industrie geworden sind.“ (m)

„Trotz vorhandener sozialer Absicherung gibt es einen massiven Missbrauch von Sozialleistungen und Fördermitteln jeglicher Art. Nicht zuletzt schuld daran sind ...politische Gepflogenheiten, die... an Machtmissbrauch erinnern und sich so zwangsläufig die Meinung verfestigt: ‚Wenn die Politiker sich Tausende und Millionen in die eigene Tasche wirtschaften, dann kann ich dem Staat ruhig auch mal ein paar Hunderter abknöpfen.‘ Und so wird das Verhalten weniger zum Problem vieler Menschen.“(m)

„... die Politiker wollen die Probleme gar nicht angehen, weil sie lieber die Interessen bestimmter Gruppen wahrnehmen, die ihnen auf die eine (legale) oder andere (illegale) Weise die Tasche füllen; dies und die beinahe völlige Austauschbarkeit der Politiker, Parteien und Programme ... führt zu einer Zunahme der Politikverdrossenheit unter den Menschen, genauso wie die Erkenntnis, dass Politiker aller Parteien vor der Wahl ‚das Blaue vom Himmel‘ versprechen und nachher doch alles unter Angabe sogenannter Sachzwänge wieder zurücknehmen und sich lieber mit Lobbyarbeit beschäftigen, um sich lukrative Wirtschaftsposten für die Zeit nach ihrer aktiven politischen Arbeit zu sichern – die üppigen Diäten, Pensionen, Zuwendungen etc. sind ja nicht genug!“(m)

„... haben alle diese Politiker Dreck am Stecken und kaum einer würde es zugeben. Sie haben nicht einen Funken Ahnung, wie sehr eine 4-köpfige Familie rechnen muss, um zu leben... Aber das ist denen ja egal.“ (w)

„Kein Vertrauen in Politik, Politiker dürften nur so viel erhalten, wie sie leisten: für 50 % Wahlbeteiligung ein halbes Einkommen.“ (m)

Bei den Trends beschränken wir uns an dieser Stelle auf die Gebiete, bei denen die Situation vor der Wende schlechter als heute beurteilt bzw. kein Unterschied gesehen wird; auf die übrigen, zugunsten der DDR bewerteten, gehen wir im Kapitel 10. näher ein. Da seit Mitte der 90er Jahre nur wenige signifikante Veränderungen zu beobachten sind, heben wir nur diese hervor:

Tabelle 4.8: Systemvergleich im Trend (ausgewählte Aspekte)
Auf diesem Gebiet
1 war es vor der Wende besser
2 ist es heute besser
3 gibt es kaum einen Unterschied
0 Das kann ich nicht beurteilen.

Gebiet/Jahr	1	2	3	0
<i>Achtung der Menschenwürde</i>				
1993	26	27	35	12
1995	19	30	38	13
1996	18	31	41	10
1998	20	32	36	12
2000	14	31	36	19
<i>Moral der herrschenden Politiker</i>				
1995	2	14	59	25
1996	1	12	63	24
1998	3	11	62	24
2000	1	11	66	22

Bei den Urteilen über die Achtung der Menschenwürde fällt auf, dass sich der 1993 noch zu beobachtende Gleichstand zwischen früherer und heutiger Situation im Jahr 2000 deutlich zugunsten der heutigen Situation verändert hat, nach wie vor jedoch ein erheblicher Teil der Panelmitglieder meint, dass kein Unterschied bestehen würde. Auffällig ist aber, dass von den weiblichen Panelmitgliedern weitaus weniger als von den männlichen meinen, dass die Menschenwürde heute mehr geachtet wird als früher: im Jahr 2000 23 % gegenüber 40 %! Offensichtlich widerspiegeln sich in diesem harten Urteil Erfahrungen der Benachteiligung auf vielen Gebieten, die als Verletzung der Menschenwürde wahrgenommen werden. Dafür spricht eine Vielzahl verbaler Angaben, bei denen es vor allem um die Schwierigkeiten auch jüngerer Frauen auf dem Arbeitsmarkt geht, aber auch um die „sexistische Vermarktung der Frau in vielen bunten Zeitschriften“.

Besonders bemerkenswert ist der Trend im Hinblick auf die Moral der herrschenden Politiker. Zwar besteht nach wie vor ein geringer Vorsprung zugunsten der heutigen Situation, die Quote derer, die keinen Unterschied zwischen früher und heute sehen, hat signifikant von 59 % auf 66 % zugenommen!

Im Rahmen der 10. Welle 1994 wurden in einen ähnlichen Systemvergleich einige weitere Merkmale einbezogen, wir greifen zwei davon heraus. Sie sind inhaltlich identisch mit Merkmalen einer Fragenbatterie, die 1988 in einer Studie des ZIJ zum Geschichtsbewusstsein Ju-

gendlicher eingesetzt wurde. Wir führen deshalb die damaligen Ergebnisse zum Vergleich mit an:

Tabelle 4.9: Systemvergleich auf ausgewählten Gebieten 1988 und 1994
 1988: „Geben Sie bitte an, inwieweit die folgenden Merkmale a) für die DDR und b) für die BRD zutreffen“.

1994: „Vergleichen Sie jetzt bitte, inwieweit die folgenden Merkmale a) auf die DDR vor der Wende zutrafen bzw. b) auf das heutige Deutschland zutreffen.“

Das traf / trifft zu
 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht 0 Das kann ich nicht beurteilen (nur 1994)

1 2 (1+2) 3 4 5 0

Beseitigung der gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus

1988

a) DDR	78	17	(95)	3	1	1	-
b) BRD	5	9	(14)	28	33	25	-

1994

a) DDR	32	38	(70)	16	5	2	7
b) Deutschland	1	14	(15)	33	33	12	7

Soziale Sicherheit

1988

a) DDR	69	27	(96)	3	1	0	-
b) BRD	2	6	(8)	37	33	22	-

1994

a) DDR	69	29	(98)	2	0	0	0
b) Deutschland 1994	0	6	(6)	36	39	18	1

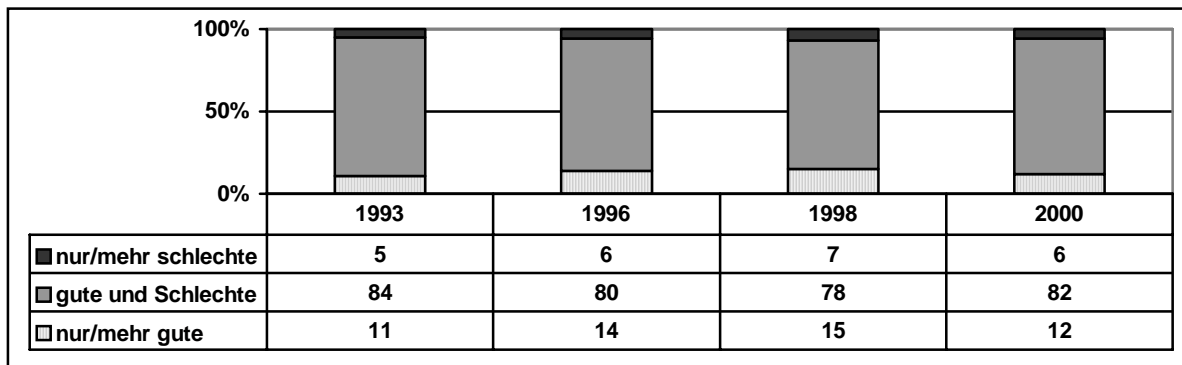
Quelle 1988: ZIJ-Studie Geschichtsbewusstsein 1988 (GB 88); den Ergebnissen liegen die Daten von 968 Schülern, Lehrlingen, Angestellten und Studenten zu Grunde. Die Befragung fand Ende 1988, Anfang 1989 statt (vgl. Förster 1999: 123)

Auch wenn die Daten aus zwei verschiedenen Populationen stammen (aber mit ähnlicher sozialer und altersmäßiger Zusammensetzung), widerspiegeln sie bemerkenswerte Unterschiede in den Urteilen junger Ostdeutscher über grundlegende Merkmale der DDR bzw. der Bundesrepublik, und zwar zu beiden Zeitpunkten. 1988 waren nahezu alle Befragten davon überzeugt, dass in der DDR die gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus beseitigt sind (95 %), während das in Bezug auf die BRD nur eine Minderheit annahm (14 %). 1994 vertrat von den Panelmitgliedern ebenfalls eine große Mehrheit rückschauend die Auffassung, dass in der DDR diese Wurzeln beseitigt waren (70 %), wenn auch der Anteil einschränkungsloser Überzeugungen erheblich geringer war. Die Angaben in Bezug auf die Bundesrepublik unterscheiden sich 1994 faktisch nicht von denen des Jahres 1988, beide Prozentquoten liegen weit unter denen im Hinblick auf die DDR. Aufschlussreich ist auch, dass die Urteile über die soziale Sicherheit in der DDR bzw. in der Bundesrepublik damals bzw. 1994 fast auf das Prozent übereinstimmen.

Über die erwähnten einzelnen Seiten/Aspekte hinaus äußerten sich die Panelmitglieder seit 1993 verallgemeinernd zum Verhältnis von guten bzw. schlechten Seiten in der DDR. Auch diese Ergebnisse lassen auf erstaunlich fest gefügte Urteile schließen: Die überwiegende Mehrheit vertritt sein Jahren die Meinung, dass es in der DDR sowohl gute als auch schlechte

Seiten gegeben habe. Nur Minderheiten schreiben ihr 2000 überwiegend gute (13 %) oder schlechte (6 %) Seiten zu. Eine Tendenz in die eine oder andere Richtung zeichnet sich nicht ab:

Abbildung 4.13: Relation von guten und schlechten Seiten der DDR im Urteil der Panelmitglieder im Trend 1993 - 2000



In ihren verbalen Notizen vertreten zahlreiche TeilnehmerInnen die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik gewesen sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR in das vereinte Deutschland zu übernehmen. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang vor allem die Kindereinrichtungen der DDR, häufig auch die Jugendklubs, Ferienlager, Polikliniken, das Sammelsystem für Altstoffe und in jüngster Zeit das Schulsystem. Oft wird kritisiert, dass „viele im Osten bewusst plattgemacht wurde“ und „nur der Grüne Pfeil übrig geblieben“ sei.

4.4. Gemischte Gefühle gegenüber westlicher Lebensart

Der westlichen Lebensart stehen viele TeilnehmerInnen noch mit gemischten Gefühlen gegenüber:

Tabelle 4.10: Einstellung zur westlichen Lebensart 1996 und 2000
„Wie gefällt Ihnen die westliche Lebensart?“
Sie gefällt mir 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
1996	6	34	(40)	49	9	2
2000	3	38	(41)	51	4	2
<i>Wohnregion</i>						
lebt im Osten	2	35	(37)	58	3	2
lebt im Westen	9	61	(70)	22	7	1

41 % lassen 2000 erkennen, dass ihnen die westliche Lebensart gefällt, die Hälfte (51 %) äußert sich ambivalent, nur 6 % ablehnend. Interessant ist, dass Teilnehmer, die im Westen bzw. im Ausland leben und direkter, „ursprünglicher“ mit dieser Lebensart in Berührung kommen, doppelt so häufig von ihr angetan sind wie die im Osten gebliebenen; Letztere lehnen diese aber nicht häufiger ab, sondern stehen ihr weitaus häufiger ambivalent gegenüber. Weibliche stehen der westlichen Lebensart tendenziell kritischer gegenüber als männliche. 1996 äußerten sich die Panelmitglieder ausführlicher darüber, was ihnen an der westlichen Lebensart gefällt bzw. nicht gefällt. Positiv werden vor allem die „unbegrenzte“ Reisefreiheit, die Meinungsfreiheit, das Konsumangebot (wenn das dazu nötige Geld vorhanden ist) und die Möglichkeit selbstbestimmter Lebensführung genannt. An der Spitze der negativen Nennungen stehen soziale Unsicherheit, soziale Ungerechtigkeit, die zunehmende Spaltung der Ge-

sellschaft in Arm und Reich, der zunehmende Egoismus der Menschen, die zu große Macht des Geldes, die Orientierung an äußerlichen, materiellen Werten. Auch bei diesen Notizen kommt die starke Ambivalenz der Urteile zum Ausdruck, wie zwei typische Beispiele zeigen:

„a) Die Freiheit, dass man tun kann, was man möchte, sowohl beruflich als auch privat. Besonders gut finde ich die Reise- und Wohnortfreiheit. Ich habe 1996 für 1 ½ Jahr in den Niederlanden studiert, das war eine sehr schöne Erfahrung und wäre zu DDR-Zeiten unvorstellbar gewesen. b) Die zunehmende soziale Kälte; dass jeder nur noch an den eigenen Vorteil denkt; dass man, wenn man keine finanziellen Mittel besitzt, schnell ins Abseits der Gesellschaft gelangt und alle Freiheiten nutzlos sind.“ (m)

„a) Die ganze Welt steht mir offen (Reisen, wohin ich will); ich besitze in meinem Alter ein eigenes Auto, eine eigene Wohnung; die Chance, Karriere zu machen, ist größer. b) Alles dreht sich nur noch um das 'liebe Geld'; Äußerlichkeiten (wie Aussehen, Kleidung, Auto) sind in vielen Bereichen entscheidender als innere Werte oder Können; Freundschaften sind oberflächlicher; jeder ist sich selbst der Nächste.“ (w)

4.5 Sollen die Ostdeutschen wieder auf die Straße gehen?

Angesichts der kritischen Sicht vieler Teilnehmer auf das jetzige Gesellschaftssystem liegt die Frage nahe, ob diese sich auf ihre Haltung zum Protest auswirkt. Seit 1996 wurden sie gefragt, ob - wie manche Politiker annehmen - in Ostdeutschland mit sozialen Unruhen zu rechnen sei:

Tabelle 4.11: Erwartung sozialer Unruhen in Ostdeutschland
„Politiker erwarten, dass es in nächster Zeit in Ostdeutschland soziale Unruhen geben wird. Sehen Sie das auch so?“

	ja	nein	schwer zu sagen
1996	48	16	36
1998	51	17	32
2000	40	33	27
<i>arbeitslos gewesen?</i>			
ja	47	26	27
nein	30	42	28
<i>Erfahrung: gerechten Anteil am Wohlstand?</i>			
ja	23	53	24
nein	53	22	15

Zwar ist der Anteil derer, die soziale Unruhen erwarten, leicht zurückgegangen, dennoch halten dies im Jahr 2000 40 % für möglich. Von denen, die bereits Arbeitslosigkeit erfahren mussten, erwarten 47 % Unruhen und - damit zusammenhängend - von denen, die sich bei der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes ungerecht behandelt fühlen, sogar 53 %.

Die Meinung dazu, ob die Ostdeutschen angesichts der Situation im Osten wieder auf die Straße gehen sollten, ist stark umstritten:

Tabelle 4.12: Meinung zu Demonstrationen 2000
„Die Ostdeutschen sollten wieder auf die Straße gehen, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

1 2 (1+2) 3 4 5

Gesamtgruppe	14	20	(34)	34	20	12
<i>arbeitslos gewesen?</i>						
ja	19	19	(38)	35	19	8
nein	6	20	(26)	35	22	17
<i>Erfahrung: gerechter Anteil am Wohlstand?</i>						
ja	6	13	(19)	27	31	23
nein	24	27	(51)	29	15	5

Rund ein Drittel der Panelmitglieder spricht sich für Protestaktionen auf der Straße aus, ein Drittel äußert sich ambivalent, ein Drittel ist dagegen. Erfahrene Arbeitslosigkeit und vor allem erfahrene Ungerechtigkeit in Bezug auf den eigenen Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand verschieben diese Verteilung erheblich zugunsten einer Bejahung des Protestes. Über die Hälfte der Panelmitglieder würde sich selbst an Protestaktionen beteiligen, allerdings nur ein kleiner Teil auf jeden Fall:

Tabelle 4.13: Persönliche Teilnahme an Protestaktionen 2000
„Würden Sie sich selbst an Protestaktionen beteiligen?“

	ja, auf jeden Fall	ja, wahrscheinlich	nein
Gesamt	12	49	39
<i>arbeitslos gewesen?</i>			
ja	15	52	33
nein	7	44	49
<i>Erfahrung: gerechter Anteil am Wohlstand?</i>			
ja	5	40	55
nein	19	57	24

Ablesbar ist: Persönlich erlebte Arbeitslosigkeit und (damit zusammenhängend) vermisste Verteilungsgerechtigkeit erhöhen die persönliche Protestbereitschaft deutlich. Auf diese und weitere Erfahrungen und ihre Konsequenzen gehen wir noch ausführlicher ein.

4.6. Gesellschaftliche Entwicklung seit der Wende: Fortschritt oder Rückschritt?

Als ein aussagekräftiges Kriterium der Auffassungen über das jetzige Gesellschaftssystem erweist sich das subjektive Urteil darüber, ob die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt angesehen wird:

Tabelle 4.14: Entwicklung in Ostdeutschland: Eher Fortschritt oder eher Rückschritt?
„Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt?“
1 eher als Fortschritt
2 eher als Rückschritt
3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
0 Das ist schwer zu sagen.

	1	2	3	0
<i>Gesamtgruppe</i>				
1996	43	9	44	4
1998	41	10	44	5

2000	44	10	43	3
<i>männlich</i>				
1996	49	8	39	4
1998	46	10	38	6
2000	49	12	37	2
<i>weiblich</i>				
1996	38	10	48	4
1998	36	10	50	4
2000	39	8	49	4

Seit Mitte der 90er Jahre betrachtet die knappe Hälfte der Panelmitglieder die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland als Fortschritt, für ebenfalls eine knappe Hälfte ist sie eine Mischung von Fortschritt und Rückschritt. Nur eine Minderheit beurteilt sie als Rückschritt. Der signifikante Unterschied zwischen den Geschlechtergruppen bestätigt die schon mehrfach erwähnte kritischere Sicht der jungen Frauen auf die Gesellschaft: Die weiblichen Teilnehmer bilanzieren die Entwicklung seit der Wende weniger häufig als Fortschritt als ihre männlichen Altersgefährten, reflektieren dafür häufiger eine ambivalente Situation.

4.7 Ohne Arbeit keine Freiheit!

Zu den interessantesten und brisantesten Ergebnissen unserer Studie gehören jene, bei denen es um die Frage geht, ob und inwieweit die Panelmitglieder die Freiheit erleben, die zu erreichen im Herbst 1989 zu den wichtigsten Zielen gehörte.

Zunächst sei daran erinnert, dass die übergroße Mehrheit (90 %) der Panelmitglieder beim Systemvergleich im Hinblick auf die „persönlichen Freiheiten“ meint, dass die heutige Situation besser sei als die vor der Wende. Weitere Ergebnisse relativieren jedoch diese Urteile deutlich. Wir hatten bereits angedeutet, dass diese persönlichen Freiheiten von sehr vielen in ihren verbalen Angaben zwar als durchaus real existierende Möglichkeiten betrachtet werden, deren Verwirklichung jedoch von zahlreichen Bedingungen abhängig ist, die häufig nicht gegeben sind. Das betrifft u.a. die Reisefreiheit, die durchweg hoch anerkannt wird. Einer der häufigsten Sätze bei der Beschreibung der Verbesserungen gegenüber der DDR-Zeit lautet jedoch etwa so: „Ich kann jetzt reisen, wohin ich will - wenn ich das notwendige Geld habe!“ Wir führen einige Aussagen im Wortlaut an:

„Positiv ist: Der Mensch hat mehr Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten. Man kann reisen, wohin man will (fragt sich nur, wozu er das braucht, wenn die lebensnotwendigen Bedingungen nicht für alle gegeben sind!).“

Negativ ist: Die Sicherheit des Menschen ist nicht so gewährleistet wie in der DDR. Die Arbeitslosigkeit steigt in eine immer unbekämpfbarere Höhe. Von der ganzen Freiheit hat man nichts, wenn man keine Arbeit hat und sich all die schönen Freiheiten nicht leisten kann!“ (w)

„Die persönliche Freiheit ist eine Illusion. Sie stellt sich erst mit materieller Unabhängigkeit ein. Solange ich noch mein Geld zählen muss, um in den Urlaub fahren zu können usw., gibt es keine persönliche Freiheit. Ich kann nicht wählen. Ich bin eingeschränkt. Deshalb sind auch meine Möglichkeiten beschränkt. Positiv ist nur, dass, wenn erst einmal ‚Besitz‘ angehäuft wurde, die Möglichkeiten schier unendlich sind. Nur - wie kommt man an diesen Punkt?“ (w)

„Positiv: Persönliche Freiheiten, Konsumangebot, freie Auswahl des Wohnraumes. Man kann sehr viel für sein eigenes Wohl und Glück tun (‘Jeder ist seines Glückes Schmied’).“

Negativ: Für alle diese positiven Möglichkeiten braucht man eins: Geld - sonst sind einem die ganzen tollen Dinge meist verwehrt.“(w)

„Positiv: Freiheit, aber keine Zeit, diese zu leben.“ (m)

„Die ehemalige DDR hatte fast alles außer Freiheit, heute habe ich Freiheit, aber kein Geld zum Freisein (Reisen).“ (w)

„Reisefreiheit: Ist schön und gut, aber mit zwei Kindern und dem `Lohn` im Erziehungsurlaub kann man sich nicht mal typische DDR-Reiseziele leisten“. (w)

„Mehr Reisemöglichkeiten, etwas mehr `Freiheit`, aber nur mit dem nötigen Geld.“ (w)

Auffällig ist, dass Freiheit meist mit Reisefreiheit gleichgesetzt wird, in einigen Fällen ist noch von Meinungsfreiheit die Rede.

Mehrfach werden auch völlig entgegengesetzte Überlegungen geäußert wie z. B. die folgenden:

„Freiheit, umso mehr jene, welche die Menschen 1989 errangen, sollte nie materiell, sondern immer ideell betrachtet werden. Doch selbst wer materielle Unabhängigkeit mit Freiheit wechselt, sollte einen objektiven Vergleich zur Zeit vor der Wende... ziehen. Viele andere haben ihre Freiheit unter unvergleichlich höheren Opfern errungen, so dass es fraglich erscheint, ob die Einstellung der ewig Unzufriedenen mit der jetzigen Situation nicht nur aus eigener Unwissenheit oder aus ihrem begrenzten subjektiven Gesichtsfeld heraus resultiert. Doch Gewinner der Freiheit sind letztlich auch jene, die sie nicht in diesem Sinne begreifen...Die persönliche Freiheit zu begreifen und zu gestalten scheint für viele eine größere Herausforderung zu sein als deren Erlangung. Trotzdem ist Freiheit immer gesellschaftlich bedingt restriktiv. Niemand hat einen geradlinigen Weg vor sich, persönliche Verwirklichung und eine unseren Standards entsprechende Lebensgestaltung aber sind Optionen, die erst durch einen hohen Freiheitsgrad möglich wurden.“ (m)

Der von vielen TeilnehmerInnen erfahrene Widerspruch von Möglichkeit und Wirklichkeit der Erlangung von Freiheit kulminiert bei der knappen Hälfte in der Auffassung, dass Freiheit ihnen nichts nützt, wenn sie keine Arbeit haben:

Tabelle 4.15: Freiheit und Arbeitslosigkeit

„Welchem der beiden Standpunkte würden Sie sich am ehesten anschließen?“

1 Für mich ist entscheidend, dass ich in Freiheit leben kann - bei allen Problemen, die es jetzt vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit gibt.

2 Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe.

0 Das ist schwer zu sagen.

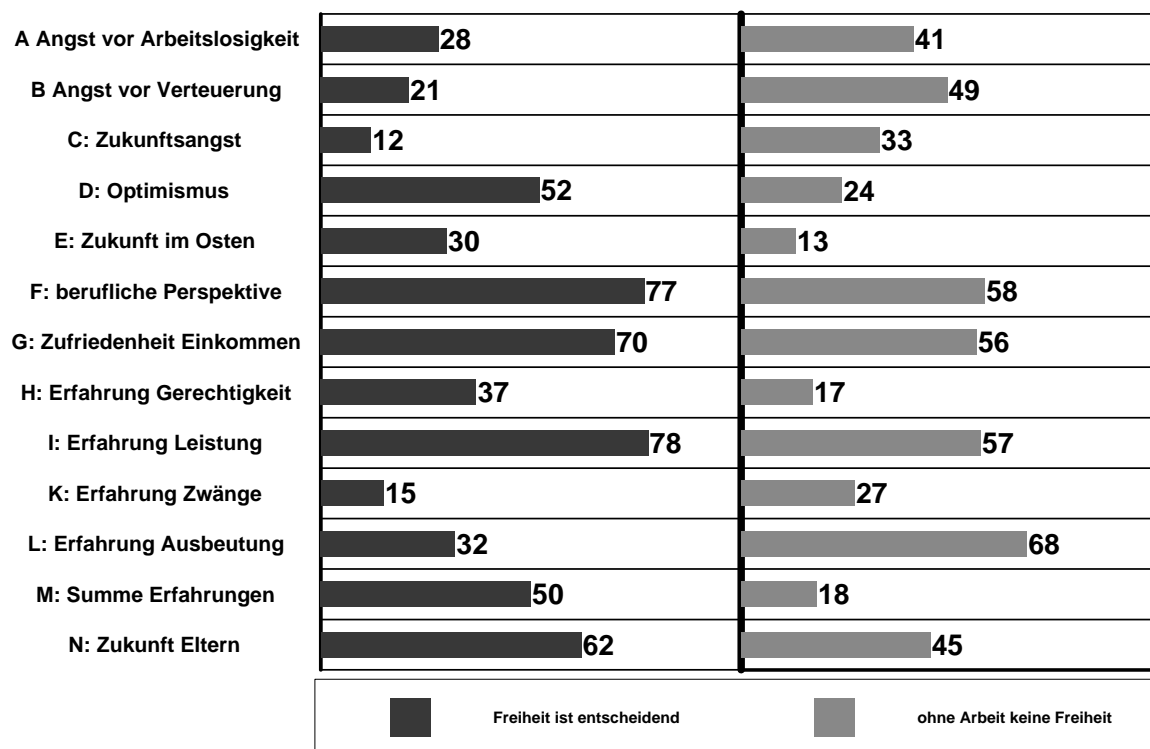
		1	2	0
Gesamt	1996	32	49	19
	1998	36	47	17
	2000	41	43	16
arbeitslos gewesen	1996	30	55	15
	1998	32	52	16
	2000	35	48	17
nicht arbeitslos gewesen	1996	35	41	24
	1998	40	41	19
	2000	49	37	14

Eine Polarisierung der Standpunkte ist unübersehbar: 41 % der Panelmitglieder schließen sich 2000 der Meinung an, dass entscheidend sei, in Freiheit leben zu können, trotz hoher Arbeitslosigkeit. Mit 43 % vertreten jedoch fast genau so viele die entgegengesetzte Meinung: Freiheit nützt nichts, wenn man keine Arbeit hat. 16 % fällt es schwer, sich für eine der Alternativen zu entscheiden.

Seit 1996 ist eine interessante Veränderung zu bemerken: Der Anteil jener, für welche die Freiheit entscheidend ist trotz bestehender Probleme, hat leicht zugenommen (signifikant), der Anteil derer, für die Arbeitslosigkeit offensichtlich eine Einschränkung der Freiheit bedeutet, hat leicht abgenommen. Genauer betrachtet, gilt diese Veränderung faktisch jedoch nur für die jungen Frauen und Männer, die bisher nicht arbeitslos waren. Panelmitglieder, die bereits arbeitslos waren, empfinden Arbeitslosigkeit nach wie vor größtenteils als einschneidende Begrenzung ihrer Freiheit.

Persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit allein erklärt jedoch die bestehenden differenten Auffassungen nicht. Wie Zusammenhangsanalysen zeigen, steht hinter der erwähnten kritischen Sicht vieler auf die Freiheit ein ganzer Komplex, ein Syndrom von Erfahrungen und Wahrnehmungen, die direkt oder indirekt mit Arbeitslosigkeit und ihren vielschichtigen Folgen zu tun haben. Einige davon sollen angeführt werden. Wir stellen dazu die Erfahrungen der beiden Extremgruppen gegenüber, d.h. derer, für die Freiheit entscheidend ist trotz bestehender Probleme, und jener, die meinen, dass es ohne Arbeit keine Freiheit gäbe. Alle angeführten Unterschiede sind statistisch hoch signifikant.

Abbildung 4.14: Erfahrungen und Befindlichkeiten der Panelmitglieder 2000, differenziert nach der Beurteilung der Freiheit



Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe)

A: Angst vor eigener Arbeitslosigkeit: stark/eher stark (35 %)

B: Angst vor weiterer Verteuerung des Lebens: stark (36 %)

- C: Angst vor der Zukunft ? ja, seit Jahren/ seit Monaten (22 %)
 D: Wie sehen Sie die eigene Zukunft? optimistisch (37 %)
 E: Aussage: Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft: stimmt vollkommen/mit Einschränkung (19 %)
 F: Zuversicht, die beruflichen Pläne verwirklichen zu können: sehr zuversichtlich/eingeschränkt zuversichtlich (66 %)
 G: Zufriedenheit mit dem Einkommen: zufrieden/eher zufrieden als unzufrieden (61 %)
 H: Erfahrung: dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten: ja (25 %)
 I: Zufriedenheit mit den Chancen, durch Leistung im Leben voranzukommen: zufrieden/eher zufrieden als unzufrieden (66 %)
 K: Erfahrung: dass Sie Ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten können: ja (19 %)
 L: Erfahrung: Auch heute existiert Ausbeutung: ja (50 %)
 M: Erfahrungen mit neuem Gesellschaftssystem: nur positive/überwiegend positive (32 %)
 N: Zukunftszuversicht für die Eltern: uneingeschränkt/eingeschränkt zuversichtlich (52 %)

Ablesbar ist, dass von den Panelmitgliedern, die Abstriche am Nutzen der Freiheit machen, deutlich mehr Angst vor (erneuter) eigener Arbeitslosigkeit haben, als von jenen, für die Freiheit entscheidend ist, trotz aller bestehender Probleme (A). Dasselbe gilt für die weit verbreitete Angst vor weiterer Verteuerung des Lebens, die als Indikator für bestehende materielle Sorgen gelten kann (B).

TeilnehmerInnen, die Abstriche machen, äußern weitaus häufiger die psychisch stark belastende Angst vor der Zukunft (C) und blicken entsprechend seltener optimistisch in die Zukunft (D). Außerdem verbinden sie ihre Zukunft erheblich seltener mit Ostdeutschland, eine Zukunftserwartung, die nach der Wende geradezu abgestürzt ist (E). Damit geht einher, dass sie sich weitaus weniger häufig zuversichtlich über die Verwirklichung ihrer beruflichen Zukunftspläne äußern (F).

Sie sind deutlich weniger häufig zufrieden mit ihrem Einkommen (G), sind auch weniger häufig zufrieden mit den Chancen, in der heutigen Gesellschaft im Leben durch Leistung voran zu kommen (I) und haben seltener die Erfahrung gemacht, das Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können (K), aber häufiger die Erfahrung, dass auch heute Ausbeutung existiert (L).

Von ihnen haben - alles in allem betrachtet - deutlich weniger positive Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht (M).

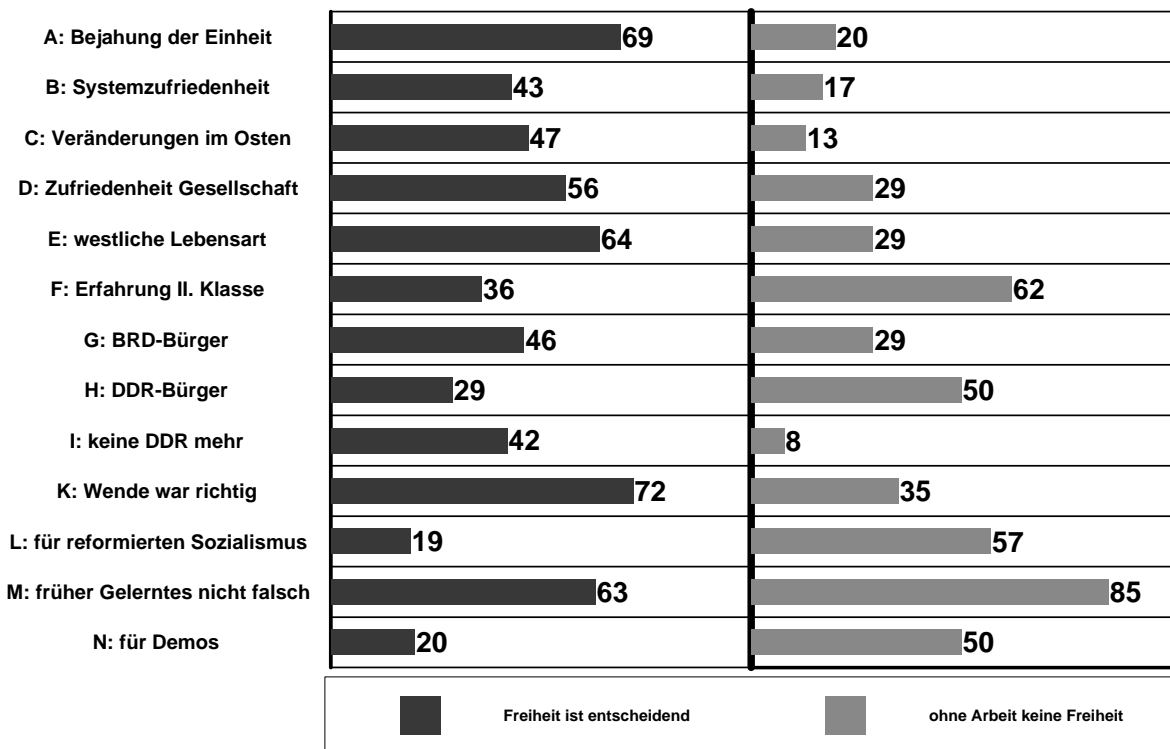
Schließlich äußern sie sich erheblich weniger häufig zuversichtlich über die Zukunftsaussichten ihrer Eltern, von denen ein großer Teil arbeitslos ist (N).

Deutlich wird, dass die kritische Sicht eines großen Teils der Panelmitglieder auf die Freiheit stark von ihrer eigenen Lebenslage und auch der ihrer Eltern beeinflusst wird, von dem prägenden Erleben des gegenwärtigen Gesellschaftssystems, aber auch davon, wie sie darüber hinaus generell die Situation in Ostdeutschland wahrnehmen. In ihrer Summe werden diese direkten und indirekten Erfahrungen offensichtlich als gravierender Verlust an Freiheit empfunden und beurteilt. Hinter dieser kritischen Sicht auf die Freiheit stehen nicht, wie mitunter diskreditierend und abwertend behauptet wird, die Angst vor der (ungewohnten) Freiheit oder das Unvermögen, mit ihr umzugehen, sondern handfeste Tatsachen wie Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Arbeitsplatzes und damit zusammenhängende Ängste und Beschneidungen der Lebensqualität und der Menschenwürde im weitesten Sinne. Viele Panelmitglieder reflektieren darüber so, wie dies Bundeskanzler Gerhard Schröder tat, als er 1999 in einer Rede im Bundestag darauf hinwies, dass ein Beschäftigter in einem Betrieb, der sein Einkommen und Auskommen durch seiner Hände Arbeit finden muss, nur dann frei ist, wenn er auch ein Min-

destmaß an Sicherheit hat: „Zur Freiheit ... gehört auch die Freiheit, die mit Abwesenheit von Angst zu tun hat.“ (1999: 9).

So verwundert nicht, dass Panelmitglieder, die der These „Freiheit nützt mir ohne Arbeit nichts“ zustimmen, sich der jetzigen Gesellschaft gegenüber kritischer äußern als jene, die aus einer anderen, günstigeren Lebenslage heraus die Freiheit bejahen, trotz bestehender, sie aber weniger betreffender Probleme. Wir stellen dazu nochmals beide Untergruppen gegenüber:

Abbildung 4.15: Politische Einstellungen der Panelmitglieder 2000, differenziert nach der Beurteilung der Freiheit



Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe)

A: Bejahung der Vereinigung: sehr dafür (41 %)

B: Zufriedenheit mit dem politischen System: sehr zufrieden/zufrieden (28 %)

C: Beurteilung der Veränderungen in Ostdeutschland seit der Wende: mehr positive Veränderungen (28 %)

D: Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung: zufrieden/eher zufrieden als unzufrieden (40 %)

E: westliche Lebensart gefällt: vollkommen/im großen und ganzen (41 %)

F: Viele Westdeutsche behandeln die Ostdeutschen als Deutsche zweiter Klasse: stimmt vollkommen/mit Einschränkung (48 %)

G: Fühle mich als BRD-Bürger: vollkommen (36 %)

H: Fühle mich als Bürger der ehemaligen DDR: vollkommen (40 %)

I: Ich bin froh, dass es die DDR nicht mehr gibt: vollkommen (24 %)

K: Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt wurde: vollkommen (53 %)

L: Ein reformierter Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung: vollkommen/mit Einschränkung (36 %)

M: Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben: vollkommen/mit Einschränkung (73 %)

N: Die Ostdeutschen sollten wieder auf die Straße gehen: vollkommen/mit Einschränkung (34 %)

Wie die Abbildung erkennen lässt, bestehen gravierende, hoch signifikante Unterschiede im politischen Profil der beiden Untergruppen. Charakteristisch dafür ist der sehr unterschiedliche Grad der Zustimmung zur deutschen Einheit (A). Zwar bejahen auch jene mehrheitlich die Vereinigung, die Abstriche am Wert der Freiheit vornehmen, einschränkungslos sprechen sich jedoch nur 20 % von ihnen dafür aus gegenüber 69 % derer, welche die Freiheit trotz bestehender Probleme bejahen.

Ähnlich groß sind die Prozentunterschiede bei allen anderen politischen Einstellungen: Von denen, welche die Freiheit kritisch sehen, sind erheblich weniger mit dem politischen System in der Bundesrepublik zufrieden (B), bewerten viel weniger häufig die Veränderungen in Ostdeutschland als positiv (C) und sind auch weniger häufig mit der gesellschaftlichen Entwicklung zufrieden (D). Ihnen gefällt weniger häufig die westliche Lebensweise (E); sie meinen aber häufiger, von vielen Westdeutschen als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden (F).

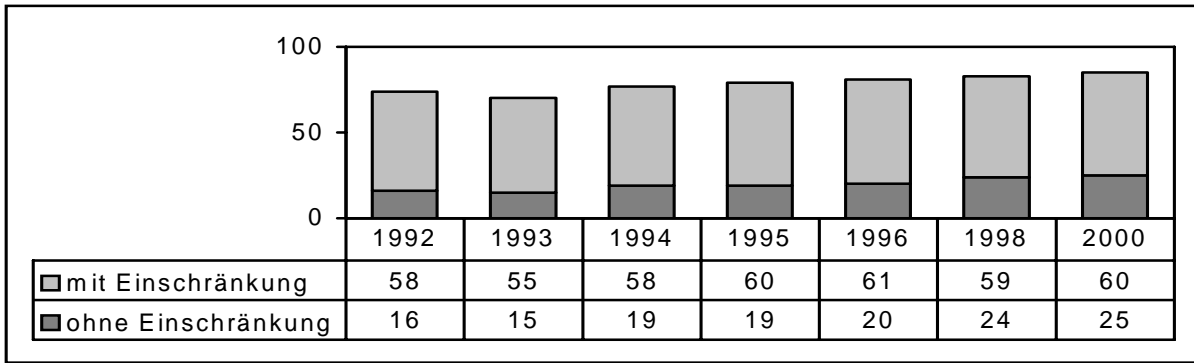
Bemerkenswert ist, dass sie sich weniger häufig einschränkungslos als Bundesbürger fühlen (G), dafür aber häufiger einschränkungslos als DDR-Bürger (H). Dazu passt, dass nur ein kleiner Teil von ihnen einschränkungslos froh über den Untergang der DDR ist (I). Besonders schwerwiegend ist, dass sie deutlich weniger häufig uneingeschränkt die Wende bejahen (K), dafür aber häufiger für einen reformierten Sozialismus plädieren (L). Sie meinen häufiger, dass die in der Schulzeit über den Kapitalismus vermittelten Informationen heute tatsächlich zutreffen würden (M); sie stimmen auch weitaus häufiger zu, dass die Ostdeutschen wieder auf die Straße gehen sollten, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen (N). Sie sind übrigens auch häufiger bereit, selbst an Protestaktionen teilzunehmen (67 % zu 53 %; nicht dargestellt).

Alles in allem widerspiegeln diese Ergebnisse, dass ein großer Teil der Panelmitglieder die proklamierte Freiheit skeptisch oder kritisch betrachtet, weil sie in einem mehr oder weniger großen Gegensatz zu der von ihnen im Alltag real erfahrenen Freiheit steht. Für sie ist Freiheit eine Illusion, die insbesondere angesichts weiter zunehmender Massenarbeitslosigkeit und eigener Betroffenheit davon an Glanz verliert. Daraus erwachsen bei ihnen nicht allein Enttäuschungen vom heutigen Gesellschaftssystem, sondern auch die Aufwertung bestimmter, insbesondere sozialer Seiten der DDR-Gesellschaft, die Präferenz einer reformsozialistischen Alternative und nicht zuletzt Protestbereitschaft.

4.8. Immer mehr finden sich in der neuen Gesellschaft zurecht

Die bestehende Distanz gegenüber dem Gesellschaftssystem hindert die jungen Ostdeutschen keineswegs, sich in der neuen Ordnung zurechtzufinden:

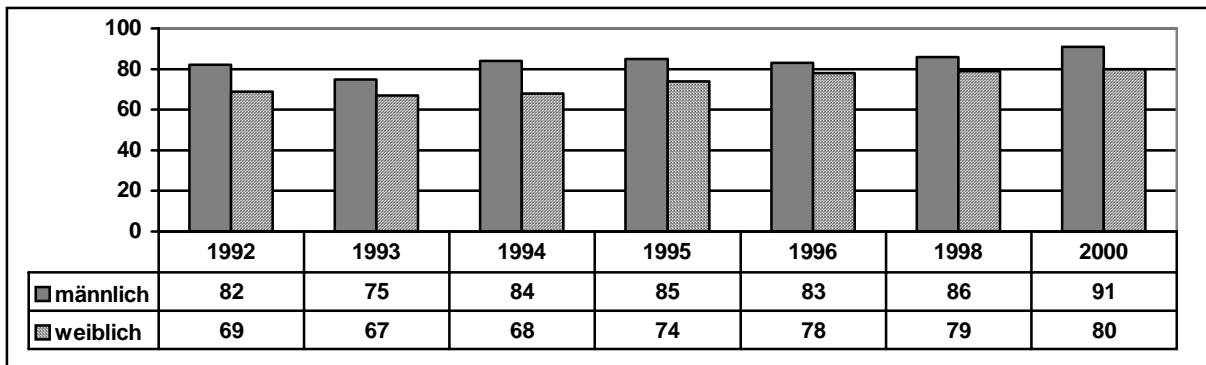
Abbildung 4.16: Zurechtfinden in der neuen Gesellschaft im Trend 1992 bis 2000. Anteile der Panelmitglieder, die sich einschränkungslos (Ap 1) oder mit Einschränkungen (Ap 2) zurechtfinden



Fragetext: „Wie kommen Sie - alles in allem - mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht?“
 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Im Gegenteil: Wie der Trend zwischen 1992 und 2000 belegt, kommen sie mit den jetzigen Verhältnissen durchaus zurecht, sogar mit zunehmender Tendenz. Nur einzelne Teilnehmer haben größere Schwierigkeiten, die „Spielregeln“ des jetzigen Systems zu erkennen und sich entsprechend zu verhalten. Allerdings fällt das den jungen Männern durchweg etwas leichter als den jungen Frauen:

Abbildung 4.17: Zurechtkommen in der neuen Gesellschaft im Trend 1992 – 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zustimmung.



Schon an dieser Stelle soll angedeutet werden, dass persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit (insbesondere wenn sie mehrfach eingetreten ist) dieses Zurechtkommen deutlich behindert; wir kommen im Kapitel 10. darauf zurück.

4.9. Jetziges Gesellschaftssystem - einziges Zukunftsmodell?

Die bestehende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit:

Tabelle 4.16: Einstellung zur Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems 2000
 Das entspricht meiner Meinung
 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5
„Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.“	1	8	30	33	28

<i>„Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell“.</i>	0	7	33	29	31
--	---	---	----	----	----

Zum Vergleich:

<i>„Die sozialistischen Gesellschaftsideale werden sich eines Tages durchsetzen.“</i>	2	7	23	36	32
---	---	---	----	----	----

Weniger als 10 % der Teilnehmer trauen dem jetzigen Gesellschaftssystem im Jahr 2000 eine Lösung der dringenden Menschheitsprobleme zu bzw. sehen in ihm das einzige menschenwürdige Gesellschaftsmodell der Zukunft, rund 60 % zweifeln daran, etwa ein Drittel äußert sich ambivalent. Diese mehrheitlich skeptische Sicht tritt in allen relevanten Untergruppen zutage, Ausdruck einer weitgehenden Übereinstimmung in der Grundhaltung gegenüber dem jetzigen System, das offensichtlich nicht als „Ende der Geschichte“ angesehen wird. Allerdings werden auch der Verwirklichung sozialistischer Gesellschaftsideale kaum Chancen beigemessen: Ebenfalls weniger als 10 % glauben 2000 daran, dass sich die sozialistischen Gesellschaftsideale eines Tages durchsetzen werden. Gesellschaftliche Zukunftsvisionen – so oder anders geartet - sind (auch) bei den Panelmitgliedern nicht zu erkennen.

5. Schon Bundesbürger, aber noch DDR-Bürger

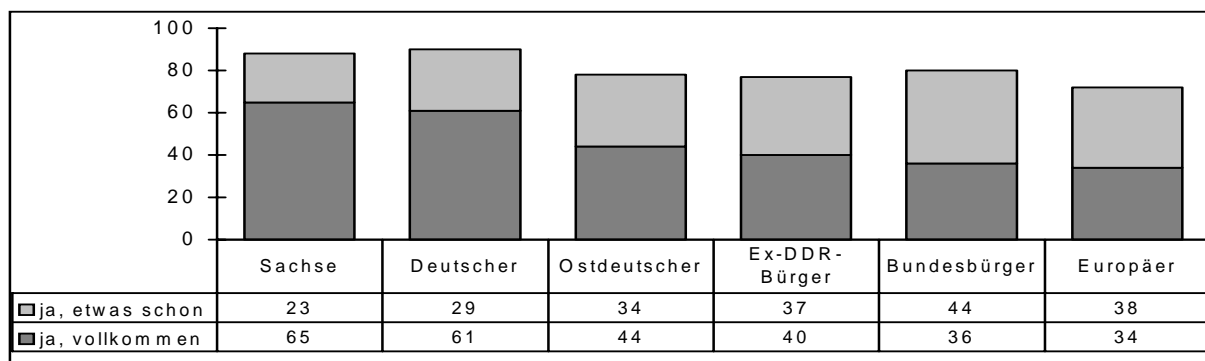
Der durch die Wende und die Vereinigung ausgelöste Umbruch in der gesamten Lebenslage der Ostdeutschen widerspiegelt sich in spezifischer Weise im Wandel ihrer kollektiven Identität, der Selbstlokalisierung als Mitglied sozialer Gruppen. Die typischen Fragen der Identitätssuche „Wer sind wir?“, „Woher kommen wir?“, „Wohin gehören wir?“ bewegen - mehr oder weniger bewusst - auch viele junge Ostdeutsche. Wie sich zeigt, erweist sich vor allem der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger als ein sehr langwieriger Prozess mit teilweise unerwarteten Tendenzen.

Die Entwicklung kollektiver Identitäten war nach der Wende fast von Anfang an Forschungsgegenstand dieser Studie. Seit 1990 bzw. 1992 wurden folgende Aspekte untersucht: Identität als Deutscher, als Sachse, als Europäer, als Bürger der Bundesrepublik Deutschland, als Bürger der DDR, als Bürger der Stadt/Gemeinde (nicht durchgehend), als Ostdeutscher (seit 1996). Im Rahmen dieses Kapitels informieren wir zunächst über die im Jahr 2000 ermittelten Daten, ausführlicher gehen wir dann auf den Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger ein. Abschließend stellen wir noch die Trends zu den übrigen Aspekten dar.

Tabelle 5.1: Zugehörigkeitsgefühle der Panelmitglieder 2000 im Überblick
 „Als was fühlen Sie sich?“
 1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon
 3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

	1	2	(1+2)	3	4
als Sachse/Sächsin	65	23	(88)	9	3
als Deutsche (r)	61	29	(90)	8	2
als Ostdeutsche (r)	44	34	(78)	16	6
als Bürger (in) der ehemaligen DDR	40	37	(77)	17	6
als Bürger (in) der Bundesrepublik Deutschland	36	44	(80)	14	6
als Europäer (in)	34	38	(72)	22	6
als Bürger (in) meiner Stadt/Gemeinde (1998)	42	33	(75)	20	5

Abbildung 5.1: Zugehörigkeitsgefühle der Panelmitglieder 2000 im Überblick



Fragetext: „Als was fühlen Sie sich?“
 1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon
 3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

Die Abbildung zeigt, dass sich die Panelmitglieder im Jahr 2000 besonders häufig als Deutsche bzw. als Bürger des Freistaates Sachsen fühlen: 90 % bzw. 88 % (Ap 1+2). Bei diesen Aspekten liegen die Anteile einschränkungsloser Identifikation weit über der Hälfte. Alle

anderen Aspekte sind zwar ebenfalls mehrheitlich ausgeprägt, jedoch deutlich geringer einschränkungslos. Reichlich drei Viertel der Panelmitglieder fühlen sich als Bundesbürger (80 %), als Ostdeutsche (78 %), als Bürger der DDR (77 %), als Bürger ihrer Stadt bzw. Gemeinde (1998: 75 %). Knapp drei Viertel fühlen sich als Europäer (72 %). Die genannten Aspekte stehen dabei natürlich nicht isoliert nebeneinander, sondern bilden eine individuell spezifische Struktur; wir können hier nicht näher darauf eingehen.

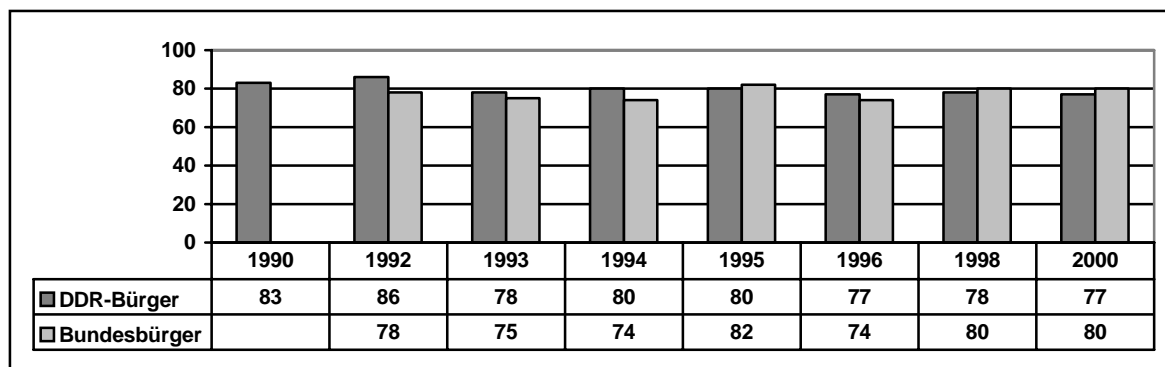
Wie schon der Gesamtüberblick andeutet, erweist sich der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger als ein sehr langwieriger und widersprüchlicher Prozess. Die folgende Tabelle dokumentiert die seit 1990 bzw. 1992 vorliegenden Daten:

Tabelle 5.2: Ausprägung der Identität als Bürger der Bundesrepublik bzw. als Bürger der DDR im Trend 1990 bzw. 1992 bis 2000
 „Zu Ihrem Zugehörigkeitsgefühl: Als was fühlen Sie sich?
 1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon
 3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	X	V	POP	KOP	NEP
<i>als Bürger (in) der Bundesrepublik Deutschland</i>										
1992	36	42	(78)	17	5	1,9	-	-	-	-
1993	32	43	(75)	19	6	2,0	92:93	18	60	22
1994	26	48	(74)	18	8	2,1	93:94	19	58	23
1995	29	53	(82)	15	3	1,9	94:95	24	57	19
1996	29	45	(74)	20	6	2,0	95:96	16	60	24
1998	29	51	(80)	15	5	1,9	96:98	25	57	18
2000	36	44	(80)	14	6	1,9	98:00	25	56	19
<i>als Bürger (in) der ehemaligen DDR</i>										
1990	48	35	(83)	10	7	1,8	-	-	-	-
1992	42	44	(86)	7	7	1,8	90:92	24	45	31
1993	43	35	(78)	15	7	1,9	92:93	21	52	27
1994	42	38	(80)	13	7	1,9	93:94	24	54	22
1995	36	44	(80)	13	7	1,9	94:95	19	66	15
1996	38	39	(77)	14	9	1,9	95:96	19	58	23
1998	39	39	(78)	18	4	1,9	96:98	23	58	19
2000	40	37	(77)	18	5	1,9	98:00	20	61	19

Zur Veranschaulichung stellen wir die zusammengefassten Antwortpositionen 1 und 2 noch einmal grafisch dar:

Abbildung 5.2: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2000 (die Ap 1+2 wurden zusammengefasst)



Im Jahr 2000 fühlen sich reichlich drei Viertel der Panelmitglieder als Bürger der Bundesrepublik (80 %), zugleich fühlen sich jedoch knapp ebenso viele noch als Bürger der unterge-

gangenen DDR (77 %). Die beiden Prozentverteilungen unterscheiden sich statistisch nicht voneinander.

Die staatsbürgerliche Identifikation der Panelmitglieder mit der Bundesrepublik hat sich in der Gesamtgruppe zwischen 1992 und 2000 nicht gravierend verstärkt. Die Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR ist im Untersuchungszeitraum 1990 bis 2000 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Zusammenbruch nur leicht rückläufig.

Bei beiden Aspekten ist aus den angeführten Längsschnittkoeffizienten für die Jahresvergleiche auch ablesbar, dass mehr oder weniger große Veränderungen vor sich gegangen sind. Trotz ähnlicher Querschnittsverteilungen lassen die Koeffizienten POP und NEP auf einen erheblichen Wechsel der individuellen Werte zwischen den Messpunkten erkennen, der mitunter fast die Hälfte der Panelmitglieder erfasst. Die Suche nach ihrer staatsbürgerlichen Identität ist bei sehr vielen Panelmitgliedern noch im Gange.

Erwähnenswert ist, dass die im Westen lebenden Panelmitglieder sich nur tendenziell häufiger mit der Bundesrepublik identifizieren als ihre im Osten gebliebenen Altersgefährten, erst 2000 tritt ein signifikanter Unterschied zu ihren Gunsten auf, der sich aber nur im Anteil einschränkungsloser Identifikation äußert (47 % gegenüber 33 %). In Bezug auf die Identifikation mit der DDR unterscheiden sich diese beiden Teilgruppen nicht signifikant.

Für die Beurteilung der Identifikation mit der Bundesrepublik bzw. mit der DDR ist außerdem wesentlich, dass sich beide Aspekte keineswegs ausschließen. Die Kopplung des Zugehörigkeitsgefühls als Bundesbürger einerseits und als DDR-Bürger andererseits zeigt - leicht vereinfacht (die vier Antwortpositionen wurden dichotomisiert) - 2000 diese Relationen:

- > 63 % fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben (Typ I)
- > 13 % haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich jedoch noch als DDR-Bürger (Typ II)
- > 17 % fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger (Typ III)
- > 7 % fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger (Typ IV)

Die Relationen dieser Teilgruppen haben sich seit 1992 nur leicht verändert:

Jahr	I	II	III	IV
1992	65	20	13	2
1993	56	22	19	3
1994	58	22	17	3
1995	64	16	18	2
1996	58	19	16	7
1998	63	15	17	5
2000	63	13	17	7
lebt im Osten	64	14	15	7
lebt im Westen	58	10	25	7

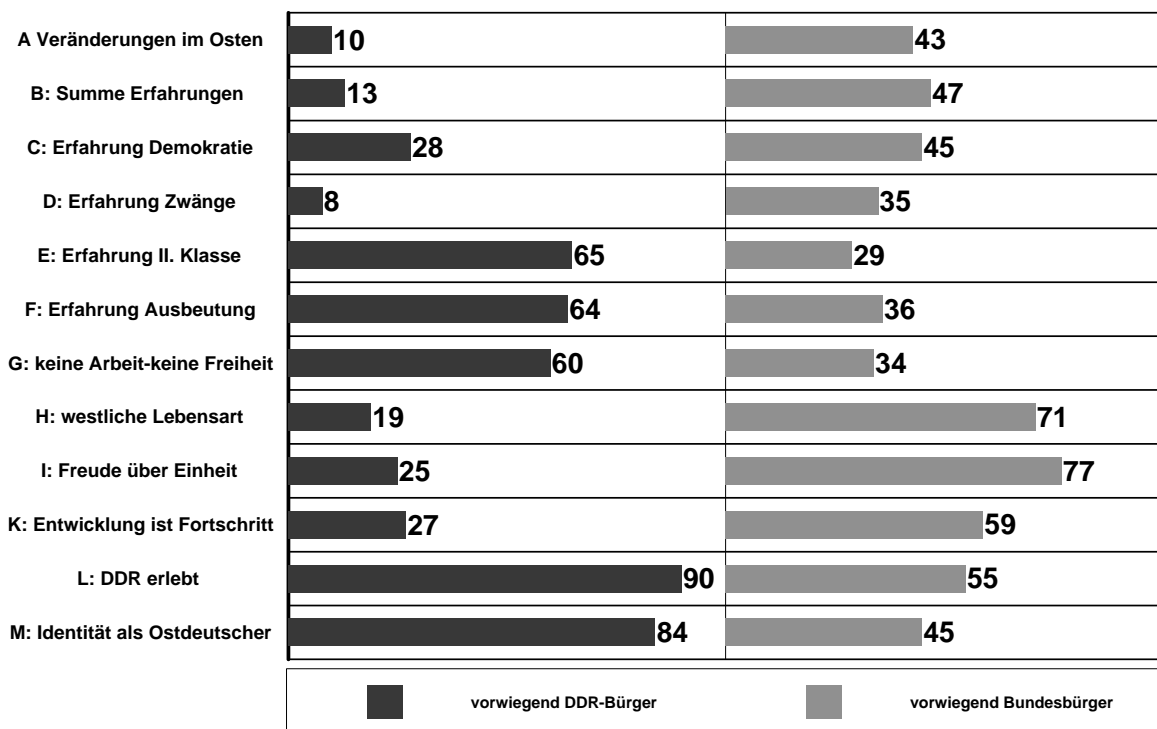
Allerdings deutet sich eine Umkehrung der Relationen zwischen den Typen II und III an, d.h. zwischen denen, die sich noch vorwiegend als DDR-Bürger bzw. schon vorwiegend als Bundesbürger fühlen. Auf der Ebene der genannten Typen scheint sich demnach eine Veränderung anzudeuten, deren künftiger Verlauf sehr interessant sein wird. Panelmitglieder, die im Westen leben, unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen, die im Osten leben. Die Verteilungen unterscheiden sich statistisch nicht (2000: $P = .179$).

Für die meisten Panelmitglieder ist im Jahr 2000 (wie schon zuvor) charakteristisch, dass sie schon Bundesbürger sind, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist offensichtlich tiefer verwurzelt, als bisher angenommen wurde. Es wird auch von jungen Menschen nicht in verhältnismäßig kurzen Zeit-

räumen als Ballast abgeworfen. Eine große Rolle spielen dabei tiefe lebensgeschichtliche Prägungen, vor allem das Erleben der DDR als Heimatland, die Betonung der gelebten Biographie, die Erinnerung an eine meist sorgenfreie Kindheit in sozialer Sicherheit, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast heutiger Alltagserfahrungen. Entscheidenden Einfluss haben jedoch die aktuellen Erfahrungen der Panelmitglieder im Vereinigungsprozess. Wir gehen darauf noch näher ein. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik wohl noch längere Zeit dauern wird.

Aufschlussreich ist eine Gegenüberstellung der oben genannten Typen staatsbürgerlicher Identifikation, insbesondere der beiden Extremtypen „Vorwiegend Bundesbürger“ und „Vorwiegend DDR-Bürger“, die auch einen Einblick in die dahinter liegenden Einflussfaktoren gibt. Sie erfassen rund ein Drittel aller Panelmitglieder:

Abbildung 5.3: Einstellungen und Erfahrungen von Panelmitgliedern, die sich 2000 vorwiegend als DDR-Bürger bzw. vorwiegend als Bundesbürger fühlen



Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe)

A Vereinigungsbilanz für Ostdeutschland: mehr positive Veränderungen (28 %)

B persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem: nur/überwiegend positive (32 %)

C Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik: zufrieden/eher zufrieden (35 %)

D Erfahrung: Das Leben ohne wirtschaftliche Zwänge gestalten können: ja (19 %)

E Erfahrung: Viele Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse: völlige/ingeschränkte Zustimmung (48 %)

F Die früher gelernte These stimmt auch heute, dass die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten: ja (50 %)

G Auffassung: Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe (42 %)

- H Westliche Lebensart gefällt: vollkommen/im großen und ganzen (41 %)
- I Freude über deutsche Einheit: sehr stark/stark (56 %)
- K Urteil über gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland: eher Fortschritt (44 %)
- L Froh, DDR noch erlebt zu haben: völlige/eingeschränkte Zustimmung (81 %)
- M Identität: Ich fühle mich als Ostdeutscher: vollkommen/etwas schon (78 %)

Beide Extremgruppen unterscheiden sich im Jahr 2000 wie schon in den vorangegangenen Jahren hoch signifikant in vielen Erfahrungen, politischen Einstellungen und Wertungen. Das betrifft z.B. die Vereinigungsbilanz für Ostdeutschland (A): Von den Panelmitgliedern, die sich vorwiegend als Bundesbürger fühlen, konstatieren ihren Erfahrungen zufolge 43 % mehr positive Veränderungen, von jenen dagegen, die sich überwiegend als DDR-Bürger fühlen, nur 10 %. Ähnlich groß sind die Unterschiede in Bezug auf den Anteil derer, die persönlich überwiegend positive Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht haben (B): Von den TeilnehmerInnen, die sich vorwiegend als Bundesbürger sehen, gilt das für 47 % gegenüber nur 13 % jener, die sich noch vorwiegend als DDR-Bürger betrachten. Bemerkenswert sind die Unterschiede in den Erfahrungen demokratischer Mitgestaltung: Von Ersteren sind 45 % mit ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik zufrieden, von Letzteren nur 28 % (C).

Auch andere Erfahrungen spielen eine Rolle: Von den Panelmitgliedern, die sich überwiegend als Bundesbürger fühlen, haben mehr die Erfahrung gemacht, ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können als von jenen, die sich überwiegend als DDR-Bürger fühlen (35 % gegenüber 8 %; D); sie haben seltener die Erfahrung gemacht, von vielen Westdeutschen als Deutsche II. Klasse behandelt zu werden (29 % gegenüber 65 %; E) bzw. stimmen seltener zu, dass die früher vermittelte These von der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten auch heute noch stimmt (36 % gegenüber 64 %; F).

Beide Extremgruppen unterscheiden sich auch sehr deutlich in ihren politischen Einstellungen: Von denen, die sich überwiegend als Bundesbürger fühlen, stimmen weitaus weniger der Auffassung „Ohne Arbeit keine Freiheit“ zu als von jenen, die sich mehr oder weniger als DDR-Bürger fühlen (34 % zu 60 %; G). Ersteren gefällt die westliche Lebensart erheblich häufiger als Letzteren (71 % zu 19 %; H), sie äußern viel häufiger Freude über die Vereinigung (77 % zu 25 %; I), betrachten häufiger die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland als Fortschritt (59 % zu 27 %; K), sind dagegen viel weniger häufig froh darüber, die DDR noch erlebt zu haben (55 % gegenüber 90 %; L). Besonders charakteristisch ist, dass sich von den Befragten, die mental schon mehr oder weniger in der Bundesrepublik „angekommen“ sind, nur 45 % als Ostdeutsche fühlen (darunter vollkommen: 9 %) gegenüber 84 % von jenen, die sich überwiegend als DDR-Bürger fühlen (vollkommen: 46 %).

Schließlich sei erwähnt (nicht in der Abbildung angeführt), dass beide Extremgruppen ihre Interessen von den Parteien sehr unterschiedlich vertreten sehen: Von denen, die sich vorwiegend als Bundesbürger betrachten, werden am häufigsten CDU/CSU mit 28 % und SPD mit 12 % genannt (PDS 6 %), von jenen, die sich vorwiegend als DDR-Bürger ansehen, dagegen PDS mit 23 % und SPD mit 15 % (CDU/CSU 4 %). Der Anteil derer, die sich von keiner Partei am besten vertreten fühlen, ist allerdings mit 42 % bzw. 46 % faktisch identisch.

Aus den angeführten und weiteren Daten geht klar hervor, dass die Entstehung einer neuen staatsbürgerlichen Identität keine Funktion der seit der Vereinigung vergangenen Zeit ist, sondern in komplexer Weise von den vielschichtigen und widersprüchlichen Erfahrungen der Panelmitglieder im Alltag des Einigungsprozesses beeinflusst wird, auch bei den verhältnismäßig jungen Panelmitgliedern.

Wir kehren noch einmal zu den Daten der Identifikation mit der DDR im Jahr 1990 zurück. Sie scheinen im Widerspruch zu dem klaren Negativtrend der DDR-Identifikation vor der

Wende zu stehen, über den wir im Kapitel 2. informiert haben. Tatsache ist aber, dass es unmittelbar nach der Wende eine starke Zuwendung zur - von der SED-Herrschaft befreiten - DDR gegeben hat, die vor allem aus der kurzzeitig verbreiteten Hoffnung auf eine sozialistische Erneuerung, einen eigenständigen dritten Weg der DDR resultierte. Die repräsentativen Meinungsumfragen des ZIJ belegen das sehr deutlich:

Tabelle 5.4: Identifikation der 15- bis 24jährigen Jugendlicher mit der DDR Ende 1989/1990
 „Ich fühle mich als DDR-Bürger“
 1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon
 3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

Zeitpunkt	1	2	3	4
November 1989	71	22	5	2
Februar 1990	47	29	14	10
April 1990	53	31	8	8
Juni 1990	41	35	17	7
August 1990	47	34	12	7
September 1990	42	31	20	7

Quelle: Bevölkerungsrepräsentative Meinungsumfragen des ZIJ 1989/90; vgl. W. Friedrich/P. Förster/K. Starke 1999, S. 177

Im November 1989 fühlten sich nahezu alle Jugendlichen (wie auch die meisten älteren Bürger) als Bürger der grundlegend veränderten DDR. Zu diesem Zeitpunkt plädierte erst knapp die Hälfte der jungen wie der älteren DDR-Bürger für die Vereinigung mit der BRD, der weit-aus größte Teil der Jugendlichen (88 %) wie auch der Bevölkerung insgesamt sprach sich zu diesem Zeitpunkt noch für den Weg eines „besseren, reformierten Sozialismus“ aus. Nur 5 % votierten für einen „kapitalistischen Weg“, weitere 7 % für einen „anderen Weg“. Selbst von dem kleinen Teil der Jugendlichen, die einschränkungslos für die Vereinigung waren, hatten dabei nur 22 % einen „kapitalistischen Weg“ vor Augen. Doch schon im Februar zeichnete sich erneut ein klarer Rückgang der DDR-Identifikation ab, der sich allerdings bis zur Vereinigung nicht wesentlich verstärkt hat - damals ein völlig unerwartetes Ereignis.

Diese Entwicklung hat sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch bei den TeilnehmerInnen der Längsschnittstudie so oder sehr ähnlich vollzogen. Darauf lässt auch die hohe Übereinstimmung der Daten vom Mai 1990 (4. Welle) mit denen der ZIJ-Umfrage vom April 1990 schließen.

Auch Korrelationsanalysen legen nahe, dass die erwähnte verbreitete DDR-Identifikation im Mai 1990, aber auch in den folgenden Jahren sich auf eine durch die Wende grundlegend veränderte DDR bezieht. Zwar bestand auch im Frühjahr 1990 (4. Welle) noch eine verhältnismäßig enge Korrelation zwischen der (stark zurückgegangenen) DDR-Identifikation vor der Wende ($r = .34$; $P = .000$), dieser Zusammenhang löste sich interessanterweise jedoch in den Folgejahren völlig auf. Signifikante Korrelationen bestanden dagegen bis 1998 zwischen der DDR-Identifikation nach der Wende (4. Welle) und zum jeweiligen Zeitpunkt. Das bedeutet, dass die im Frühjahr 1990 beobachtete starke Zuwendung zur veränderten DDR in den folgenden Jahren statistisch nachweisbar nachwirkte. Im Jahr 2000 besteht zwar keine signifikante Korrelation mehr ($P = .083$), eine deutliche Tendenz ist jedoch noch immer zu erkennen.

Trotz der mehrheitlichen Bejahung der Wende und der deutschen Einheit sowie des verbreiteten Zugehörigkeitsgefühls zur Bundesrepublik ist die politische Identifikation mit ihr auch zehn Jahre nach der Vereinigung nur schwach entwickelt:

Tabelle 5.5: Politische Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland 2000
 „Ich fühle mich mit der Bundesrepublik politisch eng verbunden.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

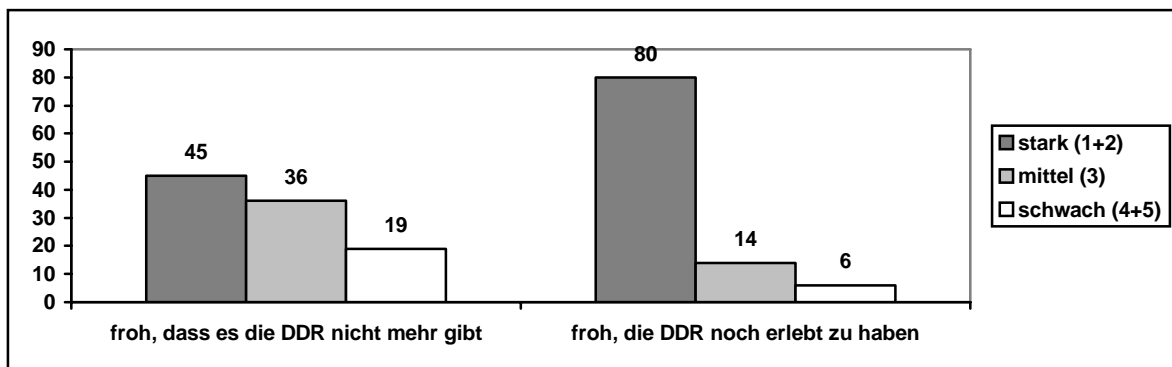
	1	2	3	4	5
Gesamtgruppe	1	6	23	37	33
<i>Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik 2000:</i>					
ja, vollkommen	3	11	26	39	21
ja, etwas schon	0	3	26	37	34
nein, eigentlich/absolut nicht	0	3	13	36	48

(P = .000)

Nur eine Minderheit von 7 % fühlt sich im Jahr 2000 politisch mit der Bundesrepublik verbunden. Zwar besteht ein signifikanter Zusammenhang mit dem Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik, jedoch artikulieren auch nur 14 % derer eine politische Verbundenheit mit ihr, die sich einschränkungslos als Bundesbürger sehen, Echo der im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem. Das gilt auch für jene Panelmitglieder, die im Westen leben.

Diese Widersprüchlichkeit des Denkens über das vereinte Deutschland geht auch aus weiteren Ergebnissen der Studie hervor. So ist im Jahr 2000 zwar knapp die Hälfte der Panelmitglieder (45 %) froh darüber, dass es die DDR nicht mehr gibt (nur 19 % widersprechen dem, bedauern offenbar ihren Untergang), zugleich äußern reichlich drei Viertel (80 %), froh darüber zu sein, die DDR noch erlebt zu haben:

Abbildung 5.4: Einstellung der Panelmitglieder zur untergegangenen DDR 2000



Fragetext: „Ich bin froh, dass es die DDR nicht mehr gibt.“
 „Ich bin froh, sie noch erlebt zu haben.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Der hohe Anteil derer, die froh sind, die DDR noch erlebt zu haben, lässt darauf schließen, dass sehr viele Panelmitglieder sich noch immer positiv an sie bzw. an bestimmte Aspekte des Lebens in ihr erinnern. Das gilt selbst für die überwiegende Mehrheit jener Teilnehmer, die froh über ihren Untergang sind. Um welche Aspekte es sich dabei vor allem handelt, geht aus dem Systemvergleich frühere DDR - heutige BRD hervor, auf den wir noch einmal zurückkommen.

Außerordentlich unterschiedlich sind die Auffassungen der Panelmitglieder darüber, ob es sich bei der DDR um einen „lebenslangen Knast“ gehandelt habe (in Anlehnung an eine Formulierung der 1992 eingesetzten Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“). Hierzu liegt ein Trend seit 1994 vor:

Tabelle 5.6: Bewertung des Lebens in der DDR als „Knast“ im Trend 1994 bis 2000
 „Das Leben in der DDR vor der Wende bedeutete für die Menschen 'lebenslangen Knast'“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

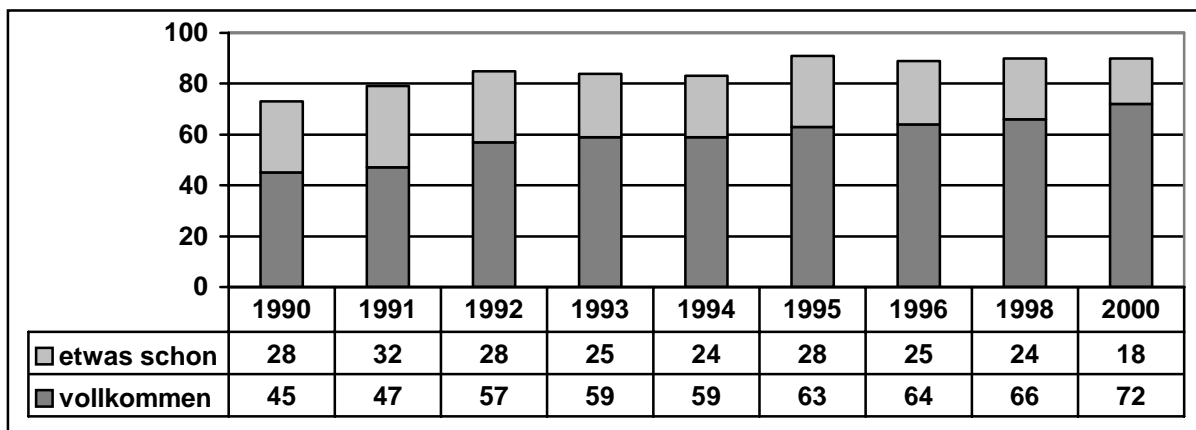
	1	2	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
1994	10	23	29	21	17	3,1	-	-	-	-
1995	7	26	29	22	16	3,2	94:95	24	47	29
1996	9	26	26	19	20	3,1	95:96	29	42	29
1998	10	21	36	20	13	3,0	96:98	30	46	24
2000	12	24	31	20	13	3,0	98:00	33	44	23

Dieser Charakterisierung schließen sich im Jahr 2000 36 % der Panelmitglieder an, 33 % widersprechen ihr, 31 % nehmen eine ambivalente Haltung ein. Zu einer totalen Verurteilung der DDR ist demnach etwa ein Drittel von ihnen bereit. Ähnliche Relationen bestanden auch in den vorangegangenen Jahren. Auffällig ist der hohe Anteil mehr oder weniger stark wechselnder Positionen zwischen den Messpunkten (er ist sogar höher als der Anteil konstanter Positionen), ein Hinweis darauf, dass die Suche nach einem Standpunkt hierzu noch anhält. Ein Trend zu mehr Zustimmung bzw. Ablehnung ist nicht erkennbar.

Wir hatten eingangs dieses Kapitels erwähnt, dass im Untersuchungszeitraum noch weitere kollektive Identitäten erfasst wurden. Das betrifft die Identität als Sachse, Deutscher, Europäer und als Ostdeutscher.

Zunächst zur regionalen Identität als Sachse, die von 1990 an erfragt wurde:

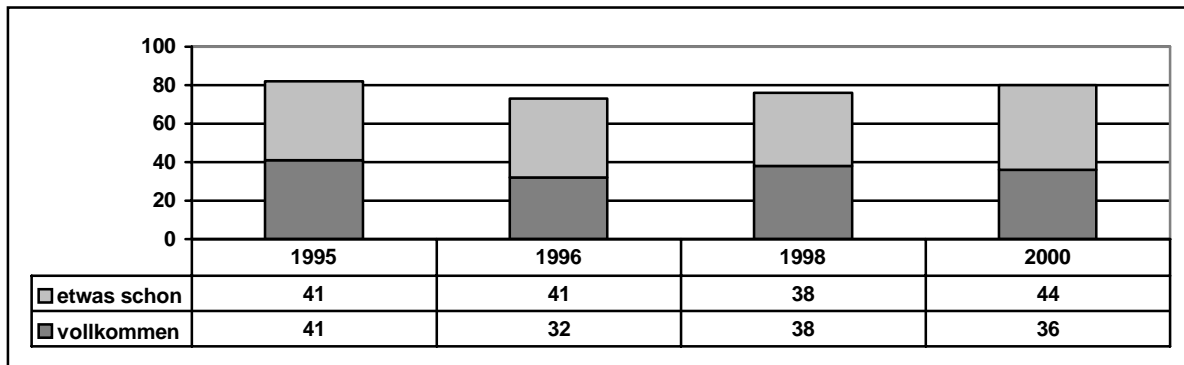
Abbildung 5.5: Anteil der Panelteilnehmer, die sich einschränkungslos oder eingeschränkt mit Sachsen identifizieren, im Trend 1990 bis 2000 (ohne Teilnehmer, die im Westen leben)



Vorangestellt sei noch ein relevantes Ergebnis der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M 2 vom Februar 1990: 76 % der Bürger der Noch-DDR (77 % der Jugendlichen) sprachen sich damals dafür aus, wieder zu den früheren Länderstrukturen zurückzukehren, die dann im Zusammenhang mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 wieder eingeführt wurden. Mit 84 % lag die Zustimmung der sächsischen Bürger leicht über dem Gesamtdurchschnitt. Aus den Ergebnissen der Meinungsumfrage M 4 vom April 1990 ging übrigens hervor, dass eine Landesidentität am häufigsten in Thüringen mit 83 % und in Sachsen mit 80 % geäußert wurde. Mit großem Abstand folgten die Bewohner Mecklenburgs (62 %), Sachsen-Anhalts (52 %), Brandenburgs (43 %) und (Ost-)Berlins (38 %).

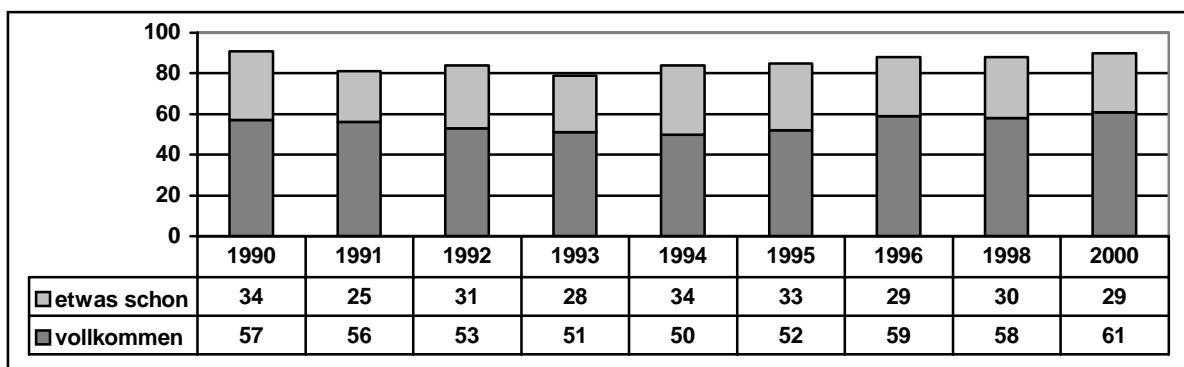
Das Zugehörigkeitsgefühl als Sachse/Sächsin hat sich im Untersuchungszeitraum deutlich erhöht: Im Mai 1990 (also noch vor der Wiedereinrichtung der Länder) fühlten sich 73 % der Panelmitglieder als Sachse/Sächsin (darunter 45 % einschränkungslos), im Jahr 2000 war dieser Anteil auf immerhin 90 % angestiegen (davon 72 % einschränkungslos). Dabei wurden nur jene Teilnehmer berücksichtigt, die in Ostdeutschland leben. Bei jenen, die im Westteil oder im Ausland leben (seit 1995 erfragt), war eine erheblich andere Entwicklung zu beobachten:

Abbildung 5.6: Anteil der Panelmitglieder, die sich einschränkungslos oder eingeschränkt mit Sachsen identifizieren, im Trend 1995 bis 2000. Nur Teilnehmer, die zum jeweiligen Zeitpunkt in Westdeutschland oder im Ausland leben



Bei ihnen ist eine signifikant geringere Identifikation zu beobachten, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Offensichtlich hat die örtliche Trennung vom „Heimatland Sachsen“ einen leichten Rückgang ihrer Identifikation bewirkt. Es wird interessant sein, diesen Trend weiter im Blick zu behalten, auch unter dem Aspekt einer Rückkehr in den Osten. Auch die Identität als Deutscher bzw. Deutsche wurde in unserer Studie von der ersten Welle nach der Wende an erfasst. Sie war zu allen Zeitpunkten - von einem leichten Rückgang Mitte der 90er Jahre abgesehen - stark entwickelt, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung:

Abbildung 5.7: Anteil der Panelmitglieder, die sich einschränkungslos bzw. eingeschränkt als Deutsche fühlen, im Trend 1990 - 2000



Wie die Ergebnisse der Meinungsumfragen des ZIJ 1989/90 vermuten lassen, war die nationale Identität unmittelbar nach der Wende noch stärker entwickelt als zu Beginn der Messungen in unserer Studie im Frühjahr 1990 - Widerspiegelung der damals für große Teile der Bevölkerung charakteristischen „nationalen Euphorie“. Für die Altersgruppe der 15-24-Jährigen wurden folgende Prozentquoten ermittelt: November 1989 95 %, davon 69 % ohne Einschränkung; Februar 1990: 97 %, davon 75 % einschränkungslos (vgl. Friedrich/Förster 1991: 357). Die Werte unserer Studie vom Frühjahr 1990 stimmen fast auf das Prozent genau mit den Ergebnissen der Meinungsumfrage M 4 überein.

Schon Anfang der 90er Jahre gab es eine Diskussion darüber, ob man stolz darauf sein kann bzw. soll, Deutscher zu sein. Im Rahmen der 7. Welle 1992 stellten wir eine entsprechende Frage, deren Ergebnisse noch heute interessant sind:

Tabelle 5.7: Ausprägung des Stolzes, Deutscher zu sein, im Jahr 1992
 „Sind Sie stolz, Deutsche/Deutscher zu sein?“

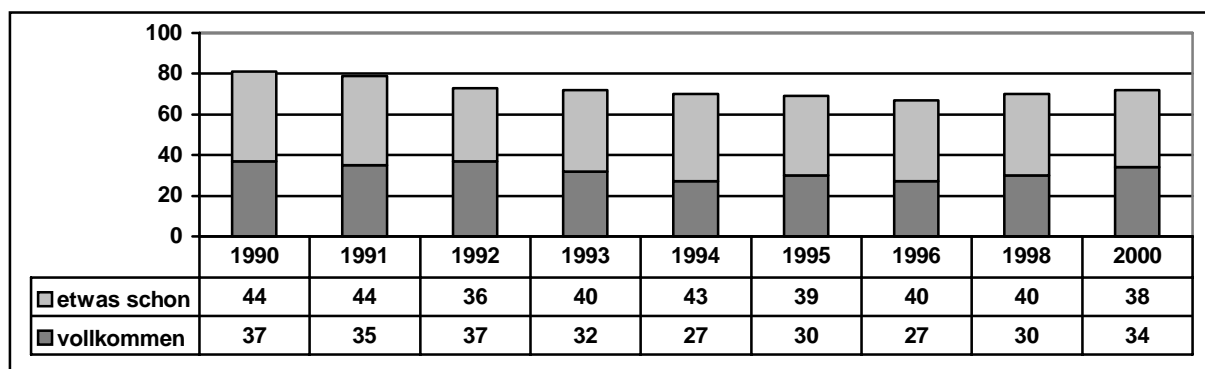
1 sehr stolz	2 ziemlich stolz
3 nicht sehr stolz	4 überhaupt nicht stolz

	1	2	3	4
Gesamtgruppe	17	35	35	13
<i>politisch-weltanschauliche Position 1992:</i>				
linksorientiert	3	22	47	28
weder-noch	14	39	39	8
rechtsorientiert	46	50	4	0
(r = .58; P = .000)				
<i>Einstellung zu Ausländern 1992:</i>				
gegen Ausländer	34	49	13	4
weder gegen noch für Ausländer	10	40	41	9
für Ausländer	2	12	55	31
(r = .56; P = .000)				

Rund die Hälfte der Panelmitglieder (52 %) war damals mehr oder weniger stolz, ein Deutscher zu sein, ohne Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen. Beträchtliche Unterschiede bestanden jedoch zwischen Links- bzw. Rechtsorientierten: Von den Rechtsorientierten äußerten fast alle Stolz auf ihre nationale Identität, von den Linksorientierten nur ein Viertel. Weiter ist ablesbar, dass die Ablehnung von Ausländern mit einer mehr oder weniger starken Ausprägung von Nationalstolz einhergeht. Beide Zusammenhänge stellen natürlich Wechselwirkungen dar, auf die wir an anderer Stelle noch einmal zurückkommen.

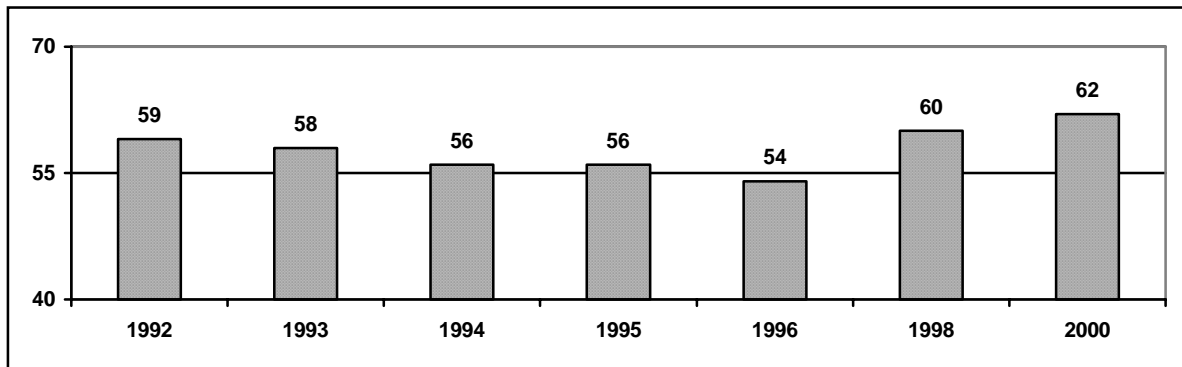
Eine andere Entwicklung hat im Untersuchungszeitraum die Identifikation der Panelmitglieder mit Europa genommen:

Abbildung 5.8: Anteil der Panelmitglieder, die sich einschränkungslos bzw. eingeschränkt als Europäer fühlen, im Trend 1990 - 2000



Zwischen 1990 und 1996 ist das Zugehörigkeitsgefühl der Panelmitglieder zu Europa signifikant zurückgegangen und scheint erst 2000 wieder leicht anzusteigen, liegt aber immer noch unter dem Ausgangsniveau. Außerdem überwiegen zu allen Messpunkten die Einschränkungen. Diese Entwicklung charakterisiert eine paradoxe Situation: Einerseits ist das Erleben Europas für diese jungen Ostdeutschen zu einer Selbstverständlichkeit geworden - wohl jeder bzw. jede von ihnen hat inzwischen viele Länder Europas und ihre Menschen und ihre Kultur kennen gelernt. Davon zeugen zahlreiche Notizen. Andererseits stehen sie dem europäischen Integrationsprozess nach wie vor eher skeptisch gegenüber (vgl. Sarcinelli/Hermann 1998: 40). Offensichtlich ist das die Quittung dafür, dass Europapolitik für sie wenig durchschaubar ist, weil sie bis in die Gegenwart - wie viele Kritiker wohl zu Recht bemängeln - faktisch „hinter verschlossenen Türen“ stattfindet, ohne demokratische Mitwirkung der Bürger. Diese „Europaskepsis“ wird auch sichtbar, wenn wir danach fragen, wie groß der Anteil der Panelmitglieder ist, die bereits eine „Doppel-Identität“ entwickelt haben, d.h. das Bewusstsein, Bundesbürger und Europäer zu sein:

Abbildung 5.9: Anteil der Panelmitglieder, die sich als Bundesbürger und zugleich als Europäer fühlen, im Trend 1992 bis 2000 (die Ap 1 und 2 beider Aspekte wurden jeweils zusammengefasst)



Mitte der 80er Jahre ging die Häufigkeit dieser „Doppelidentität“ sogar leicht zurück, ab 1998 ist wieder ein leichter Anstieg zu beobachten.

Abschließend kommen wir noch einmal auf die Identität als Ostdeutscher zurück, für die Angaben seit der 12. Welle 1996 vorliegen:

Tabelle 5.8: Ausprägung der Identität als Ostdeutscher im Trend 1996 bzw. bis 2000

Jahr	„Zu Ihrem Zugehörigkeitsgefühl: Als was fühlen Sie sich?“				X	V	POP	KOP	NEP	
	1 ja, vollkommen	2 ja, etwas schon	3 nein, eigentlich nicht	4 nein, absolut nicht						
1996	45	33	(78)	17	5	1,81	-	-	-	
1998	46	32	(78)	16	6	1,82	96:98	24	52	24
2000	44	34	(78)	16	6	1,84	98:00	20	59	21

Zu allen drei Befragungszeitpunkten fühlen sich reichlich drei Viertel der TeilnehmerInnen als Ostdeutsche, die meisten davon ohne Einschränkung. Die nahezu völlige Übereinstimmung der Querschnittsverteilungen täuscht jedoch, denn die Längsschnittkoeffizienten verweisen auf mehr oder weniger große Veränderungen zwischen den Wellen bei fast der Hälfte der Befragten. Dieses Zugehörigkeitsgefühl ist offensichtlich nicht so stabil, wie mitunter angenommen wird.

Eine Analyse der Einflussfaktoren lässt erkennen, dass hinter diesem Gefühl vor allem die Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung im Osten steht, insbesondere die Erfahrung, von vielen Westdeutschen als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden: Von den Panelmitgliedern, die diese Erfahrung machen mussten, fühlen sich immerhin 91 % mehr oder weniger stark als Ostdeutsche; von jenen dagegen, die sie nicht gemacht haben, nur 61 %. Auch die Ängste und Verunsicherungen vieler Panelmitglieder bzw. fehlender Zukunftsoptimismus im Allgemeinen und im Hinblick auf die beruflichen Pläne im Besonderen nähren das Gefühl, Ostdeutscher zu sein.

Wesentlich ist, dass das Gefühl, Ostdeutscher zu sein, für die Panelmitglieder offensichtlich keine Abgrenzung gegenüber der bundesdeutschen Identifikation bedeutet. Zwar besteht zwischen der Identifikation als Ostdeutscher und als DDR-Bürger ein enger positiver Zusammenhang in dem Sinne, dass das Zugehörigkeitsgefühl als DDR-Bürger um so stärker ist, je stärker das Zugehörigkeitsgefühl als Ostdeutscher ausgeprägt ist (und umgekehrt; $r = .62$; $P = .000$). Es besteht jedoch kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Identifikation als Ostdeutscher einerseits und als Bundesbürger andererseits ($r = .09$; $P = .080$); beide Zugehörigkeitsgefühle stehen faktisch beziehungslos, neutral nebeneinander. Das war auch schon in den vorhergehenden Wellen zu beobachten (1996: $r = .03$, $P = .611$; 1998: $r = .06$, $P = .258$).

Interessant ist schließlich auch, dass keinerlei Zusammenhang zur früheren politischen Systembindung besteht ($r = .00$, $P = .957$). Dieses Gefühl ist ausschließlich Ausdruck aktueller Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem.

6. Viele glauben an sozialistische Ideale, zweifeln aber an ihrer Verwirklichung

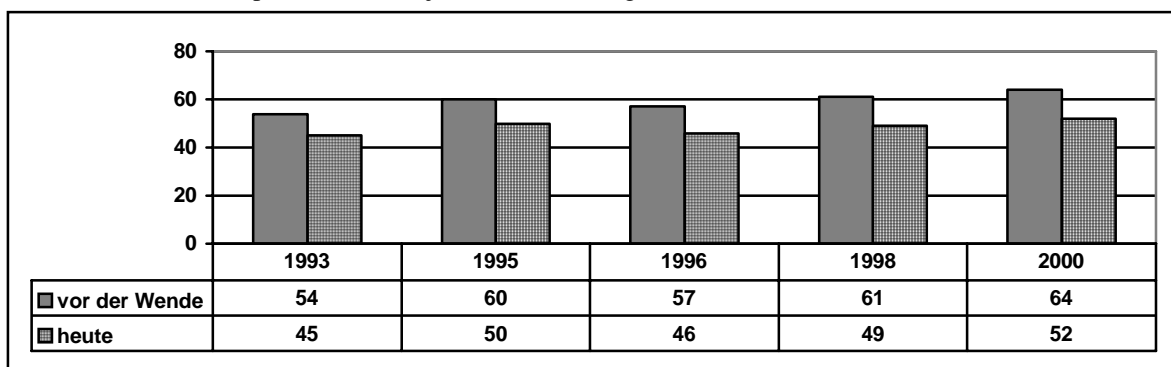
Eine der wichtigsten Forschungsfragen dieser Studie lautet, inwieweit die TeilnehmerInnen nach dem Untergang der DDR und des „Sozialistischen Weltsystems“ noch an sozialistische Ideale glauben. Dabei interessiert uns auch, wie sie nach ihrer heutigen Erinnerung vor der Wende zu diesen Idealen standen. Ergebnisse dazu liegen seit 1993 vor:

Tabelle 6.1: Identifikation mit den sozialistischen Idealen vor der Wende und heute im Trend 1993 bis 2000
 „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und b) wie stehen Sie heute dazu?“

	1 sehr dafür	2 eher dafür als dagegen	3 eher dagegen als dafür	4 sehr dagegen	X
<i>a) vor der Wende</i>					
1993	10	44	38	8	2,4
1995	13	47	32	8	2,4
1996	12	45	36	7	2,4
1998	14	47	33	6	2,3
2000	14	50	32	4	2,3
<i>b) heute</i>					
1993	6	39	43	12	2,6
1995	4	46	39	11	2,6
1996	4	42	43	11	2,6
1998	5	44	41	10	2,6
2000	5	47	39	9	2,5

Die folgende Abbildung veranschaulicht die Veränderungen in diesem Zeitraum noch einmal graphisch:

Abbildung 6.1: Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993 bis 2000 (die Ap 1 und wurden jeweils zusammengefasst)



Aus den Angaben zur Gegenwart geht zunächst hervor, dass im Jahr 2000 die reichliche Hälfte der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glaubt. Gegenüber 1993 ist ein leichter, aber signifikanter Zuwachs von 45 % auf 52 % zu beobachten. Das heißt: Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des von den Panelmitgliedern „hautnah“ als Zeitzeugen erlebten Zusammenbruchs des „Real existierenden Sozialismus“ keineswegs bei allen von ihnen diskreditiert und aus den Köpfen verschwunden. Mehr noch: Diese Ideale finden zunehmend Zuspruch.

Bemerkenswert ist, dass mit diesem Zuwachs auch ein deutlicher, signifikanter Anstieg beim Anteil jener Panelmitglieder einhergeht, die sich in ihrer Erinnerung vor der Wende zu den sozialistischen Idealen bekannt haben: Von 54 % 1993 auf 64 % 2000. Da beide Aspekte zu

allen Befragungszeitpunkten hoch miteinander korrelieren (die signifikanten Koeffizienten r liegen zwischen .51 und .61), liegt die Vermutung nahe, dass die zunehmende Bejahung sozialistischer Ideale in der Gegenwart mit dazu beigetragen hat, sich auch in der Erinnerung, sozusagen rückwirkend wieder häufiger zu ihnen zu bekennen. Wahrscheinlich hatte ein Teil der Panelmitglieder die ursprüngliche Identifikation mit sozialistischem Gedankengut eine Zeit lang verdrängt, wird sich aber jetzt dieser Identifikation wieder bewusst. Dieser bemerkenswerte Vorgang kann anhand von bedingten Längsschnittkorrelationen belegt werden. Tatsächlich ist der Zuwachs an erinnelter Identifikation mit sozialistischen Idealen vor der Wende bei jenen am größten, bei denen im Untersuchungszeitraum ein deutlicher Zuwachs an aktueller Identifikation feststellbar ist. Wir stellen das tabellarisch dar:

Tabelle 6.2: Veränderungen der erinnerten Identifikation mit sozialistischen Ideale vor der Wende bei den Panelmitgliedern, die sich zwischen 1993 und 2000 zunehmend zu diesen Idealen bekannt haben ($n = 63$)
AM wie bei Tabelle 6.1

Jahr	1	2	3	4	X	POP	KOP	NEP	Pt
1993	6	44	37	13	2,56	-	-	-	-
2000	22	49	27	2	2,08	49	45	6	.000 s.

Anmerkung: Bei der kleinen Teilgruppe derer, bei denen eine Negativierung der Identifikation nach der Wende zu beobachten ist, trat keine signifikante Veränderung auf; die Teilgruppe jener, deren Werte auf der Skala unverändert geblieben sind, ist inhaltlich gesehen nicht auswertbar.

Fast die Hälfte von ihnen (49 %) veränderte ihre Orientierung signifikant in positiver Richtung (POP), 45 % behielten sie bei (KOP), nur 6 % veränderten sie in negativer Richtung (NEP). Der Anteil zustimmender Angaben (AP 1+2) stieg von 50 % auf 71 %; der Mittelwert sank signifikant von 2,56 auf 2,08.

Der dargestellte Trend gilt für männliche und weibliche Panelmitglieder gleichermaßen, im Jahr 2000 lassen allerdings signifikant mehr junge Frauen eine positive Haltung zu sozialistischen Idealen erkennen als ihre männlichen Altersgefährten: 60 % gegenüber 43 %.

Die Zustimmung eines beträchtlichen und dazu zunehmenden Teils der Panelmitglieder zu sozialistischem Gedankengut widerspiegelt die im Kapitel 4. dargestellte verbreitete Unzufriedenheit mit dem jetzigen Gesellschaftssystem. Exemplarisch zeigt das die folgende Tabelle anhand des Zusammenhangs zwischen Demokratiezufriedenheit und Identifikation mit sozialistischen Idealen:

Tabelle 6.3: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Demokratie einerseits und der Identifikation mit sozialistischen Idealen andererseits (14. Welle 2000)

	Identifikation mit sozialistischen Idealen:			
	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen	sehr dagegen
<i>Demokratiezufriedenheit</i>				
sehr zufrieden/zufrieden	3	42	42	13
weniger zufrieden	4	52	38	6
unzufrieden	16	51	26	7

($N = 385$; $r = -.22$; $P = .000$)

Je geringer die Demokratiezufriedenheit ist (ähnlich: Zufriedenheit mit dem politischen System, mit der Wirtschaftsordnung), um so größer ist der Anteil derer, die sozialistische Ideale bejahen. Das gilt natürlich auch umgekehrt.

Wir haben es hier jedoch auch mit nachweisbaren Langzeitwirkungen politischer Sozialisation zu DDR-Zeiten zu tun, und zwar in einem überraschend starkem Maße: Früher stark systemverbundene Teilnehmer identifizieren sich heute signifikant häufiger mit sozialistischen Idealen als früher nur schwach systemverbundene: 81 % gegenüber 51 %! (Ap 1 und 2). Die Korrelation zwischen der im Frühjahr 1989 erhobenen Systembindung und der aktuellen Bejahung sozialistischer Ideale 2000 beträgt $r = .17$; $P = .001$; ähnliche signifikante Werte wurden in allen vorangegangenen Wellen ermittelt.

Im Vergleich zum Anteil der Panelmitglieder, die sich zu den sozialistischen Idealen bekennen, glauben allerdings sehr viel weniger daran, dass sich diese Ideale eines Tages durchsetzen werden. Die folgende Tabelle zeigt den Trend zwischen 1994 und 2000:

Tabelle 6.4: Glauben an die Verwirklichung der sozialistischen Ideale im Trend 1994 bis 2000
 „Die sozialistischen Gesellschaftsideale werden sich eines Tages durchsetzen“
 Das entspricht meiner Meinung
 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1994	5	8	(13)	25	30	32	3,8
1996	2	5	(7)	29	31	33	3,9
1998	2	6	(8)	30	31	31	3,8
2000	2	7	(9)	23	35	33	3,9

Identifikation mit den sozialistischen Idealen heute:

sehr dafür	6	28	(34)	22	22	22	3,2
eher dafür	2	10	(12)	31	40	17	3,6
eher dagegen	1	4	(5)	19	37	39	4,1
sehr dagegen	0	0	(0)	0	9	91	4,9

($r = .43$; $P = .000$)

Nur eine Minderheit von 9 % der Panelmitglieder glaubt 2000 daran, dass die sozialistischen Gesellschaftsideale eines Tages verwirklicht werden (Ap 1+2), 23 % äußern sich ambivalent, die meisten (68 %) glauben nicht an eine solche Vision. Selbst von jenen Teilnehmern, die sich stark mit den sozialistischen Idealen identifizieren, nehmen nur 34 % an, dass diese „eines Tages“ Realität sein werden (1998: 37 %). Auch bei den Linksorientierten ist der Anteil derer sehr gering (14 %), die sozialistischen Gesellschaftsidealen die Chance ihrer Verwirklichung geben.

Im Kapitel 2. hatten wir erwähnt, dass die politische Grundeinstellung „Sieg des Sozialismus“ vor der Wende angesichts der zunehmenden Krisenerscheinungen in der DDR und in vielen sozialistischen Ländern massiv zurückgegangen war. Dennoch besteht 2000 eine signifikante positive Korrelation zwischen dem im Frühjahr 1989 verbliebenen „Rest“ dieser politischen Grundüberzeugung und dem heutigen Glauben an eine sozialistische Vision ($r = .16$; $P = .002$). Auf solche Langzeitwirkungen gehen wir im Kapitel 10. näher ein.

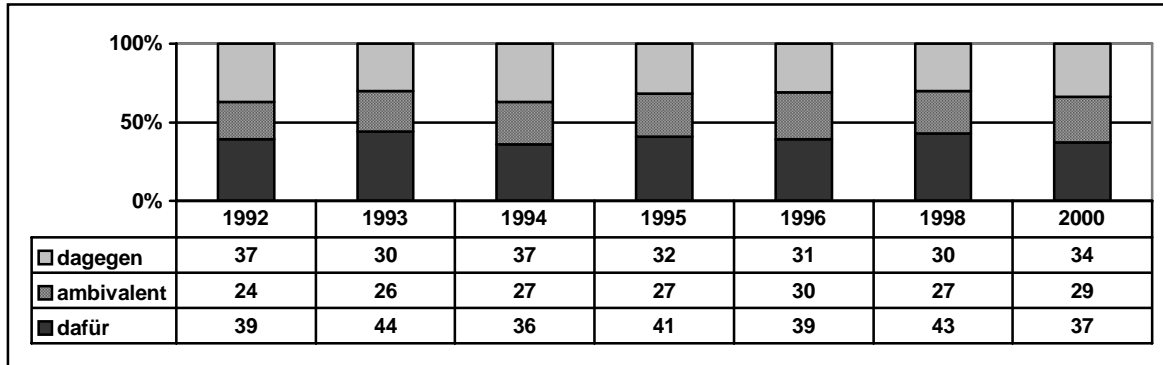
Erheblich mehr Panelmitglieder sprechen sich demgegenüber für eine reformsozialistische Alternative aus. Dazu liegen Trenddaten seit 1992 vor:

Tabelle 6.5: Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2000
 „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5, überhaupt nicht

	1	2	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
1992	19	20	24	17	20	3,0	-	-	-	-
1993	24	20	26	13	17	2,8	92:93	27	48	25
1994	18	18	27	17	20	3,0	93:94	18	49	33
1995	19	22	27	16	16	2,9	94:95	35	44	21

1996	16	23	30	15	16	2,9	95:96	24	48	28
1998	20	23	27	15	15	2,8	96:98	28	50	22
2000	16	21	29	17	17	3,0	98:00	19	50	31

Abbildung 6.2: Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2000 (reduzierte Darstellung, die Ap 1 und 2 bzw. 4 und 5 wurden zusammengefasst)



Schon von den Prozentverteilungen und der Abbildung her ist erkennbar: Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Gesellschaftsmodell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm. Die Panelmitglieder sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative, das gegenwärtig nur tendenziell besteht: 2000 würden 37 % eine reformsozialistische Alternative der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, 34 % votieren dagegen, 29 % äußern sich ambivalent. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an; in welche Richtung der Trend bei diesen jungen Ostdeutschen gehen wird, ist völlig offen. Das belegen auch die angeführten Längsschnittkoeffizienten: Der Anteil derer, die zwischen den Wellen ihre Auffassung konstant beibehalten haben (KOP), ist mit nur rund der Hälfte weitaus geringer als bei der Grundhaltung zur deutschen Einheit. Auf den gesamten Zeitraum bezogen ist sogar nur ein reichliches Drittel (38 %) bei ihrer Auffassung geblieben.

Die Linksorientierung eines beträchtlichen Teils der Panelmitglieder geht auch aus ihrer Selbsteinordnung in das Links-Rechts-Spektrum hervor. Für junge Ostdeutsche ist das Links-Rechts-Spektrum in den Jahren nach der Wende zum wichtigsten Bezugssystem ihrer politischen Grundorientierung geworden. Das geht klar aus unseren repräsentativen Jugendstudien in Sachsen hervor, und auch diese Langzeitstudie bestätigt dies. Da die große Mehrheit der Jugendlichen bei den Parteien nicht den erhofften Halt fand, um die damals weit verbreiteten Verunsicherungen, Konflikte, Orientierungsnöte zu überwinden, erwies sich das Links-Rechts-Spektrum bald als ein diesen Bedürfnissen entgegenkommendes Orientierungsmodell (ausführlicher s. Friedrich/Förster 1996: 33 ff.). Offensichtlich ist dieses Modell auch heute noch nicht überholt.

Daten zur Selbsteinstufung der Teilnehmer dieser Studie in das Links-Rechts-Spektrum liegen seit 1992 vor. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick:

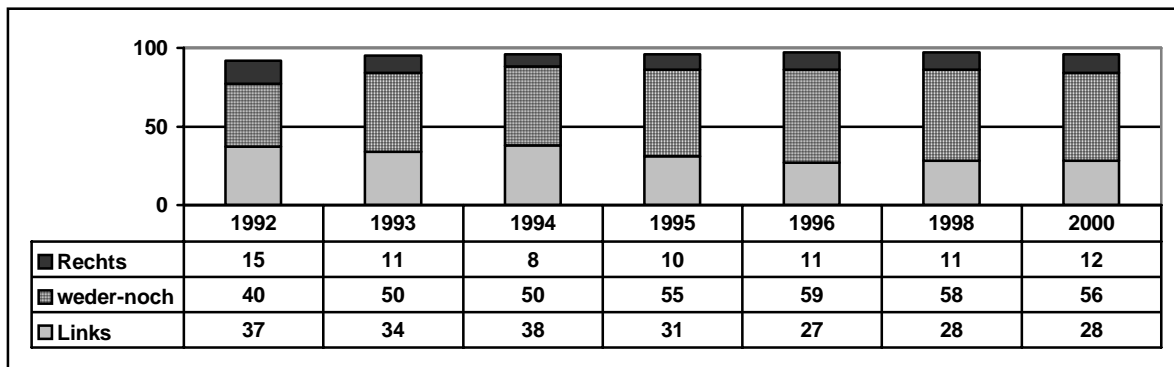
Tabelle 6.6: Positionen im Links-Rechts-Spektrum im Trend 1992 bis 2000
 „Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen ‘links’ und ‘rechts’ zu unterscheiden. Wie ordnen Sie sich ein?“
 1 links 2 eher links als rechts 3 weder noch
 4 eher rechts als links 5 rechts
 0 Das weiß ich (noch) nicht

	1	2	3	4	5	0	X*)	V	POP	KOP	NEP
1992	12	25	40	12	3	8	2,7	-	-	-	-

1993	10	24	50	8	3	5	2,7	92:93	9	86	5
1994	10	28	50	7	1	4	2,6	93:94	13	80	7
1995	7	24	55	8	2	4	2,7	94:95	8	82	10
1996	8	19	59	9	2	3	2,8	95:96	5	85	10
1998	7	21	58	9	2	3	2,8	96:98	8	84	8
2000	7	21	56	10	2	4	2,8	98:00	11	80	9

*) Mittelwerte und Längsschnittkoeffizienten ohne Ap „0“, Letztere wurden außerdem auf der Grundlage der zusammengefassten Ap 1+2 bzw. 4+5 berechnet.

Abbildung 6.3: Anteile Links- bzw. Rechtsorientierter und Vertreter der Mitte zwischen 1992 und 2000 (Differenz zu 100 %: Anteile derer, die sich nicht einordnen können bzw. wollen)



Ablesbar ist, dass der Anteil der Vertreter der Mitte (Ap weder-noch) zwischen 1992 und 2000 deutlich angestiegen ist: von 40 % 1992 auf 56 % bis 59 % 1996, 1998 bzw. 2000. Die Neigung, sich in der „Mitte“, weder links noch rechts zu positionieren, hat offensichtlich zugenommen. Dafür ist der Anteil der Linksorientierten von 37 % 1992 auf 28 % leicht zurückgegangen; der Anteil der Rechtsorientierten ist unverändert gering, von einem Rechtsruck kann bei den Teilnehmern keine Rede sein.

Aus den in Tabelle 6.6 angeführten Längsschnittkoeffizienten geht hervor, dass trotz der erwähnten Veränderungen die Konstanz der individuellen Positionen im Links-Rechts-Spektrum außerordentlich hoch ist (KOP bewegt sich zwischen 80 % und 86 %), ein Beleg dafür, dass es sich hierbei um eine überdurchschnittlich stabile Orientierung handelt. Selbst über den gesamten Zeitraum von 1992 bis 2000 haben 60 % ihr Selbstverständnis beibehalten.

Wie aus Tabelle 6.6 ebenfalls ersichtlich ist, konnten oder wollten sich im Jahr 2000 nur 4 % nicht in das Spektrum einordnen. Dieser Anteil war schon 1992 mit 9 % sehr klein und hat danach weiter abgenommen - das spricht dafür, dass die Einordnung den Teilnehmern keine Schwierigkeiten bereitet.

Wie in anderen Untersuchungen unterscheiden sich auch in unserer Studie die Geschlechtergruppen deutlich. Wir beschränken uns hier auf die 14. Welle 2000.

Tabelle 6.7: Positionen im Links-Rechts-Spektrum 2000, nach Geschlechtergruppen differenziert (reduzierte Darstellung)

„Wie ordnen Sie sich ein?“

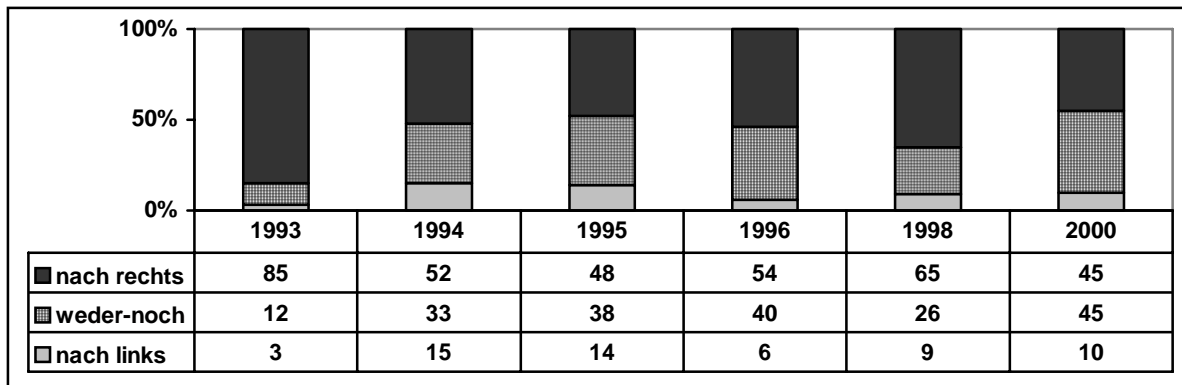
- | | | |
|-----------------------------|-------------------------|--------------|
| 1 links | 2 eher links als rechts | 3 weder noch |
| 4 eher rechts als links | | 5 rechts |
| 0 Das weiß ich (noch) nicht | | |

1+2	3	4+5	0	n
-----	---	-----	---	---

männlich	23	56	20	1	181
weiblich	32	56	6	6	206
(P = .000)					

Während die jungen Frauen häufiger linksorientiert sind, geben sich die jungen Männer häufiger als rechtsorientiert zu erkennen. Außerdem können oder wollen sich die jungen Frauen etwas häufiger nicht einordnen, auch bei ihnen handelt es sich jedoch um eine Minderheit. Seit 1993 gaben die Panelmitglieder über ihre eigene Position hinaus auch an, in welche Richtung auf der Links-Rechts-Skala sich ihrer Meinung nach die Gesellschaft bewegt:

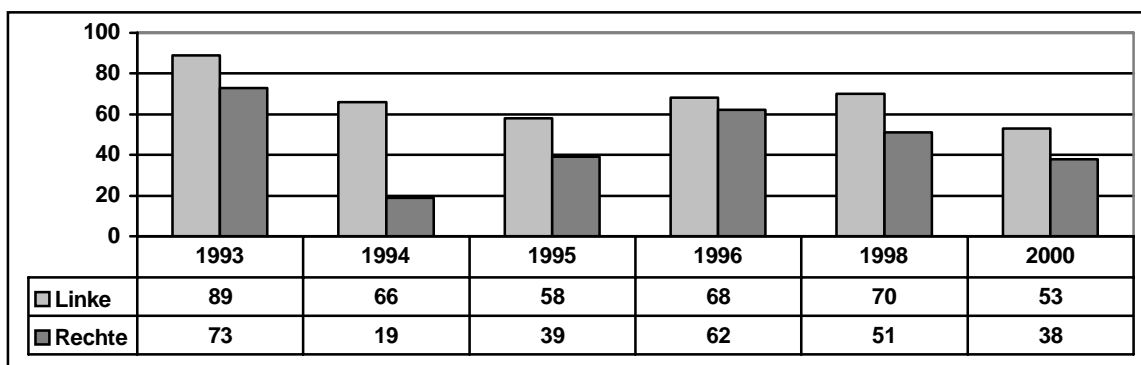
Abbildung 6.4: Entwicklungsrichtung der Gesellschaft in Deutschland im Trend 1993 bis 2000 (die Ap 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst; ohne die Ap 0: das kann ich nicht beurteilen)



Ein durchgehender Trend ist nicht erkennbar. Die Daten von 1993 widerspiegeln vermutlich die damals sehr hohe Zahl von Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. Auch danach fällt allerdings auf, dass die Panelmitglieder in diesem Zeitraum größtenteils eine Entwicklung der Gesellschaft nach Rechts beobachten, eine Entwicklung nach Links sehen nur Minderheiten. Beachtenswert ist auch die aus ihrer Sicht erneut stark zunehmende Rechtsdrift zwischen 1995 und 1998, die mit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 gestoppt scheint.

Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich erwartungsgemäß zum Teil deutliche Unterschiede in Abhängigkeit davon, wie die Panelmitglieder sich selbst auf der Links-Rechts-Skala einordnen. Die folgende Abbildung veranschaulicht das exemplarisch für die Linksorientierten einerseits und die Rechtsorientierten andererseits im Hinblick auf die Auffassung, dass sich die Gesellschaft in Deutschland nach rechts bewegt :

Abbildung 6.5: Anteile der Panelmitglieder, die eine Rechtsdrift der Gesellschaft beobachten, differenziert nach Linksorientierten bzw. Rechtsorientierten, im Trend zwischen 1993 und 2000



Von den Jahren 1993 und 1996 abgesehen, fallen die Urteile der Linksorientierten bzw. Rechtsorientierten stark auseinander, ein anschauliches Indiz dafür, dass die Gesellschaft je nach weltanschaulichem Standpunkt sehr unterschiedlich wahrgenommen und beurteilt wird.

Beim Vergleich der Trends der Identifikation mit sozialistischen Idealen einerseits und des Selbstverständnisses als Linker oder Rechter scheint ein Widerspruch zu bestehen: Zunehmende Identifikation mit diesen Idealen und gleichzeitig leichter Rückgang Linksorientierter! Eine Längsschnittanalyse dieses Widerspruchs verweist auf einen bemerkenswerten Wandlungsprozess zwischen den Messpunkten, in diesem Fall zwischen 1993 und 2000 (die Zeitreihe zur Haltung gegenüber sozialistischen Idealen setzt erst 1993 ein). Wir stellen dazu die Korrelationen beider Merkmale von 1993 und 2000 gegenüber:

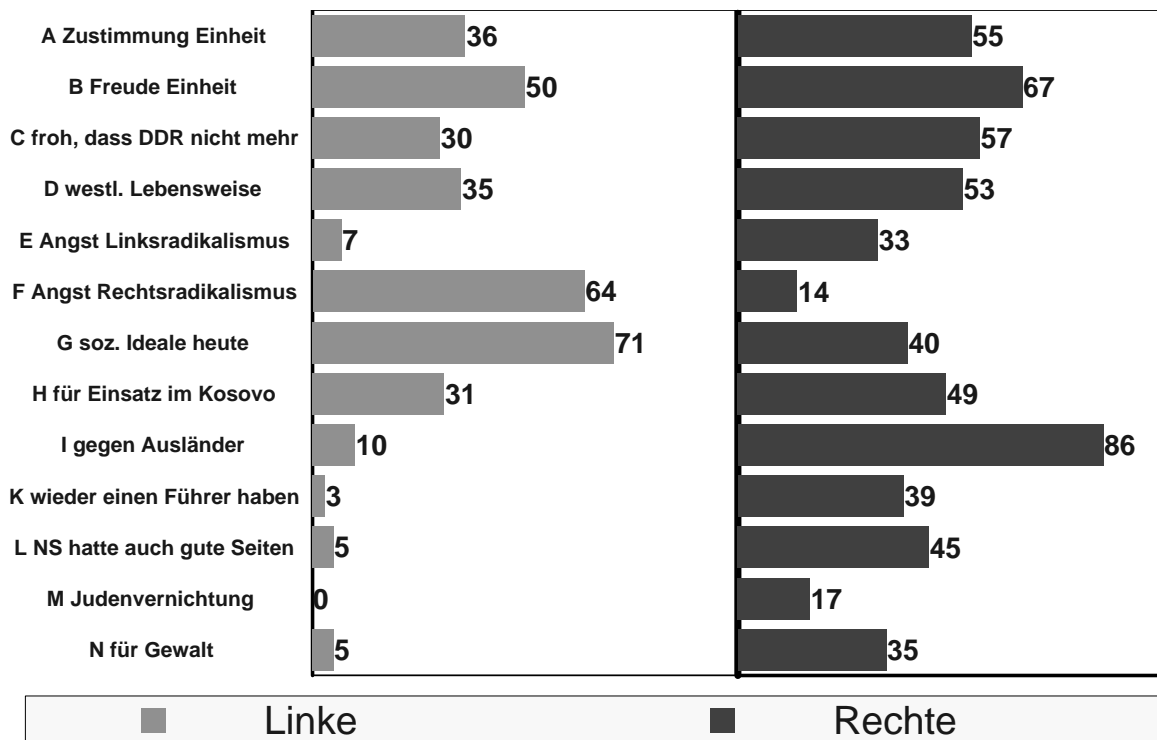
Tabelle 6.8: Vergleich der Zusammenhänge zwischen der Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum (ohne Ap 0) und der Identifikation mit sozialistischen Idealen 1993 und 2000

	Identifikation mit sozialistischen Idealen					X	POP	KOP	NEP	Pt
	1	2	(1+2)	3	4					
<i>Linksorientiert (n=69)</i>										
1993	14	51	(65)	32	3	2,23	-	-	-	-
2000	12	63	(75)	24	1	2,17	25	58	17	.520
<i>Vertreter der Mitte (n=97)</i>										
1993	2	37	(39)	45	16	2,73	-	-	-	-
2000	6	46	(52)	36	12	2,53	35	51	14	.006
<i>Rechtsorientiert (n=22)</i>										
1993	0	17	(17)	52	31	3,14	-	-	-	-
2000	0	55	(55)	35	10	2,59	45	50	5	.007

Selbst wenn die Untergruppen verhältnismäßig klein sind, zeichnen sich doch folgende bemerkenswerte Veränderungen ab, die den erwähnten Widerspruch weitgehend aufklären: Bei den 1993 Linksorientierten haben sich im Jahr 2000 faktisch keine Veränderungen ihrer Identifikation mit den sozialistischen Idealen ergeben; sie bejahen sie tendenziell häufiger. Von denen dagegen, die sich 1993 in der Mitte eingeordnet hatten, bejahen 2000 signifikant mehr diese Ideale: ein Anstieg von 39 % auf immerhin 52 %. Schließlich ist zu beachten, dass auch Rechtsorientierte erheblich häufiger (trotz geringer Stichprobengröße signifikant) sozialistische Ideale bejahen! Der Zuwachs an Identifikation mit sozialistischen Idealen kommt demnach vor allem aus der „Mitte“, zum Teil auch von Rechtsorientierten.

Interessant ist eine tiefergehende Analyse der Selbstdefinition als „Linker“ oder „Rechter“. Was bedeutet es eigentlich für die betreffenden Panelmitglieder, „links“ oder „rechts“ zu sein bzw. zu denken? Bei welchen Untersuchungsgegenständen gibt es besonders große Unterschiede im Denken? Betrachten wir dazu die folgende Abbildung. Sie veranschaulicht, bei welchen politischen Einstellungen größere (signifikante) Unterschiede zwischen beiden Teilgruppen bestehen:

Abbildung 6.6: Politisches Einstellungsprofil 2000, differenziert nach der Selbsteinstufung als Linker bzw. Rechter



Erläuterungen: (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe)

- A: Zustimmung zur deutschen Einheit: sehr dafür (41 %)
- B: Freude über deutsche Einheit: sehr stark/stark (56 %)
- C: froh, dass es die DDR nicht mehr gibt: völlige/ingeschränkte Zustimmung (45 %)
- D: westliche Lebensweise gefällt: vollkommen/im großen und ganzen (41 %)
- E: Angst vor Linksradikalismus: stark/eher stark (18 %)
- F: Angst vor Rechtsradikalismus: stark/eher stark (45 %)
- G: Identifikation mit sozialistischen Idealen heute: sehr dafür/eher dafür als dagegen (52 %)
- H: Beteiligung der Bundeswehr an Luftangriffen auf Jugoslawien war richtig: völlige/ingeschränkte Zustimmung (39 %)
- I: Einstellung zu Ausländern: sehr dagegen/eher dagegen als dafür (32 %)
- K: Wir sollten wieder einen Führer haben: völlige/ingeschränkte Zustimmung (10 %)
- L: Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten: völlige/ingeschränkte Zustimmung (16 %)
- M: Weit übertrieben, was über die Judenvernichtung im Dritten Reich erzählt wird: völlige/ingeschränkte Zustimmung (4 %)
- N: Manchmal muss man zur Gewalt greifen: völlige/ingeschränkte Zustimmung (7 %)

Signifikante und relevante Unterschiede bestehen bei allen Fragen, welche die deutsche Einheit betreffen: Linksorientierte plädieren 2000 deutlich häufiger für sie als Rechtsorientierte (36 % gegenüber 55 %). Nicht ganz so groß, aber signifikant ist der Unterschied hinsichtlich der Freude über die Einheit: 50 % zu 67 %. Und: froh darüber, dass es die DDR nicht mehr gibt, sind 30 % der Linken gegenüber 57 % der Rechten.

Die westliche Lebensart gefällt nur 35 % der Linksorientierten, aber 53 % der Rechtsorientierten.

Angst vor Rechtsradikalismus äußern 64 % der Linken, vor Linksradikalismus 33 % der Rechten.

Mit sozialistischen Idealen identifizieren sich 71 % der Linken, aber auch 40 % der Rechten.

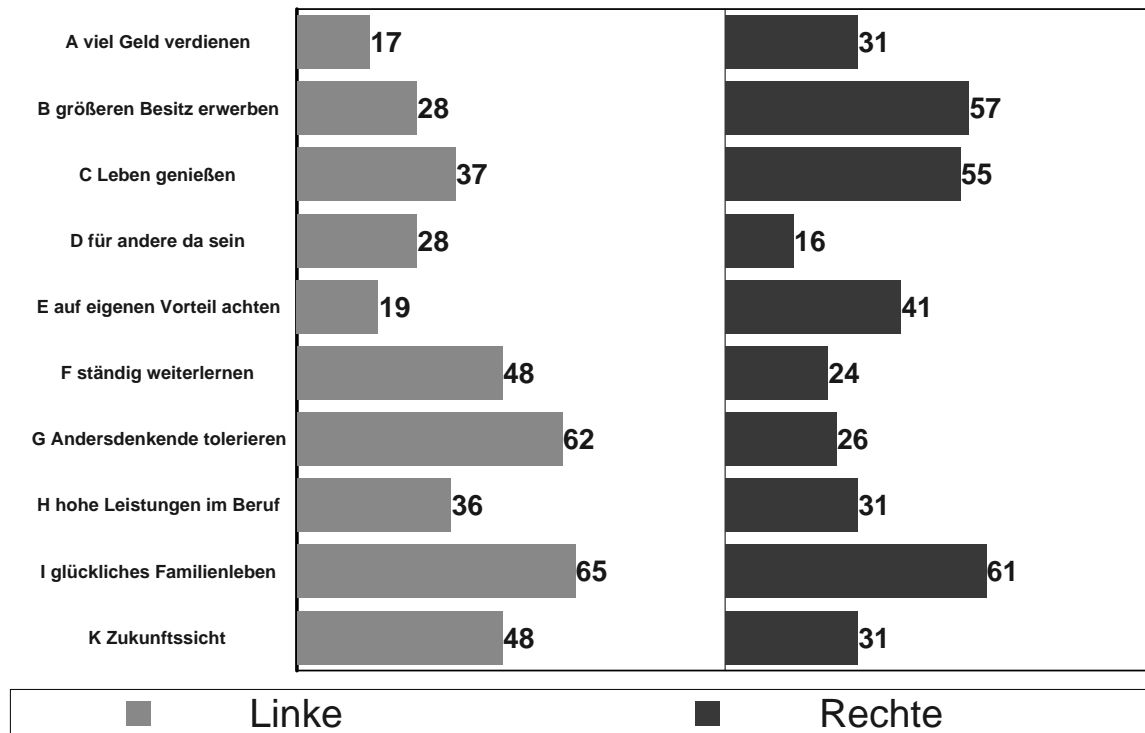
Für die deutsche Beteiligung an den Luftangriffen auf Jugoslawien plädieren 31 % der Linken, aber 49 % der Rechten.

Eine ablehnende Einstellung gegenüber Ausländern äußern nur wenige Linke, aber fast alle Rechte: 10 % zu 86 %.

Rechtsextreme Orientierungen werden (erwartungsgemäß) nur von Minderheiten der Linksorientierten vertreten, aber von beträchtlichen Teilen der Rechtsorientierten.

Weitere erhebliche Unterschiede bestehen vor allem im Hinblick auf die Lebensorientierungen:

Abbildung 6.7: Lebensorientierungen 2000, differenziert nach der Selbsteinstufung als Linker bzw. Rechter



Erläuterungen:

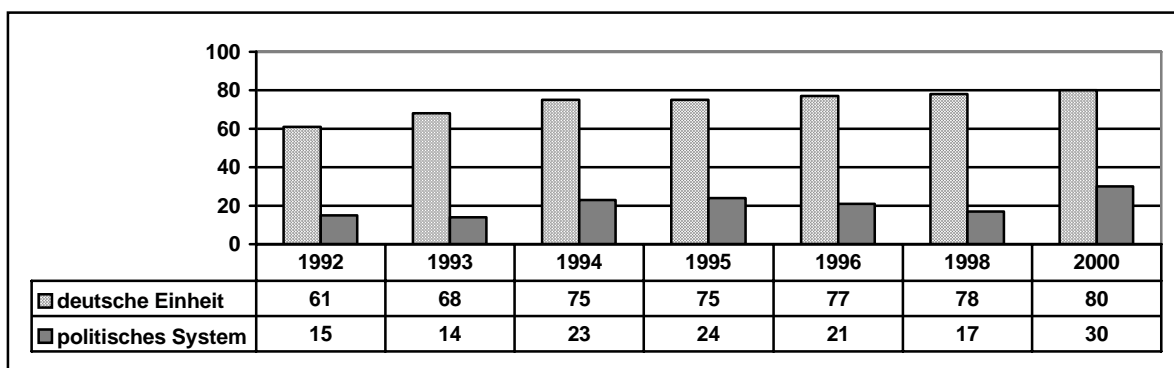
- A: Lebensziel: viel Geld verdienen: sehr bedeutsam (27 %)
- B: Lebensziel: größeren Besitz erwerben: sehr bedeutsam/bedeutsam (44 %)
- C: Lebensziel: Leben genießen, man lebt nur einmal: sehr bedeutsam (45 %)
- D: Lebensziel: für andere da sein, auch wenn ich selbst auf etwas verzichten muss: sehr bedeutsam (27 %)
- E: Lebensziel: den eigenen Vorteil im Auge behalten: sehr bedeutsam/bedeutsam (19 %)
- F: Lebensziel: ständig weiterlernen: sehr bedeutsam (37 %)
- G: Lebensziel: politisch Andersdenkende tolerieren: sehr bedeutsam/bedeutsam (45 %)
- H: Lebensziel: im Beruf hohe Leistungen erreichen: sehr bedeutsam (35 %)
- I: Lebensziel: glückliches Ehe- und Familienleben führen: sehr bedeutsam (71 %)
- K: persönliche Zukunftssicht: optimistisch (37 %)

Vor allem bei materiellen, hedonistischen und sozialen Orientierungen bestehen erhebliche, durchweg signifikante Unterschiede (auch bei einer anderen Zusammenfassung der Skalenpunkte): Linksorientierte messen Geld, größerem Besitz, Lebensgenuss und eigenem Vorteil weitaus geringere Bedeutung bei als Rechtsorientierte, sprechen sich dafür häufiger für Solidarität aus. Auch lebenslanges Lernen und Toleranz haben für sie einen höheren Stellenwert.

Faktisch keine Unterschiede bestehen dagegen im Hinblick auf berufliche Leistungen und ein glückliches Familienleben, beides wird von Linken und Rechten ähnlich hoch bewertet. Unterschiedlich ist jedoch die Zukunftssicht: Während von den Linken fast die Hälfte optimistisch in die Zukunft sieht, gilt das nur für knapp ein Drittel der Rechten.

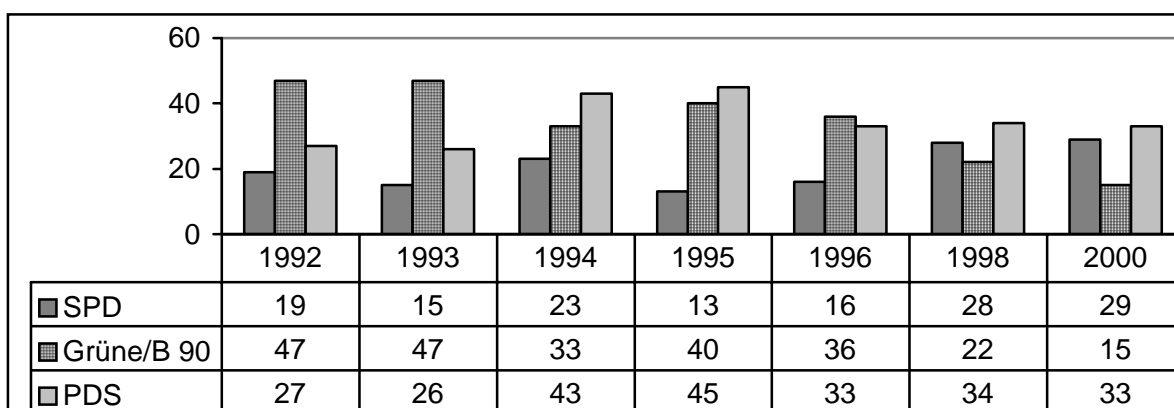
Diese teilweise starken Unterschiede im Einstellungsprofil zwischen Links- bzw. Rechtsorientierten entstammen einer Momentaufnahme im Jahre 2000. Eine tiefergehende Längsschnittanalyse fördert zutage, dass die abgebildeten Positionen der Linkorientierten bzw. Rechtsorientierten, aber auch der Vertreter der Mitte keine feststehenden Größen sind, sondern durchaus gewissen Veränderungen unterlegen haben bzw. unterliegen. Wir belegen das exemplarisch anhand von zwei unterschiedlich gearteten Verläufen bei der Teilpopulation der Linkorientierten, zum einen ihrer Einstellung zur deutschen Einheit, zum anderen ihrer Zufriedenheit mit dem politischen System:

Abbildung 6.8: Entwicklungsverlauf der Einstellung zur deutschen Einheit bzw. zum politischen System zwischen 1992 und 2000 bei linksorientierten Panelmitglieder (Anteile zustimmender Meinungen)



Erkennbar ist, dass die Linkorientierten ihre 1992 bestehende Zurückhaltung in der Bejahung der deutschen Einheit in der Folgezeit kontinuierlich aufgeben haben (besonders gut ablesbar an den Prozentquoten einschränkungsloser Zustimmung, die zwischen 1992 und 2000 von nur 9 % auf 36 % stiegen), ihre Zufriedenheit mit dem politischen System - auf einem weitaus geringerem Niveau - sich jedoch in Grenzen hielt. Im Zeitraum 1995 bis 1998 blieb die hohe Zustimmung zur Einheit faktisch gleich, die Systemzufriedenheit dagegen ging signifikant zurück. Erst nach dem Regierungswechsel 1998 stieg sie erneut signifikant an. Sehr differenziert verlief bei den Linkorientierten auch der Prozess der Vertrauensbildung gegenüber den Parteien, hier begrenzt auf die Parteien des linken Spektrums:

Abbildung 6.9: Anteile der Linkorientierten mit sehr großem/großem Vertrauen gegenüber den Parteien des linken Spektrums im Trend 1992 bis 2000



Auffällig ist in diesem Zeitraum insbesondere der Vertrauensabsturz bei den Linksorientierten gegenüber Bündnis 90/Grüne: Äußerte Anfang der 90er Jahre noch fast die Hälfte von ihnen sehr großes oder großes Vertrauen (47 %), waren das nach Schwankungen 1994/95 im Jahr 2000 nur noch 15 % - ein deutliches Signal.

Die PDS genoss nach einem Anstieg ab 1993 Mitte der 90er Jahre das Vertrauen von knapp der Hälfte (45 %) der linksorientierten Teilnehmer, seitdem beträgt dieser Anteil ziemlich konstant nur noch ein Drittel.

Nur geringe Vertrauensquoten bei den Linken unserer Studie hat auch die SPD zu verzeichnen. Nach dem Tiefststand 1995 erhöhte sich zwar Anteil derer mit sehr großem oder großem Vertrauen zu ihr kontinuierlich, erreichte jedoch selbst nach dem Regierungswechsel nur eine Quote von 29 % im Jahr 2000.

Alles in allem gibt es wohl zu denken, dass selbst von jenen Panelmitgliedern, die sich als Linke fühlen, im Jahr 2000 Jahre maximal ein Drittel Vertrauen zu den drei genannten Parteien äußert. Und eine übergreifende Berechnung ergibt, dass nur etwas mehr als die Hälfte der Linksorientierten (54 %) Vertrauen zu einer oder mehreren der drei Parteien hat! Hinzu kommt, dass sich dieser Anteil seit Anfang der 90er Jahre um etwa 10 % verringert hat.

7. Gesellschaftliche Krisen dämpfen persönliche Zukunftszuversicht

Die gesellschaftliche und die persönliche Zukunftszuversicht gehören zu den Analysegegenständen, zu denen Daten seit dem Start der Studie im Frühjahr 1987 vorliegen. Diese vermutlich einmaligen Angaben und die zwischen ihnen bestehenden Zusammenhänge geben in spezifischer Weise Aufschluss über die Reflexion von über einem Jahrzehnt massiver gesellschaftlicher Veränderungen, eingeschlossen die Endzeit der DDR, die politische Wende, die Vereinigung und die nachfolgenden Transformationsprozesse mit ihren tief reichenden Auswirkungen auf die Mentalität der Panelmitglieder. Unsere langjährigen Trends unterstreichen die Auffassung der Autoren der Shellstudie Jugend 2000, dass Einschätzungen der Jugendlichen über ihre Zukunft geradezu seismographischen Charakter tragen (vgl. 2000: 286).

Wir stellen die Trends zunächst ausführlich tabellarisch dar, weil es hier um sehr differenzierte Veränderungen in den Untersuchungszeiträumen geht.

Tabelle 7.1: Gesellschaftliche und persönliche Zukunftszuversicht zwischen 1987 und 2000
 „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft
 a) für die Entwicklung in der DDR / ab 1991: in Ostdeutschland
 b) für Sie persönlich?“
 1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

Jahr	1	2	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
------	---	---	---	---	---	---	---	-----	-----	-----

a) für die Entwicklung in der DDR / in Ostdeutschland

1987	38	51	10	1	0	1,7	-	-	-	-
1988	29	46	19	4	2	2,0	87:88	18	44	38
1989	17	45	27	8	3	2,4	88:89	16	45	39
1991	12	39	35	12	2	2,5	89:91	27	38	35
1992	10	37	42	8	3	2,6	91:92	23	45	32
1993	13	33	41	10	3	2,6	92:93	26	54	20
1994	15	45	29	8	3	2,4	93:94	34	50	16
1995	14	42	35	7	2	2,4	94:95	25	53	22
1996	7	32	40	15	6	2,8	95:96	12	48	40
1998	3	25	41	24	7	3,0	96:98	17	48	35
2000	8	31	46	11	4	2,7	98:00	42	41	17

b) für die persönliche Zukunft

1987	42	50	8	0	0	1,7	-	-	-	-
1988	37	53	9	1	0	1,8	87:88	22	50	28
1989	39	52	8	1	0	1,7	88:89	22	59	19
1990	21	48	25	5	1	2,2	89:90	17	33	50!
1991	20	53	22	5	0	2,1	90:91	31	50	19
1992	23	59	16	1	1	2,0	91:92	29	55	16
1993	15	61	21	3	0	2,1	92:93	14	61	25
1994	17	65	17	1	0	2,0	93:94	24	60	16
1995	14	67	16	2	1	2,1	94:95	16	64	20
1996	16	57	22	3	2	2,2	95:96	15	60	25
1998	12	60	24	3	1	2,2	96:98	19	59	22
2000	15	62	19	2	2	2,1	98:00	26	58	16

Längsschnittkoeffizienten für übergreifende Zeiträume:

Zeiträume:	POP	KOP	NEP	N
------------	-----	-----	-----	---

a) gesellschaftliche Zukunft:

1987 - 1989	12	37	51	363
1989 - 1998	16	28	56	324

1989 - 2000	26	25	49	377
1987 - 2000	10	23	67	365

b) persönliche Zukunft:

1987 - 1989	22	53	25	364
1989 - 1998	12	39	49	325
1989 - 2000	14	41	45	378
1987 - 2000	13	42	45	365

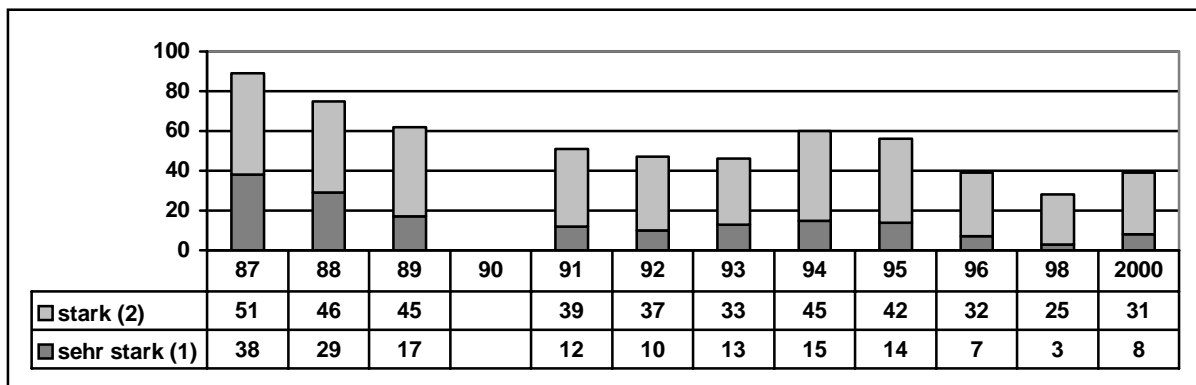
Bei den beiden folgenden Abbildungen beschränken wir uns auf die Anteile sehr starker und starker Zuversicht (Ap 1 und 2), um die Grundrichtung zu verdeutlichen:

Abbildung 7.1: Trend der sehr starken bzw. starken Ausprägung der a) gesellschaftlichen und b) persönlichen Zukunftszuversicht zwischen 1987 und 2000 (reduzierte Darstellung)

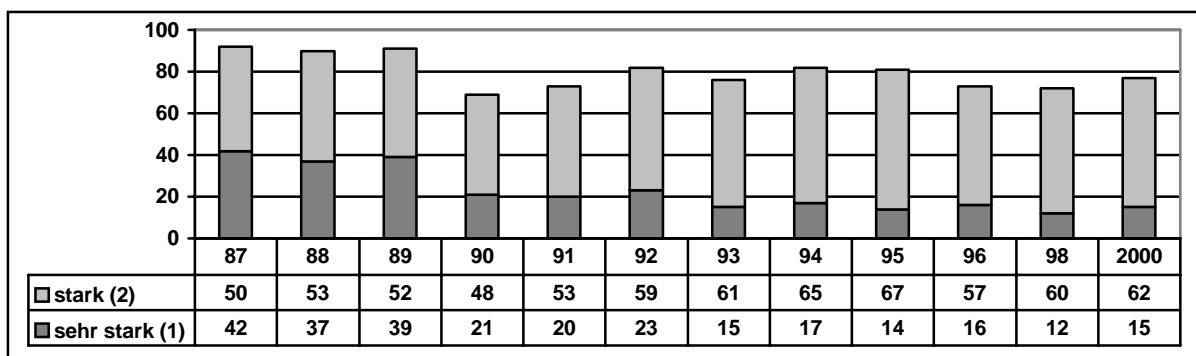
Fragetext:

- „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft
a) für die Entwicklung in der DDR / ab 1991: in Ostdeutschland?
b) für Sie persönlich?“
1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

a) gesellschaftliche Zuversicht: 1987 - 1989 Entwicklung in der DDR
ab 1991 Entwicklung in Ostdeutschland (1990 nicht erhoben)



b) persönliche Zuversicht:



Generell ist seit 1987 ein rückläufiger Trend erkennbar. Das gilt in besonderem Maße für die gesellschaftliche Zukunftszuversicht. Wie unsere Studie zeigt, ist diese im gesamten Untersuchungszeitraum fast kontinuierlich stark zurückgegangen. Der erste große Einbruch war bereits in der Endzeit der DDR zu beobachten, Widerspiegelung der damaligen Krisenerschei-

nungen, die auch von den Panelmitgliedern deutlich reflektiert und kritisch bewertet wurden. Zwischen 1987 und Frühjahr 1989 ging der Anteil derer, welche die Entwicklung in der DDR mehr oder weniger zuversichtlich betrachteten, von 90 % auf 60 % zurück! Dieser Trend lief konform mit dem starken Abbau der politischen Identifikation der Jugendlichen mit der DDR in diesem Zeitraum.

Nach der Wende kehrte sich der rückläufige Trend der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht nun keineswegs um, sondern setzte sich vielmehr verstärkt fort, nur kurz unterbrochen von einem Zwischenhoch im Wahljahr 1994. 1998 äußerte sich nur noch knapp ein Drittel (29 %) mehr oder weniger stark zuversichtlich für die Entwicklung in Ostdeutschland, Echo der zunehmenden gesellschaftlichen Krisenerscheinungen im Osten, die hier nicht näher erläutert werden müssen. Im Jahr 2000 deutet sich eine positive Tendenz an, die vermutlich durch den Regierungswechselwechsel in Berlin ausgelöst wurde, deren Beständigkeit jedoch abzuwarten ist.

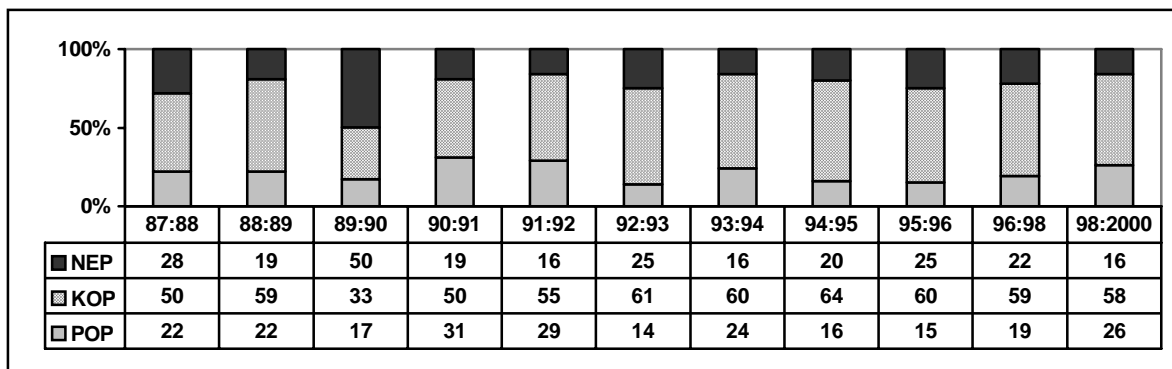
Die persönliche Zukunftszuversicht nahm einen etwas anderen Verlauf. Vor der Wende war faktisch kein Rückgang festzustellen. Die eigene Zukunft schien damals von den Krisenerscheinungen in der DDR wenig betroffen zu sein, zumal die TeilnehmerInnen mit dem am Ende der 10. Klasse feststehenden Ausbildungs- bzw. Arbeitsvertrag eine klare persönliche Perspektive zu haben glaubten. Ein völliger Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft mit weitreichenden persönlichen Konsequenzen wurde auch von den damals 16/17-Jährigen nicht erwartet; wir sind darauf eingegangen.

Nach der Wende ging auch die persönliche Zuversicht zurück, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Zwischen 1989 und 1990 hatte sich der Anteil aller in allem zuversichtlicher TeilnehmerInnen von 91 % auf 69 % verringert, darunter der einschränkungslos zuversichtlichen von 39 % auf 21 %! Der Blick auf die Längsschnittkoeffizienten verdeutlicht die Entwicklungsrichtung: Nur 17 % der TeilnehmerInnen blickten 1990 im Vergleich mit 1989 zuversichtlicher in die Zukunft (POP), aber 50 % weniger zuversichtlich (NEP). Das subjektive Erleben der akuten Wendezeit und der darauf folgenden gravierenden politischen und wirtschaftlichen Umbrüche hatte bei den Jugendlichen auch zu einem signifikanten Umbruch dieses in „normalen“ Zeiten sehr stabilen Merkmals geführt, zu einem „Wendeschock“, der ziemlich lange angehalten hat.

1991 war die Situation fast unverändert. Erst ab 1992 zeigten sich positive Tendenzen, die jedoch 1996 erneut von negativen Tendenzen abgelöst wurden. 1998 äußerten sich zwar 72 % zuversichtlich, darunter aber nur noch 12 % ohne Einschränkung. Das entsprach etwa dem Niveau von 1990. Im Jahr 2000 deutet sich erneut eine Trendwende an: 77 % äußern sich optimistisch, allerdings nur 15 % einschränkungslos. Der Regierungswechsel hatte offensichtlich auch einen positiven Einfluss auf die persönliche Zukunftssicht zur Folge, löste Hoffnungen aus.

Die folgende Abbildung veranschaulicht noch einmal die Anteile der Panelmitglieder, deren persönliche Zukunftszuversicht zwischen den Messpunkten sich positivierte (POP), negativierte (NEP) oder konstant blieb (KOP).

Abbildung 7.2: Anteile der Längsschnittkoeffizienten POP, KOP und NEP zwischen den verschiedenen Messpunkten der Studie (Angaben in Prozent)



Schon optisch ist der enorme Einfluss der akuten Wendesituation auf die Lebensgrundstimmung zwischen den Messpunkten 1989 und 1990 gut zu erkennen! Erst ab 1992 stabilisierte sich der Anteil konstanter Zukunftssichten, allerdings fand keine nennenswerte Positivierung statt. Die hohen Werte der Zukunftszuversicht vor der Wende wurden nicht wieder erreicht. Dieser gravierende Einfluss der akuten Wendesituation äußert sich auch in den Korrelationskoeffizienten: Während zwischen den individuellen Werten der 1. zur 2. Welle ($r = .27$; $P = .000$) bzw. von der 2. zur 3. Welle ($r = .32$; $P = .000$) ein klarer positiver Zusammenhang bestand, ergibt die Berechnung des Zusammenhanges zwischen 3. und 4. Welle eine typische Nullkorrelation: $r = .03$; $P = .658$! Die Wendesituation hatte die für die Persönlichkeitsentwicklung sehr bedeutsame Zukunftszuversicht bei zwei Drittel der Panelmitglieder völlig durcheinander gebracht, dazu bei den meisten nicht in positiver, sondern in negativer Richtung! Hinzu kommt, dass das 1990 bestehende, niedrige Niveau der persönlichen Zukunftszuversicht noch längere Zeit nachwirkte und damit deren Neubeginn beeinträchtigte. Zumindest in den Jahren 1991 und 1992 sind die psychischen Langzeitwirkungen der Umbruchsituation an den hoch signifikanten Korrelationskoeffizienten noch deutlich zu erkennen (1991: $r = .43$; 1992: $r = .35$), auch danach bestehen noch tendenzielle Zusammenhänge. Das alles belegt unsere These, dass die gesellschaftlichen Umbrüche 1989/1990 schockartige und nachhaltige psychische Umbrüche hervorgerufen haben, deren Langzeitwirkungen kaum zu überschätzen sind.

Wir kehren noch einmal kurz zur Situation im Frühjahr 1990 (4. Welle) zurück. Unsere Daten belegen sehr klar, dass der erwähnte Einbruch bei der persönlichen Zukunftszuversicht im Zusammenhang mit den durch die Wende in Gang gesetzten Aktivitäten in Richtung deutsche Einheit stand, deren Tempo von vielen TeilnehmerInnen (rund der Hälfte) als zu hoch beurteilt wurde:

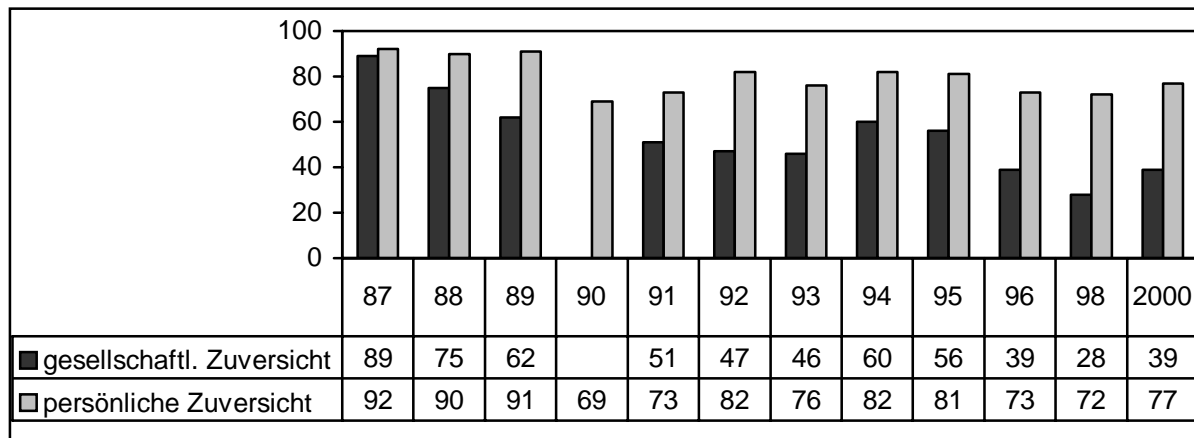
Tabelle 7.2: Zusammenhang zwischen dem Tempo der Vereinigung und der persönlichen Zukunftszuversicht im Frühjahr 1990 (Gesamtpopulation der 4. Welle, $N = 275$)

	1	2	(1+2)	3	4	5	X	n
<i>Beurteilung des Tempos der Vereinigung</i>								
zu langsam	33	48	(81)	14	5	0	1,9	21
zu schnell	15	44	(59)	28	10	3	2,4	137
gerade richtig	30	52	(82)	18	0	0	1,9	84
keine Meinung dazu	18	49	(67)	24	6	3	2,3	33
$(P = .028)$								

Von den TeilnehmerInnen, denen das Vereinigungstempo im Frühjahr 1990 zu schnell war, äußerten weitaus weniger starke Zukunftszuversicht (insbesondere in einschränkungslosem Maße) als jene, denen es zu langsam oder gerade richtig war; die Unterschiede sind signifikant. Die im Sommer 1991 folgende 6. Welle belegte, dass insbesondere die inzwischen weit verbreitete Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit die persönliche Zukunftszuversicht massiv beeinträchtigte. Auf diese und weitere Verunsicherungen gehen wir noch ausführlich ein.

Wir kehren noch einmal zu den in der Tabelle 7.1 angeführten Trends zurück: Ein enger Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher und persönlicher Zuversicht ist deutlich erkennbar: Je geringer der Gesellschaft die Chance einer positiven Entwicklung beigemessen wird, desto geringer - wenn auch auf einem anderen Ausprägungsniveau - werden auch die eigenen Zukunftschancen eingeschätzt. Wir stellen dazu noch einmal beide Aspekte gegenüber, ohne nach sehr starker oder starker Ausprägung zu differenzieren:

Abbildung 7.3: Ausprägung der gesellschaftlichen und der persönlichen Zukunftszuversicht im Trend 1987 bis 2000 (Ap 1 und 2 zusammengefasst)



Vor allem in der Zeit nach der Wende ist der genannte Zusammenhang gut erkennbar. Darauf verweisen auch die berechneten Korrelationskoeffizienten r zwischen beiden Aspekten, die vor der Wende zwischen .29 und .34 betragen, nach der Wende dagegen zwischen .40 und .50 (in jedem Falle hoch signifikant). Außer Zweifel steht, dass die gesellschaftliche Situation für die persönliche Perspektive bei den im Jahre 2000 rund 27-Jährigen ein erheblich höheres Gewicht besitzt als damals bei den 14- bis 16-Jährigen. Das bedeutet zugleich: Erst eine signifikante Umkehrung des negativen Trends der Zuversicht im Hinblick auf die Entwicklung im Osten könnte dazu beitragen, den bisher überwiegenden Abbau der persönlichen Zuversicht zu stoppen. Die nächsten Untersuchungswellen werden darüber Aufschluss geben...

Wie sehr die gesellschaftliche Zukunftszuversicht die persönliche beeinflusst, belegt auch die folgende bedingte Längsschnittkorrelation, die nur im Rahmen von Längsschnittstudien möglich ist. Sie liefert den Beweis für den Zusammenhang, weil sie Prozesse miteinander in Beziehung setzt, die - zeitlich synchron - tatsächlich so abgelaufen sind.

Für den Zeitraum zwischen 1993 und 1998 (zwischen 9. und 13. Welle) wurde geprüft, wie sich bei unterschiedlicher Entwicklung der gesellschaftlichen Zuversicht die persönliche Zuversicht verändert. Dieser Zeitraum wurde gewählt, um hinreichend große Untergruppen zu erhalten, die für dieses Herangehen erforderlich sind.

Tabelle 7.3: Längsschnittanalyse der Veränderung der persönlichen Zukunftszuversicht zwischen 1993 und 1998, differenziert nach der Veränderung der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht. Antwortmodell wie bei Tabelle 7.1

Jahr	1	2	3	4	5	X	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
<i>bei Positivierung der gesellschaftlichen Zuversicht (n=31)</i>											
1993	16	36	45	3	0	2,4					
1998	20	61	16	3	0	2,1	35	55	10	0,39	0,10
<i>bei Negativierung der gesellschaftlichen Zuversicht (n=95)</i>											
1993	21	61	15	2	1	2,0					
1998	6	58	31	4	1	2,4	9	49	42	0,11	0,45

Die diametral entgegengesetzten Tendenzen bei den beiden Extremgruppen in diesem Zeitraum sind deutlich erkennbar: Eine Positivierung der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht ging mit einer signifikanten Positivierung der persönlichen Zuversicht einher (POP = 35 %), die Positivierung auf der fünfstufigen Skala (DIP) betrug 0,39 Punkte gegenüber einer Negativierung (DIN) von nur 0,10 Punkten. Eine Negativierung der gesellschaftlichen Zuversicht führte dagegen zu einer signifikanten Negativierung der persönlichen Zuversicht (42 %), die Negativierung auf der Skala umfasste 0,45 Punkte gegenüber einer Positivierung von nur 0,11 Punkte.

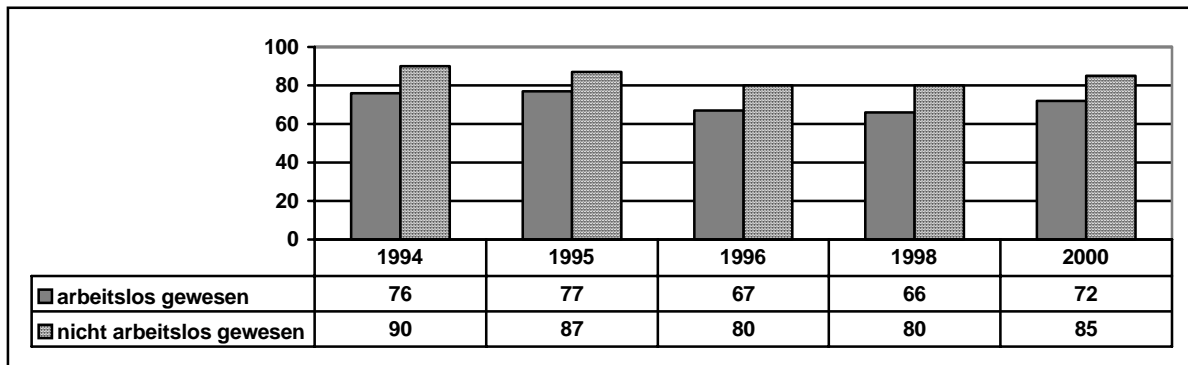
An dieser Stelle sollen einige weitere, durchweg hoch signifikante Zusammenhänge genannt werden, die den Einfluss der Gesellschaft auf die persönliche Zukunftszuversicht verdeutlichen:

Tabelle 7.4: Persönliche Zukunftszuversicht 2000, differenziert betrachtet
1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>a) bisherige Arbeitslosigkeit</i>						
arbeitslos gewesen (ein/mehrmals)	12	60	(72)	23	3	2
nicht arbeitslos gewesen	20	65	(85)	14	1	0
<i>b) Dauer bisheriger Arbeitslosigkeit</i>						
nicht arbeitslos gewesen	20	65	(85)	14	1	0
1 - 3 Monate	13	67	(80)	14	3	3
4 - 10 Monate	15	56	(71)	28	1	0
11 Monate und länger	5	59	(64)	27	4	5
<i>c) Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</i>						
völlig sicher	37	57	(94)	6	0	0
ziemlich sicher	13	68	(81)	17	1	1
ziemlich unsicher	11	53	(64)	32	0	4
völlig unsicher	10	37	(47)	30	13	10
<i>d) berufliche Zukunftszuversicht</i>						
1 sehr zuversichtlich	54	41	(95)	2	0	3
2	10	76	(86)	13	1	0
3	6	58	(64)	33	2	1
4+5 überhaupt nicht zuversichtlich	0	25	(25)	50	11	14
<i>e) Zufriedenheit mit Chancen, es durch Leistung zu etwas zu bringen</i>						
zufrieden	34	60	(94)	5	1	0
eher zufrieden	12	69	(81)	16	2	1
eher unzufrieden	7	55	(62)	33	2	3
unzufrieden	4	48	(52)	31	4	13
<i>f) Erfahrung: gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand?</i>						
ja	27	63	(90)	9	1	0
nein	10	54	(64)	31	3	2
<i>g) Grundeinstellung zur deutschen Einheit</i>						
sehr dafür	24	64	(88)	10	1	1
eher dafür als dagegen	9	64	(73)	23	2	2
eher /sehr dagegen	7	47	(54)	36	4	6
<i>h) Geschlechtergruppen</i>						
männlich	14	67	(81)	16	2	1

Ablesbar ist, dass die berufliche Situation die Zukunftszuversicht sehr stark beeinflusst. TeilnehmerInnen, die bereits ein- oder mehrmals Arbeitslosigkeit erfahren mussten, äußern im Jahr 2000 signifikant weniger häufig starke persönliche Zukunftszuversicht (Ap 1+2) als jene, die bisher nicht arbeitslos waren (a). Das war auch in den Jahren zuvor so, wie eine differenzierte Trendanalyse zwischen 1994 und 2000 nachweist:

Abbildung 7.4: Ausprägung der persönlichen Zukunftszuversicht in Abhängigkeit von erfahrener Arbeitslosigkeit im Trend 1994 bis 2000



Zu allen Messpunkten sind TeilnehmerInnen zuversichtlicher, die bisher nicht arbeitslos waren.

Dabei spielt auch die Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit eine Rolle (b): Mit zunehmender Dauer nimmt die Zukunftszuversicht ab ($r = .23$; $P = .000$).

Dasselbe gilt für die (subjektiv vermutete) Sicherheit des eigenen Arbeits-/Ausbildungsplatzes (c): Je unsicherer, desto geringer die Zukunftszuversicht.

Diese und weitere berufsbezogene Erfahrungen wirken sich in starkem Maße im Einfluss der beruflichen Zukunftszuversicht auf die persönliche Zukunftssicht aus (d), bildet die berufliche Entwicklung doch eine entscheidende, existenzielle Grundlage jeglicher individueller Lebensplanung; wir kommen darauf zurück.

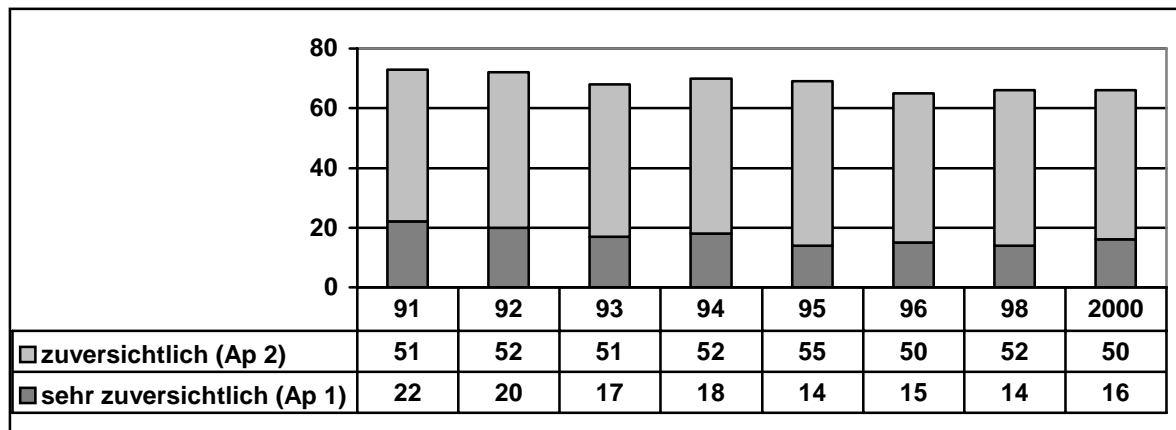
Bemerkenswert ist der positive Einfluss der Erfahrung, in der jetzigen Gesellschaft die Chance zu haben, im Leben durch Leistung voranzukommen (e). Allerdings ist diese Erfahrung von bestehender Leistungsgerechtigkeit nicht sehr verbreitet. Dasselbe gilt für die ebenfalls wenig verbreitete Erfahrung, einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten (f).

Hervorzuheben ist der enge positive Zusammenhang mit der Grundhaltung zur deutschen Einheit (g). Wie schon unsere Untersuchungen unmittelbar nach der Wende und Anfang der 90er Jahre zeigten, ging die Bejahung der Vereinigung von DDR und BRD von Anfang an mit einer optimistischen Zukunftssicht einher, Ausdruck der Hoffnung auf eine gesicherte Zukunft in Wohlstand und Freiheit, vor allem auf eine baldige Angleichung der ostdeutschen an die westdeutsche Lebensqualität (vgl. Förster/Roski 1990: 83; Friedrich/Förster 1996: 54). Auch von Silbereisen, Vaskovics und Zinnecker wird über einen solchen Zusammenhang berichtet (vgl. 1996: 35).

Bei den Geschlechtergruppen (g) ist hinzuzufügen, dass das faktisch übereinstimmende Ergebnis vom Jahr 2000 nicht verallgemeinert werden kann. Von 1990 bis 1996 äußerten die weiblichen Teilnehmer teilweise erheblich weniger häufig persönliche Zukunftszuversicht als ihre männlichen Altersgefährten, Widerspiegelung ihrer stärkeren Betroffenheit durch negative Folgen des Transformationsprozesses. Besonders im Jahr 1990 war ihre Zuversicht erheblich zurückgegangen: von 89 % kurz vor der Wende auf 60 %! (Ap 1+2).

Auf den starken Einfluss der beruflichen Zuversicht auf die persönliche Zukunftszuversicht insgesamt sind wir bereits eingegangen. Insofern ist interessant, wie sich die berufliche Zuversicht der TeilnehmerInnen in den letzten Jahren entwickelt hat. Die folgende Abbildung veranschaulicht diesen Prozess:

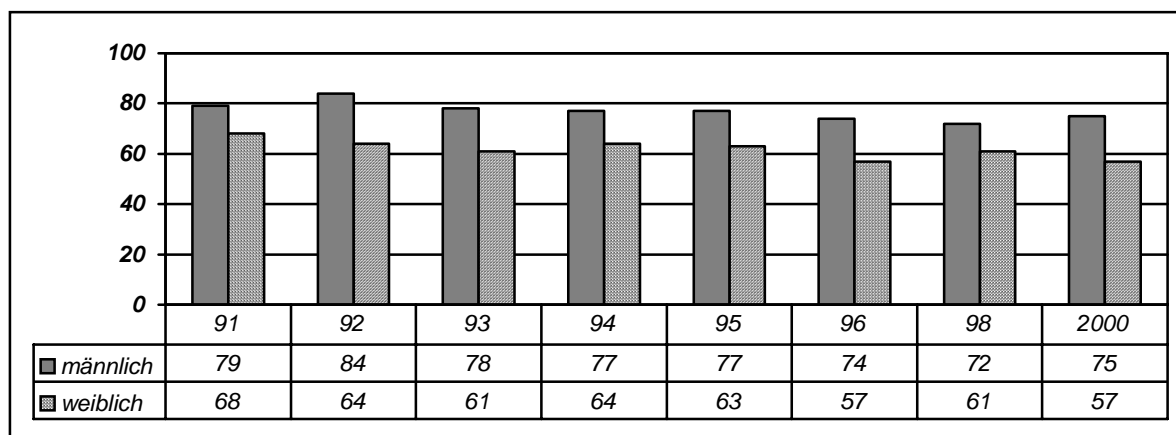
Abbildung 7.5: Ausprägung der beruflichen Zukunftszuversicht im Trend 1991 bis 2000



Fragetext: „Wie zuversichtlich sind Sie, dass Sie Ihre beruflichen Pläne verwirklichen können?“
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

Wie zu erkennen ist, hat sich die Zuversicht der Panelmitglieder, ihre beruflichen Pläne verwirklichen zu können, zwischen 1991 und 2000 nicht erhöht, sondern ist tendenziell zurückgegangen, nicht überraschend angesichts der wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und zunehmender eigener Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit. Die jungen Frauen sind in dieser Hinsicht außerdem durchweg erheblich weniger optimistisch als die jungen Männer:

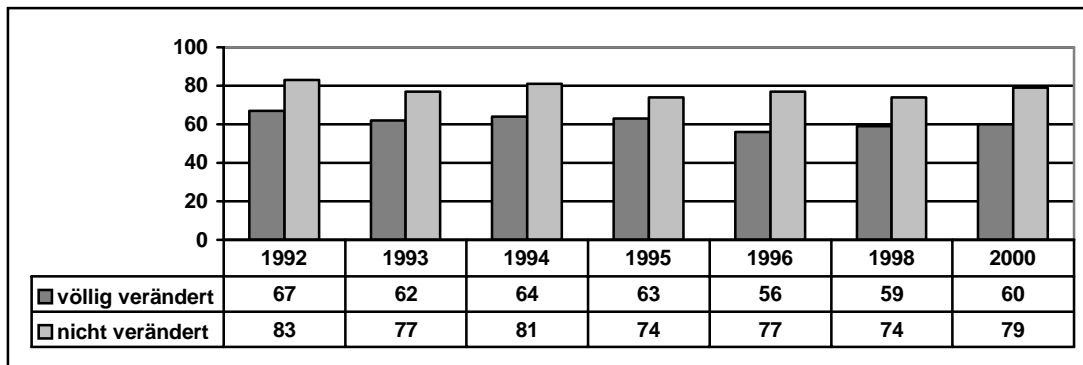
Abbildung 7.6: Ausprägung der beruflichen Zukunftszuversicht im Trend, nach Geschlechtergruppen differenziert (die Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Bis auf die Daten von 1991 sind die beträchtlichen Prozentunterschiede hoch signifikant, auch im Jahr 2000. Bei den jungen Frauen verfehlt der ablesbare Negativtrend zwischen 1991 und 2000 nur knapp die Signifikanzgrenze.

Als erstaunlich langfristig wirksamer Einflussfaktor auf die Entwicklung der beruflichen Zukunftszuversicht erweist sich, ob die Panelteilnehmer infolge der gesellschaftlichen Umbrüche ihre beruflichen Pläne, die sie in der Schulzeit hatten, verändern mussten. Wir stellen dazu die Extremgruppen derer, die sie völlig verändern mussten, bzw. jener, die sie nicht verändern mussten, im Trend gegenüber:

Abbildung 7.7: Anteile der Panelmitglieder mit uneingeschränkter oder eingeschränkter Zukunftszuversicht (Ap 1+2) bei Panelmitgliedern, die ihre beruflichen Pläne völlig bzw. nicht verändern mussten, im Trend 1992 bis 2000

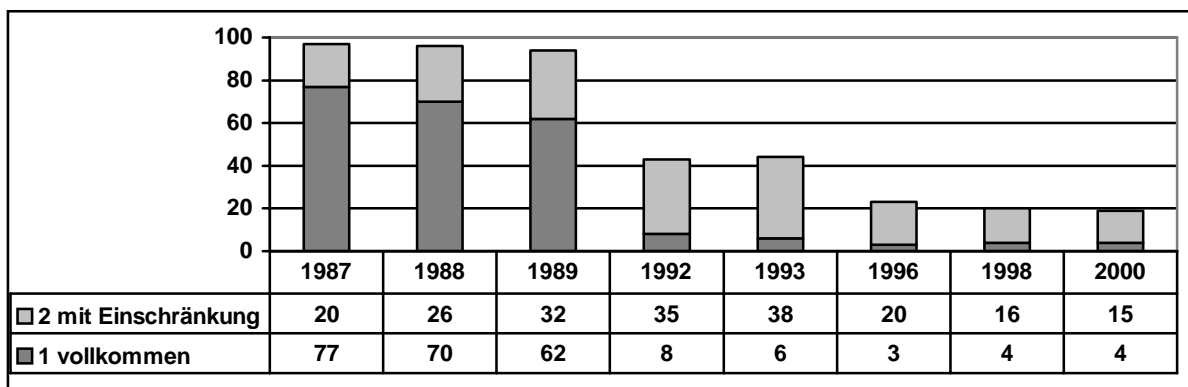


1998 gaben 38 % der Panelmitglieder retrospektiv an, dass sie ihre beruflichen Pläne nach der Wende völlig verändern mussten, bei 35 % war das etwas der Fall, nur 27 % mussten sie nicht verändern.

Die hoch signifikanten Unterschiede sind gut erkennbar; ein weiterer Beleg dafür, dass die vom Systemwechsel ausgelösten Brüche in den individuellen Planungen der Berufsbiographie sich nicht kurzfristig auflösen, sondern über Jahre hinweg wirksam bleiben können.

Von Anfang an wurde ein weiterer bedeutsamer Aspekt des Zukunftsbewusstseins untersucht, bei dem es darum geht, inwieweit die TeilnehmerInnen meinen, in ihrem gesellschaftlichen Umfeld eine gesicherte Zukunft zu haben. Wir stellen den noch zu DDR-Zeiten beginnenden Trend voran:

Abbildung 7.8: Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben



Fragetext: 1987 – 1989: „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“
 Ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Längsschnittkoeffizienten:

Zeiträume:	POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
1987 - 1989	9	65	26	0,11	0,29	366
1989 - 2000	3	12	85!	0,04	1,93!	376

Dieser Trend gehört zu den aussagekräftigsten Ergebnissen der Studie, widerspiegelt er doch die sehr ernst zu nehmende Tatsache, dass immer weniger Panelmitglieder ihre eigene Zukunft mit Ostdeutschland verbinden. Im Kapitel 2. hatten wir bereits erwähnt, dass der Glaube

der Panelmitglieder an eine gesicherte Zukunft in der DDR in deren Endzeit nur leicht zurückging, trotz massiv schwindender politischer Bindung an sie. Unübersehbar ist, dass diese individuelle Prognose nach der Wende geradezu abstürzte und vermutlich ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht hat - Echo der realen wirtschaftlichen und sozialen Situation in Ostdeutschland und der zunehmend pessimistischen Erwartungen für deren Entwicklung in absehbarer Zukunft, insbesondere mit dem Blick auf den Arbeitsmarkt. Wir stellen die Korrelationsmatrix zwischen den Daten der 3. Welle und der 14. Welle vollständig dar:

Tabelle 7.5: Ausprägung der Zuversicht im Jahr 2000, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, zeitversetzt bezogen auf die im Frühjahr 1989 geäußerte Zuversicht, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben (N= 376, Angaben in Prozent)

	Ausprägung der Zuversicht, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Jahr 2000, bezogen auf die Ausprägung 1989 (in Prozent)						
	1	2	3	4	5	X	n
Ausprägung der Zuversicht, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben, im Frühjahr 1989							
1	5	14	40	21	20	3,37	232
2	2	16	38	23	21	3,43	120
3	6	18	65	6	5	2,88	17
4	0	67	33	0	0	2,33	3
5	0	0	0	75	25	4,25	4

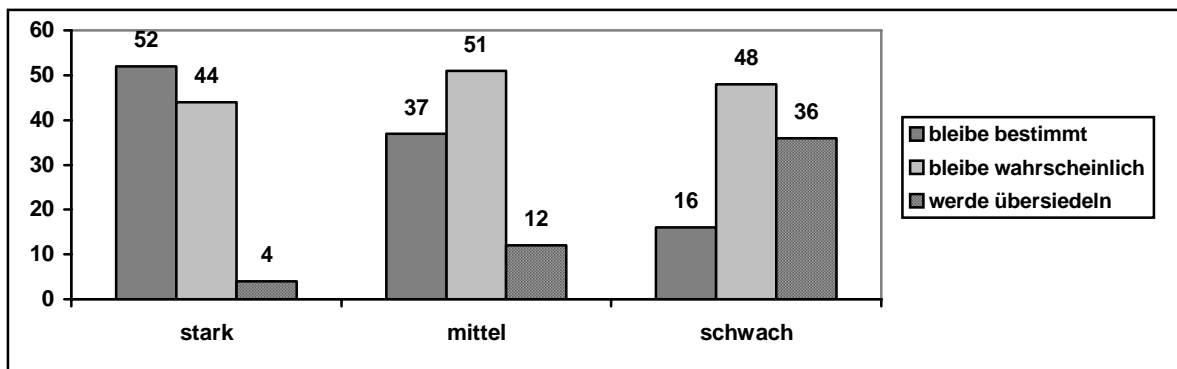
(r = -.01; P = .807)

Die im Frühjahr 1989 geäußerte Zuversicht, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben, steht in keinem Zusammenhang mit der 2000 auf Ostdeutschland bezogenen Zuversicht. 3 % haben inzwischen ihre Zuversicht positiviert, aber 85 % negativiert. Die Verschiebungen auf der 5-Punkte-Skala betragen 0,04 Skaleneinheiten in positiver Richtung gegenüber 1,93 Skaleneinheiten in negativer Richtung!

Die Warnungen von Politikern vor einer weiteren Verschärfung der Lage und einer erneuten Abwanderungswelle junger Ostdeutscher in Richtung Westen sind aus der Sicht unserer Ergebnisse völlig berechtigt und sollten nicht bagatellisiert werden. Unseren Daten zufolge steht in Ostdeutschland tatsächlich vieles „auf der Kippe“ (Wolfgang Thierse), sowohl wirtschaftlich als auch mental.

Unsere Studie belegt, dass der wachsende Zweifel an einer gesicherten Zukunft in Ostdeutschland ein entscheidender Beweggrund war und ist, in den Westen überzusiedeln. Die Pläne der Panelmitglieder im Hinblick auf ihren Verbleib im Osten bzw. ihre Abwanderung wurden von der ersten Nachwende-Welle an erfasst, der Zusammenhang zwischen vermuteter Zukunftssicherheit im Osten und Migrationsabsichten kann allerdings erst seit 1992 (8. Welle) untersucht werden. Er stellte sich damals wie folgt dar:

Abbildung 7.9: Zusammenhang zwischen vermuteter Zukunftssicherheit im Osten und Migrationsabsichten 1992



Für die Darstellung wurden die Ap 1 + 2 des Grades der Zukunftssicherheit im Osten zu „stark“ zusammengefasst, die Ap 4 + 5 zu „schwach“; die Mittelposition 3 wird mit „mittel“ benannt.

Die Antwortpositionen der Frage zu den Migrationsabsichten lauteten 1992 im Wortlaut:

„Werden Sie weiterhin in einem der ostdeutschen Bundesländer leben?“

1 Ich werde auf jeden Fall hier bleiben.

2 Ich werde wahrscheinlich hier bleiben.

3 Ich werde wahrscheinlich in eines der alten Bundesländer übersiedeln.

4 Ich werde auf jeden Fall in eines der alten Bundesländer übersiedeln.

Für die Darstellung wurden die Ap 3+4 zu „werde übersiedeln“ zusammengefasst.

Mit abnehmender Zukunftssicherheit nahm 1992 auch der Anteil der Panelmitglieder erheblich ab, die auf jeden Fall im Osten bleiben wollten bzw. stieg der Anteil derer an, die wahrscheinlich oder auf jeden Fall in den Westteil übersiedeln wollten. Viele derer, die übersiedeln wollten, haben ihrer Absicht mit großer Wahrscheinlichkeit Taten folgen lassen. Genau lässt sich das leider nicht rekonstruieren, da gerade von ihnen nur ein Teil wieder einbezogen werden konnte und demzufolge für eine exakte Längsschnittkorrelation ausfällt. Allerdings spricht die im Jahr 2000 mögliche Querschnittskorrelation zwischen Zukunftszuversicht und Migrationsabsicht bzw. jetzigem Wohnsitz im Westen sehr für die Annahme:

Tabelle 7.6: Zusammenhang zwischen Zukunftszuversicht und Migrationsabsicht bzw. Wohnsitz im Westen 2000 (reduzierte Darstellung)

Ausprägung der Zuversicht, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben	Migrationsabsicht/Wohnregion				
	1	2	3+4	5	6
stark (Ap 1+2)	62	36	1	0	1
mittel (Ap 3)	43	42	3	9	3
schwach (Ap 4+5)	35	28	6	30	1

(N = 390; CC = .42; P = .000)

Das in Abbildung 7.9 genannte Antwortmodell zu den Migrationsabsichten wurde ab Mitte der 90er Jahre durch zwei Positionen ergänzt: 5 Ich lebe (zur Zeit) in einem der alten Bundesländer; 6 Ich lebe (zur Zeit) im Ausland.

Mit abnehmender Zuversicht, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben, nimmt der Anteil derer ab, die auf jeden Fall bleiben wollen bzw. nimmt der Anteil jener leicht zu, die übersiedeln wollen. Weitaus deutlicher steigt jedoch der Anteil derer an, die bereits im Westen oder im Ausland leben. Von den Panelmitgliedern, die daran zweifeln, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben, ist knapp ein Drittel (31 %) übergesiedelt, weitere 6 % haben das mehr oder weniger fest vor! Die immer geringer werdende Zuversicht auf eine gesicherte Zukunft in Ostdeutschland hatte zur Folge, dass bisher 18 % der ursprünglichen Population in den Westen bzw. in das Ausland abgewandert sind.

Bei der jüngsten Welle 2000 fragten wir auch, wie zuversichtlich die Panelmitglieder die Zukunft ihrer Eltern sehen. Dabei stellte sich heraus, dass die Zukunft der Eltern erheblich weniger zuversichtlich gesehen wird als die eigene. Wir stellen die Ergebnisse gegenüber:

Tabelle 7.7: Ausprägung der Zuversicht für die eigene Zukunft bzw. für die Eltern 2000
 „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft b) für Sie persönlich und c) für Ihre Eltern?“
 1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	3	4	5
eigene Zukunft	15	62	19	2	2
Zukunft der Eltern	10	42	31	13	4
Eltern sind arbeitslos	3	26	40	24	7
sind nicht arbeitslos	13	52	26	7	2

Wir sehen außerdem, dass die subjektive Sicht der TeilnehmerInnen auf die Zukunft ihrer Eltern stark in Abhängigkeit davon variiert, ob diese arbeitslos sind oder nicht. Wir hatten bereits erwähnt, dass immerhin 37 % der TeilnehmerInnen im Jahr 2000 Arbeitslosigkeit der Eltern (Vater und/oder Mutter) angeben, die - zumindest aus der Sicht ihrer Kinder - Konsequenzen für deren Zukunft hat. Mehr noch: Wie die enge Korrelation der Zukunftssicht für die Eltern und für die TeilnehmerInnen selbst ($r = .41$; $P = .000$) ergibt, dämpfen die geringer veranschlagten Zukunftsaussichten der Eltern signifikant die eigenen Zukunftsaussichten, insbesondere dann, wenn die Eltern arbeitslos sind. Dieser Einfluss ist bei den weiblichen Panelmitglieder höher als bei den männlichen. Auch in den verbalen Notizen der Panelmitglieder ist häufig ihre Sorge um die Zukunft ihrer Eltern zu spüren:

„Warum ist meine Mutter (52 Jahre, Dipl. Ing.) als Arbeitslose nicht mehr vermittelbar? (O-Ton vom Arbeitsamt!). Warum verdient mein Vater (Bau-Ing.) bei gleicher oder sogar mehr Arbeit nur ca. 86 % vom Westlohn ohne 13. Monatsgehalt und Weihnachtsgeld, und wie lange werden solche Ungerechtigkeiten noch gesetzlich geduldet?“ (m)

„Warum haben meine Eltern seit vier Jahren keine Arbeit mehr? (beide 58 Jahre alt). Sie müssen jetzt sauber machen, obwohl mein Vater Meister mit Ingenieurschule ist!“ (w)

„Meine Eltern leiden sehr darunter, dass sie keine Arbeit haben, obwohl sie noch gar nicht so alt sind. Wo bleibt da die viel beschriebene Achtung der Würde des Menschen?“ (w)

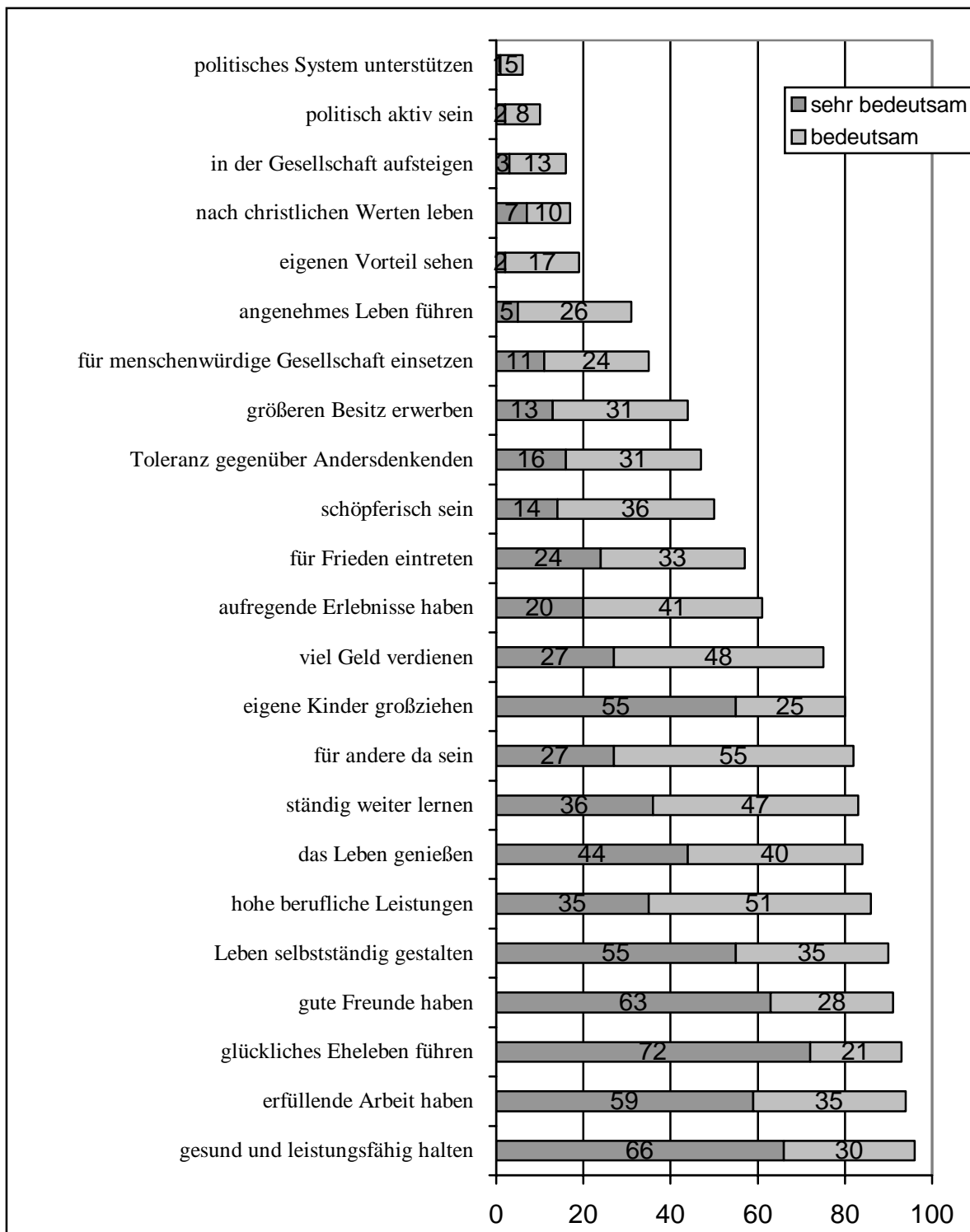
Auf die Arbeitslosigkeit als Einflussfaktor des politischen Mentalitätswandels gehen wir im Kapitel 10 noch näher ein.

8. Lebensorientierungen im Wandel

Lebensorientierungen widerspiegeln in spezifischer Weise Hoffnungen. Es sind segmentierte Zukunftsentwürfe, Vorstellungen, Prinzipien, die Individuen für Teilbereiche ihres Lebens als verbindlich bewerten und anstreben. Sie werden als handlungsorientierende, durch Sozialisationseinflüsse erworbene, habituelle psychische Dispositionen verstanden, die für die Zukunftsgestaltung der Menschen, für ihre gesamte Persönlichkeitsentwicklung von großer Bedeutung sind. Das Jugendalter ist eine Zeit intensiver Auseinandersetzungen und damit zugleich der Profilierung der individuellen Lebensorientierungen, eines strukturierten Lebenskonzeptes (vgl. Förster/Friedrich u.a., 1993: 169).

Ein zentrales Anliegen dieser Studie seit ihrem Start 1987 war und ist deshalb, die Entwicklung der Lebensorientierungen möglichst breit zu analysieren. Neben dem aktiven Einsatz für die DDR, für den Frieden, für das Kollektiv spielten vor der Wende vor allem solche Werte eine Rolle wie eine erfüllende Arbeit, lebenslanges Lernen, Gesundheit, Geldverdienen. Ein Teil der damals eingesetzten Fragestellungen/Indikatoren konnte auch nach der Wende weitergeführt werden, sukzessive ergänzt durch neue Indikatoren, für die nun in vielen Fällen schon aussagekräftige Zeitreihen über viele Jahre hinweg vorliegen, teilweise bereits ab 1990. Die Operationalisierung der Lebensorientierungen erfolgte in bewährter Weise mit Hilfe einer umfangreichen Batterie von Lebenszielen. Wir geben zunächst einen Gesamtüberblick der im Jahr 2000 erhobenen Daten. Die Abbildung informiert über die Prozentanteile derer, die das jeweilige Ziel für sehr bedeutsam bzw. bedeutsam halten (Ap 1 und 2).

Abbildung 8.1 : Ausprägung von Lebenszielen 2000



An der Spitze der Lebensziele unserer Panelmitglieder stehen im Jahr 2000 die Werte Gesundheit, Arbeit, Beruf und Lernen, Familienglück und Kinder, Freundschaft, Selbstbestimmung, Lebensgenuss, Solidarität, Geld. Ihnen messen mehr als zwei Drittel der jungen Männer und jungen Frauen große Bedeutung bei. Dagegen rangieren gesellschaftsbezogene Orientierungen am unteren Ende des Wertespektrums. Sich politisch zu engagieren wird nur von wenigen jungen Leuten als Lebensziel geschätzt. Diese Struktur stimmt grundsätzlich mit den Ergebnissen unserer früheren Untersuchungen bei ostdeutschen Jugendlichen überein (vgl. dazu Friedrich/Förster 1996: 19 ff.), allerdings können wir für unsere Population auf der

Grundlage langjähriger Vergleiche differenziertere Aussagen über Entwicklungstrends treffen, die bis in die Gegenwart reichen.

In diesem Kapitel können wir nicht auf alle untersuchten Lebensziele eingehen, das würde seinen Rahmen sprengen. Wir beschränken uns auf jene, die für das Anliegen dieses Buches von besonderem Interesse sind.

Gesellschaftsbezogene Lebensorientierungen

An die Spitze stellen wir die gesellschaftsbezogenen Ziele, in denen die Wertschätzung der Panelmitglieder für das frühere bzw. das neue Gesellschaftssystem in ihrem zeitlichen Verlauf besonders deutlich zum Ausdruck kommt.

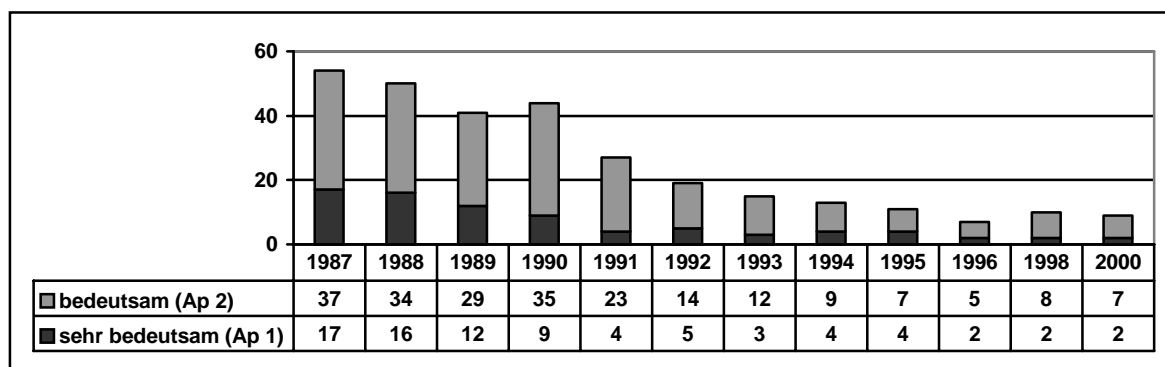
Das gilt vor allem für die Bereitschaft zur aktiven Teilnahme am politischen Leben der Gesellschaft, für die Daten seit 1987 vorliegen:

Tabelle 8.1: Lebensziel „Aktiv am politischen Leben teilnehmen“ im Trend 1987 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4+5	X	V	POP	KOP	NEP
1987	17	37	(54)	24	22	2,59	-	-	-	-
1988	16	34	(50)	22	28	2,71	87:88	28	37	35
1989	12	29	(41)	27	32	2,91	88:89	21	44	35
1990	9	35	(44)	36	20	2,74	89:90	34	34	32
1991	4	23	(27)	36	37	3,17	90:91	16	36	48
1992	5	14	(19)	41	40	3,36	91:92	21	42	37
1993	3	9	(12)	34	54	3,59	92:93	11	57	32
1994	4	9	(13)	32	55	3,59	93:94	24	54	22
1995	4	7	(11)	28	61	3,71	94:95	17	56	27
1996	2	5	(7)	33	60	3,77	95:96	20	59	21
1998	2	8	(10)	33	57	3,69	96:98	23	55	22
2000	2	7	(9)	25	56	3,83	98:00	17	53	30
Längsschnittkoeffizienten:				POP	KOP	NEP	N			
1987 - 1989				24	33	43	366			
1989 - 2000				15	24	61	377			

Die folgende Abbildung hebt die Grundrichtung der Veränderungen anhand der zusammengefassten Prozentquoten sehr starker und starker Orientierungen hervor:

Abbildung 8.2: Orientierung auf aktive Teilnahme am politischen Leben im Trend 1987 – 2000. Anteile sehr starker und starker Orientierung



Das ist einer der aussagekräftigsten Trends unserer Studie. Die Orientierung der Panelmitglieder auf eine aktive Teilnahme am politischen Leben hatte bereits vor der Wende dras-

tisch abgenommen, Widerspiegelung der sich seit Mitte der 80er Jahre verstärkenden Distanzierung von der Politik der SED. Erkennbar ist aber auch, dass dieser Abwärtstrend nach der Wende - nach einer kurzzeitigen leichten Zunahme im Frühjahr 1990 - weiter gegangen ist, sich sogar absturztartig verstärkt hat. Fast alle Werte für die Negativierungen zwischen den Wellen (NEP) sind signifikant. Diese Tatsache kann nur als Ausdruck einer erneuten Enttäuschung und der Verweigerung eines großen Teils der Panelmitglieder auch gegenüber dem neuen gesellschaftlichen System betrachtet werden. Zwar bestehen zwischen den Verteilungen unmittelbar vor der Wende (3. Welle) und denen nach der Wende (ab 4. Welle 1990) signifikante Zusammenhänge (z.B. 2000: $r = .16$, $P = .002$), Spuren der damaligen (geringen) Orientierungen sind demnach noch vorhanden. Sie sind jedoch viel zu schwach, um die sich massiv fortsetzende Zurückhaltung mit den damaligen Einstellungen erklären zu können. Auf keinen Fall sind die Ursachen für die heutige geringe und weiter abnehmende politische Partizipationsbereitschaft in der DDR-Sozialisation zu suchen. Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen bestehen nicht.

Während zwischen der Systembindung vor der Wende und der Bereitschaft zur politischen Aktivität durchaus ein enger Zusammenhang bestand (z.B. 1989: $r = .72$; $P = .000$), ist das nach der Wende nicht der Fall. So liegen die Korrelationen zwischen der Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik andererseits und der Bereitschaft zur politischen Aktivität zu allen Messpunkten nahe Null. Auch uneingeschränkte Zufriedenheit mit der Demokratie geht nicht mit höherer Bereitschaft zur politischen Partizipation einher (2000: $r = -.02$; $P = .691$). Selbst zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien sind die Unterschiede in dieser Hinsicht unwesentlich. So äußern 2000 auch nur 10 % der SPD-Anhänger bzw. 7 % der CDU/CSU-Anhänger, politisch aktiv sein wollen. Eine schwacher positiver Zusammenhang ist lediglich zur politischen Identifikation mit der Bundesrepublik auszumachen:

Tabelle 8.2: Zusammenhang zwischen politischer Identifikation mit der Bundesrepublik und Bereitschaft zur politischen Partizipation 2000

		Lebensziel „Aktiv am politischen Leben teilnehmen“ 2000							X	n
		Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam								
Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik Deutschland verbunden		1	2	(1+2)	3	4	5			
Zustimmung:	stark	4	11	(15)	37	30	18	3,48	27	
	mittel	1	12	(13)	30	40	17	3,60	91	
	schwach	1	6	(7)	22	38	33	3,95	272	

($r = .19$; $P = .000$)

Die politische Identifikation der Panelmitglieder mit der Bundesrepublik stimuliert zwar leicht ihre Bereitschaft, politisch aktiv zu sein. Sie ist aber zu schwach entwickelt, um diese Bereitschaft spürbar zu verstärken.

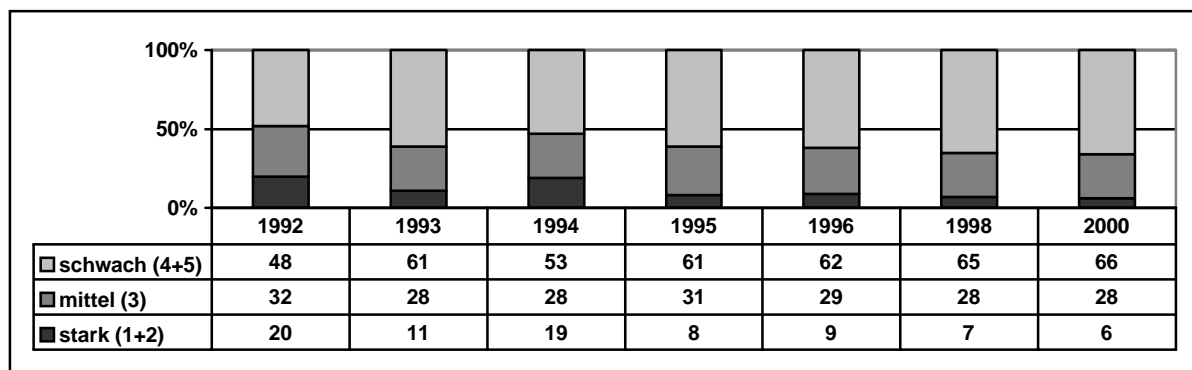
Auf die Bereitschaft zur aktiven Unterstützung des Gesellschaftssystems zielt auch die Orientierung, sich für die Erhaltung des gegenwärtigen politischen Systems einzusetzen:

Tabelle 8.3: Lebensziel „Mich für die Erhaltung des heutigen politischen Systems einsetzen“ im Trend 1992 - 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
1992	3	17	(20)	32	21	27	3,51	-	-	-	-

1993	3	8	(11)	28	31	30	3,76	92:93	24	40	36
1994	4	15	(19)	28	24	29	3,59	93:94	31	52	17
1995	1	7	(8)	31	32	29	3,79	94:95	16	51	33
1996	2	7	(9)	29	29	33	3,84	95:96	23	48	29
1998	1	6	(7)	28	29	36	3,94	96:98	19	57	24
2000	1	5	(6)	28	32	34	3,95	98:00	23	49	28

Abbildung 8.3: Lebensziel „Mich für die Erhaltung des heutigen politischen Systems einsetzen“ im Trend 1992 - 2000



Ähnlich wie die Bereitschaft zum politischen Engagement ist auch diese Orientierung nach 1992 schwächer geworden, nicht zuletzt infolge der abnehmenden Zufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum. Das belegen die Querschnittskorrelationen zwischen beiden Aspekten (z.B. 2000: $r = .46$; $P = .000$), noch überzeugender bedingte Längsschnittkorrelationen:

Tabelle 8.4: Längsschnittanalyse der Veränderung der Bereitschaft, sich für die Erhaltung des politischen Systems einzusetzen, zwischen 1992 und 2000, differenziert nach der Veränderung der Zufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum
Lebensziel „Mich für die Erhaltung des politischen Systems einsetzen“
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

Jahr	1	2	3	4	5	X	POP	KOP	NEP	Pt
<i>bei Abnahme der Zufriedenheit mit dem politischen System (n=39)</i>										
1992	5	23	39	18	15	3,15	-	-	-	-
2000	0	8	23	25	44	4,05	3	41	56	.000
<i>bei Zunahme der Zufriedenheit mit dem politischen System (n=33)</i>										
1992	0	6	27	30	37	3,97	-	-	-	-
2000	0	6	43	27	24	3,70	42	31	27	.203

Mit abnehmender Zufriedenheit mit dem politischen System ging zeitgleich ein signifikanter Rückgang der Bereitschaft zu seiner Unterstützung einher. Umgekehrt nahm mit einer Zunahme der Systemzufriedenheit auch tendenziell diese Bereitschaft zu (nicht signifikant).

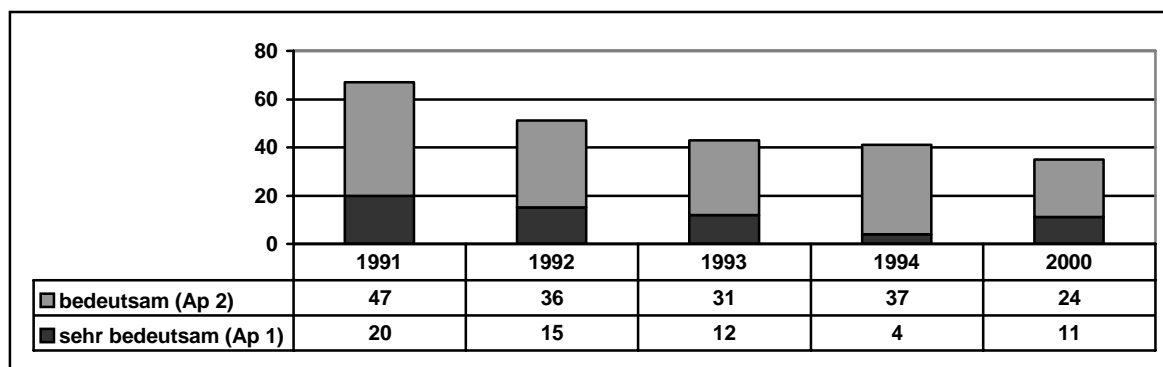
Zu den gesellschaftsbezogenen Zielen rechnet auch die Orientierung, sich aktiv für eine menschenwürdige Gesellschaft einzusetzen:

Tabelle 8.5: Lebensziel „Mich aktiv für eine menschenwürdige Gesellschaft einsetzen“ im Trend 1991 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

1 2 (1+2) 3 4 5 X

1991	20	47	(67)	23	9	1	2,26
1992	15	36	(51)	39	6	4	2,47
1993	12	31	(43)	39	15	3	2,66
1994	4	37	(41)	40	18	1	2,74
2000	11	24	(35)	42	19	4	2,82

Abbildung 8.4: Lebensziel „Mich für eine menschenwürdige Gesellschaft einsetzen“ im Trend 1991 – 2000. Anteile sehr starker und starker Orientierung



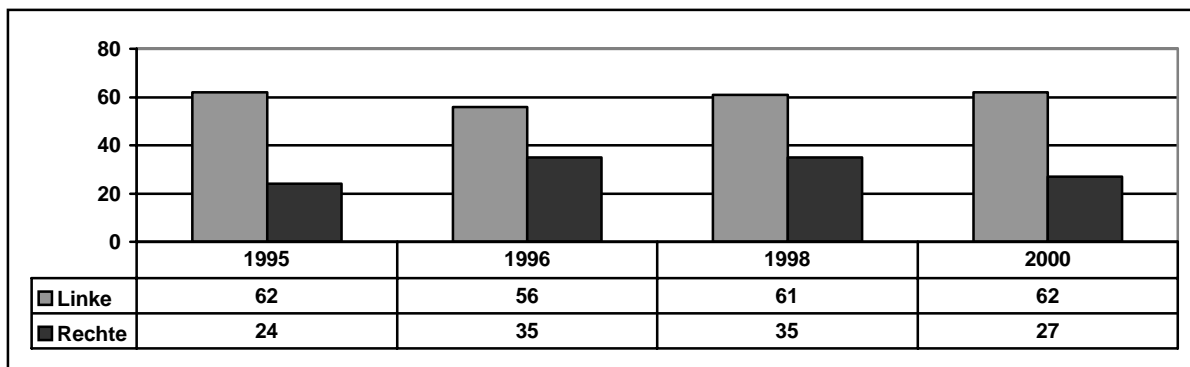
Auch dieser klare Abwärtstrend belegt, dass die Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren, bei den Panelmitgliedern seit 1991 deutlich nachgelassen hat. Für diese Interpretation spricht, dass die Ziele, politisch aktiv zu sein und sich aktiv für eine menschenwürdige Gesellschaft einzusetzen, im Querschnitt eng miteinander korrelieren (z.B. 2000: $r = .53$; $P = .000$). Selbst nach dem Regierungswechsel 1998 ist keine Trendwende erkennbar. Zur Lebensorientierung, politisch Andersdenkende zu tolerieren, liegen Ergebnisse ab 1995 vor:

Tabelle 8.6: Lebensziel „Politisch Andersdenkende tolerieren“ im Trend 1995 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1995	19	32	(51)	34	9	6	2,50
1996	14	32	(46)	43	7	4	2,56
1998	16	32	(48)	37	9	6	2,57
2000	16	31	(47)	40	9	4	2,56

Ein sehr bedenkenswertes Ergebnis: Zu allen vier Messpunkten äußert nur rund die Hälfte der Panelmitglieder, Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden üben zu wollen. Rund ein Drittel artikuliert eine ambivalente Auffassung. Das gilt für beide Geschlechtergruppen. Von den Querschnittsdaten her gesehen, scheint es nur geringe Veränderungen gegeben zu haben. Die Längsschnittkoeffizienten belegen jedoch, dass zwischen 1995 und 2000 nur 41 % bei ihrer Auffassung geblieben sind, über die Hälfte diese mehr oder weniger stark modifiziert haben. Das deutet darauf hin, dass wir es hier mit einer wenig stabilen Orientierung zu tun haben, die Suche nach einem Standpunkt anhält. Hinter den Daten verbergen sich außerdem gravierende Unterschiede zwischen Linksorientierten und Rechtsorientierten. Die Abbildung veranschaulicht den differenten Trend für die politisch-weltanschaulichen Extremgruppen:

Abbildung 8.5: Orientierung auf Toleranz gegenüber Andersdenkenden im Trend 1995 – 2000, differenziert nach Links- bzw. Rechtsorientierten



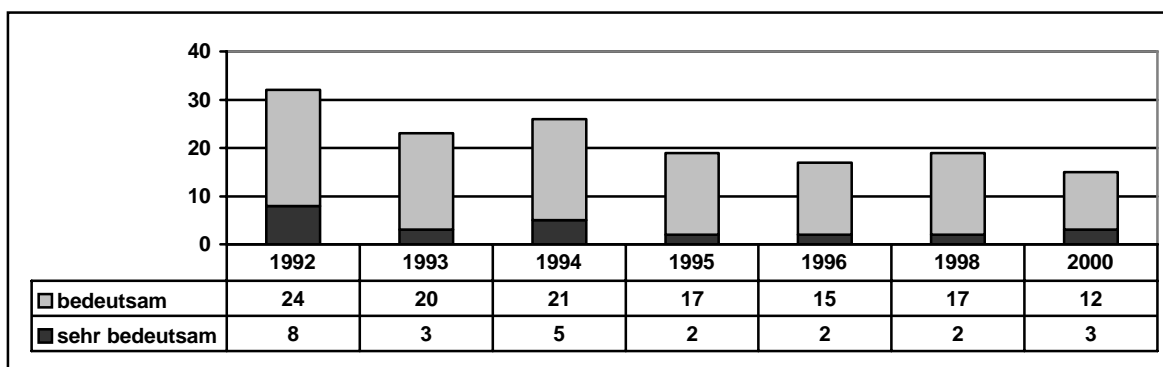
Linksorientierte Panelmitglieder wollen sich erheblich häufiger tolerant gegenüber Andersdenkenden verhalten als rechtsorientierte, aber auch bei ihnen geht der Anteil derer mit dieser Absicht nicht über knapp zwei Drittel hinaus. Wesentlich ist, dass kein Zusammenhang mit der Systembindung vor der Wende besteht. Früher stark systemverbundene Panelmitglieder sind nach der Wende nicht intoleranter eingestellt als nur schwach systemverbundene.

Eine sehr bemerkenswerte Entwicklung hat die Orientierung auf einen Aufstieg in die oberen Schichten der Gesellschaft und damit auf Prestigegewinn genommen, die seit 1992 beobachtet wird:

Tabelle 8.7: Lebensziel „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ im Trend 1992 - 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
1992	8	24	(32)	38	18	12	3,03	-	-	-	-
1993	3	20	(23)	37	18	22	3,38	92:93	24	46	30
1994	5	21	(26)	33	22	19	3,30	93:94	27	46	27
1995	2	17	(19)	40	24	17	3,36	94:95	25	42	33
1996	2	15	(17)	35	24	24	3,53	95:96	20	49	31
1998	2	17	(19)	40	24	17	3,36	96:98	23	50	27
2000	3	12	(15)	32	26	27	3,63	98:00	22	49	29

Abbildung 8.6: Lebensziel „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ im Trend 1992 – 2000. Anteile sehr starker und starker Orientierung



Der Anteil der Panelmitglieder, die zur Elite der jetzigen Gesellschaft gehören wollen, ist stark rückläufig, hat sich in den vergangenen acht Jahren etwa halbiert! Wollten 1992 immerhin noch 32 % in die oberen Schichten aufsteigen, ging dieser Anteil im Jahr 2000 auf 15 % zurück - ebenfalls ein Indiz für die wachsende Distanz gegenüber der Gesellschaft. Sie gilt für beide Geschlechtergruppen gleichermaßen und auch für die beiden Bildungsgruppen, d.h.

jene, die zeitweise studiert haben bzw. nicht studiert haben. Hintergrund ist sehr wahrscheinlich u.a. die Erfahrung, als Ostdeutscher nur geringe oder keine Chancen zu haben, in die nach wie vor ausschließlich oder vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite vorzustoßen - ein grundsätzliches Problem Ostdeutschlands, seiner Integration in eine gesamtdeutsche Gesellschaft.

Der Abwärtstrend ist jedoch auch auf dem Hintergrund der Entwicklung des politischen Bewusstseins zu sehen: Schon von der übereinstimmenden Entwicklungsrichtung her drängt sich die Vermutung auf, dass ein Zusammenhang mit der in diesem Zeitraum ebenfalls massiv zurückgegangenen Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems und der Zufriedenheit mit dem politischen System bestehen könnte. Spezielle Längsschnittanalysen bestätigen die Annahme:

Tabelle 8.8: Längsschnittanalyse der Veränderung der Absicht, zur Elite der Gesellschaft zu gehören, zwischen 1992 und 2000, differenziert nach der Veränderung der Zufriedenheit mit dem politischen System und der Bereitschaft zur Systemunterstützung
Lebensziel „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

Jahr	1	2	3	4	5	X	POP	KOP	NEP	Pt
<i>bei Abnahme der Zufriedenheit mit dem politischen System (n=39)</i>										
1992	13	41	33	8	5	2,15				
2000	3	21	46	15	15	3,21	8	36	56	.000
<i>bei Zunahme der Zufriedenheit mit dem politischen System (n=33)</i>										
1992	6	24	40	18	12	3,42				
2000	0	12	24	52	12	3,63	24	25	51	.228
<i>bei Abnahme der Bereitschaft zur Systemunterstützung (n=56)</i>										
1992	11	25	46	11	7	2,79				
2000	4	12	34	29	21	3,52	13	31	56	.000
<i>bei Zunahme der Bereitschaft zur Systemunterstützung (n=30)</i>										
1992	3	17	37	23	20	3,40				
2000	0	17	40	36	7	3,33	33	34	33	.783

Obwohl die Teilpopulationen verhältnismäßig klein sind, sind die unterschiedlichen Veränderungen gut erkennbar. Wesentlich ist vor allem der statistisch gesicherte Nachweis, dass ein Rückgang der Systemzufriedenheit (der insbesondere zwischen 1992 und 1998 in der Gesamtgruppe festzustellen war) einer der Faktoren ist, der zeitgleich zum Rückgang des Strebens geführt hat, zur Elite zu gehören (NEP = 56 %). Bei Positivierung der Systemzufriedenheit, für weitaus weniger Panelmitglieder charakteristisch, gab es zwar auch Veränderungen, die jedoch nicht signifikant sind. Außerdem wird durch die bedingte Längsschnittkorrelation belegt, dass der Rückgang des Strebens nach Aufstieg in der Gesellschaft Ausdruck des massiven Abbaus der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems ist. Mit einer geringen oder gar abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt jedoch wiederum zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft im Sinne von Norbert Elias (vgl. Wagner 1999: 101 ff.).

Zu einem interessanten Ergebnis führt die Fortschreibung der Lebensorientierung „Dafür eintreten, dass der Frieden erhalten bleibt“, vor der Wende ein zentraler Gegenstand politischer Bewusstseinsbildung, mit leider nur einem weiteren Messpunkt im Jahr 2000:

Tabelle 8.9: Lebensziel „Dafür eintreten, dass der Frieden erhalten bleibt“ im Trend 1987 bis 2000

Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1987	73	22	(95)	5	0	0	1,34
1988	58	28	(86)	11	2	1	1,60
1989	46	32	(78)	16	5	1	1,84
2000	24	33	(57)	32	9	2	2,31

Bereits in der Endzeit der DDR hatte sich diese Orientierung im Zusammenhang mit der zurückgehenden Systembindung stark abgeschwächt, dennoch erklärten auch im Frühjahr 1989 noch rund drei Viertel der Panelmitglieder (78 %), für die Erhaltung des Friedens eintreten zu wollen. Im Jahr 2000 äußern 57 % diese Orientierung, wobei noch nach mehr als zehn Jahren eine signifikante Nachwirkung politischer Sozialisation erkennbar ist:

Tabelle 8.10: Zusammenhang zwischen der Lebensorientierung „Dafür eintreten, dass der Frieden erhalten bleibt“ 1989 und 2000

	Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam						
	1	2	(1+2)	3	4	5	n
<i>Ausprägung 1989</i>	<i>Ausprägung 2000, bezogen auf 1989</i>						
1	33	33	(66)	29	2	3	172
2	20	36	(56)	36	7	1	123
3,4,5	12	25	(37)	39	23	1	83

(r = .23; P = .000)

Die Zustimmung zu dieser Lebensorientierung im Jahr 2000 ist um so stärker, je stärker sie im Jahr 1989 war (r = .23). Eine vermutete Wechselwirkung mit der damaligen Systembindung, die hinter diesem Zusammenhang stehen könnte, besteht nicht.

Soziale Lebensorientierungen

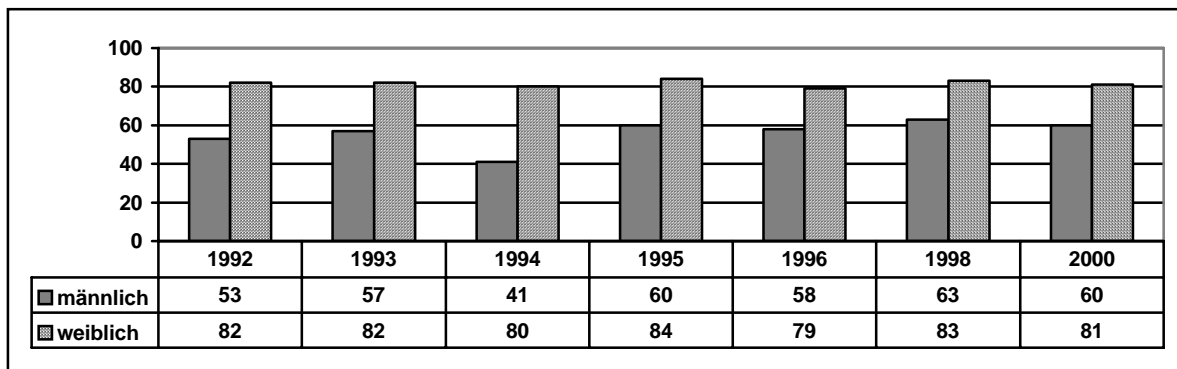
An der Spitze der sozialen Lebensziele der Panelmitglieder, der untersuchten Orientierungen überhaupt, steht - in guter Übereinstimmung mit den Ergebnissen anderer Jugendstudien - das Streben danach, ein glückliches Ehe- und Familienleben zu führen.

Tabelle 8.11: Lebensziel „Ein glückliches Ehe- und Familienleben führen“ im Trend 1992 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

Alter	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1992	70	21	(91)	5	3	1	1,44
1993	70	18	(88)	9	2	1	1,44
1994	62	24	(86)	7	5	2	1,61
1995	73	18	(91)	6	2	1	1,40
1996	70	19	(89)	8	2	1	1,45
1998	74	19	(93)	5	1	1	1,37
2000	72	21	(93)	5	1	1	1,39

Fast alle Panelmitglieder (zwischen 86 % und 93 %) bejahen dieses Ziel bei unerheblichen Veränderungen zwischen der Wellen und hoher Konstanz im gesamten Untersuchungszeitraum. Die Geschlechtergruppen unterscheiden sich insofern, als für die jungen Frauen ein glückliches Ehe- und Familienleben durchgehend deutlich häufiger sehr bedeutsam ist als für die jungen Männer:

Abbildung 8.7: Lebensziel „Ein glückliches Ehe- und Familienleben führen“ im Trend 1992 – 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert. Anteile sehr starker und starker Orientierungen.



Das Streben nach einem glücklichen Ehe- und Familienleben korreliert hoch mit der Lebensorientierung, eigene Kinder zu haben (2000: $r = .63$; $P = .000$):

Tabelle 8.12: Lebensziel „Eigene Kinder großziehen“ im Trend 1995 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

Alter	1	2	(1+2)	3	4	5	X	
<i>Gesamt</i>								
1995	22,5	53	28	(81)	12	5	2	1,76
1996	23,5	58	21	(79)	11	6	4	1,77
1998	25,1	60	23	(83)	12	2	3	1,65
2000	27,2	55	25	(80)	12	5	3	1,77
<i>männlich</i>								
1995		39	38	(77)	15	6	2	1,96
1996		44	32	(76)	14	7	3	1,94
1998		48	33	(81)	11	3	5	1,81
2000		39	35	(74)	16	6	4	2,92
<i>weiblich</i>								
1995		65	20	(85)	8	4	3	1,59
1996		70	12	(82)	8	6	4	1,63
1998		69	15	(84)	13	2	1	1,52
2000		68	17	(85)	9	4	2	1,55

Rund 80 % der Panelmitglieder bejahen eigene Kinder, für die jungen Frauen ist auch diese Orientierung häufiger einschränkungslos bedeutsam als für die jungen Männer.

Unser besonderes Interesse galt von der Wende an der Entwicklung der mitmenschlichen, „prosozialen“ Einstellung, der Orientierung, für andere Menschen da sein zu wollen. Sie nahm einen bemerkenswerten Verlauf:

Tabelle 8.13: Lebensziel „Für andere da sein, auch wenn ich selbst auf etwas verzichten muss“ im Trend 1990 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1990	34	46	(80)	20	0	0	1,85
1991	43	40	(83)	15	2	0	1,75
1992	31	47	(78)	20	1	1	1,93
1993	34	39	(73)	25	2	0	1,96
1994	27	42	(69)	28	2	1	2,08
1995	23	49	(72)	24	4	0	2,09
1996	22	49	(71)	27	1	1	2,11
1998	20	53	(73)	23	3	1	2,12

Tabelle 8.14: Zusammenhang zwischen der Systembindung der Panelmitglieder 1989 und ihrer sozialen Motivation 2000
 Lebensziel „Für andere da sein, auch wenn ich selbst auf etwas verzichten muss“
 Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

Systembindung 1989	1	2	(1+2)	3	4	5	X
stark	26	54	(80)	17	2	1	1,99
mittel	30	51	(81)	18	1	0	1,90
schwach	26	60	(86)	12	1	1	1,89

(N = 376; P = .260 ns)

Diese „Nullkorrelation“ steht unbewiesenen Behauptungen gegenüber, denen zufolge die Identifikation mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung die „elementare Sittlichkeit, die zwischenmenschlichen Nahbeziehungen ruiniert habe“ (vgl. Richard Schröder 1994: XII). Wie Forschungsergebnisse des ZIJ vor der Wende eindeutig belegen, ist die Stichhaltigkeit dieser These selbst für die Endzeit der DDR zu bezweifeln. So ergab 1988 eine inhaltlich und methodisch nahezu identische Zusammenhangsanalyse bei einer großen Population junger Werktätiger zwischen ihrer Systembindung (Identifikation mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung) einerseits und ihrer sozialen Motivation andererseits eine leicht positive, keinesfalls jedoch eine negative Korrelation:

Tabelle 8.15: Zusammenhang zwischen der Systembindung und der sozialen Motivation junger Werktätiger 1988
 Lebensziel 1988: „Für andere Menschen da sein, auch wenn ich selbst auf etwas verzichten muss“
 Das hat für mein Leben Bedeutung 1 sehr große 2,3,4,5 überhaupt keine

Systembindung 1988	1	2	(1+2)	3	4	5	X
vollkommen	32	54	(86)	13	1	0	1,97
mit gewissen Einschränkungen	21	53	(74)	23	3	0	2,06
kaum	18	45	(63)	30	6	1	2,13
überhaupt nicht	22	42	(64)	27	8	1	2,19

(N = 3.513; r = .15; P = .000)

Quelle: „Umfrage 88“ des Zentralinstituts für Jugendforschung 1988, eigene Berechnungen

Leistungsorientierung

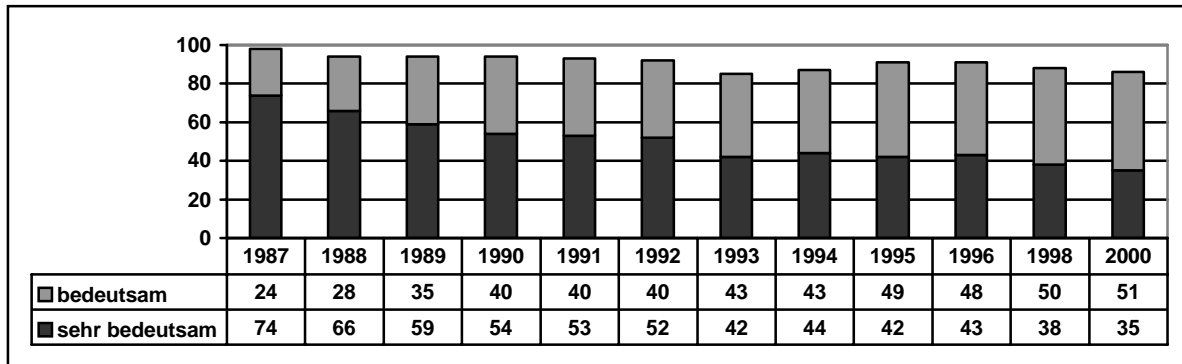
Umfangreiche Daten liegen für die Leistungsorientierung der Panelmitglieder vor. Teilweise reichen die Zeitreihen bis 1987 zurück wie z.B. bei dem Ziel, im Beruf hohe Leistungen zu erreichen:

Tabelle 8.16: Lebensziel „Im Beruf hohe Leistungen erreichen“ im Trend 1987 bis 2000
 Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4+5	X	V	POP	KOP	NEP
1987	74	24	(98)	2	0	1,28	-	-	-	-
1988	66	28	(94)	5	1	1,42	87:88	11	67	22
1989	59	35	(94)	4	2	1,51	88:89	15	63	22
1990	54	40	(94)	6	0	1,53	89:90	19	56	25
1991	53	40	(93)	6	1	1,57	90:91	23	56	21
1992	52	40	(92)	7	1	1,56	91:92	23	54	23
1993	42	43	(85)	14	1	1,75	92:93	16	54	30
1994	44	43	(87)	11	2	1,72	93:94	24	57	19
1995	42	49	(91)	9	0	1,69	94:95	23	54	23
1996	43	48	(91)	9	0	1,67	95:96	18	65	17

1998	38	50	(88)	11	1	1,74	96:98	13	66	21
2000	35	51	(86)	13	1	1.81	98:00	15	64	21

Abbildung 8.9: Lebensziel „Im Beruf hohe Leistungen erreichen“ im Trend 1987 – 2000. Anteile sehr starker und starker Orientierungen.

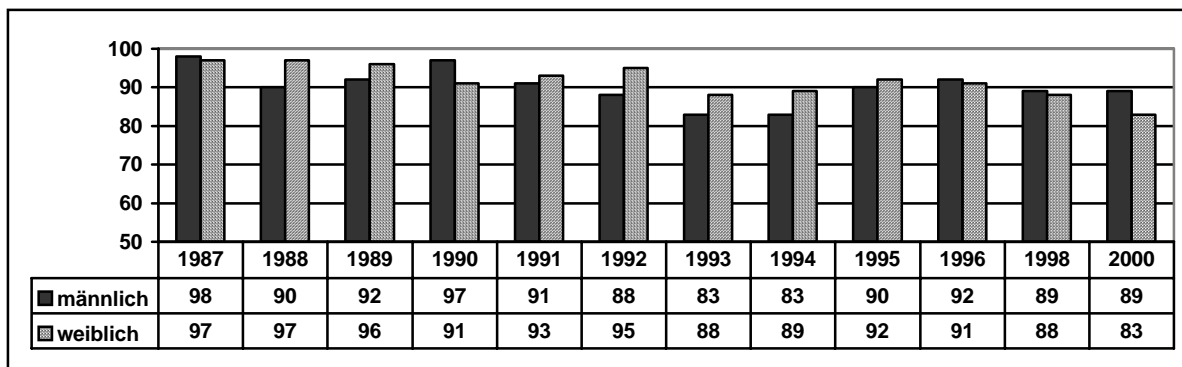


Die Orientierung auf hohe Leistungen im Beruf war bereits in der Schulzeit der Panelmitglieder stark entwickelt, ging jedoch zwischen 1987 und 1989 (d.h. zwischen Klasse 8 und Klasse 10) vor allem in ihrer einschränkungslosen Ausprägung zurück. Das war sowohl Ausdruck einer zunehmend realistischen Sicht der Panelmitglieder auf die spätere berufliche Entwicklung als auch der inzwischen eingetretenen Regressionen in ihren politischen Einstellungen in der Endzeit der DDR, die in einem positiven Zusammenhang mit der Leistungsorientierung standen (1989: Systembindung $r = .31$, $P = .000$; Identifikation mit der DDR $r = .28$, $P = .000$). Auch der damalige Rückgang der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht im Hinblick auf die DDR hatte daran Anteil.

Hervorzuheben ist, dass es bei den TeilnehmerInnen unserer Studie zwischen Frühjahr 1989 und Frühjahr 1990, d.h. kurz nach der Wende, nicht zu einem Bruch in dieser für die Persönlichkeit bedeutsamen Orientierung kam. Das gilt auch für die folgenden Jahre, in denen sich zwar der Rückgang der einschränkungslosen Orientierung fortsetzte, der Anteil der Panelmitglieder mit hoher Leistungsbereitschaft (Ap 1 und 2) jedoch mit fast 90 % sehr hoch blieb. Aus den Längsschnittkoeffizienten ist ablesbar, dass die Konstanz der individuellen Angaben und damit die Stabilität der Orientierungen in den letzten Jahren zugenommen hat. Signifikante und relevante Spuren der zu DDR-Zeiten verinnerlichten Auffassungen sind anhand von Korrelationsanalysen bis 1992 nachweisbar, dann lösen sich die Zusammenhänge mit den im Frühjahr 1989 (3. Welle) diagnostizierten Orientierungen auf.

Zwischen den Geschlechtergruppen bestehen keine signifikanten Unterschiede, die Mädchen bzw. jungen Frauen messen hohen beruflichen Leistungen keine geringere Bedeutung bei als ihre männlichen Altersgefährten, weder vor noch nach der Wende. Wir dokumentieren diese keineswegs überraschende Tatsache mit der folgenden Abbildung:

Abbildung 8.10: Anteile der Panelmitglieder, die hohen beruflichen Leistungen als sehr bedeutsam oder bedeutsam einschätzen, im Trend zwischen 1987 und 2000, nach Geschlechtergruppen differenziert



In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass nur ein kleiner Teil der Panelmitglieder die Auffassung vertritt, die Frau sollte den Beruf aufgeben, wenn in der Familie Kinder zu betreuen sind:

Tabelle 8.17: Stellung zur Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung im Trend 1992 bis 2000, nach Geschlechtergruppen differenziert
 „Die Frau sollte den Beruf aufgeben, wenn in der Familie Kinder zu betreuen sind.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

		1	2	(1+2)	3	4	5	X
männlich	1992	8	10	(18)	19	28	35	3,71
	1996	6	8	(14)	19	24	43	3,90
	1998	3	4	(7)	19	27	47	4,09
	2000	5	6	(11)	19	27	43	3,96
weiblich	1992	1	8	(9)	11	16	64	4,33
	1996	1	6	(7)	6	13	74	4,53
	1998	1	3	(4)	8	14	74	4,56
	2000	2	4	(6)	11	12	71	4,46

Nur Minderheiten stimmen der Aussage zu. Die überwiegende Mehrheit lehnt diese Lösung ab, von den jungen Frauen erheblich mehr (hoch signifikant) als von den jungen Männern. Zwischen 1992 und 1998 hat die Ablehnung bei beiden Geschlechtergruppen sogar signifikant zugenommen.

Allerdings wirken sich vorhandene Kinder (im Jahr 2000 haben 37 % aller Panelmitglieder Kinder, darunter 49 % der weiblichen) mehr oder weniger deutlich auf die Auffassung zur Vereinbarkeit von Beruf und Kindern aus. So widersprechen 90 % der jungen Frauen ohne Kinder der These, die Frau solle den Beruf aufgeben, wenn Kinder zu versorgen sind. Dieser Anteil geht jedoch tendenziell auf 80 % derer zurück, die ein Kind haben bzw. signifikant auf 57 % jener, die zwei Kinder haben.

Aufmerksamkeit verdient die seit 1996 erkennbare Tatsache, dass sich persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit, insbesondere mehrfache und damit längere, signifikant negativ auf die Leistungsorientierung auswirkt, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Wir vergleichen dazu die Veränderung der Ausprägung der Leistungsorientierung derer, die bereits mehrmals arbeitslos waren, und jener, denen Arbeitslosigkeit bisher erspart blieb:

Tabelle 8.18: Vergleich der Leistungsorientierung bei Panelmitgliedern, die mehrmals bzw. noch nicht arbeitslos waren
 Lebensziel „Im Beruf hohe Leistungen erreichen“
 Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4+5	X
--	---	---	-------	---	-----	---

mehrmals arbeitslos gewesen

1996	36	52	(88)	12	0	1,76
1998	28	57	(85)	14	1	1,89
2000	27	55	(82)	17	1	1,95

nicht arbeitslos gewesen

1996	50	43	(93)	7	0	1,56
1998	44	44	(88)	12	0	1,69
2000	39	49	(88)	12	0	1,72

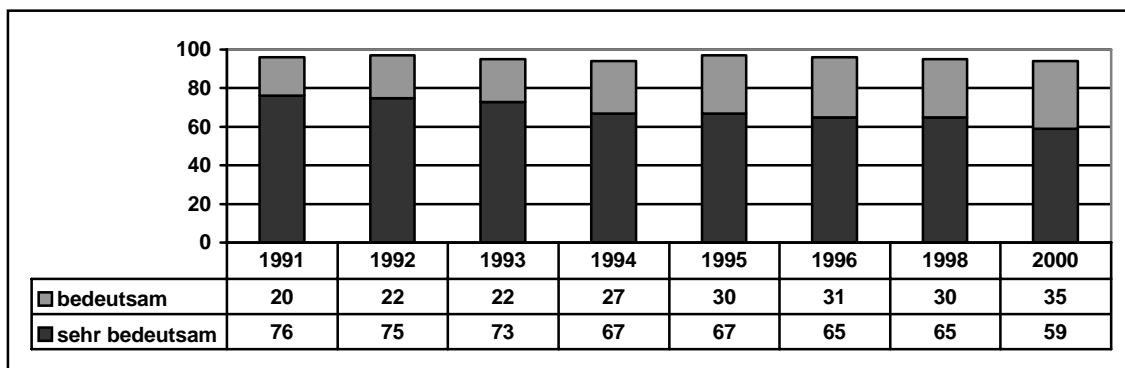
Die signifikant geringeren Anteile einschränkungsloser Leistungsorientierung bei TeilnehmerInnen, die schon mehrmals arbeitslos waren, sind klar erkennbar. Zu vermuten ist demnach, dass vor allem mehrmalige bzw. längere Arbeitslosigkeit negative Auswirkungen auf die Leistungsorientierung haben kann.

Die hohe Wertschätzung der Panelmitglieder für die Arbeit wird durch eine weitere Zeitreihe bestätigt, die auf ihren erfüllenden Charakter zielt:

Tabelle 8.19: Lebensziel „Eine Arbeit haben, die mich erfüllt, in der ich aufgehen kann“ im Trend 1991 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4+5	X	V	POP	KOP	NEP
1991	76	20	(96)	4	0	1,29	-	-	-	-
1992	75	22	(97)	2	1	1,28	91:92	11	75	14
1993	73	22	(95)	5	0	1,33	92:93	10	83	7
1994	67	27	(94)	4	2	1,40	93:94	13	71	16
1995	67	30	(97)	3	0	1,36	94:95	17	68	15
1996	65	31	(96)	4	0	1,40	95:96	10	77	13
1998	65	30	(95)	5	0	1,40	96:98	11	76	13
2000	59	35	(94)	6	0	1,48	98:00	13	65	22

Abbildung 8.11: Lebensziel „Eine Arbeit haben, in der ich aufgehen kann“ im Trend 1991 – 2000. Anteile sehr starker und starker Orientierungen

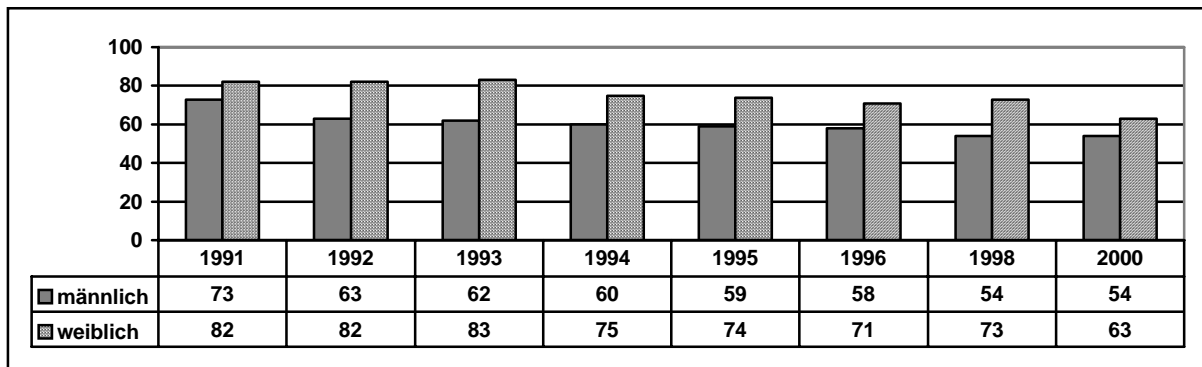


Nahezu alle Panelmitglieder messen im gesamten Untersuchungszeitraum einer sinnerfüllten Arbeit sehr große oder große Bedeutung bei (Ap 1 und 2), wobei der weitaus größere Teil der positiven Angaben auf die einschränkungslose Position 1 entfällt. Auffällig ist bei dieser Orientierung die überdurchschnittlich hohe Stabilität der Angaben, ablesbar an den Prozentwerten für den Längsschnittkoeffizient KOP. Lediglich zwischen 1998 und 2000 ist eine signifikante Negativierung festzustellen, die auf einen leichten Rückgang der einschränkungslos positiven Wertungen zugunsten eingeschränkt positiver zurückzuführen ist. Alles in allem widerspiegeln diese Verteilungen und Trends das weit verbreitete und faktisch nicht nachlassende Streben dieser jungen Ostdeutschen nach einer sinnerfüllten Arbeit, vermutlich auch

unter dem Einfluss heute bestehender Leistungsanreize, aber auch permanent drohender Arbeitslosigkeit.

Bei den weiblichen Panelmitgliedern ist dieses Streben signifikant stärker entwickelt als bei den männlichen. Das äußert sich in einem bis auf das Jahr 2000 signifikant höheren Anteil einschränkungslos positiver Wertungen:

Abbildung 8.12: Lebensziel „Eine Arbeit haben, in der ich aufgehen kann“ im Trend 1991 – 2000, differenziert nach den Geschlechtergruppen

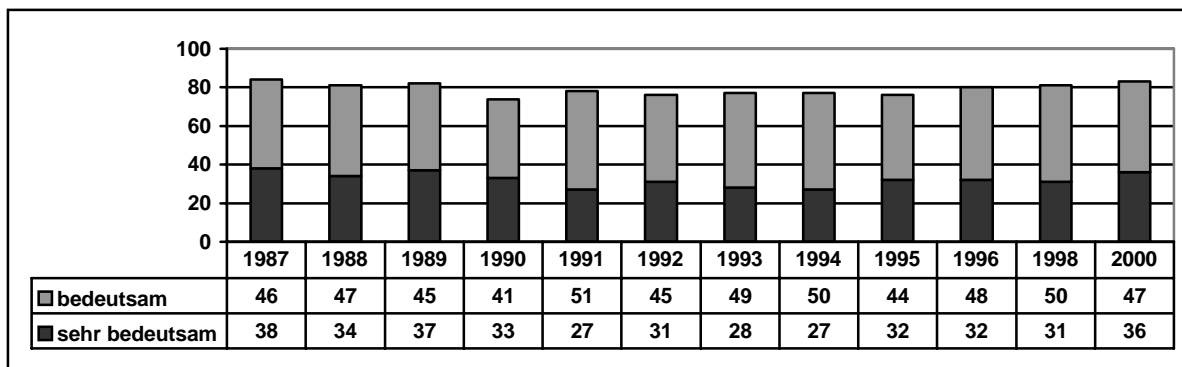


Seit 1987 wurde eine weitere Leistungsorientierung untersucht, die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen

Tabelle 8.20: Lebensziel „Ständig weiterlernen“ im Trend 1987 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4+5	X	V	POP	KOP	NEP
1987	38	46	(84)	14	2	1,82	-	-	-	-
1988	34	47	(81)	15	4	1,90	87:88	23	48	29
1989	37	45	(82)	12	6	1,87	88:89	25	52	23
1990	33	41	(74)	20	6	1,99	89:90	18	50	32
1991	27	51	(78)	18	4	2,01	90:91	30	44	26
1992	31	45	(76)	22	2	1,95	91:92	32	45	23
1993	28	49	(77)	22	1	1,99	92:93	12	68	20
1994	27	50	(77)	18	5	2,02	93:94	19	62	19
1995	32	44	(76)	21	3	1,95	94:95	19	65	16
1996	32	48	(80)	17	3	1,91	95:96	21	61	18
1998	31	50	(81)	18	1	1,90	96:98	21	59	20
2000	36	47	(83)	14	3	1,84	98:00	25	58	17

Abbildung 8.13: Lebensziel „Ständig weiterlernen“ im Trend 1987 – 2000. Anteile sehr starker und starker Orientierungen.



Rund 80 % der Panelmitglieder haben sich diese Orientierung mit seit 1992 deutlich gesteigener Stabilität zu eigen gemacht. Einen signifikanten, wenn auch nicht sehr großen Abfall gab es nur zwischen 1989 und 1990, offensichtlich im Zusammenhang mit der politischen Wende. Ab 1996 kann eine signifikante Positivierung beobachtet werden.

Signifikante Spuren der hohen Ausprägung vor der Wende sind bis in die Gegenwart nachweisbar, allerdings werden sie nach 1991 sichtlich schwächer (Korrelation der Ausprägung 1989 zu 1990: $r = .45$, $P = .000$; 1989 zu 2000: $r = .12$; $P = .016$).

Geschlechterunterschiede bestehen nur tendenziell zugunsten der jungen Frauen.

Fast kontinuierlich stärker geworden ist in den letzten Jahren der wechselseitige Zusammenhang zwischen dem Streben nach hohen Leistungen im Beruf einerseits und lebenslangem Lernen andererseits, offensichtlich Widerspiegelung der Notwendigkeit, den beruflichen Anforderungen durch hohes Wissen und Können gewachsen zu sein. So äußern 88 % derer, die stark leistungsorientiert sind, zugleich eine starke Orientierung auf lebenslanges Lernen. Bei 76 % bilden beide Orientierungen eine Einheit.

Bei gesamtdeutschen Vergleichen im Hinblick auf die Leistungsbereitschaft schneiden die jungen Ostdeutschen übrigens nicht schlechter, sondern deutlich besser ab als die jungen Westdeutschen. Das geht aus verschiedenen Studien hervor, zuletzt auch aus der jüngsten Shell-Studie Jugend 2000. So stellen die Autoren u.a. fest: „Die Leistungsorientierung der Jugendlichen im Osten ist deutlich höher als die ihrer Altersgenossen im Westen, was hauptsächlich auf die sehr hohe Leistungsbereitschaft der Mädchen im Osten zurückzuführen ist (2000, Bd. 1: 291). Und an anderer Stelle schreiben sie: „Die Schwierigkeiten der Lebens- und Zukunftsgestaltung, die von vielen Jugendlichen in den östlichen Landesteilen konstatiert werden, ergeben sich folglich nicht aus einer mangelnden Bereitschaft zu Anstrengung und Leistung. Sie erwachsen aus den ´objektiv` unterschiedlichen Lebensverhältnissen.“ (17)

Materielle und hedonistische Orientierungen

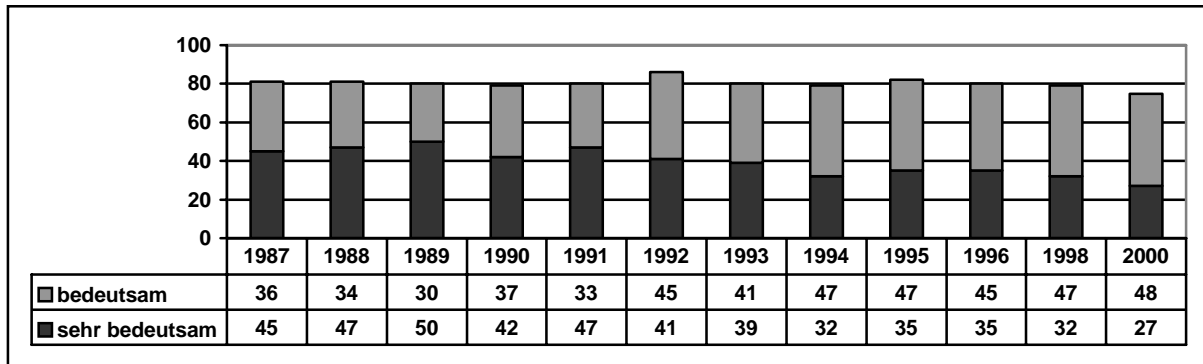
Bemerkenswerte, teilweise unerwartete Veränderungen sind bei den materiellen bzw. hedonistischen Orientierungen festzustellen. Das gilt in besonderem Maße für das Streben danach, viel Geld zu verdienen, untersucht seit 1987:

Tabelle 8.21: Lebensziel „Viel Geld verdienen“ im Trend 1987 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1987	45	36	(81)	13	5	1	1,81
1988	47	34	(81)	12	5	2	1,83
1989	50	30	(80)	13	5	2	1,81
1990	42	37	(79)	14	6	1	1,86
1991	47	33	(80)	13	5	2	1,82
1992	41	45	(86)	8	5	1	1,80

1993	39	41	(80)	17	1	2	1,86
1994	32	47	(79)	17	3	1	1,92
1995	35	47	(82)	16	2	0	1,85
1996	35	45	(80)	18	2	0	1,87
1998	32	47	(79)	18	2	1	1,93
2000	27	48	(75)	22	2	1	2,01

Abbildung 8.14: Lebensziel „Viel Geld verdienen“ im Trend 1987 – 2000. Anteile sehr starker und starker Ausprägung.



Vor der Wende, zwischen dem 14. und 16. Lebensjahr der SchülerInnen, waren faktisch keine Veränderungen zu bemerken. Rund 80 % äußerten die Absicht, viel Geld zu verdienen, der größere Teil davon ohne Einschränkung. Nach der Wende kam es nicht zu einer Zunahme dieser materiellen Orientierung, sondern im Gegenteil ab 1993 zu einer erst tendenziellen, dann signifikanten Abnahme. Insgesamt gesehen überwiegt zwischen 3. und 14. Welle signifikant der Rückgang (NEP = 38 %). Von einer zunehmenden materiellen Orientierung kann bei unserer Population keine Rede sein.

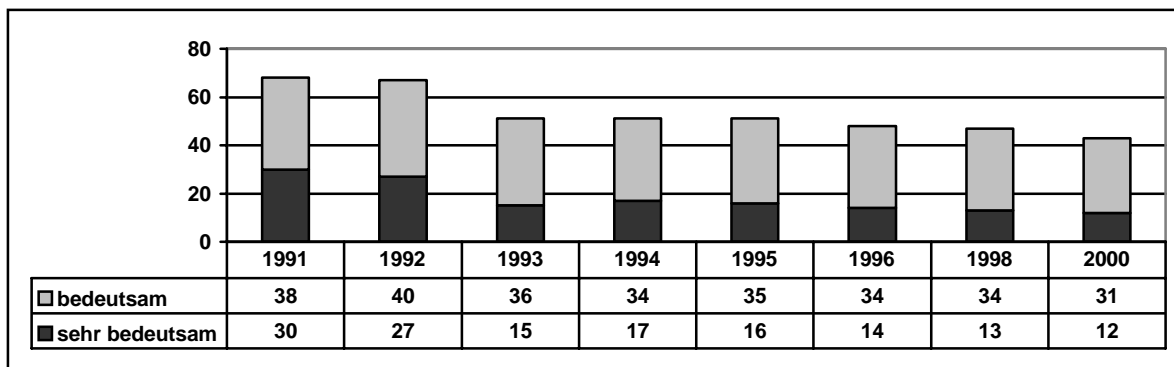
Stark rückläufig verlief die Entwicklung der materiellen Orientierung auf persönlichen Besitz:

Tabelle 8.22: Lebensziel „Größeren Besitz erwerben, z.B. repräsentatives Auto, komfortable Wohnungseinrichtung“ im Trend 1991 bis 2000

Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1991	30	38	(68)	17	10	5	2,25
1992	27	40	(67)	22	5	6	2,22
1993	15	36	(51)	26	16	7	2,64
1994	17	34	(51)	31	10	8	2,58
1995	16	35	(51)	36	9	4	2,49
1996	14	34	(48)	34	14	4	2,60
1998	13	34	(47)	38	11	4	2,60
2000	12	31	(43)	38	13	6	2,69

Abbildung 8.15: Lebensziel „Größeren Besitz erwerben“ im Trend 1991 – 2000. Anteile sehr starker und starker Orientierungen.



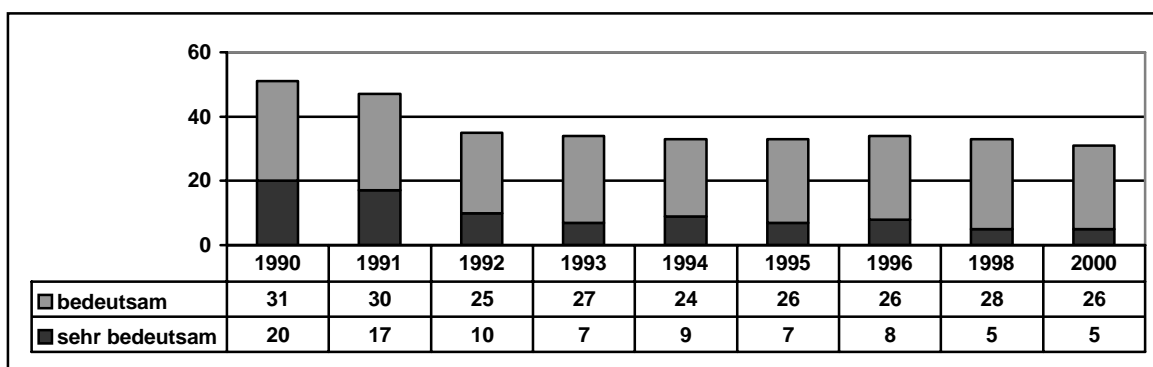
Auch diese Zeitreihe spricht keinesfalls für eine Zunahme materieller Orientierungen, sondern eindeutig für eine Abschwächung. Die Vermutung, dass dies eine Reaktion auf die in den Jahren nach der Wende verbesserte materielle Situation (insbesondere Wohnsituation) vieler Panelmitglieder darstellt, ein gewisser Sättigungseffekt sein könnte, lässt sich nicht verifizieren. So besteht z.B. zwischen der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard und dem Streben nach größeren Besitz faktisch kein Zusammenhang (2000: $r = .06$; $P = .245$).

Eine noch deutlichere Regression geht aus den Zeitreihen für die Zielstellung „Ohne Anstrengungen ein angenehmes Leben führen“ hervor:

Tabelle 8.23: Lebensziel „Ohne große Anstrengungen ein angenehmes Leben führen“ im Trend 1990 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1990	20	31	(51)	31	12	6	2,54
1991	17	30	(47)	31	14	8	2,65
1992	10	25	(35)	36	20	9	2,94
1993	7	27	(34)	40	17	9	2,95
1994	9	24	(33)	41	18	8	2,93
1995	7	26	(33)	41	18	8	2,93
1996	8	26	(34)	40	19	7	2,91
1998	5	28	(33)	39	19	9	2,99
2000	5	26	(31)	42	19	8	2,99

Abbildung 8.16: Lebensziel „Ohne große Anstrengungen ein angenehmes Leben führen“ im Trend 1990 – 2000. Anteile sehr starker und starker Orientierungen



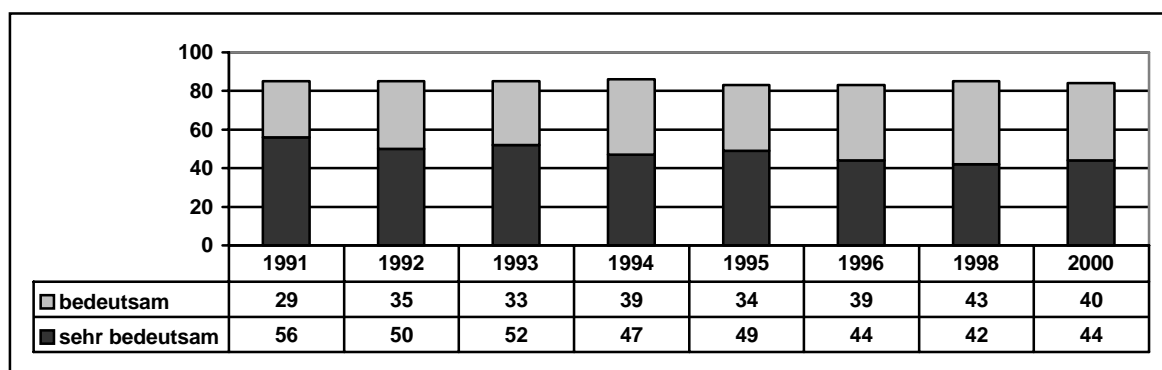
War die Vorstellung von einem „angenehmen Leben ohne Anstrengung“ kurz nach der Wende bzw. nach dem Verlassen der Schule noch für rund die Hälfte der Panelmitglieder mehr oder weniger stark erstrebenswert, fiel diese Quote ab 1992 auf knapp ein Drittel im Jahr 2000 mit einem geringen Anteil sehr starker Orientierung.

Das Streben nach Lebensgenuss ist demgegenüber zwischen 1991 und 2000 auf einem hohen Ausprägungsniveau faktisch gleich geblieben:

Tabelle 8.24: Lebensziel „Das Leben genießen, man lebt nur einmal“ im Trend 1991 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1991	56	29	(85)	12	2	1	1,64
1992	50	35	(85)	11	3	1	1,70
1993	52	33	(85)	12	3	0	1,67
1994	47	39	(86)	13	1	0	1,69
1995	49	34	(83)	13	4	0	1,74
1996	44	39	(83)	13	3	1	1,77
1998	42	43	(85)	12	3	0	1,78
2000	44	40	(84)	14	2	0	1,74

Abbildung 8.17: Lebensziel „Das Leben genießen, man lebt nur einmal“ im Trend 1991 – 2000. Anteil sehr starker und starker Orientierungen.



Die leichte Abnahme einschränkungsloser Wertungen zugunsten eingeschränkter kann nur als Tendenz betrachtet werden, statistisch gesehen stimmen die Verteilungen im Untersuchungszeitraum überein.

Anzumerken ist, dass Genussorientierung und Leistungsorientierung nicht negativ, sondern positiv korrelieren: Je stärker die Genussorientierung ausgeprägt ist, desto größer ist auch die Leistungsbereitschaft. Dasselbe gilt natürlich auch umgekehrt: je bedeutsamer die Leistungsbereitschaft, desto gewichtiger auch das Streben nach Lebensgenuss. Im Jahr 2000 bejahen immerhin 79 % aller Panelmitglieder sowohl Lebensgenuss als auch erfüllende Arbeit; nur 5 % streben nach Lebensgenuss, ohne der Arbeit eine ebenso hohe Bedeutung beizumessen. Dasselbe gilt auch für den Zusammenhang von materieller Orientierung (viel Geld verdienen) und Lebensgenuss.

Bei der Genussorientierung fällt auf, dass die bei der DDR-Jugend bereits viele Jahre vor der Wende beobachtete Zunahme hedonistischer Ziele sich danach offensichtlich weiter fortgesetzt hat (vgl. Friedrich 1990, Friedrich/Förster 1996, Friedrich 1999). Wir führen dazu die folgende Tabelle an, welche die Veränderungen anhand von Daten repräsentativer Populationen 18- bis 24-Jähriger zwischen 1978 und 1992 dokumentiert:

Tabelle 8.25: Veränderungen der Genussorientierung bei 18- bis 24-Jährigen zwischen 1978 und 1992

Das Lebensziel „Das Leben genießen, man lebt nur einmal“ hat für mich
 1 sehr große Bedeutung
 2 große Bedeutung
 3 mittlere Bedeutung
 4 geringe Bedeutung
 5 überhaupt keine Bedeutung

	1	2	(1+2)	3	4	5
1978	26	29	(55)	29	13	3
1984	37	35	(72)	22	5	1
1988	35	29	(64)	25	10	1
1990 (April)	32	40	(72)	21	6	1
1990 (August)	43	33	(76)	19	4	1
1991	40	35	(75)	21	3	1
1992	38	36	(74)	19	6	1

Quellen:

- 1978: „Umfrage 78“ des ZIJ
- 1984: „Umfrage 84“ des ZIJ
- 1988: „Umfrage 88“ des ZIJ
- 1990 (April): Meinungsumfrage M 4 des ZIJ
- 1990 (August): Meinungsumfrage M 7 des ZIJ
- 1991 Gesamtdeutsche Jugendstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung, an der W. Friedrich und P. Förster als Co-Autoren beteiligt waren (vgl. Veen u.a.1994)
- 1992 Repräsentative Studie bei 19- bis 25-jährigen Sachsen (vgl. Förster/Friedrich u.a. 1993)

Für die Bewertung der Entwicklung der Orientierung darauf, „verrückte, aufregende Erlebnisse zu haben“, stehen leider nur zwei Messpunkte in den Jahren 1992 und 2000 zur Verfügung. Mit Vorsicht kann aus den Daten abgeleitet werden, dass diese Orientierung nahezu unverändert im Mittelfeld der untersuchten Lebensziele liegt und nicht im Gegensatz zu anderen Orientierungen der Panelmitglieder steht, insbesondere zu ihrer Leitungsorientierung.

Selbstbestimmung

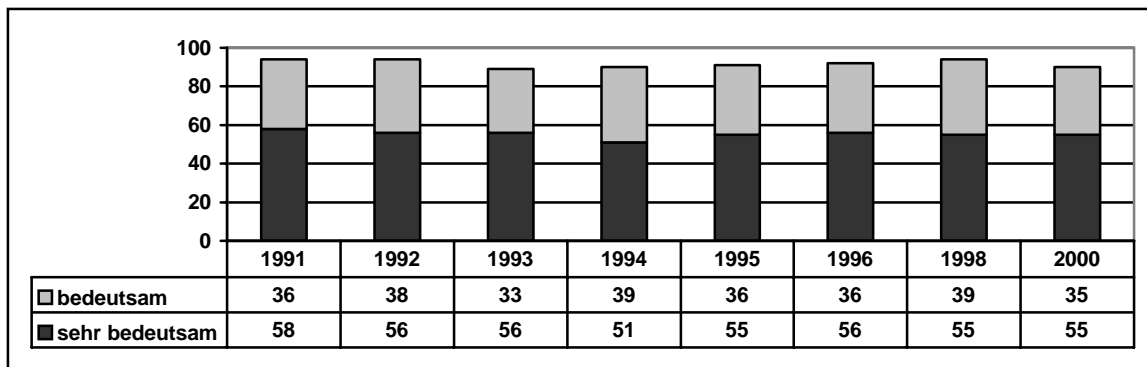
Der Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben war schon zu DDR-Zeiten bei den Jugendlichen stark angewachsen, insbesondere als Gegenreaktion auf eine immer stärkere Bevormundung und Gängelung. Leider liegen uns hierzu für unsere Studie keine Daten vor. Zahlreiche verbale Angaben auf den Fragebögen der 4. und 6. Welle 1990 bzw. 1991 lassen aber erkennen, dass viele Panelmitglieder diesen damaligen Erziehungsstil rückschauend sehr kritisch reflektierten. Aus den Zeitreihen nach der Wende geht hervor, dass dem Wert Selbstbestimmung fast unverändert hohe Bedeutung beigemessen wird, von den meisten sogar sehr hohe:

Tabelle 8.26: Lebensziel „Mein Leben völlig selbstständig und eigenverantwortlich gestalten“ im Trend 1991 bis 2000
 Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1991	58	36	(94)	5	1	0	1,48
1992	56	38	(94)	5	1	0	1,52
1993	56	33	(89)	9	2	0	1,58
1994	51	39	(90)	9	1	0	1,61
1995	55	36	(91)	8	1	0	1,57
1996	56	36	(92)	7	1	0	1,53
1998	55	39	(94)	5	1	0	1,53

2000 55 35 (90) 8 1 1 1,58

Abbildung 8.18: Lebensziel „Mein Leben völlig selbstständig und eigenverantwortlich gestalten“ im Trend 1991 – 2000. Anteile sehr starker und starker Orientierungen.



Die Verteilungen der Geschlechtergruppen unterscheiden sich nicht signifikant, auffällig ist aber die durchgängige Tendenz, dass diese Orientierung für die weiblichen Panelmitglieder häufiger als die männlichen sehr bedeutsam ist.

In der Gegenwart ist die starke Ausprägung dieser Orientierung offensichtlich auch Ausdruck erfahrener äußerer Zwänge. So fragten wir 1992 im Zusammenhang mit diesem Lebensziel danach, ob die Panelmitglieder persönlich die Erfahrung gemacht haben, tatsächlich selbst über

ihr Leben bestimmen zu können, „ohne Bevormundung und irgendwelche soziale und wirtschaftliche Zwänge“. Mit einem eindeutigen „ja“ antworteten damals nur 29 %, 56 % äußerten sich ambivalent, 15 % verneinten die Frage.

Christliche Werte

Die Identifikation mit christlichen Werten wurde in dieser Studie erst nach der Wende, ab 1992 erfasst:

Tabelle 8.27: Lebensziel „Nach christlichen Werten leben“ im Trend 1992 bis 2000
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)	X	V	POP	KOP	NEP
1992	6	10	(16)	17	25	42	(67)	3,89	-	-	-	-
1993	5	12	(17)	13	25	45	(70)	3,92	92:93	23	54	23
1994	5	10	(15)	15	16	54	(70)	4,05	93:94	13	68	19
1995	6	10	(16)	19	20	45	(65)	3,87	94:95	27	59	14
1996	7	8	(15)	18	23	44	(67)	3,88	95:96	17	64	19
1998	8	11	(19)	16	19	46	(65)	3,86	96:98	18	66	16
2000	7	10	(17)	17	19	47	(66)	3,90	98:00	20	61	19

Der Anteil der Panelmitglieder, die ausdrücklich in Übereinstimmung mit christlichen Werten leben wollen, ist zwischen 1992 und 2000 trotz geringer Schwankungen mit 15 % bis 19 % etwa gleich geblieben. Andererseits sind rund zwei Drittel bei ihrer mehr oder weniger starken Ablehnung geblieben. Das gilt für beide Geschlechtergruppen. Ein Trend in die eine oder andere Richtung ist nicht auszumachen.

Aus der Sicht des Anliegens dieses Buches soll abschließend noch einmal hervorgehoben werden, dass gesellschaftsbezogene Lebensziele im Ensemble der erfassten Lebensziele unse-

rer Panelmitglieder eine untergeordnete Rolle spielen und möglicherweise weiter an Bedeutung verlieren werden. Unseren Ergebnissen zufolge haben wir es dabei nicht allein mit Gleichgültigkeit gegenüber der Gesellschaft zu tun, sondern vielfach mit Skepsis oder Ablehnung. Wir finden auch bei einer näheren Betrachtung der Lebensziele bestätigt, dass rund elf Jahre nach dem Untergang des sozialistischen Gesellschaftssystems nach wie vor eine kritische Sicht auf das neue System überwiegt. Die Panelmitglieder haben sich zwar mit der neuen Gesellschaft mehr oder weniger arrangiert, aber sie engagieren sich nicht für sie.

9. Trotz bisher unbekannter Ängste: Das Leben ist schön!

Nach der Wende sind sukzessive auch verschiedene Seiten der psychischen Befindlichkeit der Panelmitglieder Gegenstand dieser Studie geworden. Uns interessiert vor allem, wie die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen die massiven Veränderungen in der Gesellschaft und in ihrer eigenen Biographie psychisch bewältigen, welche typischen Problemlagen sich herausbilden und welche Beziehungen zwischen der Befindlichkeit einerseits und den politischen Orientierungen andererseits bestehen. Schwerpunkte dieser Analysen waren bzw. sind verschiedene Aspekte der Lebenszufriedenheit, das Erleben von Bedrohungsgefühlen durch bestimmte negative Zeitereignisse, das Auftreten von psychosozialen Belastungen bzw. psychosomatischen Beschwerden. Die Fragestellungen zu allen diesen Gegenständen wurden aus den Meinungsumfragen des ZIJ 1990 bzw. aus unseren repräsentativen Jugendstudien 1992 und 1994 übernommen, was punktuelle Vergleiche möglich macht.

9.1 Allgemeine Lebenszufriedenheit

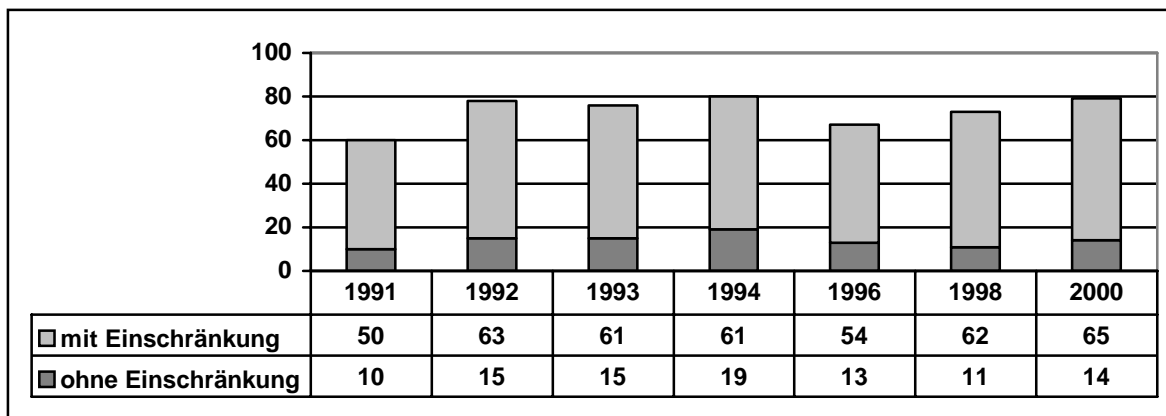
Bevor wir auf Details der Befindlichkeit der Teilnehmer unserer Studie eingehen, stellen wir die Entwicklung der allgemeinen Lebenszufriedenheit voran. Dazu liegen Daten seit 1991 vor, die aufschlussreiche Veränderungen sichtbar machen. Die folgende Tabelle informiert über die Trends für die Gesamtgruppe:

Tabelle 9.1: Allgemeine Lebenszufriedenheit im Trend zwischen 1991 und 2000
 „Wie schätzen Sie - alles in allem - Ihre gegenwärtige Lebenssituation ein?“
 Mit meiner Lebenssituation bin ich ...
 1 sehr zufrieden 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zufrieden

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
1991	10	50	(60)	30	8	2	2,4	-	-	-	-
1992	15	63	(78)	19	3	0	2,1	91:92	40	41	19
1993	15	61	(76)	18	4	2	2,2	92:93	20	52	28
1994	19	61	(80)	15	3	2	2,1	93:94	27	55	18
1996	13	54	(67)	28	3	2	2,3	94:96	17	53	30
1998	11	62	(73)	22	3	2	2,2	96:98	24	57	19
2000	14	65	(79)	18	2	1	2,1	98:00	24	62	14

Die folgende Abbildung veranschaulicht den Trend für den Anteil einschränkungsloser bzw. eingeschränkt zufriedener TeilnehmerInnen:

Abbildung 9.1: Allgemeine Lebenszufriedenheit im Trend 1991 – 2000 (nur Ap 1 und 2)



Generell fällt bei dieser Zeitreihe auf, dass zwar der größte Teil der Panelmitglieder mit ihrer Lebenssituation zufrieden ist, allerdings mit einem geringen Anteil sehr zufriedener junger Männer und Frauen. Die Werte von 1991 lassen noch die Nachwirkungen von Verunsicherungen der akuten Wendezeit erkennen: Nur 60 % der TeilnehmerInnen sind zufrieden, darunter 10 % ohne Einschränkung. Nach einem deutlichen Anstieg der Zufriedenheit zwischen 1991 und 1992 und einer länger anhaltenden Phase hoher Zufriedenheit kam es 1996 zu einem erneuten signifikanten Rückgang, vermutlich auch als Folge des Mitte der 90er Jahre in Ostdeutschland einsetzenden wirtschaftlichen Abschwungs. Ab 1998 steigt die Quote lebenszufriedener Panelmitglieder wieder an, insbesondere im Zusammenhang mit der Zunahme der Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen; wir kommen darauf zurück. Bemerkenswert sind auch die Prozentwerte für den Koeffizienten KOP, die auf eine Zunahme der Konstanz der überwiegend positiven Angaben schließen lassen. Zwischen 1998 und 2000 hatten sich signifikant mehr TeilnehmerInnen in positiver Richtung (d.h. in Richtung auf die Ap 1) verändert als in negativer (in Richtung auf die Ap 5), die Prozentquote konstanter Äußerungen ist auf 62 % angestiegen. Für den gesamten Zeitraum 1991 bis 2000 ist der Trend positiv: 44 % der Panelmitglieder äußern sich zufriedener, nur 16 % unzufriedener.

Dieser Trend gilt im großen und ganzen für beide Geschlechtergruppen. Lediglich 1991 waren die weiblichen Panelmitglieder signifikant weniger häufig zufrieden als die männlichen: 51 % gegenüber 75 %. Danach glichen sich die Werte an.

Die folgenden Zusammenhänge verweisen auf einige Einflussfaktoren, die besonderes Gewicht besitzen:

Tabelle 9.2: Allgemeine Lebenszufriedenheit 2000
 „Wie schätzen Sie - alles in allem - Ihre gegenwärtige Lebenssituation ein?“
 Mit meiner Lebenssituation bin ich ...
 1 sehr zufrieden 2,3,4,5 überhaupt nicht zufrieden

	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	14	65	(79)	18	2	1
<i>a) arbeitslos gewesen?</i>						
ja, mehrmals	9	58	(67)	28	2	3
ja, einmal	11	66	(77)	20	2	1
nein	19	69	(88)	10	1	1
<i>b) Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</i>						
völlig sicher	29	59	(88)	10	2	0
ziemlich sicher	12	72	(84)	14	1	1
ziemlich unsicher	13	47	(60)	34	2	4
völlig unsicher	3	47	(50)	40	7	3

c) berufliche Zukunftszuversicht

1 sehr zuversichtlich		33	62	(95)	5	0	0
2		12	75	(87)	12	0	1
3		8	56	(64)	30	3	3
4+5 kaum/überhaupt nicht	4	36	(40)	43	14	3	

d) Zufriedenheit mit den Chancen, im Leben durch Leistung voranzukommen

zufrieden		36	60	(96)	4	0	0
eher zufrieden		8	74	(82)	16	2	0
eher unzufrieden		6	63	(69)	27	1	3
unzufrieden		4	32	(36)	50	5	9

e) Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen

zufrieden		20	65	(85)	13	1	1
eher zufrieden		5	66	(71)	25	2	2
eher unzufrieden/unzufrieden		0	61	(61)	27	6	6

f) Zufriedenheit mit dem Einkommen

zufrieden		39	58	(97)	3	0	0
eher zufrieden		11	74	(85)	13	0	2
eher unzufrieden		5	66	(71)	23	5	1
unzufrieden		2	45	(47)	47	4	2

g) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung

zufrieden/eher zufrieden		21	71	(92)	8	1	0
eher unzufrieden		9	64	(73)	23	3	1
unzufrieden		8	49	(57)	38	0	5

Die Zusammenhänge sind durchweg hoch signifikant. Wir stellen sie bewusst ausführlich dar, um die Vielschichtigkeit der Einflüsse auf die Lebenszufriedenheit deutlich zu machen.

Wie in allen vorangegangenen Wellen wirkt sich erfahrene Arbeitslosigkeit stark negativ auf die Lebenszufriedenheit aus (a): Von den Panelmitgliedern, die bereits mehrmals arbeitslos waren, sind weitaus weniger mit ihrem Leben zufrieden als von jenen, die diese Erfahrung noch nicht machen mussten: 67 % gegenüber 88 % (Ap 1 und 2). Auch die aktuell vermutete Sicherheit des Arbeits- oder Ausbildungsplatzes wirkt sich aus (b): Mit abnehmender Sicherheit geht auch die Lebenszufriedenheit erheblich zurück. In dieselbe Richtung weist schließlich der Zusammenhang mit der beruflichen Zukunftszufriedenheit (c): Je stärker die Zuversicht, die beruflichen Pläne verwirklichen zu können, desto stärker auch die Lebenszufriedenheit. Eine bedingte Längsschnittkorrelation belegt diese Aussage:

Tabelle 9.3: Längsschnittanalyse der Veränderung der allgemeinen Lebenszufriedenheit zwischen 1994 und 2000, differenziert nach der Veränderung der beruflichen Zukunftszuversicht
Mit meiner Lebenssituation bin ich ...
1 sehr zufrieden 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zufrieden

	1	2	3	4	5	X	POP	KOP	NEP	Pt
<i>bei Zunahme der beruflichen Zuversicht (n=55)</i>										
1994	11	60	18	7	4	2,3	-	-	-	-
2000	20	58	20	0	2	2,0	33	51	16	.038
<i>bei Rückgang der beruflichen Zuversicht (n=56)</i>										
1994	18	73	9	0	0	1,9	-	-	-	-
2000	11	61	23	5	0	2,2	11	55	34	.004

Die diametral entgegengesetzten Richtungen der Veränderung der Lebenszufriedenheit in Abhängigkeit von der Veränderung der beruflichen Zuversicht sind klar erkennbar. Sie beweisen anhand tatsächlich so abgelaufener Prozesse den starken Einfluss der Hoffnungen,

Bei den drei untersuchten materiellen Seiten der Lebensbedingungen überwiegt eindeutig der Anteil zufriedener Panelmitglieder. Das betrifft insbesondere die Wohnverhältnisse mit einem hohen Anteil einschränkungsloser Zufriedenheit, sowie den Lebensstandard, wobei bei Letzterem eingeschränkte Zufriedenheit überwiegt. Auch mit ihrem Einkommen ist die Mehrheit zufrieden, allerdings überwiegt klar eingeschränkte Zufriedenheit. Immerhin 38 % sind mehr oder weniger unzufrieden.

Weibliche Panelmitglieder sind 2000 häufiger einschränkungslos mit ihren Wohnverhältnissen zufrieden als ihre männlichen Altersgefährten. Das hängt vermutlich damit zusammen, dass von den jungen Frauen mehr als von den jungen Männern schon längere Zeit in „eigenen vier Wänden“ wohnen, dazu meist mit einem Partner. Während es hinsichtlich des Lebensstandards keine Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen gibt, sind im Hinblick auf das Einkommen die jungen Frauen signifikant unzufriedener.

Nur schwach entwickelt ist die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung (40 %, davon nur 2 % einschränkungslos); die meisten artikulieren Unzufriedenheit. Das unterstreicht noch einmal die bereits erwähnte mehrheitliche Distanz oder Skepsis gegenüber dem Gesellschaftssystem.

Nahezu alle Panelmitglieder (93 %) sind mit dem Verhältnis zu ihren Eltern zufrieden. Das trifft auf beide Geschlechtergruppen zu und hängt auch nicht davon ab, ob die TeilnehmerInnen noch im Elternhaus wohnen oder nicht. Diese positiven Kind-Eltern-Beziehungen haben eine lange Tradition, sind auch aus früheren Untersuchungen zu DDR-Zeiten bekannt.

Bemerkenswert sind folgende Unterschiede zwischen Panelmitgliedern, die im Osten bzw. im Westen leben: Letztere äußern sich weitaus zufriedener sowohl über ihr Einkommen als auch über ihre Chancen, durch Leistungen voranzukommen. Das erklärt teilweise auch ihre signifikant höhere allgemeine Lebenszufriedenheit. Bei den anderen Zufriedenheitsaspekten treten keine Unterschiede auf.

Damit wenden wir uns den vorliegenden Trends zu.

Tabelle 9.5: Ausprägung verschiedener wesentlicher Seiten der Lebenszufriedenheit im Trend „Zu Ihrer Zufriedenheit mit verschiedenen Seiten des Lebens“

	Damit bin ich ...					
	1 zufrieden	2 eher zufrieden als unzufrieden			4	X
	3 eher unzufrieden als zufrieden	4 unzufrieden				
	1	2	(1+2)	3	4	X
<i>mit meinen Wohnverhältnissen</i>						
1993	43	41	(84)	12	4	1,8
1994	41	44	(85)	10	5	1,8
1995	51	36	(87)	10	3	1,6
1996	50	38	(88)	11	1	1,6
1998	58	31	(89)	10	1	1,5
2000	59	33	(92)	7	1	1,5
<i>mit meinem Lebensstandard</i>						
1993	31	60	(91)	7	2	1,8
1994	31	59	(90)	9	1	1,8
1995	31	59	(90)	9	1	1,8
1996	31	57	(88)	10	2	1,8
1998	32	58	(90)	9	1	1,8
2000	39	53	(92)	7	1	1,7
<i>mit meinem Einkommen</i>						
1993	15	35	(50)	29	21	2,6
1994	12	41	(53)	29	18	2,5
1995	14	43	(57)	30	13	2,4

1996	11	43	(54)	30	16	2,5
1998	19	41	(60)	29	11	2,3
2000	19	43	(62)	24	14	2,3

mit der gesellschaftlichen Entwicklung

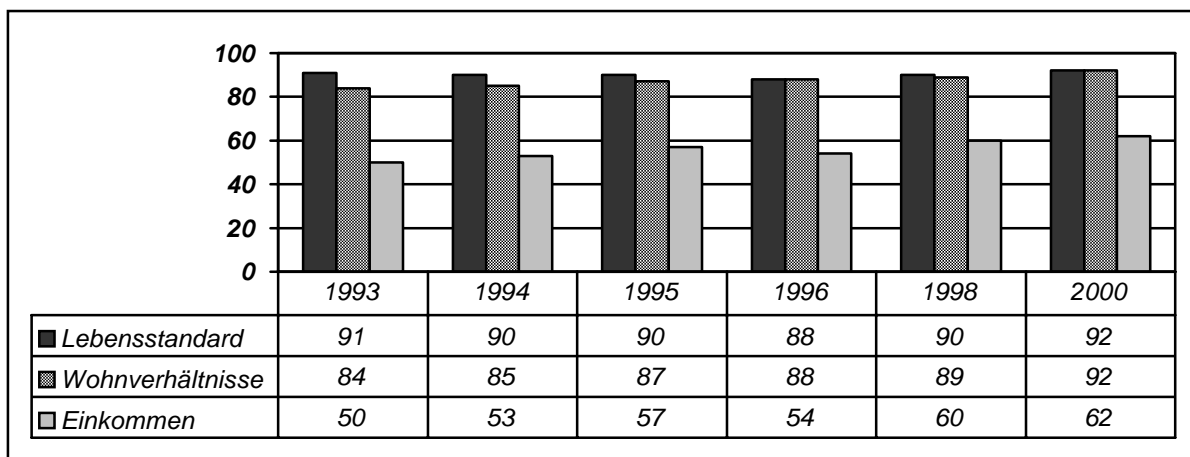
1996	2	32	(34)	51	15	2,8
1998	2	30	(32)	54	14	2,8
2000	2	38	(40)	51	9	2,7

mit dem Verhältnis zu meinen Eltern

1993	73	22	(95)	3	2	1,3
2000	76	17	(93)	5	2	1,3

Wir stellen die Entwicklung der drei materiellen Aspekte Wohnverhältnisse, Lebensstandard und Einkommen noch einmal graphisch gegenüber:

Abbildung 9.2: Zufriedenheit mit materiellen Aspekten der Lebenszufriedenheit im Trend 1993 – 2000 (die Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Während die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard im Zeitraum zwischen 1993 und 2000 auf hohem Niveau konstant geblieben ist (mit einer signifikanten Zunahme einschränkungsloser Zufriedenheit von 31 % auf 39 %), hat sich die Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen leicht verbessert (überwiegend bedingt durch den Auszug aus dem Elternhaus und den Einzug in eigenen Wohnraum, meist mit Partner/in). Auch die Zufriedenheit mit dem Einkommen ist signifikant gestiegen, aber auf einem weitaus niedrigerem Niveau. Wie an anderer Stelle noch gezeigt wird, variiert dieser Zuwachs deutlich in Abhängigkeit von erfahrener Arbeitslosigkeit.

Mit der gesellschaftlichen Entwicklung sind zwischen 1996 und 2000 maximal 40 % der Befragten mehr oder weniger zufrieden, ein klarer Trend ist nicht erkennbar.

Zur Zufriedenheit mit dem Verhältnis zu den Eltern liegen zwar nur Daten von zwei Messpunkten vor, die jedoch auf unverändert positive Beziehungen zwischen den Panelmitgliedern und ihren Eltern schließen lassen, unabhängig davon, ob die TeilnehmerInnen noch im Elternhaus wohnen oder nicht.

9.2 Bedrohungsgefühle durch Zeitereignisse

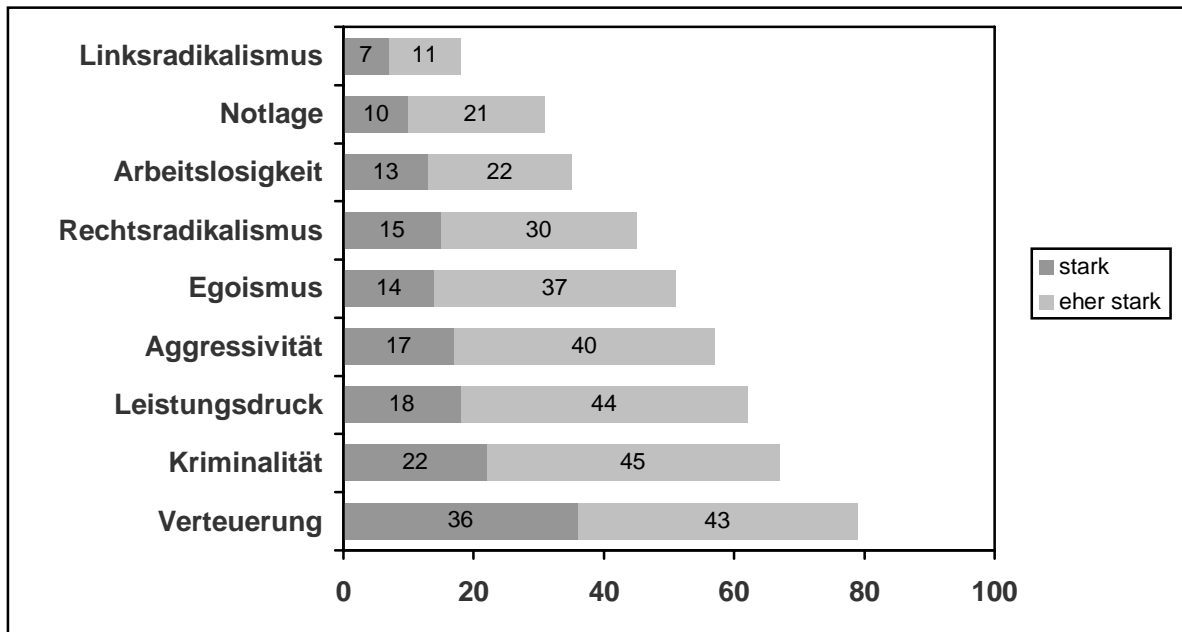
Schon in den neun Meinungsumfragen des ZIJ zwischen Ende 1989 und Ende 1990 wurde sichtbar, dass zahlreiche Noch-DDR-Bürger trotz der grundsätzlichen Bejahung der Wende und der anstehenden Vereinigung viele Erscheinungen im Alltag als persönlich bedrohend empfanden (vgl. Förster/Roski 1990: 80 ff.). Die Angst wurde zu einer Grundemotion im

Vereinigungsprozess (vgl. Berth 1999: 129). Das galt vor allem für solche Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit, Rechtsradikalismus, Kriminalität, Egoismus, die den Bürgern und mit ihnen den TeilnehmerInnen unserer Studie bisher weitgehend unbekannt waren. Es lag daher nahe, diese noch heute aufschlussreichen Analysen im Rahmen der Längsschnittstudie fortzusetzen. Inzwischen liegen für mehrere Aspekte Zeitreihen zum Bedrohungs erleben zwischen 1990 und 2000 vor, die vermutlich einmalig sind. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick der 2000 ermittelten Daten für die Gesamtgruppe und die Geschlechtergruppen. Wir beschränken uns auf die besonders häufig beobachteten Ängste, auf einige weitere gehen wir bei den Trends mit ein.

	Bedrohungsgefühle 2000 (nach dem Mittelwert geordnet) „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende bedroht?“					
	1 stark	2 eher stark	3 eher schwach	4 schwach		
	1	2	(1+2)	3	4	X
<i>zunehmende Verteuerung des Lebens</i>						
Gesamt	36	43	(79)	20	1	1,9
männlich	35	42	(77)	21	2	1,9
weiblich	37	44	(81)	18	1	1,8
<i>Zunahme von Kriminalität</i>						
Gesamt	22	45	(67)	30	3	2,1
männlich	17	39	(56)	41	3	2,3
weiblich	27	50	(77)	21	2	2,0
<i>Zunahme von Leistungsdruck</i>						
Gesamt	18	44	(62)	33	5	2,3
männlich	14	41	(55)	38	7	2,4
weiblich	20	47	(67)	30	3	2,2
<i>Zunahme von Aggressivität und Gewalt</i>						
Gesamt	17	40	(57)	39	4	2,3
männlich	12	35	(47)	46	7	2,5
weiblich	22	45	(67)	31	2	2,1
<i>Zunahme von Egoismus</i>						
Gesamt	14	37	(51)	40	9	2,4
männlich	12	30	(42)	45	13	2,6
weiblich	17	43	(60)	34	6	2,3
<i>Ausbreitung von Rechtsradikalismus</i>						
Gesamt	15	30	(45)	45	10	2,5
männlich	8	28	(36)	49	15	2,7
weiblich	21	31	(52)	41	7	2,3
<i>mögliche eigene Arbeitslosigkeit</i>						
Gesamt	13	22	(35)	49	16	2,7
männlich	8	22	(30)	50	20	2,8
weiblich	17	22	(39)	48	13	2,6
<i>Eintreten einer persönlichen Notlage</i>						
Gesamt	10	21	(31)	61	8	2,7
männlich	8	20	(28)	63	9	2,7
weiblich	12	21	(33)	59	8	2,6
<i>Ausbreitung von Linksradikalismus</i>						
Gesamt	7	11	(18)	58	24	3,0

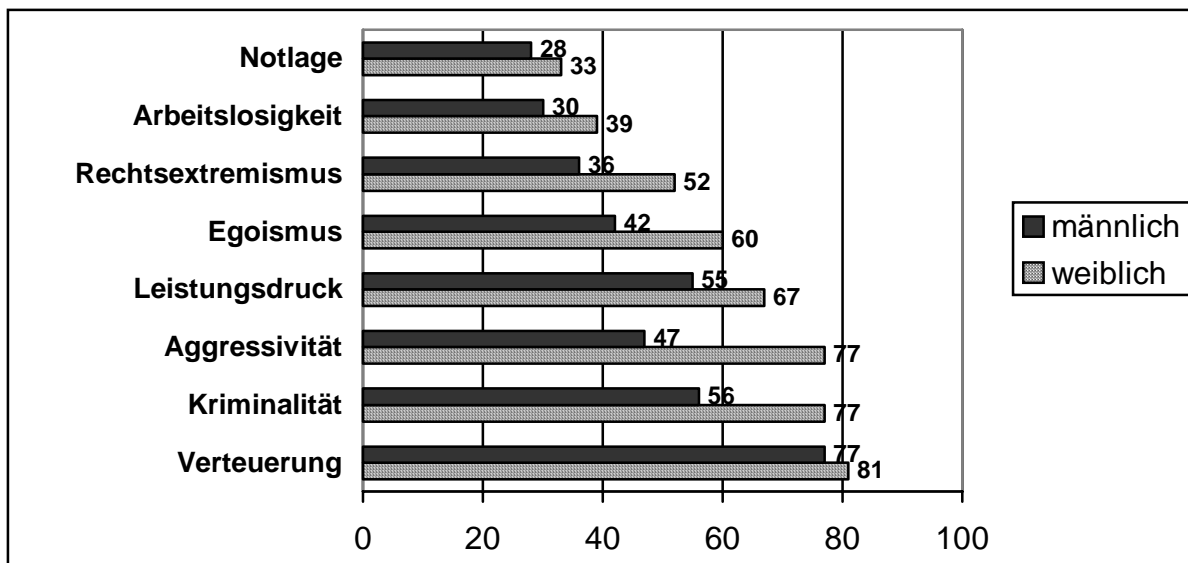
männlich	8	11	(19)	53	28	3,0
weiblich	7	10	(17)	61	22	3,0

Abbildung 9.3: Anteile der Panelmitglieder mit starken bzw. eher starken Ängsten vor Zeiterscheinungen



Wie die Tabelle und die Abbildung zeigen, sind die untersuchten Bedrohungsgefühle im Jahr 2000 bei den Panelmitgliedern sehr unterschiedlich verbreitet. Eindeutig am häufigsten geäußert wird die Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens (79 %, darunter 36 % stark), sowie vor einer Zunahme von Kriminalität (67 %). Vor allem diese beiden Ängste, von mehr als zwei Drittel geäußert, müssen nach wie vor als Massenerscheinungen angesehen werden. Stark verbreitet sind aber auch Ängste vor einem steigenden Leistungsdruck (62 %), vor einer Zunahme von Aggressivität und Gewalt (57 %), vor einer Zunahme von Egoismus (51 %), vor einer Ausbreitung von Rechtsradikalismus (45 %). Von möglicher eigener Arbeitslosigkeit bzw. dem Eintreten einer persönlichen Notlage fühlen sich zwar mit 35 % bzw. 31 % deutlich weniger bedroht, angesichts des starken Einflusses gerade dieser Ängste auf viele Seiten des Denkens und Fühlens der Panelmitglieder sind diese Quoten dennoch ernst zu nehmen. Eine Bedrohung durch die Ausbreitung von Linksradikalismus fühlen nur 18 %, das sind erheblich weniger als die Quote jener, die sich durch Rechtsradikalismus bedroht fühlen. Die weiblichen Teilnehmer unserer Studie äußern zu den meisten dargestellten Aspekten häufiger Ängste als die männlichen:

Abbildung 9.4: Anteile der Panelmitglieder mit starken/eher starken Ängsten vor Zeiterscheinungen, nach Geschlechtergruppen differenziert im Jahr 2000



Bis auf die Ängste vor einer Notlage und vor weiterer Verteuerung (sowie vor weiterer Ausbreitung von Linksradikalismus; nicht aufgeführt) sind alle Prozentunterschiede zwischen den Geschlechtergruppen signifikant. Die jungen Frauen äußern teilweise in erheblichem Maße häufiger Ängste als die männlichen. Das betrifft insbesondere Kriminalität, Aggressivität und Gewalt, Egoismus und Rechtsextremismus. Deutliche Unterschiede bestehen jedoch auch im Hinblick auf Leistungsdruck und persönliche Notlage. Diese weitaus höhere Belastung mit teilweise existenziellen Bedrohungsgefühlen ist auch eine der entscheidenden Bedingungen dafür, dass die jungen Frauen dem neuen Gesellschaftssystem nach wie vor kritischer gegenüberstehen als die jungen Männer.

Für eine Beurteilung der bestehenden Ängste ist jedoch nicht allein ihre quantitative Verbreitung wesentlich, sondern mehr noch ihr qualitatives Gewicht, ihr tatsächlicher Einfluss auf Denken und Fühlen. Nehmen wir als aussagekräftige Kriterien dafür die Zukunftszuversicht der Panelmitglieder und ihre Einstellung zur jetzigen Wirtschaftsordnung, dann kristallisieren sich als die entscheidenden Faktoren diese drei Ängste heraus: vor eigener Arbeitslosigkeit, vor einer persönlichen Notlage, vor weiterer Verteuerung des Lebens. Die folgende Tabelle informiert exemplarisch differenziert darüber, in welchem Maße die Angst vor eigener Arbeitslosigkeit die Zukunftszuversicht bzw. die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung beeinflusst:

Tabelle 9.7: Zusammenhang zwischen der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit und der Zukunftszuversicht bzw. der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung im Jahr 2000

Ausprägung der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit	Ausprägung der Zukunftszuversicht Meine Zukunft sehe ich					
	1	2	3	4	5	X
stark	8	41	41	4	6	2,6
eher stark	6	62	28	2	2	2,3
eher schwach	12	72	14	1	1	2,1
schwach	42	48	8	2	0	1,7
(r = -.35; P = .000)						
	Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung					
	1 sehr zufrieden	2 zufrieden	3 weniger zufrieden	4 unzufrieden		

	1	2	3	4	X
stark	0	19	62	19	3,0
eher stark	1	29	52	18	2,9
eher schwach	3	39	51	7	2,6
schwach	5	52	34	9	2,5

(r = -.24; P = .000)

Beide Korrelationen sind hoch signifikant. Im oberen Teil der Tabelle ist erkennbar, dass die Zukunftszuversicht um so geringer ausfällt, je stärker Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit empfunden wird. Von den Panelmitgliedern, die sich stark bedroht fühlen, blicken 49 % zuversichtlich in die Zukunft (darunter nur 8 % uneingeschränkt); von jenen dagegen, die sich schwach bedroht fühlen, mit 90 % nahezu alle (rund die Hälfte davon uneingeschränkt). Im unteren Teil wird sichtbar, dass auch die Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (ähnlich: mit dem politischen System) um so geringer ist, je stärker Angst vor Arbeitslosigkeit empfunden wird. Von den Panelmitgliedern, die in starkem Maße Angst vor Arbeitslosigkeit empfinden, äußern sich nur 19 % zufrieden (keiner sehr zufrieden); von jenen dagegen, die sich schwach bedroht fühlen, immerhin 57 %.

Den Beweis für die Aussagekraft dieser Zusammenhänge liefern bedingte Längsschnittkorrelationen:

Tabelle 9.8: Längsschnittanalyse der Veränderung a) der persönlichen Zukunftszuversicht bzw. b) der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung, differenziert nach der Veränderung der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit zwischen 1994 und 2000

		<i>Ausprägung der Zukunftszuversicht</i>								
		Meine Zukunft sehe ich								
		1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich								
		1	2	3	4	5	X	POP	KOP	NEP
<i>bei Zunahme der Angst (n=60)</i>										
1994		25	57	18	0	0	1,93	-	-	-
2000		10	68	20	0	2	2,15	17	48	35
<i>bei Abnahme der Angst (n=64)</i>										
1994		8	62	28	2	0	2,23	-	-	-
2000		16	67	14	3	0	2,05	28	61	11
		<i>Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung</i>								
		1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden								
		1	2	3	4	X	POP	KOP	NEP	
<i>bei Zunahme der Angst (n=59)</i>										
1994		5	41	47	7	2,56	-	-	-	
2000		1	36	51	12	2,73	12	59	29	
<i>bei Abnahme der Angst (n=64)</i>										
1994		5	37	47	11	2,64	-	-	-	
2000		2	39	53	6	2,64	28	49	23	

Ablesbar ist, dass bei einer Zunahme der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit die persönliche Zukunftszuversicht im Zeitraum zwischen 1994 und 2000 tatsächlich signifikant zurückgegangen ist, bei einer Abnahme dagegen zugenommen hat. Und: Bei einer Zunahme der Angst vor Arbeitslosigkeit hat die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung tatsächlich signifikant abgenommen, bei einer Abnahme ist sie faktisch gleich geblieben.

Diese Quer- und Längsschnittkorrelationen erklären zu einem bedeutenden Teil den skeptischen Blick nicht weniger Panelmitglieder auf ihre Zukunft, aber auch ihre Kritik an der jetzigen Wirtschaftsordnung.

Differenzieren wir die im Querschnitt gefundenen Zusammenhänge noch nach den Geschlechtergruppen, dann stoßen wir auf eine Erscheinung, die uns an anderer Stelle ausführlicher beschäftigen wird. Während von den jungen Männern, die sich mehr oder weniger stark von persönlicher Arbeitslosigkeit bedroht fühlen (Ap 1+2), 37 % mit der jetzigen Wirtschaftsordnung zufrieden sind, ist dieser Anteil bei den jungen Frauen mit 19 % nur etwa halb so groß! Andererseits geben von den jungen Männern, die sich von Arbeitslosigkeit bedroht fühlen, 14 % depressive Beschwerden an, von den jungen Frauen dagegen doppelt so viele: 28 %! Das bedeutet, dass in den Geschlechtergruppen nicht nur die Prozentquoten derer unterschiedlich groß sind, die sich durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlen, sondern offensichtlich auch die Art der psychischen Verarbeitung dieser Angst unterschiedlich ist.

Damit wenden wir uns den vorliegenden Trends zu. Sie beginnen bei den meisten Aspekten mit der 6. Welle 1991. Soweit Daten aus der 5. Welle Ende 1990 vorliegen, führen wir diese mit an. Zu beachten ist, dass es sich bei ihnen um die Angaben aller damaligen Teilnehmer handelt, nicht - wie ab der 6. Welle generell - nur derer, die an der 14. Welle teilgenommen haben. Die Population der 5. Welle ist (wie einleitend erwähnt) deshalb verhältnismäßig klein (N = 86), weil nur rund jedes zweite potenzielle Panelmitglied angeschrieben werden konnte. Da es sich um eine Zufallsauswahl handelte, können diese Ergebnisse bedingt mit in die Trendanalysen mit einbezogen werden.

Zunächst informieren wir etwas ausführlicher über die Trends zu den Ängsten vor eigener Arbeitslosigkeit, vor Verteuerung des Lebens und vor persönlicher Notlage, die das Bedrohungsereignis besonders markant charakterisieren:

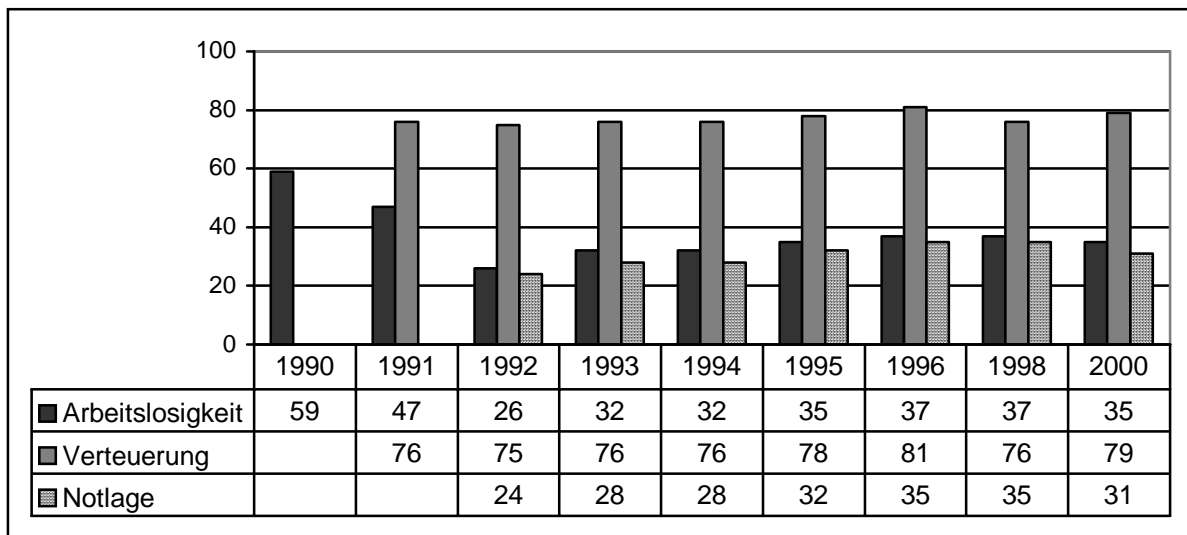
Tabelle 9.9: Bedrohungsgefühle im Trend
„Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende bedroht?“

	1 stark	2 eher stark	3 eher schwach	4 schwach	X
	1	2	(1+2) 3	4	X
<i>zunehmende Verteuerung des Lebens</i>					
1991	29	47	(76) 22	2	2,0
1992	29	46	(75) 23	2	2,0
1993	33	43	(76) 23	1	1,9
1994	26	50	(76) 23	1	2,0
1995	28	50	(78) 20	2	2,0
1996	34	47	(81) 17	2	1,9
1998	30	46	(76) 22	2	1,9
2000	36	43	(79) 20	1	1,9
<i>mögliche eigene Arbeitslosigkeit</i>					
1990	22	37	(59) 28	13	2,3
1991	27	20	(47) 33	20	2,5
1992	14	12	(26) 40	34	2,9
1993	15	17	(32) 41	27	2,8
1994	14	18	(32) 48	20	2,7
1995	16	19	(35) 48	17	2,7
1996	18	19	(37) 46	17	2,6
1998	15	22	(37) 49	14	2,6
2000	13	22	(35) 49	16	2,7

Eintreten einer persönlichen Notlage

1992	7	17	(24)	56	20	2,9
1993	7	21	(28)	56	16	2,8
1994	9	19	(28)	62	10	2,7
1995	9	23	(32)	59	9	2,7
1996	11	24	(35)	54	11	2,7
1998	12	23	(35)	54	11	2,6
2000	10	21	(31)	61	8	2,7

Abbildung 9.5: Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit, vor Verteuerung des Lebens und vor einer persönlichen Notlage im Trend (die Anteile der Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Bei der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit ist auf den gesamten Zeitraum zwischen 1991 und 2000 bezogen ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der Panelmitglieder, die diese Angst äußern, zwischen 1994 und 1998 wieder leicht angestiegen war, Widerspiegelung der zunehmend kritischen wirtschaftlichen Situation. Der leichte Rückgang zwischen 1998 und 2000 ist zu gering, um daraus eine Trendwende abzuleiten.

Die in der Abbildung 9.5 angeführten Daten von Dezember 1990 (5. Welle) lassen darauf schließen, dass zu diesem Zeitpunkt die Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit noch deutlich höher lagen. Das stimmt völlig mit den Ergebnissen von vier bevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen des ZIJ überein, in deren Rahmen diese Angst (und weitere) ab Frühjahr 1990 (M 4) erfasst wurde. Die folgende Tabelle dokumentiert diese Ergebnisse:

Tabelle 9.10 Erleben persönlicher Bedrohung durch Arbeitslosigkeit im Spiegel der Meinungsumfragen des ZIJ 1990 (bevölkerungsrepräsentativ ab 15 Jahre)

		Ich fühle mich bedroht durch mögliche eigene Arbeitslosigkeit				
		1 stark	2 eher stark	3 eher schwach	4 schwach	
		1	2	(1+2) 3	4	
April 1990	(M 4)	21	27	(48)	33	19
Juni 1990	(M 5)	31	23	(54)	24	22
September 1990	(M 8)	33	27	(60)	24	16
Dezember 1990	(M 9)	37	23	(60)	22	18

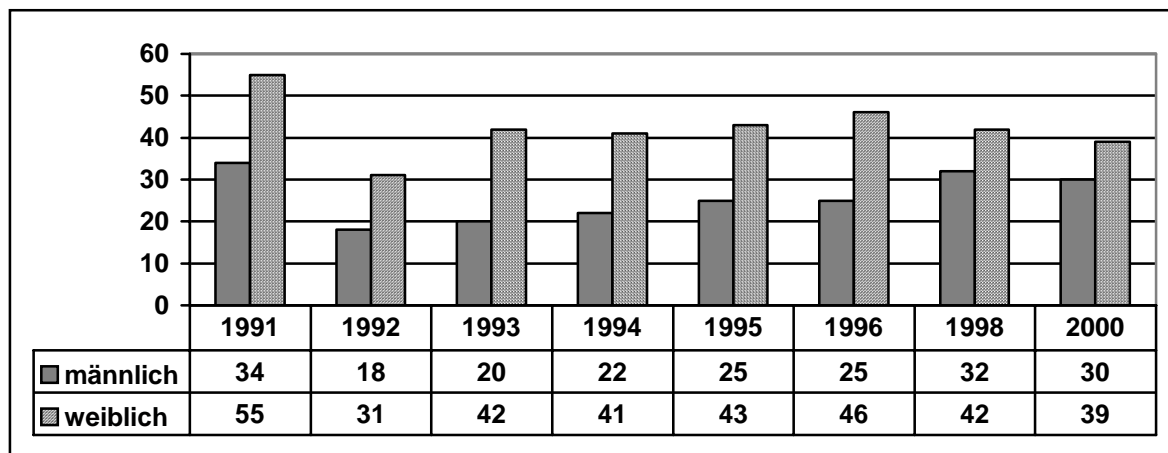
Quelle: Meinungsumfragen des ZIJ, eigene Berechnungen

Schon im April 1990, bei der ersten Messung im Rahmen der Umfragen, äußerte fast die Hälfte der Noch-DDR-Bürger diese Angst, danach ist sie weiter angestiegen. Ein wesentlicher

Grund dafür war, dass das Tempo des Vereinigungsprozesses von sehr vielen DDR-Bürgern als zu schnell betrachtet wurde; wir sind darauf eingegangen. Angst, seine Arbeit zu verlieren, empfanden vor allem jene Bürger, die meinten, das Tempo sei zu schnell (vgl. Förster/Roski 1990: 88). Ebenfalls im April 1990 sprachen sich übrigens 89 % der DDR-Bürger dafür aus, das Recht auf Arbeit verfassungsmäßig zu gewährleisten. Nur 4 % waren dagegen, 7 % hatten dazu keine Meinung.

Von Beginn der Messungen im Rahmen unserer Studie an äußerten die weiblichen Panelmitglieder weitaus häufiger Angst, arbeitslos zu werden:

Abbildung 9.6: Anteile der Panelmitglieder mit starker/eher starker Angst vor Arbeitslosigkeit im Trend, nach Geschlechtergruppen differenziert



Zu vielen Zeitpunkten sorgen sich etwa doppelt so viele weibliche Panelmitglieder um ihren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz wie ihre männlichen Altersgefährten! Hinzu kommt, dass die jungen Frauen häufiger als die jungen Männer starke Angst empfinden. Alles das sind Auswirkungen der realen Veränderungen auf dem „Arbeitsmarkt“ in Ostdeutschland, von dem die jungen Frauen erheblich stärker betroffen waren und noch sind, als die jungen Männer.

Bei diesen Angaben muss stets hinzugedacht werden, dass reale Arbeitslosigkeit und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes für die jungen Ostdeutschen zu DDR-Zeiten faktisch unbekannte Erscheinungen waren. Um das Ausmaß der Veränderungen annähernd deutlich zu machen, fügen wir einen aussagekräftigen Vergleich von Ergebnissen zur Angst vor Arbeitslosigkeit vor und nach der Wende ein, denen identische Fragestellungen zugrunde liegen:

Tabelle 9.11 Erleben von Bedrohungen durch mögliche eigene Arbeitslosigkeit bei ostdeutschen Jugendlichen vor und nach der Wende. Ergebnisse bevölkerungsrepräsentativer Umfragen.

„Ich fühle mich persönlich bedroht durch den Verlust des Arbeitsplatzes.“

1 sehr stark 2 stark 3 mittel 4 schwach 5 überhaupt nicht

1 2 (1+2) 3 4 5

junge Erwerbstätige (18 - 29 Jahre)

1987	8	6	(14)	6	12	68
1990 (September)	41	28	(69)	19	9	3

Lehrlinge

1987	7	8	(15)	11	17	57
1990	42	29	(71)	19	10	0

Quellen: 1987: DDR-repräsentative Studie „Frieden 1987“, gemeinsam organisiert vom Zentralinstitut für Jugendforschung, der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg.

September 1990: Bevölkerungsrepräsentative Meinungsumfrage M 8 des ZIJ im Auftrage des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“.

Diese Daten widerspiegeln einen schockartigen Umbruch, der für die betroffenen Bürger einen tiefen Einschnitt in ihr Leben bedeutet. Gegenüber 1987 haben sich die Relationen im Herbst 1990, nur rund drei Jahre später, nahezu umgekehrt. War es damals nur eine Minderheit der Jugendlichen (wie der Erwerbstätigen allgemein), die sich durch den Verlust des Arbeitsplatzes bedroht fühlte (wobei damals mit Sicherheit kein Befragter an eine Entlassung in die Arbeitslosigkeit gedacht hatte, sondern an eine Versetzung innerhalb des Betriebes o.ä.), traf das schon im Herbst 1990 für die überwiegende Mehrheit zu. Der Lebensweg, bisher klar absehbar, wurde mit einem Mal ungewiss, unberechenbar.

Solche tiefgehenden Umbrüche innerhalb sehr kurzer Zeit erlebten auch viele TeilnehmerInnen dieser Studie. So antwortete z.B. ein Teilnehmer im Frühjahr 1989 als Schüler der 10.Klasse in seiner Antwort auf die Frage, was ihm in der DDR gegenwärtig am besten gefällt: „Die sichere Zukunft, das Recht auf Arbeit, Bildung und Wohnen.“ Im Frühjahr 1990 schreibt er - nun Lehrling im 1. Lehrjahr - „Die größten Sorgen macht mir, dass ich höchstwahrscheinlich nach der Lehrzeit arbeitslos werde.“ Eine Schülerin schrieb 1989: „Friedenssicherung, jeder hat Arbeit und Wohnung - gesicherte Zukunft.“, im Frühjahr 1990 notierte sie als Lehrling: „Ich habe auch Angst, dass ich eines Tages mal meinen Beruf verliere und dann dastehe.“ Schließlich ein drittes Beispiel: „Gesicherte Zukunft, Friedenspolitik, Gefühl der Geborgenheit.“ Im Mai 1990 formulierte sie dagegen diesen Satz: „Ich habe sehr große Angst davor, dass ich nach dem Schließen unseres Betriebes arbeitslos auf der Straße stehe.“ Diese und viele ähnliche Aussagen vom Frühjahr 1990 sprechen für sich, lassen die individuellen Konfliktlagen, Frustrationen und Brüche in den Lebensentwürfen ahnen, welche die katastrophale Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit sich brachte. Und das war erst der Anfang.

Längsschnittkorrelationen lassen übrigens darauf schließen, dass die 1990 und 1991 bei sehr vielen Panelmitgliedern aufgetretenen Ängste im Hinblick auf mögliche eigene Arbeitslosigkeit bis in die Gegenwart nachwirken. Obwohl von Jahr zu Jahr leicht abnehmend, besteht selbst noch 2000 mit den Angaben von 1991 ein signifikanter und relevanter Zusammenhang ($r = .26$; $P = .001$), ein psychisches „Echo“ damaliger massiver Verunsicherungen mit Langzeitwirkung ist unverkennbar. Die Aufdeckung solcher nachhaltiger Langzeitwirkungen - bei einmaligen Untersuchungen nicht erkennbar - hat einen beträchtlichen Wert für die Erklärung von Entwicklungsprozessen psychischer Befindlichkeiten und deren Determinanten.

Auf sehr hohem Niveau etwa gleich geblieben ist die Angst vor einer zunehmenden Verteuerung des Lebens, nicht überraschend angesichts der Realitäten, des Anstiegs der Lebenshaltungskosten, der auch an den Panelmitgliedern nicht spurlos vorüber gegangen ist. Im Grunde genommen widerspiegelt diese Angst die verbreitete Befürchtung, sich materiell einschränken zu müssen, den finanziellen Anforderungen des Lebens in der jetzigen Gesellschaft nicht mehr gewachsen zu sein. Erwähnenswert ist der erneute und signifikante Anstieg zwischen 1998 und 2000. Wie die Ergebnisse der 14. Welle im Sommer 2000 eindeutig belegen (insbesondere die qualitativen, die verbalen Angaben der TeilnehmerInnen), wurde er mit durch die Erhöhung der Benzinpreise ausgelöst, die viele TeilnehmerInnen stark belastete, weil sie wegen oft weiter Anfahrtswege zur Arbeitsstelle auf ihren PKW angewiesen sind. Diese für sie deutlich spürbare Verteuerung lasteten sie vornehmlich der Regierung an. Darauf lässt auch die folgende Korrelation schließen, bei der die Angst vor weiterer Verteuerung mit der Einstellung zur rot-grünen Regierungskoalition in Beziehung gesetzt wurde:

Tabelle 9.12:

Zusammenhang zwischen Einstellung zur Regierungspolitik und dem Empfinden von Angst vor weiterer Verteuerung des Lebens 2000

„Welchen Einfluss wird die Politik der jetzigen Bundesregierung auf Ihr Leben haben?“

Diese Politik wird mein Leben ...

1 eher verbessern

2 weder verbessern noch verschlechtern

3 eher verschlechtern

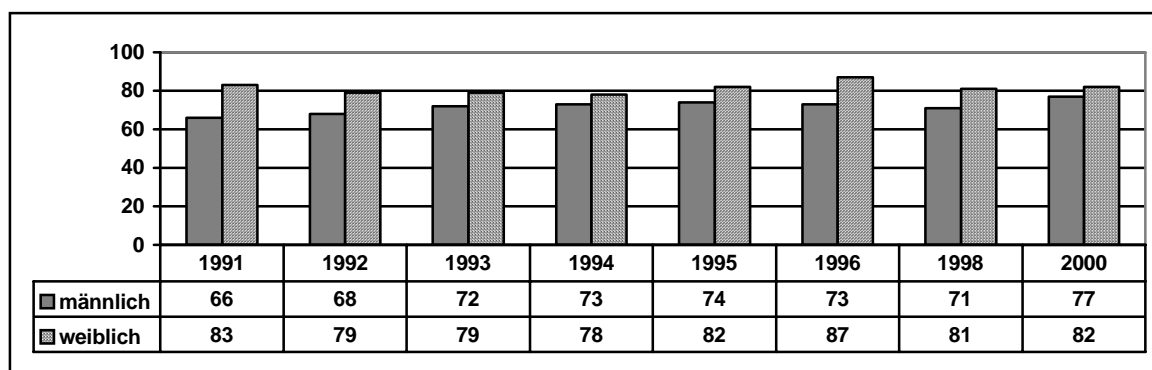
0 Das ist schwer zu sagen.

	1	2	3	0
Gesamt	4	44	32	20
<i>Angst vor weiterer Verteuerung des Lebens</i>				
stark	1	32	50	17
eher stark	5	45	28	22
eher schwach/schwach	7	56	15	22

Der hoch signifikante Zusammenhang muss nicht ausführlich kommentiert werden. Erwartete rund ein Drittel aller Panelmitglieder, dass die Regierungspolitik ihr Leben verschlechtern werde, stieg dieser Anteil bei denen, die sich durch weitere Verteuerungen stark bedroht fühlen (immerhin rund ein Drittel aller) sogar auf die Hälfte an.

Wie schon bei der Befürchtung, selbst arbeitslos zu werden, äußern die jungen Frauen signifikant häufiger als die jungen Männer Ängste vor weiterer Verteuerung:

Abbildung 9.7: Anteile der Panelmitglieder mit starker/eher starker Angst vor Verteuerung des Lebens im Trend, nach den Geschlechtergruppen differenziert

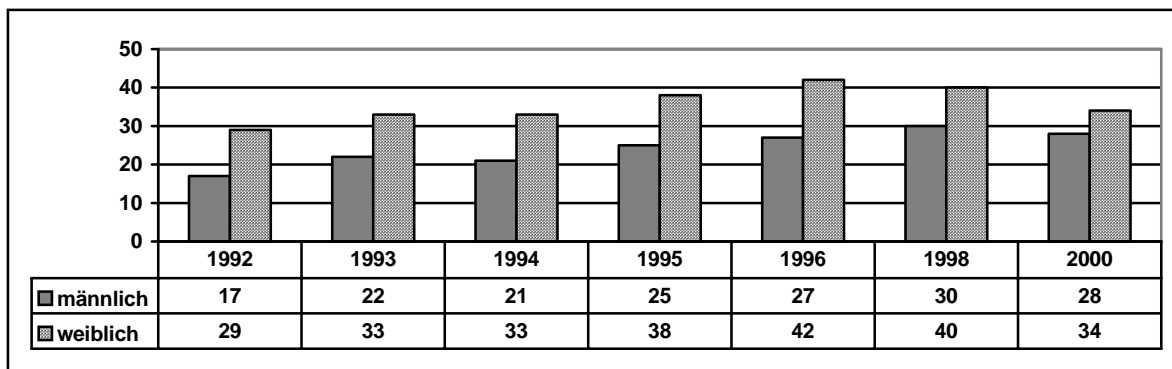


Im Jahr 2000 war der Unterschied zwischen den Geschlechtergruppen auf hohem Niveau geringer geworden, weil der Anteil der jungen Männer, die sich Sorgen wegen der Verteuerung machen, auf den höchsten Stand seit 1991 angestiegen war.

Deutlich und fast kontinuierlich zugenommen hatte zwischen 1992 und 1998 die Angst vor einer persönlichen Notlage, ein für junge Leute im Osten bis vor zehn Jahren völlig unbekanntes Bedrohungsgefühl. Im Sommer 2000 bricht der zunehmende Trend zwar zunächst ab. Ob dies aber eine Trendwende ankündigt, ist eher unwahrscheinlich, geht doch aus Korrelationen hervor, dass insbesondere erfahrene Arbeitslosigkeit und ein unsicherer Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz solche Ängste fördern.

Auch diese Angst wurde bzw. wird von den jungen Frauen in erheblichem Maße stärker empfunden als von den jungen Männern:

Abbildung 9.8: Anteil der Panelmitglieder, die Angst vor einer persönlichen Notlage äußern, im Trend 1992 bis 2000, differenziert nach den Geschlechtergruppen



Damit wenden wir uns einigen weiteren Trends der in der Studie untersuchten Ängste zu. Wir müssen sie ausführlich darstellen, weil andernfalls wesentliche Veränderungen in ihrer differenzierten Ausprägung verloren gehen würden.

Tabelle 9.13: Bedrohungsgefühle im Trend
„Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende bedroht?“

	1 stark	2 eher stark	3 eher schwach	4 schwach	X
	1	2	(1+2) 3	4	X
<i>Zunahme von Kriminalität</i>					
1990	57	32	(89)	9	1,6
1991	54	30	(84)	13	1,7
1992	52	37	(89)	10	1,6
1993	46	36	(82)	18	1,7
1994	35	46	(81)	18	1,9
1995	34	44	(78)	20	1,9
1996	31	41	(72)	25	2,0
1998	29	46	(75)	21	2,0
2000	22	45	(67)	30	2,1
<i>Zunahme von Aggressivität und Gewalt</i>					
1990	58	34	(92)	6	1,5
1991	61	31	(92)	6	1,5
1992	46	36	(82)	14	1,8
1993	35	41	(76)	21	1,9
1994	27	43	(70)	28	2,1
1995	26	42	(68)	29	2,1
1996	20	45	(65)	29	2,2
1998	19	46	(65)	30	2,2
2000	17	40	(57)	39	2,3
<i>Ausbreitung von Rechtsradikalismus</i>					
1990	53	33	(86)	12	1,6
1991	54	33	(87)	10	1,6
1992	53	29	(82)	13	1,7
1993	43	32	(75)	19	1,9
1994	31	37	(68)	23	2,1
1995	22	36	(58)	33	2,3
1996	17	31	(48)	43	2,5
1998	19	34	(53)	38	2,4
2000	15	30	(45)	45	2,5
<i>Zunahme von Egoismus</i>					
1990	31	48	(79)	16	1,9
1991	43	34	(77)	20	1,8

1992	49	33	(82)	17	1	1,7
1993	36	40	(76)	21	3	1,9
1994	19	41	(60)	30	10	2,3
1995	20	41	(61)	32	7	2,3
1996	16	42	(58)	33	9	2,4
1998	17	38	(55)	39	6	2,3
2000	14	37	(51)	40	9	2,4

Ausbreitung von Linksradikalismus

1990	21	24	(45)	41	14	2,5
1992	14	21	(35)	45	20	2,7
1993	12	27	(39)	40	21	2,7
1994	9	17	(26)	45	29	2,9
1995	8	17	(25)	52	23	2,9
1996	6	17	(23)	51	26	3,0
1998	7	16	(23)	50	27	3,0
2000	7	11	(18)	58	24	3,0

Zunahme von Leistungsdruck

1995	17	41	(58)	36	6	2,3
1996	16	44	(60)	35	5	2,3
1998	17	42	(59)	35	6	2,3
2000	18	44	(62)	33	5	2,2

zunehmende Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen

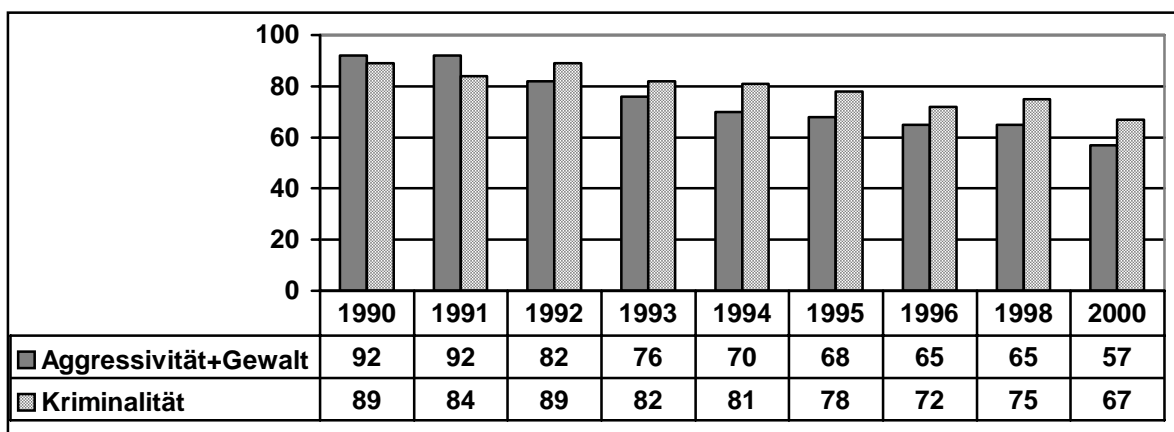
1992	13	33	(46)	38	16	2,6
1993	10	25	(35)	47	18	2,7
1995	5	16	(21)	50	29	3,0
1996	5	15	(20)	52	28	3,0
1998	3	17	(20)	52	28	3,0
2000	5	14	(19)	49	32	3,1

Möglichkeit, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt wird

1992	8	16	(24)	37	39	3,1
1993	6	13	(19)	40	41	3,2
2000	4	8	(12)	45	43	3,3

Bei den meisten der fast von Anfang an erfassten Ängste ist erkennbar, dass sie 1990 und 1991 für die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder charakteristisch waren, Ausdruck schockartiger Veränderungen, die den meisten Ostdeutschen sehr zu schaffen machten. Das gilt vor allem für die Angst vor Aggressivität und Gewalt bzw. vor Kriminalität:

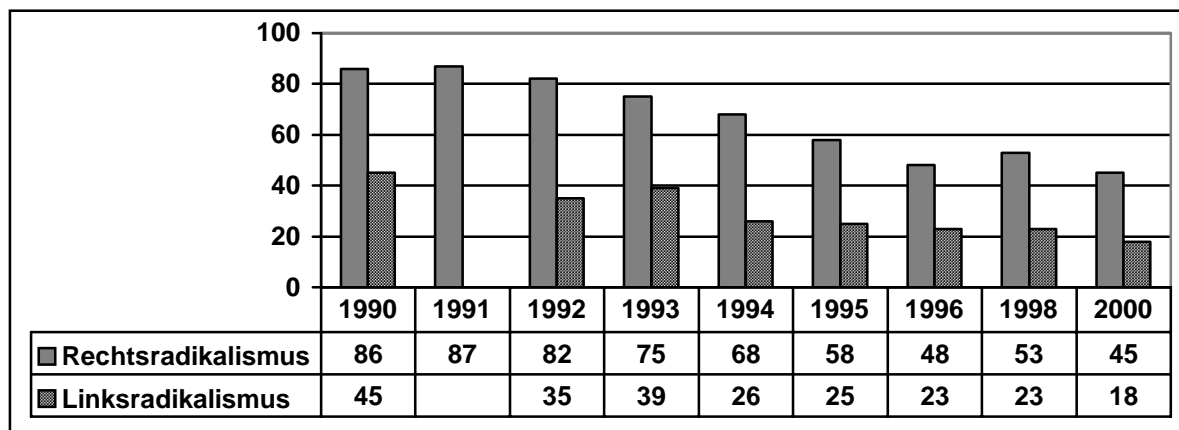
Abbildung 9.9: Veränderung der Angst vor Aggressivität/Gewalt bzw. vor Kriminalität im Trend zwischen 1990 und 2000 (Anteil starker und eher starker Angst)



Beide Ängste waren in der Zeit kurz nach der Wende bei nahezu allen TeilnehmerInnen anzutreffen, dazu überwiegend in starker Ausprägung. Ein Hintergrund dafür ist, dass die Ostdeutschen nach der Wende mit neuen Kriminalitätsbildern konfrontiert wurde. Die im Sommer 1990 eingeführte Wirtschafts- und Währungsunion schuf mit dem enorm erweiterten Warenangebot und seinen Konsumreizen auch im Osten die Bedingungen für die moderne Massenkriminalität. Erst nach und nach trat ein gewisser Gewöhnungseffekt ein. Ähnliches gilt für die Erscheinungen Aggressivität und Gewalt, die vor allem ab Herbst 1990 dramatisch zunahmen (gewalttätige Auseinandersetzungen nach Fußballspielen in Dresden und Leipzig, blutige Straßenschlachten in Berlin).

Differenzierte Entwicklungen zeigen sich im Hinblick auf Rechts- bzw. Linksradikalismus:

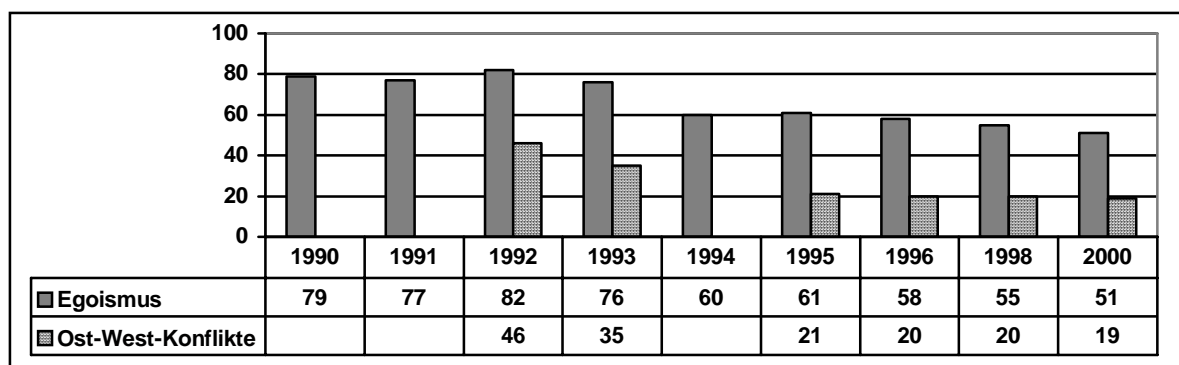
Abbildung 9.10: Veränderung der Angst vor Rechtsradikalismus bzw. Linksradikalismus im Trend zwischen 1990 und 2000 (Anteil starker und eher starker Angst)



Zunächst ist erkennbar, dass Linksradikalismus über den gesamten Zeitraum hinweg bei weitaus weniger Panelmitgliedern Ängste auslöste als Rechtsradikalismus. Darüber hinaus zeigt sich auch bei diesen Ängsten ein Gewöhnungseffekt, trotz zahlreicher rechtsextremer Gewalttaten in der jüngsten Zeit. In Sachsen z.B. hatte 2000 die Zahl der Rechtsextremisten und der rechtsextremistischen Straftaten einen neuen Höchststand erreicht.

Deutlich zurückgegangen sind die Ängste vor sich ausbreitendem Egoismus und vor Konflikten zwischen Ost- und Westdeutschen:

Abbildung 9.11: Veränderung der Angst vor Egoismus und vor Konflikten zwischen Ost- und Westdeutschen (Anteil starker und eher starker Angst)



Ängste vor sich ausbreitendem Egoismus werden jedoch im Jahr 2000 noch immer von rund der Hälfte der Panelmitglieder empfunden, vor allem von jungen Frauen. In zahlreichen verbalen Angaben wird kritisch darüber reflektiert, dass zu viele Ostdeutsche „jetzt nur noch an

sich selbst denken“. Anfang der 90er Jahre stark verbreitete Ängste, dass es zu Konflikten zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen kommen könnte, sind zwar erheblich zurückgegangen, werden aber noch immer von rund jedem fünften Panelmitglied geäußert.

Aus der Tabelle 9.13 geht außerdem hervor, dass die Angst vor zunehmendem Leistungsdruck zwischen 1995 und 2000 tendenziell zugenommen hat, während die Angst davor, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt werden könnte, zwischen 1992 und 2000 stark abgenommen hat.

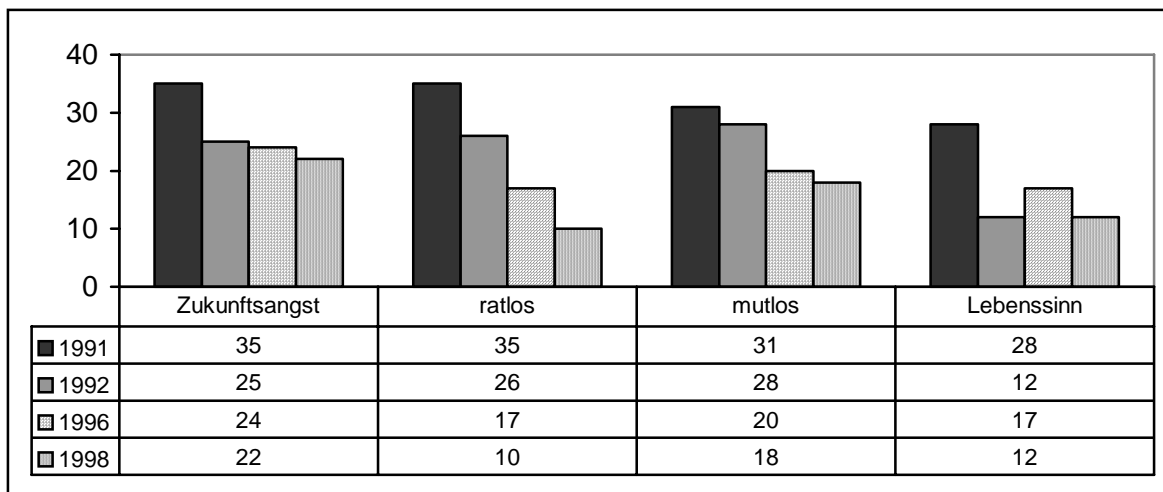
9.3. Psychosoziale Belastungen

Die erwähnten sozialen Verunsicherungen, Sorgen und Ängste widerspiegeln sich bei einem beträchtlichen Teil der Panelmitglieder im Erleben psychosozialer Belastungen. Sie werden seit 1991 untersucht, allerdings liegen nicht aus jeder Welle Ergebnisse vor. Wir informieren zunächst über die berechneten Zeitreihen für die Gesamtgruppe:

Tabelle 9.14: Ausprägung psychosozialer Belastungen im Trend
 „Inwieweit trifft das Folgende auf Sie zu?“
 1 ja, und zwar seit Jahren
 2 ja, aber erst seit einigen Monaten
 3 nein

	1	2	(1+2)	3
<i>Ich habe Angst vor der Zukunft</i>				
1991	6	29	(35)	65
1992	5	20	(25)	75
1993	8	23	(31)	69
1996	9	18	(27)	73
1998	8	16	(24)	76
2000	11	11	(22)	78
<i>Ich bin oft ratlos, verstehe die Welt nicht mehr</i>				
1991	7	28	(35)	65
1992	5	21	(26)	74
1996	6	11	(17)	83
1998	5	5	(10)	90
<i>Ich fühle mich oft niedergeschlagen und mutlos</i>				
1991	5	26	(31)	69
1992	8	20	(28)	72
1996	6	14	(20)	80
1998	7	11	(18)	82
<i>Manchmal weiß ich nicht mehr, was der Sinn meines Lebens ist</i>				
1991	10	18	(28)	72
1992	6	6	(12)	88
1996	8	9	(17)	83
1998	6	6	(12)	88

Abbildung 9.12: Ausprägung psychosozialer Belastungen im Trend; zusammengefasste Anteile der Ap 1 und 2



Die Abkürzungen bedeuten:

Zukunftsangst: „Ich habe Angst vor der Zukunft.“

Ratlos: „Ich bin oft ratlos, verstehe die Welt nicht mehr.“

Mutlos: „Ich fühle mich oft niedergeschlagen und mutlos.“

Lebenssinn: „Manchmal weiß ich nicht mehr, was der Sinne meines Lebens ist.“

Ablesbar ist, dass noch im Frühjahr 1991 durchschnittlich rund ein Drittel der Panelmitglieder Belastungen äußert, die ganz offensichtlich mit den schockartigen gesellschaftlichen und biographischen Veränderungen und Brüchen zusammenhängen:

> 35 % gaben zu erkennen, Angst vor der Zukunft zu haben, darunter 29 % seit einigen Monaten;

> ebenfalls 35 % waren oft ratlos, verstanden die Welt nicht mehr, darunter 28 % seit Monaten;

> 31 % gaben an, oft niedergeschlagen und mutlos zu sein, darunter 26 % seit Monaten;

> 28 % meinten, nicht mehr zu wissen, was der Sinn ihres Lebens ist, darunter 18 % seit Monaten.

Aus einer übergreifenden Analyse geht hervor, dass mit 56 % der größere Teil der Panelmitglieder von mindestens einer der genannten Belastungen betroffen war, entsprechend 44 % waren frei von ihnen. Wir führen diese Analyse hier an, weil sie besser als mit Hilfe der einzelnen Aspekte die Untersuchung von Differenzierungen bzw. Zusammenhängen möglich macht. Dabei sind wir wie folgt vorgegangen: Für jede bejahende Antwort wurde ein Punkt gegeben, und zwar in diesem Falle unabhängig davon, ob die Belastung „seit Jahren“ oder „erst seit einigen Monaten“ auftritt. Für jede Person wurde so ein Wert auf einer Skala zwischen null (Minimum) und vier Punkten (Maximum) berechnet. Die folgende Tabelle informiert über einige wesentliche Ergebnisse:

Tabelle 9.15: Psychosoziale Belastungen 1991 - komplexe Analyse
Punktwert:

	0	1	2	3	4	X
Gesamt	44	20	12	12	12	1,26

a) Geschlechtergruppen:

männlich	55	17	10	8	10	1,00
weiblich	36	22	14	15	13	1,45

b) Zustimmung zur Vereinigung:

sehr dafür	72	16	3	5	4	0,53
eher dafür	41	23	16	12	8	1,25
eher/sehr dagegen	25	19	14	18	24	1,95

c) *Angst vor eigener Arbeitslosigkeit:*

stark	19	26	15	18	22	2,00
eher stark	33	21	19	17	10	1,50
eher schwach	55	19	11	7	8	0,95
schwach	73	12	3	7	5	0,58

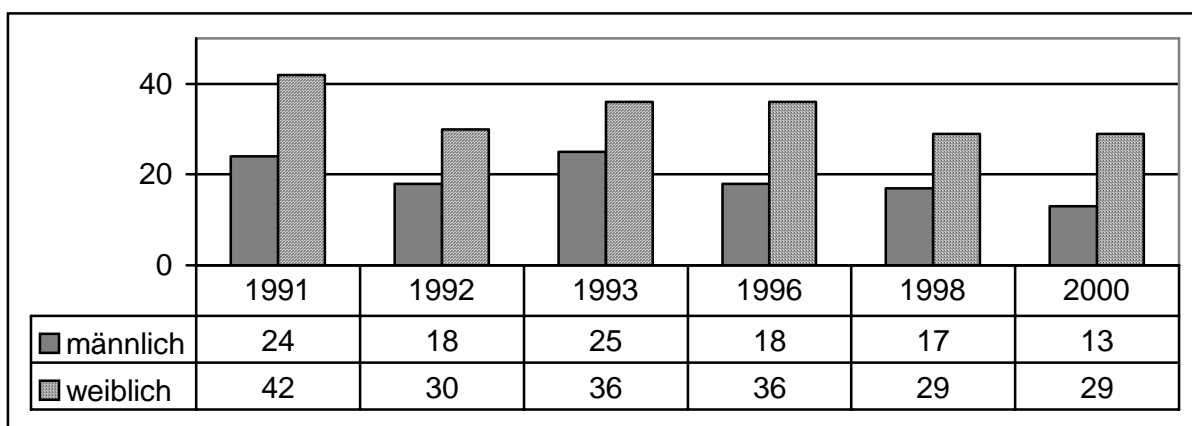
d) *Berufliche Zukunftszuversicht:*

1 sehr zuversichtlich	67	17	4	6	6	0,69
2 etwas zuversichtlich	48	22	13	13	4	1,03
3,4,5 mittel bis nicht zuversichtlich	19	18	17	14	32	2,21

Aussagekräftig ist vor allem der Anteil derer, die frei von den genannten Belastungen sind (null Punkte) bzw. alle vier Belastungen bejahen. So zeigt sich, dass die jungen Frauen 1991 deutlich stärker belastet waren als die jungen Männer (64 % gegenüber 45 %; a). Diese übergreifende Analyse belegt auch einen engen Zusammenhang mit den damaligen gesellschaftlichen Entwicklungen, insbesondere mit den ambivalent empfundenen Folgen der Vereinigung: Von den Einheitsbefürwortern äußern nur 28 % eine oder mehrere Belastungen, von den Einheitsgegnern dagegen 75%, darunter 24 % alle vier (b). Das Empfinden psychosozialer Belastungen hatte auch sehr viel mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der weit verbreiteten Angst davor zu tun: Von den TeilnehmerInnen, die sich stark durch mögliche Arbeitslosigkeit bedroht sahen, artikulierten 81 % eine oder mehrere Belastungen (alle vier: 22 %), von jenen, die sich nur schwach bedroht fühlten, lediglich 27 % (c). Fast umgekehrt ging stark ausgeprägte berufliche Zukunftszuversicht erheblich seltener mit psychosozialen Belastungen einher als nur in mittlerem oder schwach ausgeprägte (d).

Aus dem dargestellten Trend kann abgelesen werden, dass die untersuchten psychosozialen Belastungen nach 1991 deutlich zurückgegangen sind, allerdings bei den Geschlechtergruppen in unterschiedlichem Maße. Symptomatisch dafür ist die Zukunftsangst, für die insgesamt sechs Messwerte vorliegen:

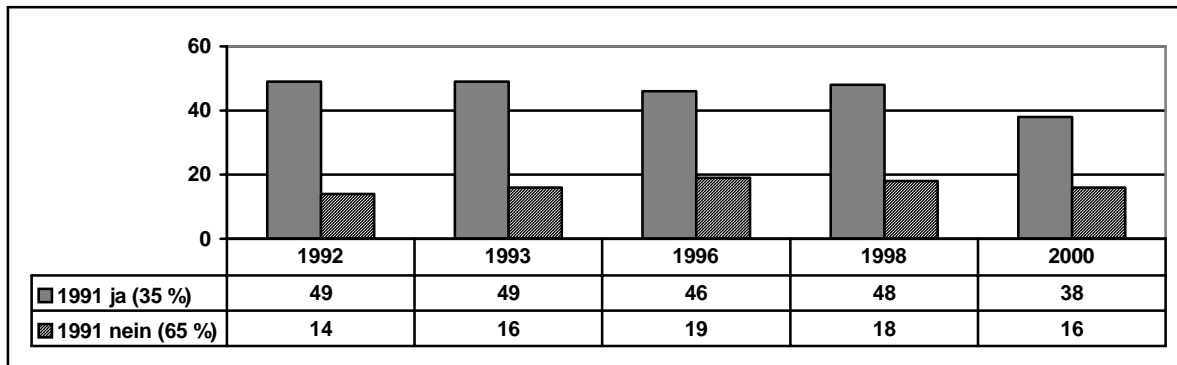
Abbildung 9.13: Ausprägung von Zukunftsangst im Trend, nach Geschlechtergruppen differenziert (zusammengefasste Ap 1 und 2)



Noch im Frühjahr 1991, über ein Jahr nach der Wende, signalisieren 42 % der weiblichen Teilnehmer Zukunftsängste, erst ab 1992 geht dieser Anteil leicht zurück. Doch äußert von ihnen auch 2000 noch fast ein Drittel Zukunftsängste, mehr als doppelt so viele wie von den jungen Männern.

Auffällig ist, dass die in der Umbruchsituation Anfang der 90er Jahre entstandene Zukunftsangst noch bis 1998 anhält und erst im Jahr 2000 signifikant zurückgeht:

Abbildung 9.14: Zusammenhang zwischen der 1991 bestehenden Ausprägung von Zukunftsangst mit deren Ausprägung in nachfolgenden Jahren



Erläuterung: 1991 äußerten 35 % der Panelmitglieder, Angst vor der Zukunft zu haben (die Ap 1 und 2 wurden zu „ja“ zusammengefasst); entsprechend 65 % äußerten, keine Zukunftsangst zu haben („nein“). Die Prozentwerte geben an, wie viele davon in den folgenden Jahren Zukunftsangst äußern. Mit einem statistischen Test wird nachgewiesen, dass Panelmitglieder, die 1991 Zukunftsangst haben, auch danach, zumindest bis 1998, signifikant häufiger solche Ängste äußern als jene, die 1991 keine Zukunftsangst haben. Erst im Jahr 2000 besteht zwischen beiden Gruppen kein gesicherter Unterschied mehr, eine Tendenz ist jedoch noch immer erkennbar.

Wir wenden uns noch einmal den Ergebnissen der 13. Welle 1998 zu. Analog zu den Daten von 1991 nehmen wir auch hier eine komplexe Analyse vor, um relevante Zusammenhänge bzw. Einflussfaktoren zu finden, die Hinweise auf die Entstehungsbedingungen der untersuchten psychosozialen Belastungen geben. Die Skalenwerte bedeuten: 0 = ohne Belastung, 1 = schwache Belastung, 3+4 = starke Belastungen.

Tabelle 9.16: Psychosoziale Belastungen 1998 - komplexe Analyse
Punktwert:

	0	1	2	3+4	X
Gesamt	66	16	11	7	0,63
<i>(a) Geschlechtergruppen</i>					
männlich	75	15	6	4	0,40
weiblich	58	17	15	10	0,82
<i>(b) arbeitslos gewesen?</i>					
ja, mehrmals	55	20	8	17	0,95
ja, einmal	59	21	14	6	0,69
nein	76	11	10	3	0,43
<i>(c) Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</i>					
völlig sicher	80	11	4	5	0,35
ziemlich sicher	71	14	10	5	0,51
ziemlich unsicher	46	24	18	12	1,02
völlig unsicher	28	28	16	28	1,50
<i>(d) Angst vor eigener Arbeitslosigkeit</i>					
stark	41	18	21	20	1,37
eher stark	51	24	15	10	0,89
eher schwach	73	16	7	4	0,43
schwach	88	4	6	2	0,24

(e) Überwiegen neue Chancen oder neue Risiken?

neue Chancen überwiegen	86	5	3	6	0,31
es gibt beides	63	17	13	7	0,66
neue Risiken überwiegen	47	29	8	16	1,03

(f) staatsbürgerliche Identifikation

vorwiegend Bundesbürger		71	20	9	0	0,37
Bundesbürger und DDR-Bürger	65	17	11	7	0,63	
vorwiegend DDR-Bürger	57	13	11	19	1,07	

Bei einem Drittel sind 1998 psychosoziale Belastungen zu erkennen (1 bis 4 Punkte), die allerdings nur bei 7 % als stark einzuschätzen sind. Weibliche Panelmitglieder äußern diese Belastungen signifikant häufiger als männliche: 42 % gegenüber 25 % (a).

Die berufliche Situation (b, c, d) wirkt sich erheblich auf die psychische Verfassung aus. Erfahrene Arbeitslosigkeit (vor allem mehrmalige) beeinträchtigt die psychische Gesundheit deutlich. Noch stärker differenziert die aktuelle Sicherheit des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes. Mit einer Abnahme dieser Sicherheit nimmt der Anteil derer sichtbar zu, die Belastungen angeben, auch jener, bei denen die Belastungen stark auftreten. In dieselbe Richtung weist die Korrelation mit der Angst vor Arbeitslosigkeit: Mit zunehmender Stärke dieser Angst wächst der Grad der Belastungen.

Bemerkenswert ist der enge Zusammenhang zwischen dem Auftreten psychosozialer Belastungen und den eigenen Erfahrungen im Hinblick auf die Relationen von neuen Chancen und neuen Risiken bei der Lebensgestaltung (e). Vor allem zwischen den beiden Extremgruppen zeigen sich bedeutende Unterschiede: Von den Panelmitgliedern, die meinen, dass neue Chancen überwiegen, äußert nur eine Minderheit von 14 % solche Belastungen; von jenen dagegen, deren Erfahrungen zufolge neue Risiken überwiegen, eine knappe Mehrheit von 53 %. Unterschiedliche Erfahrungen bei der Lebensgestaltung, bei der Bewältigung kritischer Lebensereignisse gehen mit deutlich unterschiedlichen psychischen Reaktionen einher.

Aufschlussreich ist auch der signifikante Zusammenhang mit der staatsbürgerlichen Identifikation (f): TeilnehmerInnen, die sich bereits vorwiegend als Bundesbürger fühlen, mehr oder weniger in der Bundesrepublik „angekommen“ sind und eine neue Identität gefunden haben, sind psychisch signifikant weniger belastet als vor allem jene, die sich noch vorwiegend als DDR-Bürger fühlen. Den Hintergrund dafür bilden die bereits dargestellten differenten Erfahrungs- und Einstellungsstrukturen dieser beiden Extremgruppen, die mehr oder weniger stark mit psychosozialen Belastungen einhergehen.

Abschließend stellen wir noch den kompletten Trend der zwischen 1991 und 1998 vorliegenden Daten dieser komplexen Analyse dar:

Tabelle 9.17: Psychosoziale Belastungen im Trend 1991 bis 1998 - komplexe Analyse
Punktwert:

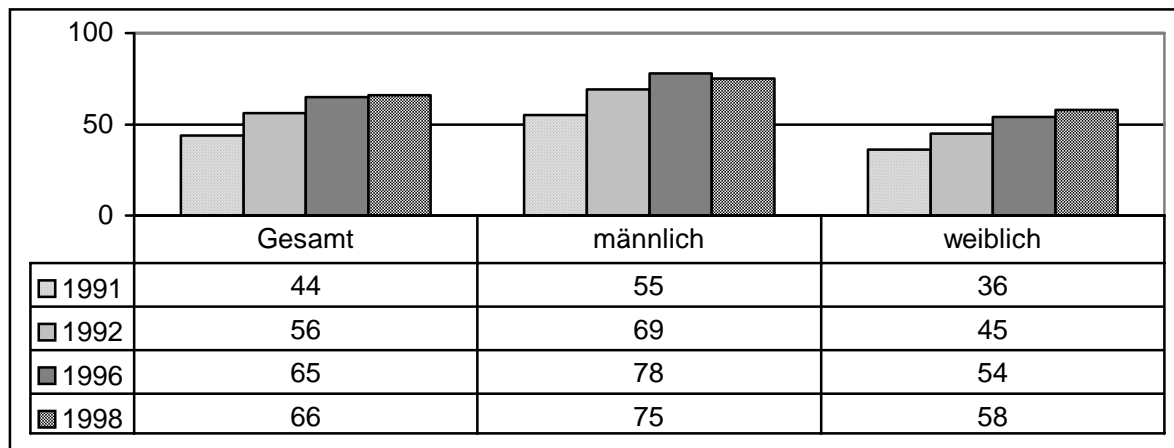
	0	1	2	3+4	X*)
<i>Gesamtgruppe</i>					
1991	44	20	12	24	1,26
1992	56	17	14	13	0,89
1996	65	14	8	13	0,77
1998	66	16	11	7	0,63
<i>männlich</i>					
1991	55	17	10	18	1,00
1992	69	13	10	8	0,61
1996	78	10	4	8	0,48
1998	75	15	6	4	0,40

weiblich

1991	36	22	14	28	1,45
1992	45	21	18	16	1,11
1996	54	17	12	17	1,02
1998	58	17	15	10	0,83

*) Der Mittelwert wurde auf der Grundlage der Skala von 0 bis 4 Punkten berechnet.

Abbildung 9.15: Anteile derer, die frei sind von psychosozialen Belastungen im Trend 1991 bis 1998, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Der Anteil der Panelmitglieder, die von psychosozialen Belastungen völlig frei sind, hat seit 1991 deutlich zugenommen, bei den jungen Frauen allerdings viel weniger stark als bei den jungen Männern.

9.4. Psychosomatische Beschwerden

In den modernen Industrieländern werden bei Jugendlichen in zunehmendem Maße auch psychosomatische Beschwerden und Krankheiten festgestellt. Es besteht weitgehend Übereinstimmung hinsichtlich der psychosozialen Verursachung solcher Erscheinungen: durch Verunsicherung, Vernachlässigung oder Überforderung in der Familie, in der Schule und im sozialen Lebensprozess überhaupt. Im Ergebnis der emotionalen Angespanntheit in solchen Risikosituationen kommt es nicht selten zu spezifischen Formen von resignativen und angstbetonten diffusen Reaktionen, die mit vegetativen Störungen einhergehen (ausf. vgl. Förster/Friedrich/Schubarth 1993: 191; Hurrelmann/Ulich 1991: 191).

Im Rahmen der 12. und 13. Welle wurden von den Panelmitgliedern Angaben zu einigen typischen Symptomen psychosomatischer Störungen erbeten. Da die Prozentverteilungen beider Wellen nahezu übereinstimmen, beschränken wir uns hier auf die der 13. Welle 1998:

Tabelle 9.18: Häufigkeit psychosomatischer Beschwerden 1998
„Hatten Sie in den letzten 12 Monaten folgende Beschwerden?“
1 ja, häufig 2 ja, ab und zu 3 ja, selten 4 nein, nie

<i>Nervosität</i>				
Gesamt	10	29	30	31
männlich	5	30	34	31
weiblich	15	28	26	31
<i>Schlaflosigkeit</i>				
Gesamt	9	19	23	49
männlich	3	19	26	52

weiblich	13	20	20	47
<i>Magenschmerzen</i>				
Gesamt	4	16	27	53
männlich	1	16	25	58
weiblich	7	16	28	49
<i>Herzbeschwerden</i>				
Gesamt	2	5	7	86
männlich	0	4	6	90
weiblich	4	4	10	82

Am meisten klagen die Panelmitglieder über Nervosität (69 % in unterschiedlicher Häufigkeit), gefolgt von Schlaflosigkeit (51 %) und Magenschmerzen (47 %). Herzbeschwerden äußern nur 14 %. Weibliche Panelmitgliedern äußern alle genannten Störungen häufiger als männliche, was bereits auf größere außenbedingte Belastungen schließen lässt.

Da wir prüfen wollen, ob ein Zusammenhang zwischen dem Auftreten dieser Störungen und der Lebenssituation der Panelmitglieder besteht, bilden wir einen Index. Mittels Zusammenfassung der Ausprägungsgrade der Einzelmerkmale wird eine Punktsummenskala gebildet, und zwar nach folgender Vorschrift: Häufiges Auftreten (Ap 1) = 3 Punkte, gelegentliches Auftreten (Ap 2) = 2 Punkte, seltenes Auftreten (Ap 3) = 1 Punkt, Merkmal tritt nicht auf (Ap 4) = null Punkte. Maximale Ausprägung: 12 Punkte, minimale Ausprägung: null Punkte.

Entsprechend der Prozentverteilung werden vier Merkmalsklassen gebildet. Die niedrigste Punktklasse 0 bedeutet: keine Beschwerden; die Punktklasse 1 bedeutet: schwache Belastung; Punktklasse 2: mittlere Belastung; Punktklasse 3: hohe Belastung.

Tabelle 9.19 Psychosomatische Beschwerden 1998 - übergreifende Analyse

Punktklasse	0	1	2	3	
Klassenbreite (Anzahl der Punkte)	0	1,2	3,4	5-12	X*)
<hr/>					
Häufigkeiten in Prozent					
<i>Gesamtgruppe</i>	18	32	25	25	3,02
<i>a) Geschlechtergruppen:</i>					
männlich	22	33	26	19	2,57
weiblich	14	31	25	30	3,40
<i>b) arbeitslos gewesen?</i>					
ja, mehrmals	9	30	26	35	3,62
ja, einmal	18	25	32	25	3,20
nein	22	38	20	20	2,58
<i>c) berufliche Zuversicht</i>					
1 sehr zuversichtlich	23	38	21	18	2,47
2	20	30	27	23	2,76
3	12	30	27	31	3,52
4+5 kaum/überhaupt nicht	7	36	20	37	4,07

*) Der Mittelwert wurde auf der Grundlage der 12-stufigen Ausgangsskala berechnet.

Wie schon bei den psychosozialen Belastungen lassen auch diese Differenzierungen auf deutliche Einflüsse der Lebenslage auf die Gesundheit der Panelmitglieder schließen. So äußern von den Panelmitgliedern, die bisher nicht arbeitslos waren, 60 % überhaupt keine oder nur schwache Beschwerden, von jenen dagegen, die bereits mehrmals arbeitslos waren, nur 39 %

(b). Und: mit abnehmender Zuversicht für die Verwirklichung der beruflichen Pläne nimmt die Häufigkeit psychosomatischer Beschwerden signifikant zu (c).

Alles in allem lassen die angeführten Verteilungen und Zusammenhänge erkennen, dass die massiven, häufig als konfliktreich erlebten gesellschaftlichen Veränderungen und Umbrüche seit der Wende bei einem nicht kleinen Teil der Panelmitglieder mehr oder weniger deutliche negative Folgen für ihre psychische und körperliche Gesundheit hatte und hat. Das gilt für die jungen Frauen mehr als für die jungen Männer. Vor allem persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit bzw. bestehende Verunsicherungen hinsichtlich der beruflichen Perspektive als entscheidender Existenzgrundlage führen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen (vgl. Laubach/Mundt/Brähler 1999: 75 ff.). Diesen wichtigen Zusammenhängen soll bei der geplanten Fortsetzung der Studie ausführlicher nachgegangen werden.

9.5. „Das Leben ist schön!“

Auf Anregung einer Teilnehmerin nahmen wir im Jahr 2000 die Aussage „Bei allen aktuellen Problemen: Das Leben ist schön!“ mit in das Fragenprogramm auf. Hauptergebnis: 85 % aller Panelmitglieder stimmen mehr oder weniger stark zu - der weitaus größte Teil von ihnen geht also durchaus positiv an die Bewältigung ihrer Lebenssituation heran. Nur 3 % teilen diese Auffassung nicht, weitere 12 % äußern eine ambivalente Meinung. Auf dem ersten Blick ein erfreuliches Ergebnis, das auf beide Geschlechtergruppen gleichermaßen zutrifft, bei einer genaueren Betrachtung dennoch einige interessante Differenzierungen erkennen lässt. Welche Faktoren sind es, die zu teilweise erheblichen Abstrichen führen? Betrachten wir dazu die folgende Tabelle:

Tabelle 9.20: „Das Leben ist schön“ (2000)
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamtgruppe	50	35	(85)	12	2	1
<i>Geschlechtergruppen</i>						
männlich	51	36	(87)	9	3	1
weiblich	49	35	(84)	13	2	1
<i>Zurechtkommen mit den neuen Verhältnissen</i>						
vollkommen	74	23	(97)	3	0	0
mit Einschränkung	47	40	(87)	11	2	0
mittel bis überhaupt nicht	25	36	(61)	29	7	3
<i>berufliche Zukunftszuversicht</i>						
sehr zuversichtlich	80	20	(100)	0	0	0
eingeschränkt zuversichtlich	49	41	(90)	7	2	1
in mittlerem Maße zuversichtlich	39	35	(74)	21	3	2
kaum/nicht zuversichtlich	32	32	(64)	29	7	0
<i>Zufriedenheit mit dem Lebensstandard</i>						
Zufrieden	66	27	(93)	5	1	1
Eher zufrieden	41	41	(82)	15	2	1
Eher unzufrieden/unzufrieden	32	35	(67)	23	10	0
<i>Einstellung zur Freiheit</i>						
Für mich ist entscheidend, dass ich in Freiheit leben kann, bei allen Problemen ...	65	30	(95)	5	0	0
Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe	39	38	(77)	16	5	2

Auch dieses generelle Lebensgefühl wird sehr deutlich von den bereits erwähnten gesellschaftlichen Faktoren beeinflusst, insbesondere von der beruflichen Lebenssituation, aber auch von den materiellen Verhältnissen. Bemerkenswert ist, dass eine kritische Sicht auf die Freiheit eine ernstzunehmende emotionale Komponente hat, mit einem erheblich weniger positiven Lebensgefühl einhergeht. Alles in allem überwiegt jedoch in fast allen wesentlichen Untergruppen ein positiver, bejahender Blick auf das Leben – trotz bestehender Probleme und Schwierigkeiten.

10. Einflussfaktoren des politischen Mentalitätswandels

Die Anlage unserer Untersuchung als Längsschnittstudie macht es möglich, über charakteristische Trends hinaus auch Einflussfaktoren nachzuweisen, die hinter diesen Trends stehen, insbesondere hinter denen einer mehr oder weniger stark ausgeprägten Kritik der Panelmitglieder am jetzigen Gesellschaftssystem. Sie lassen sich überwiegend auf den gemeinsamen Nenner *aktuelle persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem* bringen. Mit diesen aktuellen, situativen Faktoren werden wir uns im ersten Teil dieses Kapitels beschäftigen. Dabei kommt uns die Tatsache zustatten, dass die zweite Phase der Analysen fast unmittelbar nach dem Systemwechsel begonnen hat und inzwischen zahlreiche relevante Trends zum politischen Mentalitätswandel und zu dessen Determinanten vorliegen. Dabei beschränken wir uns natürlich auf die in unserer Studie untersuchten Faktoren, über den heutigen Einfluss der Massenmedien beispielsweise können wir keine Aussagen treffen.

Unsere Studie lässt jedoch auf Grund ihrer Anlage als wendeüberschreitende Längsschnittstudie auch zu, nach *Spuren der DDR-Sozialisation* zu suchen, insbesondere nach Langzeitwirkungen früherer Erfahrungen im DDR-Alltag, aber auch früherer Systembindungen. Auf diese Weise können wir einen Beitrag zu der interessanten wissenschaftlichen Diskussion über die Frage leisten, in welchem Verhältnis frühere sozialisatorische Prägungen und heutige, aktuelle Erfahrungen bei der politischen Einstellungsbildung stehen. Darauf gehen wir im zweiten Teil des Kapitels ein. Im dritten Teil untersuchen wir kurz den Einfluss des Bildungsniveaus der Panelmitglieder, insbesondere auf ihr politisches Profil.

10.1 Persönliche Erfahrungen der Panelmitglieder mit dem jetzigen Gesellschaftssystem.

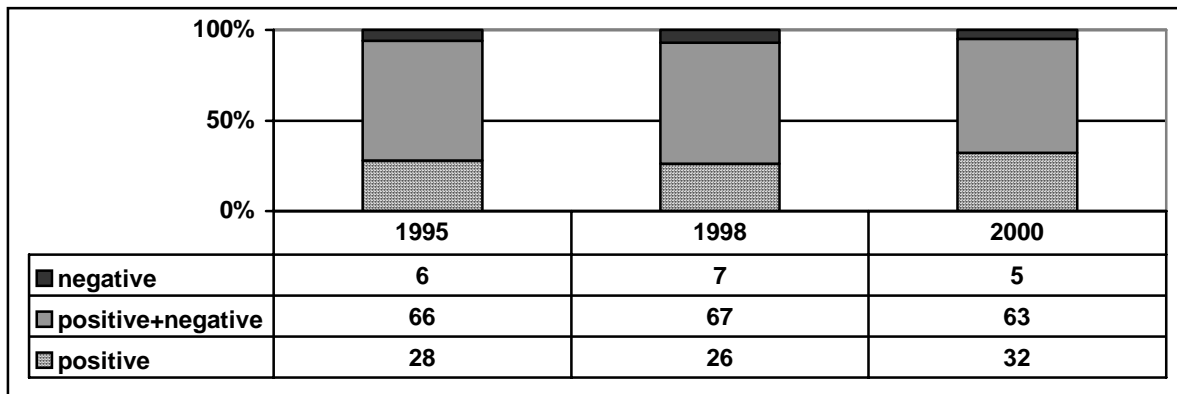
Wie schon vor der Wende, so sind auch gegenwärtig nicht Rhetorik und Versprechungen von Parteien und Politikern (Stichworte: „Wirtschaftswunder Ost“, „Blühende Landschaften“, „Aufschwung Ost“) entscheidend für die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Und diese Erfahrungen sind, wie die Daten belegen, hochgradig ambivalent, auch zehn Jahre nach der Vereinigung. Seit 1995 zielt eine Frage auf die generellen Erfahrungen der Jugendlichen mit dem neuen Gesellschaftssystem:

Tabelle 10.1: Generelle Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem im Trend 1995 - 2000
Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie - alles in allem - mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht ?“

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
<i>Gesamt</i>							
1995	1	27	(28)	66	6	0	2,8
1998	0	26	(26)	67	7	0	2,8
2000	1	31	(32)	63	5	0	2,7
<i>männlich</i>							
1995	0	36	(36)	62	2	0	2,7
1998	1	31	(32)	64	4	0	2,7
2000	2	32	(34)	60	6	0	2,7
<i>weiblich</i>							

1995	1	19	(20)	70	10	0	2,9
1998	0	22	(22)	70	8	0	2,9
2000	0	30	(30)	65	4	1	2,7

Abbildung 10.1: Generelle Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem im Trend 1995 - 2000



Rund ein Drittel (32 %) verweist im Jahr 2000 auf ausschließlich oder überwiegend positive Erfahrungen, nur eine Minderheit von 5 % hat überwiegend negative Erfahrungen gemacht. Für die überwiegende Mehrheit (63 %) sind jedoch ambivalente Erfahrungen charakteristisch, d.h. positive und negative Erfahrungen sind miteinander verbunden. Das reflektieren viele TeilnehmerInnen auch in ihren verbalen Notizen über die positiven bzw. negativen Folgen der Vereinigung bzw. positive und negative Erfahrungen 10 Jahre danach. Durchweg stehen positive und negative Aspekte nebeneinander:

„Positiv: Reisefreiheit, Demokratie und Meinungsfreiheit, berufliche Möglichkeiten im Ausland (europa- bzw. weltweit). Gesundheitswesen ist auf dem neuesten technischen Stand, sowie der technische Fortschritt in allen anderen Bereichen.“

Negativ: Reisen nur möglich, wenn man auch das nötige ‚Kleingeld‘ dafür hat, sprich eine Arbeit besitzt und Geld verdienen kann; man hat trotz Demokratie und Meinungsfreiheit wenig Einfluss auf politische Entscheidungen. Gesundheitswesen ist eine 2-Klassen-Medizin (Privatpatient vor Kassenpatient), Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander, Zusammenhalt der Menschen dadurch nicht mehr wie früher.“ (w)

„Ich kann mir alles kaufen. Aber ohne Moos nichts los. Das Positive wird vom Negativen gleich wieder neutralisiert.“ (m)

„Positiv: Wir Menschen müssen wieder selber denken und handeln, für eigene Lebensziele. Wer für sich kämpft und eintritt, kann es zu etwas bringen mit viel Fleiß und Ehrgeiz. Die Entfaltungsmöglichkeiten sind viel größer und vielfältiger. Man kann reisen wohin man will, aber das Geld muss erst verdient werden.“

Negativ: Die sozialen Zustände finde ich überhaupt nicht in Ordnung. Ich bin seit Mai Mutter und musste feststellen, es werden vom Staat Kinder gewünscht, jedoch die Unterstützungen von Staat oder Ämtern sind einfach nur ein Witz. Kein Wunder, dass die Kinderzahlen zurückgehen!“ (w).

„Solange man selbst, der Partner und die Familie einen guten Job hat und man finanziell gut über die Runden kommt, ist alles ganz prima. Die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und der Anschaffung schöner Dinge sind dann relativ unbegrenzt.“

Sollte man aber von Arbeitslosigkeit betroffen sein, ändert sich alles schlagartig und auch die Beantwortung dieses Fragebogens würde anders ausfallen. Momentan geht es mir gut. Die Familienpolitik ist zwar nicht das 'Gelbe vom Ei' und an Rente ist in unserem Alter auch nicht zu denken. Es verteuert sich irgendwie alles. Problematisch ist auch als Frau zu entscheiden, wann man aus dem Arbeitsprozess aussteigt, um ein Kind zu bekommen. Dann verdient nur noch einer! Komme ich jemals wieder rein in den Job?“ (w)

„Positiv: Das bedeutet für mich persönlich, dass man die Welt erkunden kann, kaufen kann, was man will, aber nur wenn man gut verdient. Leben pur genießen halt.

Negativ: Man darf nie an morgen denken, weil man nicht weiß, was auf einen zukommt. Man sollte das Leben heute leben...“ (w)

„Positiv: dass es ein Deutschland gibt!

Negativ: dass die BRD es versäumt hat, sich ebenfalls zu verändern! Das gesellschaftliche und persönliche Leben hängt nur vom Kapital ab. Nur wer Kapital besitzt, ist frei von allen gesellschaftlichen Zwängen, mit Kapital kann ich in dieser Gesellschaft alles erreichen! Die politische Einflussnahme ist nur und ausschließlich mit großem Kapital möglich, Demokratie gibt es in Deutschland nur auf dem Papier.“ (m)

„Positiv: Wir verreisen sehr gerne und ohne die Einheit wäre unser letzter Urlaub sicher nicht nach Grönland gegangen.

Negativ: Ich habe vor 5 Tagen mein erstes Kind bekommen und wurde vor 2 ½ Monaten wegen Liquidation der Firma gekündigt. Ohne die Einheit wäre das nicht geschehen!“ (w)

„Im Großen und Ganzen hängen an allen positiven Erfahrungen negative Schatten.“ (m)

1995 und 1998 äußerten männliche Teilnehmer häufiger als weibliche überwiegend positive Erfahrungen. Im Jahr 2000 bestehen zwischen den Geschlechtergruppen keine Unterschiede mehr; der leichte, aber signifikante positive Trend zwischen 1995 und 2000 geht ausschließlich auf die jungen Frauen zurück, bei denen der Anteil derer mit überwiegend positiven Erfahrungen von 22 % auf 30 % angestiegen ist.

Für die hohe Ambivalenz der individuellen Erfahrungen sind in der Studie noch viele weitere Belege zu finden. Sehr augenscheinlich kommt sie bei der Beurteilung des in der jetzigen Gesellschaft bestehenden Verhältnisses von neuen Chancen und neuen Risiken zum Vorschein:

die Lebensgestaltung bietet:

Tabelle 10.2: Verhältnis von neuen Chancen und neuen Risiken im Trend 1995 bis 2000

„Es heißt, dass die jetzige Gesellschaft den Bürgern *neue Chancen* für die Lebensgestaltung bietet, aber auch *neue, ungewohnte Risiken* mit sich bringt. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Überwiegen die Chancen oder die Risiken oder ist beides miteinander verbunden?“

1 die neuen Chancen überwiegen

2 die neuen Risiken überwiegen

3 es gibt sowohl neue Chancen als auch neue Risiken

	1	2	3
1995	13	13	74
1996	14	9	77
1998	18	11	71
2000	21	6	74

arbeitslos gewesen

1995	12	17	71
1996	11	14	75
1998	13	14	73
2000	16	8	76
<i>nicht arbeitslos gewesen</i>			
1995	15	8	77
1996	18	2	80
1998	26	6	68
2000	27	2	71
<i>2000</i>			
lebt im Osten	17	6	77
lebt im Westen	35	4	61

Die Relationen zwischen neuen Chancen und neuen Risiken haben sich im Erleben der Teilnehmer in den letzten Jahren tendenziell zugunsten neuer Chancen verschoben. Allerdings meinen nach wie rund drei Viertel, dass es sowohl neue Chancen als auch neue Risiken gäbe, die hochgradige Ambivalenz der persönlichen Erfahrungen bleibt auch im Jahre 2000 bestehen. Die leichte Tendenz zugunsten neuer Chancen (nicht signifikant) zwischen 1995 und 2000 gilt nur für Panelmitglieder, die nicht arbeitslos waren. Von den Panelmitgliedern, die in den alten Bundesländern leben, reflektieren zwar rund doppelt so viele neue Chancen, aber auch sie haben mehrheitlich eine Mischung von Chancen und Risiken erfahren. Auf die Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen wird im Exkurs II eingegangen (siehe Tabelle 12. 1).

Welche Erfahrungen sind es im einzelnen, die sich im Rahmen unserer Untersuchung als besonders einflussreich erweisen?

Arbeitslosigkeit, Unsicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes

Die Erfahrung Arbeitslosigkeit - selbst am Ende der DDR (ob berechtigt oder nicht) als persönlich völlig irrelevant angesehen - *geht wie ein Riss durch die gesamte Population*. Sie wirkt sich u.a. deutlich dämpfend auf die Zufriedenheit mit dem heutigen Gesellschaftssystem aus. Dabei spielt auch die Dauer eine Rolle: Je länger die Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit, desto geringer die Systemzufriedenheit. Von daher ist zu vermuten, dass ein sich vermutlich weiter vergrößernder Kreis von Panelmitgliedern mit der Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit bzw. eine Zunahme der Dauer von Arbeitslosigkeit die Systemzufriedenheit eher destabilisieren als stabilisieren wird:

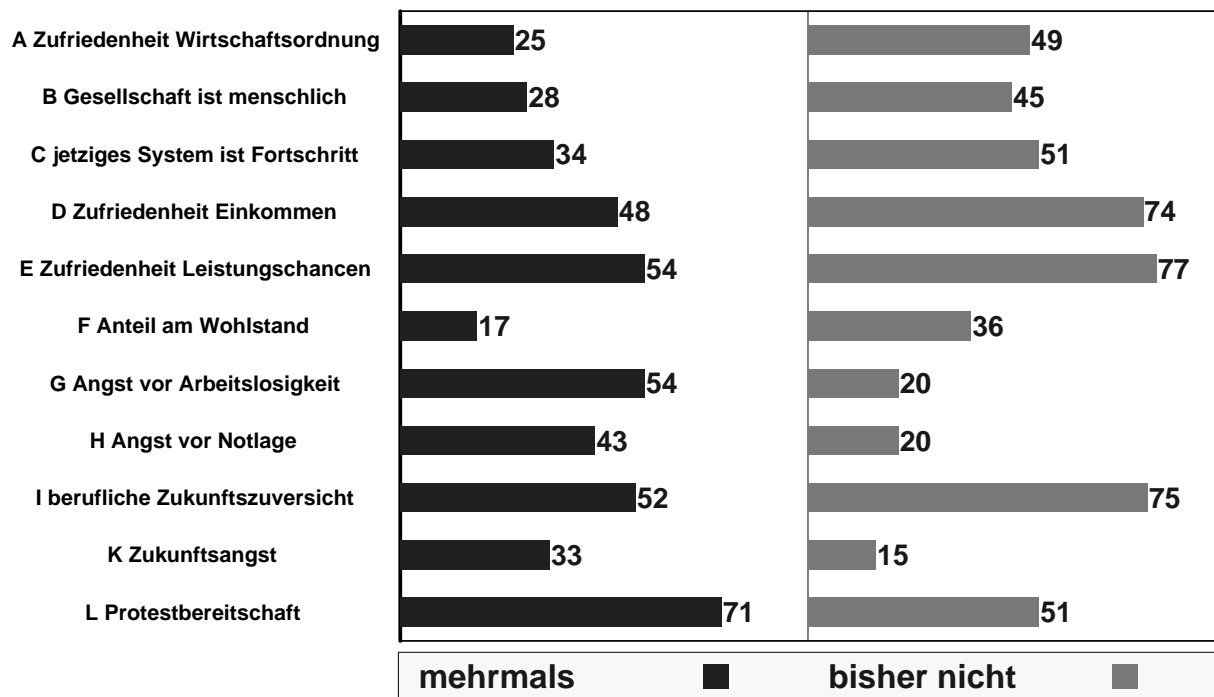
Tabelle 10.3: Zusammenhang zwischen der Erfahrung „Arbeitslosigkeit“ und der Zufriedenheit mit dem politischen System 2000

	Zufriedenheit mit dem politischen System		
	sehr zufrieden/ zufrieden	weniger zufrieden	unzufrieden
Gesamt 2000	28	52	20
<i>waren Sie arbeitslos?</i>			
nicht arbeitslos gewesen	37	50	13
arbeitslos gewesen	22	53	25
<i>(sign.)</i>			
<i>darunter:</i>			
1 - 3 Monate	29	48	23
ja, 4 - 10 Monate	19	57	24
ja, 11 Monate und länger	17	53	30

(sign.)

Erfahrene Arbeitslosigkeit wirkt sich darüber hinaus auf viele weitere Aspekte der Wahrnehmung und Bewertung der Gesellschaft aus. Die folgende Abbildung veranschaulicht einige dieser Auswirkungen. Wir stellen dazu relevante Merkmale von Panelmitgliedern gegenüber, die bereits mehrmals (26 %) bzw. bisher noch nicht arbeitslos (42 %) waren:

Abbildung 10.2: Merkmale von Panelmitgliedern, die bis 2000 bereits mehrmals arbeitslos waren bzw. noch nicht arbeitslos waren

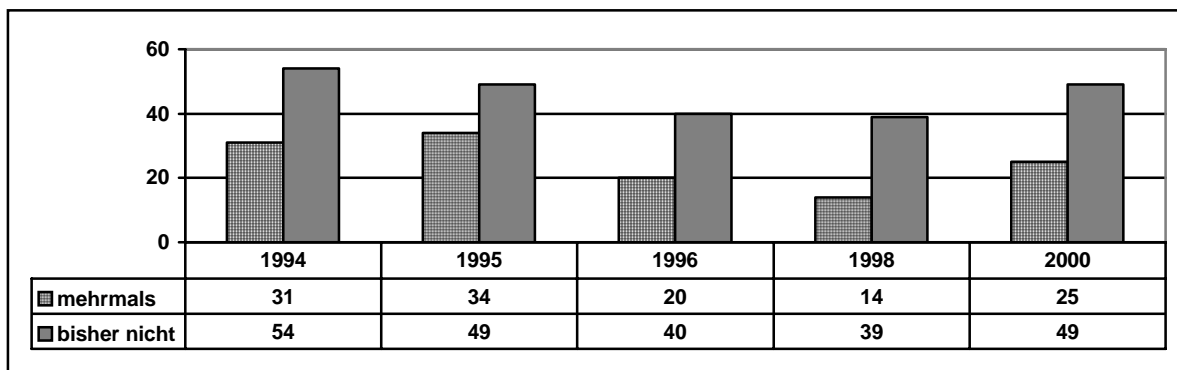


Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe):

- A: Zufriedenheit mit jetziger Wirtschaftsordnung: sehr zufrieden/zufrieden (38 %)
- B: Erfahrung: dass Sie in einer menschlichen Gesellschaft leben: ja (38 %)
- C: Ist gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende eher Fortschritt oder eher Rückschritt? Fortschritt (44 %)
- D: Zufriedenheit mit dem Einkommen: zufrieden/eher zufrieden als unzufrieden (61 %)
- E: Zufriedenheit mit den Chancen, es in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen: zufrieden/eher zufrieden als unzufrieden (66 %)
- F: Erfahrung: dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten: ja (25 %)
- G: Angst vor (erneuter) eigener Arbeitslosigkeit: stark/eher stark (35 %)
- H: Angst vor persönlicher Notlage: stark/eher stark (31 %)
- I: Zuversicht, die beruflichen Pläne verwirklichen zu können: sehr zuversichtlich/ zuversichtlich: (66 %)
- K: Angst vor der Zukunft? ja, seit Jahren/ ja, seit einigen Monaten (22 %)
- L: Würden Sie sich an Protestaktionen beteiligen? ja, auf jeden Fall/ ja, wahrscheinlich (61 %)

Erwartungsgemäß unterscheiden sich die beiden Extremgruppen in ihrer Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (A): Von den Panelmitgliedern, die bisher nicht arbeitslos waren, äußert sich im Jahr 2000 immerhin die knappe Hälfte (49 %) zufrieden, von jenen dagegen, die schon mehrmals Arbeitslosigkeit erfahren mussten, mit 25 % weitaus weniger. Dieser erhebliche Unterschied war schon in den vorhergehenden Jahren zu beobachten:

Abbildung 10.3: Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung bei Panelmitgliedern, die bisher mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend 1994 - 2000



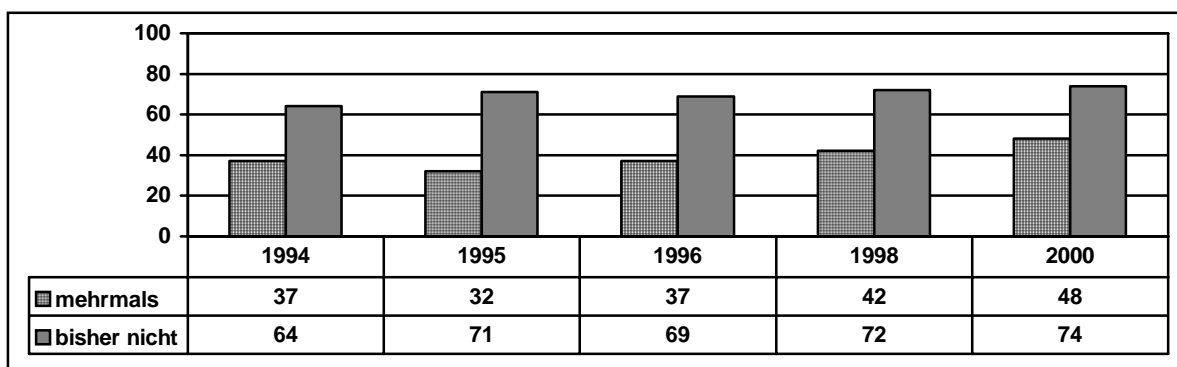
Zwar ist zwischen 1994 und 1998, in der Endzeit der Kohl-Ära, generell ein erheblicher Rückgang der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung zu verzeichnen, der jedoch bei denen einem Absturz ähnelt, die bereits mehrmals in die Arbeitslosigkeit geschickt wurden.

In der Gesamtgruppe der Panelmitglieder haben bisher 38 % die Erfahrung gemacht, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben (B). Dieses Urteil differiert erheblich in Abhängigkeit davon, ob die TeilnehmerInnen noch nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren oder schon mehrmals arbeitslos waren: 45 % gegenüber 28 %.

Danach befragt, ob sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt bewerten (C), entscheiden sich für „Fortschritt“ 51 % derer ohne Erfahrung mit Arbeitslosigkeit, jedoch nur 34 % jener mit mehrmaliger Erfahrung in dieser Hinsicht.

Sehr große, wenn auch nicht unerwartete Unterschiede treten im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen zutage: Von den TeilnehmerInnen, die keine Erfahrung mit Arbeitslosigkeit machen mussten, sind immerhin 74 % mit ihrem Einkommen zufrieden; von denen dagegen mit mehrmaliger Erfahrung nur 48 %. Der Längsschnitt bestätigt diese gravierende Differenz für einen längeren Zeitraum:

Abbildung 10.4: Zufriedenheit mit dem Einkommen bei Panelmitgliedern, die bisher mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend 1994 - 2000



Der in der Gesamtgruppe erkennbare leichte Anstieg der Einkommenszufriedenheit (siehe Kapitel 9.) gilt zwar auch für Befragte mit der Erfahrung mehrmaliger Arbeitslosigkeit, jedoch auf einem sehr viel niedrigeren Niveau.

Dementsprechend unterschiedlich ist auch die Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistungen voranzukommen (E): Von den Befragten ohne die Erfahrung Arbeitslosigkeit äußern sich 77 % zufrieden, von jenen, die schon mehrmals arbeitslos waren, aber nur 54 % (in beiden Fällen mit geringen Anteilen einschränkungsloser Zufriedenheit: 33 % bzw. 12 %). Damit steht auch im Zusammenhang, dass von den Befragten, die bisher nicht arbeitslos waren, zwar auch nur 36 % zustimmen, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand (F) zu erhalten (Gesamtgruppe: 25 %); von denen mit dieser Erfahrung jedoch sehr viel weniger: 17 %.

Die Angst, persönlich (erneut) von Arbeitslosigkeit (G) betroffen zu sein, ist noch immer weit verbreitet. Sie wird auch von 20 % derer geäußert, die davon bisher noch verschont geblieben sind. Von den Panelmitgliedern aber, die schon mehrmals arbeitslos waren, gilt das für 54 %, für die jungen Frauen unter ihnen sogar für 64 % (männlich: 43 %). Fast ebenso groß sind die Unterschiede in Bezug auf die Angst vor dem Eintreten einer persönlichen Notlage (H): 20 % gegenüber 43 %.

Mehrmals erfahrene Arbeitslosigkeit beeinträchtigt sehr deutlich die berufliche Zukunftsvorsicht (I), eine wesentliche Voraussetzung einer optimistischen Lebenssicht, aber auch der Identifikation mit dem Gesellschaftssystem: TeilnehmerInnen, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren, sind erheblich zuversichtlicher, ihre beruflichen Zukunftspläne zu erreichen, als jene, die mehrmals betroffen waren: 75 % gegenüber 52 %! In dieselbe Richtung weist der deutliche Unterschied im Hinblick auf bestehende Zukunftsangst (K): Angst vor der Zukunft zu haben äußern 15 % derer, die keine Arbeitslosigkeit zu verarbeiten haben, gegenüber 33 % jener, die damit schon mehrmals konfrontiert waren (weiblich 38 %, männlich 26 %).

Erwähnenswert sind nicht zuletzt auch die erheblichen Unterschiede hinsichtlich der Protestbereitschaft (L): Zwar sind auch von den TeilnehmerInnen ohne die mehrmalige Erfahrung Arbeitslosigkeit 51 % bereit, an Protestaktionen wie Demonstrationen und Streiks teilzunehmen; bei denen, die mehrmals arbeitslos waren, sind das mit 71 % weitaus mehr.

Erfahrene Arbeitslosigkeit beeinflusst außerdem ziemlich deutlich die Art der Bindung an einen Lebenspartner und den Kinderwunsch:

Tabelle 10.4: Zusammenhang von erfahrener Arbeitslosigkeit und Familienstand bzw. Heiratsabsicht im Jahr 2000

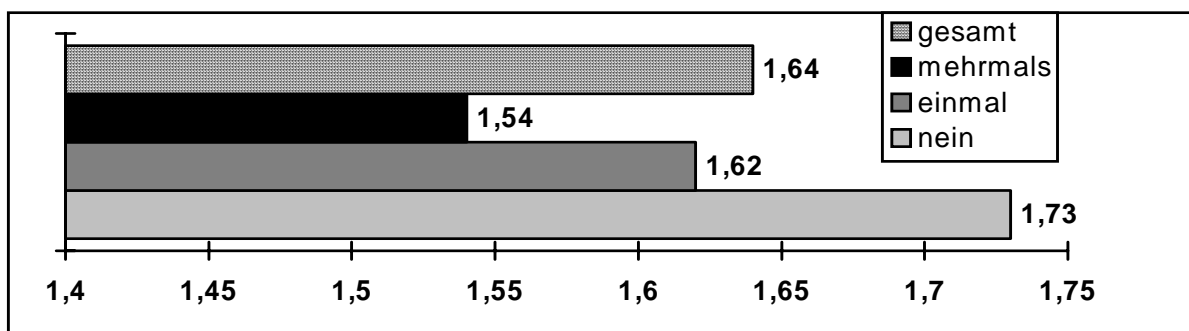
	verheiratet	Heiratsabsicht	keine Absicht	unklar
<i>arbeitslos gewesen?</i>				
ja, mehrmals	18	34	17	31
ja, einmal	28	39	13	20
nein	35	35	7	23
(P = .011)				

Vor allem von den TeilnehmerInnen, die bereits mehrmals arbeitslos waren, sind erheblich weniger bereits verheiratet (18 %) bzw. haben diese Absicht (34 %). Außerdem ist bei ihnen der Anteil derer am höchsten, die nicht diese Absicht haben (17 %) oder nicht wissen, ob sie heiraten werden (31 %).

Bemerkenswerte Differenzierungen sind auch im Hinblick auf den Kinderwunsch zu beobachten:

Abbildung 10.5: Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Zahl gewünschter Kinder

„Wie viele Kinder möchten Sie einmal haben?“ - Mittelwerte

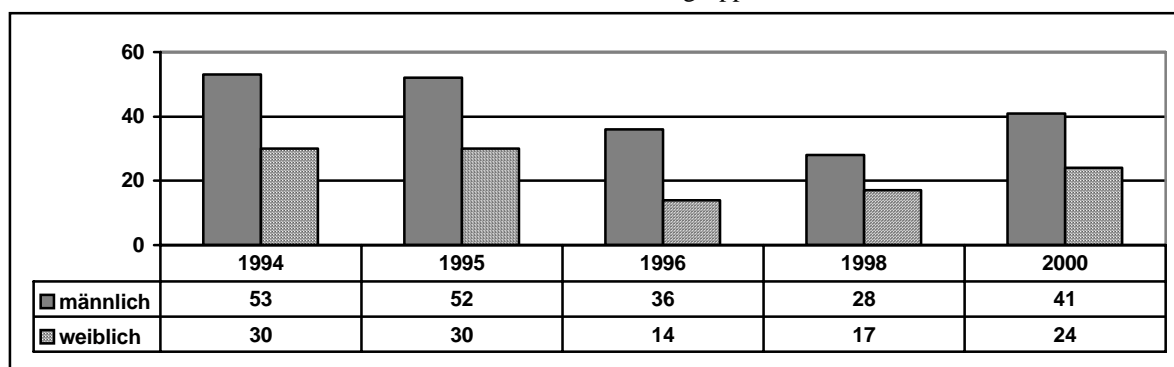


Die TeilnehmerInnen gaben die Anzahl der gewünschten Kinder im Fragebogen direkt an. Der Unterschied in den Mittelwerten derer, die mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, ist signifikant ($P = .045$)

Im Jahr 2000 wurde für die Gesamtgruppe der TeilnehmerInnen ein Mittelwert von 1,64 Kindern ermittelt. Dabei schwankten diese Werte zwischen 1,54 Kinder bei denen, die selbst schon mehrmals Arbeitslosigkeit erlebt haben, und 1,73 Kinder bei jenen, die noch nicht arbeitslos waren. Dieser signifikante Unterschied lässt darauf schließen, dass insbesondere mehrmalige bzw. längere Arbeitslosigkeit und die damit einhergehenden vielschichtigen Verunsicherungen und Zweifel die Zahl gewünschter Kinder deutlich senkt.

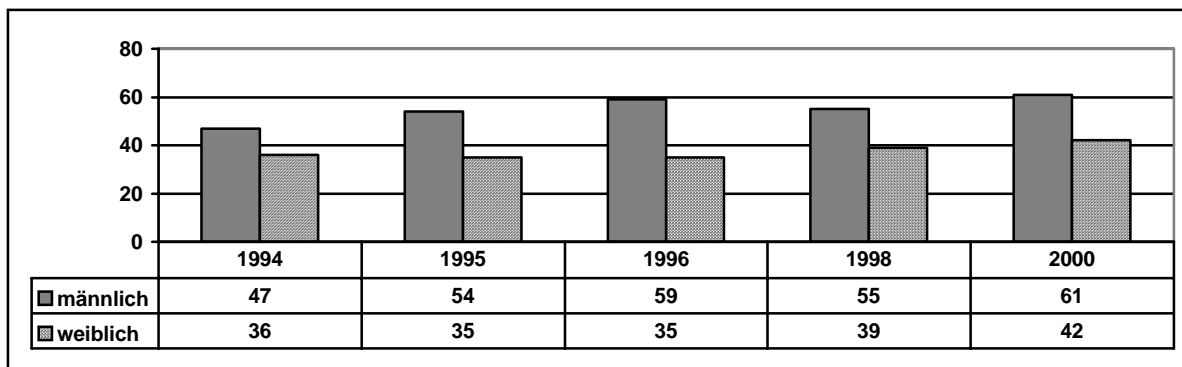
Auffällig ist, dass weibliche Panelmitglieder, die bereits arbeitslos waren, ihr gesellschaftliches Umfeld erheblich kritischer sehen als männliche mit derselben Erfahrung. Ein Beleg dafür ist der Trend der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung:

Abbildung 10.6: Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung bei Panelmitgliedern, die arbeitslos waren, im Trend 1994 – 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Die Trendrichtung stimmt zwar im großen und ganzen überein, die Quoten der Zufriedenheit unterscheiden sich jedoch durchweg signifikant zuungunsten der jungen Frauen. Ähnlich sind die Relationen in Bezug auf die Freude über die Vereinigung:

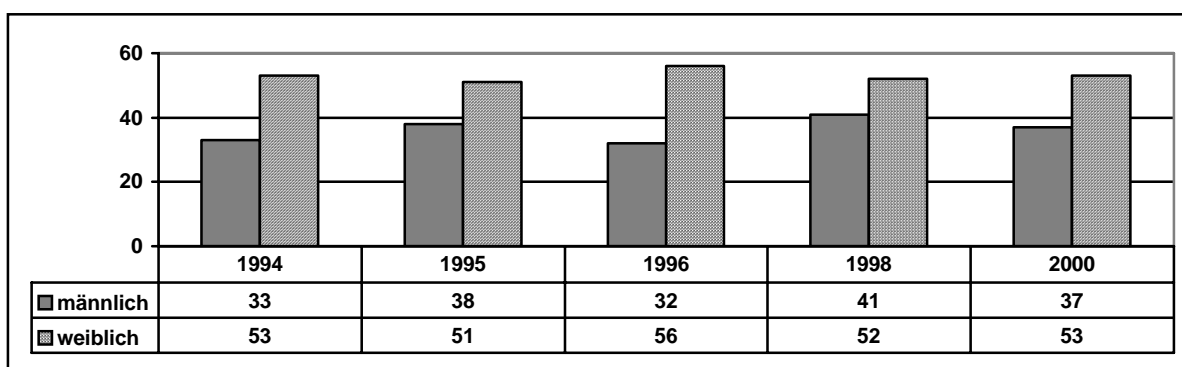
Abbildung 10.7: Freude über die deutsche Einheit bei Panelmitgliedern, die arbeitslos waren, im Trend 1994 – 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Ab 1995 äußern die weiblichen Befragten mit der Erfahrung Arbeitslosigkeit signifikant weniger häufig Freude über die deutsche Einheit als die männlichen.

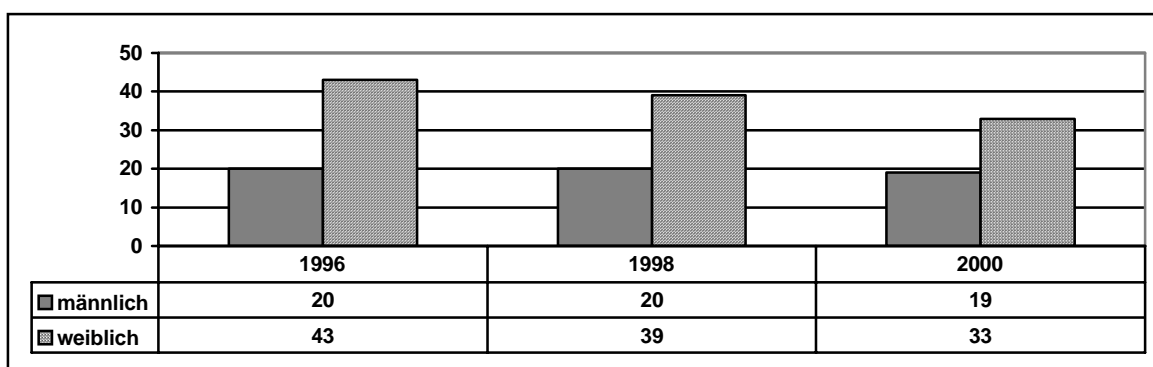
Erwähnenswert ist auch, dass sich die Erfahrung von Arbeitslosigkeit bei weiblichen Panelmitgliedern erheblich stärker auf die Entwicklung der Angst vor (erneuter) Arbeitslosigkeit auswirkt als bei männlichen:

Abbildung 10.8: Anteile der Panelmitglieder mit Erfahrung von Arbeitslosigkeit, die Angst vor (erneuter) Arbeitslosigkeit haben, im Trend 1994 – 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert



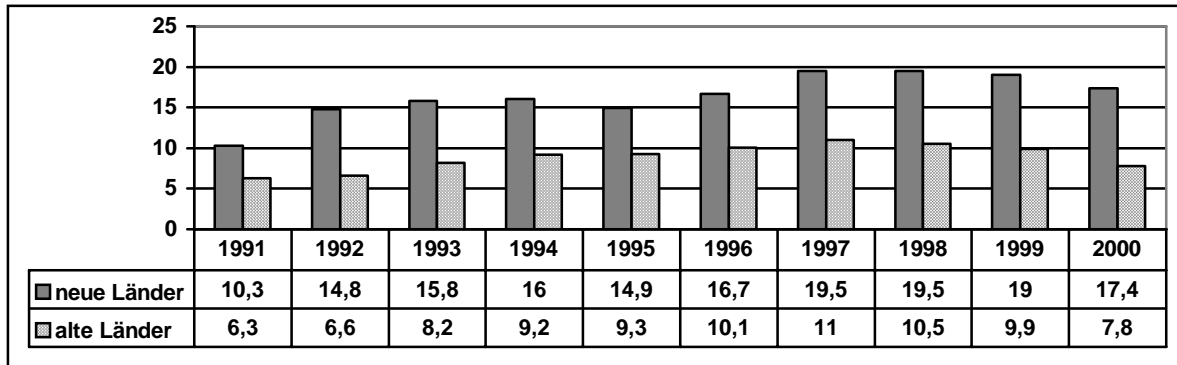
Weibliche Panelmitglieder, die arbeitslos waren, äußern durchweg signifikant häufiger Angst vor erneuter Arbeitslosigkeit als männliche, die Erfahrung Arbeitslosigkeit wird von ihnen offensichtlich erheblich stärker als kritisches Lebensereignis erlebt. Darauf lässt auch schließen, dass erfahrene Arbeitslosigkeit bei ihnen, obwohl tendenziell rückläufig, viel häufiger mit Zukunftsangst einhergeht als bei ihren männlichen Altersgefährten:

Abbildung 10.9: Anteile der Panelmitglieder mit Erfahrungen von Arbeitslosigkeit, die Zukunftsangst äußern, im Trend 1996 – 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Der Analyse, inwieweit die Panelmitglieder bisher von Arbeitslosigkeit betroffen waren, sollen für den Untersuchungszeitraum als Hintergrundinformation zunächst die offiziellen Arbeitslosenquoten vorangestellt werden. Wir differenzieren diese Angaben nach denen für die neuen Länder/Ostberlin und für die alten Länder:

Abbildung 10.10 : Prozentquote der Arbeitslosen im Trend 1991 bis 2000, differenziert nach alten und neuen Bundesländern



Quelle 1991 bis 1999: Statistisches Bundesamt: Datenreport 1999, S.98; 2000: Wochenzeitung Das Parlament Nr.12 vom 16.3.2001, S. 17

Die Arbeitslosenquote der neuen Länder war 2000 fast $2 \frac{1}{4}$ mal so hoch wie die der alten Länder, wobei noch eine verdeckte Arbeitslosigkeit von knapp 50 % hinzu kommt. Laut jüngsten Prognosen wird der Anteil Arbeitsloser im Osten weiter steigen. So erwartet das Arbeitsamt Leipzig für 2002 einen weiteren dramatischen Anstieg, mit einem Rückgang wird frühestens ab 2004 gerechnet.

Ergebnisse zur Betroffenheit der Panelmitglieder durch Arbeitslosigkeit liegen seit der 8. Welle 1992 vor. Die aktuelle Arbeitslosenquote zum jeweiligen Befragungszeitpunkt beträgt in der Gesamtgruppe zwischen 5% und 11%, bei den jungen Frauen ist sie durchweg erheblich höher als bei den jungen Männern: zwischen 6 % und 13 % bzw. zwischen einem und 7 %. Bei den jungen Frauen wird sie durch den steigenden Anteil derer entlastet, die Kinder haben und sich im Erziehungsurlaub befinden bzw. Hausfrau sind.

Der Anteil der Panelmitglieder, die überhaupt schon die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit machen mussten, ist erheblich größer. Eine entsprechende Frage wird seit der 12. Welle 1996 gestellt:

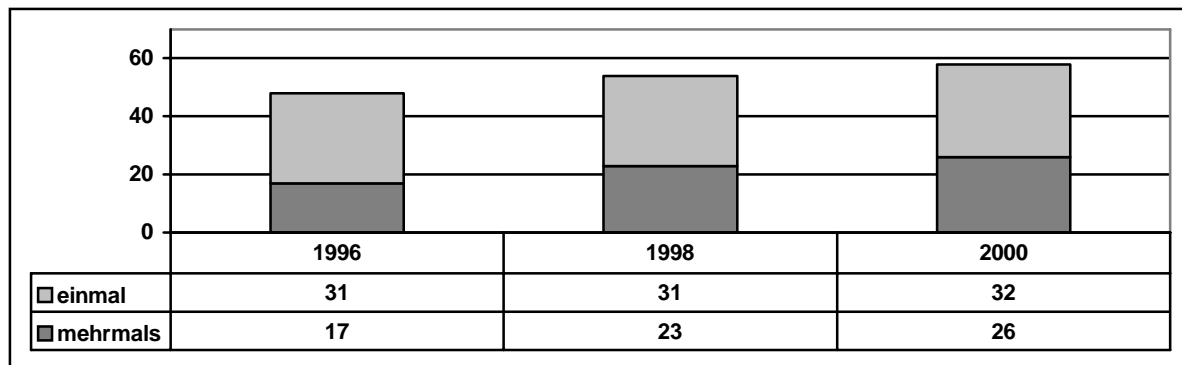
Tabelle 10.5: Anteil der Panelmitglieder mit eigener Erfahrung hinsichtlich Arbeitslosigkeit im Trend 1996 bis 2000

„Waren Sie arbeitslos? (einschließlich eventueller jetziger Arbeitslosigkeit)“

1 ja, mehrmals 2 ja, einmal 3 nein

	1	2	3
<i>Gesamtgruppe</i>			
1996	17	31	52
1998	23	31	46
2000	26	32	42
<i>männlich</i>			
1996	18	31	51
1998	27	31	42
2000	26	35	39
<i>weiblich</i>			
1996	16	31	53
1998	19	31	50

Abbildung 10.11: Anteil der Panelmitglieder, die ein- oder mehrmals arbeitslos waren, im Trend 1996 - 2000



Der Anteil der Panelmitglieder mit der „prägenden Generationserfahrung“ Arbeitslosigkeit (12. Shellstudie) hat seit 1996 deutlich zugenommen. Im Jahr 2000 sind es mit 58 % bereits mehr als die Hälfte, die einmal (32 %) oder sogar mehrmals (26 %) arbeitslos waren, mit nur geringen Unterschieden zwischen den Geschlechtergruppen. Es zeigt sich, dass die aktuellen Arbeitslosenquoten für sich genommen wenig aussagekräftig sind, wenn es um eine Abschätzung des Kreises junger Ostdeutscher geht, die überhaupt schon arbeitslos waren, unabhängig von deren Dauer. Bei meinen zahlreichen Vorträgen über die Studie erlebte ich gerade zu dieser hohen Quote häufig überraschte Reaktionen.

Die erwähnten Prozentquoten entsprechen sehr gut den Ergebnissen repräsentativer Jugendstudien. So berichten Silbereisen u.a. auf der Grundlage ihrer gesamtdeutschen Jugendstudien über einen gravierenden Anstieg der Erfahrung von Arbeitslosigkeit zwischen 1991 und 1996 insbesondere bei den 25- bis 29jährigen ostdeutschen Jugendlichen. Während der Anteil der Jugendlichen, die mindestens einmal von Arbeitslosigkeit betroffen waren, in den alten Bundesländern nur wenig von 25 % auf 26 % stieg, hat er sich in diesem Zeitraum in den neuen Bundesländern von 23 % auf 51 % erhöht, d.h. mehr als verdoppelt (vgl. 1996: 174). Nach Seiring hatte schon zwischen 1991 und 1994 fast jeder dritte ostdeutsche Jugendliche die Erfahrung von Arbeitslosigkeit gemacht (vgl. 1995: 54). Einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes Sachsen vom 5. Januar 2001 zufolge waren zwischen 1989 und 1999 46 % aller erwerbstätigen Personen zwischen 15 und 54 Jahren mindestens einmal arbeitslos.

Beträchtliche Unterschiede zuungunsten der weiblichen Panelmitglieder bestehen im Hinblick auf die Dauer der Arbeitslosigkeit. Die TeilnehmerInnen gaben im Fragebogen die Anzahl der Monate an, die sie bisher insgesamt arbeitslos waren. Eine Klassifizierung dieser freien Angaben führte zu diesen Ergebnissen:

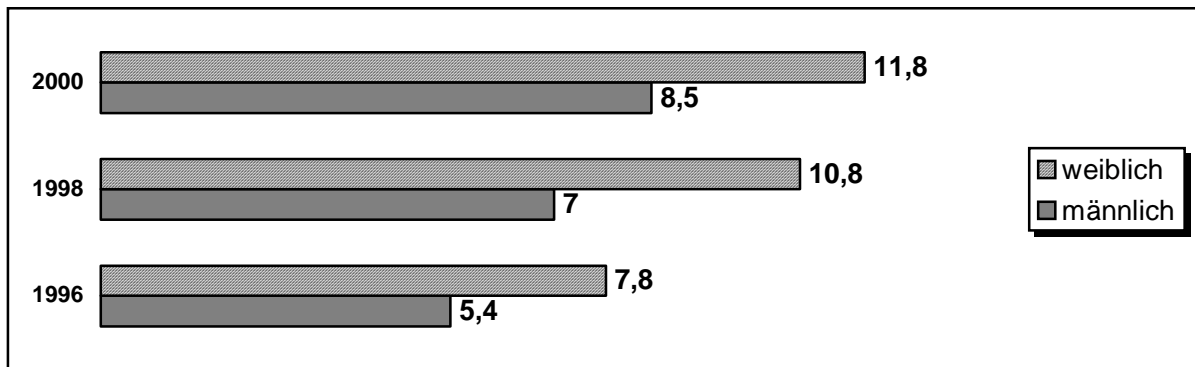
Tabelle 10.6: Dauer bisherigen Arbeitslosigkeit in Monaten (Stand 2000)

	1-3	4-6	7-12	13-23	24-48	X
Gesamt	32	17	26	14	11	10,2
männlich	41	19	20	12	8	8,5
weiblich	23	15	32	16	14	11,8
<i>Häufigkeit der Arbeitslosigkeit 2000:</i>						
mehrmals	9	12	36	22	21	15,3
einmal	49	20	19	8	4	6,1

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist seit 1996 deutlich gestiegen: In der Gesamtgruppe von 6,7 Monaten 1996 auf 9,0 Monate 1998 und auf 10,2 Monate 2000.

Bei den jungen Frauen ist der Anteil derer, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos waren, deutlich größer als bei den jungen Männern: 2000 62 % gegenüber 40 %. Entsprechend groß ist der Unterschied in den Mittelwerten: 11,8 gegenüber 8,5 Monate.

Abbildung 10.12: Durchschnittliche Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit im Trend 1996 – 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Von den Panelmitgliedern, die mehrmals arbeitslos waren, geben 2000 immerhin 79 % eine bisherige Gesamtdauer von länger als einem halben Jahr an, ihr Durchschnittswert beträgt 15,3 Monate.

Länger als insgesamt ein Jahr arbeitslos waren 2000 bereits 25 % aller Teilnehmer, darunter 30 % der weiblichen gegenüber 20 % der männlichen.

In einigen Wellen wurde über die eigene Arbeitslosigkeit der Panelmitglieder hinaus auch die Arbeitslosigkeit der Eltern und des Lebenspartners bzw. der Lebenspartnerin erfasst. Die folgende Tabelle informiert über diese bemerkenswerten Ergebnisse:

Tabelle 10.7: Arbeitslosigkeit der Eltern der Panelmitglieder im Trend 1992 - 2000
„Sind Ihre Eltern arbeitslos?“

	1 nein	2 nur Vater	3 nur Mutter	4 beide	2-4 Eltern ges.
1992	64	12	22	2	36
1993	65	9	21	5	35
1996	67	-	-	-	33
1998	63	-	-	-	37
2000	63	-	-	-	37

1992 und 1993 wurde die Arbeitslosigkeit der Eltern getrennt erfasst, ab 1996 wurde nur danach gefragt, ob die Eltern (beide oder ein Elternteil) arbeitslos sind.

Ablesbar ist, dass auch ein beachtlicher Teil der Eltern unserer TeilnehmerInnen von Arbeitslosigkeit betroffen ist: Seit 1992 gibt rund ein Drittel an, dass zumindest ein Elternteil arbeitslos ist. Aus den Angaben von 1992 und 1993 geht hervor, dass überwiegend die Mutter davon betroffen ist; Arbeitslosigkeit beider Elternteile kommt selten vor. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Väter und Mütter als (im Jahr 2000) etwa 50-Jährige zu jener Generation gehören, die im Osten massiv aus der Erwerbstätigkeit herausgedrängt wurde oder noch wird.

Hinzu kommt, dass seit 1995 mindestens 10 % der TeilnehmerInnen, die einen Lebenspartner/eine Lebenspartnerin haben (das betrifft zwischen 72 % 1995 und 80 % 2000) angeben, dass dieser Partner/diese Partnerin ebenfalls arbeitslos ist. Aus der individuellen Kopplung (nicht Addition) dieser Angaben geht hervor, dass bis 2000 immerhin 72 % dieser jungen Ostdeutschen direkt oder indirekt mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden (bis 1996 66 %, bis 1998 70 %) - mit nachweislich erheblichen Konsequenzen für ihre politischen Einstellungen und ihre Befindlichkeit. Arbeitslosigkeit der Eltern und/oder des Partners und die damit verbundenen Sorgen machen vielen Teilnehmern zusätzlich zu schaffen, vermindern ihre eigene Zukunftszuversicht, dämpfen ihre Zufriedenheit mit der Gesellschaft. In den verbalen Notizen spiegelt sich das z.B. so wider:

„Ältere Menschen haben es sehr schwer, sich beruflich zu beweisen. Die heute ca. 50Jährigen sind leider die Verlierer der Wende.“ (w)

„Der Lebenspartner meiner Mutter ist seit einem Jahr krank geschrieben. Er musste sich gesund schreiben lassen, weil die AOK nicht mehr zahlen wollte... Arbeit bekommt er mit 55 Jahren so gut wie keine mehr... Was soll man da machen? Mit 55 ist man doch noch nicht zu alt oder doch? Es ist schlimm, dass man in so einem Alter keine Chance mehr bekommt... Das finde ich wirklich zum Kotzen!“ (w)

„Zeitweise waren beide Eltern arbeitslos, das war sehr schwer für sie, aber auch für mich... Warum gehören denn 50Jährige in diesem System zum 'alten Eisen' ?“

Exemplarisch belegen wir diesen Zusammenhang anhand der Kopplung von eigener Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit der Eltern (bei Einbeziehung des Partners sind die entstehenden Untergruppen für die Berechnungen zu klein) in ihren Zusammenhängen mit dem Zukunftsoptimismus und der Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung:

Tabelle 10.8: Arbeitslosigkeit und Zukunftsoptimismus bzw. Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung 2000 in ihren Zusammenhängen mit eigener Arbeitslosigkeit bzw. der Eltern

Typ: selbst Eltern		Zukunftsoptimismus			X	n
		optimistisch	eher optimistisch	eher pessimistisch/ pessimistisch		
A	ja ja	21	67	12	1,9	93
B	ja nein	37	53	10	1,7	134
C	nein ja	38	60	2	1,6	50
D	nein nein	50	47	3	1,5	113
		Zustimmung zur deutschen Einheit			X	
		sehr dafür	eher dafür als dagegen	eher dagegen/ dagegen		
A	ja ja	30	48	22	1,9	93
B	ja nein	44	45	11	1,7	134
C	nein ja	38	54	8	1,7	50
D	nein nein	49	45	6	1,6	112

Ablesbar ist, dass einschränkungsloser Zukunftsoptimismus signifikant seltener ausgeprägt ist, wenn zur eigenen Arbeitslosigkeit noch Arbeitslosigkeit der Eltern hinzukommt (A im Vergleich mit B). Der eigene Optimismus ist aber auch dann zumindest tendenziell schwächer, wenn die Mitglieder zwar nicht selbst arbeitslos sind, aber ihre Eltern bzw. ein Elternteil (C zu D). Ähnlich wirken sich die genannten Kombinationen auf die Grundeinstellung zur deutschen Einheit aus.

Zur verbreiteten Erfahrung Arbeitslosigkeit kommt hinzu, dass seit 1993 das für die gesamte Befindlichkeit bedeutsame Gefühl, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen, zurückgegangen ist, insbesondere in seiner einschränkungslosen Ausprägung:

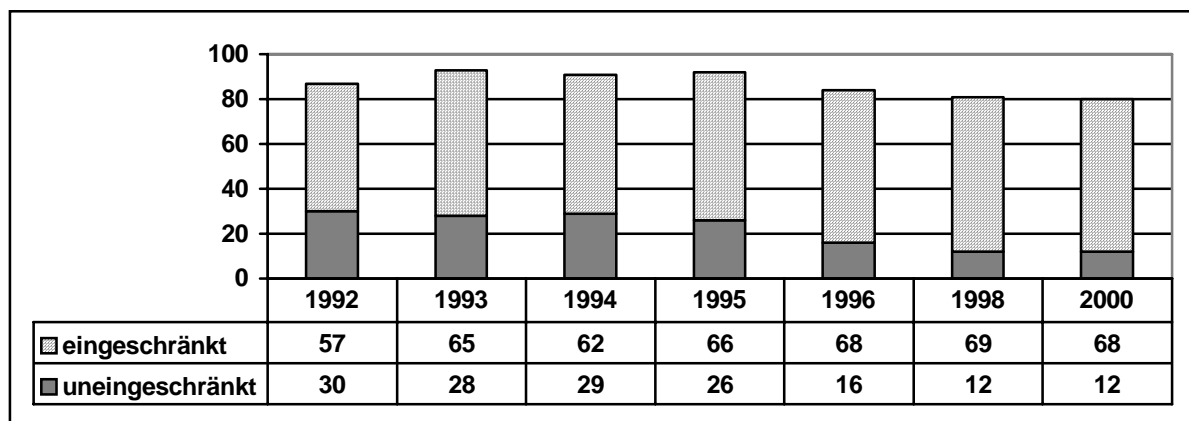
Tabelle 10.9: Ausprägung der Sicherheit, einen sicheren Arbeits-/Ausbildungsplatz zu besitzen, im Trend 1992 bis 2000

„Wie sicher ist Ihr Arbeits-/Ausbildungsplatz?“

	1	2	(1+2)	3	4	X
1 völlig sicher						
2 ziemlich sicher						
3 ziemlich unsicher						
4 völlig unsicher						
1992	30	57	(87)	7	6	1,9
1993	28	65	(93)	6	1	1,8
1994	29	62	(91)	8	1	1,8
1995	26	66	(92)	6	2	1,8
1996	16	68	(84)	7	9	2,1
1998	12	69	(81)	14	5	2,1
2000	12	68	(80)	12	8	2,1

Zwar meint die überwiegende Mehrheit über den gesamten Zeitraum hinweg, einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu haben, eindeutig überwiegt jedoch die eingeschränkte Sicht auf die Situation. Eine uneingeschränkte Sicht wird weitaus seltener geäußert und geht außerdem fast kontinuierlich zurück, insbesondere ab 1996. Auch 2000, nach dem 1998 erfolgten Regierungswechsel, ist noch keine Trendwende erkennbar. Die Abbildung veranschaulicht diesen Abwärtstrend für die Gesamtgruppe:

Abbildung 10.13: Ausprägung der uneingeschränkten und eingeschränkten Sicht auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes im Trend 1992 - 2000



Der Trend bei den jungen Frauen verläuft ähnlich der bei den jungen Männern, allerdings ist bei ihnen der starke Abwärtstrend des uneingeschränkten Sicherheitsgefühls noch deutlicher als bei den jungen Männern. Wir führen diesen Trend gesondert an, weil er erhebliche Erklärungskraft für die überwiegend kritische Sicht vieler jungen Frauen auf die jetzige Gesellschaft besitzt:

Abbildung 10.14: Ausprägung der uneingeschränkten und eingeschränkten Sicht der weiblichen Panelmitglieder auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes im Trend 1992 – 2000

auszumachen. Die Geschlechtergruppen unterschieden sich faktisch nicht, bei den jungen Frauen deutet sich allerdings im Jahr 2000 gegenüber 1998 ein deutlicher Abwärtstrend an. Der potenziell durchaus bestehende positive Einfluss demokratischer Mitgestaltung auf die Systemzufriedenheit geht aus dem in der folgenden Tabelle erkennbaren Zusammenhang hervor:

Tabelle 10.11: Zusammenhang zwischen der Erfahrung „Demokratische Mitgestaltung“ und der Zufriedenheit mit dem politischen System 2000
Zufriedenheit mit dem politischen System

	sehr zufrieden/ zufrieden	weniger zufrieden	unzufrieden
<i>Zufriedenheit mit eigenen Möglichkeiten der Einflussnahme auf Politik</i>			
zufrieden/eher zufrieden	48	43	9
eher unzufrieden	19	62	19
unzufrieden	13	47	40

(sign.)

TeilnehmerInnen, die mit ihren Möglichkeiten, die Politik beeinflussen zu können, mehr oder weniger zufrieden sind (im Jahr 2000 34 %), äußern sich zugleich weitaus zufriedener über das politische System als jene, die diese Möglichkeiten kritisch sehen, Demokratie offensichtlich nicht persönlich erfahren. Die „Botschaft“ an die Politik ist evident und keineswegs neu: „Mehr Demokratie wagen!“ (Willy Brandt 1969).

Dieser Zusammenhang findet seine Bestätigung in einer bedingten Längsschnittkorrelation:

Tabelle 10.12: Längsschnittanalyse der Veränderung der Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik, differenziert nach der Veränderung der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Jahr	Zufriedenheit mit dem politischen System					POP	KOP	NEP	Pt
	1 sehr zufrieden	2 zufrieden	3 weniger zufrieden	4 unzufrieden	X				
	1	2	3	4	X				
<i>bei Positivierung der Zufriedenheit mit den Gestaltungsmöglichkeiten (n = 59)</i>									
1993	5	10	59	26	3,05				
1998	3	27	51	19	2,85	36	45	19	.050
<i>bei Negativierung der Zufriedenheit mit den Gestaltungsmöglichkeiten (n =60)</i>									
1993	0	25	44	31	3,05				
1998	0	14	57	29	3,15	14	64	22	.227

Bei einer Positivierung der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung zwischen 1993 und 1998 ist es zeitgleich zu einer (gerade) signifikanten Erhöhung der Zufriedenheit mit dem politischen System gekommen: von 15 % auf 30 %. Das belegt nochmals die erheblichen Potenzen einer für sie erlebbaren Einbeziehung der Bürger in die politische Einflussnahme für die Identifikation mit dem politischen System. Bei einer Negativierung der Zufriedenheit ist zumindest tendenziell der umgekehrte Effekt zu erkennen (die rückläufige Tendenz ist nicht signifikant).

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die folgenden Trends:

Tabelle 10.13: Demokratieerfahrungen der Panelmitglieder
„Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrungen gemacht?“
1 ja 2 nein 3 Das ist schwer zu sagen.

Jahr	1	2	3
<i>dass Sie in der Öffentlichkeit offen Ihre Meinung sagen können</i>			
1996	61	28	11
1998	63	25	12
2000	65	23	12
2000:			
Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes:			
völlig sicher	74	18	8
ziemlich sicher	67	21	12
ziemlich/völlig unsicher	52	31	17
<i>dass Sie Ihren Vorgesetzten offen Ihre Meinung sagen können</i>			
1996	36	51	13
1998	39	50	11
2000	42	47	11
2000:			
Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes:			
völlig sicher	63	25	12
ziemlich sicher	44	45	11
ziemlich/völlig unsicher	22	66	12
<i>dass die Politiker an Ihrer Meinung interessiert sind</i>			
1996	3	85	12
1998	4	85	11
2000	4	82	14
<i>dass Sie Ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten können</i>			
2000	61	22	17

Diese Angaben sprechen für sich: Nur zwischen 61 % und 65 % haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, in der Öffentlichkeit offen ihre Meinung sagen zu können. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Panelmitglieder links- oder rechtsorientiert sind bzw. sich in der Mitte einordnen, wohl aber, wie sicher ihr Arbeits-/Ausbildungsplatz ist. Bei Teilnehmern, die vermuten, einen völlig sicheren Arbeitsplatz zu haben, beträgt diese Quote immerhin 74 %, bei jenen dagegen, deren Arbeitsplatz völlig unsicher ist, nur 52 %. Je unsicherer der Arbeitsplatz ist, um so mehr hält man sich offenbar mit öffentlichen Meinungsäußerungen zurück.

Mit durchschnittlich 40 % bestätigen noch weniger die Erfahrung, ihrem Vorgesetzten gegenüber mit ihrer Meinung nicht hinterm Berg halten zu müssen. Auch hier spricht die erwähnte Differenzierung für sich: Bei Teilnehmern, die annehmen, einen völlig sicheren Arbeitsplatz zu haben, steigt diese Quote immerhin auf 63 %, bei jenen dagegen, deren Arbeits-/Ausbildungsplatz völlig unsicher ist, geht sie sogar auf nur 22 % herunter!

Diese und weitere bedenkenswerte Zusammenhänge belegen, dass Demokratie sehr viel mit Arbeitsplatzsicherheit bzw. Angst vor Arbeitslosigkeit zu tun hat.

Nur zwischen 3 % und 4 % haben über Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind. Diese Zahlen müssen nicht kommentiert werden.

„Wann fängt man an, auf die Menschen zu hören, die diesen Staat verkörpern (das Volk) ?“ (m)

„Was die einfachen Leute denken, interessiert die Politiker sowieso nicht. Das hatten wir schon einmal“ (w)

„Wie kann man in Deutschland von Demokratie sprechen, wenn der kleine Bürger eigentlich nie gefragt wird?“ (m)

Erhebliche Defizite im Erleben sozialer Gerechtigkeit

Betrachten wir zunächst die Tabelle 10.14, aus der wir den beträchtlichen Einfluss erfahrener bzw. nicht erfahrener sozialer Gerechtigkeit auf die Systemzufriedenheit ablesen können:

Tabelle 10.14: Zusammenhang zwischen der Erfahrung „Gerechter Anteil am Wohlstand“ bzw. „Leistungsgerechtigkeit“ und der Zufriedenheit mit dem politischen System 2000

	Zufriedenheit mit dem politischen System		
	sehr zufrieden/ zufrieden	weniger zufrieden	unzufrieden
Gesamt 2000	28	52	20
<i>Erfahrung: einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten?</i>			
ja	42	45	13
nein (sign.)	16	55	29
<i>Zufriedenheit mit Leistungsgerechtigkeit</i>			
zufrieden	44	46	10
eher zufrieden	31	49	20
eher unzufrieden	14	61	25
unzufrieden (sign.)	9	59	32

Die Zusammenhänge sind eindeutig: Panelmitglieder, welche die Erfahrung gemacht haben, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, sind erheblich systemzufriedener als jene, die das nicht erleben. Und: Je zufriedener mit der Leistungsgerechtigkeit, desto stärker die Systemzufriedenheit.

Unter diesem Blickwinkel gewinnt die Tatsache an Bedeutung, dass das in den letzten Jahren viel diskutierte Gerechtigkeitsdefizit ist auch bei den TeilnehmerInnen unserer Studie nicht zu übersehen ist:

Tabelle 10.15: Erleben sozialer Gerechtigkeit im Trend 1996 bis 2000
„Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrung gemacht:
dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten.“

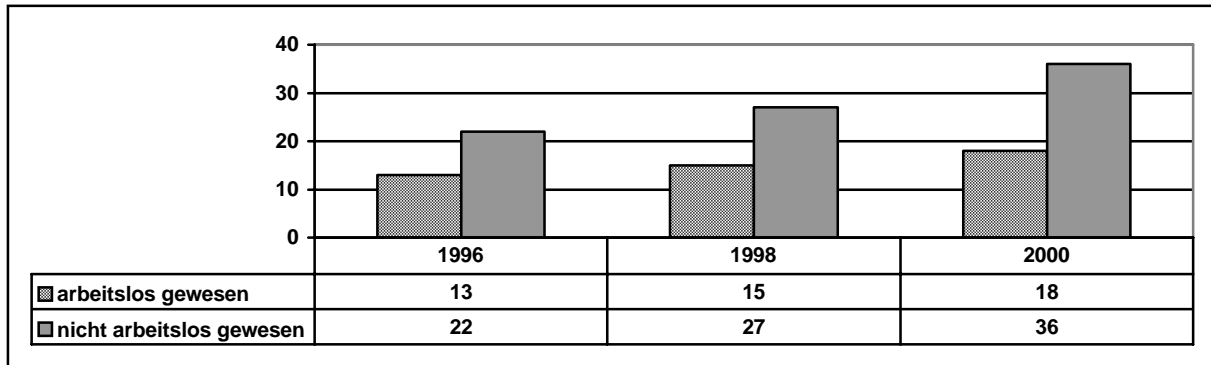
	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen
	1	2	0
1996	17	53	30
1998	20	48	32
2000	26	42	32

Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System, aber auch mit der Wirtschaftsordnung hat ihre Wurzeln in bedeutendem Maße darin, dass sich sehr viele Panelmitglieder hinsichtlich ihres Anteils am gesellschaftlichen Wohlstand ungerecht behandelt fühlen, und zwar trotz hoch entwickelter materieller Zufriedenheit - eines der brisantesten Ergebnisse dieser Studie.

Ob sich der leicht zunehmende Trend der Zustimmungen fortsetzt, ist eher unwahrscheinlich. Eine genauere Prüfung ergibt nämlich, dass diese wachsende Zustimmung überwiegend von den Panelmitgliedern kommt, die in den letzten Jahren von Arbeitslosigkeit verschont geblieben

sind. Bei ihnen ist die Quote derer, die meinen, ihren gerechten Anteil zu erhalten, signifikant von 22 % auf 36 % gestiegen, während sie bei jenen, die arbeitslos waren, nur tendenziell von 13 % auf 18 % angewachsen ist:

Abbildung 10.16: Anteile derer, die meinen, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, bei Panelmitgliedern, die arbeitslos waren bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend 1996 - 2000



Die Chancen, es in der heutigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen, werden etwas günstiger beurteilt:

Tabelle 10.16: Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen „Wie zufrieden sind Sie, es in der jetzigen Gesellschaft *durch Leistung* zu etwas zu bringen?“

	1 zufrieden		2 eher zufrieden als unzufrieden		X	
	3 eher unzufrieden als zufrieden	4 unzufrieden				
	1	2	(1+2)	3	4	
1995	19	56	(75)	21	4	2,1
1996	16	55	(71)	23	6	2,2
1998	17	52	(69)	26	5	2,2
2000	23	44	(67)	27	6	2,2
2000:						
lebt im Osten	21	42	(63)	30	7	2,2
lebt im Westen	31	54	(85)	12	3	1,9
männlich	27	47	(74)	20	6	2,1
weiblich	20	41	(61)	33	6	2,3

Zwei Drittel sind im Jahr 2000 mit der real erlebten Leistungsgerechtigkeit zufrieden, aber nur der kleinere Teil davon ohne Einschränkung. Außerdem deutet sich eine leicht rückläufige Tendenz an: Der Anteil mehr oder weniger zufriedener Panelmitglieder ist zwischen 1995 und 2000 von 75 % kontinuierlich auf 67 % abgesunken. Erwähnenswert ist, dass die im Westen lebenden Panelmitglieder deutlich häufiger mit der Leistungsgerechtigkeit zufrieden sind als ihre Altersgefährten im Ost. Wesentlichen Einfluss darauf hat vor allem die unterschiedliche Quote derer, die schon arbeitslos waren: 49 % gegenüber 61 %. Wichtig ist auch: Weibliche Panelmitglieder sind 2000 wie schon in den vorangegangenen Untersuchungsjahren deutlich weniger zufrieden als die männlichen.

Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden

Wir stellen wieder den Zusammenhang zwischen dieser Erfahrung und der Systemzufriedenheit voran:

Tabelle 10.17: Zusammenhang zwischen der Erfahrung „Deutscher zweiter Klasse“ und der Zufriedenheit mit dem politischen System 2000

	Zufriedenheit mit dem politischen System		
	sehr zufrieden/ zufrieden	weniger zufrieden	unzufrieden
Gesamt 2000	28	52	20

Erfahrung: Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Deutsche 2. Klasse

stimmt vollkommen/mit

Einschränkung	18	60	22
stimmt teils-teils	35	48	17
stimmt kaum/nicht (sign.)	38	43	19

Die Bindung an das neue Gesellschaftssystem wird bei einem großen Teil der Panelmitglieder durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden:

Tabelle 10.18: Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden, im Trend 1995 bis 2000
„Viele Westdeutsche behandeln uns Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5	X
1995	21	31	26	15	7	2,5
1996	24	28	27	14	7	2,5
1998	26	27	26	16	5	2,5
2000	24	24	28	17	7	2,6
2000						
lebt im Osten	26	25	29	15	5	2,5
lebt im Westen	14	18	29	24	15	3,1

Fast die Hälfte der Panelmitglieder (48 %) stimmt 2000 zu, solche Erfahrungen gemacht zu haben, 28 % äußern sich ambivalent, nur 24 % widersprechen. TeilnehmerInnen, die in den alten Bundesländern leben, stimmen zwar signifikant weniger zu, jedoch haben auch von ihnen im Jahr 2000 32 % (1998 noch 40 %) solche der Systemzufriedenheit sehr abträglichen Erfahrungen gemacht. Der Trend ist insgesamt gesehen tendenziell rückläufig.

In den verbalen Aussagen der TeilnehmerInnen werden in diesem Zusammenhang sehr häufig die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West kritisiert, die trotz gleicher Leistungen nach wie vor bestehen:

„Warum ist es so schwierig, die Ostlöhne den Westlöhnen anzugleichen ? Und das nach über 10 Jahren Einheit!“ (m)

„Wie lange soll der Unterschied im Portmonee zwischen Ost und West noch dauern? Halten wir dadurch nicht die `Mauer` in den Köpfen aufrecht? Ist das Recht, dem Ossi für 100 % Leistung nur etwa 85 % zu zahlen ?“ (w)

„Wie lange soll/wird es noch dauern, bis wir hier in den neuen Ländern nicht mehr als Menschen `2. Klasse` behandelt werden, sei es bei der Lohnangleichung als auch z.B. beim Warenangebot größerer Kaufhäuser ?“ (w)

„Anstatt ständig ihre Diäten zu erhöhen, sollten die Politiker den Lohn dem Westniveau angleichen.“ (w)

„Wie kann es sein, dass bei 100 % der Lebenskosten im Vergleich zu den Alt-Bundesländern nach 11 Jahren Einheit immer noch ein tiefer Abgrund zwischen dem Lohnniveau Ost und West klafft?“ (m)

Aus vielen Statements geht übrigens hervor, dass die Panelmitglieder sehr detailliert darüber informiert sind, was in ihren Berufen in den alten Bundesländern verdient wird. Daran orientieren sie sich, was häufig mit negativen Emotionen verbunden ist.

Abnehmende Zukunftszuversicht für Ostdeutschland

Ein bemerkenswert starker Einflussfaktor ist die Ausprägung der Zukunftszuversicht. Das gilt für alle untersuchten Aspekte, d.h. die persönliche und die gesellschaftliche Zukunftszuversicht, vor allem für die Zuversicht, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben. Besonders von Letzterer hängt sehr viel für die Entwicklungsrichtung der Identifikation mit dem Gesellschaftssystem ab. Insofern wirkt sich der im Kapitel 7. erwähnte Absturz der Zuversicht, im Osten eine Zukunft zu haben, nicht nur auf die Migrationsabsichten und auf die Befindlichkeit aus, sondern hat auch einen bedeutenden politischen Preis. Je geringer diese Zuversicht entwickelt ist, desto schwächer ist auch die Zufriedenheit mit dem politischen System:

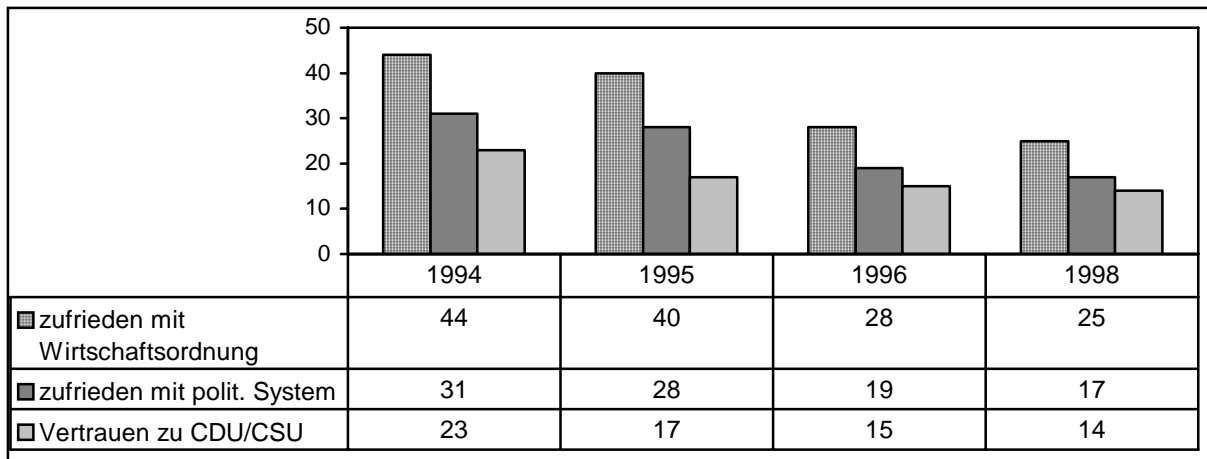
Tabelle 10.19: Zusammenhang zwischen der Ausprägung der Zuversicht, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, und der Zufriedenheit mit dem politischen System 1998

	Zufriedenheit mit dem politischen System		
	sehr zufrieden/ zufrieden	weniger zufrieden	unzufrieden
<i>Zuversicht, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben</i>			
1+2 sehr zuversichtlich/zufrieden	37	49	14
3	20	52	28
4+5 kaum/nicht zuversichtlich	15	56	29

(sign.)

Im Längsschnitt ist exakt nachweisbar, dass der massive regressive Trend dieser Zuversicht bei den betreffenden TeilnehmerInnen tatsächlich mit einem deutlichen Abbau wesentlicher politischer Einstellungen einherging. Wir belegen das anhand der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung, dem politischen System und dem Vertrauen zu CDU/CSU, alle drei Merkmale, die zwischen 1994 und 1998 (d.h. vor dem Regierungswechsel) signifikant zurückgingen:

Abbildung 10.17: Rückgang politischer Einstellungen zwischen 1994 und 1998 bei Panelmitgliedern, deren Zuversicht, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, nach der Wende abgenommen hatte



Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung bzw. mit dem politischen System: zusammengefasste Ap 1+2 (sehr zufrieden/zufrieden); Vertrauen zu CDU/CSU: zusammengefasste Ap 1+2 (sehr großes/großes Vertrauen)

Ablesbar ist u.a., dass bei den Panelmitgliedern, deren Zuversicht, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben, nach der Wende abgenommen hatte, etwa zeitgleich die Zufriedenheit mit dem politischen System kontinuierlich von 31 % 1994 auf 17 % 1998 zurückgegangen ist! Ähnlich regressiv verlief die Entwicklung der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung bzw. des Vertrauens zu den Regierungsparteien CDU/CSU.

Sehr ähnliche Effekte finden wir, wenn von der Veränderungsrichtung der beruflichen Zukunftszuversicht ausgegangen wird. Individuelle Zukunftszuversicht ist nicht nur eine Resultante gesellschaftlicher Prozesse wie z.B. der nach wie vor kritischen Situation in den neuen Bundesländern, sondern sie ist zugleich ein gewichtiger Bestandteil jenes Faktorenbündels, das die Haltung des einzelnen gegenüber der Gesellschaft beeinflusst. Den Autoren der Shellstudie ist zuzustimmen, wenn sie schreiben: "Offenbar speist sich die Nähe zum politischen Geschehen aus Quellen, die viel mit der Lebensplanung der Jugendlichen zu tun haben. Wer davon überzeugt ist, dass er seine Biografie zufriedenstellend meistern kann, der fühlt sich auch dem politischen System relativ nahe, Wer davon noch nicht überzeugt ist ..., für den stellt auch die Politik keinen Ort des Vertrauens dar." (2000: 281) Wir teilen auch völlig die Folgerung der Autoren: „Bei dem engen Zusammenhang des Verständnisses von Politik und Gesellschaft mit den eigenen biografischen Erfahrungen ist es sicher nicht damit getan, lediglich den Versuch zu unternehmen, Politik besser zu verkaufen oder demokratische Regeln einzuüben. Etwas ernster sollte man die Probleme Jugendlicher schon nehmen.“ (2000: 28).

Im Kapitel 7. hatten wir bereits erwähnt, dass die Panelmitglieder die Zukunftsaussichten ihrer Eltern deutlich weniger günstig beurteilen als ihre eigenen. Das hat nicht nur Rückwirkungen auf die Beurteilung der eigenen Zukunft (beide Aspekte hängen eng zusammen: $r = .41$; $P = .000$), sondern hat auch erstaunlich deutliche Konsequenzen für die eigene Zufriedenheit mit der Gesellschaft. So ist die Zufriedenheit mit dem politischen System um so schwächer, je pessimistischer die Zukunftsaussichten für die Eltern eingeschätzt werden ($r = .20$; $P = .001$). Dasselbe gilt für die Zufriedenheit mit der Sozialpolitik ($r = .25$; $P = .000$). In den Einfluss der Zukunftszuversicht auf die Identifikation mit der Gesellschaft gehen natürlich die verschiedenartigen Ängste und Verunsicherungen mit ein, die wir im vorangegangenen Kapitel dargestellt haben.

Geringer Einfluss verbesserter materieller Lebensbedingungen

Die überwiegend positiven Veränderungen der materiellen Lebensbedingungen unserer Panelmitglieder im Untersuchungszeitraum haben wir ausführlich dargestellt. Hier interessiert uns, welche Zusammenhänge zwischen der Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen, dem Lebensstandard und dem Einkommen einerseits und der Identifikation mit dem jetzigen Gesellschaftssystem bestehen. Als besonders aussagekräftiges Kriterium für die materiellen Lebensbedingungen greifen wir dazu die Zufriedenheit mit dem Einkommen heraus, die - wie ausgewiesen - seit 1993 signifikant zugenommen hat.

Tabelle 10.20: Veränderungen politischer Einstellungen zwischen 1993 und 1998 bei Panelmitgliedern in Abhängigkeit von den Veränderungen der Zufriedenheit mit dem Einkommen in diesem Zeitraum

Jahr	a) Zufriedenheit mit dem politischen System					POP	KOP	NEP	Pt
	1 sehr zufrieden	2 zufrieden	3 weniger zufrieden	4 unzufrieden	X				
	1	2	3	4	X				
<i>bei Positivierung der Zufriedenheit mit dem Einkommen (n=85)</i>									
1993	3	17	58	22	2,99				
1998	2	22	51	25	2,98	24	54	22	.896 ns
<i>bei Negativierung der Zufriedenheit mit dem Einkommen (n=45)</i>									
1993	0	27	49	24	2,98				
1998	2	13	49	36	3,18	11	58	31	.037 s
<i>b) Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung</i>									
	1 sehr zufrieden	2 zufrieden	3 weniger zufrieden	4 unzufrieden	X				
	1	2	3	4	X	POP	KOP	NEP	Pt
<i>bei Positivierung der Zufriedenheit mit dem Einkommen</i>									
1993	1	34	51	14	2,78				
1998	6	21	49	24	2,92	20	46	34	.116 ns
<i>bei Negativierung der Zufriedenheit mit dem Einkommen</i>									
1993	4	22	58	16	2,84				
1998	4	20	44	32	3,02	16	51	33	.088 ns
<i>c) Identität als Bundesbürger</i>									
	1 ja, vollkommen	2 ja, etwas schon	3 nein, eigentlich nicht	4 nein, absolut nicht	X				
	1	2	3	4	X	POP	KOP	NEP	Pt
<i>bei Positivierung der Zufriedenheit mit dem Einkommen</i>									
1993	29	42	21	8	2,08				
1998	30	56	12	2	1,86	29	55	16	.030 s
<i>bei Negativierung der Zufriedenheit mit dem Einkommen</i>									
1993	43	42	11	4	1,78				
1998	42	49	9	0	1,67	24	60	16	.342 ns

Eine Zunahme der Einkommenszufriedenheit zwischen 1993 und 1998 führte - wie erkennbar - in diesem Zeitraum nicht zu einer Zunahme der Zufriedenheit mit dem politischen System, wohl aber hatte ein Rückgang der Einkommenszufriedenheit einen signifikanten Rückgang der Systemzufriedenheit zur Folge (a). Auch auf die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung wirkte sich eine Erhöhung der Einkommenszufriedenheit nicht positiv aus, eine Abnahme dagegen tendenziell negativ (b). Ein signifikant positiver Effekt zeigt sich nur bei der staatsbürgerlichen Identität: Eine Erhöhung der Einkommenszufriedenheit hat eine signifikante Zunahme des Zugehörigkeitsgefühls zur Bundesrepublik nach sich gezogen.

Eine Zunahme der Zufriedenheit mit dem erreichten Lebensstandard hat keine positiven Auswirkungen auf die drei genannten Kriterien, eine Abnahme dagegen signifikante negative Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung bzw. tendenziell negative auf die Systemzufriedenheit. Zwischen der gewachsenen Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen und den drei politischen Kriterien besteht überhaupt kein Zusammenhang. Fazit: das hohe und vermutlich teilweise noch ansteigende Niveau materieller Zufriedenheit geht nicht mit einer entsprechenden Zunahme der Zufriedenheit mit dem jetzigen Gesellschaftssystem einher. Wir geben Renate Köcher deshalb völlig recht, wenn sie feststellt: "Die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung bestreitet nicht, dass es ihr heute materiell besser geht als vor der Einheit. Dies nimmt sie jedoch keineswegs automatisch für dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ein." (1998: 5). Differenzierte Korrelationen lassen darauf schließen, dass ein möglicherweise bestehendes Identifikationspotenzial verbesserter materieller Lebensbedingungen gegenwärtig vor allem durch solche nach wie vor stark verbreiteten und psychisch tief gehenden Verunsicherungen paralytisch werden wie insbesondere die Ängste vor weiterer Verteuerung des Lebens, vor dem Eintreten einer persönlichen Notlage, vor eigener (erneuter) Arbeitslosigkeit.

10.2. Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation

Die Frage nach Langzeitwirkungen der in der DDR erfahrenen Sozialisation auf das heutige Denken und Verhalten der inzwischen - mehr oder weniger - in der Bundesrepublik angekommenen DDR-Bürger gehört zweifellos zu den interessantesten und zugleich brisantesten Problemstellungen der Transformationsforschung. Nicht zufällig gehen bei ihrer Beantwortung die Ansichten sehr weit auseinander, sind empirische Fakten äußerst rar, Vermutungen und reine Spekulationen dagegen weit verbreitet. So ist es vor allem im Zusammenhang mit der Suche nach den Ursachen rechtsextremen Denkens und Verhaltens junger Ostdeutscher in Mode gekommen, diese Erscheinungen a priori als „hausgemacht“, zum „Erbe“ der DDR, der in ihrer erfahrenen Sozialisation zu erklären - und damit in der Regel die „Analyse“ abzubrechen. Nur selten macht man sich die Mühe, auch die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen danach zu befragen, ob und inwieweit sie zur Aufklärung dieser äußerst komplexen Erscheinung heranzuziehen sind. Mitunter ist das aus vordergründigen ideologischen Motiven wohl auch gar nicht beabsichtigt. Wir kommen darauf zurück.

Die Anlage unserer Studie prädestiniert sie auch für eine empirisch fundierte Analyse von tatsächlichen Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation. Längsschnittstudien sind bekanntlich nicht nur geeignet, Entwicklungs-/Veränderungsprozesse abzubilden, sondern auch mit hinreichender Exaktheit festzustellen, auf welche Einflussfaktoren bestimmte Entwicklungen/Veränderungen ursächlich zurückzuführen sind. So kann z.B. genau geprüft werden, ob der Schluss von der abhängigen Variable A („Wirkung“, z.B. Ausländerfeindlichkeit) auf die unabhängige Variable B („Ursache“, z.B. frühere System- oder Kollektivbindung) zulässig ist.

Die bisherige Auswertung der Studie lässt die empirisch gesicherte Aussage zu, dass bei der untersuchten Altersgruppe tatsächlich Langzeitwirkungen der in der DDR erfahrenen Sozialisation zu beobachten sind, und zwar in einem teilweise überraschend hohen Maße. Schon die erwähnte Tatsache, dass sich der größte Teil der Panelmitglieder schon als Bundesbürger und zugleich noch als DDR-Bürger fühlt, ist ein Indiz dafür. Solche Einflüsse sind auf zwei (zusammenhängenden) Ebenen erkennen: Auf der Ebene der Alltagserfahrungen der Panelmitglieder in der DDR (z.B. ihre Erfahrungen hinsichtlich der sozialen Sicherheit, der Beziehungen zwischen den Menschen, der Kinderbetreuung usw.), sowie auf jener der damals erfahrenen politischen Sozialisation. Diese Klassifizierung ergibt sich aus den Untersuchungsgegenständen und gilt deshalb nur für die hier erwähnte Untersuchung.

10.2.1 Alltagserfahrungen in der DDR

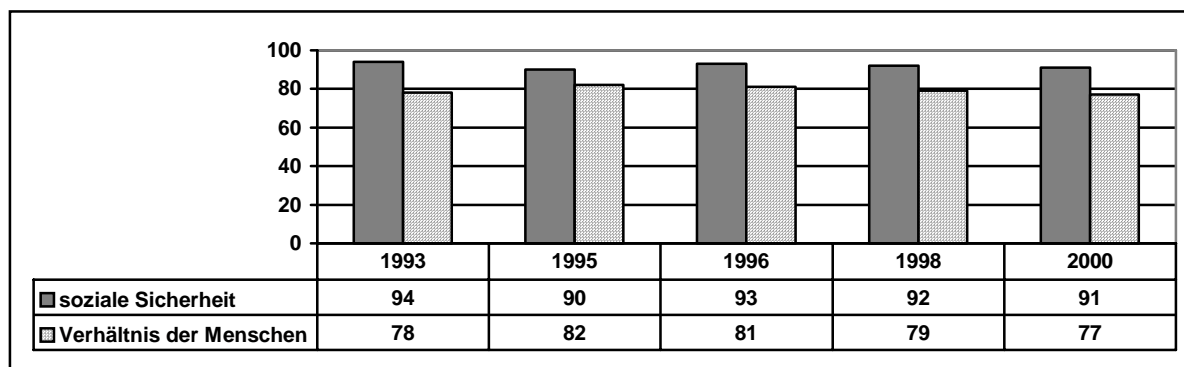
Wir wenden uns noch einmal den Gebieten des DDR-Alltags zu, die im Rahmen eines ausführlichen Systemvergleichs (siehe Tabelle 4.7) in der Erinnerung der TeilnehmerInnen besonders positiv abschneiden:

Tabelle 10.21: Systemvergleich im Jahr 2000
Auf diesem Gebiet
1 war es vor der Wende besser
2 ist es heute besser
3 gibt es kaum einen Unterschied
0 Das kann ich nicht beurteilen.

Gebiet	1	2	3	0
Soziale Sicherheit	91	2	4	3
Betreuung der Kinder	86	3	8	3
Verhältnis der Menschen untereinander	77	1	19	3
Jugendförderung	75	3	11	11
Förderung der Familie	72	5	12	11
Schutz gegen Kriminalität	65	3	21	11
soziale Gerechtigkeit	45	11	30	14
Schulbildung	36	26	19	19

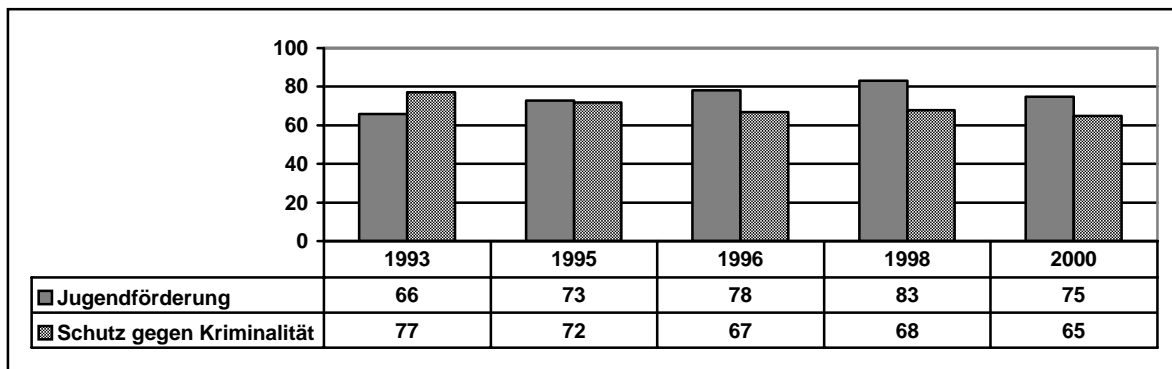
Vor allem in diesen Lebensbereichen haben die Panelmitglieder vor der Wende positive Erfahrungen gemacht, wirken positive Erinnerungen bis heute nach. Das geht auch daraus hervor, dass die Angaben zu ihnen in den vergangenen Jahren meist eine hohe Konstanz aufzuweisen haben. Die höchste Konstanz der Urteile ist in Bezug auf die soziale Sicherheit zu beobachten. Die außerordentlich hohe Quote derer, die meinen, dass die soziale Sicherheit vor der Wende größer gewesen sei als heute, hat sich nur unwesentlich verändert. Die Längsschnittanalyse zeigt, dass zwischen 1993 und 2000 rund 90 % der Panelmitglieder an diesem Urteil festgehalten haben. Sehr große Konstanz besteht auch im Hinblick auf das Urteil über das Verhältnis der Menschen untereinander, fast unverändert präferieren rund drei Viertel in dieser Hinsicht die Zeit vor der Wende:

Abbildung 10.18: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die soziale Sicherheit bzw. das Verhältnis der Menschen untereinander vor der Wende besser waren als heute, im Trend 1993 - 2000



Auch in Bezug auf die Jugendförderung und den Schutz gegen Kriminalität präferiert die überwiegende Mehrheit die Zeit vor der Wende:

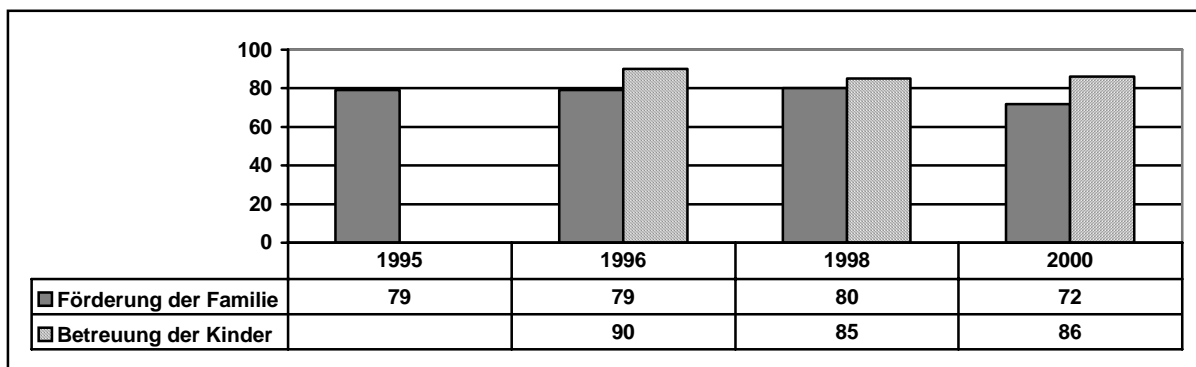
Abbildung 10.19: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Jugendförderung bzw. der Schutz gegen Kriminalität vor der Wende besser waren als heute, im Trend 1993 - 2000



Im Zeitraum zwischen 1993 und 1998 erhöhte sich sogar der Anteil derer, welche die Jugendförderung vor der Wende besser als heute beurteilen, kontinuierlich und signifikant von 66 % auf 83 % und verringerte sich im Jahr 2000 nur tendenziell auf 75 %. Nur tendenziell rückläufig ist der Trend im Hinblick auf den Schutz gegenüber Kriminalität.

Auch die Förderung der Familie und die Betreuung der Kinder (nicht zu allen Zeitpunkten erfragt) war in den Erinnerungen der TeilnehmerInnen vor der Wende weitaus besser als heute:

Abbildung 10.20: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Förderung der Familie bzw. die Betreuung der Kinder vor der Wende besser waren als heute, im Trend 1993 - 2000



Im Hinblick auf diese Gebiete sind viele kritische Notizen über die Gegenwart zu lesen, auch noch im Jahr 2000:

„Familienfeindliche Sozialpolitik, kinderfeindlicher 'Sozialstaat', weil jedem, der eine Familie bzw. Kinder haben möchte, alle nur erdenklichen Steine in den Weg gelegt werden. Es besteht kein Interesse unserer Regierung an jungen Familien bzw. an Kindern.“ (w)

„Ich spiele mit dem Gedanken, im Jahr 2002 ins Ausland zu gehen mit gesamter Familie. Ich sehe die Zukunft für meine Familie nicht hier in der Bundesrepublik.“ (w)

„Warum wird das Betreuungssystem für Kinder im Osten (Kinderkrippe, -garten, Hort) immer weiter abgebaut, statt es auszubauen? Die bisherige Handhabe in der alten Bundesrepublik (Frau bleibt zu Hause) funktioniert nicht mehr!“ (w)

„Eigentlich wollten wir uns noch ein Kind anschaffen, aber nach einer Durststrecke (Verdienst Erziehungsgeld 1/2 Jahr 600 DM, 1/2 Jahr 400 DM, 1/4 Jahr 215 DM im Monat) bin ich froh, wieder arbeiten zu gehen. Wir sind aber nicht im Westen, wo Familienväter mit 4000 DM oder mehr nach Hause gehen.“ (w)

Zur Schulbildung liegen zwar nur drei Messpunkte vor, aus denen jedoch interessanterweise klar ein signifikant positiver Trend zugunsten der Zeit vor der Wende zu erkennen ist: von 24 % 1996 über 33 % 1998 auf 36 % im Jahr 2000. Der Anteil derer, welche die heutige Schul-

bildung besser finden, ist demgegenüber von 32 % auf 26 % zurückgegangen. Entsprechend kritisch setzen sich viele Panelmitglieder mit der heutigen Schulbildung auseinander, verweisen auf das ihren Erinnerungen zufolge bessere Schulsystem der DDR:

„Die soziale Komponente der DDR bezüglich des stabilen Bildungs- und Kindertagesstätten-systems war dem der BRD weit überlegen. Warum übernimmt man nicht auch (im Sinne der gesamtdeutschen Annäherung) diese positiven Aspekte?“ (m)

„Wie schlecht muss die Bildung der jungen Leute noch ausfallen, bis endlich Klarheit dar-über herrscht, dass man das ´alte` und das ´neue` Bildungssystem hätte kombinieren müssen – nicht alles im Osten war schlecht!“ (w)

„Warum werden so viele Schulen geschlossen und die Klassenfrequenzen erhöht? Gerade die hohe Schülerzahl in den Klassen führt dazu, dass die Kinder nicht hinreichend gefördert werden können. Besonders ernst ist die Situation in der Grundschule. Wie soll ein Lehrer jedes Kind individuell fördern, wenn er 32 Kinder in der Klasse hat?“ (w)

Rückläufig ist der Trend im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit (von 61 % 1993 auf 45 % 2000). Dafür nimmt die Präferenz der heutigen Situation nur tendenziell von 5 % auf 11 % zu, vor allem aber signifikant die Quote derer, die kaum einen Unterschied zwischen früher und heute sehen: von 20 % auf 30 %.

Soweit vergleichbar, hat Gerhard Schmidtchen in seinen Untersuchungen zu dieser Thematik ähnliche Ergebnisse ermittelt. Das betrifft insbesondere die soziale Sicherheit, die Sicherheit vor Kriminalität und die zwischenmenschlichen Beziehungen, an die sich die überwiegende Mehrheit der von ihm befragten ostdeutschen Jugendlichen positiv erinnert. So haben 83 % von ihnen die menschlichen Beziehungen positiv erlebt. Und auf die mit unserem Indikator vergleichbare Frage danach, ob das menschliche Klima, die gegenseitige Hilfsbereitschaft zu DDR-Zeiten besser war als jetzt oder nicht, erklären 80 %, dass es früher besser war (1997: 76 f.). Er fügt hinzu: „Mit Nostalgie haben diese Erinnerungen wenig zu tun, es sind vielmehr realistische Einschätzungen, ernst zu nehmende Berichte.“ (ebenda).

Das geht auch aus unserer Studie hervor. Die durch ihre Anlage möglichen Längsschnittkorrelationen mit der früheren Systembindung der Panelmitglieder belegen, dass es sich bei keinem untersuchten Gebiet um ideologisch bedingte und damit möglicherweise verzerrte Urteile über die damalige Situation handelt. Wir belegen diese wichtige Feststellung exemplarisch mit der folgenden Tabelle zum Zusammenhang zwischen früherer Systembindung einerseits und dem Systemvergleich in Bezug auf die Jugendförderung:

Tabelle 10.22: Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und dem Systemvergleich im Hinblick auf die Jugendförderung (2000)

	Auf dem Gebiet der Jugendförderung			
	1	2	3	0
	1 war es vor der Wende besser	2 ist es heute besser	3 gibt es kaum einen Unterschied	0 Das kann ich nicht beurteilen.
<hr/>				
<i>a) Systembindung 1989</i>				
stark	76	2	9	13
mittel	76	4	12	8
schwach	76	3	12	9
(P = .813 ns)				

b) Bisherige Erfahrungen mit dem jetzigen

Gesellschaftssystem

nur/überwiegend positive	65	6	17	12
positive und negative	79	1	9	11
nur/überwiegend negative	95	5	0	0

(P = .001 sign.)

Die unter a) angegebenen Verteilungen verweisen auf eine „Nullkorrelation“; zwischen früherer Systembindung und heutiger Beurteilung der damaligen Jugendförderung ist kein Zusammenhang nachweisbar. Aus weiteren Ergebnissen geht hervor, dass dagegen signifikante Zusammenhänge mit den heutigen, aktuellen Erfahrungen bestehen. So beurteilen Panelmitglieder, die bisher ambivalente bzw. überwiegend negative Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht haben, die damalige Jugendförderung deutlich positiver als jene, die auf überwiegend positive Erfahrungen verweisen können (b). Auch im Ergebnis einer komplexen Analyse, einer Indexbildung über alle genannten Gebiete ist kein Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und dem Systemvergleich erkennbar, wohl aber mit den Erfahrungen seit der Vereinigung.

10.2.2 Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation in der DDR

Aufwertung und Nachwirkungen politischer Kenntnisse

Erstaunlich viele Panelmitglieder schreiben der jetzigen Gesellschaft Merkmale zu, die ihnen im früheren Staatsbürgerkundeunterricht gelehrt wurden:

Tabelle 10.23: Heutige Auffassung zu zentralen Lerninhalten des Staatsbürgerkundeunterrichts vor der Wende

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen.
	1	2	0
„Stimmt die damalige Behauptung, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken sind?“			
2000	76	8	16
„Gibt es in der heutigen Bundesrepublik noch Klassenkampf?“			
1996	52	17	31
1998	47	21	32
2000	50	24	26
„Im Stabü-Unterricht wurde die BRD als Gesellschaft charakterisiert, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Trifft das nach ihren heutigen Erfahrungen zu?“			
1996	48	21	31
1998	50	23	27
2000	49	28	23

Mit diesen Themen hatten sich die Panelmitglieder im Fach Staatsbürgerkunde vor allem in der 9. Klasse (1988) sehr ausführlich beschäftigt. Im Unterricht und auf vielen Seiten des Lehrbuches dieses Faches wurde ihnen z.B. unter Bezugnahme auf historische Aussagen von

Karl Marx und Friedrich Engels und auf aktuelle Informationen über die BRD ausführlich erklärt, worin das Wesen der Ausbeutung bestehen würde.

Nach 10 Jahren persönlicher Erfahrung der Panelmitglieder mit dem Gesellschaftssystem der Bundesrepublik wird den damaligen Lehrsätzen noch immer von sehr vielen zugestimmt. Immerhin rund drei Viertel der Panelmitglieder (76 %) halten die Behauptung für richtig, dass die eigentlichen Mächtigen die großen Konzerne und Banken wären. Nur 8 % weisen sie zurück, mit 16 % ist der Anteil derer vergleichsweise niedrig, die sich darüber nicht im klaren sind. Jeweils rund die Hälfte meint, dass die ihnen früher vermittelten Thesen der Existenz von Ausbeutung bzw. Klassenkampf heute tatsächlich zutreffen würden.

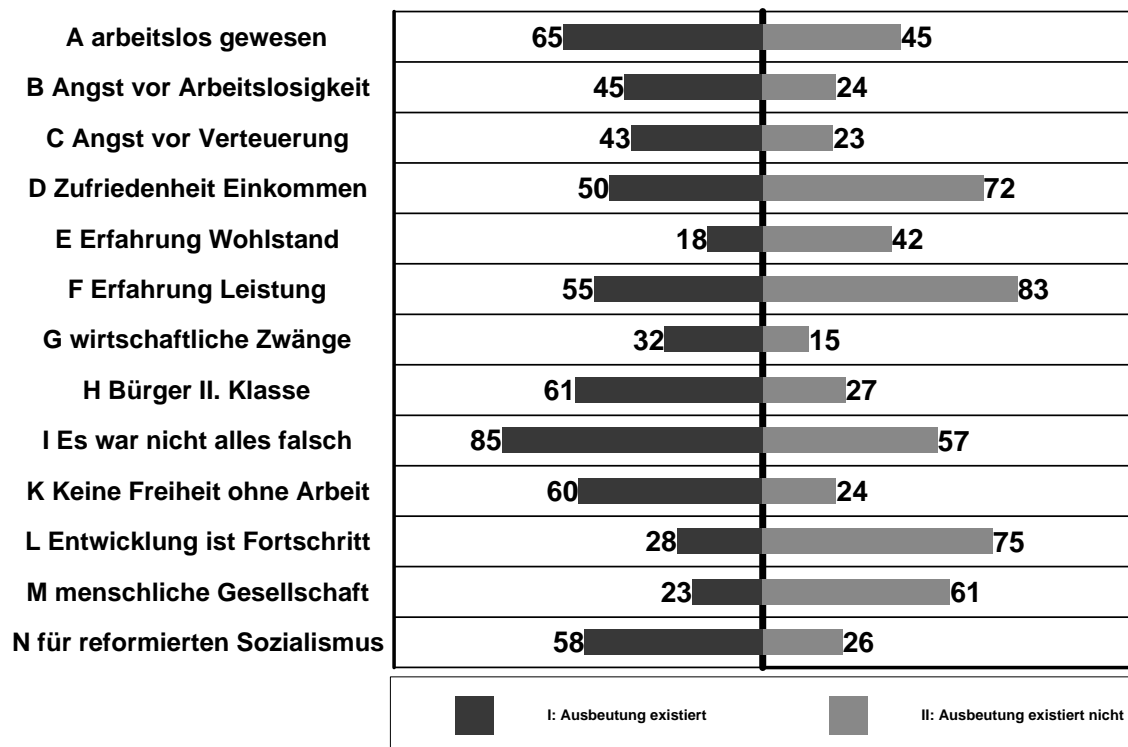
Diese Daten verweisen auf erhebliche Nachwirkungen politischer Erziehung und Bildung in der Schulzeit, zweifellos im Zusammenspiel mit aktuellen Erfahrungen und Beobachtungen. Das Merkmal „Ausbeutung“ spielt dabei eine besondere Rolle, stimmt ihm doch rund die Hälfte der Panelmitglieder aus der Sicht ihrer persönlichen aktuellen Erfahrungen mit hoher Konstanz zu. Zugespitzt formuliert fühlt sich rund die Hälfte der Panelmitglieder „ausgebeutet“, was immer sie subjektiv darunter verstehen. Einige beschreiben diese Situation etwas ausführlicher, z.B. so:

„Wir haben in Staatsbürgerkunde gelernt, dass der Kapitalist für seinen Profit arbeitet, besser arbeiten lässt. Wenn ich mir meine Arbeit so anschau, muss ich dem zustimmen. Unser Büro erledigt mittlerweile die Aufgaben von 3 geschlossenen Büros mit, ohne eventuelle zusätzliche Arbeitskräfte. Die geforderten Umsätze steigen jedes Jahr... Ohne Überstunden geht nichts mehr und man soll immer noch mehr leisten, ohne Gegenleistung. Im Gegenteil, durch neue Tarifmodelle ... erfolgt klammheimlich eine Einschränkung sozialer Leistungen... Heute ist man durch Abhängigkeit vom Geld erpressbar.“ (w)

Wir haben es hier mit einem der wichtigsten und wohl auch brisantesten Ergebnisse unserer Studie zu tun. Wir wollen uns etwas näher mit ihm beschäftigen, indem wir es in bestehende Zusammenhänge einordnen. So hemmt die erwähnte Aufwertung in erheblichem Maße die Identifikation mit dem jetzigen Gesellschaftssystem: Während von den Panelmitgliedern, welche die heutige Existenz von Ausbeutung in Abrede stellen, immerhin 39 % mit dem politischen System sehr zufrieden oder zufrieden sind, gilt das nur für 18 % derer, die dies bejahen. Und umgekehrt bejahen von denen, die mit dem politischen System sehr zufrieden oder zufrieden sind, nur 33 % die Existenz von Ausbeutung gegenüber 63 % jener, die mit dem politischen System unzufrieden sind. Auch wenn wir es bei diesem Zusammenhang nicht mit monokausalen Beziehungen zu tun haben, zeichnet sich doch deutlich eine bemerkenswerte Langzeitwirkung damals vermittelter Kenntnisse über die kapitalistische Gesellschaft ab, die heute subjektiv, auf Grund eigener Erfahrungen als richtig bewertet werden, unabhängig davon, ob diese Erfahrungen die Realität objektiv richtig widerspiegeln oder nicht.

Wir führen noch einige weitere Differenzierungen an:

Abbildung 10.21: Vergleich von relevanten Merkmalen der Panelmitglieder, die meinen, dass auch heute Ausbeutung existiert (I) bzw. derer, die gegenteiliger Meinung sind (II), im Jahr 2000



Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe)

- A: Waren Sie/sind Sie arbeitslos? einmal/mehrmals (58 %)
- B: Angst vor möglicher eigener Arbeitslosigkeit: stark/eher stark (35 %)
- C: Angst vor weiterer Verteuerung des Lebens: stark (36 %)
- D: Zufriedenheit mit dem Einkommen: zufrieden/eher zufrieden als unzufrieden (61 %)
- E: Erfahrung: dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten ? ja (25 %)
- F: Zufriedenheit mit den Chancen, durch Leistung im Leben voranzukommen: zufrieden/eher zufrieden als unzufrieden (66 %)
- G: Erfahrung: dass Sie Ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten können: ja (19 %)
- H: Erfahrung: Viele Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Bürger II. Klasse: Zustimmung vollkommen/ mit Einschränkung (48 %)
- I: Es war nicht alles falsch, was wir in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben: Zustimmung vollkommen/mit Einschränkung (73 %)
- K: Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe (42 %)
- L: Ist die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende eher Fortschritt oder eher Rückschritt? eher Fortschritt (44 %)
- M: Erfahrung: dass Sie in einer menschlichen Gesellschaft leben? ja (38 %)
- N: reformierter Sozialismus wäre mir lieber als gegenwärtige politische Ordnung: Zustimmung vollkommen/mit Einschränkung (36 %)

Wir vergleichen die in der Abbildung aufgeführten Merkmalsprofile der beiden Extremgruppen, d.h. derer, die meinen, dass Ausbeutung auch heute (wie früher behauptet) existieren würde (Teilgruppe I) bzw. jener, die nicht dieser Meinung sind (Teilgruppe II). Deutlich zu erkennen ist, dass hinter diesen Auffassungen sehr unterschiedliche Erfahrungen stehen. So wird sie von 65 % jener Panelmitglieder vertreten, die bereits ein- oder mehrmals arbeitslos waren gegenüber nur 45 % jener, die diese Erfahrung noch nicht machen mussten (A). Auf den Einfluss von Arbeitslosigkeit verweist auch, dass von den Vertretern dieser Auffassung

45 % mehr oder weniger starke Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit geäußert werden, von den Gegnern der Auffassung mit 24 % sehr viel weniger (B).

Auch bei den übrigen Merkmalen bestehen gravierende, statistisch hoch signifikante Unterschiede. Panelmitglieder, die auf Grund ihrer Erfahrungen die Auffassung vertreten, dass auch heute - wie in der Schulzeit gelernt - Ausbeutung existieren würde,

- haben häufiger als jene, die diese These in Abrede stellen, Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens (was auf ernsthafte materielle Sorgen hindeutet) (C);
- sind weniger mit ihrem Einkommen zufrieden (D);
- haben weniger häufig die stark prägende Erfahrung gemacht, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten (E),
- bzw. ebenfalls weniger häufig die Erfahrung gemacht, heute die Chance zu haben, durch eigene Leistungen im Leben voranzukommen (F);
- haben seltener die Erfahrung gemacht, ihr Leben frei, ohne wirtschaftliche Zwänge gestalten zu können (G);
- sie stimmen häufiger zu, dass viele Westdeutsche die Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandeln (H);
- meinen häufiger, dass das stimmen würde, was man früher über den Kapitalismus gelernt hat (I);
- vertreten sehr viel häufiger die Auffassung „Ohne Arbeit keine Freiheit“ (K);
- betrachten die Entwicklung in Ostdeutschland seltener als Fortschritt (L);
- haben seltener die Erfahrung gemacht, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben (M);
- würden häufiger eine reformsocialistische Alternative der jetzigen politischen Ordnung vorziehen (N).

Alles in allem ist unübersehbar, dass die Auffassung zahlreicher Panelmitglieder, auch heute würde Ausbeutung existieren, nicht zufällig zustande kommt, sondern durch einen ganzen Komplex von negativen oder ambivalenten Erfahrungen (Erfahrungssyndrom) begründet wird, die in ihrer Gesamtheit diese Auffassung als richtig erscheinen lässt.

Wir kommen noch einmal auf die eben erwähnte These zurück, „nicht alles sei falsch gewesen, was wir früher in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben“. Diese Formulierung war in den zurückliegenden Jahren häufig bei den verbalen Angaben der Panelmitglieder zu lesen; im Rahmen der 14. Welle wurde sie deshalb als Fragestellung vorgegeben, um ihre Verbreitung genauer quantifizieren zu können:

Tabelle 10.24: Zustimmung zur These „Es war nicht alles falsch, was wir in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“ (2000)
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	39	34	(73)	19	4	2
<i>Parteipräferenz:</i>						
CDU/CSU	36	35	(71)	19	7	3
SPD	40	40	(80)	10	10	0
PDS	65	25	(90)	5	5	0

Die mehrheitliche Zustimmung gilt für alle relevanten Untergruppen, selbst für die Sympathisanten von CDU/CSU bzw. SPD, die lediglich weniger häufig einschränkungslos zustimmen als die der PDS.

Mehrmals wurde danach gefragt, inwieweit die Panelmitglieder damals daran geglaubt hätten, was im Fach Staatsbürgerkunde gelehrt wurde:

Tabelle 10.25:

Selbsteinschätzung: „Erinnern Sie sich bitte an Ihre Schulzeit, speziell an das Fach Staatsbürgerkunde. Inwieweit haben Sie *damals* daran geglaubt, was in diesem Fach gelehrt wurde?“

1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
1994	3	22	(25)	38	23	14
1996	7	22	(29)	33	24	14
1998	7	22	(29)	33	24	14

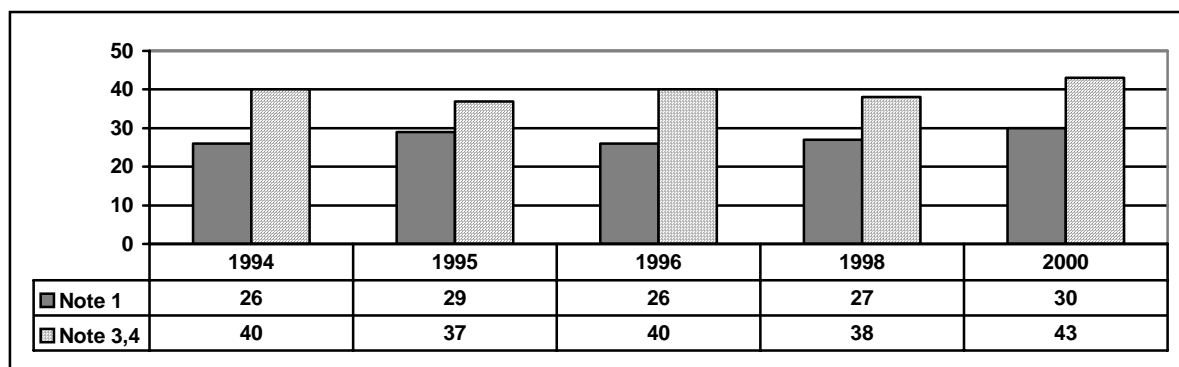
Nur 38 % stellten 1998 in Abrede, damals daran geglaubt zu haben, 29 % stimmten zu, ein Drittel (33 %) äußerte sich ambivalent. Wesentlich ist: Von den Panelmitgliedern, die an den in Staatsbürgerkunde vermittelten Stoff völlig oder mit gewissen Einschränkungen glaubten (und damit wohl auch mehr oder weniger verinnerlichten), stimmen 1998 59 % der Existenz von Ausbeutung zu gegenüber nur 38 % derer, die kaum oder überhaupt nicht daran glaubten, was ihnen vermittelt wurde. Das lässt darauf schließen, dass der damalige Staatsbürgerkundeunterricht durchaus Spuren in den Köpfen der Panelmitglieder hinterlassen hat, die noch heute nachwirken.

Der Einfluss der damals im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht (Staatsbürgerkunde, Geschichte) vermittelten Kenntnisse auf die heutigen politischen Einstellungen ist teilweise auch aus den Zensuren ablesbar. Zur Korrelationsanalyse stehen uns die Zensuren der Panelmitglieder im Fach Staatsbürgerkunde zur Verfügung, das eine wichtige Rolle bei der politisch-ideologischen Erziehung der Schüler im Sinne der marxistisch-leninistischen Weltanschauung spielte. Zwischen der Note im genannten Fach und der Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus bestand dabei ein schwacher, signifikanter Zusammenhang (Gesamtgruppe aller Teilnehmer in der 10.Klasse 1989: $r = .17$; $P = .001$).

Dieser Einfluss tritt vor allem bei Urteilen über die DDR vor der Wende hervor, z.B. bei der Gleichsetzung der DDR mit einem „Knast“. TeilnehmerInnen mit besseren Kenntnissen in Staatsbürgerkunde urteilen deutlich zurückhaltender als jene mit weniger guten:

Abbildung 10.22:

Zustimmung zur Gleichsetzung der DDR mit einem „Knast“ bei Panelmitgliedern, die im Fach Staatsbürgerkunde die Noten 1 bzw. 3 oder 4 hatten, im Trend 1994 - 2000



Auch in diesem Falle wurden Extremgruppen gebildet: TeilnehmerInnen mit Note 1 im Fach Staatsbürgerkunde bzw. mit Note 3 oder schlechter. Erstere teilen durchgängig deutlich seltener die erwähnte Bewertung als Letztere; die Unterschiede sind entweder signifikant oder verfehlen nur äußerst knapp die Signifikanzschwelle (P : 1994 = .098; 1995 = .091; 1996 = .021; 1998 = .074; 2000 = .012). Mit Hilfe einer zweifaktoriellen Varianzanalyse wurden Wechselwirkungen zwischen der Note im Fach Staatsbürgerkunde und der Systembindung ausgeschlossen.

Deutliche Langzeitwirkungen sind im Hinblick auf die weltanschauliche Position, die Selbsteinordnung in das Links-Rechts-Spektrum, zu beobachten, auch im Jahr 2000. Zum besseren Verständnis stellen wir den signifikanten Zusammenhang zwischen der Zensur im Fach Staatsbürgerkunde im Frühjahr 1989 einerseits und der Selbsteinstufung im Jahr 2000 aus beiden Blickwinkeln dar:

Tabelle 10.26: Zusammenhang zwischen der Zensur in Staatsbürgerkunde im Frühjahr 1989 und der Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum 2000 (reduzierte Darstellung)

Zensur in Staatsbürgerkunde:	Links-Rechts-Spektrum:			n
	Links	weder-noch	Rechts	
Note 1	45	45	10	123
Note 2	23	64	13	149
Note 3,4	20	61	19	90

Links-Rechts-Spektrum	Zensur in Staatsbürgerkunde:			n
	Note 1	Note 2	Note 3,4	
Links	51	32	17	107
weder-noch	27	46	27	207
Rechts	25	40	35	48

Im oberen Teil der Tabelle ist erkennbar, dass Panelmitglieder mit sehr guten Kenntnissen im Fach Staatsbürgerkunde am Ende der 10. Klasse später erheblich häufiger linke bzw. weniger häufig rechte Positionen einnehmen als Panelmitglieder mit weniger guten Leistungen. Und aus der entgegengesetzten Richtung ist ablesbar, dass TeilnehmerInnen, die 2000 linksorientiert sind, 1989 weitaus häufiger sehr gute Kenntnisse in diesem Fach aufzuweisen hatten als diejenigen, die sich als Rechte fühlen. Das gilt auch für alle vorangegangenen Wellen.

Betont sei, dass wir es hier natürlich nicht mit monokausale Zusammenhängen zu tun haben, sondern nur mit einem Ausschnitt aus einem sehr komplexen System von Zusammenhängen bzw. Wechselwirkungen. Eine multiple Regressionsanalyse mit vielen weiteren Variablen belegt jedoch, dass früher angeeignete politische Kenntnisse (wie immer man diese heute bewerten mag) im Kontext mit anderen Faktoren das Selbstverständnis der TeilnehmerInnen als Linker oder Rechter signifikant und relevant beeinflusst haben und noch beeinflussen.

Erstaunlich deutliche Langzeitwirkungen früher vermittelter politischer Kenntnisse sind auch im Hinblick auf rechtsextreme Orientierungen erkennbar. Das betrifft insbesondere Auffassungen, welche die Zeit des Nationalsozialismus verharmlosen:

Tabelle 10.27: Zusammenhang zwischen der Note im Fach Staatsbürgerkunde 1989 (10.Klasse) und rechtsextremen Orientierungen im Jahr 2000

Note in „Stabü“	Das entspricht meiner Meinung							n	X
	1	2	(1+2)	3	4	5	überhaupt nicht		

„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“

1	4	8	(12)	8	23	57	129	4,19
2	6	8	(14)	15	17	54	156	4,03
3,4	11	12	(23)	26	21	30	92	3,48
gesamt	7	9	(16)	15	20	49	377	3,95

(N= 377; r = -.22; P = .000 sign.)

„Es ist weit übertrieben, was über die Judenvernichtung im Dritten Reich erzählt wird.“

1	1	0	(1)	5	12	82	4,74
2	2	1	(3)	11	13	73	4,54
3,4	2	8	(10)	23	14	53	4,08
gesamt	2	2	(4)	12	13	71	4,49

(N = 371; r = -.28; P = .000 sign.)

„Wir Deutschen sollten wieder einen mit starker Hand regierenden Führer haben.“

1	5	2	(7)	10	16	67	4,39
2	3	8	(11)	8	15	66	4,33
3,4	7	6	(13)	20	18	49	3,97
gesamt	4	6	(10)	12	16	62	4,26

(N = 377; r = -.13; P = .015 sign)

Erkennbar ist, dass die Zustimmung zu diesen Orientierungen um so geringer ausfällt, je besser die Note im Fach Staatsbürgerkunde war. Noch deutlicher wird der Zusammenhang, wenn wir über alle drei Orientierungen eine Punktschätzung bilden, diese klassifizieren und mit der Note im Fach Staatsbürgerkunde in Beziehung setzen:

Tabelle 10.28: Zusammenhang zwischen der Note im Fach Staatsbürgerkunde 1989 (10.Klasse) und rechts-extremen Orientierungen im Jahr 2000 - komplexe Analyse

Note in „Stabü“	Grad der Ausprägung rechtsextremer Orientierungen			X	n
	stark	mittel	schwach		
1	19	40	41	13,41	125
2	32	25	43	12,90	155
3,4	53	24	23	11,52	91

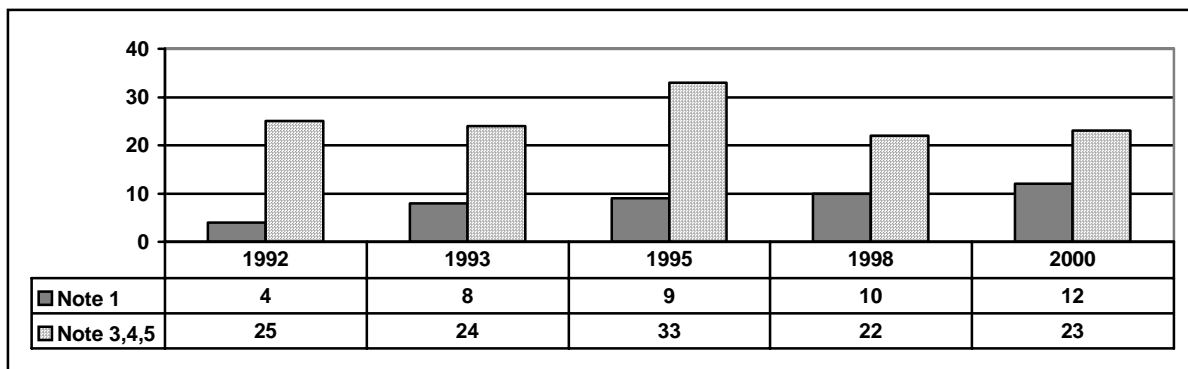
(r = .26; P = .000)

Die mit der Summenbildung entstehende Skala zwischen 3 und 15 Punkten wurde entsprechend der Verteilung trichotomisiert. Die Mittelwerte sowie der Korrelationskoeffizient basieren auf der Originalskala.

Wechselwirkungen mit der früheren Systembindung bestehen nicht, es besteht kein Zweifel daran, dass es sich um Langzeitwirkungen damals verinnerlichter politischer Kenntnisse handelt.

Für einige dieser Orientierungen können wir die Langzeitwirkungen im Trend verfolgen. Dazu gehört die Auffassung, dass der Nationalsozialismus auch gute Seiten gehabt hätte:

Abbildung 10.23: Zustimmung zur Auffassung, dass der Nationalsozialismus auch gute Seiten gehabt habe, bei Panelmitgliedern mit guten bzw. weniger guten Noten in Staatsbürgerkunde, im Trend 1992 - 2000



(Der leichte Anstieg der Prozentwerte zwischen 1992 und 2000 bei der Extremgruppe „Note 1“ ist nicht signifikant: $P = .562$ ns)

Die in Tabelle 10.27 für das Jahr 2000 dargestellten Ergebnisse sind demnach kein Zufall, sondern treten auch zu anderen Zeitpunkten auf. Der engste negative Zusammenhang zwischen der Note im Fach Staatsbürgerkunde und der Zustimmung zu der die NS-Zeit verharmlosenden Auffassung bestand interessanterweise kurz nach der Wende ($r = -.37$; $P = .000$), aber auch zu allen weiteren Messpunkten bestehen hoch signifikante Korrelationen bzw. signifikante Unterschiede zwischen den Extremgruppen.

Signifikante Langzeitwirkungen politischer Kenntnisse sind auch in Bezug auf die heutige Einstellung zu Ausländern nachweisbar: Je besser die Kenntnisse im Fach Staatsbürgerkunde waren, um so positiver ist nach der Wende die Einstellung gegenüber Ausländern. Wir kommen im Kapitel 11. darauf zurück.

Aufschlussreich ist, wie die Panelmitglieder viele Jahre später über das damals Gelernte denken. Das geht aus den verbalen Angaben der Panelmitglieder hervor, die sie 1994 im Rahmen der 10. Welle zu Papier brachten. Auf einem Zusatzbogen sollten sie Beispiele dafür anführen, dass das im Fach Staatsbürgerkunde Gelernte „a) überhaupt nicht der Realität entspricht bzw. b) sich heute als richtig erweist.“ Wir zitieren einige typische Beispiele:

„Leider kann ich mich nicht mehr an konkrete Beispiele erinnern, aber ich bin froh, dass es vergleichbare Unterrichtsfächer nicht mehr gibt. Allerdings muss ich sagen, dass manchmal ein Körnchen Wahrheit in dem Stoff gesteckt hat. Es ist aber eine große Schande gewesen, dass man nicht mit dem sogenannten ‚Klassenfeind‘ umgehen konnte.“

„b) Der Mensch als solcher ist in dieser Gesellschaft nicht viel wert. Man muss sehen, wo man bleibt. Die Ellenbogengesellschaft hat sich also für wahrhaftig herausgestellt.

a) Soweit ich durchsehe, habe ich schon mitbekommen, dass der Kapitalismus keinen Krieg will. Mir wurde erzählt, dass ... die Menschen, welche im Kapitalismus leben, dort eigentlich gar nicht leben wollen. Das ist nicht wahr. Ich kenne keinen Menschen, welcher den Sozialismus, so wie er war, wiederhaben möchte.“

„b) Der Kapitalismus ist fast ausschließlich monopol- und profitorientiert; im Kapitalismus ist das Schicksal des einzelnen gleichgültig; der Klassenunterschied ist im Kapitalismus ausgeprägter als in anderen Staatsformen; Kapitalismus ist kinderfeindlich, das erlebe ich fast täglich bei unserer eigenen Tochter (Kindergärten, finanzielle Unterstützung).

Zu a) fällt mir leider im Moment nichts ein.“

„Das, was ich damals über den Kapitalismus gelernt habe, erschien mir erschreckend und unwahrscheinlich, dass man in so einem System leben kann. Jetzt haben wir dieses System und ich lebe mit mehr oder weniger großen Problemen damit. Ich habe festgestellt, dass vie-

les manchmal maßlos übertrieben wurde, aber das, was wir über die Grundzüge des Kapitalismus gelernt haben, stimmt. Die soziale Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Ausbeutung der Arbeitskraft gibt es wirklich, ist aber im Moment für mich persönlich irrelevant, da ich davon nicht betroffen bin. Praktisch erlebter Kapitalismus vermittelt mir ein zwar ähnliches, aber doch 'lockereres' Bild vom Kapitalismus. Was aber nicht heißt, dass ich dieses System befürworte. Irgendwann wird sich das 'Rad der Geschichte' wieder vorwärts drehen und vielleicht wird man dann aus den Fehlern des Sozialismus und Kapitalismus lernen.“

Langzeitwirkungen von Systembindungen vor der Wende

Der Vorzug längsschnittlichen Herangehens an die Analyse des politischen Einstellungswandels im Rahmen unserer Studie zeigt sich besonders deutlich bei der Untersuchung von Langzeitwirkungen der durch die politische DDR-Sozialisation geprägten Bindungen an das sozialistische System auf das heutige Denken und Fühlen der Panelmitglieder, insbesondere auf ihre Einstellungen zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem.

Einige Erläuterungen zur Vorgehensweise:

Wir gehen von der generellen Annahme aus, dass im Rahmen dieser Studie auf Langzeitwirkungen von vor der Wende vertretenen politischen Grundeinstellungen dann geschlossen werden kann, *wenn bei der Analyse heutiger politischer Einstellungen statistisch signifikante und inhaltlich eindeutig interpretierbare Zusammenhänge mit der politischen Systembindung der Untersuchungsteilnehmer vor der Wende nachweisbar sind*. In diesem Falle ist es u. E. auch legitim, von Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation in der DDR zu sprechen.

Bei den Analysen kommt uns zustatten, dass die aktuellen Angaben jedes Teilnehmers per Computerprogramm personenidentisch mit seinen Angaben vor der Wende gekoppelt werden können. Für diese Längsschnittkorrelationen steht z.B. in der 14. Welle eine große Population von immerhin rund 390 Personen zur Verfügung (einige wenige Personen fallen aus, weil sie an den damaligen Befragungen in der Schule aus unterschiedlichen Gründen nicht teilgenommen haben). Bei diesen Längsschnittkorrelationen handelt es sich um reine rechnergestützte statistische Operationen, unabhängig von den Namen der Personen.

Zur Bestimmung der politischen Grundhaltung vor der Wende steht uns ein Indikator zur Verfügung, der von seinem Inhalt her geeignet ist, die Bindung an das politische System vor der Wende hinreichend genau nachzuweisen. Zugleich bietet er von der Prozentverteilung auf einer fünfstufigen Intervallskala her die notwendigen Voraussetzungen für die Bildung von aussagekräftigen Untergruppen. Es handelt sich um den in eine größere Batterie von Lebenszielen eingeordneten Indikator „*die marxistisch-leninistische Weltanschauung vertreten*“, mit dem in der Untersuchungsphase vor der Wende (d. h. zwischen 1987 und Frühjahr 1989) auf der Ebene von generellen Wertorientierungen (neben konkreteren politischen Einstellungen) über drei Jahre hinweg die erreichten Erziehungsfortschritte im Sinne des sozialistischen Erziehungsziels analysiert wurden.

Die in den ersten drei Wellen gewonnenen Ergebnisse unterstreichen den im Kapitel 2. bereits erwähnten starken Rückgang der Identifikation der Schuljugend mit dem Marxismus-Leninismus. Die folgende Tabelle informiert über den Trends in der damaligen Gesamtgruppe:

Tabelle 10.29: Veränderung der Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus zwischen 1987 und Frühjahr 1989
Gesamtgruppe der Panelmitglieder, die an allen drei Befragungen vor der Wende teilgenommen haben (N = 1028)
„In seinem Leben kann man sich verschiedene Ziele stellen, die man erreichen möchte. Unter a) bis m) wurden einige zusammengestellt. Bitte geben Sie an, wie bedeutsam jedes einzelne für Sie persönlich ist“.

Das ist für mein Leben

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

die marxistisch-leninistische Weltanschauung vertreten

	1	2	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
1987	19	39	25	11	6	2,4	-	-	-	-		
1988	13	34	28	14	11	2,8	87/88	23	35	42	0,30	0,60
1989	8	26	30	18	18	3,1	88/89	20	36	44	0,28	0,63
Längsschnittkoeffizienten 1987 - 1989:						POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N	
						16	30	54	0,21	0,90	1028	

Erkennbar sind sehr starke Regressionen zwischen den Messpunkten. Bekanntens sich in der 8. Klasse (1987) noch 58 % der Teilnehmer mehr oder weniger stark zum Marxismus-Leninismus (Ap 1+2), waren es in der 9. Klasse (1988) noch 47 % und am Ende der 10. Klasse (Frühjahr 1989) nur noch 34 %. Der Mittelwert auf der fünfstufigen Skala stieg von 2,4 über 2,8 auf 3,1 an.

An den Koeffizienten ist ablesbar, dass die Negativierungen signifikant überwogen. Auch die negativen Veränderungen auf der Skala überwogen erheblich die positiven. Zwischen 1987 und 1989 betrug die positiven Veränderungen (DIP) 0,21 Skalenpunkte, die negativen dagegen (DIN) 0,90, d.h. fast einen ganzen Skalenpunkt.

Wesentlich ist, dass sich bezüglich der Angaben der 3. Welle die Werte der Teilnehmer der 14. Welle statistisch nicht von denen der übrigen ursprünglichen Teilnehmer unterscheiden, weder in der Prozentverteilung auf der fünfstufigen Messskala noch im Mittelwert; wir haben das einleitend bereits erwähnt. Die Teilnehmer der 14. Welle (wie auch der vorangegangenen Wellen) repräsentieren auch hinsichtlich der damaligen Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus (ML) die ursprüngliche Gesamtgruppe.

Um die folgenden Zusammenhangsanalysen mit den Ergebnissen der 3. Welle 1989 überschaubar zu halten, nehmen wir eine Trichotomisierung der fünfstufigen Skala vor. Die Skalenpunkte 1 und 2 werden zum Ausprägungsgrad „stark“ zusammengefasst, der Skalenpunkt 3 erhält die Bezeichnung „mittel“, die Skalenpunkte 4 und 5 werden zum Ausprägungsgrad „schwach“ zusammengefasst. Alle Berechnungen erfolgten anhand der Originalskala.

Wir informieren zunächst für die Teilnehmer der 14. Welle über einige wesentliche Zusammenhänge der Identifikation mit dem ML mit anderen Indikatoren zu politisch relevanten Denk- und Verhaltensweisen 1989, um die drei Subgruppen zu charakterisieren.

Tabelle 10.30:

Charakteristik politisch relevanter Denk- und Verhaltensweisen der Teilnehmer der 14. Welle 2000 entsprechend der Ausprägung ihrer Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus im Frühjahr 1989

Ausprägung des ML

Politische Bindung an die DDR

„Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.“

1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5
stark	42	51	6	1	0
mittel	10	58	27	5	0
schwach	3	26	38	22	11

($r = .62$; $P = .000$)

Bereitschaft zur Verteidigung der DDR

„Ich bin bereit, die DDR jederzeit mit allen meinen Kräften zu verteidigen.“

AM wie oben

	1	2	3	4	5
stark	53	40	6	1	0
mittel	12	57	26	5	0
schwach	5	24	40	23	8

(r = .64; P = .000)

Überzeugung von der Perspektive des Sozialismus
 „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“
 AM wie oben

	1	2	3	4	5
stark	52	38	8	2	0
mittel	32	31	32	5	0
schwach	10	25	37	16	12

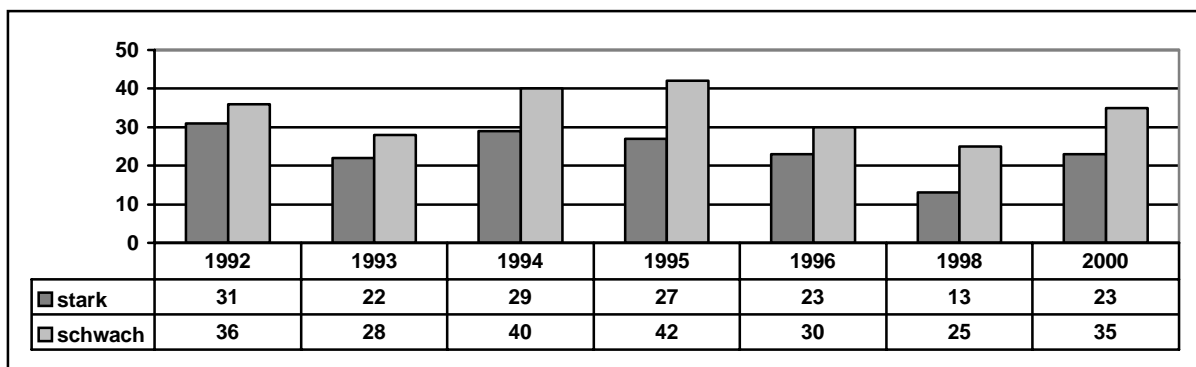
(r = .55; P = .000)

Die drei Untergruppen unterscheiden sich außerordentlich stark hinsichtlich damaliger politischer Grundeinstellungen wie politische Identifikation mit der DDR, Verteidigungsbereitschaft, Glaube an die Überlegenheit des Sozialismus. Der Anteil männlicher und weiblicher Panelmitglieder in den drei Untergruppen ist gleich.

Zusammenfassend ergibt sich, dass der ausgewählte Indikator mit wesentlichen Aspekten des politischen Denkens und Verhaltens der Panelmitglieder vor der Wende hoch korreliert und insofern für eine Analyse von möglichen Nachwirkungen damaliger Systembindung gut geeignet ist.

Langzeitwirkungen sind heute bei zahlreichen politischen Grundeinstellungen zu erkennen. Meist handelt es sich um grundsätzliche Urteile über das frühere bzw. das heutige Gesellschaftssystem. Charakteristisch dafür ist die Haltung zum politischen System in der Bundesrepublik, eine der aussagekräftigsten und am stärksten differenzierenden politischen Grundeinstellung. Wir stellen die Trends der beiden Extremgruppen gegenüber, d.h. derer, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren:

Abbildung 10.24: Zufriedenheit mit dem heutigen politischen System bei Panelmitgliedern, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren, im Trend 1992 - 2000



Während 1992 und 1993 keine gesicherten Unterschiede zwischen den Extremgruppen bestanden, treten sie danach tendenziell oder signifikant hervor. Dabei gehen wir natürlich auch hier davon aus, dass keine monokausalen Beziehungen bestehen. Wir untersuchen die Daten von 2000 etwas genauer:

Tabelle 10.31: Zusammenhang zwischen der früheren Systembindung und der Zufriedenheit mit dem politischen System 2000

	Zufriedenheit mit dem politischen System		
	sehr zufrieden/ zufrieden	weniger zufrieden	unzufrieden
Gesamt 2000	28	52	20

Systembindung 1989

stark	23	55	22
mittel	26	49	25
schwach	35	51	14

(N = 376; r = -.16; P = .003 sign.)

nur stark:

arbeitslos gewesen	12	55	33
nicht arbeitslos gewesen	37	54	9

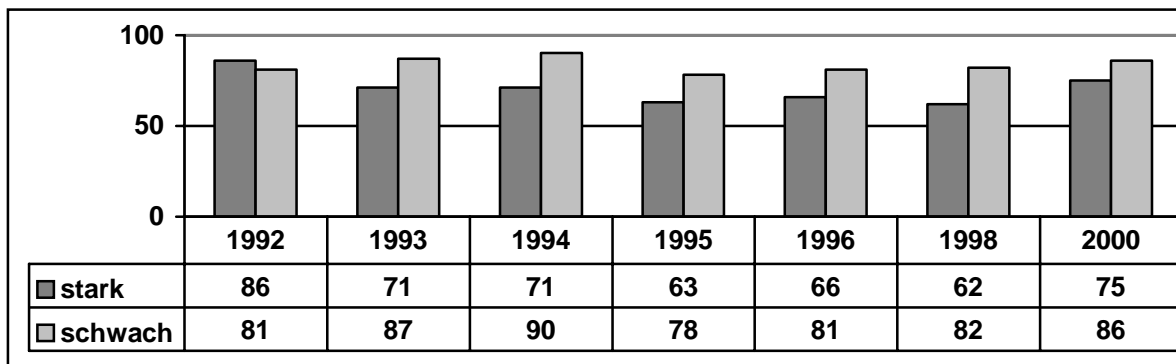
(P = .000 sign.)

Diese Daten belegen, dass solche früheren politischen Bindungen seit einiger Zeit (in diesem Falle seit Mitte der 90er Jahre) wieder aufleben, reaktiviert werden. Untersuchungsteilnehmer, die vor der Wende stark systemverbunden waren, urteilen jetzt signifikant kritischer über die gegenwärtige Gesellschaft als jene, bei denen das weniger oder nicht zutraf. Anzunehmen ist, dass sie ihre ursprünglichen weltanschaulichen und politischen Orientierungen in der allgemeinen Euphorie der Nachwendezeit zunächst verdrängt, „vergessen“ hatten. Sie wurden bzw. werden ihnen im Kontext neuer, häufig ambivalenter oder negativer eigener Erfahrungen, aber auch einer zunehmend kritischen Stimmung in Ostdeutschland zum realen Verlauf des Vereinigungsprozesses wieder bewusst. So ist es kein Zufall, dass der Einfluss früherer starker Systembindung bei jenen Panelmitgliedern besonders hervortritt, die bereits arbeitslos waren bzw. erhebliche existenzielle Verunsicherungen verarbeiten mussten. Der Blick auf die Tabelle zeigt: Die früher stark systemverbundenen Teilnehmer (und nur sie, bei den anderen Untergruppen der früheren Systembindung tritt dieser Effekt nicht auf) unterscheiden sich in Abhängigkeit davon, ob sie arbeitslos waren oder nicht. Erstere sind mit dem politischen System hoch signifikant weniger zufrieden als Letztere.

Frühere Systembindungen - und damit letztlich die in der DDR erfahrene politische Sozialisation - wirken offensichtlich nicht zwangsläufig, automatisch nach, sondern vor allem oder nur dann (das lässt sich gegenwärtig noch nicht entscheiden), wenn Erfahrungen vorliegen, welche die damals verinnerlichten Ansichten und Orientierungen nachträglich als richtig erscheinen lassen.

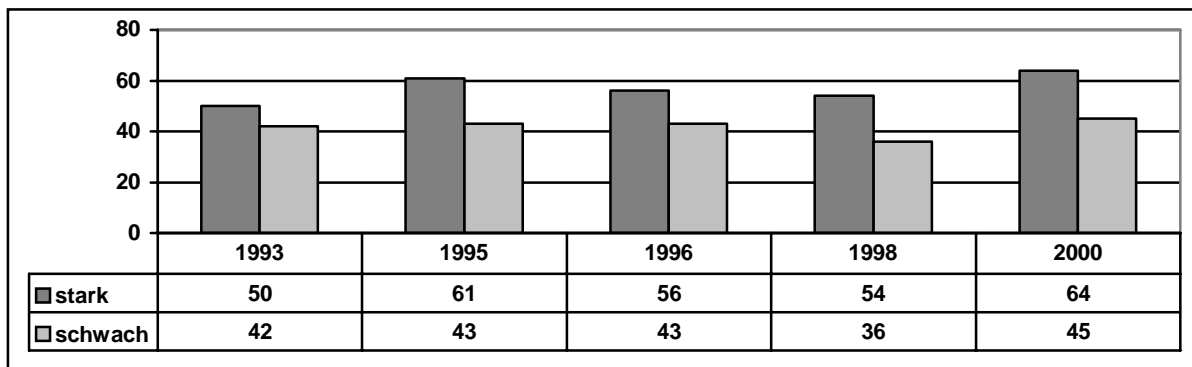
Bei einigen Grundeinstellungen ist der Einfluss früherer Systembindungen bereits seit mehreren Jahren nachweisbar. Das gilt beispielsweise für die Einstellung zur politischen Wende, für die Angaben seit 1992 vorliegen. In der folgenden Abbildung stellen wir den unterschiedlichen Entwicklungsverlauf bei den beiden Extremgruppen im Trend gegenüber:

Abbildung 10.25: Bejahung der Wende bei den Panelmitgliedern, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren, im Trend 1992 - 2000



Bis auf die Angaben von 1992 unterscheiden sich alle Prozentverteilungen der beiden Extremgruppen signifikant (Pt: 1993 = .038; 1994 = .003; 1995 = .009; 1996 = .014; 1998 = .004; 2000 = .001). Panelmitglieder, die vor der Wende stark systemverbunden waren, bejahen die Wende zwar ebenfalls mehrheitlich, jedoch signifikant weniger häufig als jene, die nur schwach systemverbunden waren. Der in der Gesamtgruppe bis 1998 erkennbare leichte (aber signifikante) Rückgang in der Zustimmung zur Wende ist auch mit auf den erheblichen Rückgang bei den früher stark systemverbundenen TeilnehmerInnen zurückzuführen. Eine ähnliche Entwicklung ist in Bezug auf die heutige Identifikation mit sozialistischen Idealen feststellbar:

Abbildung 10.26: Bejahung sozialistischer Ideale bei Panelmitgliedern, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren, im Trend 1993 - 2000



Wir sehen, dass der Trend bei den beiden Extremgruppen unterschiedlich verlaufen ist. Mit Ausnahme der Daten von 1993 bestehen zwischen den Prozentverteilungen signifikante und relevante Differenzen (1993: Pt = .245; 1995: P = .037; 1996 = .011; 1998 = .019; 2000 = .003). In diesem Falle geht der leichte Zuwachs an heutiger Identifikation mit sozialistischen Idealen in der Gesamtgruppe zwischen 1993 und 2000 (vgl. Kapitel 6.) fast ausschließlich auf jene Panelmitglieder zurück, die sich im Frühjahr 1989 mit dem sozialistischen System verbunden fühlten.

Als ein weiteres Beispiel kann die differente Entwicklung der Zustimmung zur These dienen, dass es sich bei der DDR vor der Wende um einen „Knast“ gehandelt habe. Wir stellen die Kontingenztafel für die 14. Welle voran:

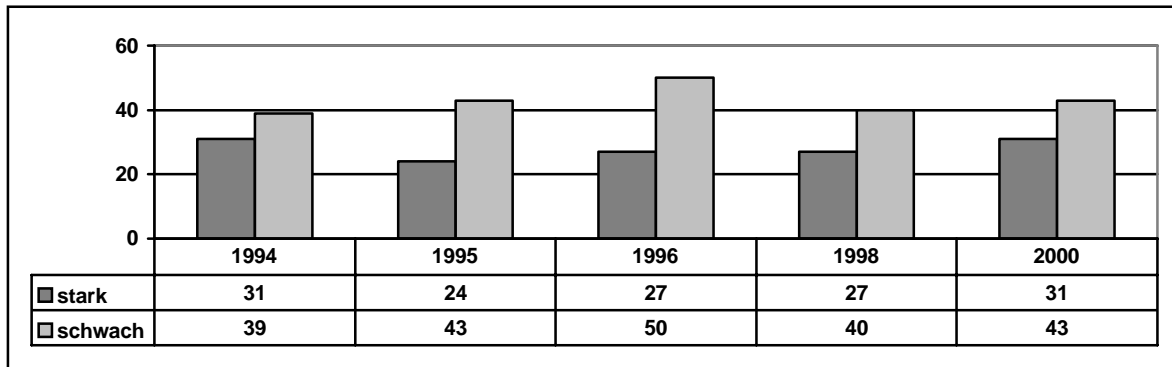
Tabelle 10.32: Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und Bewertung der DDR als „Knast“ 2000.
 „Das Leben in der DDR vor der Wende bedeutete für die Menschen 'lebenslangen Knast'.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
Systemverbundenheit:						
stark	9	22	(31)	31	23	15
mittel	12	25	(37)	27	23	13
schwach	18	25	(43)	35	12	10

(N = 376; r = -.17; P = .001)

Obwohl die Zustimmung zu dieser These generell nicht sehr stark ist, besteht ein zwar schwacher, jedoch signifikanter Zusammenhang mit der früheren Systembindung. Der Trend bei den beiden Extremgruppen lässt deren anhaltenden Einfluss auf die Charakterisierung der DDR als „Knast für seine Bürger“ klar hervortreten:

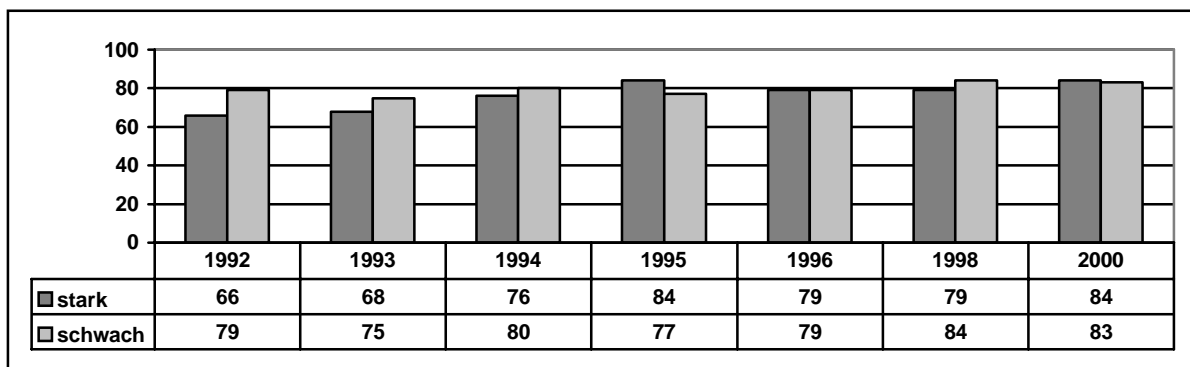
Abbildung 10.27 : Zustimmung zur These, bei der DDR habe es sich um einen „Knast für die Bürger“ gehandelt, bei Panelmitgliedern, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren, im Trend 1994 - 2000



Zwar ist die Trendrichtung nicht eindeutig bestimmbar, die Unterschiede zwischen den beiden Extremgruppen treten jedoch zu allen Messpunkten deutlich zutage (Pt: 1994 = .097; 1995 = .002; 1996 = .001; 1998 = .030; 2000 = .003).

Erwähnenswert ist, dass ihre frühere starke Systembindung die betreffenden Panelmitglieder nicht daran gehindert hat, sich in dem neuen Gesellschaftssystem zurechtzufinden:

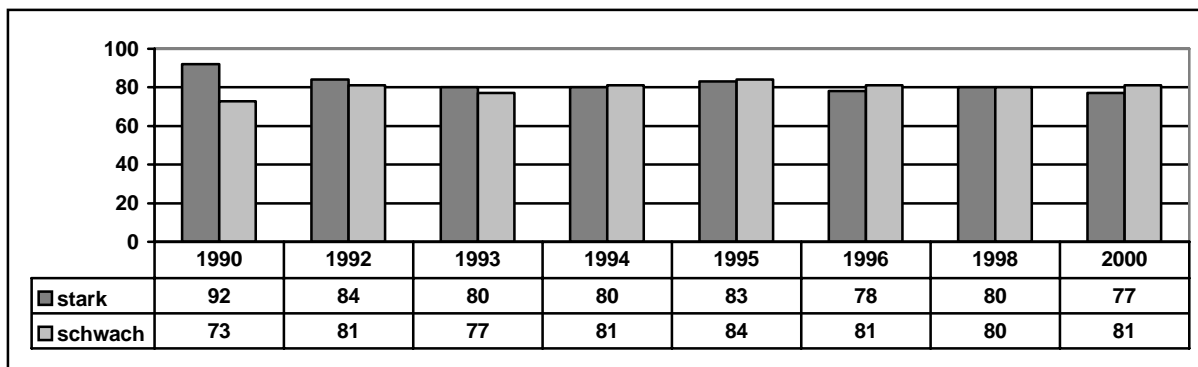
Abbildung 10.28: Anteile der Panelmitglieder, die sich im neuen Gesellschaftssystem zurechtfinden, differenziert nach früherer starker bzw. schwacher Systembindung, im Trend 1992 - 2000



Eine 1992 noch bestehende leichte, aber nicht signifikante Tendenz zuungunsten der früher stark systemverbundenen TeilnehmerInnen hat sich schon 1993 aufgelöst, danach sind die Anteile derer, die keine Schwierigkeiten zu erkennen geben, statistisch gesehen faktisch identisch (Pt: 1992 = .118; 1993 = .202; 1994 = .364; 1995 = .529; 1996 = .768; 1998 = .892; 2000 = .476).

Aufschlussreich ist, dass nach 1990 kein Einfluss der früheren Systembindung auf die Identifikation mit der DDR mehr erkennbar ist:

Abbildung 10.29: Identifikation mit der früheren DDR bei Panelmitgliedern, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren, im Trend 1990 - 2000



Nur 1990 fühlen sich früher stark systemverbundene Panelmitglieder signifikant und relevant häufiger mit der DDR verbunden als nur schwach verbundene ($Pt = .002$). Danach treten nur noch äußerst geringe, nicht signifikante Prozentunterschiede auf. Das spricht für unsere Annahme, dass die anhaltende Verbundenheit vieler Panelmitglieder mit der DDR nicht ideologisch bedingt ist, sondern vor allem sozial. Zur Verbundenheit mit der Bundesrepublik besteht zu keinem Untersuchungszeitpunkt ab 1992 ein Zusammenhang mit der früheren Systembindung. Bei ihr spielen die aktuellen Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem eine entscheidende Rolle.

Erwähnenswert ist, dass Langzeitwirkungen selbst bei politischen Einstellungen auftreten, die einen breiten Konsens der Panelmitglieder erkennen lassen. Dazu gehört u.a. der von der überwiegenden Mehrheit bekundete Zweifel daran, dass das jetzige Gesellschaftssystem das einzige menschenwürdige Modell für die Zukunft sei:

Tabelle 10.33: Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und der Beurteilung des jetzigen Systems als Zukunftsmodell (2000)

„Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5	(4+5)	X
Gesamtgruppe	0	7	33	28	32	(60)	3,83
<i>frühere Systembindung</i>							
stark	0	8	26	27	39	(66)	3,96
mittel	1	7	33	27	32	(59)	3,82
schwach	1	5	43	29	22	(51)	3,66

($r = -.12$; $P = .006$ sign.)

Früher stark systemverbundene Befragte zweifeln noch häufiger als nur schwach verbundene an der Richtigkeit dieser Aussage (A_p 4+5: 66 % gegenüber 51 %).

Fast identisch sind die Verteilungen im Hinblick auf den Zweifel der Panelmitglieder an der These, dass das jetzige Gesellschaftssystem in der Lage sei, die dringenden Menschheitsprobleme zu lösen.

Es wird geradezu spannend sein zu prüfen, wie lange diese mehr oder weniger deutlichen Langzeitwirkungen früherer politischer Sozialisation anhalten. Auch deshalb soll die Studie noch einige Zeit fortgesetzt werden.

Urteile über die Schulzeit

Im Jahr 1994, im Rahmen der 10. Welle, wurden die Panelmitglieder gebeten, verschiedene Aspekte der erfahrenen Bildung und Erziehung in der Schule und darüber hinaus zu beurteilen. Diese Ergebnisse sind doppelt interessant: Zum einen, weil sie rund fünf Jahre nach der

Wende die Meinungen der damals etwa 21-Jährigen über die in der DDR erlebte Bildung und Erziehung deutlich werden lassen. Zum anderen, weil diese Meinungen besonders geeignet sind, nach Spuren früherer Erziehungsergebnisse zu suchen.

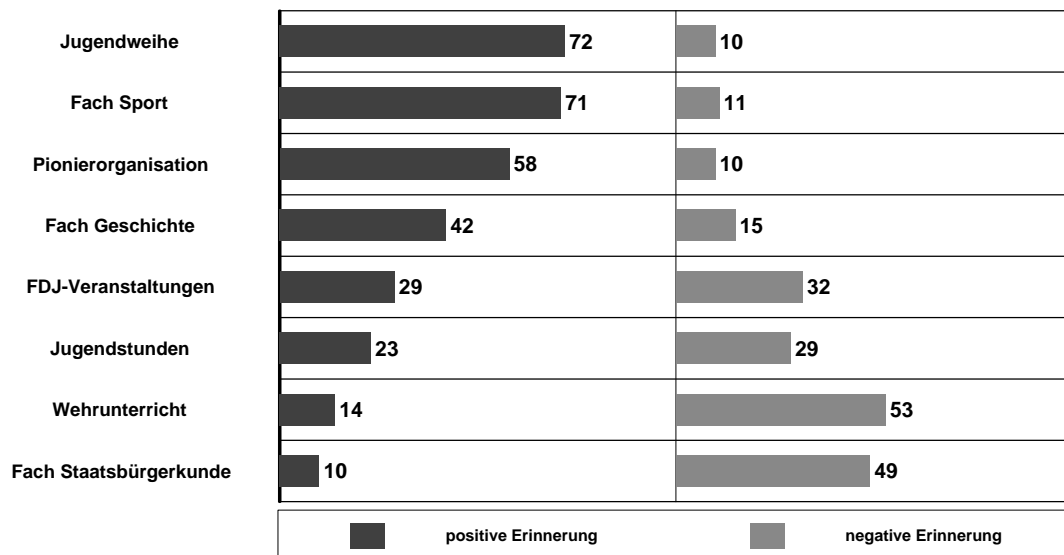
Wir geben zunächst einen Überblick der ermittelten Ergebnisse:

Tabelle 10.34: Urteile über verschiedene Unterrichtsfächer und andere Formen gesellschaftlicher Erziehung vor der Wende (10. Welle 1994, N = 240)
 „Nachstehend sind einige damalige Unterrichtsfächer sowie andere Formen der gesellschaftlichen Erziehung genannt. Geben Sie an, ob bei Ihnen daran positive oder negative Erinnerungen überwiegen oder ob beides zutrifft.“

Meine Erinnerungen daran sind ...
 1 ausschließlich negativ
 2 überwiegend negativ
 3 teils negativ, teils positiv - „gemischt“
 4 überwiegend positiv
 5 ausschließlich positiv
 0 Daran habe ich nicht teilgenommen.

	1	2	(1+2)	3	4	5	0
Wehrunterricht	30	23	(53)	28	12	2	5
Fach Staatsbürgerkunde	18	31	(49)	41	8	2	0
FDJ-Veranstaltungen (außer „Studienjahr“)	10	22	(32)	38	27	2	1
Jugendstunden	11	18	(29)	41	20	3	7
Fach Geschichte	0	15	(15)	43	37	5	0
Fach Sport	2	9	(11)	18	42	29	0
die Zeit bei den Pionieren (1. - 7. Klasse)	2	8	(10)	32	45	12	1
die Jugendweihe selbst	3	7	(10)	16	44	28	2

Abbildung 10.30: Urteile 1994 über verschiedene Unterrichtsfächer u.a. Formen gesellschaftlicher Erziehung vor der Wende. Gegenüberstellung der Anteile positiver bzw. negativer Erinnerungen (Ap 1+2 bzw. 4+5)



Wie die Tabelle und die Abbildung erkennen lassen, wurden die ausgewählten Aspekte/Formen sehr differenziert beurteilt. Von der großen Mehrheit (72 %) werden positive Erinnerungen zur Jugendweihe geäußert (und nur von 10 % negative), an der nur 2 % nicht teilgenommen hatten. Das erklärt zum Teil das anhaltende Interesse vieler Ostdeutscher an der Jugendweihe, auch wenn sich deren Inhalt völlig verändert hat. Die vorausgegangenen Jugendstunden werden demgegenüber weitaus weniger positiv beurteilt, die meisten (41 %) äußern sich ambivalent.

Überwiegend positive Erinnerungen werden auch zum Fach Sport und zur Zeit bei den jungen Pionieren geäußert (zu Letzteren berichtet Schmidtchen über sehr ähnliche Ergebnisse des Rückblicks ostdeutscher Jugendlicher; vgl. 1997: 77). Interessant ist, dass sich die frühere Aktivität vieler Panelmitglieder in der Pionierorganisation (Mitte der 80er Jahre) noch 1994 signifikant positiv auf ihre Urteile auswirkt. Im Rahmen der 1. Welle (8. Klasse 1987) gaben sie an, ob sie bei den Pionieren Funktionen ausgeübt haben; die Ergebnisse konnten 1994 mit ihren Erinnerungen an die Kinderorganisation in Beziehung gesetzt werden:

Tabelle 10.35: Zusammenhang zwischen Funktionsausübung in der Pionierorganisation und Erinnerung an die Pionierorganisation 1994 (AM wie bei Tabelle 10.34)

	1	2	(1+2)	3	4	5	0
Ausübung von Pionierfunktionen (1.-7. Klasse)							
ja, mehrmals	2	5	(7)	26	55	12	0
ja, einmal	1	6	(7)	36	42	15	0
nein	2	14	(16)	36	33	10	5

(P = .037 sign.)

Vor allem Panelteilnehmer, die mehrmals in Pionierfunktionen gewählt wurden, erinnern sich mehrheitlich positiv an ihre Zeit bei den Jungen Pionieren. In Analysen vor der Wende wurde festgestellt, dass das Engagement in der Pionierorganisation erheblichen Einfluss auf die Entwicklung des politischen Bewusstseins und der gesellschaftlichen Aktivität hatte. Schüler, die Pionierfunktionen ausübten, übernahmen z.B. mit hoher Wahrscheinlichkeit auch später viel häufiger Funktionen in der FDJ, was wiederum die Entwicklung sozialistischer Einstellungen förderte.

Bemerkenswert viele Panelmitglieder haben positive Erinnerungen an das Fach Geschichte, dem bei der sozialistischen Erziehung und Bildung der Schüler durch die Vermittlung eines wissenschaftlichen Weltbildes ein hoher Stellenwert beigemessen wurde und das vermutlich

hierzu auch wesentlich beigetragen hat. Leider wurde die Zensuren in diesem Fach damals nicht erfasst.

Bei den übrigen Aspekten überwiegen mehr oder weniger deutlich die negativen Erinnerungen. Das betrifft vor allem für die Fächer Staatsbürgerkunde und Wehrunterricht.

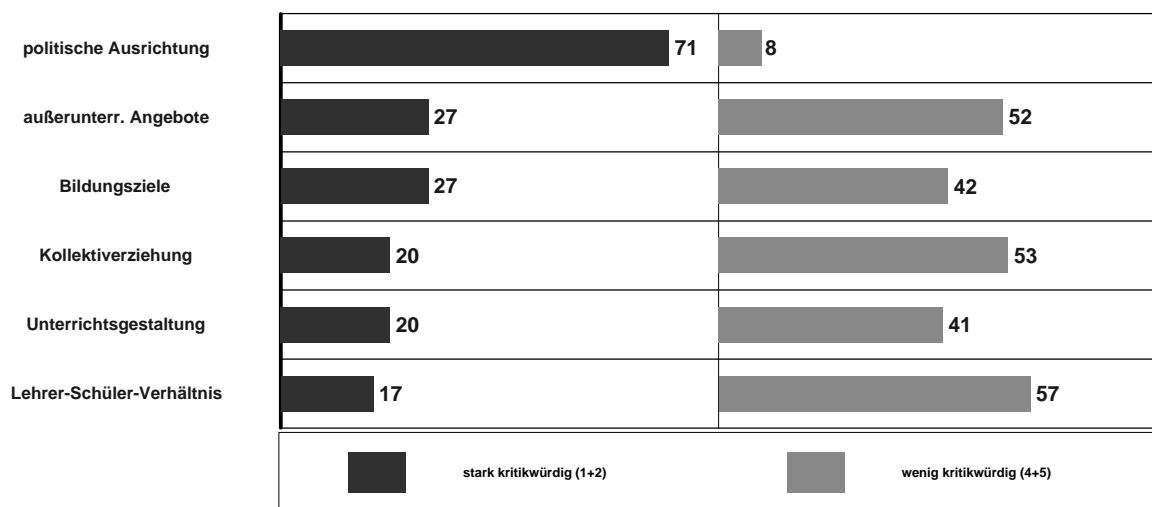
Die frühere Systembindung kommt auch bei diesen Erinnerungen zum Tragen. Früher stark systemverbundene TeilnehmerInnen äußern - vom Fach Sport abgesehen - durchweg weniger häufig negative Erinnerungen als nur schwach verbundene. Besonders gravierende Unterschiede bestehen im Hinblick auf das Fach Staatsbürgerkunde: Von den früher schwach systemverbundenen Befragten artikulieren 71 % negative und 7 % positive Erinnerungen; 22 % äußern sich ambivalent. Ganz anders die früher stark systemverbundenen: 36 % artikulieren negative und 10 % positive; 54 % haben „gemischte“ Erinnerungen. Auffällig ist, dass in Bezug auf die Jugendweihe Unterschiede zwischen beiden Extremgruppen bestehen, sowohl bei den stark als auch bei den schwach systemverbundenen Teilnehmern jedoch die positiven Erinnerungen überwiegen. Auch im Hinblick auf die Pionierzeit äußert die Hälfte der früher schwach systemverbundenen Teilnehmer (51 %) positive Erinnerungen (stark systemverbundene 81 %). Alles in allem wird sichtbar, dass die frühere Systembindung die Erinnerungen 1994 teilweise erheblich modifizierte.

Ähnlich differenzierte Urteile gaben die Panelmitglieder 1994 über verschiedene Aspekte der Schule ab:

Tabelle 10.36: Urteile im Jahr 1994 über die Schule vor der Wende
 „Wie beurteilen Sie heute die Schule im Hinblick auf die nachfolgend genannten Aspekte?“
 Die Schule war 1 sehr kritikwürdig 2,3,4,5 überhaupt nicht kritikwürdig

im Hinblick auf ...		1	2	(1+2)	3	4	5	X
die politische Ausrichtung	39	32	(71)	21	7	1	2,0	
die außerunterrichtlichen Angebote		10	17	(27)	21	29	23	3,4
die Bildungsziele		5	22	(27)	31	31	11	3,2
die Kollektiverziehung		6	14	(20)	27	32	21	3,5
die Unterrichtsgestaltung		2	18	(20)	39	31	10	3,3
das Lehrer-Schüler-Verhältnis		4	13	(17)	26	37	20	3,6

Abbildung 10.31: Anteile der Panelmitglieder mit kritischen bzw. weniger kritischen Urteilen über die Schule 1994



Mehrheitlich starke Kritik wird 1994 nur in Bezug auf die politische Ausrichtung der Schule geübt, alle anderen untersuchten Aspekte finden über oder knapp die Hälfte der

Panelmitglieder in der Rückschau wenig kritikwürdig. Das betrifft insbesondere das damalige Lehrer-Schüler-Verhältnis, an das sich nur 17 % mit negativem Vorzeichen erinnern, dafür aber 57 % mit positivem. Hervorzuheben ist auch die überwiegend positive Erinnerung an die damalige Kollektiverziehung, die darauf schließen lässt, dass die verschiedenen Kollektive, denen die Panelmitglieder in der Schulzeit angehörten, von den meisten als durchaus förderlich für ihre Entwicklung angesehen wurden. Das ist besonders interessant angesichts der Versuche, die frühere Kollektiverziehung („Kollektivismus“) als Quelle heutigen Rechtsextremismus hinzustellen. Erwähnenswert ist auch, dass die Bildungsziele - im Gegensatz zur politischen Ausrichtung - nur von 27 % der Befragten kritisch beurteilt werden.

Die frühere Systembindung beeinflusst alle Einschätzungen bis auf die Kollektiverziehung und die außerunterrichtlichen Angebote: Stark systemverbundene Befragte betrachten die Aspekte signifikant weniger häufig kritikwürdig als schwach systemverbundene, dafür häufiger wenig kritikwürdig. Charakteristisch dafür ist die Einschätzung der Bildungsziele: Von den früher stark Systemverbundenen finden diese 19 % kritikwürdig, aber 57 % nicht kritikwürdig; bei den früher schwach Systemverbundenen lauten diese Relationen dagegen 35 % gegenüber 29 %.

Für vier der genannten Aspekte liegen Daten aus dem Jahr 1990 (4. Welle) vor, die interessante Vergleiche ermöglichen. Wir stellen sie gegenüber:

Tabelle 10.37: Vergleich von Urteilen über die Schule vor der Wende 1990 und 1994 (jeweilige Gesamtgruppen: N 1990 = 275; 1994 = 248)
 „Wie beurteilen Sie heute die Schule im Hinblick auf die nachfolgend genannten Aspekte?“
 Die Schule war 1 sehr kritikwürdig 2,3,4,5 überhaupt nicht kritikwürdig

im Hinblick auf ...	1	2	(1+2)	3	4	5	X
<i>die politische Ausrichtung</i>							
1990	57	18	(75)	14	8	3	1,8
1994	39	32	(71)	21	7	1	2,0
<i>die außerunterrichtlichen Angebote</i>							
1990	37	28	(65)	21	9	5	2,2
1994	10	17	(27)	21	29	23	3,4
<i>die Bildungsziele</i>							
1990	23	31	(54)	26	16	4	2,5
1994	5	22	(27)	31	31	11	3,2
<i>die Unterrichtsgestaltung</i>							
1990	18	35	(53)	26	18	3	2,2
1994	2	18	(20)	39	31	10	3,2

Wie die Prüfung der Veränderungen im Längsschnitt ergibt, war außer bei der politischen Ausrichtung der Schule im Zeitraum zwischen 1990 (Frühjahr) und 1994 eine gravierende, signifikante Positivierung der Urteile eingetreten. Viele Panelmitglieder nahmen ihre kurz nach der Wende getroffene Kritik stark zurück, selbst im Hinblick auf die Bildungsziele.

Langzeitwirkungen der „Westkanäle“

Im Kapitel 2. hatten wir erwähnt, dass in der Endzeit der DDR die „Westsender“ von den Panelmitgliedern weitaus häufiger als die DDR-Sender für die Rezeption politischer Informationen genutzt wurden. Die Nachwirkungen dieser intensiven und dazu meist selektiven Nutzung sind noch heute nachweisbar, insbesondere bei Fragestellungen, welche die deutsche Einheit betreffen:

Tabelle 10.38: Zusammenhang zwischen früherer Westsenderrezeption und der Einstellung zur deutschen Einheit bzw. zum Untergang der DDR

„Freuen Sie sich darüber, dass die Einheit Deutschlands hergestellt ist?“

Westsender 1989	Darüber freue ich mich						X	n
	1	2	(1+2)	3	4	5		
täglich	26	38	(64)	35	0	1	2,10	189
mehrmals i. d. Woche	20	31	(51)	47	1	1	2,31	138
seltener/nie	18	29	(47)	43	8	2	2,47	49

(N = 376; r = .15; P = .004 sign.)

„Ich bin froh, dass es die DDR nicht mehr gibt.“

Das entspricht meiner Meinung

Westsender 1989	1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht						X	n
	1	2	(1+2)	3	4	5		
täglich	28	24	(52)	33	12	3	2,37	189
mehrmals i. d. Woche	23	18	(41)	35	16	8	2,68	140
seltener/nie	14	18	(32)	43	10	15	2,92	49

(N = 378; r = .17; P = .001)

Erkennbar ist, dass die Freude über die deutsche Einheit um so größer ist, je häufiger vor der Wende politische Informationen der Westsender empfangen wurden. Mit Hilfe einer zweifaktoriellen Varianzanalyse kann ein statistischer Artefakt ausgeschlossen werden, es besteht keine Wechselwirkung mit der früheren Systembindung. Sehr ähnlich ist der Zusammenhang zwischen früherer Westsenderrezeption und heutiger Einstellung zum Untergang der DDR. Auch in den vorangegangenen Wellen waren diese Zusammenhänge mehr oder weniger stark zu beobachten. Sie legen die Annahme nahe, dass eine intensive und zugleich meist selektive mediale Wahrnehmung der Vorzüge westlicher Lebensqualität im Kontrast zu manchen Alltagserfahrungen in der von der Krise gekennzeichneten DDR-Gesellschaft bei zahlreichen Teilnehmern langfristig mit den Boden dafür bereitet hat, die Vereinigung herbeizuwünschen und so selbst an der erstrebten Lebensqualität der Bundesrepublik teilzuhaben. Diese und weitere Ergebnisse lassen darauf schließen, dass die Rundfunk- und Fernsehsender der BRD durchaus Erfolg bei der Verwirklichung ihres Verfassungsauftrages hatten, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in ihren Sendungen zu beachten. Ziel des ZDF z.B. war es laut § 3 seiner Satzung: „In den Sendungen der Anstalt soll den Fernsehteilnehmern in ganz Deutschland ein objektiver Überblick über das Weltgeschehen, insbesondere ein umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit, vermittelt werden. Diese Sendungen sollen vor allem auch der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und der Verständigung unter den Völkern dienen.“ (zit. nach Weidenfeld/Korte 1991: 394).

Bemerkenswerte Langzeitwirkungen zeigen sich aber auch in Bezug auf das Selbstverständnis als Linker oder Rechter bzw. die Identifikation mit nationalistischen Orientierungen:

Tabelle 10.39: Zusammenhang zwischen früherer Westsenderrezeption und der Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum bzw. der Identifikation mit nationalistischen Orientierungen

Westsender 1989	Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum 2000			n
	links	weder-noch	rechts	
täglich	26	57	17	182
mehrmals i. d. Woche	29	61	10	132
seltener/nie	43	49	8	49

(N = 363; r = -.13; P = .014; die gering besetzte Ap 0 der Selbsteinstufung wurde eliminiert)

Nationalistische Orientierung 1995

„Die ehemaligen deutschen Gebiete im Osten sollten wieder zu Deutschland kommen.“

Westsender 1989	Das entspricht meiner Meinung					n	X	
	1	2	(1+2)	3	4			5
täglich	6	4	(10)	16	19	55	161	4,14
mehrmals i. d. Woche	1	6	(7)	6	12	75	107	4,54
seltener/nie	0	0	(0)	11	5	84	38	4,74

(N = 306; r = .20; P = .001)

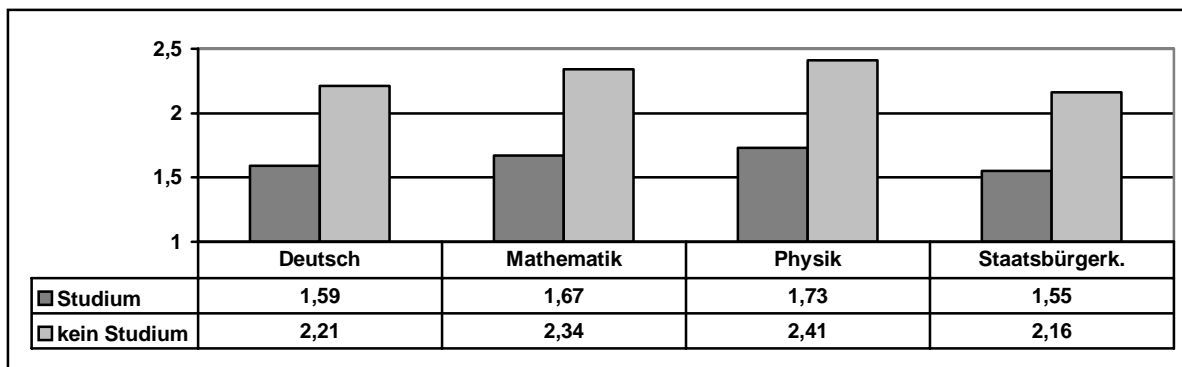
Aus dem oberen Teil der Tabelle geht hervor, dass mit zunehmender Häufigkeit der damaligen Rezeption politischer Informationen westlicher Sender der Anteil Linksorientierter zurück geht bzw. der Anteil Rechtsorientierter zunimmt. Der untere Teil zeigt exemplarisch Langzeitwirkungen auf die Akzeptanz nationalistischer Orientierungen, die sich insbesondere in der deutlich differierten Häufigkeit der Zurückweisung solcher Orientierungen äußert. Ähnliche Zusammenhänge bestehen in Bezug auf die Verharmlosung des Holocaust, hinsichtlich einer angeblichen Überlegenheit der Deutschen über andere Völker und weiterer rechtsextremer Einstellungen. Auch in diesen Fällen wurden statistische Artefakte mittels geeigneter statistischer Verfahren ausgeschlossen. (Ausführlicher zu Zusammenhängen zwischen Westsenderrezeption und politischen Einstellungen vgl. Förster 1995: 1212 ff.)

10.3. Bildungseinflüsse

In diesem Abschnitt wollen wir der Frage nachgehen, welchen Einfluss das Bildungsniveau der Panelmitglieder auf ihre heutigen politischen Einstellungen hat, insbesondere auf ihre Urteile über das jetzige Gesellschaftssystem und über die DDR. Für die Bestimmung des Bildungsniveaus nutzen wir die bei jeder Welle erhobenen Angaben der Panelmitglieder zu ihrem jeweiligen Tätigkeitsstatus. Bei Panelmitgliedern, die sich seit 1990 ein- oder mehrmals als „Student“ eingetragen haben (Kurzform: „Studium“), wird dabei von einem höheren Bildungsniveau ausgegangen als bei jenen, für die das nicht zutrifft („kein Studium“). Betont sei, dass es sich nicht in jedem Fall um ein abgeschlossenes Studium handeln muss; eine Information dazu liegt noch nicht vor. Wir verwenden die Angaben lediglich für einen Vergleich von zwei deutlich unterschiedlichen Stufen des Bildungsniveaus. Die Auswertung der Angaben zwischen 1990 und 2000 ergab, dass 30 % aller Panelmitglieder zumindest zeitweise studiert haben bzw. noch studieren.

Zunächst soll kurz das frühere Leistungsprofil der Panelmitglieder dargestellt werden, die nach der Wende (zeitweise) studierten bzw. noch studieren. Wir stützen uns dabei auf ihre damaligen Angaben zu den Zensuren in ausgewählten Fächern im Halbjahreszeugnis vom Februar 1989, erfragt im Rahmen der 3. Welle:

Abbildung 10.32: Zensurenmittelwerte in ausgewählten Fächern am Ende der 10. Klasse von Panelmitgliedern mit höherem bzw. weniger hohem Bildungsniveau (fünfstufige Zensuren-skala)



Ablesbar ist, dass die Panelteilnehmer, die später (zeitweise bzw. mit oder ohne Abschluss) studieren werden, 1989 in diesen vier wichtigen Fächern hoch signifikant bessere Zensuren aufzuweisen hatten als jene, die kein Studium aufnehmen werden. Dasselbe gilt für das Fach Russisch.

Demgegenüber bestehen keine signifikanten Unterschiede in den damals untersuchten politischen Grundeinstellungen:

Tabelle 10.40: Ausprägung ausgewählter politischer Grundeinstellungen im Frühjahr 1989
Davon bin ich überzeugt 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

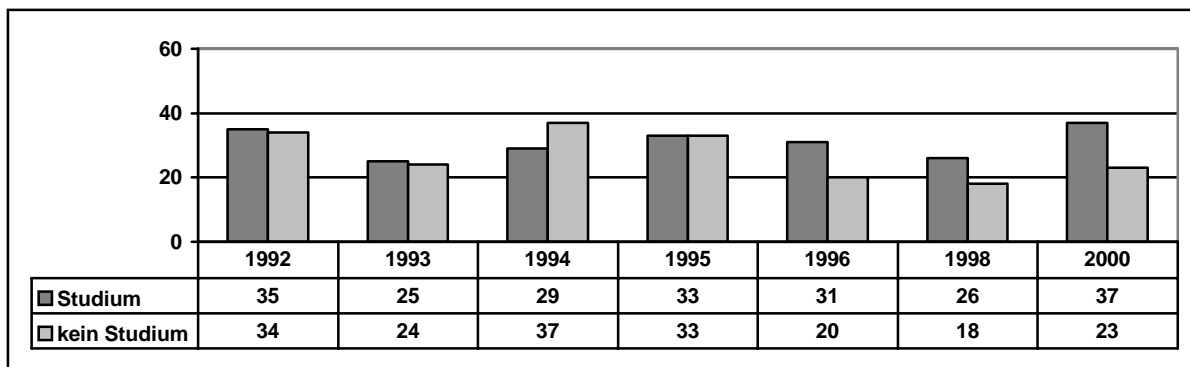
	1	2	3	4	5	X
Ich fühle mich mit der DDR eng verbunden						
Studium	24	42	20	11	3	2,27
kein Studium	19	47	22	8	4	2,34
Dem Sozialismus gehört die Zukunft						
Studium	30	34	26	6	4	2,20
kein Studium	34	30	24	8	4	2,18
Lebensziel: mich für die Stärkung der DDR einsetzen						
Studium	25	41	22	10	2	2,24
kein Studium	24	37	25	10	4	2,35

Bei keiner dieser und weiterer Einstellungen heben sich die beiden Teilgruppen signifikant voneinander ab. Für unsere Population bleibt festzuhalten, dass die Panelmitglieder, die nach der 10. Klasse der POS studierten, zwar leistungsmäßig deutlich besser waren als die übrigen Panelmitglieder, auf keinen Fall jedoch eine politische „Elite“ darstellten.

Nach dieser kurzen Charakteristik der Vorgeschichte wenden wir uns der Frage zu, ob bzw. inwieweit sich beide Gruppen heute so voneinander unterscheiden, dass ein Einfluss des Bildungsniveaus angenommen werden kann. Dabei ist stets zu berücksichtigen, dass die Grundlagen dafür bereits in der Schulzeit vor der Wende gelegt wurden.

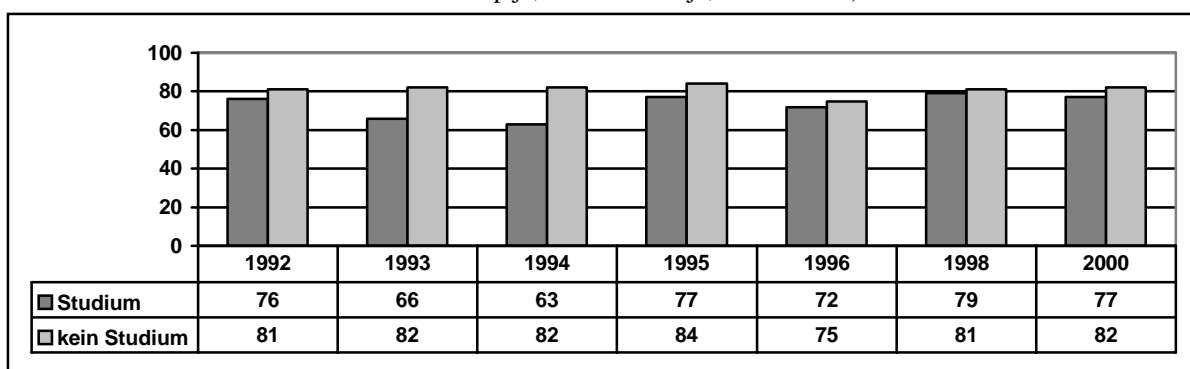
Um das wichtigste Ergebnis vorwegzunehmen: In Bezug auf die Einstellungen zum heutigen Gesellschaftssystem sind für die TeilnehmerInnen unserer Studie faktisch keine oder nur geringe Auswirkungen des Bildungsniveaus nachweisbar. Wir belegen dies exemplarisch anhand des Trends der Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 1992 und 2000:

Abbildung 10.33: Zufriedenheit mit dem politischen System bei Panelmitgliedern mit einem höheren bzw. weniger hohen Bildungsniveau, im Trend 1992 – 2000 (zusammengefasste Ap sehr zufrieden/zufrieden)



Signifikante Unterschiede zugunsten der Befragten mit einem höheren Bildungsniveau sind nur 1996 und 2000 auszumachen ($P = .032$ bzw. $.017$). Die praktische Relevanz der Unterschiede ist aber eher gering: auch zu diesen Zeitpunkten geht bei ihnen der Anteil, die sich mit dem politischen System identifizieren, nicht wesentlich über ein Drittel hinaus. Die für die Gesamtpopulation charakteristische kritische Sicht überwiegt auch bei ihnen deutlich. Gering ist der Einfluss des Bildungsniveaus im Hinblick auf die staatsbürgerliche Identifikation mit der Bundesrepublik:

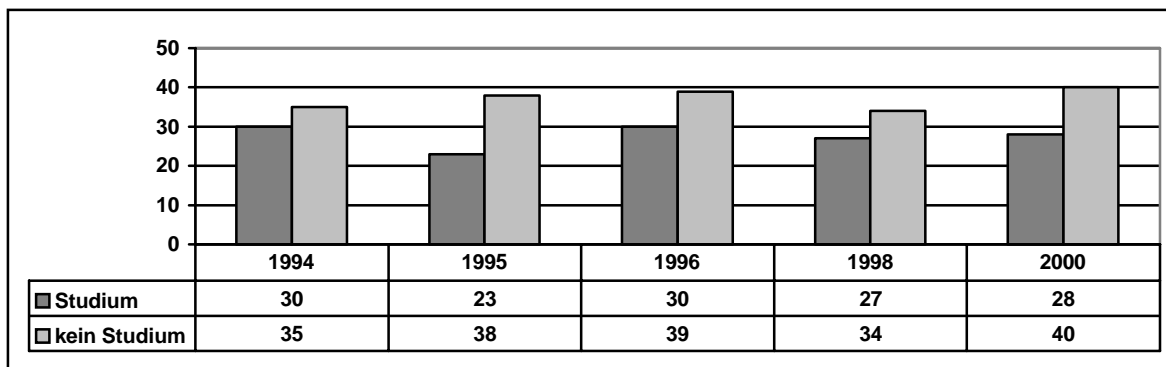
Abbildung 10.34: Ausprägung der staatsbürgerlichen Identifikation bei Panelmitgliedern mit einem höheren bzw. weniger hohen Bildungsniveau, im Trend 1992 – 2000 (zusammengefasste Anteile der Ap ja, vollkommen/ja, etwas schon)



Panelmitglieder mit einem höheren Bildungsniveau fühlen sich tendenziell weniger häufig als Bundesbürger als jene mit einem weniger hohen, 1993 und 1994 war der Unterschied sogar signifikant.

Unterschiede, die auf einen Bildungseinfluss hindeuten, bestehen bei kritischen Urteilen über die DDR wie z.B. ihre Gleichsetzung mit einem „Knast für ihre Bürger“:

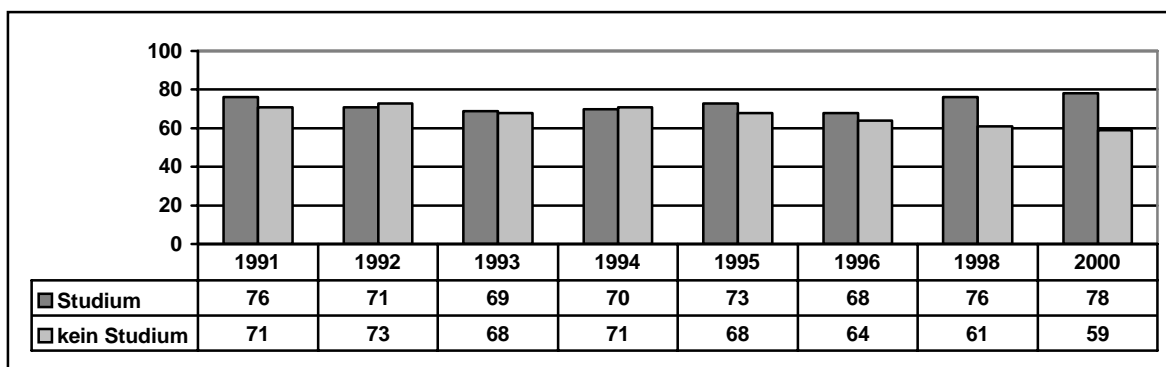
Abbildung 10.35 : Zustimmung zur These, bei der DDR habe es sich um einen „Knast für die Bürger“ gehandelt, bei Panelmitgliedern mit höherem bzw. weniger hohem Bildungsniveau, im Trend 1994 – 2000 (zusammengefasste Ap uneingeschränkte/ingeschränkte Zustimmung)



Panelmitglieder mit höherem Bildungsniveau stehen der DDR offenbar weniger kritisch gegenüber. Sie setzen die DDR signifikant (1995: $P = .017$; 2000: $P = .044$) oder tendenziell weniger häufig (1996: $P = .065$) mit einem „Knast“ für ihre Bürger gleich als nicht studierte, sind weniger häufig zu ihrer völligen Verurteilung bereit.

Die Vermutung, dass Panelmitglieder mit einem höheren Bildungsniveau zuversichtlicher im Hinblick auf die Verwirklichung ihrer beruflichen Pläne sind, scheint sich in jüngster Zeit zu bestätigen:

Abbildung 10.36: Berufliche Zukunftszuversicht bei Panelmitgliedern mit höherem bzw. weniger hohem Bildungsniveau im Trend 1991 – 2000 (zusammengefasste Ap sehr zuversichtlich/zuversichtlich)



Erst die Werte von 1998 und 2000 unterscheiden sich signifikant zugunsten derer mit Studium ($P = .006$ bzw. $.001$). Bei näherer Betrachtung fällt allerdings auf, dass diese Unterschiede nicht für jene gelten, die bereits von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Höher gebildete Teilnehmer mit dieser Erfahrung blicken nicht hoffnungsvoller in ihre berufliche Zukunft als weniger hoch gebildete! Arbeitslosigkeit paralyisiert offensichtlich mögliche Bildungsvorteile. Dazu passt, dass studierte TeilnehmerInnen nicht häufiger als nicht studierte meinen, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben. Der bereits erwähnte Absturz der Zukunftszuversicht nach der Wende gilt also auch für jene, die sich ein höheres Bildungsniveau erarbeitet haben, insbesondere dann, wenn sie Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen mussten.

Eine Teilnehmerin schrieb in diesem Zusammenhang:

„Natürlich gab es auch negative Erlebnisse, zum Beispiel dass ich nach Beendigung meiner Lehre keine Arbeitsstelle im erlernten Beruf fand. Somit habe ich mich entschlossen, ein Studium zum staatlich geprüften Wirtschaftler für Landwirtschaft ... zu absolvieren. Wieder 1 ½ Jahre auch der Schulbank verbracht, um nicht auf der Straße zu sitzen, ohne Job und Zukunft. Aber auch das Studium hat mir nicht den ersehnten Erfolg auf Arbeit verschafft.“

An anderer Stelle haben wir bereits erwähnt, dass erfahrene Arbeitslosigkeit die Zufriedenheit mit dem Einkommen deutlich dämpft. Das gilt auch für TeilnehmerInnen mit einem höheren Bildungsniveau. In den Untersuchungsjahren 1996, 1998 und 2000 äußern sie sich signifikant häufiger zufrieden mit ihren Einkommen als jene, die nicht studierten (z.B. 2000: 70 % gegenüber 58 %). Differenzieren wir die studierten Panelmitglieder jedoch weiter nach dem Merkmal erfahrene Arbeitslosigkeit, dann steigt die Zufriedenheitsquote bei denen auf 82 % an, die nicht arbeitslos waren bzw. geht auf 57 % bei jenen zurück, die diese Erfahrung machen mussten und dadurch sehr wahrscheinlich Einkommensverluste hinnehmen mussten. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Zufriedenheit mit den Chancen, im Leben durch Leistung voranzukommen:

Tabelle 10.41: Zufriedenheit mit den Chancen, im Leben durch Leistung voranzukommen, im Trend
 „Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, die Sie in der jetzigen Gesellschaft haben, es im Leben *durch Leistung* zu etwas zu bringen?“

	1 zufrieden	2 eher zufrieden als unzufrieden	3	4 unzufrieden
	1	2	3	4
1998				
Studium	19	59	15	7
kein Studium	15	49	31	5
2000				
Studium	33	40	19	8
kein Studium	18	46	31	5
> Studium:				
arbeitslos gewesen	23	40	29	8
nicht arbeitslos gewesen	41	41	10	8

In den Jahren 1995 und 1996 (nicht dargestellt) treten zunächst überhaupt keine Unterschiede hervor, wobei bei beiden Gruppen nur der weitaus kleinere Teil einschränkungslos zufrieden ist. 1998 und 2000 stimmen Panelmitglieder mit höherem Bildungsniveau zwar signifikant häufiger als jene mit geringerem Bildungsniveau zu, die Chance zu sehen, durch Leistung voranzukommen. Im Grunde trifft das aber vorwiegend für diejenigen von ihnen zu, die nicht arbeitslos waren bzw. sind.

Beträchtlichen Einfluss nimmt das Bildungsniveau auf die Einstellung zu den Parteien:

Tabelle 10.42: Erleben der Interessenvertretung durch die Parteien im Trend 1993 bis 2000 (reduzierte Darstellung)
 „Von welcher Partei fühlen Sie sich am besten vertreten?“

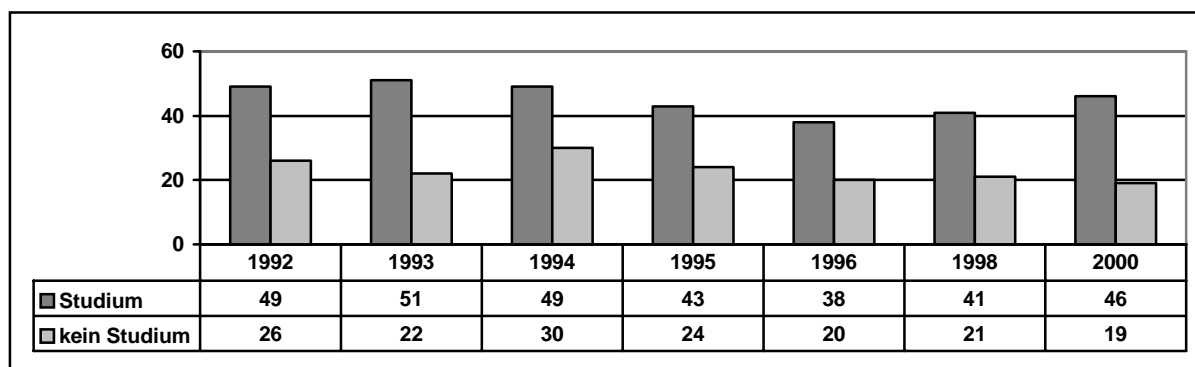
		von keiner	SPD	Grüne	PDS	CDU/CSU
1993	Studium	43	8	26	10	5
	kein Studium	56	10	8	5	9
1995	Studium	36	7	14	23	18
	kein Studium	48	10	6	10	23
1998	Studium	41	18	10	17	12
	kein Studium	52	18	3	9	12
2000	Studium	42	15	4	15	18
	kein Studium	47	12	2	8	23

Anmerkung: Nicht dargestellt sind aus Gründen der Übersichtbarkeit die Prozentwerte für Republikaner, FDP und „eine andere Partei“.

In allen vier Wellen unterscheiden sich die Präferenzen der Panelmitglieder mit einem höheren bzw. weniger hohen Bildungsniveau. Generell entscheiden sich studierte Teilnehmer häufiger für eine der vorgegebenen Parteien als nicht studierte. Wesentlich ist aber vor allem, dass Erstere erheblich häufiger linke Parteien präferieren als Letztere. Dabei widerspiegeln die Zeitreihen der studierten Panelmitglieder sehr drastisch die bereits an anderer Stelle erwähnte Abwendung von den Grünen/Bündnis 90.

Diese bei den studierten Teilnehmern erkennbare Präferenz linker Parteien korreliert erwartungsgemäß mit ihrer politisch-weltanschaulichen Position, ihrer Selbsteinordnung in das Links-Rechts-Spektrum:

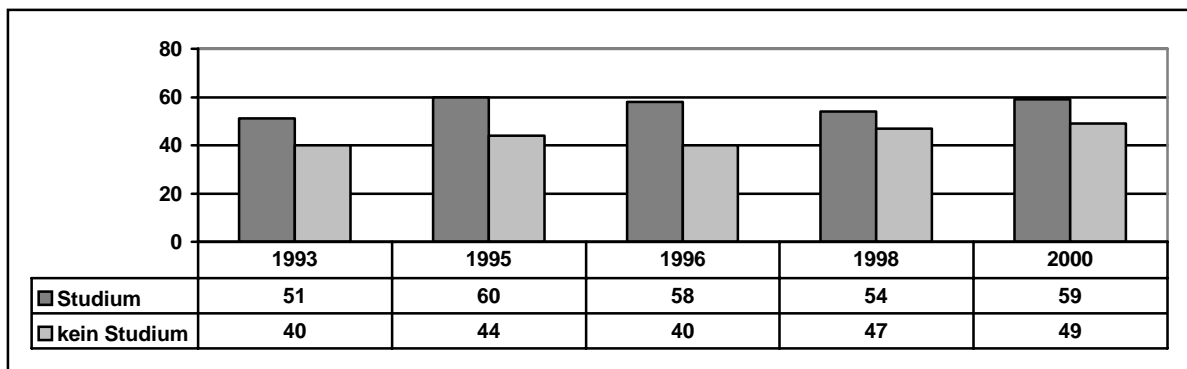
Abbildung 10.37: Anteil Linksorientierter bei Panelmitgliedern mit höherem bzw. weniger hohem Bildungsniveau, im Trend 1992 – 2000 (zusammengefasste Ap „links“ und „eher links als rechts“)



Die Abbildung lässt den entscheidenden Unterschied zwischen beiden Gruppen deutlich erkennen: TeilnehmerInnen mit höherem Bildungsniveau fühlen sich erheblich häufiger als Linksorientierte (und entsprechend seltener als Rechtsorientierte) als jene mit geringerem Bildungsniveau. Hinzu kommt, dass auch die Stabilität der vertretenen Position bei den studierten Teilnehmern signifikant höher ist als bei den nicht studierten. Aus dem Längsschnittkoeffizienten KOP geht hervor: Zwischen 1992 und 2000 haben von Ersteren 76 % ihre (überwiegend linke) Position beibehalten, von Letzteren 61 %.

Ein weiterer Beleg für die starke Linksorientierung der TeilnehmerInnen mit höherem Bildungsniveau ist ihre vergleichsweise stärkere Identifikation mit sozialistischen Idealen, die in allen Untersuchungswellen, aus denen entsprechende Informationen vorliegen, signifikant (1995, 1996, 2000) oder tendenziell (1993, 1998) hervortritt:

Abbildung 10.38: Anteil der Befragten, die sich mit sozialistischen Idealen identifizieren, bei Panelmitgliedern mit höherem bzw. weniger hohem Bildungsniveau, im Trend 1993 - 2000 (zusammengefasste Ap „sehr dafür“ und „eher dafür als dagegen“)



Die erwähnte überwiegende Linksorientierung der TeilnehmerInnen mit höherem Bildungsniveau widerspiegelt sich nicht zuletzt auch in ihrer positiven emotionalen Einstellung gegenüber Ausländern; wir kommen im folgenden Exkurs „Einstellung zu Ausländern“ darauf zurück.

Alles in allem stellt sich der Einfluss des Bildungsniveaus differenziert dar. Generell gilt für unsere Studie: Panelmitglieder mit einem höheren Bildungsniveau bejahen das jetzige Gesellschaftssystem nicht deutlich häufiger als jene mit einem weniger hohen. Sie geben sich häufiger als Linksorientierte zu erkennen, präferieren auch häufiger linke Parteien, identifizieren sich häufiger mit linken Idealen und stehen Ausländern positiver gegenüber als weniger gebildete Panelmitglieder.

11. Exkurs I : Ausländerfeindlichkeit – Erbe der DDR-Sozialisation?

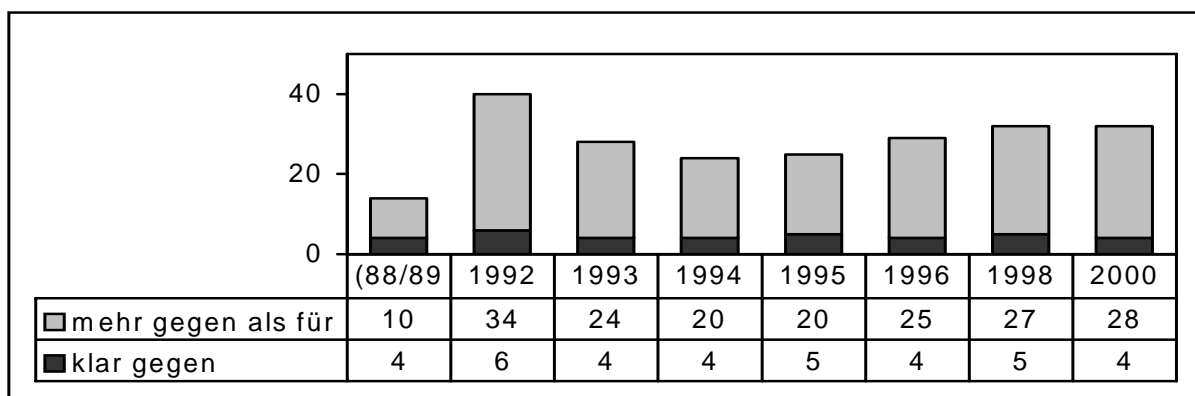
Das Thema Ausländer und Ausländerfeindlichkeit spielte im gesamten Untersuchungszeitraum nach der Wende eine erhebliche Rolle, vor allem Anfang der 90er Jahre. Hier sei nur kurz an die schockierenden Ereignisse von Hoyerswerda, Rostock und Solingen erinnert, die eine hohe Signalwirkung hatten und starke Mobilisierungseffekte vor allem bei Jugendlichen nach sich zogen. Die Untersuchung der Einstellung der Panelmitglieder zu Ausländern war und ist jedoch kein Schwerpunkt dieser Studie, sie wäre angesichts der Komplexität dieser Erscheinung überfordert gewesen. Dennoch sind die hierzu bisher gewonnenen Ergebnisse von Interesse, zumal sie mit Hilfe bewährter und aussagekräftiger Fragestellungen gewonnen wurden und bemerkenswerte Trends sichtbar machen. Außerdem sind sie geeignet, den in Mode gekommenen Behauptungen zu widersprechen, wonach heutige Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland ein „Erbe“ der DDR-Sozialisation sei.

Im Rahmen der 7. Welle 1992 wurden neben einer grundsätzlichen Frage zur Einstellung zu Ausländern viele weitere Aspekte der Beziehungen zu Ausländern untersucht, auf die wir noch näher eingehen. Zunächst dokumentieren wir den zwischen 1992 und 2000 erhobenen Trend der Gefühlseinstellung zu Ausländern, d.h. die Zuneigungen/Sympathien bzw. Ablehnung/Antipathien der Panelmitglieder ihnen gegenüber.

Tabelle 11.1: Emotionales Verhältnis zu Ausländern im Trend 1992 bis 2000
 „Wie ist - ganz allgemein - Ihre Einstellung zu Ausländern?“
 Ich bin gefühlsmäßig ...
 1 klar gegen Ausländer
 2 mehr gegen als für Ausländer
 3 weder gegen noch für Ausländer
 4 mehr für als gegen Ausländer
 5 klar für Ausländer

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)	X
1992	6	34	(40)	31	21	8	(29)	2,9
1993	4	24	(28)	33	28	11	(39)	3,2
1994	4	20	(24)	31	32	13	(45)	3,3
1995	5	20	(25)	44	22	9	(31)	3,1
1996	4	25	(29)	44	16	11	(27)	3,1
1998	5	27	(32)	43	19	6	(25)	3,0
2000	4	28	(32)	43	18	7	(25)	3,0

Abbildung 11.1: Anteil der TeilnehmerInnen mit ablehnender Einstellung gegenüber Ausländern seit 1988/89 bzw. 1992 im Trend (zusammengefasste Ap 1 und 2)

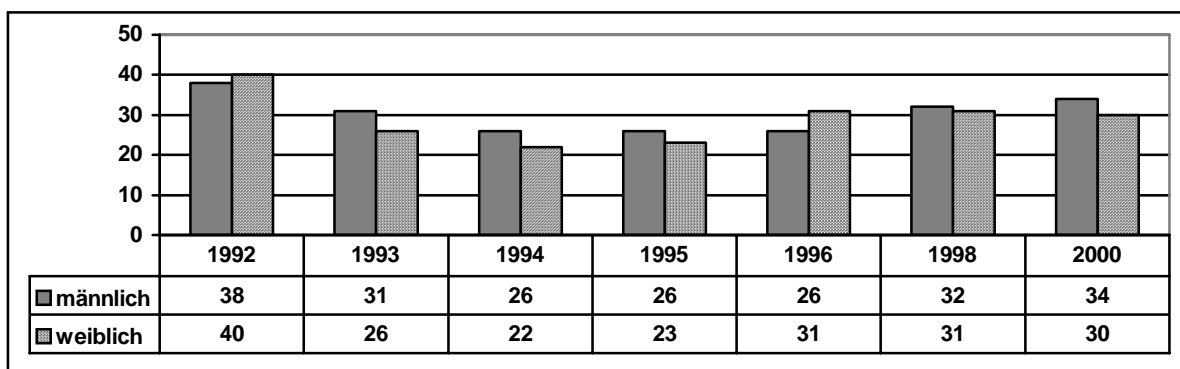


Im Jahr 2000 sind mehr Untersuchungsteilnehmer gegen als für Ausländer eingestellt: 32 % gegenüber 25 %. Der Trend zeigt, dass die Ablehnung nach der sehr starken Ausprägung

1992 (Widerspiegelung der damaligen Eskalation ausländerfeindlicher Aktionen) deutlich zurückgegangen war, ab 1996 jedoch wieder leicht angestiegen ist und seitdem auf hohem Niveau verharrt. Allerdings ist auch erkennbar, dass nur der weitaus kleinere Teil der Panelmitglieder einschränkungslos ablehnend ist, die meisten äußern eingeschränkte Ablehnung. Die Daten von 1988/89 bedürfen der Erläuterung: Im Rahmen der 8. Welle 1992 hatten wir die TeilnehmerInnen gebeten, sich daran zu erinnern, wie ihre Einstellung zu Ausländern kurz vor der Wende war („1988/89, als Sie die 10. Klasse besuchten“). Diese Rückschau von 1992 auf die Zeit unmittelbar vor der Wende ist natürlich mit gewissen Verzerrungen behaftet. Sie lässt aber mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf schließen, dass auch damals nach den eigenen Angaben der Panelmitglieder ein kleiner Teil von ihnen (14 %) gegen Ausländer eingestellt war. Hinzuzufügen ist allerdings, dass nicht jeder, der 1992 gegen Ausländer eingestellt war, dies auch bereits für die Zeit vor der Wende einräumt. Eine solche Kontinuität trifft nur für knapp jeden Dritten (29 %) von ihnen zu. Nach der Wende erhöhte sich dann der Anteil ablehnender Teilnehmer sehr deutlich.

Zwischen den Geschlechtergruppen besteht zu keinem Zeitpunkt ein signifikanter Unterschied, die Trends ähneln sich sehr stark:

Abbildung 11.2: Anteil der Panelmitglieder mit ablehnender Einstellung gegenüber Ausländern im Trend 1992, nach Geschlechtergruppen differenziert (zusammengefasste Ap 1 und 2)



Den Daten unserer Studie zufolge wirken die von den spezifischen Bedingungen Anfang der 90er Jahre geprägten, zu einem beträchtlichen Teil ablehnenden Einstellungen gegenüber Ausländern noch heute nach. Die Möglichkeit der Berechnung von Korrelationsanalysen über längere Zeitabschnitte hinweg belegt das sehr klar:

Tabelle 11.2: Größe der Korrelationskoeffizienten r zwischen den Messwerten der Einstellung zu Ausländern der 7. Welle 1992 und den folgenden Wellen:

Jahr	1993	1994	1995	1996	1998	2000
Korrelationskoeffizient r	.72	.67	.61	.55	.53	.47
Überschreitungswahrscheinlichkeit P	.000	.000	.000	.000	.000	.000

Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur Messung 1992 geht die Stärke des Zusammenhanges zwar zurück, doch besteht selbst nach 8 Jahren noch eine signifikante und durchaus relevante nachhaltige Beziehung zwischen den Einstellungen von 1992 und 2000 ($r = .47$; $P = .000$).

Im Rahmen der 7. Welle Anfang 1992 wurden über den erwähnten Standardindikator hinaus weitere Fragen zum Thema Ausländer gestellt. Über die Ergebnisse soll kurz berichtet werden, weil sie einen gewissen Einblick in die damalige Situation geben. Aufschlussreich sind

die Schätzungen der TeilnehmerInnen über den Anteil von Ausländern an der Bevölkerung in Ostdeutschland:

Tabelle 11.3: Geschätzter Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in Ostdeutschland 1992
 „Was meinen Sie: Wie viele Ausländer gibt es jetzt in Ostdeutschland im Verhältnis zur Einwohnerzahl?“

	etwa 1 %	bis 3 %	bis 5 %	bis 10 %	über 10 %
Gesamtgruppe	6	23	31	24	16
männlich	9	32	34	18	7
weiblich	4	17	27	29	23

Der Anteil von Ausländern in Ostdeutschland (er betrug damals etwa 1 %) wurde erheblich überschätzt, von den jungen Frauen noch mehr als von den jungen Männern. Das ergaben auch unsere damaligen repräsentativen Untersuchungen bei der sächsischen Schuljugend und bei 19- bis 25-Jährigen in Sachsen. So nahmen von den Letzteren ebenfalls nur rund ein Drittel (34 %) einen Ausländeranteil in Ostdeutschland bis 3 % an.

Knapp die Hälfte der Panelmitglieder (45 %) äußerte sich damals negativ über die Zahl der Ausländer, von den männlichen signifikant mehr als von den weiblichen:

Tabelle 11.4: Bewertung der Anzahl der Ausländer in Ostdeutschland 1992
 „Was würden Sie generell zur Anzahl der Ausländer in Ostdeutschland sagen?“

- 1 Jeder Ausländer ist einer zuviel
- 2 Es sind zu viele
- 3 Es sind viele, aber nicht zu viele
- 4 Es sind nicht zu viele

	1	2	(1+2)	3	4
Gesamtgruppe	3	42	(45)	44	11
männlich	7	42	(49)	37	14
weiblich	1	41	(42)	50	8

Aufschlussreich sind die folgenden Zusammenhänge mit der emotionalen Einstellung zu Ausländern:

Tabelle 11.5: Einstellung der Panelmitglieder zu Ausländern 1992, differenziert betrachtet
 „Ich bin gefühlsmäßig ...“

- 1 klar gegen Ausländer
- 2 eher gegen als für Ausländer
- 3 weder gegen noch für Ausländer
- 4 eher für Ausländer
- 5 klar für Ausländer

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>Schätzung des Anteil von Ausländern</i>						
bis 3 %	5	16	(21)	38	27	14
bis 5 %	3	40	(43)	34	16	7
über 5 %	7	36	(43)	36	17	4
<i>Bestehende Freundschaftsbeziehungen</i>						
ja	2	12	(14)	37	30	10
nein	8	39	(47)	36	14	3
<i>Angst vor weiterer Einwanderung von Ausländern</i>						
stark	21	59	(80)	20	0	0

eher stark	2	41	(43)	46	11	0
eher schwach	0	18	(18)	44	36	2
schwach	3	0	(3)	25	28	44

Systembindung 1989

stark	5	28	(33)	43	19	5
mittel	2	38	(40)	36	17	7
schwach	10	27	(37)	29	21	13

Bemerkenswert ist, dass die Ausländerablehnung vor allem bei jenen stark war, die den Ausländeranteil zu hoch einschätzten - ein typisches Beispiel für den wechselseitigen Zusammenhang zwischen affektiver Ablehnung eines „Feindes“ und der angstbesetzten Überschätzung seiner Größe und Macht. Das Bestehen freundschaftlicher Beziehungen zu Ausländern förderte erwartungsgemäß ein positives Verhältnis zu ihnen. Sie waren jedoch zu wenig verbreitet: Nur knapp ein Drittel der Panelmitglieder (31 %) bestätigte damals solche Beziehungen, die überwiegende Mehrheit (69 %) hatte keine. Hier haben wir es zweifellos noch mit einer Nachwirkung der Situation in der DDR zu tun, der weitgehenden Ghettoisierung der hier lebenden Ausländer, die eine Aufnahme freundschaftlicher Kontakte, den Umgang mit Ausländern überhaupt erschwerte.

Ein enger wechselseitiger Zusammenhang bestand mit der damals von vielen geäußerten Angst vor einer zunehmenden Einwanderung von Ausländern: Je stärker diese Angst ausgeprägt war, um so stärker war auch die Ablehnung von Ausländern (und umgekehrt; 1992 $r = .67$; $P = 000$).

Die Ausprägung dieser Angst wurde von uns leider nur zwischen Dezember 1990 (5. Welle) und 1993 (9. Welle) erfasst:

Tabelle 11.6: Ausprägung der Angst vor zunehmender Einwanderung von Ausländern im Trend zwischen 1990 und 1993

	„Fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“ Angst vor zunehmender Einwanderung von Ausländern					
	1 stark	2 eher stark	3 eher schwach	4 schwach		
	1	2	(1+2)	3	4	X
1990 (5. Welle)	28	27	(55)	31	14	2,3
1991	25	30	(55)	23	22	2,4
1992	19	28	(47)	36	17	2,5
1993	17	19	(36)	38	26	2,7

Während 1990 und 1992 noch die reichliche Hälfte der TeilnehmerInnen Ängste äußerte, ging dieser Anteil 1993 auf rund ein Drittel zurück. Erwähnenswert ist, dass die damals von sehr vielen geäußerte Angst vor eigener Arbeitslosigkeit im (wechselseitigen) Zusammenhang mit der Angst vor einer weiteren Zuwanderung von Ausländern stand: Je stärker die Angst vor eigener Arbeitslosigkeit war, desto stärker war zugleich die Angst vor weiterer Zuwanderung von Ausländern (und umgekehrt; $P = .003$).

Wie aus Tabelle 11.5 ebenfalls hervorgeht, bestand 1992 (wie auch danach) kein signifikanter Zusammenhang mit der Systembindung vor der Wende ($P = .964$). Von Ausländerablehnung als einem „Erbe“ der politischen DDR-Sozialisation konnte schon damals keine Rede sein; wir kommen darauf zurück.

Ziemlich viele Panelmitglieder akzeptierten Anfang der 90er Jahre ausländerfeindliche Parolen:

Tabelle 11.7: Akzeptanz ausländerfeindlichen Parolen
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
<i>„Deutschland den Deutschen!“</i>							
1992	11	11	(22)	19	16	43	3,7
1993	6	14	(20)	18	17	45	3,8
1995	8	11	(19)	20	15	46	3,8
<i>„Ausländer raus“</i>							
1992	6	9	(15)	19	15	51	4,0
1993	5	9	(14)	16	16	54	4,1

Festzuhalten bleibt, dass die Situation in Bezug auf die Einstellung der Panelmitglieder zu Ausländern Anfang der 90er Jahre - vielfach Widerspiegelung tiefgehender gesellschaftlicher Umbrüche - in ihrem Bewusstsein noch immer nachwirkt, ihr heutiges Verhältnis zu Ausländern mit bestimmt.

Die folgende Tabelle beinhaltet die Darstellung von im Jahr 2000 ermittelten Zusammenhängen zwischen der Einstellung zu Ausländern einerseits und in der Studie erfassten Einflussfaktoren andererseits. Wir wählen bewusst diese ausführliche und differenzierte Darstellung, weil sie nachprüfbar ist, die Richtung des Zusammenhangs abgelesen werden kann und vor allem die Vielschichtigkeit der Bedingungen sichtbar macht. Alle aufgeführten Zusammenhänge sind statistisch hoch signifikant.

Tabelle 11.8: Einstellung zu Ausländern 2000, differenziert nach ausgewählten relevanten Merkmalen (reduzierte Darstellung)

Ich bin gefühlsmäßig			
	1+2 (gegen)	3 (neutral)	4+5 (für)
<i>Gesamt 2000</i>	32	43	25
<i>a) Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum 2000</i>			
Linksorientiert	10	32	58
weder-noch	32	52	16
Rechtsorientiert	86	14	0
<i>b) persönlicher Zukunftsoptimismus 2000</i>			
optimistisch	26	35	39
eher optimistisch	35	45	20
eher pessimistisch/pessimistisch	46	50	4
<i>c) berufliche Zukunftszuversicht 2000</i>			
sehr stark	27	30	43
stark	30	46	24
mittel bis schwach	38	42	20
<i>d) Zukunftszuversicht für Entwicklung in Ostdeutschland</i>			
sehr stark	20	33	47
stark	33	39	28
mittel	30	47	23
schwach/sehr schwach	43	37	20
<i>e) Zufriedenheit mit dem Einkommen</i>			
zufrieden	25	37	38

eher zufrieden	31	43	26
eher unzufrieden	33	47	20
unzufrieden	43	38	19

f) Angst vor weiterer Verteuerung des Lebens

stark	40	46	14
eher stark	32	41	27
eher schwach/schwach	17	38	45

g) Erfahrung: Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse

stimmt vollkommen/mit Einschränkung	36	45	19
stimmt teils-teils	32	40	28
stimmt kaum/nicht	22	40	38

h) Zufriedenheit mit dem politischen System 2000

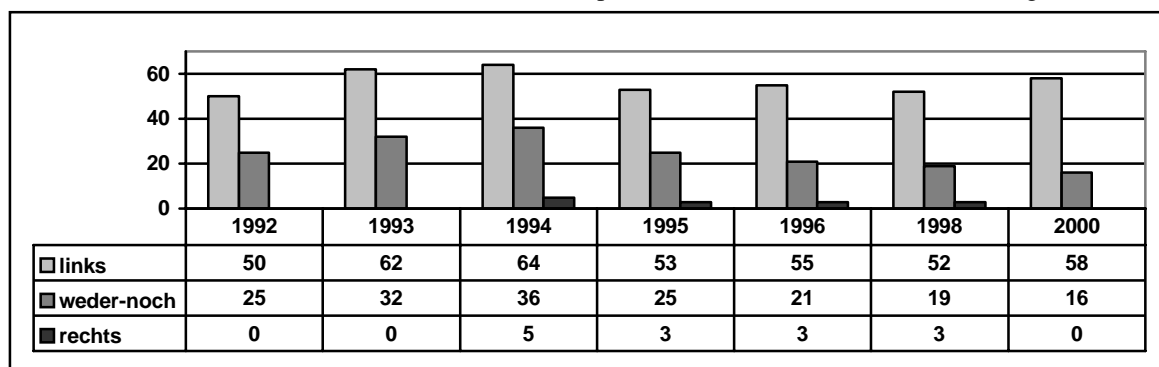
sehr zufrieden/zufrieden	21	46	33
weniger zufrieden	34	43	23
unzufrieden	43	37	20

i) Bildungsniveau

Studium	22	36	42
kein Studium	37	45	18

Am stärksten von den in der Studie erfassten Faktoren beeinflusst offensichtlich die politisch-weltanschauliche Position (a) das emotionale Verhältnis zu Ausländern. Das trifft auch auf alle vorangegangenen Welle zu. Die folgende Abbildung veranschaulicht das anhand des Trends der Prozentquoten von Panelmitgliedern mit positiver Einstellung zwischen 1992 und 2000:

Abbildung 11.3: Anteile der Panelmitglieder mit positiver Einstellung zu Ausländern (Ap 4 und 5) im Trend 1992 bis 2000, differenziert nach der politisch-weltanschaulichen Orientierung



Hervorhebenswert ist, dass in der großen Untergruppe der „Vertreter der Mitte“ nach 1994 der Anteil derer signifikant zurückgegangen ist, die eine positive Beziehung zu Ausländern äußern.

Die Einstellung zu Ausländern hat auch sehr viel mit dem Vorzeichen der Zukunftszuversicht zu tun: Je pessimistischer, ungewisser die eigene Zukunft gesehen wird, um so stärker ist die Ablehnung von Ausländern (b). Noch deutlicher geht das aus einer bedingten Längsschnittkorrelation hervor:

Tabelle 11.9: Längsschnittanalyse der Veränderung der Einstellung zu Ausländern zwischen 1993 und 2000, differenziert nach in der in diesem Zeitraum erfolgten Veränderung des persönlichen Zukunftsoptimismus

Einstellung zu Ausländern:	1 klar gegen Ausländer
	2 eher gegen als für Ausländer
	3 weder gegen noch für Ausländer
	4 eher für als gegen Ausländer

- 3 weder gegen noch für Ausländer
 4 mehr für als gegen Ausländer
 5 klar für Ausländer

	1+2 (gegen)	3 (neutral)	4+5 (für)
<i>a) Systembindung Frühjahr 1989:</i>			
stark	35	36	29
mittel	30	51	19
schwach	30	40	30
(P = .345; es besteht <i>kein</i> Zusammenhang)			
<i>b) Politische Identifikation mit der DDR Frühjahr 1989</i>			
uneingeschränkt	27	44	29
eingeschränkt	36	40	24
mittel	35	37	28
kaum/überhaupt nicht	24	48	28
(P = .790; es besteht <i>kein</i> Zusammenhang)			
<i>c) Kollektivorientierung 1989:</i>			
sehr stark	34	39	27
stark	30	41	29
mittel bis schwach	30	54	16
(P = .817; es besteht <i>kein</i> Zusammenhang)			
<i>d) Note im Fach Staatsbürgerkunde 1989</i>			
Note 1	29	33	38
Note 2	34	47	19
Note 3,4	34	44	22
(P = .002; Zusammenhang besteht)			

(Bei den Merkmalen „Politische Identifikation mit der DDR“ und „Kollektivorientierung“ vor der Wende stützen wir uns wie beim bereits erwähnten Merkmal „Systembindung“ auf Ergebnisse, die im Rahmen der 3. Etappe im Frühjahr 1989 mittels geeigneter Indikatoren zu deren Ausprägung gewonnen wurden.)

Die unter a) bis c) angeführten Verteilungen und Koeffizienten verweisen auf „Nullkorrelationen“. Das gilt für die frühere Systembindung (a) ebenso wie für die damalige politische Identifikation mit der DDR (b). Aber auch die in der DDR praktizierte Gruppen-/Kollektiverziehung hat bei den in unsere Studie einbezogenen jungen Ostdeutschen nicht jene negativen Auswirkungen, wie sie immer wieder unterstellt werden (vgl. u.a. Pfeiffer 1999: 60 ff.). Panelmitglieder, die in der 10. Klasse nach ihrer Zugehörigkeit zu zahlreichen Gruppen/Kollektiven (vom Kindergarten bis zu Pionier-, FDJ- und Sportkollektiven) sehr stark kollektivorientiert waren (c), äußern heute nicht häufiger eine Ablehnung von Ausländern als jene, für die das nicht in diesem Maße zutrif. Für die Richtigkeit solcher Unterstellungen gibt es aus der Sicht dieser Studie keinerlei Anhaltspunkte, wir betrachten sie als reine Spekulationen.

Diese Aussagen werden durch eine zusätzlich berechnete multiple Regressionsanalyse mit der Einstellung zu Ausländern als abhängige Variable bestätigt. Die in sie mit aufgenommenen Merkmale „Systembindung“, „DDR-Identifikation“ und „Kollektivorientierung“ leisten keinen Beitrag zur Erklärung der Varianz und fielen deshalb aus den Berechnungen heraus.

Beachtenswert ist auch die positive Korrelation mit der Note im Fach Staatsbürgerkunde am Ende der 10.Klasse (d). Panelmitglieder mit der besten Note 1 in diesem Fach sind Ausländern gegenüber signifikant positiver eingestellt als jene mit der Note 3 oder schlechter. Diese Erscheinung ist zu allen Untersuchungszeitpunkten ab 1992 zu beobachten. Auf keinen Fall besteht Anlass zur Annahme, dass im damaligen gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht

als zentralem Bestandteil der Sozialisationsinstanz Schule Grundlagen für heutige Feindschaft gegenüber Ausländern gelegt wurden.

Aufschlussreich ist eine weitergehende Analyse der oben ausgewiesenen sehr engen Beziehung zwischen der Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum und der Einstellung zu Ausländern. So finden sich für die von Pfahl-Traughber aufgestellte Behauptung eines Zusammenhanges zwischen früherem „Kollektivismus“ und heutigem Rechtsextremismus (als dessen Folge) in unserer Studie keine Belege. Neben „Autoritarismus“, „Antipluralismus“, „Freund-Feind-Denken“ bezeichnet er „Kollektivismus“ als DDR-Mentalität, die auch nach 1989 bestehen blieb und sich als extremistisches Strukturprinzip nun unter politisch „rechtem“ Vorzeichen weiter artikulierte (vgl. 2000: 13). Diese (nicht mit konkreten Daten belegte) These lässt sich in unserer Studie empirisch prüfen, gehörten doch Entwicklungsstand und Entwicklungsbedingungen der Orientierung der Panelmitglieder auf das Kollektiv (Kollektivbewusstsein/Kollektivität) zu den zentralen Forschungsgegenständen vor der Wende. Zwar besteht zwischen früherer Kollektivorientierung und heutiger politisch-weltanschaulicher Position tatsächlich ein signifikanter Zusammenhang, aber in umgekehrter Richtung als von Pfahl-Traughber unterstellt:

Tabelle 11.11: Zusammenhang zwischen Kollektivorientierung vor der Wende und politisch-weltanschaulicher Position im Jahr 2000

Kollektivorientierung 1989	Selbsteinstufung in das Links-Rechts- Spektrum 2000		
	links	weder-noch	rechts
	(1+2)	(3)	(4+5)
sehr stark	33	56	11
stark	28	60	12
mittel bis schwach	19	54	27

(N = 363; r = .12; P = .018 sign.)

Zur Links-Rechts-Einordnung siehe die Angaben im Kapitel 6.

Bei Korrelationsrechnungen wurde die nur sehr schwach besetzte Position „0“ (2000: 4%) eliminiert, die Berechnungen erfolgten auf der Basis der fünfstufigen Originalskala. Eine Indexbildung für die Ausprägung der Kollektivorientierung auf der Grundlage der Daten aller drei Wellen vor der Wende führte zu gut übereinstimmenden Ergebnissen.

Ähnliche Relationen wurden auch in vorhergehenden Wellen ermittelt. Durchgängig ist ablesbar: Je stärker die Kollektivorientierung (als Ergebnis damaliger Kollektiverziehung) vor der Wende war, desto seltener ist das Selbstverständnis als Rechter im Jahr 2000.

Den Behauptungen von Pfeiffer, Pfahl-Traughber u.a. zu angeblich negativen Nachwirkungen früherer Kollektiv-/Gruppenbindungen stehen viele weitere Ergebnisse unserer Studie wie z.B. die folgenden entgegen:

Tabelle 11.12: Relevante politische und soziale Einstellungen im Jahr 2000, differenziert nach der Kollektivorientierung vor der Wende

Kollektivorientierung 1989	Einstellung zur Gewalt 2000: „Manchmal muss man zur Gewalt greifen, um seine Interessen durchzusetzen.“					
	Das entspricht meiner Meinung...					
	1 vollkommen		2, 3, 4, 5 überhaupt nicht			
	1	2	(1+2)	3	4	5
sehr stark	2	4	(6)	16	20	58
stark	2	5	(7)	13	26	54

mittel bis schwach
(N = 377; P = .017 sign.)

Einstellung zur politischen Toleranz 2000: Lebensziel:
„Politisch Andersdenkende tolerieren.“

Das ist für mein Leben...

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5
sehr stark	21	31	(52)	37	8	3
stark	10	29	(39)	48	8	5
mittel bis schwach	11	30	(41)	37	17	5

(N = 378; P = .021 sign.)

Soziale Einstellung: Lebensziel: „Für andere da sein, auch
wenn ich selbst auf etwas verzichten muss.“

Das ist für mein Leben...

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5
sehr stark	34	49	(83)	16	1	0
stark	22	59	(81)	16	2	1
mittel bis schwach	16	68	(84)	14	0	2

(N = 378; P = .076, deutliche Tendenz)

Nationalistische Einstellung 1998: „Wir Deutschen sind ande-
ren Völkern grundsätzlich überlegen.“

Das entspricht meiner Meinung

1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
sehr stark	0	6	(6)	20	12	62
stark	1	6	(7)	17	23	53
mittel bis schwach	6	9	(15)	31	14	40

(N = 357; P = .024, sign.)

Autoritäre Einstellung 1998: „Gehorsam und Autorität sind die
wichtigsten Eigenschaften, die Kinder lernen sollten.“

Das entspricht meiner Meinung

1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
sehr stark	4	9	(13)	25	26	36
stark	5	12	(17)	28	33	22
mittel bis schwach	5	11	(16)	33	27	24

(N = 356; P = .106, nicht sign.)

Diese Ergebnisse von 2000 bzw. 1998 sprechen für sich: Je stärker die Kollektivorientierung der Panelmitglieder vor der Wende war, desto seltener ist heute die Bejahung von Gewalt und die Zustimmung zu nationalistischen Positionen bzw. desto häufiger ist die Zustimmung zu politischer Toleranz und zu solidarischem Verhalten. Folgt man den erwähnten Behauptungen, so müsste wohl ein entgegengesetzter Effekt zu erwarten sein. Zwischen damaliger Kollektivorientierung und einem heute ohnehin nur von einer Minderheit der Panelmitglieder geäußerten autoritären Erziehungsbild besteht überhaupt kein Zusammenhang. Auch der im Rahmen der 12. Welle 1996 eingesetzte Autoritarismustest von Detlef Oesterreich (vgl.

1993: 43) lässt nicht darauf schließen, dass eine damalige besonders intensive Kollektivorientierung ursächlich autoritäre Persönlichkeitszüge zur Folge hat (vgl. Förster 1999 a: 212 ff.). Erwähnt werden muss an dieser Stelle, dass kurz nach der Wende, 1990 und 1991 (4. bzw. 6. Welle) noch ein ziemlich enger und signifikanter Zusammenhang zwischen der Kollektivorientierung vor der Wende (1989) einerseits und der Bereitschaft zu solidarischem Verhalten bestanden hat (1990: $r = .26$, $P = .000$; 1991: $r = .17$, $P = .016$), was als positive Nachwirkung der Kollektivorientierung interpretiert werden kann. Erst danach, unter dem Einfluss der veränderten Bedingungen einer Konkurrenzgesellschaft, löste sich der Zusammenhang auf, versiegte sozusagen der Einfluss früherer Kollektivorientierung auf die Bereitschaft, für andere da zu sein. Seit 1998 jedoch (13. Welle) scheint sich dieser Zusammenhang erneut herzustellen, deutliche Tendenzen in diese Richtung sind erkennbar (P 1998 = .093; 2000 = .076), vermutlich im Kontext wieder gestiegener Bereitschaft, für andere da sein zu wollen.

Alles in allem: Die heutige Einstellung der Panelmitglieder zu Ausländern hat sich unseren Ergebnissen zufolge in erster Linie unter dem Einfluss der gesellschaftlichen Bedingungen nach der Wende entwickelt. Eine ablehnende Haltung gegenüber Ausländern war vor der Wende nur bei einer Minderheit von ihnen festzustellen, erst danach ist sie erheblich angestiegen. Häufig behauptete Ursachen wie die in der DDR praktizierte Gruppen- bzw. Kollektiverziehung können für unsere Untersuchungspopulation - empirisch belegt - ausgeschlossen werden. Solche Erklärungsansätze lenken u.E. von den tatsächlichen Ursachen ab, von denen unserer Studie zufolge in erster Linie die nach der Wende, als Folge des Transformationsprozesses entstandenen massiven existenziellen Verunsicherungen und Zukunftsängste, aber auch zunehmende politische Enttäuschungen zu nennen sind.

12. Exkurs II: Weibliche Entscheidungszwänge und politische Distanz

Uta Schlegel

Den politische Mentalitätswandel von jungen Ostdeutschen längsschnittlich und dazu systemübergreifend zu untersuchen, ist nicht zuletzt auch von hohem Interesse bezüglich der dabei zu beobachtenden Geschlechtsunterschiede, die absehbar waren vor allem aus folgenden Gründen:

Die ostdeutschen Transformationsprozesse (Arbeitsmarkt, Familienrecht, Sozialpolitik usw.) verliefen und verlaufen *nicht geschlechtsneutral* bzw. hatten und haben durchaus differenzierte Auswirkungen auf die Geschlechtergruppen. Dieses ist nicht zufällig, denn die Mädchen und Frauen aus der DDR hatten zum Zeitpunkt der deutsch-deutschen Vereinigung und haben noch immer - mittlerweile unstrittig – gegenüber den westdeutschen einen Gleichstellungsvorsprung (Ausmaß bzw. Qualität ihrer Erwerbsarbeit, Akzeptanz außerhäuslicher Kindererziehung durch beide Geschlechter, Ausmaß und Akzeptanz alleinerziehender erwerbstätiger Mütter, weiblich selbstbestimmter Schwangerschaftsabbruch usw.). Die unterschiedliche weibliche Normalbiografie in Ost- und Westdeutschland kann so zu den wesentlichen kulturellen ost-west-deutschen Differenzen gezählt werden. Insofern muss – in deutlichem Unterschied sonstiger ostdeutscher Transformationsprozesse – bezüglich der Veränderungen in Stellung und Lebenszusammenhängen ostdeutscher Mädchen bzw. Frauen von deren Modernisierungsvorsprung (Ausnahme: Unsensibilität gegenüber eigener Benachteiligung qua Geschlecht) und bezüglich der Geschlechterverhältnisse von einer flacheren Hierarchie zum Zeitpunkt der Vereinigung ausgegangen werden sowie danach von einem Roll-back Richtung Retraditionalisierung. Darüber hinaus gilt offensichtlich für die ostdeutschen jungen Frauen nach wie vor als ganz zentraler Wert ihre *ökonomische und reproduktive Autonomie*, die sich bis heute vor allem in der Häufigkeit der nichtehelichen Geburten, in den Scheidungsraten, in den Daten zur „weiblichen“ Verhütung und in der Distanz zu einer finanziellen Absicherung durch den Mann manifestiert. (Helfferrich 2001: 369ff.)

Ein Exkurs „Geschlecht“ ist darüber hinaus auch insofern hier angezeigt, als allgemein die Zugehörigkeit zu einer Geschlechtergruppe schlicht eine *der* Achsen sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft bedeutet und damit eine entscheidende modifizierende Determinante für politische Einstellungen und Verhaltensweisen darstellt.

Dies alles trifft auf die untersuchte Gruppe in besonderer und spezifischer Weise insofern zu, als der Analysezeitraum im Lebenslauf (von der Schule über die Ausbildung bis in die Erwerbsarbeit und die Familiengründung) charakterisiert ist zum einen (besonders bei den jungen Frauen) durch die Aspirationen hinsichtlich der gleichzeitigen Vereinbarung von Ausbildung/Erwerbsarbeit und Familie/Kind(ern) und zum anderen durch Statuspassagen, die neuerdings durch eine besondere Geschlechtstypik zuungunsten der Chancen junger Frauen gekennzeichnet sind und die ganz entscheidende (und teilweise irreversible) Weichen für die gesamte künftige Biografie stellen.

Demografisch schlägt sich dies in der Untersuchung – angesichts der traditionellen geschlechtstypischen Altersunterschiede bei Heirat und Geburt von Kindern – im Partner- und Elternstatus nieder, wenn im Jahr 2000 (die TeilnehmerInnen sind durchschnittlich 27,2 Jahre alt) 38 % der jungen Frauen gegenüber 18 % der jungen Männer verheiratet sind, darüber hinaus 20 % zu 14 % in einer Lebensgemeinschaft leben und 49 % der jungen Frauen zu 23 % der jungen Männer selbst Kinder haben (s. Tabelle 1.4).

Gleichzeitig sind Partner- und Elternstatus gegenüber der DDR und gegenüber der Müttergeneration – und darin stimmen die Untersuchungsergebnisse mit denen anderer überein – deutlich nach später verschoben. (Wir kommen darauf zurück.)

In diesem Abschnitt sollen die (teilweise deutlichen) Geschlechtsunterschiede, wie sie in den bisherigen Abschnitten im einzelnen ausgewiesen wurden, nicht wiederholt oder zusammengefasst werden, sondern vielmehr

- auf den Koordinaten der (veränderten) Geschlechterverhältnisse verortet und entsprechende Erklärungsversuche angeboten sowie

- unter dieser Perspektive gleichzeitig in andere Forschungsergebnisse eingebettet werden.

Insofern geht es im Kern darum, die – gegenüber ihren männlichen Altersgenossen – deutlich kritischeren und distanzierteren Sichten der jungen Frauen auf ihre Gesellschaft, ihren Staat und seine Politikfelder wesentlich auf ihre geschlechtstypischen Lebenslagen zurückzuführen, sowie darum, bisher ausgewiesene Geschlechtsunterschiede angesichts geschlechtstypischer Erwartungen einerseits und Politikauffassungen andererseits zu relativieren. Dies soll im folgenden – holzschnittartig überhöht – über 4 Statements erfolgen, die zwar inhaltlich keineswegs trennen, sondern sich vielfältig überlappen, aber aus darstellungstaktischen Gründen angemessen erscheinen.

1. Für weibliche Jugendliche ergeben sich größere Konflikte und Entscheidungszwänge als für männliche angesichts der größeren Schere zwischen ihren ausgeprägten Lebenskonzepten (Aspirationen) und deren Realisierungschancen (Verhaltensanforderungen).

Die größeren Konflikte resultieren für ostdeutsche Mädchen und junge Frauen insbesondere aus dem Widerspruch

- zwischen einerseits ihren (gegenüber bei ihren Müttern als lebbar und positiv wahrgenommen) Lebensentwürfen, die mehrheitlich die synchrone und in der Biografie vergleichsweise frühe Vereinbarung von eigener Erwerbsarbeit und Familie/Kind(ern) präferieren,

- und andererseits den gesellschaftlichen Möglichkeiten, diese zu realisieren,

so dass sich für sie eine größere Schere auftut zwischen dem, was sie eigentlich wollen, und realen Verhaltensanforderungen und neuen Prioritätensetzungen, zumal das kulturelle Modell (auch vorübergehend) der Hausfrau bereits in der DDR historisch ausgemustert war.

Bemerkenswerterweise können sie sich in diesen ihren Zukunftsplänen der Akzeptanz durch die ostdeutschen jungen Männer sicher sein: Dem Statement „Die Frau sollte den Beruf aufgeben, wenn in der Familie Kinder zu betreuen sind“ stimmen nur Minderheiten zu (s. Tabelle 8.17); die ganz überwiegende Mehrheit lehnt diese Lösung ab, von den jungen Frauen noch mehr als von den jungen Männern. Zwischen 1992 und 1998 nimmt diese Ablehnung bei beiden Geschlechtergruppen sogar signifikant zu, im Jahr 2000 scheint dieser Trend gestoppt.

Dabei bleibt der Kinderwunsch interessanterweise über den gesamten Zeitraum der Untersuchung relativ konstant – und zwar mit nach wie vor nur geringen Unterschieden zwischen den Geschlechtergruppen (s. Tabelle 1.6).

Die Hauptaussage aus diesem Bereich der Untersuchung entspricht anderen repräsentativen gesamtdeutschen Erhebungen, die darüber hinaus belegen, dass sich in dieser Haltung die Ostdeutschen deutlich von den Westdeutschen unterscheiden, die viel verbreiteter für längere Berufspausen (oder sogar Berufsaufgabe) der Frau nach der Geburt eines Kindes plädieren, was sich evidenterweise – weil eng damit verbunden – auch auf eine deutlich unterschiedliche Akzeptanz außerfamiliärer Betreuung von Vorschul- und Schulkindern bezieht. (Gleichberechtigung 1996, Schlegel 1999) Diese differenten kulturellen Muster können (über die ohnehin höhere Verantwortungszuschreibung der Ostdeutschen an den Staat hinaus) nicht folgenlos für differente Erwartungen an den Staat und gegebenenfalls kritischere Distanz bleiben.

Die Realisierbarkeit einer gleichzeitigen Vereinbarung von Erwerbsarbeit und Familie/Kinder wird nicht nur vom gegenwärtig stark verengten Arbeitsmarkt, sondern von dessen geschlechtstypischer Segmentierung und Segregierung in Frage gestellt. Die individuelle Lösung dieses Konflikts besteht bei ostdeutschen jungen Frauen vor allem darin, *in der Biografie die Ausbildung, Erwerbsarbeit und damit autonome Existenzsicherung in der Prioritätensetzung und zeitlich vorzuziehen*. Daneben sind inzwischen mindestens zwei weitere – gesell-

schaftlich problematische – Reaktionsmuster nachweisbar: die frühere Entscheidung für das Kind insbesondere bei leistungsschwächeren weiblichen Jugendlichen (sogenannte Teenagermütter) und der gänzliche Verzicht auf Kinder insbesondere bei leistungsstarken und -motivierten.

Nichtdestotrotz wirken sich der nunmehr noch höhere subjektive Stellenwert der Erwerbsarbeit bei den jungen Frauen und die o. a. gewollte ökonomische und reproduktive Autonomie erwartungsgemäß dahingehend aus, als sich erfahrene *eigene Arbeitslosigkeit deutlich auf die Partnerbindung / die Heiratsabsicht / den Familienstand und den Kinderwunsch* auswirkt in der Richtung, als über die Achse „(noch) nicht – einmal – mehrmals arbeitslos gewesen“ Partnerbindung und Kinderwunsch deutlich abnehmen (s. Tabelle 10.4 und Abbildung 10.5). Dieser Zusammenhang geht – über den objektiven Sachverhalt längerer Arbeitslosigkeit der jungen Frauen gegenüber den Männern hinaus – sicher ein in den Befund, dass mehr junge Frauen Angst vor Arbeitslosigkeit haben.

Insofern kann bezüglich der phänomenologischen Annäherung des neuerdings deutlich höheren Alters der ostdeutschen jungen Frauen zur Geburt des ersten Kindes an das der westdeutschen keineswegs von einem generellen Wertewandel gesprochen werden, sondern eher von einer unfreiwilligen Unterwerfung unter gegebene Möglichkeiten bzw. von einer Nichtrealisierbarkeit beibehaltener Werte (s. dazu die Tabelle 8.12), wenn rund 80 % der Panelmitglieder – fast gleichbleibend im Längsschnitt - eigene Kinder bejahen, die jungen Frauen ganz deutlich häufiger einschränkungslos als die jungen Männer.

Mit einer stärkeren Orientierung auf eigene Kinder steigt natürlich auch die Zahl der gewünschten Kinder. Die konkreteren Vorstellungen von der Zahl eigener Kinder werden jedoch von weiteren Faktoren beeinflusst, nicht zuletzt von den persönlichen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und deren Folgen.

In diesem Zusammenhang – und auf dem Hintergrund des noch gestiegenen Stellenwerts eigener Erwerbsarbeit und tatsächlicher Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt – erscheint es evident, dass die jungen Frauen über den gesamten Zeitraum der Untersuchung durchgehend und signifikant häufiger Ängste vor Arbeitslosigkeit haben (s. Abbildungen 9.6 und 10.8).

Arbeitslosigkeit selbst wird von Frauen konflikthafter erlebt – aus verschiedenen schon erwähnten Sachverhalten heraus und mit verschiedenen Effekten: u.a. angesichts ihrer starken Aspirationen zur ökonomischen und reproduktiven Autonomie, angesichts ihrer größeren Schwierigkeiten der Rückkehr in den Arbeitsmarkt, und sie geht häufiger einher mit Zukunftsängsten.

Zwar gerieten die jungen Frauen in der Untersuchung nicht häufiger in die Arbeitslosigkeit als die Männer (s. Tabelle 10.5), aber zu allen Erhebungszeitpunkten ist ihre Arbeitslosigkeit von deutlich längerer Dauer (s. Tabelle 10.6), was darüber hinaus noch positiviert ist dadurch, dass sich ein nicht geringer Teil von ihnen jeweils im Erziehungsurlaub befand und dadurch nicht arbeitslos war oder werden konnte.

Ihr längerer Verbleib in der Arbeitslosigkeit gilt im übrigen nicht nur für diese Untersuchung, sondern allgemein. Die Rückkehr von Frauen aus der Arbeitslosigkeit in das Beschäftigungssystem reiht sich damit als neue „Hürde“ in die klassischen Statuspassagen (z.B. nach dem Berufs- oder Hochschulabschluss in den Arbeitsmarkt) ein mit ihren strukturellen Benachteiligungen der jungen Frauen.

Die Zukunftszuversicht der an der Untersuchung beteiligten jungen Frauen und Männer, ihre beruflichen Pläne verwirklichen zu können, hat sich zwischen 1991 und 2000 nicht erhöht, ist tendenziell sogar zurückgegangen; die subjektive Perspektive der jungen Frauen ist dabei noch erheblich pessimistischer (s. Abbildung 7.6). Dem entspricht, dass die in die Untersuchung einbezogenen jungen Leute zwar mehrheitlich und mit steigender Tendenz mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurechtkommen, für die jungen Frauen sich das jedoch durchweg etwas schwieriger darstellt (s. Abbildung 4.17).

Die individuellen Chancen / Möglichkeiten versus Konflikte / Verhinderungen, die eigenen Lebensentwürfe und Aspirationen zu realisieren, beeinflussen deutlich die Haltungen der jungen Frauen zur gegebenen Gesellschaft im Sinne von Identifizierung versus Distanz. Dies ist als Identifizierungsdeterminante auch für die DDR nachgewiesen worden. (Schlegel 1993: 26ff. und 2000: 12ff.) In der vorliegende Studie hat sich dies in zahlreichen Befunden der kritischeren Sicht der jungen Frauen niedergeschlagen, beispielsweise – in der 14. Welle 2000 wie durchgängig in allen vorhergehenden Jahren – in ihrer ganz drastisch geringeren Zufriedenheit mit dem heutigen politischen System insgesamt (s. Abbildung 4.3) und mit den verschiedenen Aspekten des Gesellschaftssystems bzw. Politikbereichen (s. Abbildung 4.1).

Konflikte in ihren Lebenszusammenhängen (insbesondere die Vereinbarung von Erwerbsarbeit und Familie/Kindern) lösen weibliche Jugendliche in Ostdeutschland individuell. Sie bewirken (noch) nicht etwa politisches Engagement, vielmehr aber eine größere und kritische Distanz zu Staat und Gesellschaft. Letztere ist offenbar – angesichts der nach wie vor unreflektierten eigenen strukturellen Benachteiligungen – eher emotional eingebettet; als prägnantes Beispiel dafür kann die (entgegen dem männlichen Rechtsextremismus; vgl. Tabelle 6.7) relativ hohe, den Männern vergleichbare Ausländerfeindlichkeit der jungen Frauen gelten (s. Abbildung 11.2).

Die größeren Konflikte, denen die Frauen im Spannungsfeld zwischen ihren Aspirationen in den Lebensentwürfen und den Entscheidungszwängen infolge beschränkter Realisierungschancen ausgesetzt sind, schlagen sich in den Untersuchungsergebnissen nicht zuletzt in einer Vielzahl von Ängsten, Bedrohungsgefühlen, Zukunftsunsicherheiten – in einem Komplex psychosozialer Belastungen – nieder. Darauf kommen wir später zurück.

2. Junge Frauen in Ostdeutschland erkennen zunehmende und deutliche Benachteiligungen qua Geschlecht mehrheitlich nicht als strukturelle, vielmehr erklären sie diese eher (und bewältigen sie daher auch) individuell.

Die Gründe dafür liegen vor allem in folgendem ost-west-deutschen kulturellen Unterschied aufgrund verschiedener (eigener und elterlicher) Sozialisation in der DDR und der alten BRD sowie unterschiedlicher Geschlechterverhältnisse und -politik: Die westdeutschen Frauen verfügen - in der Folge eines gesellschaftlichen Diskurses und feministischer Bewegungen - über eine *mentale Sensibilisierung* und Wahrnehmung der Geschlechterverhältnisse und eigener struktureller Benachteiligung, über ein ausgeprägtes emanzipatorisches Bewusstsein (einschließlich bewusster Verwendung weiblicher Sprachformen); die DDR-Frauen *hielten und halten* sich für gleichberechtigt - angesichts ihrer („von oben“ beschlossenen und realisierten) den Männern gleichen Allgemein-/Berufs-/akademischer Bildung, gelebter kontinuierlicher Erwerbsbiografie (einschließlich ihrer Vereinbarkeit mit Mutterschaft/Familie) und weitgehender ökonomischer Unabhängigkeit vom Mann. Nun müsste man – als forschungsleitende Annahme insbesondere für eine Längsschnittstudie mit ihrer Analysemöglichkeit individueller Einstellungsänderungen – davon ausgehen, dass auf der Zeitschiene bei ostdeutschen Frauen eine zunehmende Sensibilisierung und Wahrnehmung struktureller Benachteiligung (im Sinne der Zunahme und einer Privatisierung von Risiken im Lebenslauf) gegenüber den Männern zu beobachten sei.

Genau dies wird sich erstaunlicherweise nicht herausstellen. Einen ganz wesentlichen Grund dafür stellt mit Sicherheit dar, dass die (durchaus nicht zutreffende) vorherrschende Wahrnehmung eigener Gleichstellung gestützt und damit perpetuiert wird nicht nur von den erklärten politischen Zielen unserer Gesellschaft (Grundgesetz), sondern in Sonderheit auch von einer mittlerweile ganz überwiegenden gesellschaftlichen Norm im *verbalen Bekenntnis* zur Geschlechtergleichstellung (im krassen Gegensatz zu tatsächlichem Verhalten und zu tatsächlichen geschlechtstypischen Strukturen), wie dies aus zahlreichen empirischen Untersuchungen beispielsweise zur geschlechtergerechten häuslichen / familiären Arbeitsteilung bekannt ist.

Nichtsdestotrotz bleiben die umrissenen Bedingungen bis heute nicht folgenlos für verschiedene politische Einstellungsbereiche. Beispielsweise zeigt sich zwar im subjektiven Urteil über die gesellschaftliche Entwicklung seit 1990 als Fortschritt versus Rückschritt (s. Tabelle 4.14) eine deutliche Geschlechterdifferenz, wenn nur ein reichliches Drittel der jungen Frauen (gegenüber der Hälfte der jungen Männer) diese Entwicklung eher als Fortschritt wahrnimmt und auch ambivalenter beurteilt. Jedoch wären diese Geschlechtsunterschiede zum einen als noch drastischer zu erwarten gewesen, zum anderen sind diese Befunde in den letzten Jahren konstant geblieben. Die Erfahrungen mit zunehmender Benachteiligung qua Geschlecht seit der deutsch-deutschen Vereinigung bewirkt also bei den jungen Frauen nicht etwa ein auch zunehmend kritischeres Urteil in dieser übergeordneten Frage „Fortschritt - Rückschritt in der Entwicklung“.

Tabelle 12.1: Verhältnis von neuen Chancen und neuen Risiken im Trend 1995 bis 2000, nach den Geschlechtergruppen differenziert

„Es heißt, dass die jetzige Gesellschaft den Bürgern *neue Chancen* für die Lebensgestaltung bietet, aber auch *neue, ungewohnte Risiken* mit sich bringt. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Überwiegen die Chancen oder die Risiken oder ist beides miteinander verbunden?“

1 die neuen Chancen überwiegen

2 die neuen Risiken überwiegen

3 es gibt sowohl neue Chancen als auch neue Risiken

		1	2	3
1995	männlich	16	11	73
	weiblich	10	15	75
1996	männlich	17	9	74
	weiblich	11	9	80
1998	männlich	22	11	67
	weiblich	16	10	74
2000	männlich	24	7	69
	weiblich	18	4	78

Auch die subjektive Beurteilung durch die Geschlechtergruppen, ob in der jetzigen Gesellschaft neue Chancen oder neue Risiken überwiegen oder es sowohl neue Chancen als auch Risiken gibt, differiert zwischen ihnen nicht so stark, wie es den tatsächlichen differenten Optionen gemäß zu erwarten gewesen wäre. Obwohl diese Fragestellung erst ab 1995 in die Untersuchung aufgenommen wurde, zeigt sich doch, dass seitdem die generell skeptische Sicht auf die neuen Chancen (1995: wbl. 10 % gegenüber 16 % ml.) über die Jahre etwas positiver wird, aber die Geschlechterdifferenz wird nicht größer (was bei zunehmender Wahrnehmung eher zunehmender struktureller Benachteiligung der weiblichen Jugendlichen anzunehmen gewesen wäre), sondern bleibt konstant. Lediglich tendenziell erhöht sich gleichzeitig der Anteil der jungen Frauen, die mit einem „Sowohl - als auch“ urteilen.

Das trifft auch zu auf die Stellungnahme der Teilnehmerinnen zu der Aussage „Die Frauen gehören zu den Verlierern der deutschen Einheit“ (in den letzten 3 Wellen 1996, 1998 und 2000 erhoben). Zwar stimmten dem zunächst – die jungen Frauen durchgehend tendenziell mehr als die jungen Männer – rund ein Drittel der TeilnehmerInnen zu (1996 wbl. 38 %, ml. 31 %), aber mit abnehmendem Trend: 1998 wbl. 36 % gegenüber ml. 27 % und 2000 wbl. 28 % gegenüber ml. 25 %.

Überhaupt scheint die Wahrnehmung und Zuschreibung von Möglichkeiten bzw. Ausgrenzungen an sich selbst bzw. an gesellschaftliche Strukturen durch die ostdeutschen Frauen sich

in empirischen Untersuchungen widersprüchlich widerzuspiegeln. Jedoch: Geschlechtsunterschiede im Sinne fast durchgängig kritischerer und distanzierterer weiblicher Urteile gegenüber heutigen gesellschaftlichen, staatlichen, politischen Strukturen implizieren durchaus nicht, dass Frauen Konflikte in ihren Lebenszusammenhängen als für ihre Geschlechtergruppe typische und damit strukturelle erkennen.

Interessant in diesem Zusammenhang sind Forschungsergebnisse zu entstehenden und wachsenden Geschlechtsunterschieden während der „Wende“, wie sie aus den bevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen des ZIJ abzulesen sind: Im November 1989 war fast die Hälfte der DDR-Bevölkerung für die Vereinigung (sehr dafür / eher dafür als dagegen), bis August 1990 wurden es neun Zehntel. In diesem Zeitraum - bei anfangs keinen Unterschieden zwischen den Geschlechtern - wuchs (innerhalb dieser Tendenz) die Geschlechtsdifferenz stetig an, indem Frauen zurückhaltender urteilten als Männer. Ganz offensichtlich haben Frauen (zu Recht) damals prospektiv eingeschätzt, dass sie mit der bevorstehenden Vereinigung und den damit verbundenen neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mehr verlieren würden als die Männer. Das zeigte sich bei den 15- bis 24-jährigen Jugendlichen wie bei der Gesamtbevölkerung:

Tabelle 12.2: Haltung 15- bis 24-Jähriger zur Vereinigung von DDR und BRD zwischen November 1989 und September 1990, nach Geschlechtergruppen differenziert (reduzierte Darstellung)

„Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“

1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen

3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

	männlich			weiblich		
	1	2	3+4	1	2	3+4
November 1989	14	30	56	13	32	55
Februar 1990	39	40	21	39	36	25
März 1990	45	39	16	30	45	25
April 1990	60	30	10	34	38	28
Juni 1990	53	34	13	34	41	25
August 1990	56	33	11	28	47	25
September 1990	45	40	15	33	45	22

Quelle: Forschungsbericht zur Meinungsumfrage M 8 des Zentralinstituts für Jugendforschung (1990, S. 33)

Dieselbe Tendenz ist auch in der Längsschnittstudie zu erkennen: Beim Anteil derer, die – sozusagen retrospektiv – der deutschen Einheit seitdem zustimmen, liegen die jungen Frauen (insbesondere „sehr dafür“) ganz deutlich unter den Männern (1990 – 2000 wbl. zwischen 18 und 33 %, ml. zwischen 37 und 55 %; s. Abbildung 3.6). Folgerichtig hält sich auch ihre Freude über die deutsche Vereinigung seit der Wende bis heute in deutlicheren Grenzen - wenn auch bei leicht abnehmenden Geschlechtsunterschieden: 1992 – 2000 wbl. zwischen 30 und 48 %, ml. zwischen 54 und 67 %.

Die Notwendigkeit eines Systemwechsels durch die Wende befürwortet demgegenüber eine deutlich überwiegende Mehrheit in der Untersuchung – aber wieder durchgängig 1992 bis 2000 weniger Frauen (siehe Abbildung 3.2).

Über die bereits im vorangehenden Abschnitt umrissenen individuellen weiblichen Lösungsstrategien bezüglich der Vereinbarung von eigener Erwerbsarbeit und Kindern hinaus gibt es bezüglich der individuellen Durchsetzung beruflicher Aspirationen (auf dem Hintergrund des wenig erfreulichen ostdeutschen Arbeits- und Ausbildungsmarkts) ein neues Phänomen: Zunehmend *kehren weibliche Jugendliche ihrer Heimat den Rücken* – eine mit Sicherheit nicht leichte Entscheidung. Während in der ersten Hälfte der 90er Jahre der typische Abwanderer aus Sachsen – mehrheitlich Richtung alte Bundesländer – vor allem der leistungsfähige und -orientierte junge Mann war, handelt es sich in den letzten Jahren zunehmend um die junge Frau mit überdurchschnittlichen Schul- oder Berufsabschlüssen und hoher Leistungsorientierung. In der Untersuchung spiegelt sich zumindest die eine Seite der größeren „Schiere“ zwi-

schen Aspirationen und Entscheidungsnotwendigkeiten bei den jungen Frauen, wenn sie durchgängig und teilweise ganz deutlich häufiger beabsichtigen, im Osten zu bleiben (s. Abbildung 1.3).

Hingewiesen werden soll hier noch auf ein interessantes Untersuchungsergebnis unter dem Blickwinkel der Geschlechtstypik: Die Zufriedenheit der jungen Leute mit ihren Chancen, es durch Leistung im Leben zu etwas zu bringen, nahm über die Jahre langsam, aber stetig ab; dass dabei weniger junge Frauen zufrieden / eher zufrieden als unzufrieden sind (weibl. 61 % zu ml. 74 %; s. Tabelle 10.16), ist mit Sicherheit auf einen in unserer Gesellschaft – staatlich so verfassten und bei beiden Geschlechtergruppen noch immer vorherrschenden – „männlichen“ (weil auf berufliche Leistung beschränkten) *Leistungsbegriff* zurückzuführen. Nur aus diesem Leistungsverständnis wird auch verständlich, warum sich mehr junge Frauen (67 % gegenüber 55 % der Männer) durch Leistungsdruck bedroht fühlen (s. Abbildung 9.4 und Tabelle 9.6).

3. Offenbar haben die Geschlechtergruppen (angesichts idealtypisch unterschiedlicher Lebenslagen) ein differentes Verständnis von Politik bzw. eine unterschiedliche Gewichtung einzelner Politikfelder, die eigene Erwartungs- und Anforderungsprofile sowie entsprechende Zufriedenheits- und Kritikwerte generieren.

Dies lässt sich nach einschlägigen Forschungsergebnissen vergrößert unter zwei Perspektiven so umreißen:

Einerseits haben die traditionelle Zuweisung und Polarisierung der Geschlechterrollen auf Lebensbereiche (weiblich: privat, reproduktiv, Familie; männlich: öffentlich, produktiv, Politik) zweifellos bis heute zu männlichen politischen Machtstrukturen und -kommunikationen geführt wie: Hierarchisierung, Revier-Abstecken, öffentliche Selbstinszenierung, verfügbare Zeitstrukturen. Andererseits (und folgerichtig) unterscheiden sich heute weibliches und männliches Politikverständnis in ihren Inhalten/Feldern, Zielen und der Art der Realisierung. Beispielsweise bevorzugen Mädchen/Frauen politische Tätigkeit „vor Ort“, konkret, mit für sie erkennbaren Ergebnissen, in unhierarchischen Arbeitszusammenhängen; halten sie solches Engagement mehrheitlich nicht für politisch und sich selbst daher eher für apolitisch; verbinden sie damit kaum Ambitionen an Ämter, Funktionen, Hierarchie-Aufstieg oder Statussymbole.

Darüber hinaus ist ein (noch) differentes ost-west-deutsches Politikverständnis in Betracht zu ziehen. Gerade bezüglich der Art der Durchsetzung von Gleichstellungsfortschritten haben ost- und westdeutsche Frauen durchaus unterschiedliche Erfahrungen gemacht: in der DDR paternalistisch von oben nach unten (Frauen als Objekt von Politik) – in der BRD aktiv basisdemokratisch. Insofern haben ostdeutsche jüngere wie ältere Frauen keine Erfahrungen aus der DDR damit, *eigene Interessen zu artikulieren und politisch durchzusetzen* – im Unterschied zu den westdeutschen. Folgerichtig belegen Untersuchungen bis heute – gerade im Feld der Gleichstellung der Geschlechter – im Osten noch eine höhere Verantwortungszuschreibung an den Staat.

Andererseits befürchtete 1990 eine deutliche Mehrheit bemerkenswerterweise für die Zukunft zunehmende soziale Ungerechtigkeit. Hier gehen mit Sicherheit – bewusst oder unbewusst – Befürchtungen ein, die sich auf solche Bereiche wie die Familie, die Kinder und die Geschlechterverhältnisse beziehen (s. Tabelle 3.4).

Besondere Vorsicht ist – auf dem Hintergrund geschlechtstypischer Anspruchs- und Erwartungshaltung – bei der Interpretation bestimmter Geschlechtsunterschiede geboten. Beispielsweise kann aus dem empirischen Befund der einschränkungslos höheren Zufriedenheit der weiblichen Jugendlichen mit ihrem Einkommen (sehr zufrieden: wbl. 21 % gegenüber 15 % ml.; s. Tabelle 9.4) keinesfalls auf ihre bessere Entlohnung geschlossen werden, wenn man

(das ist zwar in dieser Untersuchung aus bestimmten Gründen nicht geschehen, aber aus anderen Untersuchungen gut bekannt) die tatsächlichen deutlich niedrigeren Einkommensverhältnisse bei Frauen dagegen stellt und weiß, dass Frauen in diesem Bereich von vornherein ein bescheideneres Anspruchsniveau haben. Demgegenüber ist die größere weibliche Unzufriedenheit mit dem Einkommen (eher unzufrieden als zufrieden / unzufrieden: wbl. 40 %, ml. 35 %) auch ihrer beanspruchten ökonomischen Autonomie vom Mann geschuldet.

Bei der Zufriedenheit mit verschiedenen Politikressorts fallen die durchgehenden geringeren Zufriedenheiten der jungen Frauen auf. Insbesondere die drastisch niedrigeren in bestimmten Bereichen (Demokratie, Wirtschaftsordnung, Familienpolitik) sind insofern auch auf dem Hintergrund zu sehen, als – nimmt man die Ergebnisse anderer Untersuchungen ernst – „Demokratie“ in Ostdeutschland und insbesondere von Frauen mit Geschlechtergerechtigkeit konnotiert wird (s. Abbildung 4.1).

Ein weiterer interessanter Aspekt geschlechtsdifferenten politischen Verständnisses und entsprechender eigener Verortung (z.B. der jungen Frauen eher links im Links-Rechts-Spektrum) scheint zu sein, dass sie die systematische Unvereinbarkeit weiblicher Gleichstellung mit einer marktförmigen Logik von Kostenminderung und Effizienzsteigerung „ahnen“, dass allgemein Gleichstellungsbemühungen daher bis heute eher linker Politik zugeschrieben werden. Tatsächlich kann und darf das – gemäß Grundgesetz – erklärte politische Ziel unserer Gesellschaft „Gleichstellung der Geschlechter“ als (auch) soziales und kulturelles Gut nicht (ausschließlich) in Marktkategorien gemessen werden. Dies erweist sich aber in Zeiten, wo es nicht (mehr) um die politische Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum geht, sondern zunehmend um eine *Umverteilung* knapper werdender öffentlicher Mittel, als problematisch.

Auf diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass fast die Hälfte der Panelmitglieder (45 %) die Frage „Von welcher Partei fühlen Sie sich am besten vertreten?“ mit „Von keiner“ beantwortet (s. Abbildung 4.11), und schon gar nicht erstaunen, dass dies ganz deutlich mehr junge Frauen (52 %) als junge Männer (38 %) äußern.

4. Frauen reflektieren und verarbeiten Konflikte in ihren Lebenszusammenhängen teilweise anders als Männer.

Wenn junge Frauen mehr Konflikten und Entscheidungszwängen ausgesetzt sind als Männer, um ihre Aspirationen im Leben zu realisieren, ist die Frage zu stellen, in welcher Weise sie solche Anforderungen verarbeiten. Angesichts der bereits umrissenen Spezifik in der Wahrnehmung einerseits deren kausaler Zusammenhänge (Selbstzuschreibung) und andererseits ihres Politikverständnisses neigen sie offenbar – statt Konflikte mental zu versachlichen – eher zu deren Verschiebung auf die / Verarbeitung auf der emotionalen Ebene. Das schlägt sich in den Untersuchungsergebnissen folgerichtig darin nieder, dass sich deutlich mehr junge Frauen Ängsten, Bedrohungsgefühlen, Zukunftsunsicherheiten – insgesamt einem Komplex psychosozialer Belastungen – ausgesetzt sehen. Darüber hinaus ist hier auf den gut gesicherten Befund aufmerksam zu machen, dass Frauen zum einen eher als Männer bereit sind, (nicht nur in Untersuchungen) solche Ängste überhaupt zuzugeben, und sie darüber hinaus – insbesondere was die in der Untersuchung erfassten verschiedenen psychosozialen Belastungen betrifft – auch ein intensiveres Körperbewusstsein haben, also eher Signale ihres Körpers wahrnehmen und darauf reagieren.

Insofern sind die in Kapitel 9 ausgewiesenen zahlreichen und teilweise drastischen Geschlechtsunterschiede in den „Befindlichkeiten“ (im Sinne der „schlechteren“ bei mehr jungen Frauen) anzusiedeln und zu interpretieren in den Koordinaten

- permanente Versuche, ihre oben umrissenen Autonomie-Ansprüche zu realisieren,
- tatsächlich beschränktere Möglichkeiten und deren individuelle Wahrnehmung,
- stärkeres Konfliktpotential und höhere emotionale / psychosoziale Belastung sowie
- ausgeprägtere Bereitschaft, letztere einzugestehen und zu thematisieren.

Tabelle 9.17 weist beispielsweise darauf hin, dass 1998 42 % der jungen Frauen (gegenüber 25 % der jungen Männer) psychosozialen Belastungen ausgesetzt sind bzw. diese zugeben, was in hohem Maße mit der beruflichen Situation (bereits arbeitslos gewesen, sicherer Arbeitsplatz, Angst vor Arbeitslosigkeit) zusammenhängt.

Das trifft auch für die Zukunftsangst zu, die häufiger von den jungen Frauen als von den jungen Männern geäußert wird, sowie für verschiedene Bedrohungsgefühle, die (teilweise ganz deutlich) mehr junge Frauen als Männer erleben (insbesondere vor zunehmender Kriminalität, Aggressivität und Egoismus). Durchgängig haben sie auch mehr Ängste vor Arbeitslosigkeit (s. Abbildung 9.6), vor einer Verteuerung des Lebens (s. Abbildung 9.7) sowie vor einer persönlichen Notlage (s. Abbildung 9.8). Dies kann nicht überraschen angesichts der tatsächlich längeren Betroffenheit der jungen Frauen durch Arbeitslosigkeit, angesichts ihrer o. a. stark ausgeprägten Aspirationen zu „ökonomischer und reproduktiver weiblicher Autonomie“ und angesichts des hohen Anteils alleinerziehender Mütter, der bei der Gesamtgruppe der Frauen in Sachsen noch höher liegt, als er sich in der Untersuchung niederschlägt.

Resümierend: Durchgehend zeigt sich in der Untersuchung bei jungen Frauen aus Sachsen (und in Ostdeutschland) im Vergleich mit den Männern und auch mit der Müttergeneration in der DDR eine kritischere Distanz zur Gesellschaft, zum Staat, zur Politik, zur gegenwärtigen Demokratie und eine eher „linke“ Selbstverortung im politischen Spektrum. Das geht vor allem zurück

- auf die veränderten Rahmenbedingungen im jetzigen System – vor allem marktwirtschaftliche Logiken – zu ihrem Nachteil;
- auf die mehrheitliche Kontinuität ihrer Lebensentwürfe aus der DDR – vor allem auf die Aspirationen eines synchronen Vereinbarkeitsmodells „eigene Erwerbsarbeit – Familie / Kind(er)“ und ihren deutlich problematischeren Realisierungschancen (teilweise über eine Nacheinander- bis hin zur nur alternativen Realisierung);
- auf eine generelle Konnotation von „Demokratie“ und „links“ mit Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit

Dies alles findet bei den jungen Frauen deutlicher seinen Niederschlag in emotionalen Urteilen (Befindlichkeiten) als in klaren mentalen Einordnungen in strukturelle Koordinaten.

Insofern ist für die jungen Frauen in besonderem Maße die bereits in Kapitel 9 getroffene Aussage zutreffend über den hohen reziproken Zusammenhang zwischen den Möglichkeiten, eigene Lebensansprüche verwirklichen zu können (Lebenszufriedenheit), und der Zufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen.

13. Zusammenfassung und Ausblick

Wir heben thesenhaft folgende wesentliche Ergebnisse der Studie zum politischen Mentalitätswandel hervor:

1. Die ersten drei Jahre der Studie fielen mit der Endzeit der DDR zusammen. Die damals bei den Panelmitgliedern zwischen ihrem 14. und 16. Lebensjahr erhobenen Daten zum politischen Mentalitätswandel dokumentieren die in diesem Zeitraum bei der DDR-Jugend generell beobachtete wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED, den Abbau ihrer sozialistischen Grundeinstellungen. Ein „Nullpunkt“ war allerdings selbst kurz vor der Wende nicht erreicht. Von den regressiven Tendenzen faktisch ausgenommen war die Überzeugung, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben.

Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, z.B. die Tatsache, dass 1989, am Ende der 10.Klasse für faktisch alle TeilnehmerInnen der Untersuchung feststand, wie es nach der Schulzeit weitergeht. Alle hatten eine gesicherte berufliche Perspektive, für Ängste um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bestand kein Anlass. Diese und weitere positive sozialen Erfahrungen wirken bis in die Gegenwart nach und bilden den Kern einer noch immer bestehenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR. Diese damals gewonnenen Daten sind aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen dieser jungen Frauen und Männer auf die Folgen der Vereinigung und des Transformationsprozesses für Ostdeutschland.

2. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Studie ab 1990 gehören die Trends der Einstellungen zur politischen Wende und zur deutschen Einheit, d.h. zu den Ereignissen, die das Leben der DDR-Bevölkerung und damit auch der TeilnehmerInnen dieser Untersuchung von Grund auf veränderten. Von Anfang an bejahte die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder grundsätzlich die Wende, nur eine Minderheit von ihnen wünscht die früheren politischen Verhältnisse zurück.

Bei der Einstellung zur deutschen Einheit ist eine fast kontinuierlich wachsende Zustimmung zu beobachten. Der Anteil der Einheitsbefürworter hat sich zwischen Mai 1990 und Sommer 2000, d.h. mit wachsendem zeitlichen Abstand und mit zunehmendem Alter der Panelmitglieder deutlich erhöht. Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung, vielfach (wenn auch meist unfreiwillig) für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Diese steht bei den Angaben über die positiven Seiten der Vereinigung seit Jahren klar an erster Stelle, allerdings fast ausnahmslos durch die Einschränkung ergänzt, diese Freiheit nur nutzen zu können, wenn die finanziellen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

3. Trotz der mehrheitlichen Bejahung von Wende und Vereinigung werden ihre Folgen für Ostdeutschland ambivalent beurteilt, Widerspiegelung sehr widersprüchlicher individueller Erfahrungen. Diese ausgeprägte Ambivalenz durchzieht die gesamte Studie. Die überwiegende Mehrheit reflektiert seit Jahren sowohl positive als auch negative Veränderungen, wobei seit Mitte der 90er Jahre der Anteil derer zugenommen hat, die mehr positive als negative Veränderungen feststellen. Das könnte auf ein allmähliches Umdenken in der Beurteilung der Vereinigungsfolgen hindeuten.

Die tatsächliche Verwirklichung der deutschen Einheit wird allerdings immer weiter in die Zukunft verlagert. Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2000 davon aus, dass es noch rund 15 Jahre dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sein werden (1990 wurden dafür rund 6 Jahre angenommen); ihrer Schätzung

nach wird es noch rund 22 Jahre dauern, bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer „richtigen Gemeinschaft“ zusammengewachsen sind (1990 wurden hierfür rund 8 Jahre veranschlagt). Diese gravierende Vergrößerung des Zeithorizontes des Zusammenwachsens beider Landesteile hat erhebliche Konsequenzen für das Denken und Verhalten der Panelmitglieder. So verringert sich mit zunehmender vermuteter Dauer der wirtschaftlichen Einheit deutlich der Anteil derer, die auf jeden Fall in den neuen Ländern bleiben wollen.

4. Trotz der mehrheitlichen Bejahung der Wende und der Vereinigung, und obwohl die meisten Panelmitglieder gerne in der vereinten Bundesrepublik leben, ist die politische Identifikation der Panelmitglieder mit ihr auch zehn Jahre nach der Vereinigung nur schwach entwickelt. Diese hochgradige Widersprüchlichkeit des Denkens der TeilnehmerInnen über das vereinte Deutschland äußert sich auch in der Tatsache, dass sich der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger als ein sehr langsam verlaufender Prozess erweist. Seit Jahren fühlen sich rund drei Viertel der Panelmitglieder als Bundesbürger (2000: 80 %), fast ebenso viele jedoch noch als Bürger der untergegangenen DDR (2000: 76 %). Für die meisten von ihnen ist charakteristisch, dass sie schon Bundesbürger sind, ohne aber ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist offensichtlich tiefer verwurzelt, als das bisher angenommen wurde. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik auch bei den verhältnismäßig jungen Panelmitgliedern noch längere Zeit dauern wird und damit ein zentraler Gegenstand weiterer Untersuchungswellen bleibt.

5. Die Studie lässt klar erkennen, dass die Bejahung der Wende und der deutschen Einheit keineswegs gleichbedeutend ist mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Das vergangene politische Gesellschaftsmodell hat seine Anziehungskraft auf die Panelmitglieder fast vollständig verloren, dem neuen System stehen die meisten auch ein reichliches Jahrzehnt nach dem Systemwechsel noch skeptisch oder kritisch gegenüber. Ein großer Teil von ihnen ist zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit von der Gesellschaft, in der sie leben, mehr oder weniger stark enttäuscht. Die Prägungen auf die Persönlichkeitsentwicklung, die von dieser Situation ausgehen, lassen sich bisher nur schwer abschätzen.

5.1. Das jetzige Gesellschaftssystem wird von den Panelmitgliedern auch ein reichliches Jahrzehnt nach dem Systemwechsel mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet. Symptomatisch dafür ist vor allem ihre Haltung zum politischen System. Wie die Trends zeigen, geht der Anteil systemzufriedener TeilnehmerInnen zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, die wenigsten davon sind sehr zufrieden. Zwischen 1994 und 1998, in den letzten Jahren der Kohl-Ära, war sogar ein klarer, signifikanter Abwärtstrend zu erkennen.

5.2. Charakteristisch für die Distanz der meisten Panelmitglieder gegenüber dem neuen Gesellschaftssystem ist ihre kritische Stellung gegenüber den demokratischen Parteien. Nur ein kleiner Teil von ihnen hat bisher Vertrauen zu den Parteien gefasst. Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner Partei und zu keinem Untersuchungszeitpunkt ein Drittel der Panelmitglieder, sie liegen meist weit darunter. Der erwähnte Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 1994 und 1998 stand nachweislich in einem engen Zusammenhang mit dem zeitgleich erfolgten Rückgang des Vertrauens zu den Unionsparteien CDU/CSU. Offensichtlich führte dieser Vertrauensverlust in diesem Zeitraum bei sehr vielen TeilnehmerInnen zu einem generellen Vertrauensverlust gegenüber der jetzigen politischen Ordnung, insbesondere dem politischen System.

Die Längsschnittanalysen belegen außerdem, dass bisher erst eine Minderheit der Panelmitglieder längerfristige Bindungen an die Parteien entwickelt hat. Ein großer Teil der umfangreichen verbalen Angaben der TeilnehmerInnen entfällt auf kritische Aussagen über fast

alle Parteien bzw. die sie repräsentierenden Politiker, deren Kompetenz für die Lösung der anstehenden Probleme nicht sehr hoch bewertet wird. Generell haben die Politiker bei ihnen in den letzten Jahren an Ansehen und Glaubwürdigkeit verloren, nicht zuletzt ein Echo vieler großer und kleiner Skandale und Affären.

5.3. Die anhaltende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht auch aus der Tatsache hervor, dass die Bereitschaft der Panelmitglieder zur gesellschaftlichen Partizipation von Jahr zu Jahr geringer geworden ist und jetzt gegen null geht. Diese Bereitschaft, die schon in der Endzeit der DDR stark zurück gegangen war, nahm nach der Wende nicht etwa einen Aufschwung, sondern stürzte im Gegenteil völlig ab. Auch der signifikante Rückgang des Strebens nach Aufstieg in der Gesellschaft ist Ausdruck des massiven Abbaus der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems. Hintergrund ist die Erfahrung, als Ostdeutscher nur geringe Chancen zu haben, in die vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite aufgenommen zu werden - ein generelles Problem der ostdeutschen Gesellschaft. Die Konsequenzen sind in ihrer Tragweite kaum zu überschätzen: Mit einer geringen bzw. sogar abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft.

5.4. Die kritische Sicht der Panelmitglieder auf die jetzige Gesellschaft äußert sich seit Jahren im Systemvergleich frühere DDR - heutige Bundesrepublik auf zahlreichen wesentlichen Gebieten des Lebens. Im Hinblick auf die persönlichen Freiheiten, die Möglichkeiten der Selbstentfaltung bzw. der Freizeitgestaltung geben sie der heutigen Situation eindeutig den Vorzug gegenüber der Situation in der DDR. Andererseits schneiden die Verhältnisse in der DDR auf sozialem Gebiet mit hoher Konstanz auch gegenwärtig noch gut ab.

Die überwiegende Mehrheit vertritt seit Jahren die Meinung, dass es in der DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten gegeben habe. Nur Minderheiten schreiben ihr überwiegend gute oder schlechte Seiten zu. Eine Tendenz in die ein oder andere Richtung zeichnet sich nicht ab. In ihren verbalen Notizen vertreten viele TeilnehmerInnen die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik gewesen sei, faktisch keine der „guten Seiten der DDR“ in das vereinte Deutschland zu übernehmen. In der jüngsten Zeit werden in diesem Zusammenhang immer häufiger das Angebot an Kindereinrichtungen sowie positive Erfahrungen der DDR-Schule genannt.

Besonders bemerkenswert ist bei diesem Systemvergleich das Urteil über die Moral der herrschenden Politiker: Die meisten TeilnehmerInnen erkennen kaum Unterschiede zwischen der Situation damals und heute – Tendenz seit Jahren zunehmend. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so krass, sind die Urteile über die Achtung der Menschenwürde.

5.5. Der westlichen Lebensart steht ein großer Teil der TeilnehmerInnen noch immer mit gemischten Gefühlen gegenüber. Stark kritisiert wird der vorherrschende Egoismus, die sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich, das Fehlen wirklicher Werte, die einseitige Orientierung an Äußerlichkeiten und am Geld, das ihren Erfahrungen und Beobachtungen zufolge diese Welt regiert. Nahezu die Hälfte der Panelmitglieder teilt die Auffassung „Ohne Arbeit keine Freiheit“. Hinter dieser kritischen Sicht stehen den Ergebnissen zufolge nicht die den Ostdeutschen häufig unterstellte Angst vor der Freiheit oder das Unvermögen, mit ihr umzugehen, sondern direkte und indirekte negative Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Realität, die als gravierende Beschneidung eines selbstbestimmten Lebens und damit der Freiheit empfunden und gewertet werden. Für viele TeilnehmerInnen ist Freiheit eine Illusion, die angesichts zunehmender Massenarbeitslosigkeit, damit verbundener wirtschaftlicher Zwänge und deutlicher Verluste an Lebensqualität für sie an Glanz verloren hat.

5.6. Die bestehende Distanz und Skepsis vieler Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit. Nur eine Minderheit von ihnen traut dem jetzigen Gesellschaftssystem eine Lösung der dringenden Menschheitsprobleme zu bzw. sieht in ihm das einzige menschenwürdige Gesellschaftssystem der Zukunft. Vor allem diese Ergebnisse lassen auf eine ziemlich stabile ablehnende Grundhaltung gegenüber dem jetzigen System schließen, das offensichtlich nicht als „Ende der Geschichte“ angesehen wird.

5.7. Diese kritische Haltung hindert die Panelmitglieder jedoch keineswegs daran, sich in der neuen Ordnung zurechtzufinden. Wie die Studie anhand der Trends belegt, kommen sie mit den jetzigen Verhältnissen durchaus zurecht, sogar mit zunehmender Tendenz. Nur einzelne haben größere Schwierigkeiten, die „Spielregeln“ des jetzigen Systems zu erkennen und sich entsprechend zu verhalten. Zugleich besteht ein erhebliches latentes Protestpotenzial, das keineswegs zu unterschätzen ist. Fast zwei Drittel der Panelmitglieder wären bereit, sich an Protestaktionen zu beteiligen.

6. Die anhaltende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht mit einer leicht zunehmenden Tendenz der Identifikation mit sozialistischen Idealen einher. Seit 1993 ist der Anteil der Panelmitglieder, die an sozialistische Ideale glauben, signifikant angestiegen. Sozialistisches Gedankengut ist offensichtlich trotz des Zusammenbruchs der DDR und des „Real existierenden Sozialismus“ nicht völlig aus dem Bewusstsein dieser jungen Ostdeutschen verschwunden.

Allerdings nimmt nur eine Minderheit von ihnen an, dass die sozialistischen Ideale in der Zukunft verwirklicht werden. Erheblich mehr plädieren für eine reformsozialistische Alternative zum jetzigen System. In dieser grundsätzlichen Frage sind die TeilnehmerInnen seit Jahren gespalten, meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an, in welche Richtung der Trend gehen wird, ist völlig offen.

7. Ein entscheidender Vorzug dieser Studie besteht darin, mit den spezifischen Möglichkeiten der Längsschnittanalyse auch Einflussfaktoren nachweisen zu können, die hinter den Trends stehen, insbesondere hinter denen mehr oder weniger stark ausgeprägter Kritik am jetzigen Gesellschaftssystem. Dabei handelt es sich zwei verschiedene Arten von Faktoren: einerseits aktuelle, situative Faktoren und andererseits Langzeitwirkungen der in der DDR erfahrenen Sozialisation.

7.1. Aktuelle Einflussfaktoren

Diese Faktoren lassen sich überwiegend auf den gemeinsamen Nenner aktuelle persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem bringen. Wie schon vor der Wende, so sind auch heute nicht Rhetorik und Versprechungen von Parteien und Politikern entscheidend für die Identifikation mit den neuen Werten und Normen, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Wie die Daten belegen, sind diese Erfahrungen auch zehn Jahre nach der Vereinigung hochgradig ambivalent: 63 % der Panelmitglieder reflektieren im Jahr 2000 sowohl positive als auch negative Erfahrungen, 32 % nennen überwiegend positive Erfahrungen, nur 5 % überwiegend negative Erfahrungen. Der langjährige Trend könnte auf eine Zunahme positiver Erfahrungen hindeuten.

Folgende wesentliche Einflussfaktoren wurden empirisch nachgewiesen:

a) Persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit, abnehmende Sicherheit des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes

Die Erfahrung Arbeitslosigkeit geht wie ein Riss durch die gesamte Population. Sie wirkt sich deutlich dämpfend auf die Zufriedenheit mit der jetzigen Ordnung aus und nährt Zweifel an seiner Zukunftsfähigkeit, hat aber auch erhebliche negative Folgen für die körperliche und psychische Gesundheit.

Insofern ist sehr ernst zu nehmen, dass der Anteil der Panelmitglieder mit dieser stark prägenden Grunderfahrung deutlich zugenommen hat: im Jahr 2000 sind es mit 58 % schon mehr als die Hälfte, die mehrmals (26 %) oder einmal (32 %) arbeitslos waren.

Außerdem muss berücksichtigt werden, dass auch ein erheblicher Teil der Eltern der TeilnehmerInnen von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Im Jahr 2000 gaben 37 % an, dass ihre Eltern (beide oder ein Elternteil) arbeitslos sind. Auch 9 % der Lebenspartner der Panelmitglieder waren 2000 ohne Arbeit. Aus der individuellen Kopplung dieser Angaben geht hervor, dass bis 2000 72 % der Panelmitglieder direkt oder indirekt mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden. Diese kritische kollektive Lebenssituation wird in ihren Auswirkungen bislang stark unterschätzt. Hinzu kommt, dass das Gefühl, einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen, in den letzten Jahren zurückgegangen ist.

b) Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die TeilnehmerInnen der Studie äußern sich seit Jahren kritisch über ihre demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie in der Wendezeit große Erwartungen hatten. Vor allem in dieser Hinsicht ist ein Prozess der Desillusionierung mit starken Rückwirkungen auf die Systembindung unverkennbar. Nur rund ein Drittel äußert sich dazu positiv, eine Tendenz zu größerer Zufriedenheit ist nicht auszumachen. Nur eine Minderheit von weniger als 5 % hat über viele Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind. Unter politischem Aspekt ist der Nachweis interessant, dass wachsende Zufriedenheit mit den Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung tatsächlich zu einer zunehmenden Identifikation mit dem Gesellschaftssystem führt, „mehr Demokratie wagen“ also durchaus Bindekräfte entwickeln könnte.

c) Erhebliche Defizite im Erleben sozialer Gerechtigkeit

Das viel diskutierte „Gerechtigkeitsdefizit“ ist auch bei den Panelmitgliedern nicht zu übersehen. Die überwiegende Mehrheit fühlt sich hinsichtlich ihres Anteils am gesellschaftlichen Wohlstand ungerecht behandelt. Auch die Chancen, es in der heutigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen, werden seit Jahren zurückhaltend beurteilt. In den verbalen Angaben hat die Kritik an den als höchst ungerecht empfundenen Einkommensunterschieden zwischen Ost und West bei den letzten Befragungen massiv zugenommen. Zu vermuten ist, dass diese Unterschiede von ihnen nicht auf Dauer hingenommen werden.

d) Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden

Knapp die Hälfte der Panelmitglieder äußert seit Jahren, von vielen Westdeutschen als „Deutsche zweiter Klasse“ behandelt zu werden, eine Erfahrung, welche die Identifikation mit der jetzigen politischen Ordnung erheblich dämpft. Ein abnehmender Trend ist nicht erkennbar.

e) Ausprägung der Zukunftszuversicht

Ein bemerkenswert deutlicher Einflussfaktor ist das Maß an Zukunftszuversicht. Individuelle Zukunftszuversicht ist nicht nur eine Resultante gesellschaftlicher Prozesse, sondern zugleich ein gewichtiger Bestandteil jenes Faktorenbündels, das die Haltung des einzelnen gegenüber der Gesellschaft beeinflusst.

Vor allem ist es als ein sehr ernstes Signal zu werten, dass immer weniger TeilnehmerInnen ihre Zukunft mit Ostdeutschland verbinden. Vor der Wende ging bei ihnen der Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR nur unwesentlich zurück. Nach der Wende stürzte die individuelle Prognose, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, geradezu ab - Echo der

realen wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und der zunehmend pessimistischen Erwartungen für deren Entwicklung in absehbarer Zukunft, insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt. Das hat beträchtliche Konsequenzen für die Einstellung zum politischen System und zur Wirtschaftsordnung, aber auch für die Absichten der Panelmitglieder, im Osten zu bleiben oder in den Westen bzw. ins Ausland abzuwandern. Bis jetzt haben bereits rund 18 % der ursprünglichen Population ihre sächsische Heimat verlassen. Die Studie belegt: Bei fast allen Teilnehmern, die heute im Westen leben, spielten die von ihnen als gering bewerteten Zukunftschancen im Osten eine große Rolle für ihren Entschluss, abzuwandern. Auch künftig ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die zunehmenden Zweifel an einer gesicherten Zukunft im Osten weitere Panelmitglieder zur Übersiedlung in den Westteil bewegen wird.

Die Warnungen von Politikern vor einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Situation im Osten und einer damit einhergehenden Abwanderung weiterer junger Ostdeutscher sollten nicht heruntergespielt, sondern sehr ernst genommen werden.

f) Materielle Lebensbedingungen

Die Studie belegt generell ein hohes und vermutlich weiter ansteigendes Niveau der Zufriedenheit der Panelmitglieder mit den materiellen Lebensbedingungen, insbesondere den Wohnbedingungen. Diese positive Entwicklung geht jedoch nicht mit einer entsprechenden Erhöhung der Zufriedenheit mit dem jetzigen Gesellschaftssystem einher. Ein möglicherweise vorhandenes Identifikationspotenzial verbesserter Lebensbedingungen wird gegenwärtig insbesondere durch die bestehenden Ängste und Verunsicherungen sowie weitere negative Erfahrungen paralytisch.

7.2. Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation

Die Studie lässt dank ihrer wendeüberschreitenden Anlage bemerkenswerte Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation erkennen, und zwar in zweifacher Hinsicht:

a) Alltagserfahrungen in der DDR

Die Erinnerung der meisten Panelmitglieder an wesentliche soziale Seiten des Lebens in der DDR trägt nach wie vor ein positives Vorzeichen. Dazu gehören insbesondere: die soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder (ein zunehmender Teil der Panelmitglieder hat eigene Kinder), das Verhältnis der Menschen untereinander, die Jugendförderung, die Förderung der Familie, der Schutz gegen Kriminalität. Wesentlich ist, dass diese Urteile in keinem Zusammenhang mit der früheren Systembindung der Panelmitglieder stehen, also keinen ideologischen Verzerrungen unterliegen. Andererseits besteht jedoch ein Zusammenhang mit ihren heutigen Erfahrungen: Je negativer die aktuellen Erfahrungen mit dem jetzigen System sind, um so häufiger meinen die Panelmitglieder, dass die verglichenen Lebensgebiete zu DDR-Zeiten besser waren als heute in der Bundesrepublik. Negative aktuelle Erfahrungen tragen zu einer deutlichen Aufwertung sozialer Aspekte der untergegangenen DDR bei.

b) Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation in der DDR

Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation werden auf zwei (zusammenhängenden) Ebenen nachgewiesen: auf der Ebene einer Aufwertung von vor der Wende vermittelten politischen Kenntnissen sowie auf der Ebene früherer Bindungen an das sozialistische System.

Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder vertritt heute die Auffassung, dass nicht alles falsch gewesen sei, was sie früher in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben. Nur eine Minderheit stellt das in Abrede. Charakteristisch für diese Aufwertung ist die verbreitete Meinung, dass wesentliche im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht vermittelten Thesen über die damalige BRD heute tatsächlich zutreffen. Das betrifft u.a. die damaligen Behauptungen, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken wären bzw. die BRD eine Gesellschaft sei, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Diese und weitere

grundsätzlichen Thesen über das Wesen der damaligen BRD-Gesellschaft sind auch nach über zehn Jahren seit dem Systemwechsel keineswegs aus dem politischen Bewusstsein dieser jungen Ostdeutschen verschwunden, spielen bei ihren Urteilen über das jetzige Gesellschaftssystem eine beachtliche Rolle.

Die wendeüberschreitende Anlage der Studie macht es darüber hinaus möglich, dem Einfluss früherer Bindungen an das sozialistische System und dessen Werte auf die heutigen politischen Einstellungen nachzugehen. Diese Bindungen sind zwar in der Endzeit der DDR stark zurückgegangen, ein „Nullpunkt“ war jedoch keineswegs erreicht. Die Studie belegt, dass solche früheren Bindungen seit einiger Zeit wieder aufleben, reaktiviert werden. Panelmitglieder, die vor der Wende stark systemverbunden waren (diagnostiziert anhand ihrer damaligen Angaben), urteilen heute bei zahlreichen Sachverhalten signifikant kritischer über die jetzige Gesellschaft als jene, bei denen das nicht zutraf. Außerdem sind sie weniger häufig zu einer totalen Verurteilung der DDR bereit. Anzunehmen ist, dass sie ihre ursprünglichen weltanschaulichen und politischen Orientierungen in der Nachwendezeit zunächst verdrängt hatten. Sie werden ihnen nun im Kontext neuer, häufig ambivalenter oder gar negativer eigener Erfahrungen wieder bewusst. So ist es kein Zufall, dass der Einfluss früherer starker Systembindung bei jenen Panelmitgliedern besonders hervortritt, die bereits direkt oder indirekt mit Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden. Frühere Systembindungen wirken offensichtlich nicht zwangsläufig nach, sondern vor allem dann, wenn Erfahrungen vorliegen, welche die damals verinnerlichten Auffassungen und Orientierungen nachträglich als richtig erscheinen lassen.

Für die TeilnehmerInnen der Studie kann insgesamt gesehen festgestellt werden, dass die stärksten, entscheidenden Einflüsse auf ihre heutigen Einstellungen zum neuen Gesellschaftssystem von den aktuellen persönlichen Erfahrungen ausgehen, die sie mit diesem System bisher gesammelt haben und noch sammeln. Die nachgewiesenen signifikanten Nachwirkungen früherer politischer Bindungen sind demgegenüber zwar schwächer, aber durchaus relevant. Für die theoretische Diskussion über den Einfluss von früheren sozialisationen Prägungen und neuen Erfahrungen auf die heutigen politischen Einstellungen bedeutet das, nicht nur das unterschiedliche Gewicht früherer Sozialisationseinflüsse bzw. gegenwärtiger gesellschaftlicher Bedingungen zu beachten, sondern auch stärker die möglichen Rückwirkungen ambivalenter oder negativer aktueller Erfahrungen auf den heutigen Wirkungsgrad früherer sozialistischer Prägungen zu berücksichtigen. Solche Erfahrungen können zu einer Reaktivierung, einem Wiederbewusstwerden von vor der Wende verinnerlichten Auffassungen (z.B. über die Existenz von Ausbeutung im kapitalistischen Gesellschaftssystem) führen.

8. Negative Langzeitwirkungen früherer Systembindungen auf die heutigen Einstellungen gegenüber Ausländern, zur Gewalt und zur Toleranz gegenüber Andersdenkenden, wie sie mitunter behauptet werden (in keinem Falle mit konkreten empirischen Daten belegt), konnten bei den Untersuchungsteilnehmern nicht beobachtet werden. Dasselbe gilt für die in der DDR praktizierte Gruppen-/Kollektiverziehung. Untersuchungsteilnehmer, die als 16/17-Jährige nach ihrer langen Zugehörigkeit zu mehreren Gruppen bzw. Kollektiven (vom Kindergarten bis zum Klassen-, FDJ-, Sportkollektiv) und im Ergebnis intensiver Kollektiverziehung sehr stark kollektivorientiert waren, äußern heute nicht häufiger Ausländerfeindlichkeit als jene, für die das nicht in diesem Maße zutraf. Ähnliche Effekte sind im Hinblick auf Gewaltbereitschaft und Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu beobachten. Behauptungen, dass heutiger Rechtsextremismus zu großen Teilen oder völlig durch die politische Sozialisation zu DDR-Zeiten zu erklären sei, entbehren nach unseren Erkenntnissen jeglicher Grundlage. Sie lenken von den tatsächlichen Ursachen ab, die in erster Linie in den nach der Wende als Folge des Transformationsprozesses entstandenen massiven existenziellen Verunsicherungen und politischen Enttäuschungen zu suchen sind. An die Stelle einer anhaltenden Verkettung damaliger Gemeinschafts-/Kollektiverziehung (die in der Erinnerung der Panel-

mitglieder mehrheitlich positiv beurteilt wird) sollten vielmehr Überlegungen treten, wie deren heute noch spürbaren Ergebnisse als soziales Kapital, als originäre ostdeutsche Ressource genutzt werden können.

9. Langzeitwirkungen der Rezeption politischer Informationen westlicher Sender sind bei den Panelmitgliedern noch heute nachweisbar, insbesondere auf die Einstellung zur deutschen Einheit. Sie lassen vermuten, dass eine intensive und meist selektive mediale Wahrnehmung der Vorzüge westlicher Lebensqualität im zunehmenden Kontrast zu den Alltagserfahrungen in der Endzeit der DDR langfristig mit den Boden dafür bereitet hat, die Vereinigung herbeizuwünschen und so selbst an dieser Lebensqualität teilzuhaben.

10. Ein durchgängig stark differenzierender Faktor ist die Geschlechtszugehörigkeit der Panelmitglieder. Äußerten die weiblichen Jugendlichen zu DDR-Zeiten (abgesehen von der Endzeit der DDR) meist positivere Einstellungen zum damaligen Gesellschaftssystem als die männlichen, stehen sie dem jetzigen System deutlich kritischer gegenüber als ihre männlichen Altersgefährten. Symptomatisch dafür ist die aus den Trends ablesbare Tatsache, dass die weiblichen Panelmitglieder über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg erheblich weniger häufig mit dem politischen System zufrieden sind als die männlichen. Ein entscheidender Grund dafür besteht darin, dass die jungen Frauen erheblich stärker als die jungen Männer von den negativen Folgen der Vereinigung und des Transformationsprozesses betroffen sind, ablesbar u.a. an der erheblich längeren Dauer von Arbeitslosigkeit.

11. Der Einfluss des Bildungsniveaus ist differenziert zu beurteilen. Panelmitglieder mit einem hohen Bildungsniveau unterscheiden sich in Bezug auf die Haltung zum jetzigen Gesellschaftssystem nur wenig von jenen mit einem weniger hohen, stehen dem untergegangenen DDR-System allerdings etwas weniger kritisch gegenüber. Sie geben sich jedoch deutlich häufiger als Linksorientierte zu erkennen, präferieren auch häufiger linke Parteien, identifizieren sich häufiger mit sozialistischen Idealen und stehen Ausländern häufiger positiv gegenüber als weniger gebildete TeilnehmerInnen.

12. Auch der Einfluss der Wohnregion stellt sich sehr differenziert dar. Panelmitglieder, die im Westen leben, sind wesentlich zufriedener mit ihren materiellen Lebensbedingungen und blicken optimistischer in die Zukunft als ihre Altersgefährten im Osten. Sie fühlen sich auch bereits häufiger überwiegend als Bundesbürger und äußern sich positiver über die westliche Lebensart. In Bezug auf die grundsätzliche Beurteilung des jetzigen Gesellschaftssystems, insbesondere die Zufriedenheit mit dem politischen System, der Demokratie und der Wirtschaftsordnung, unterscheiden sich beide Teilgruppen jedoch nicht oder nur tendenziell. Ihre Zukunft verbinden die TeilnehmerInnen im Westen noch weniger mit Ostdeutschland als jene, die im Osten leben. Es wird vermutlich schwierig sein, sie ggf. für eine Rückkehr nach Ostdeutschland zu gewinnen.

13. Die Anlage der Untersuchung als Längsschnittstudie macht es möglich, über die Zustandsbeschreibung hinaus tiefer in den Verlauf des politischen Einstellungswandels einzudringen. Diese Prozessanalysen tragen wesentlich zum Neuigkeitswert der Studie teil. Bisher zeichnen sich dazu insbesondere folgende Erkenntnisse ab:

13.1. Die langjährigen Analysen der Veränderungsprozesse mit Hilfe eines speziellen statistischen Instrumentariums verweisen in vielen Einstellungsbereichen trotz häufig gut übereinstimmender Querschnittsverteilungen auf eine hohe Variabilität der individuellen Werte. Bei bestimmten politischen Grundeinstellungen (z.B. bei der Haltung zum politischen System, der staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik) entsprechen die Anteile der Panel-

mitglieder, deren Einstellungen sich zwischen den Messpunkten in positiver bzw. in negativer Richtung verändert haben, quantitativ gesehen dem Anteil derer mit konstant gebliebenen Einstellungen oder sind sogar größer.

Diese Ergebnisse (ergänzt durch umfangreiche qualitative Daten) stützen unsere generelle Hypothese, dass die Panelmitglieder (wie vermutlich große Teile der ostdeutschen Jugend insgesamt) sich auch mehr als ein Jahrzehnt nach dem Systemwechsel und der Vereinigung noch immer in einem intensiven Such- und Wandlungsprozess ihrer politischen Orientierungen, ihrer gesamten politischen Mentalität befinden, der auch die Revision von Standpunkten und Identitäten einschließt. Das wird sich vermutlich so bald nicht ändern. Auch künftig erwarten wir starke, möglicherweise heute noch nicht absehbare Veränderungen ihrer Bewusstseinslage als Folge des anhaltenden politischen und sozialen Wandels in Ostdeutschland. Das schließt die Möglichkeit einer weiteren Verstärkung von Langzeitwirkungen früherer Systembindungen, das Wiederbewusstwerden von zu DDR-Zeiten verinnerlichteten Einstellungen und Werten durchaus mit ein.

13.2. Die Studie lässt durch ihre längsschnittliche Anlage erstaunlich deutliche Langzeitwirkungen von verschiedenartigen Einflussfaktoren vor und nach der Wende auf die Einstellungsentwicklung erkennen. Das gilt für die erwähnten Nachwirkungen von Erinnerungen an das Leben in der DDR und insbesondere von früheren Systembindungen. Es gilt aber auch für den nachhaltigen Einfluss der akuten Umbruchsituation 1989/90 auf die Einstellungsentwicklung in den folgenden Jahren. Diese Situation war durch die Besonderheit charakterisiert, dass die damals 16/17-jährigen Panelmitglieder gleichzeitig sowohl Aufgaben zu bewältigen hatten, die mit dem Beginn ihrer Erwerbsbiographie im Zusammenhang standen, als auch Probleme, die sich für sie aus dem Zusammenbruch der DDR ergaben. Die von dieser spezifischen Konstellation hervorgerufenen Verunsicherungen, direkten und indirekten negativen Erfahrungen mit den Folgen des Umbruchs (erfolgte oder bevorstehende Schließung des Ausbildungsbetriebes, unklare berufliche Perspektive, Arbeitslosigkeit der Eltern usw.) sowie plötzlich auftretende Identitätskrisen führten bei vielen Panelmitgliedern zu einer Häufung von kritischen Lebensereignissen. Ihre nachhaltigen Auswirkungen sind noch Jahre danach, teilweise bis in das Jahr 2000 nachweisbar wie z.B. die Anfang der 90er Jahre weit verbreitete Angst vor eigener Arbeitslosigkeit.

14. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, dass die noch bestehende Distanz vieler TeilnehmerInnen zum jetzigen Gesellschaftssystem sich nicht von allein erledigt, etwa als automatische Folge ihrer Enttäuschung vom politischen System vor der Wende und möglicherweise weiter zunehmender materieller Zufriedenheit. Die Entwicklungsrichtung ihrer Haltung gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem wird vielmehr in entscheidendem Maße davon abhängen, ob sie im Rahmen der dringend notwendigen Veränderungen in Ostdeutschland jene Bedingungen vorfinden, die ihre berufliche Entfaltung fördern, frei von bedrückender Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bzw. den des Lebenspartners. Von erheblichem Einfluss wird auch sein, ob sie sich sozial gerecht behandelt fühlen (einschließlich gerechter Entlohnung), und ob sie - wie in der Wendezeit erwartet - Demokratie als Politikform realer Mitwirkung und Mitentscheidung erleben.

Der Zeitraum von mehr als einem Jahrzehnt hat nicht ausgereicht, um einen größeren Teil der Panelmitglieder politisch für das jetzige Gesellschaftssystem einzunehmen. Wird das in absehbarer Zukunft überhaupt geschehen oder werden sie sich Alternativen zuwenden und wenn ja - welchen? Das lässt sich heute kaum voraussagen, zu ungewiss ist die Zukunft. Um so interessanter wird es sein, weiter langfristig zu verfolgen, wie sie die mit der Globalisierung einhergehenden enormen gesellschaftlichen Veränderungen und Konflikte in Deutschland und

darüber hinaus reflektieren und bewerten. Wir werden uns deshalb bemühen, die TeilnehmerInnen unserer Studie noch eine weitere Strecke ihres Lebens bei der Suche nach der Freiheit zu begleiten in der Hoffnung, dass sie uns wie bisher vertrauensvoll über ihr Denken und Fühlen berichten.

Literaturverzeichnis:

Ahbe, Thomas/Gibas, Monika: Der Osten im vereinigten Deutschland. In: Thierse, Wolfgang/Spittmann-Rühle, Ilse/Kuppe, Johannes L. (Hrsg.): Zehn Jahre deutsche Einheit. Eine Bilanz. Opladen: Leske+Budrich, 2000, S. 23-38

Berth, Hendrik: www. wiedervereinigung.de - Literatur zu deutsch-deutschen Vergleichen im Internet. In: Berth, Hendrik/Brähler, Elmar: Deutsch-deutsche Vergleiche. Psychologische Untersuchungen 10 Jahre nach dem Mauerfall. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung 1999, S. 175-176

Berth, Hendrik: Die Angst vor der Wiedervereinigung. Inhaltsanalytische Überlegungen. In: Hessel, Aike/Geyer, Michael/Brähler, Elmar (Hrsg.): Gewinne und Verluste sozialen Wandels. Globalisierung und deutsche Wiedervereinigung aus psychosozialer Sicht. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1999, S. 124-139

Berth, Hendrik/Brähler, Elmar: Zehn Jahre deutsche Einheit. Die Bibliographie. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung, 2000

Bertram, Barbara/Bien, Walter/Gericke, Thomas/Höckner, Marianne/Lappe, Lothar/Schröpfer, Haike: Gelungener Start - unsichere Zukunft? Ergebnisse der Leipziger Längsschnitt-Studie 2. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut 1994

Bien, Walter/Karig, Ute/Kuhnke, Ralf/Lang, Cornelia/Reißig, Monika: Cool bleiben - erwachsen werden im Osten. Ergebnisse der Leipziger Längsschnitt-Studie 1. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut, 1994

Bien, Walter/Kuhnke, Ralf/Reißig, Monika (Hrsg.): Wendebiographien. Zur ökonomischen, sozialen und moralischen Verselbständigung junger Erwachsener. Ergebnisse der Leipziger Längsschnitt-Studie 3. Opladen: Leske + Budrich, 1999

Von Billerbeck, Liane: Generation Ost. Aufmüpfig, angepasst, ehrgeizig? Jugendliche nach der Wende. Berlin: Ch. Links Verlag, 1999

Brähler, Elmar/Richter, Horst-Eberhard: Deutsche - zehn Jahre nach der Wende. Ergebnisse einer vergleichenden Ost-West-Untersuchung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 45/1999, S. 24-31

Brähler, Elmar/Richter, Horst-Eberhard: Ost- und Westdeutsche – 10 Jahre nach der Wende. In: Berth, Hendrik/Brähler, Elmar (Hrsg.): Deutsch-deutsche Vergleiche. Psychologische Untersuchungen 10 Jahre nach dem Mauerfall. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung 1999, S. 9-27

Bulmahn, Thomas: Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40-41/1997, S. 29-37

Bundesministerium für Familie, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern - Neunter Jugendbericht. Bonn 1994

Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000, Band 1. Opladen: Leske + Budrich, 2000

Faulenbach, Bernd: Viele Prägungen werden nur langsam verschwinden. In: Das Parlament Nr. 46-47 vom 6./13. November 1998, S. 9

Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M 8. Umfrage im Auftrage des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL zu aktuellen Problemen in der DDR am Vorabend des Beitritts zur Bundesrepublik Deutschland. Forschungsbericht (unveröff.), Leipzig: Zentralinstitut für Jugendforschung, November 1990

Förster, Peter: Jugendliche auf dem Weg in das vereinte Deutschland. Dokumentation einer Intervallstudie 1987 bis 1992. Leipzig: Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig (Hrsg.), 1992

Förster, Peter: Die deutsche Frage im Bewusstsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen. Einstellungen junger Menschen in der DDR. Expertise. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. V/2. Baden-Baden: Nomos Verlag, Suhrkamp Verlag, 1995, S. 1212-1380

Förster, Peter: Der lange Weg vom DDR- zum Bundesbürger. In: Schlegel, Uta/ Förster, Peter (Hrsg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Opladen: Leske + Budrich, 1997, S. 208-223

Förster, Peter: Systemwechsel und Mentalitätswandel. Ergebnisse einer Längsschnittstudie bei ostdeutschen Jugendlichen zwischen 1987 und 1996. In: Oswald, Hans (Hrsg.): Sozialisation und Entwicklung in den neuen Bundesländern. Ergebnisse empirischer Längsschnittforschung. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 2. Beiheft 1998, S. 69-84

Förster, Peter: Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Längsschnittanalyse des politischen Einstellungswandels bei ostdeutschen Jugendlichen vor und nach der Wende. Dokumentation ausgewählter Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie zwischen 1987 und 1998. Forschungsbericht (unveröff.) Leipzig 1999 (a)

Förster, Peter: Die Entwicklung des politischen Bewusstseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989. In : Friedrich,Walter/Förster, Peter /Starke, Kurt (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 - 1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: edition ost, 1999 (b), S. 70-165

Förster, Peter: Zwischen Wende und Ende der DDR. Ergebnisse der Meinungsforschung des ZIJ. In: Friedrich, Walter/Förster, Peter/Starke, Kurt (Hrsg): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 – 1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. A.a.O. (c), S. 166-183

Förster, Peter: Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland. Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 43-44/99 (d), S. 20-31

Förster, Peter: „Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben.“ Empirische Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Weg jungen Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. In: Deutschland Archiv Heft 2/2001, S. 197-218

Förster, Peter: Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation - Realität und Spekulation. Empirische Ergebnisse einer wendeüberschreitenden Längsschnittstudie bei jungen Ostdeutschen. In: hochschule ost, Heft 1/2001, S. 62-82

Förster, Peter/Friedrich, Walter: Politische Einstellungen und Grundpositionen Jugendlicher in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 38/1992, S. 3-15

Förster, Peter/Friedrich, Walter/Müller, Harry/Schubarth, Wolfgang: Jugend Ost - Zwischen Hoffnung und Gewalt. Opladen: Leske + Budrich, 1993

Förster, Peter/Friedrich, Walter: Jugendliche in den neuen Bundesländern. Ergebnisse einer empirischen Studie zum Wandel der Meinungen, Einstellungen und Werte von Jugendlichen in Sachsen 1990 bis 1994. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 19/1996, S. 18-29

Förster, Peter/Roski, Günter: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin: LinksDruck Verlag, 1990

Friedrich, Walter: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 16-17/1990, S.25-37

Friedrich, Walter: Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Produkt der autoritären DDR? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 46/2001, S.16-23

Friedrich, Walter: Rechtsextremismus im Osten – Ein Resultat der DDR-Sozialisation? Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2002

Friedrich, Walter/Förster, Peter: Ostdeutsche Jugend 1990. In: Deutschland Archiv, Heft 4/1991, S. 349-360 und 7/1991, S. 701-714

Friedrich, Walter/Förster, Peter: Jugendliche in den neuen Bundesländern. In: Hans-Joachim Veen u. a.: *Eine Jugend in Deutschland ?* Opladen: Leske + Budrich, 1994, S.119-152

Friedrich, Walter/Förster, Peter: Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Verein e.V., 1996

Friedrich, Walter/Förster, Peter: Politische Orientierungen ostdeutscher Jugendlicher und junger Erwachsener im Transformationsprozeß. In: Sydow, Hubert (Hrsg.): Entwicklung und Sozialisation von Jugendlichen vor und nach der Vereinigung Deutschlands. Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), Opladen: Leske + Budrich, 1997, S.17-73

Friedrich, Walter/Förster, Peter/Starke, Kurt (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 - 1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: edition ost, 1999

Friedrich, Walter/Müller, Harry (Hrsg): Zur Psychologie der 12- bis 22jährigen. Resultate einer Intervallstudie. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1980

Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraut/Weßels, Bernhard: Die Akzeptanz der Demokratie des vereinten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 51/1997, S. 3-12

Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen: Leske + Budrich 2000

Gleichberechtigung von Frauen und Männern: Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung. Ergebnisse zweier repräsentativer Bevölkerungsumfragen (ipos-Umfrage Nov. 1995). Bonn/Mannheim: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Institut für praxisorientierte Sozialforschung, 1996 (= Materialien zur Frauenpolitik 55)

Golz, Hans-Georg: Verlorene Generation Ost? Jugend in Ostdeutschland zehn Jahre nach der Vereinigung. In: Thierse, Wolfgang/Spittmann-Rühle, Ilse/Kuppe, Johannes L. (Hrsg): Zehn Jahre deutsche Einheit. Eine Bilanz. Opladen: Leske + Budrich 2000

Helfferrich, Cornelia: frauen leben - Eine Studie zu Lebensläufen und Familienplanung. Im Auftrag der BZgA von Cornelia Helfferrich in Zusammenarbeit mit Wilfried Karmaus, Kurt Starke und Konrad Weller. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2001

Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt (BIB-Mitteilungen): Aus Forschung und Lehre: Eheschließungen Lediger - methodische Probleme, Trends und saisonale Muster. Heft 1/2000

Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt (BIB-Mitteilungen): Bundesministerin Bergmann: Alleinerziehen ist eine weit verbreitete Familienform. Heft 3/2000

Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt (BIB-Mitteilungen): Juliane Roloff: Einige Bemerkungen zum Wanderungsgeschehen in Ostdeutschland, insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland, nach ausgewählten Altersgruppen. Heft 2/2001

Köcher, Renate: In der neuen Lage hat die CDU neue Aufgaben. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Oktober 1998

Köcher, Renate: Hat Deutschland eine gefestigte Demokratie? In: Das Parlament, Nr. 16 vom 16. April 1999, S. 14

Laubach, Wilfried/Mundt, Andreas/Brähler, Elmar: Selbstkonzept, Körperbeschwerden und Gesundheitseinstellung nach Verlust der Arbeit - ein Vergleich zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten anhand einer repräsentativen Untersuchung der deutschen Bevölkerung. In: Hessel, Aike/Geyer, Michael/Brähler (Hrsg.): Gewinne und Verluste sozialen Wandels. Globalisierung und deutsche Wiedervereinigung aus psychosozialer Sicht. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999, S. 75-92

Ludwig, Rolf: Möglichkeiten der Ergebnisdarstellung bei Intervallstudien. In: Schlegel, Uta/Förster, Peter (Hrsg): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger- zum Bundesbürger. Opladen: 1997, S.391-400

Misselwitz, Hans-Jürgen: Annäherung durch Wandel. Für eine neue Sicht auf die „innere Einheit“ und die Rolle der politischen Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 7-8/1999, S. 24-30

Müller, Harry/Hennig, Werner/Ludwig, Rolf: Über Anlage und Organisation der Intervallstudie. In: Friedrich, Walter/Müller, Harry: Zur Psychologie der 12- bis 22jährigen. Resultate einer Intervallstudie. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1980

Müller, Fred: Die Wossis. Im Osten nichts Neues, im Westen draußen vor der Tür. Zehn Jahre nach der deutschen Einheit ziehen junge Ostdeutsche eine zwiespältige Bilanz. In: FACTS, Zürich, Nr. 39/2000, S. 54-64

Münchmeier, Richard: „Entstrukturierung“ der Jugendphase. Zum Strukturwandel des Aufwachsens und zu den Konsequenzen für Jugendforschung und Jugendtheorie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 31/1998, S. 3-13

Oesterreich, Detlef: Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen - eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West. Weinheim und München: Juventa Verlag, 1993

Opaschowski, Horst W.: Die westliche Wertekultur auf dem Prüfstand. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 52-53, S.7-17

Pfahl-Traugber, Armin: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 39/2000, S. 3-14

Pfeiffer, Christian: Anleitung zum Hass. In: Der Spiegel Nr. 12/1999, S. 60-66

Pollack, Detlef: Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 13/1997, S. 3-14

Pollack, Detlef/Pickel, Gerd: Die ostdeutsche Identität - Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 41-42/1998, S. 9-23

Praschl, Gerald/Wintermeyer, Katja: Drei junge Frauen und zwei junge Männer aus Leipzig und Zwickau im Streitgespräch mit den Generalsekretären Franz Müntefering (SPD) und Guido Westerwelle (FDP). In : Super Illu Nr. 7/2001, S. 16-18

Sarcinelli, Ulrich/Hermann, Michael C.: Europa in der Wahrnehmung junger Menschen - Bedingungen und Konsequenzen für Politikvermittlung und politische Bildungsarbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 25-26/1998, S. 10-17

Schlegel, Uta: Junge Frauen. In: Jugend und Jugendforschung in der DDR - Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den 80er Jahren. Opladen: Leske + Budrich, 1991, S. 163-177

Schlegel, Uta: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel - Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Verein e.V., 1993 (= Texte zur politischen Bildung Heft 5)

Schlegel, Uta: Frauen in Ost- und Westdeutschland: Gemeinsamkeiten und Unterschiede in ihren Lebenszusammenhängen und Perspektiven. In: von Vietinghoff/ Eckart/May, Hans (Hrsg.): 10 Jahre deutsche Einheit - Beiträge zum innerdeutschen Verhältnis. Hannover: Lutherisches Verlagshaus GmbH, 1999 (= Hanns-Lilje-Forum. Protestantische Beiträge zu Fragen der Zeit Bd. 3)

Schlegel, Uta: Politische Einstellungen ostdeutscher jüngerer und „älterer“ Frauen im Kontext ihrer Lebenszusammenhänge. Berlin: Rosa-Luxemburg-Bundesstiftung, 2000 (= Reihe „Manuskripte“)

Schlegel, Uta/Förster, Peter (Hrsg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Opladen: Leske + Budrich, 1997

Schmidtchen, Gerhard: Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt. Opladen: Leske + Budrich 1997

Schorlemmer, Friedrich: Absturz in die Freiheit. Was uns die Demokratie abverlangt. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag, 2000

Schröder, Gerhard: Soziale Balance wiederherstellen. Rede im Deutschen Bundestag. In: Das Parlament Nr. 11 vom 12. März 1999

Seiring, Kerstin: Ostdeutsche Jugendliche fünf Jahre nach der Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 20/1995, S. 43-55

Silbereisen, Rainer K./Vaskovics Laszlo A./Zinnecker, Jürgen (Hrsg): Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996. Opladen: Leske + Budrich, 1996

Sozialreport 1999. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., 1999

Spiegel-Interview mit Leipziger Abiturienten über ihr Leben vor und nach der Wende. In: DER SPIEGEL Nr. 46/1991, S. 119-125

Statistisches Bundesamt (Hrsg): Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2001

Sturzbecher, Dietmar (Hrsg): Jugend in Ostdeutschland. Lebenssituationen und Delinquenz. Opladen: Leske + Budrich, 2001

Thierse, Wolfgang: Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas. Berlin: Rowohlt, 2001

Wagner, Wolf: Gesellschaftlicher Wandel und Körperideal. In: Hessel, Aike/Geyer, Michael/Brähler, Elmar (Hrsg): Gewinne und Verluste. Globalisierung und deutsche Wiedervereinigung aus psychosozialer Sicht. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999, S. 101-123

Vaskovics, Laszlo A.: Lebensläufe junger Erwachsener und elterliche Unterstützungsleistungen. Kontinuitäten und Diskontinuitäten. In: Oswald, Hans (Hrsg.): Sozialisation und Entwicklung in den neuen Bundesländern. Ergebnisse empirischer Längsschnitfforschung. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 2. Beiheft 1998, S. 215-227

Vilmar, Fritz: Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen. Berlin: trafo verlag, 2000

Walz, Dieter/Brunner, Wolfram: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 51/1997, S. 13-19

Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf: Die Deutschen. Profil einer Nation. Stuttgart: Klett-Cotta, 1991 (a)

Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg): Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Stichwort Informationsaustausch. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991 (b)

Postscriptum: Keine Zukunft in Ostdeutschland?! Neueste Ergebnisse der 15. Untersuchungswelle vom Januar 2002

Während der letzten Arbeiten an diesem Buch führten wir zwischen Mitte Dezember 2001 und Mitte Januar 2002 die 15. Untersuchungswelle durch. Mit ihr wollten wir den Reaktionen der Panelmitglieder auf die Ereignisse am und seit dem 11. September 2001 nachgehen sowie einige wichtige Trends kontrollieren, insbesondere zu politischen Einstellungen und zur Zukunftszuversicht. Die Rücksendefrist war sehr kurz; dennoch beteiligten sich 354 Panelmitglieder, davon waren 54 % weiblich. Das Durchschnittsalter betrug zu diesem Zeitpunkt 28,6 Jahre.

Von allen 354 TeilnehmerInnen leben 80 in den alten Bundesländern. Das bedeutet, dass mittlerweile 23 % der Panelmitglieder in den Westen bzw. in das Ausland abgewandert sind. Im Jahr 2000 waren es erst 18 %! Dieser hohe und vermutlich weiter wachsende Anteil ab- bzw. ausgewanderter Panelmitglieder verleiht der Studie eine völlig neue Qualität, deren sozialwissenschaftliche Relevanz heute noch gar nicht voll abzuschätzen ist.

Einige wesentliche Ergebnisse sollen abschließend in knapper Form dargestellt werden. Bei den Trends wurden die Zeitreihen nicht komplett neu berechnet (das wird später noch erfolgen), sondern die neuesten Daten wurden lediglich angefügt. Für die Aussagekraft der Trends ist das jedoch ohne Belang.

1. Verhaltene Zustimmung zur Reaktion der USA auf die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 und zu deren Unterstützung durch Deutschland

Tabelle 1: Zustimmung zur Reaktion der USA auf die Terroranschläge und zu deren Unterstützung durch Deutschland
Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Die gegenwärtigen militärischen Aktionen der USA finden meine Zustimmung.“</i>						
Gesamt	21	28	(49)	25	11	15
männlich	29	32	(61)	19	7	13
weiblich	15	25	(40)	29	14	17
<i>„Die Beteiligung Deutschlands an diesen Aktionen ist/war richtig.“</i>						
Gesamt	22	23	(45)	19	16	20
männlich	30	23	(53)	18	9	20
weiblich	16	23	(39)	19	22	20

Rund die Hälfte der Panelmitglieder (49 %) stimmt den US-Militäraktionen in Afghanistan zu, die knappe Hälfte (45 %) spricht sich für eine deutsche Beteiligung aus. Auffällig sind die großen Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen: die weiblichen Panelmitglieder äußern sowohl erheblich weniger häufig Zustimmung zu den US-Militärschlägen als auch zu einer Beteiligung Deutschlands. In Bezug auf Letztere sprechen sich von den Teilnehmerinnen sogar mehr dagegen als dafür aus (42 % zu 39 %). Damit fällt die Zustimmung zu einer deutschen Beteiligung nur wenig deutlicher aus als die im Rahmen der 14. Welle erfragte Zustimmung zur Beteiligung der Bundeswehr an den Nato-Luftangriffen auf Jugoslawien (39 %).

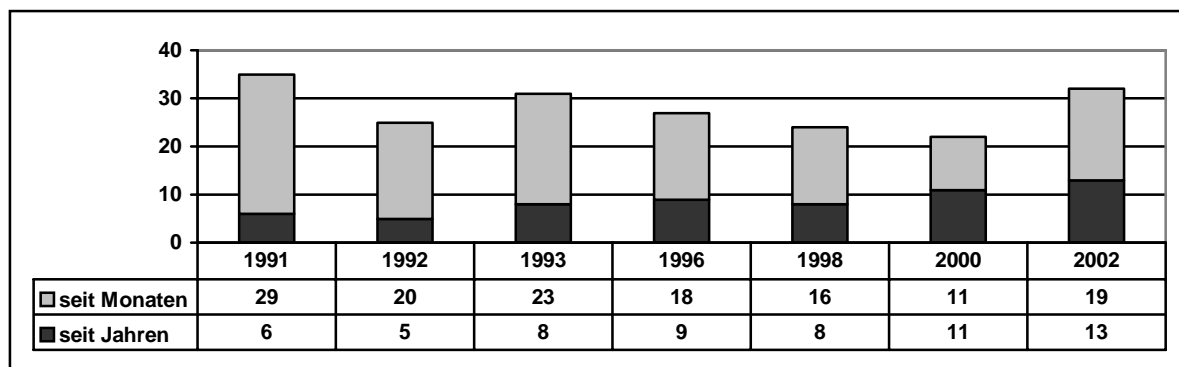
Diese Zurückhaltung geht mit einem signifikanten Rückgang der Zufriedenheit mit der Militärpolitik der Bundesrepublik einher: Äußerten sich im Jahr 2000 noch 38 % mehr oder weni-

ger zufrieden mit der Militärpolitik, ging dieser Anteil inzwischen auf 31 % zurück (sehr zufrieden: 1 %).

2. Zukunftsängste nehmen wieder zu

Die Ereignisse am und seit dem 11. September 2001 haben dazu beigetragen, dass der Anteil von Panelmitgliedern, die Angst vor der Zukunft haben, nach einer rückläufigen Tendenz wieder deutlich angestiegen ist:

Abbildung 1: Ausprägung von Zukunftsangst im Trend zwischen 1991 und 2002. Anteile derer, die seit Jahren bzw. seit Monaten Zukunftsangst empfinden



Fragetext: „Haben Sie Angst vor der Zukunft?“
 1 ja, und zwar seit Jahren 2 ja, aber erst seit einigen Monaten 3 nein

Vor allem der Anteil derer hat zugenommen, die „erst seit einigen Monaten“ Zukunftsangst haben, was auf ihren aktuellen Hintergrund verweist. Von den jungen Frauen äußern 2002 fast doppelt so viele Zukunftsangst wie von den jungen Männern: 40 % gegenüber 23 %! Mit dieser Zunahme ist fast wieder der Stand von 1991 erreicht, der damals allerdings andere Ursachen hatte, Widerspiegelung der akuten Umbruchsituation war. Offensichtlich haben wir es jetzt mit einer Trendwende zu tun, die sich in Anbetracht der Realitäten vermutlich fortsetzen wird.

Im Zusammenhang mit der Zukunftsangst stehen weitere Bedrohungsgefühle:

Tabelle 2: Ausprägung von Bedrohungsgefühlen 2002
 „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende bedroht?“
 1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

	1	2	(1+2)	3	4
<i>Ausweitung des internationalen Terrors</i>					
Gesamt	19	43	(62)	34	4
männlich	14	40	(54)	39	7
weiblich	24	46	(70)	29	1
<i>Ausbruch eines neuen Weltkrieges</i>					
Gesamt	10	21	(31)	44	25
männlich	5	13	(18)	44	38
weiblich	14	27	(41)	45	14

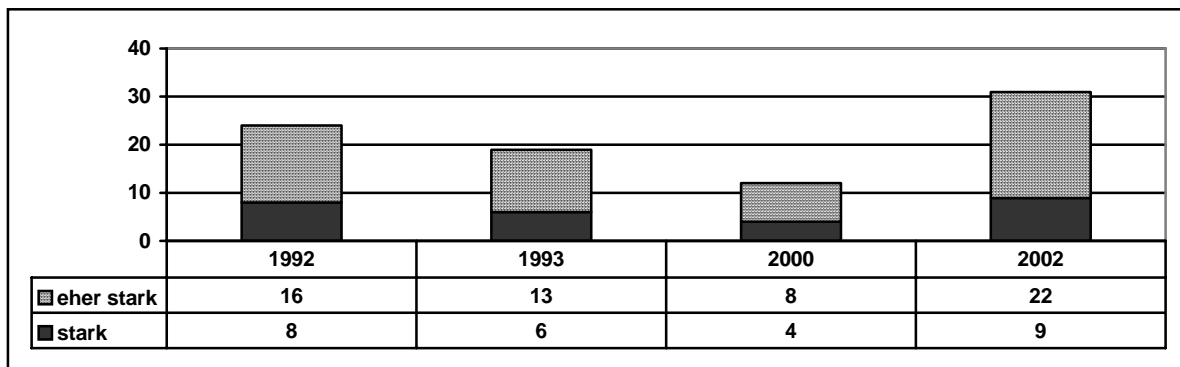
Möglichkeit, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt wird

Gesamt	9	22	(31)	48	21
männlich	5	11	(16)	49	35
weiblich	12	32	(44)	48	8

Fast zwei Drittel der Panelmitglieder fühlen sich durch eine Ausweitung des internationalen Terrorismus bedroht, von den jungen Frauen erheblich mehr als von den jungen Männern. Knapp ein Drittel hat Angst vor dem Ausbruch eines neuen Weltkrieges, ebenfalls knapp ein Drittel äußert Angst davor, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt werden könnte, in beiden Fällen von den jungen Frauen mehr als doppelt so viele wie von den jungen Männern. Einige TeilnehmerInnen hatten ihre Antwort mit der Randbemerkung ergänzt: "Wir stehen doch schon mitten drin!".

Für die Angst vor einer Verwicklung in einen Krieg liegt ein Trend seit 1992 vor:

Abbildung 2: Anteile der Panelmitglieder mit starker oder eher starker Angst vor der Verwicklung Deutschlands in einen Krieg im Trend 1992 - 2002

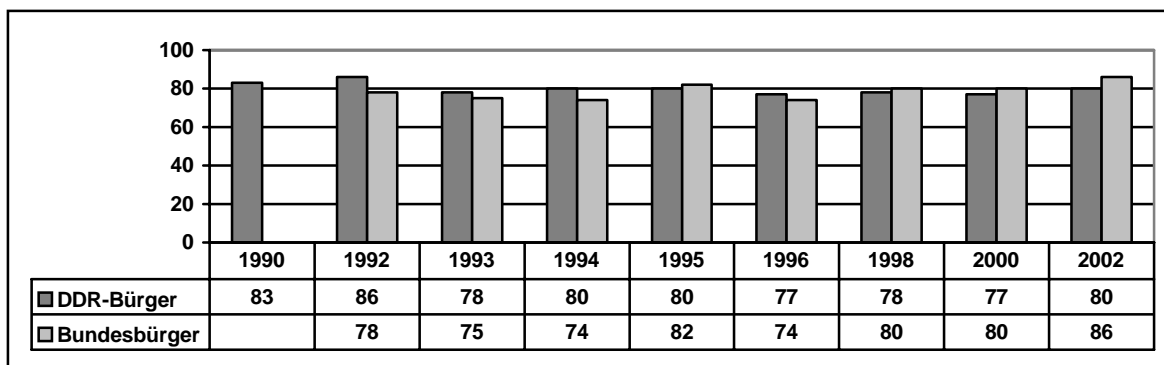


Auch diese Zeitreihe könnte auf eine Trendwende hindeuten, die sich angesichts der aktuellen Entwicklungen vermutlich fortsetzen wird.

3. Fast unverändert: Schon Bundesbürger, aber noch DDR-Bürger

In den rund 1 ½ Jahren seit der 14. Welle sind nur geringe Veränderungen im Hinblick auf die staatsbürgerliche Identifikation mit der Bundesrepublik bzw. mit der DDR zu beobachten. Wir führen den kompletten Trend an:

Abbildung 3: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2002. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Identifikation



Während bei der Identifikation mit der DDR keine signifikanten Veränderungen erkennbar sind, hat sich der Anteil derer, die sich einschränkungslos oder eingeschränkt als Bundesbürger

ger fühlen, von 80 % auf 86 % leicht erhöht. Auf einen Identifikationsschub infolge äußerer Bedrohungen lässt das allerdings nicht schließen. Auch die Kopplung beider Aspekte lässt nur geringe Veränderungen erkennen:

- 68 % fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben (2000: 63 %);
- 12 % haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich jedoch noch als DDR-Bürger (2000: 13 %);
- 18 % fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger (2000: 17 %);
- 2 % fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger (2000: 7 %).

Wir finden auch nach mehr als 11 Jahren deutsche Einheit bestätigt, dass die Verbundenheit mit der DDR bei den TeilnehmerInnen unserer Studie offensichtlich tief verwurzelt ist. Am Rande sei bemerkt, dass die Identifikation mit Europa faktisch unverändert ist: Fühlten sich im Jahr 2000 72 % mehr oder weniger stark als Europäer, sind es gegenwärtig 71 %.

4. Nach wie vor Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems

Die im Rahmen der 14. Welle 2000 beobachteten Zweifel der Panelmitglieder an der Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems bestehen nach wie vor:

Tabelle 3: Einstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem 2000 und 2002 (Gesamtgruppe)
Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen</i>						
2000	1	8	(9)	30	33	28
2002	0	5	(5)	30	33	32
<i>Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell</i>						
2000	0	7	(7)	33	29	31
2002	1	15	(16)	37	27	20
<i>Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt</i>						
2002	3	15	(18)	43	21	18

Während fast unverändert nur eine Minderheit daran glaubt, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird, hat sich der Anteil derer zwar etwa verdoppelt, die dieses Gesellschaftssystem als das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen, bleibt aber ebenfalls eine Minderheit. Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt, haben Ende 2001/Anfang 2002 18 %, 39 % erhoffen das Gegenteil, 43 % äußern sich ambivalent.

5. Vertrauen gegenüber den demokratischen Parteien leicht angestiegen, aber noch immer sehr schwach ausgeprägt

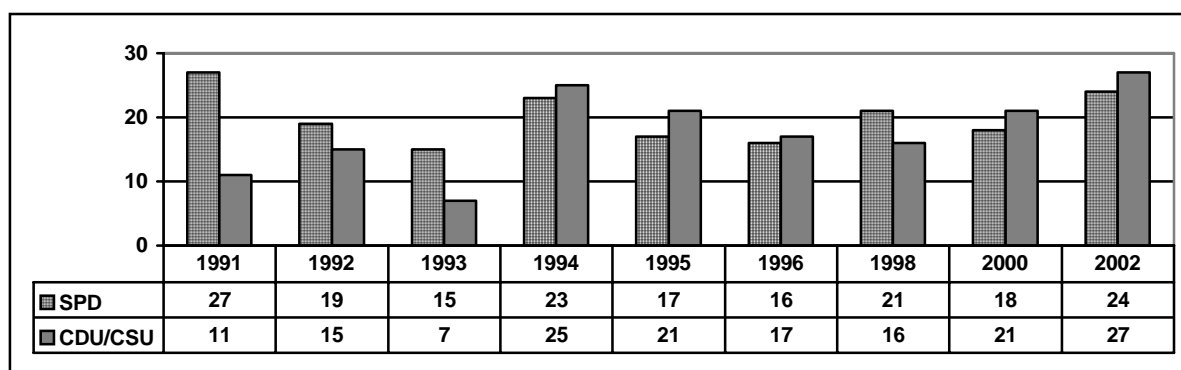
Das Vertrauen der Panelmitglieder zu den demokratischen Parteien hat Ende 2001/Anfang 2002 mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen leicht zugenommen, bleibt jedoch schwach ausgeprägt:

Tabelle 4: Ausprägung des Vertrauens zu den demokratischen Parteien 2002
 „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

	1	2	(1+2)	3	4
CDU/CSU	3	24	(27)	52	21
SPD	1	23	(24)	61	15
PDS	1	18	(19)	44	37
FDP	1	11	(12)	46	42
Partei rechtsstaatlicher Offensive („Schillpartei“)	3	7	(10)	18	72
Bündnis 90/Die Grünen	0	7	(7)	44	49

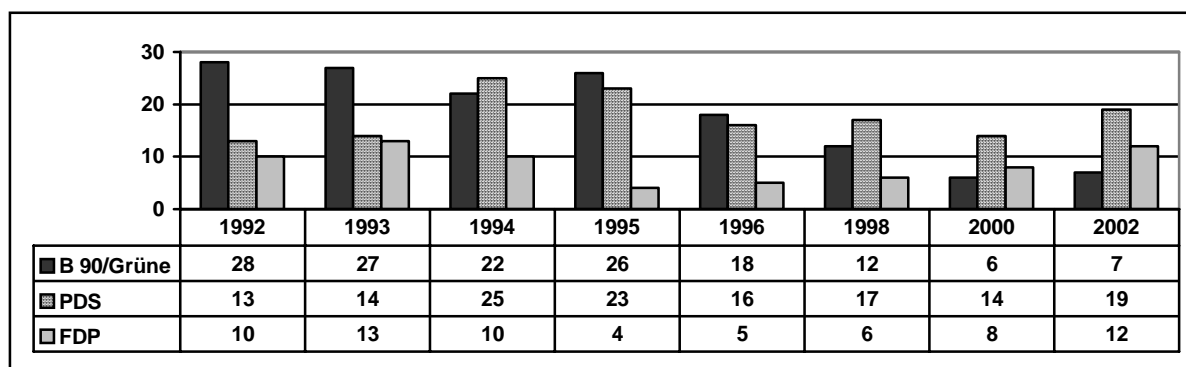
Wir ordnen die neuesten Ergebnisse in den im Kapitel 4. dargestellten langjährigen Trend ein:

Abbildung 4: Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2002 (Ap1 und 2 wurden zusammengefasst)



Sowohl bei SPD als auch bei CDU/CSU ist die Vertrauensquote leicht gestiegen, CDU/CSU erreichen Anfang 2002 sogar ihr bestes Ergebnis seit 1991.

Abbildung 4.5: Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber PDS, FDP und Bündnis 90/Grüne im Trend 1992 bis 2002 (Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Auch die Vertrauensquoten von PDS und FDP sind leicht gestiegen, während die von Bündnis 90/Die Grünen faktisch unverändert unter 10 % liegt und damit geringer ist als die Vertrauensquote gegenüber der „Schillpartei“. Trotz dieser Tendenz einer – von Bündnis 90/Die Grünen abgesehen - leichten Zunahme des Vertrauens bleibt die Tatsache bestehen, dass es den demokratischen Parteien nicht gelungen ist, das Vertrauen größerer Teile der Panelmitglieder zu gewinnen.

5. Keine Zukunft im Osten!

Wie die Angaben im Kapitel 7. gezeigt haben, gehören die Trends zur Zukunftszuversicht zu den aussagekräftigsten Daten unserer Studie überhaupt; sie tragen in der Tat seismographischen Charakter und sollten insofern vor allem für die Politik von hohem Interesse sein. Wir haben deshalb den neuesten Stand hierzu mit erfasst, ergänzt durch Angaben zur Zukunft der Kinder:

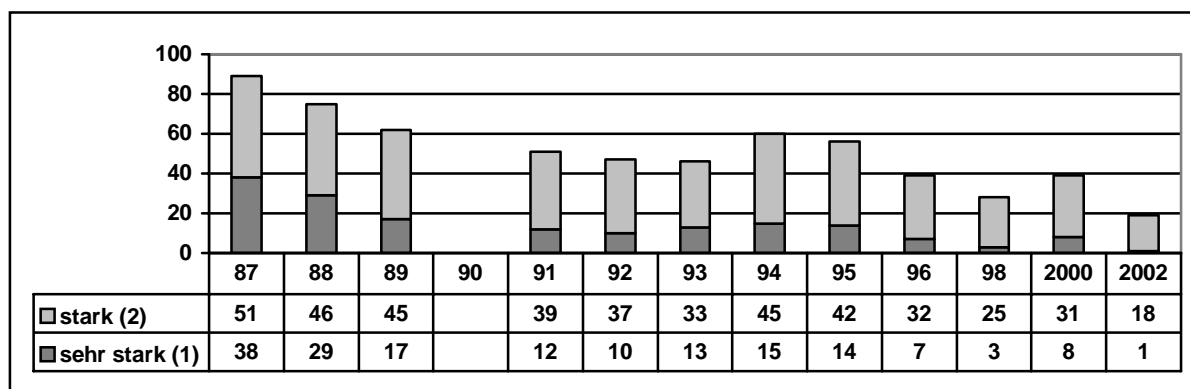
Tabelle 5: Aspekte der Zukunftszuversicht 2002
 „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft in Bezug auf das unter a) bis c) Genannte?“
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5
a) für Sie persönlich	18	58	(76)	22	1	1
b) für die Entwicklung in Ostdeutschland	1	18	(19)	41	30	10
c) für Ihre (künftigen) Kinder	4	32	(36)	43	14	7

Während die eigene Zukunft von rund drei Viertel (76 %) mehr oder weniger zuversichtlich gesehen wird (das entspricht etwa der bisherigen Quote), gilt das nur für reichlich ein Drittel (36 %) in Bezug auf die vorhandenen oder künftigen Kinder! Erste Korrelationsanalysen belegen, dass erwartungsgemäß deutliche Zusammenhänge mit den erwähnten Ängsten vor einem Krieg bzw. einer Ausweitung des internationalen Terrorismus bestehen, aber auch (und zwar in einem viel stärkeren Maße) mit der ebenfalls erfassten existenziellen Angst vor (erneuter) Arbeitslosigkeit. Es ist zu befürchten, dass dieses neu entstandene „Gemisch“ von tief greifenden Bedrohungsgefühlen erhebliche negative Auswirkungen auf die demographische Entwicklung haben wird. Wir werden diese Annahme bei der Fortsetzung der Studie im Auge behalten.

Geradezu schockierend sind die neuesten Daten zur Zukunftszuversicht für Ostdeutschland! Der Anteil der Panelmitglieder, die sich mehr oder weniger zuversichtlich hinsichtlich der Entwicklung in Ostdeutschland äußern, ist in extremer Weise weiter zurückgegangen. Die im Jahr 2000 sich andeutenden Hoffnungen sind offensichtlich verschwunden. Wir ordnen den aktuellen Wert in den langjährigen Trend ein:

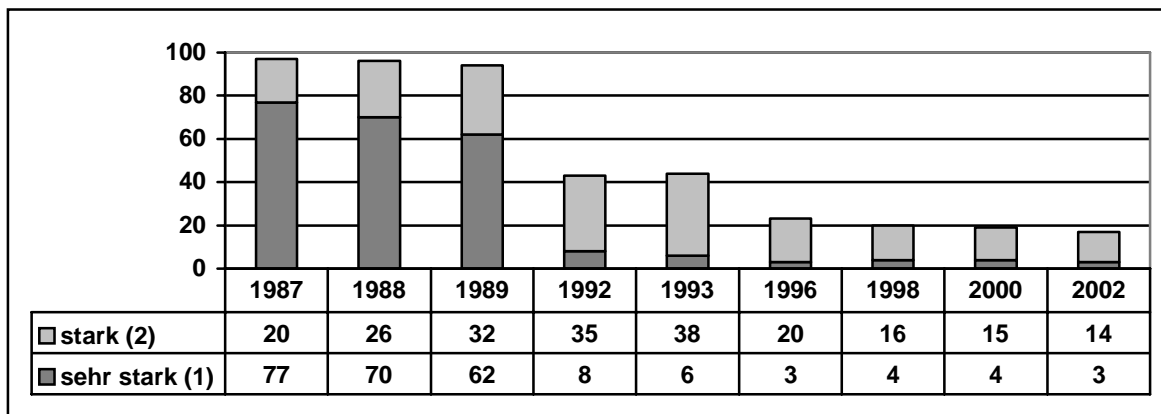
Abbildung 6: Trend der sehr starken bzw. starken Ausprägung der Zukunftszuversicht für die DDR bzw. Ostdeutschland zwischen 1987 und 2002



Antwortmodell siehe Tabelle 5

Von dieser Entwicklung her betrachtet kann nicht überraschen, dass auch der Anteil jener Panelmitglieder weiter abgenommen hat, die zuversichtlich sind, persönlich in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben:

Abbildung 7: Trend der sehr starken bzw. starken Ausprägung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, zwischen 1987 und 2002



Antwortmodell siehe Tabelle 5

Auch diese Daten sind schockierend und alarmierend zugleich. Beide Trends widerspiegeln sehr klar die gegenwärtige Situation in Ostdeutschland, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Viele verbale Angaben (als „Fragen an die Politiker“ formuliert) der Panelmitglieder bekräftigen das noch. Folgende drei Fragen werden von faktisch jedem dieser jungen Ostdeutschen mit Nachdruck gestellt:

- Wann erhalten wir im Osten endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit?
- Wann wird endlich mehr gegen die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland getan?
- Was wird getan, damit die jungen Ostdeutschen im Osten Arbeit finden und nicht in den Westen abwandern müssen?

„Ist es gewollt, dass alle ostdeutschen Betriebe kaputtgewirtschaftet werden mit der Folge, dass immer mehr jungen Menschen in die alten Bundesländer oder ins Ausland gehen müssen, um eine Arbeit zu bekommen?“

Warum werden die ostdeutschen Löhne nicht auf das ‚gesamtdeutsche‘ Lohnniveau angehoben, um die sozialen Missstände im Osten endlich zu beheben?“

Warum ist das soziale Gefälle zwischen Ost und West so groß, sei es durch fehlende Kindergärten, miserabel ausgestattete Schulen bzw. Hochschulen, fehlende Jugendfreizeitmöglichkeiten, ungenügende Jugendarbeit, fehlende Ausbildungsplätze usw.?“

Warum steckt die Bundesregierung mehr Geld in irgendwelche sinnlosen Kriege ... als in die soziale Absicherung und Bildung der Jugend?(siehe Platz 25 im internationalen Schülertest!).

Antwort: Weil sie nur an ihre eigenen Gehälter- und Diätenerhöhungen denken und in 4 Jahren ist dann sowieso wieder alles vorbei und sie bekommen auch noch eine dicke Staatsrente (vom Steuerzahler!).“ (m)

„Wie kann es sein, dass die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern immer noch genau so hoch ist, wie vor dem Machtwechsel der Bundesregierung? Warum werden immer noch industrielle Standorte in Ostdeutschland geschlossen? (siehe 5 Reichsbahnausbesserungswerke in Sachsen).“ (w)

„Mit welchem Recht bekommen wir im Osten für die gleiche Arbeit weniger Lohn als im Westen von Deutschland?“(m)

„Wann wird endlich die hohe Arbeitslosigkeit im Osten bekämpft? Was tun Sie gegen die Abwanderung der Jugend aus dem Osten? Wann beenden Sie die Schließungen und das Kaputtmachen der ostdeutschen Industriestandorte? (z.B. Bahnwerke Delitzsch, Engelsdorf usw.)“ (w)

„Wohin soll es in Ostdeutschland noch führen, wenn fast alle jungen Leute nach dem Westen gehen ... und hier im Osten nur noch die alten und kranken Menschen leben?“ (w)

„Wann haben junge Leute in unserem Land wieder das Gefühl, dass sie gemeint sind, dass man ein offenes Ohr für ihre Probleme hat?“(w)

„Wie wollen Sie die Abwanderung stoppen? Warum passiert hier nichts???“(w)

„Warum wird nicht das gehalten, was versprochen wird?“ (m)

Alles in allem bringen auch diese aktuellen Notizen eine beträchtliche Enttäuschung der TeilnehmerInnen über die anhaltend kritische Situation in Ostdeutschland und über nicht eingehaltene Wahlversprechungen zum Ausdruck.